

WYDZIAŁ POLITECHNICZNE KRAKÓW

BIBLIOTEKA GŁÓWNA



L. inw.

4714

Biblioteka Politechniki Krakowskiej

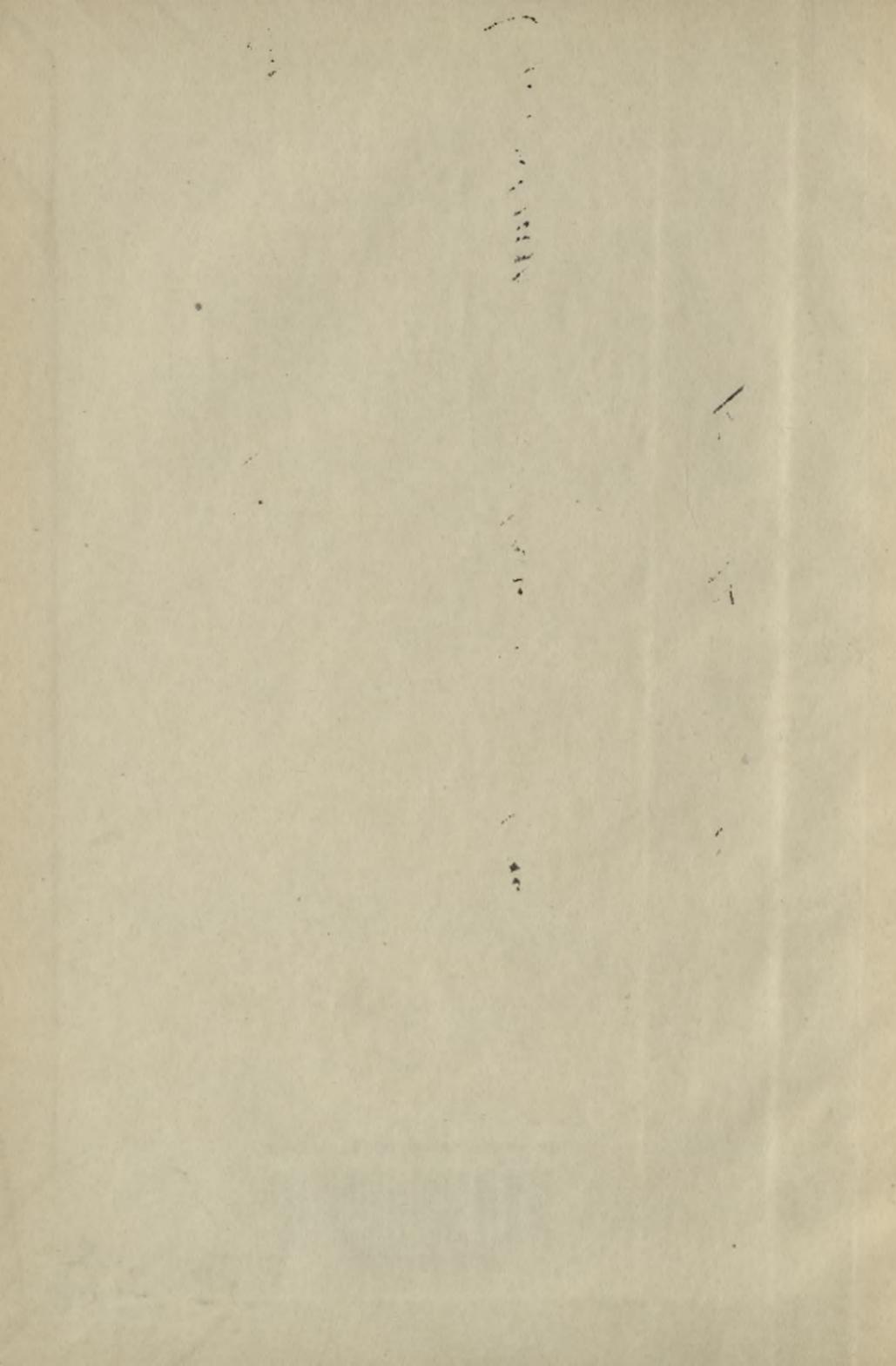


100000298949

BALKAN
UND
NÄHER ORIENT.

VON DR. JOHANN VON...
VERLAG...
WIEN...

X
1992



FREIE VEREINIGUNG
FÜR
STAATSWISSENSCHAFTLICHE FORTBILDUNG IN WIEN.

BALKAN
UND
NAHER ORIENT.

VIERZEHN VORTRÄGE,
GEHALTEN IN WIEN IM MÄRZ 1916.

EINGELEITET UND HERAUSGEGEBEN VOM
VORSITZENDEN DER FREIEN VEREINIGUNG

DR. LUDWIG ĆWIKLIŃSKI,

K. U. K. WIRKL. GEH. RAT, SEKTIONSCHEF IM K. K. MINISTERIUM
FÜR KULTUS UND UNTERRICHT.

WIEN UND LEIPZIG.
FRANZ DEUTICKE.
1916.

/ 31549 |

X
1992

B2.205

STATTSWISSENSCHAFTLICHE FORTBILDUNG IN WIEN
FÜR
FREIE VEREINIGUNG

BALKAN UND NAHER ORIENT.

VIERZEHN VORTRÄGE
GEHALTEN WILHELM MARR 1916



114714

VORSTZENDE DEUTSCHEN VEREINIGUNG

D. LUDWIG ĆWIKLIŃSKI

K. U. A. WISSEN. BEZ. SEKTORBEZIRK IM K. U. MINISTERIUM
FÜR KULTUR UND ERLEBTEICHT.

18241

WIEN UND LEIPZIG
FRANK DITZKE

Druck von Adolf Holzhausen in Wien.

Akc. Nr. 3085/50

Vorrede.

Der vom geschäftsführenden Ausschusse der Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Wien eingerichtete und in der Zeit vom 3. bis 22. März 1916 abgehaltene Zyklus von achtzehn Vorträgen über den Balkan und den nahen Orient fand rege Teilnahme eines zahlreichen Auditoriums, und von vielen Seiten wurde der Wunsch geäußert, daß die Vorträge im Drucke veröffentlicht und dadurch auch Kreisen außerhalb der Freien Vereinigung und außerhalb Wiens zugänglich gemacht werden.

Diesem Wunsche verdankt die vorliegende Sammelschrift ihre Entstehung. Sie enthält jedoch nicht alle Vorträge, sondern nur solche, die sich auf wirtschaftliche und kulturelle Zustände der Staaten und Länder des bezeichneten Gebietes beziehen; fünf Vorträge historisch-politischen, ethnographischen und folkloristischen Inhaltes sind nicht mit aufgenommen. Andererseits ist ein Vortrag, den Hofrat Professor Dr. Doelter bei einer anderen

Gelegenheit vor einem anderen Hörerkreise gehalten hat, als Ergänzung der übrigen Vorträge wirtschaftlichen Inhaltes der Sammlung einverleibt worden.

Vorausgeschickt ist als Einleitung die vom unterzeichneten Vorsitzenden der Vereinigung bei Eröffnung des Vortragszyklus am 3. März gehaltene Ansprache, in der über dessen Zweck und Anlaß Aufklärung gegeben wird. Der am Schlusse der Ansprache erwähnte Inaugurationsvortrag des Dr. Heinrich Friedjung behandelte das Thema: «Die Balkanpolitik der Großmächte bis 1913».

Abgesehen von Tabellen, Anmerkungen und anderen wünschenswerten Ergänzungen, die bei der Drucklegung hinzugekommen sind, entspricht der veröffentlichte Text im wesentlichen der Fassung, die den mündlichen Vorträgen zugrunde lag. Redaktionelle Änderungen wurden nach Möglichkeit vermieden, gegebenenfalls mit Zustimmung des Autors durchgeführt. Auf diese Weise erklären sich — außer der in einem derartigen Sammelwerke begreiflichen, einerseits durch den Stoff, andererseits durch die individuelle Art der Vortragenden bedingten Verschiedenheit der äußeren Form — die in einigen Vorträgen sich wiederholenden Besprechungen oder Erwähnungen desselben Gegenstandes sowie ver-

einzelte Divergenzen in der Beurteilung der gleichen Tatsache oder der nämlichen kulturellen oder wirtschaftlichen Erscheinung. Jedem Autor blieb das Recht gewahrt, seine Meinung auszusprechen und zu vertreten.

Was Fachmänner, Männer der Wissenschaft und Praxis, über bisherige Zustände von Ländern, in denen sich in der Gegenwart ein Teil der welthistorischen Ereignisse abspielt, sprechen und schreiben, dient nicht bloß zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse, sondern hat auch aktuellen Wert. Indem nun die im diesjährigen Frühjahrskurse der Freien Vereinigung mündlich dargebotenen Gaben bei den aufnahmewilligen Empfängern das Interesse für die Balkan- und Orientländer weckten und wachsen ließen, darf vielleicht gehofft werden, daß sie auch als lose aneinandergereihte Glieder eines im Druck erscheinenden Sammelwerkes manchem Leser Ansporn geben werden, den behandelten Verhältnissen und Problemen weiterhin wissenschaftliches Interesse und möglicherweise auch praktische Arbeit zuzuwenden.

Schließlich ist es mir eine angenehme Pflicht, den Herren Vortragenden für die wirksame Förderung der Bestrebungen der Vereinigung, dem Herrn Professor Dr. Karl Grünberg und

dem Herrn Ministerial-Vizesekretär Dr. Erwin Lauppert von Peharnik für die freundliche Unterstützung bei der Herausgabe der Sammlung wärmsten Dank auszusprechen.

Wien, im Juni 1916.

(I., Minoritenplatz 5)

Dr. Ludwig Ćwikliński.

INHALT.

	Seite
Ansprache des Vorsitzenden Dr. Ludwig Ćwikliński bei Eröffnung des Vortragszyklus, gehalten am 3. März 1916 . . .	1
Wirtschaftszustände Rumäniens vor dem Kriege. Von Dr. Karl Grünberg, Professor a. d. Universität Wien. Zwei Vorträge, gehalten am 10. März 1916	7
Österreich-Ungarn und die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens. Von Philipp Broch, Direktor der k. k. priv. allg. Verkehrsbank. Vortrag, gehalten am 8. März 1916	61
Das moderne Griechenland. Von Dr. Adolf Wilhelm, Professor a. d. Universität Wien. Zwei Vorträge, gehalten am 4. und 18. März 1916	87
Der Mineralreichtum der Balkanhalbinsel. Von Hofrat Dr. Cornelius Doelter, Professor a. d. Universität Wien. Vortrag, gehalten im März 1916	166
Die Bedeutung Konstantinopels und der Meerengen. Von Dr. Friedrich v. Kraelitz-Greifenhorst, Professor a. d. Universität Wien. Vortrag, gehalten am 14. März 1916 . . .	198
Die wirtschaftlichen Verhältnisse Kleinasiens in der Gegenwart und ihre Aussichten für die Zukunft. Von Dr. Franz X. Schaffer, Professor a. d. Universität Wien. Vortrag, gehalten am 15. März 1916	217
Arabien und die Araber in der Weltgeschichte. Von Hofrat Dr. Alois Musil, Professor a. d. Universität Wien. Vortrag, gehalten am 16. März 1916	237
Der heutige Zustand der türkisch-arabischen Provinzen. Von Hofrat Dr. Alois Musil, Professor a. d. Universität Wien. Vortrag, gehalten am 16. März 1916	256

Die Orientbahnen und deren Anschluß an das griechische und das kleinasiatische Bahnnetz. Von Oberbaurat Rudolf Friedrich, Chefingenieur der Orientbahnen a. D. Vortrag, gehalten am 17. März 1916	275
Schiffahrtsverhältnisse Österreich-Ungarns in der Levante und in den Balkanstaaten bis zum Ausbruche des Weltkrieges. Von Hofrat Albert Frankfurter, Generaldirektor des «Österr. Lloyd». Vortrag, gehalten am 18. März 1916	297
Ägypten in staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung. Von Dr. Eugen Oberhummer, Professor a. d. Universität Wien. Vortrag, gehalten am 21. März 1916	316
Die Gestaltung der völkerrechtlichen Verhältnisse in Vorderasien im letzten Menschenalter vor dem Kriege. Von Dr. Leo Strisower, Professor a. d. Universität Wien. Vortrag, gehalten am 22. März 1916	340

ANSPRACHE

des

Vorsitzenden

der

Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung

Dr. Ludwig Ćwikliński

bei Eröffnung des Vortragszyklus.

Als Vorsitzender der Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung fühle ich mich vor allem verpflichtet, den hochverehrten Anwesenden wärmsten Willkommgruß zu entbieten und der freudigen Befriedigung Ausdruck zu geben, daß unsere Einladung Gehör gefunden hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, das Erscheinen eines so zahlreichen Auditoriums in dem Sinne auslegen zu dürfen, daß unserer Institution auch jetzt Interesse entgegengebracht und die Wiederaufnahme unserer Arbeit im gegenwärtigen Augenblicke, nach einer längeren Unterbrechung, gutgeheißen wird.

Die Unterbrechung dauerte zwei Jahre und bedarf kaum einer Rechtfertigung; es wäre nicht angemessen gewesen, an eine Tätigkeit heranzutreten, die als ein nicht zeitgemäßes Ablenken von den das Denken und Fühlen in Anspruch nehmenden Begebenheiten, von der ernsten Pflicht aller in der Gegenwart, der Sorge um den Staat und dessen Bedürfnisse hätte gedeutet werden können.

Allein es ist bezeichnend und wurde wohl schon des öfteren bemerkt, daß der gegenwärtige Weltkampf, bei dem wissenschaftliche Mittel zur vollen Geltung kommen, außer

anderen, durch lange Erfahrung scheinbar vollkommen begründeten Sätzen, auch den bekannten Spruch in seiner Gültigkeit erschüttert hat, daß, wo der Krieg wütet, wissenschaftliche und künstlerische Betätigung erlischt. Niemand wird in Abrede stellen wollen, daß Kunst und Wissenschaft in den letzten 19 Monaten viel, sehr viel gelitten haben, aber die Beobachtung lehrt andererseits, daß der jetzige Krieg in mancher Hinsicht erziehend und anregend gewirkt, den Wert und die Bedeutung der geistigen und kulturellen Arbeit gehoben hat; schon jetzt dringen in die der Forschung und Lehre geweihten Stätten neue Strömungen ein, neue Probleme tauchen auf, neue Ideen kündigen eine Umgestaltung des geistigen und sittlichen Lebens an.

Als demnach durch die herrlichen Siege der verbündeten tapferen Armeen auf den verschiedenen Kampfgebieten im Frühjahr, im Sommer und im Herbst des vorigen Jahres eine so überaus glückliche Wendung der Dinge herbeigeführt wurde, glaubten wir es wagen zu können, uns wissenschaftlichen Fragen zu widmen, die sich für unsere Betrachtungen aus den großen Ereignissen der Gegenwart ergeben oder mit Bezug auf dieselben entstehen. Die Ereignisse bieten eine Reihe von Themen. Daß wir uns entschlossen haben, uns den Balkanländern und dem nahen Oriente zuzuwenden, dürfte leicht verständlich sein. Sind doch die Gebiete des Balkan und Vorderasiens in der jüngsten Vergangenheit wiederum in den Vordergrund der Weltpolitik getreten. Das heldenmütige Ringen der verbündeten Heerscharen auf den südöstlichen Kriegsschauplätzen hat die Heimatländer unserer östlichen Bundesgenossen unserem Empfinden noch näher gebracht. Überdies haben die in jenen Ländern erzielten kriegerischen Erfolge eine Reihe von Problemen wirtschaftlicher Natur aufgerollt, die für die Zentralstaaten, namentlich für unsere Monarchie, von hervorragender Bedeutung sind und allgemeines Interesse hervorrufen.

Noch läßt sich allerdings von der Gestaltung der Dinge nach dem Kriege ein Bild nicht entwerfen. Noch sind die An-

sichten über das künftige wirtschaftliche Verhältnis der verbündeten Staaten nicht geklärt und nicht abgeschlossen. Deutlich vernimmt man jedoch von überall her den einen Wunsch, daß das Band, das die gemeinsame Gefahr zwischen diesen Staaten geschmiedet hat, auch in der Friedenszeit seine Stärke bewahre, daß die mit unsäglichen Mühen und zahllosen Opfern gewonnenen Vorteile eine Unterlage für eine weit ausgedehnte, in gegenseitigem Einverständnisse organisierte Entwicklungssphäre von Kultur und Wirtschaft schaffen. Militärisches und politisches Bündnis wäre mit Schranken, die den Handel und den Austausch von Erzeugnissen der Industrie und der Landwirtschaft in stärkerem Maße hemmen würden, nicht gut vereinbar. Es heißt überdies, daß die feindlichen Völker auch nach dem Friedensschlusse ihre Gegnerschaft im Handel und Verkehr nicht werden aufgeben wollen; um so dringender ist die Notwendigkeit, daß die Staaten des Vierbundes sich gegenseitig unterstützen und ergänzen, um sich weiter entwickeln und gedeihen zu können.

Die Donau-Adria-Monarchie darf den Anspruch erheben, daß ihr im Kreise der Bundesgenossen wie bei dem Waffengange, so auch nach dessen glücklichem Ende der gebührende Platz, an den Unternehmungen selbst die entsprechende Beteiligung zufalle. Die geographische Lage des Reiches weist seine Industrie und seinen Außenhandel auf den nächsten und nahen Orient. Seit jeher gepflegt, bilden die innigen Beziehungen zum Balkan, Kleinasien und Syrien einen Bestandteil der historischen Tradition, der historischen Mission Österreich-Ungarns. Nun müßte dieser Verkehr noch erweitert und den geänderten Verhältnissen entsprechend modifiziert werden, die Beziehungen müßten vielseitiger und noch inniger werden, wenn Österreich-Ungarn sich und seinen Freunden nützen, wenn es ein wertvolles und vollwertiges Glied in der durch das Waffenbündnis geschlossenen Kette sein soll.

Die äußeren Bedingungen sind vorhanden, auch fehlen den beiden Staaten der Monarchie nicht die nötigen Hilfs-

mittel, die Bevölkerung besitzt Vorzüge, besitzt die Eignung für eine derartige Betätigung; anerkanntermaßen zeichnet sie die Gabe aus, die Individualitäten anderer Völker und Stämme zu verstehen und sich deren Eigenart anzupassen, und erhöht ihre Fähigkeit, sich im Auslande geltend zu machen.

Vermehrte Aufgaben erheischen indessen ein größeres Maß von Energie. Schlummernde, unbenutzte Kräfte müssen geweckt, gesammelt und organisiert, neue Wege gesucht und geebnet werden. Der wissenschaftlichen Forschung eröffnen sich weite Horizonte, die Lehre hat ihr Gefolgschaft zu leisten. Fruchtbare Gedanken und Pläne sowie nützliche Kenntnisse, technische und naturwissenschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche, sollen in weitere Gesellschaftskreise getragen und ihnen in entsprechender Form zugänglich gemacht werden.

Hierzu glaubt auch die Freie Vereinigung ihr Scherflein beitragen zu können, sie betrachtet dies als ihre Pflicht und hat darum den angekündigten Zyklus von Vorlesungen eingerichtet. Der Zweck der Vorträge ist: in objektiv darstellender, wissenschaftlich unvoreingenommener Weise Beamten und sonstigen Absolventen von Hochschulen, Angehörigen der Industrie, des Handelsstandes und der Geschäftswelt sowie anderen Persönlichkeiten, die die nötige Vorbildung besitzen, Einblick zu gewähren in die allgemein kulturellen, ökonomischen und staatsrechtlichen Zustände der Staaten und Völker an der unteren Donau, auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeerbecken sowie die Kenntnis von der völkerrechtlichen Lage jener Gebiete zu vertiefen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung, die, wenn auch nicht neu, in diesem Zusammenhange vielleicht dennoch hervorgehoben zu werden verdient.

Ex oriente lux. Wie die Strahlen der Sonne sich vom Osten her über unsere Gefilde verbreiten, um Licht und Wärme zu spenden, so verbreiteten sich über das Abendland die kulturellen Güter und die geistigen und religiösen Werte, die vor Jahrhunderten im Morgenlande: in Ägypten und Mesopotamien, in Palästina und Griechenland geschaffen wurden.

Dankbaren Herzens hat sie der Okzidentale in Empfang genommen und behütet sie sorgfältig als kostbaren Schatz. Und trotz Jahrhunderte wäherender Kämpfe, trotz Verschiedenheit in Glauben, in Sprache, Sitte und Lebensweise wendet der Bewohner des Abendlandes seinen Blick immer wieder nach dem Morgenlande, und seine Seele, seine Phantasie erfüllt die Sehnsucht nach dessen Eigenart, nach dessen Pracht und Schönheit. So hat denn Goethe, schon vor 90 Jahren, den Spruch geschrieben: „Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.“ Doch des Meisters Worte fanden in den nachfolgenden Jahrzehnten nicht die volle Erfüllung. Vielleicht werden die Geschehnisse der Gegenwart es zustande bringen, daß sich der Satz in naher Zukunft in Wirklichkeit umsetzt.

Als vor 24 Jahrhunderten der Großkönig mit seinen Heeresmassen gen Hellas zog, ließ er über den Hellespont, von Asien nach Europa Schiffbrücken errichten. Auch jetzt wird zwischen Orient und Okzident eine Brücke gebaut, doch nicht in feindlicher Absicht. Von beiden Seiten, von der asiatischen und von der europäischen, von Türken und Bulgaren, von Ungarn, Österreichern und Deutschen werden in den Boden Pfeiler für eine mächtige Brücke eingeschlagen, für die Brücke der Eintracht und Freundschaft. Nicht Ziegel und Steine, nicht Eisen und Beton werden für den Bau verwertet, anderes, noch festeres Material gelangt zur Verwendung: die Überzeugung von dem Nutzen und der Nötwendigkeit des Zusammenwirkens: die Erkenntnis, daß in dem Wohle aller Bundesgenossen auch der Vorteil des einzelnen liegt: die in der Waffenbrüderschaft der Völker gewonnene gegenseitige Wertschätzung. Auf einer solchen Unterlage ruhend, wird der Bau der Unbill der Zeiten gewiß einen starken Widerstand entgegengesetzt vermögen.

Dies wünschen und hoffen wir, und von diesem Wunsche erfüllt, unternehmen wir unsere Wanderungen durch die klassischen Landschaften von Hellas und das fruchtbare Tal der rauschenden Maritza, durch die belebten Straßen des unvergleichlich schönen Gestades am Bosphorus sowie durch die von

Natur reich gesegneten Ebenen des Euphrat und Tigris. Herzlichen Dank wissen wir den kundigen Führern, die die Leitung übernommen haben, sowie dem heutigen Redner, der den Wanderungen einen historischen Vortrag vorzuschicken die Güte haben wird.

Wirtschaftszustände Rumäniens vor dem Kriege.

Von

Dr. Karl Grünberg,

Professor an der Universität Wien.

Mitten im gewaltigsten Kriegsgeschehen richtet sich unser Aller Denken auf die Wiederkehr des Friedens und auf die Vorbereitung künftiger fruchtbarer, vor neuerlicher kriegerischer Unterbrechung möglichst bewahrter Friedensarbeit nach innen und außen. Unter den zahlreichen einschlägigen Problemen der Schuttaufräumung und Neuordnung stehen die wirtschaftlichen obenan. Es gilt die Wiederaufnahme und Sicherung des gesamten Wirtschaftsprozesses, die Güterbeschaffung ebensowohl durch eigene Produktion wie durch deren Ergänzung von fremden Volkswirtschaften her, die Vorsorge für unmittelbar eigene Bedarfsdeckung und für gesteigerte Überschusserzeugung zu Absatzzwecken, die Festhaltung der alten Märkte und die Erringung neuer durch völkerrechtliche Abmachungen. Alle Gedanken und Pläne, die sich mit den zur Erreichung dieser Ziele zu wählenden Mitteln beschäftigen, kreisen gegenwärtig um die Losung „Mittel-europa“, um das Programm einer Ausgestaltung des politischen und militärischen Zusammenwirkens der Mittelmächte sowie ihrer Verbündeten zu einer dauernden innigen Wirtschaftsgemeinschaft, die eine natürliche Anziehungskraft auf eine Reihe anderer, namentlich die Kleinstaaten im Südosten ausüben und durch deren ökonomische Angliederung zu bedeutender, wenn nicht absoluter Autarkie gelangen würde. Dieses großzügige Programm begegnete zunächst, wie es schien, all-

gemein ungeteilter, enthusiastischer Aufnahme — trotzdem oder vielmehr weil Einzelfragen nach dem völker- und staatsrechtlichen Gefüge „Mitteleuropas“, nach seiner Zweckbestimmung als handelspolitische Waffe, nach der Abschleifung und Ausgleichung etwa zwischen den künftigen Gliedern des Wirtschaftsbundes vorhandener Verschiedenheiten oder gar Gegensätzlichkeiten der Wirtschaftsinteressen, nach der Tragweite und Tragfähigkeit schließlich der angestrebten Autarkie sei es gar nicht aufgeworfen, sei es nur unklar beantwortet wurden. Je mehr aber diese Fragen sich aufdrängten und über die Bewußtseinsschwelle traten, regten sich zögernd erst und dann entschiedener Bedenken. Stimmen wurden laut, die vor Überschätzung der Macht des rein Gefühlsmäßigen warnten und nüchtern auf zahlreiche reale Schwierigkeiten hinwiesen, die durch den Sturm der Begeisterung allein und jedenfalls mit dauernder Wirkung nicht ausgeschaltet werden könnten. Und in der Tat! Schwierigkeiten vermag man nur zu bewältigen, wenn man sich ihre Größe klar macht. Gewiß ist, wenn man ihrer Herr werden soll, Begeisterung notwendig und artet ein Übermaß an Nüchternheit nur allzuleicht in Ängstlichkeit aus. Immer gilt Saint-Simons Wort: „Pour faire quelque chose de grand, il faut être passionné.“ Andererseits jedoch verbürgt der Verzicht auf den Wirklichkeitssinn an sich keineswegs auch schon den Erfolg, sondern zeitigt nur unnütze und schädliche Verschwendung von Kraft, die dann auch dort fehlt, wo sie vollwirksam zu werden vermöchte. Mit Recht wird daher — bei allem Einverständnis über die Nützlichkeit und Notwendigkeit eines engen ökonomischen Zusammenschlusses der Staaten Mitteleuropas und darüber hinaus — vorausgehende eindringliche Untersuchung und Prüfung aller wichtigen damit zusammenhängenden Einzelprobleme gefordert.

Als ein solches Einzelproblem erscheinen auch die Wirtschaftszustände Rumäniens und was aus ihnen heraus in der Vergangenheit dessen handelspolitische Beziehungen zu anderen Ländern, vorab unserer Monarchie, bestimmt hat und jedenfalls auch in Zukunft mitbestimmen wird. Indem ich

versuche, sie — mit den in diesem Rahmen gebotenen Einschränkungen — ihrem hauptsächlichsten Inhalt nach und in ihrer organischen Verknüpfung zu schildern, wähle ich den Weg geschichtlicher Betrachtung statt bloß beschreibender Darstellung. Denn wie von Individuen, so gilt auch von Kollektivitäten, daß man sie ganz nur versteht, wenn man die wichtigsten Züge wenigstens ihres Werdeganges kennt. Nur dann auch ist man imstande zu beurteilen, was an — oft genug entscheidend gewichtigen — Imponderabilien neben dem sichtbar an der Oberfläche Liegenden ihr Wollen und Handeln bestimmt.

I.

Alter römischer Kolonialboden, von Trajan (101—106) den Dakern abgerungen, ¹⁾ sodann aber vor dem Ansturm der Goten durch Aurelian wieder preisgegeben (271), wird das heutige Rumänien während der nächsten acht Jahrhunderte von immer neuen Völkerfluten überzogen: Hunnen, Gepiden, Awaren, Slawen, Bulgaren, Ungarn, Petschenegen, Kumanen folgen einander, bis endlich die Wellen sich verlaufen und westlich der Karpathen wie im Osten und Süden derselben Ansätze zu neuen, dauernden staatlichen Bildungen sich zeigen. Im 14. Jahrhundert tauchen aus dem Zwielficht der Geschichte im Gebiete des heutigen Königreiches zwei selbständige Fürstentümer, die Moldau und die Walachei. Sie geraten bald in Berührung mit den von Süden her vordringenden Osmanen und in Abhängigkeit von ihnen. Diese ist zunächst eine mäßige: eine Reihe von Kapitulationen aus den Jahren 1392—1529 sichert beiden Fürstentümern im Rahmen des osmanischen Reiches volle Autonomie unter nationalen Herrschern. Dieser Rechtszustand ist jedoch auf die Dauer nicht aufrechtzuhalten. Er weicht straffster Abhängigkeit, seitdem die Russen sich gegen Südwest zu in Bewegung zu setzen beginnen und die moldauischen und walachischen Fürsten bei ihnen Anlehnung suchen. Von da an und durch mehr als ein Jahrhundert (1711/16—1829) sind die beiden Länder kaum

etwas anderes als türkische Paschaliks — von griechischen „Pachtfürsten“ aus dem Phanar regiert, die als hohe Dragomane das Vertrauen der osmanischen Machthaber erworben haben und meistbietend den Thron erstehen. Im Durchschnitt für nicht länger als drei Jahre, in denen sie nicht nur die Auslagen zur Gewinnung und möglichst langen Behauptung der Herrschaft — Ernennungstaxen und Bestechungsgelder — wieder hereinzubringen haben und für pünktliche Zahlung des beträchtlichen Tributes sorgen müssen, sondern auch sich selbst nach Kräften zu bereichern bemüht sind und im Verein mit ihrer Gefolgschaft und Klientel Land und Volk in grenzenloser Weise ausbeuten. Gesteigert wird noch der ökonomische Verfall durch die Rolle als Großgüter, die den beiden Provinzen von der Pforte im Interesse der Approvisionierung Konstantinopels zugewiesen wird und noch im russisch-türkischen Vertrag von Akerman (1826) aufrechterhalten erscheint. Das zu diesem Zweck griechischen Händlern eingeräumte Vorkaufsrecht auf die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Rohstoffe schließt den freien Auslandsverkehr aus und ertötet jedes Streben nach wirtschaftlichem Fortschritt im Keime. Dieser ungeheure jahrhundertelange Druck trifft nicht alle Schichten des rumänischen Volkes in gleichem Maße. Die Grundherren büßen wohl teilweise an politischem Einfluß ein — ihre wirtschaftliche und soziale Macht aber bleibt ihnen erhalten und sie wenden sie rücksichtslos gegen die Massen der ländlichen Bevölkerung, d. h. eigentlich das Volk überhaupt an. Hält man das fest, so versteht man wohl dessen kulturelle Zurückgebliebenheit, den Fatalismus, der ihm eignet, das auch jetzt noch starre Haften am Althergebrachten in Denken, Sitte, Lebensweise, landwirtschaftlicher Technik.

Wie sehr die Moldau und Walachei in jener Zeit der „Phanarioten“-Herrschaft unrettbarem politischen und nationalen Untergange geweiht schienen, wie sehr die Griechen sich gewöhnt hatten, die beiden in den oberen Gesellschaftsschichten fast vollständig hellenisierten Provinzen als „wahre

griechische Kolonien“ und als endgültig dem Hellenismus gewonnenen Boden zu betrachten, beweist wohl am besten der Umstand, daß 1821 von hier aus unter Alexander Ypsilantis, des Sohnes des früheren Woiwoden Konstantin Ypsilanti, Führung der Aufstand zur Befreiung Griechenlands von der Osmanenherrschaft seinen Ausgang nahm.

Damit setzt eine Wende im Geschick der Fürstentümer ein. Um jene Zeit hatten sie es längst nicht mehr mit einem, dem türkischen, Herrn zu tun. Inzwischen hatte sich ihm ein zweiter gesellt, der den älteren mit allen Mitteln aus seiner Stellung zu verdrängen bestrebt war. In seinem Drange nach Konstantinopel und den Dardanellen hatte Rußland zielbewußt schon unter Peter dem Großen die Rolle als Beschützer der orthodoxen Lande sich zurechtzulegen angefangen und sie sodann auch im Frieden von Kutschuk-Kainardschi (1774) zu völkerrechtlich-formaler Anerkennung gebracht. Die nächste Wirkung für die Moldau und Walachei war jedenfalls — obgleich gerade erst nach dem eben genannten Friedensschlusse beträchtliche Gebietsteile durch Abtretung von Seite der Pforte verlorengehen: die Bukowina an Österreich (1775) und Bessarabien an Rußland (1812) — eine Lockerung der Abhängigkeit vom osmanischen Reiche. Zugleich aber wurden damit die Keime zur nationalen und staatlichen Wiedergeburt des rumänischen Volkes gelegt. Allerdings sehr wider den Willen und die Absichten Rußlands, das die Fürstentümer als Etappe auf dem Wege nach dem goldenen Horn betrachtete und unablässig ihre Verwandlung in russische Provinzen im Auge behielt — während sie selbst zwar aus allen Kräften der osmanischen Herrschaft zu entinnen trachteten, keineswegs aber gewillt waren, sie einfach mit der russischen zu vertauschen.

Seit 1822 hatten sie wieder einheimische Fürsten. Der Frieden von Adrianopel (1829) brachte ihnen — allerdings nach wie vor im Rahmen der Türkei und unter Aufrechterhaltung der Verpflichtung zu einer Jahrestributzahlung — die Wiederherstellung fast vollständiger Unabhängigkeit in-

bezug auf die innere Verwaltung und daher auch die Verfügung über die Landeseinkünfte mit Einschluß der Zölle. Und endlich wurde in demselben Friedenstraktat mit dem türkischen Vorkaufsrecht auf die Bodenerzeugnisse aufgeräumt und dem Außenhandel volle Freiheit wiedergegeben. All das unter Garantie, d. h. dem Protektorat Rußlands, das die Fürstentümer bis 1834 besetzt hielt. Diese begannen sofort nach dem Abzuge der russischen Truppen ihre Autonomie auszunützen, um mit allen Mitteln erst ihre wirtschaftliche und in weiterer Folge ihre staatsrechtliche Vereinigung vorzubereiten. Jene gelang bereits 1835 mit zeitweiliger und 1847 mit definitiver Geltung; diese hingegen erst nach dem Pariser Frieden von 1856, der den Krimkrieg beendete und der Moldau einen Teil des 1812 verlorenen Bessarabiens wiederbrachte. Die Doppelwahl Alexandru Joan Cuzas zum Herrscher beider Fürstentümer bewirkte zunächst 1859 deren personale Union. Schon zwei Jahre später wandelte sich jedoch diese — völkerrechtlich freilich nur mit Beschränkung auf die Regierungszeit Cuzas — zur realen, wobei die Moldau und Walachei den Namen „Vereinigte Fürstentümer“ annahmen. Erst nach Cuzas Sturz im Februar 1866 und nach der Wahl Carol I. von Hohenzollern zum erblichen Herrscher verschmolzen die „Vereinigten Fürstentümer“ dauernd und verfassungswie völkerrechtlich zu dem fortan untrennbaren „Rumänien“. Die weitere Entwicklung ist noch in frischer Erinnerung. 1877 errang Rumänien als Bundesgenosse Rußlands auf den bulgarischen Schlachtfeldern die vollständige Loslösung von der Türkei — mußte sich jedoch dareinfügen, das ihm zwei Jahrzehnte zuvor zugefallene Stück Bessarabien wieder an Rußland herauszugeben und sich, widerwillig, mit der Dobrudscha entschädigen zu lassen. Im Frühjahr 1881 proklamierte es sich zum Königreiche. Durch den Bukarester Frieden vom 10. August 1913 erwarb es unter dem Titel einer „Grenzberichtigung“ zur Dobrudscha fünf angrenzende bulgarische Bezirke mit einem Flächeninhalt von rund 7600 km² hinzu, die NeuDobrudscha.

Bezeichnet der Frieden von Adrianopel den Ausgangspunkt der modernen politischen Entwicklung Rumäniens, so jener von Paris, fast ein Menschenalter später, den seines volkswirtschaftlichen Aufschwunges.

In der Tat, die 1829 wiedergewonnene Freiheit des Außenhandels frommte dem Lande zunächst nur sehr wenig. Ausfuhr und Einfuhr hielten sich nach wie vor in engsten Grenzen. Jene, weil der Mangel an bequemeren und billigen Wegverbindungen in den Fürstentümern selbst und nach außen hin eine größere Nachfrage nach moldau-walachischen Erzeugnissen der Landwirtschaft und Viehzucht, dem Einzigem, was sie auf den Markt bringen konnten, insbesondere vom Westen Europas her gar nicht aufkommen ließen; die Einfuhr aber, weil eben deshalb der Anreiz zu stärkerer Überschußproduktion und daher auch die nötige Kaufkraft fehlte. Soll ja der Wert des Gesamtexports der Fürstentümer im Jahre 1840 kaum 35 und noch 1850 etwa 47 Millionen Lei erreicht haben, der des Gesamtimports aber etwa $19\frac{1}{2}$, beziehungsweise $28\frac{1}{4}$ Mill. Lei.

Durch den Bukarester Frieden (1812) schon hatte sich Rußland bis an die Donau geschoben. Seit 1829 beherrschte es das ganze Donaudelta mit Ausnahme des rechten Ufers des St. Georgsarmes, das der Türkei verblieben war. Wohl widersetzte es sich nun nicht der Schifffahrt fremder Flaggen auf der Donau. Ebenso anerkannte es auch grundsätzlich seine Verpflichtung, die Mündung vor Versandung zu schützen und dem Verkehr frei zu erhalten — eine Verpflichtung, die überdies 1840 in einem Sondervertrage mit Österreich mit Bezug auf die Sulinamündung noch speziell festgelegt wurde. Es führte sie jedoch nicht aus und vermochte um so leichter in der Passivität zu verharren, als für den Beginn der nötigen Arbeiten kein fester Termin gesetzt war. Selbst hatte es am Donauverkehr kaum ein Interesse. Wohl aber lag ihm alles daran, eine moldau-walachische Zerealienausfuhr sowie die Entwicklung der Donauhäfen Galatz und Braila zugunsten seiner eigenen konkurrierenden Exportgebiete und des Hafens von Odessa zu hemmen. Wie vollkommen ihm das gelang,

lehrt der Bericht, daß die Zerealienausfuhr aus Galatz und Braila 1837 zusammen nicht mehr als 209 t, 1848 aber 601 t betragen habe.

Allein die industrielle Entwicklung Westeuropas zwingt dieses auf die stets erneute Suche nach Absatzgebieten für seine Fabrikate und also auch zu mittelbarer Förderung der Kaufkraft wirtschaftlich zurückgebliebener Länder. Zudem hat es zu Anfang der Fünfzigerjahre schlechte, der Südosten aber glänzende Ernten, zu denen es den Zugang freizumachen gilt, soweit er noch verschlossen oder ungebahnt ist. Zu dem klar und bündig ausgesprochenen Zwecke: „pour mieux assurer la liberté de la navigation du Danube“ wird daher durch den Pariser Frieden Rußland aus seiner herrschenden Stellung an den Donaumündungen verdrängt, der Strom internationalisiert und dem Handel aller Nationen eröffnet, die europäische Donaukommission ins Leben gerufen und mit der Ausführung der Arbeiten für die Schiffbarerhaltung der unteren Donau betraut. Nun eilen von überall her Kaufleute und Konsuln in jenen weltentlegenen vergessenen Winkel; Namen von Handelsplätzen, seit des Prinzen Eugenius und Karls von Lothringen Tagen verschollen, ertönen wieder in den europäischen Kontoren; der Spiegel des großen Stromes beginnt sich mit Fahrzeugen aller Art zu bedecken; Seeschiffe aus dem fernen Westen erscheinen an seinen so lange verödeten Toren, um die schweren Weizenlasten aufzunehmen. Hatten früher Fahrzeuge größeren Tonnengehaltes in die Donau nicht einfahren können und war der Verkehr nur mit Hilfe griechischer Segler möglich gewesen, so vermochten bereits seit 1861 Schiffe mit bis zu 2000 t Gehalt nach Braila zu gelangen und dieses gewann ebenso wie Galatz immer mehr seestädtischen Charakter. 1860 schon baute eine englische Gesellschaft die Bahnlinie Konstanza—Czernawoda aus, um die Schwierigkeiten an der Sulinamündung durch Schaffung einer unmittelbaren Landverbindung zwischen dem Schwarzen Meere und der Donau zu umgehen. Bereits 1865 ist der Gesamttonnengehalt der aus der Sulinamündung ausgelaufenen

Dampf- und Segelschiffe auf etwa 442.000 t gestiegen, wovon über 64.000 (= $14\frac{1}{2}\%$) auf die englische, über 55.000 (= $12\frac{1}{2}\%$) auf die österreichische Schifffahrt entfallen. Ein Jahrzehnt nachher erreicht er rund 522.000 t und die englische Schifffahrt ist an ihm mit nahezu 50 %, die österreichische nur mehr mit 9,5 % beteiligt — ein Beweis immer stärkerer Okkupation der Donaumündungen durch Großbritannien. 1866 bereits beträgt die Zerealienausfuhr aus den Vereinigten Fürstentümern an 550.000 t, zehn Jahre darauf mehr als das Doppelte: 1.206.000 t. Ein Goldstrom ergießt sich über das Land und regt zu stets weiterer Produktionssteigerung an.

Der voluminöse Charakter bei verhältnismäßiger Geringwertigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fordert für ihre Ausfuhr billige Frachten und zwingt daher zur Wahl des Wasserweges vor dem Landwege. Andererseits kam die Donaustraße flußaufwärts nur wenig und jedenfalls weniger in Betracht, weil die Schifffahrtshindernisse am Eisernen Tore den Transport bedeutend erschwerten und auch verteuerten, ihre Beseitigung sich aber immer wieder verzögerte und bekanntlich erst im Jahre 1896, auch da nur unvollkommen, zu Ende gebracht wurde. Wenn wir also gleich von Beginn der neuen Epoche an die rumänische Regierung und das fremde, fruchtbringende Anlage heischende Kapitel eifrig bestrebt sehen, durch den Bau von Straßen und Eisenbahnen einerseits dem wachsenden Verkehr Rechnung zu tragen und ihn andererseits hierdurch zu fördern, so finden wir sie gleichzeitig in erster Linie darauf bedacht, den Verkehr der Donaustraße und auf ihr der See zuzulenken. In welchem Tempo sich übrigens die Entwicklung der Kommunikationen vollzogen hat, lehren folgende Daten. Bis 1873 waren in Rumänien nicht mehr als 775 km Chaussees vollendet: im Jahre 1909 war das Netz der Landes-, Distrikts- und Kommunalstraßen sowie der Vizinalwege auf nahezu 28.000 km gediehen. Die erste kurze Eisenbahnstrecke — von gegen 70 km — wurde zur Verbindung der Hauptstadt Bukarest mit dem Donauhafen Giurgiu in den Jahren 1867/70 gebaut: 1913 hatte sie

sich zu 3532 km ausgewachsen, die insgesamt in Staatsverwaltung stehen.²⁾

Um eine Vorstellung von den Rückwirkungen der andedeuteten Faktoren auf die volkswirtschaftliche Entwicklung Rumäniens bis in unsere Tage herein zu gewinnen, scheint es am gedeihlichsten, in erster Linie sich die Bewegung zu vergegenwärtigen: einerseits der Bevölkerung und in deren beruflicher Gliederung, andererseits der landwirtschaftlichen Produktion nach Art und Maß und des Verhältnisses zwischen Ein- und Ausfuhr.³⁾ Wissen wir gleich dabei, daß auf die amtlichen statistischen Angaben, namentlich aus älterer Zeit, nicht gerade felsenfest zu bauen ist, so hinwiederum doch auch, daß dies im ganzen gleichgültig ist. Kommt es uns ja nicht auf die absolute Richtigkeit der Querschnitte in allen Einzelheiten an, sondern auf ihr Größenverhältnis zueinander, d. h. auf das Bild der lebendig wirkenden Kräfte und der in ihrem Gefolge während der letzten zwei Menschenalter eingetretenen Verschiebungen.

Was nun zunächst die Bevölkerungsziffern anbelangt, so wird als die wahrscheinlichste für 1859: 3'865 Mill. angegeben, während bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1912: 7'234 Mill. ermittelt wurden. Das machte eine etwa 85 %ige Vermehrung in einem halben Jahrhundert. Für Anfang 1914 wird die Einwohnerzahl des Königreiches — unter Hinzurechnung derjenigen der jüngst Bulgarien abgewonnenen Landesteile von rund $\frac{1}{4}$ Mill. — auf 7'626 Mill. veranschlagt, was einer Dichte von 55'3 auf den Quadratkilometer gleichkommt gegenüber einer solchen von 41 noch vor zwei Jahrzehnten. In der Verteilung der Menschen auf Stadt und Land ist seit 1859 keine Veränderung eingetreten. Damals wie jetzt stellt sich das Quotenverhältnis zwischen städtischer und ländlicher (so gut wie ausschließlich der Landwirtschaft berufszugehöriger) Bevölkerung wie 18'4 : 81'6, da die 1899 festgestellte leichte Verschiebung zugunsten der ersteren auf 18'8 : 81'2 inzwischen durch die starke jüdische Auswanderung seit Beginn des 20. Jahrhunderts wieder rückgängig gemacht

worden ist. Von der Bewohnerschaft städtischer Siedlungen — Ende 1912: $1\frac{1}{3}$ Mill. — entfallen etwa je ein Viertel auf die Hauptstadt Bukarest, beziehungsweise fünf weitere größere Zentren, der Rest auf die übrigen 66 Stadtgemeinden. Endlich sei noch hervorgehoben, daß die Volksschulbildung, namentlich in den letzten anderthalb Jahrzehnten, einen nicht unbedeutenden Aufschwung genommen hat. Die Quote der Analphabeten ist denn auch im Zeitraum 1899—1912 von 78 auf 60·7 % gesunken.

Betrachten wir andererseits die Entwicklung des rumänischen Außenhandels, so stellt sie sich in tabellarischer Zusammenfassung folgendermaßen dar:

Im Durchschnitt der Jahre	Einfuhr	Ausfuhr	Zusammen	Handelsbilanz
	in Millionen Lei			
1861—65 . .	70·0	119·3	189·4	+ 49·3
1871—75 . .	102·8	156·3	259·0	+ 53·5
1876—80 . .	263·6	210·2	473·8	— 53·4
1881—85 . .	293·4	220·8	514·2	— 72·6
1886—90 . .	330·5	265·6	596·1	— 64·8
1891—95 . .	394·9	298·0	693·0	— 96·9
1896—1900 .	326·8	252·1	578·9	— 74·7
1901—05 . .	298·9	360·6	659·6	+ 61·7
1906—10 . .	408·9	501·3	910·2	+ 92·3
1910	409·7	616·5	1026·2	+206·8
1911	569·7	691·7	1261·4	+122·0
1912	638·0	642·1	1280·1	+ 4·2
1913	590·0	670·7	1260·7	+ 80·7

Der gesamte Außenhandel hat demnach in der Zeit von 1861 bis 1913 — wengleich nicht ohne einzelne kleinere Rückschläge — ununterbrochen zugenommen und hat, nachdem die Wertbewegung im Jahre 1910 die erste Milliarde überschritten, seither die durchschnittliche Höhe von $1\frac{1}{4}$ Milliarden erreicht, sich also seit 1861/65 fast versiebenfacht. Die Einfuhr insbesondere ist in dieser Zeit um mehr als das Achtfache, die Ausfuhr auf weit über das Fünffache gestiegen.

Um jedoch dem eigentlichen Charakter der rumänischen Volkswirtschaft näherzukommen, ist es notwendig, die hauptsächlichsten rumänischen Ausfuhrartikel ins Auge zu fassen. Man sieht dann, daß vom Gesamtexportwert entfielen auf:

Im Durchschnitt der Jahre	Mehlhalt. Stoffe und Erzeugnisse daraus	Früchte, Sämereien, Gemüse und Derivate	Lebende Tiere	Tierische Nährstoffe	Holz und Holzwaren	Brennstoffe
	in Millionen Lei, resp. in % der Gesamtausfuhr					
1881—85 .	170·5 = 77·2	7·6 = 3·4	10·7 = 4·8	3·5 = 1·6	6·6 = 3·0	2·1 = 0·1
1886—90 .	214·2 = 80·7	15·7 = 5·9	4·3 = 1·6	2·8 = 1·1	4·1 = 1·5	1·7 = 0·6
1891—95 .	253·5 = 85·1	16·4 = 5·3	4·3 = 1·4	3·8 = 1·3	3·8 = 1·3	2·0 = 0·7
1896—1900	193·5 = 76·8	18·5 = 7·4	4·0 = 1·6	5·8 = 2·3	7·9 = 3·1	5·3 = 2·1
1901—05 .	271·3 = 75·2	25·7 = 7·1	3·5 = 1·0	9·6 = 2·7	22·2 = 6·2	5·8 = 1·6
1906—10 .	401·7 = 80·1	19·2 = 3·8	2·7 = 0·5	5·9 = 1·2	27·0 = 5·4	31·5 = 6·3
1911 . . .	557·7 = 80·6	35·2 = 5·1	6·5 = 0·9	7·3 = 1·1	25·8 = 3·7	40·7 = 5·9
1912 . . .	486·5 = 75·8	26·7 = 4·1	4·0 = 0·6	13·8 = 2·1	24·4 = 3·8	66·2 = 10·4
1913 . . .	448·4 = 60·0	34·1 = 5·1	2·9 = 0·4	11·2 = 1·7	23·7 = 3·5	131·5 = 19·0

Diese Ziffern im Verein mit jenen über die Berufsgruppierung der Bevölkerung lehren für sich schon deutlichst, wie überragend die Rolle der Landwirtschaft im ökonomischen Leben Rumäniens ist; zugleich ferner mit voller Schärfe, wie entscheidende Bedeutung innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion jener von Zerealien insbesondere zukommt; endlich, daß die Erzeugung von Bodenfrüchten einerseits und die Viehzucht andererseits eine entgegengesetzte Entwicklung durchgemacht haben und durchmachen: im letzten Menschenalter ist der Exportwert der Zerealien um 163 % gestiegen, der von lebenden Tieren um 63 % gefallen, und während der quotale Anteil des ersteren am Gesamtexport mit geringen — durch die Preisbildung auf dem Weltmarkt und den Ernteaufschlag bedingten — Schwankungen ziemlich unverändert geblieben ist, finden wir ihn in der Post „Lebende Tiere“ auf $\frac{1}{12}$ vermindert.

Der Eindruck dieser Tatsachen vertieft sich noch, wenn man festhält, daß seit den Sechzigerjahren des vorigen Jahr-

hunderts das Ackerland auf Kosten des Weide- und Wieslandes ständige Ausdehnung erfahren hat. In der Tat wird die Fläche angegeben⁴⁾ für:

	Ackerland in Tausenden Hektar	Weide und in % der Landesfläche	Natürl. Wiesen
1859/60 mit . .	2494 = 19·4	3043 = 24·3	1047 = 8·4
		4090 = 32·7	
1910 » . .	5482 = 42·2	1179 = 9·1	395 = 3·0
		1574 = 12·1	

Es hat sich demnach die dem Fruchtbau gewidmete Fläche in diesen fünfzig Jahren um rund 120 % erweitert, die räumliche Unterlage für die Viehzucht hingegen um mehr als 60 % vermindert; und während sich im Jahre 1860 Weide und Acker zueinander verhalten haben wie 5 : 4, ist heute das Verhältnis kaum wie 2 : 9. Die Zerealienherzeugung aber gestaltet sich, um nur das letzte Vierteljahrhundert: 1890—1914 zu betrachten,⁵⁾ nach dem Anteil der einzelnen Getreidegattungen am Ackerland sowie nach dessen absoluter und relativer Ergiebigkeit folgendermaßen. Es stellten sich in Tausenden Hektar, respektive Hektoliter:

Im Durchschnitt der Jahre	Weizen ^s			Mais ^s			Gersten ^s		
	Fläche	Ertrag	Ertrag per ha	Fläche	Ertrag	Ertrag per ha	Fläche	Ertrag	Ertrag per ha
	ha	hl	hl	ha	hl	hl	ha	hl	hl
1890—94	1249	15.317	13·24	1801	16.315	12·34	551	5166	14·02
1895—99	1531	16.225	12·26	1955	21.794	13·08	624	6407	12·44
1900—04	1608	23.445	14·70	2102	26.099	12·44	503	7390	13·62
1905—09	1837	26.128	13·92	2026	27.940	13·72	553	7951	14·56
1910—14	1937	30.018	15·70	2073	37.707	18·20	537	9138	16·98

Im Durchschnitt der Jahre	Korn ^s			Hafer ^s			Gesamt ^s		
	Fläche	Ertrag	Ertrag per ha	Fläche	Ertrag	Ertrag per ha	Fläche	Ertrag	Ertrag per ha
	ha	hl	hl	ha	hl	hl	ha	hl	hl
1890—94	145	1374	12·84	220	1663	16·42	4167	39.834	13·84
1895—99	214	2261	12·18	291	3168	14·20	4615	49.256	12·90
1900—04	168	2246	12·96	339	6425	18·98	4720	65.611	14·70
1905—09	155	1729	10·72	416	7481	18·22	4788	71.248	14·12
1910—14	118	1559	12·74	436	9641	21·96	5100	88.066	13·70

Damit halte man die nachfolgende Übersicht über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Viehzucht zusammen. ⁶⁾ Sie zeigt uns eine Stückzahl in Tausenden:

	Rinder u. Büffel	Pferde	Schweine	Schafe	Ziegen
1884 . . .	2376	533	886	4655	245
1900 . . .	2589	864	1709	5655	234
1911 . . .	2667	825	1021	5269	187

Mit Ausnahme des Hornviehes ist also seit dem Anfang unseres Jahrhunderts ein allgemeiner und bedeutsamer Rückgang zu verzeichnen — trotz der ununterbrochenen ackerwirtschaftlichen Expansion und trotz der ebenso stetig ansteigenden Bevölkerungsbewegung und der wachsenden Ansprüche des inneren Konsums in ihrem Gefolge. Der Rinder- und Büffelstapel weist allerdings eine Vermehrung auf. Diese hält sich jedoch in engsten Grenzen. Sie beträgt seit 1884 bloß 12, seit 1900 nur 3 %.

Daß diese Gestaltung an sich schon und ohne Rücksicht auf die noch zu würdigenden Faktoren (s. S. 43 ff.) die Exportfähigkeit der rumänischen Tierproduktion nicht unberührt lassen konnte, braucht kaum besonders betont zu werden und ergibt sich zudem mit voller Klarheit aus der nachfolgenden Gegenüberstellung der Ein- und Ausfuhrziffern für die einzelnen Viehgattungen: ⁷⁾

Im Durchschnitt der Jahre	Hornvieh		Pferde		Schweine		Schafe und Ziegen	
	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export
in Tausend Stück								
1877—79	3 244	44.087	17.566	4515	1.766	164.025	19.944	173.984
1880—84	3.790	10.008	151.915	2258	323	124.283	34.092	149.503
1885—89	1.047	11.131	4.665	653	89	27.565	16.469	75.013
1890—94	826	8.114	7.200	526	149	12.724	4.811	50.022
1895—99	1.487	17.192	6.444	461	265	23.408	2.483	31.825
1900—04	382	11.659	6.018	335	51	1.218	2.526	19.395
1905 . .	278	6.284	7.168	376	1.322	17	2.639	12.040
1906—10	569	9.552	7.285	262	112.005 kg	7.416 kg	953	8.628
1911 . .	209	24.756	12.438	662	130.889 »	604 »	122	4.344
1912 . .	505	14.125	11.703	1168	7.340 »	426 »	111	2.393
1913 . .	10.044	338	102	9759	968 »	150 »	11	11.751

Die Pferdeausfuhr tritt demnach seit Jahrzehnten schon vollständig hinter der Einfuhr — insbesondere auch zu so gut wie gänzlicher Deckung des Bedarfes der Militärverwaltung — zurück und spielt als Gegengewicht gegen sie überhaupt keine nennenswerte Rolle mehr. Allein auch der Rinder-, Schafvieh- sowie namentlich Schweineexport ist immer ausgeprägterer Verschrumpfung verfallen und auch die durch den Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn von 1910 gesicherte Ausfuhr von frischem Fleisch hat hierin vorläufig nur geringen Wandel gezeitigt. Wichtiger jedoch noch als diese Erscheinung ist das zunehmende Mißverhältnis zwischen den wachsenden Ansprüchen der Landwirtschaft an die tierische Arbeitskraft und deren tatsächlich verfügbarer Menge. Diese wird auf je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche an gegeben im Jahre:

1862	mit	20	Pferden	und	61	Rindern,	zusammen	81	Zugtieren
1900	»	14	»	»	22	»	»	36	»

So hätte sich denn im Verlaufe von vier Jahrzehnten die Arbeitsfläche für jedes Zugtier von 1'25 auf 2'79 ha erweitert — ein Zustand, der sich seither jedenfalls nicht gebessert, sondern eher noch verschlechtert hat, wobei von der mechanischen Schädigung des Rinder- und Pferdestapels durch die militärischen Requisitionen im Gefolge des Krieges mit Bulgarien von 1913 sowie der vorausgegangenen und späteren Mobilisierungen ganz abgesehen werden mag. In der ziffernmäßig zu erfassenden relativen Verminderung der tierischen Arbeitskraft auf weniger als die Hälfte kommt jedoch die absteigende Bewegung der letzten fünfzig Jahre keineswegs schon zu vollem Ausdrucke. Denn weit entfernt davon, daß der zahlenmäßige Rückgang der Arbeitstiere durch deren qualitative Verbesserung wettgemacht worden wäre, ist schlechthin das Gegenteil der Fall und ausnahmelos wird über stetig fortschreitende Degenerierung der Viehrassen und Abnahme ihrer Leistungsfähigkeit geklagt. Diese züchterische Rückständigkeit aber hängt — wie organisch mit dem Gefüge

der Agrarverfassung überhaupt, so zunächst äußerlich — mit der Tatsache zusammen, daß die Viehzucht überwiegend in den Händen der bäuerlichen Bevölkerung liegt. So entfallen nach der Erhebung von 1900 von den vorhandenen

	Pferden	Rindern	Schafen	Ziegen	Schweinen
auf Großbetriebe . . .	4·8 %	7·8 %	10·9 %	6·6 %	8·9 %
» bäuerl. Betriebe .	84·8 »	87·0 »	76·0 »	86·8 »	83·4 »
» Mäster u. Händler	0·8 »	1·0 »	10·9 »	6·6 »	8·3 »

Da nun, wie noch gezeigt werden wird, auch die dem Großbetrieb notwendige tierische Arbeitskraft zu weitaus größtem Teil von den Klein- und Kleinstwirtschaften beigestellt wird, so ergeben sich hieraus nachteilige Rückwirkungen auf das Maß der Betriebsintensität auch in den Großwirtschaften. Ein Blick auf die Entwicklung des Zerealienanbaues im letzten Menschenalter (s. oben S. 19) lehrt denn auch, daß die Ergiebigkeit des Bodens zwar absolut, nicht jedoch auch relativ zugenommen hat. Der durchschnittliche Ertrag vom Hektar ist heute nicht größer als vor dreißig Jahren, es wird ebenso extensiv gewirtschaftet wie früher, nur daß eine Erweiterung der räumlichen Unterlage stattgefunden hat. Zieht man aber dies in Betracht und andererseits auch die Notwendigkeit der Viehzucht für den wirtschaftlichen Organismus eines Agrikulturstaates wie Rumänien, so erscheint die Steigerung der Getreideproduktion und der Getreideausfuhr in weit weniger freundlichem Licht, als oberflächliche Würdigung vermeinen möchte — eine Erkenntnis, die übrigens auch in der rumänischen Publizistik als die herrschende bezeichnet werden kann.

Die für die Volkswirtschaft Rumäniens charakteristische Hypertrophie des Körneranbaues und dessen Extensivität im Verein mit der Verkümmern der Viehzucht sind natürlich keine Zufallserscheinung. Sie sind vielmehr das folgerichtige Resultat von zwei Ursachenreihen, deren eine in der Grundbesitzverteilung und ländlichen Arbeitsverfassung des Königreiches zu suchen ist, die andere aber in seiner geographischen

Lage und in der geschichtlichen Entwicklung seiner handelspolitischen Beziehungen zur österreichisch-ungarischen Monarchie.

II.

Will man die heutige Agrarverfassung Rumäniens und die Art ihrer Funktionierung begreifen, so muß man sich, wenn auch nur flüchtigst, jenen Prozeß vergegenwärtigen, den man gemeinhin als „Bauernbefreiung“ zu bezeichnen pflegt.⁷⁾ Er fand seinen Abschluß mit dem von Alexandru Ioan Cuză im Wege eines Staatsstreiches gegen den Willen der gesetzgebenden Körperschaften und trotz ihres heftigen Widerstandes unter dem 14. (26.) August 1864 oktroyierten Agrargesetz (*Lege rurală*). Durch dasselbe wurden die Großgrundbesitzer gegen Entschädigung eines Teiles — im Höchstausmaß von zwei Dritteln — ihrer Güter zugunsten der bis dahin fronpflichtigen Hintersassen enteignet und die letzteren erhielten nach Maßgabe des Gesetzes das Eigentum an den von ihnen bewirtschafteten Ländereien. Gleichzeitig wurden die Frondienste für den ganzen Bereich der Vereinigten Fürstentümer aufgehoben. Die Regulierung fand unter Festhaltung der hergebrachten Dreiklassenteilung der bäuerlichen Bevölkerung nach der Größe des Viehbesitzes (5, 3, 1 [oder kein] Stück Hornvieh) derart statt, daß die Besitzgrößen überhaupt sich bewegten: in der Moldau zwischen 7'866 und 5'376 ha, in der Walachei zwischen 5'511 und 2'318 ha, wobei jedoch eine Abstufung nur mit Bezug auf das Weide- und Wiesland Platz griff, die Ackerfläche dagegen für die Wirte aller drei Kategorien dieselbe blieb: in der Moldau 2'145, in der Walachei 1'50 ha. Der Anspruch auf Landbesitz in dem angeführten Ausmaße wurde auch für den Fall anerkannt, als er aus den der Expropriation unterworfenen zwei Dritteln jedes einzelnen Gutes für die daselbst Angesessenen nicht voll befriedigt werden konnte: dann sollte eine Ergänzung aus Domänenland stattfinden. Und Staatsland — im Höchstausmaß von 6 ha — sollten gegen einen gesetzlich fixierten, in

fünfzehn Annuitäten tilgbaren Preis auch Nichtfronpflichtige erhalten, die keinen Landbau trieben oder auf Grund besonderer Verträge mit den Herrschaften bloß Haus und Garten im Dorf besaßen. Alle diese Grundsätze fanden wie auf die Privatbauern so auch auf die Domänenbauern Anwendung. Auf beide Kategorien schließlich auch die gleiche Einschränkung der liegenschaftlichen Verkehrsfreiheit: unbeschadet der Freiteilbarkeit im Erbgangswege sollten nämlich die in Gemäßheit des Agrargesetzes erworbenen Stellen 30 Jahre hindurch außer an die Dorfgemeinde oder an einen anderen Dorfbewohner weder veräußert noch verpfändet werden dürfen und das Vorkaufsrecht der Gemeinde auch nach Ablauf dieser Frist fortbestehen.

Wie groß die Zahl der durch das Agrargesetz von 1864 zu freien Grundeigentümern gewordenen, ehemals fronpflichtigen Wirte gewesen ist, steht nicht mit Sicherheit fest. Neuestens wird sie vom früheren Ministerialdirektor im rumänischen Finanzministerium, Creanga, mit 467.840 angegeben, die ihnen zugewiesene Kulturfläche aber mit 1,766.258 ha.⁸⁾ Damit ist jedoch die Masse der damals vorhanden gewesen bäuerlichen Besitzer sowie die dem Klein- und Mittelbetrieb gewidmete Fläche nicht erschöpft. Es gab auch noch von altersher Freibauern, über die jedoch statistische Angaben nicht vorliegen, so daß ihre Rolle innerhalb der gesamten Bauernschaft sich ziffermäßig nicht genau fixieren läßt. Man geht aber vielleicht nicht fehl, wenn man sie mit etwa 100.000 veranschlagt.

Die Zahl der Mittel-, Klein- und Kleinstwirte hat seit dem Befreiungswerke bedeutende Vermehrung erfahren; und zwar einerseits durch Naturalteilung der alten Stellen und andererseits durch Begründung neuer im Wege innerer Kolonisation: jene wie diese erzwungen durch die ansteigende Bevölkerungsbewegung im Verein mit dem Mangel eines Abflusses der Überschüssigen in nicht landwirtschaftliche Berufstätigkeit. Schon auf Grund des Agrargesetzes von 1864 erfolgte die Neuansetzung von 48.342 „Jungverheirateten“

(Insurãtei), und dazu kamen noch in Gemãßheit von Gesetzen aus den Jahren 1881 und 1889 weitere von 4970 und 105.165 Wirten. Insgesamt ergãbe sich so mit Einschluß der 1864 Entlasteten und der einstigen Freibauern die Ziffer von etwa 725.000, wãhrend sie für das Jahr 1902, wenn man bloß die Stellen bis zu 10 ha ins Auge fat, mit rund 921.000 angegeben wird. Durch Zersplitterung wãre also in kaum vier Jahrzehnten eine Zunahme der alten Stammstellen um fast 200.000 neue, d. i. 28% eingetreten.

ber das Gefüge der Grundbesitzverteilung selbst ist damit freilich noch nichts ausgesagt. Von ihm vermittelt die nachfolgende Aufstellung aus dem Jahre 1902 ⁹⁾ ein im allgemeinen wohl auch heute noch zutreffendes Bild. Danach betrug die

	Zahl der Güter absolut und in % der Gesamtzahl	Betriebsflãche absolut und in % der Gesamtnutzflãche
Bis 1/2 ha	62.832 = 6·6	26.426 ha = 0·34
1/2-1 »	81.039 = 8·5	72.757 » = 0·93
1-2 »	147.900 = 15·2	237.029 » = 3·01
2-3 »	131.630 = 13·6	337.000 » = 4·30
3-4 »	172.446 = 17·9	631.964 » = 8·08
4-5 »	148.717 = 15·4	711.033 » = 9·08
Bis 5 ha	744.564 = 77·2	2,016.209 ha = 25·74
5- 7 »	131.145 = 13·5	743.486 » = 9·50
7-10 »	45.230 = 4·7	393.950 » = 5·05
5- 10 ha	176.375 = 18·2	1,137.436 ha = 14·55
10- 50 »	36.318 = 3·7	695.953 » = 8·89
50- 100 »	2.405 = 0·26	166.847 » = 2·13
100- 500 »	3.314 = 0·41	816.385 » = 10·43
500-1000 »	1.122 = 0·13	803.084 » = 10·26
1000-5000 »	883 = 0·1	1,670.787 » = 21·35
ber 5000 »	66 = 0·00	520.095 » = 6·65
ber 100 ha	5.385 = 0·64	3,810.351 ha = 48·69
Summe	965.047 = 100	7,826.796 ha = 100

Bei der primitiv-extensiven Wirtschaftsweise vor allem der bäuerlichen Bevölkerung in Rumänien sind jedenfalls sämtliche Stellen bis zu 5 ha den Zwerggütern zuzurechnen. Eigentlich kleinbäuerlicher Charakter kommt erst denjenigen von 5—10 ha zu. Auf den Zwergbesitz entfallen demnach über 77, auf den kleinbäuerlichen bloß 18, auf beide Größenkategorien daher fast $95\frac{1}{2}\%$ aller Besitzeinheiten, während ihr Anteil an der Kulturfäche $25\frac{3}{4}$, beziehungsweise $14\frac{1}{2}$, zusammen $40\frac{1}{4}\%$ ausmacht. Ihnen gegenüber treten die mittel- und großbäuerlichen (vorwiegendst ehemaligen Freisassen-) Güter weit zurück: ihre Quote von der Gesamtzahl der Güter erreicht nicht einmal 4% , jene von der Nutzfläche allerdings 11% . Der Löwenanteil an der letzteren nämlich nahezu 49% , fällt den 5385 Großgütern von über 100 ha zu. Die Konzentration des Großbesitzes ist jedoch weit größer, als es auch darnach scheinen möchte. Denn diese 5385 Großgüter sollen nicht mehr als 4171 (physischen und juristischen) Personen eignen.

Ein nicht unwesentlich abweichendes Bild bietet die Betriebsverteilung. Betrachten wir die Angaben über sie aus dem Jahre 1904, ungefähr demselben, aus dem die skizzierte Aufnahme der Besitzverteilung herrührt, so finden wir:

4.119 große Betriebe mit 1,934.317 ha		
1,022.718 sonstige »	»	3,972.328 »
1,026.837	Betriebe mit	5,906.645 ha

so daß die Zahl der Großbetriebe hinter jenen der Großgüter um $1266 = 23\cdot4\%$ zurückbleibt, die Zahl der Betriebe unter 100 ha aber jene der Besitzungen gleicher Größenkategorien um $63.056 = 6\cdot6\%$ übersteigt, eine Erscheinung, die sich nur so erklären läßt, daß ein Teil der großen Güter zu einheitlichen Betrieben zusammengelegt oder in Form vervielfältigten bäuerlichen Betriebes genutzt wird, oder daß endlich dieses wie jenes geschieht. In der Tat trifft das letztere zu. Und diese Erscheinung, eine Folge der, wie nicht erst noch besonders hervorgehoben zu werden braucht, höchst ungünstigen Grund-

besitzverteilung, erklärt zugleich mit das Elend der kleinbäuerlichen und Zwergwirte und wird ihrerseits durch dieses Elend erklärt.

Die Kennzeichnung des Cuzaschen Reformwerkes von 1864 als „Bauern-Befreiung“ ist nicht ganz genau und jedenfalls unvollständig. Mit gleichem Recht mag man es auch als „Gutsherrn-Befreiung“ charakterisieren. Allerdings wurde dank ihm der Bauer seiner Verpflichtung zu Diensten und zur Abgabe des Zehents vom Ertrage seiner Gründe ledig und der Gutsherr verlor für die Zukunft den Anspruch auf diesen und jene. Dafür aber wurde er selbst nun erst eigentlich unbeschränkter Herr auf seinem Boden, ja dieser Boden jetzt erst so recht sein Boden. Vorher war — in der Walachei gewohnheitsrechtlich, in der Moldau seit 1770 auch gesetzlich — die Herrschaft verpflichtet gewesen, der in ihrem Gutsbereiche ansässigen ländlichen Bevölkerung Ländereien zuzuwenden, und im Jahre 1790 war das Ausmaß der letzteren durch das Urbarium (Agrargesetz) des moldauischen Fürsten Moruzzi mit höchstens $\frac{2}{3}$ der einzelnen Gutskomplexe festgelegt, oder richtiger: auf $\frac{2}{3}$ eingeschränkt worden.¹⁰⁾ Diese Rechtsentwicklung hatte in dem Jahrhunderte alten Kampf zwischen dorfgemeindlichem Agrarkommunismus und den grundherrlichen Bestrebungen mit dem Ziele einer Zurückdrängung desselben und der Aufrichtung individueller Sondereigentumsherrschaft von Grundherren einen entscheidenden Sieg der letzteren bedeutet. Immerhin noch aber bloß innerhalb gewisser, der eben angedeuteten, Schranken, innerhalb deren die alte agrarkommunistische Auffassung lebendig blieb: daß die Dorfgemarkung an sich zur Unterhalts- und Arbeitsgelegenheit für die Angehörigen der Dorfgemeinde bestimmt sei und als solche von ihnen — wenngleich nur mehr gegen Dienst und Zehent — angefordert werden dürfe. Das Cuzasche Agrargesetz räumte nun mit dieser zähligen — und wie wir gleich sehen werden, auch heute noch keineswegs erstorbenen — Vorstellungweise rechtlich auf und führt unter Benützung des Moruzzischen Verteilungsschlüssels

die Auseinandersetzung zwischen Herrenland und Bauernland durch. Zugleich schuf es die Möglichkeit, jenes von den bäuerlichen Waldnutzungsrechten zu befreien, die denn auch nach einem halben Menschenalter fast überall vollständig beseitigt wurden. Damit beginnt dann eigentlich erst die Ära des Privateigentums an Grund und Boden im römisch-rechtlichen Sinne und der Vertragsfreiheit in den Beziehungen zwischen den ehemaligen Gutsherren und ihren einstigen Hintersassen. Nun war auch volle Wegfreiheit zur Expansion der Großwirtschaft auf dem freien Großgrundbesitz geschaffen. Des Bodens war genug vorhanden. Wie er genutzt und in welchem Umfange er der Ackerwirtschaft zugeführt werden sollte, darüber brauchten fürderhin nur mehr private Rentabilitäts Erwägungen zu entscheiden. Und auch die erforderliche Arbeitskraft stand ausreichend und billig zur Verfügung: in den befreiten Frönern.

Diesen ward statt der Frondienste und des Zehents andere Bürde. Vor allem, wenn auch mit Beschränkung auf fünfzehn Jahre, die Annuitätenzahlung zur Entschädigung der Herrschaften; sodann aber dauernd und in stetig steigendem Maße steuerliche Belastung. Denn die Ansprüche des Staates wuchsen in demselben Verhältnisse, in dem er sich modernisierte und sich zum zivilen und militärischen Verwaltungsorganismus nach mittel- und westeuropäischem Muster umbildete. So wurde die früher so gut wie ausschließlich naturalwirtschaftlich gerichtete ländliche Bevölkerung mit einem plötzlichen starken Ruck in die Geldwirtschaft gestoßen. Deren Anforderungen hätte sie nur genügen können durch eine nicht mehr wie vordem der Regel nach zufällige, sondern planmäßig-dauernde und bedeutende Überschüßerzeugung sowie durch marktmäßige Verwertung des über den eigenen Bedarf hinaus Erzeugten. Gerade dem aber standen, und stehen bis auf den heutigen Tag, fast unüberwindliche persönliche und sachliche Hemmungen entgegen. Eine Intensivierung des Betriebes erwies sich als unmöglich: nicht allein wegen der Kapitalarmut der bäuerlichen Wirte, sondern ebenso sehr

weil sich diese aus den Fesseln säkularer Gewöhnung an primitivst-extensive Wirtschaftsweise aus eigener Kraft nicht zu lösen vermochten, von außen, von Seite des Staates her aber durch Jahrzehnte nichts geschah und auch gegenwärtig noch viel zu wenig geschieht, um sie durch Vermittlung allgemeiner und fachlicher Bildung sowie durch Zuführung billigen Kredites für den Kampf in den neuen Verhältnissen zu stärken und zu befähigen. Die Produktionssteigerung wieder unter Beibehaltung der hergebrachten Betriebsmethoden, die sich demnach nur mittels räumlicher Erweiterung der Betriebsunterlage hätte erzielen lassen, mußte — anders als auf dem Großbesitz — am Bodenmangel scheitern. Zergliedert man jene Ziffer von 467.840 durch das Agrargesetz C u z a s Entlasteten, so findet man, daß ausgestattet waren in der:

Moldau

mit je 7·866 ha	6.506,	d. h. 4·17 %	aller Wirte
» » 5·730 »	59.797,	» » 38·31 »	» »
» » 3·576 »	57.854,	» » 37·06 »	» »
» Haus u. Garten	31.942,	» » 20·46 »	» »

Walachei

mit je 5·511 ha	65.406,	d. h. 21·0 %	aller Wirte
» » 3·907 »	142.278,	» » 45·6 »	» »
» » 2·318 »	76.278,	» » 24·5 »	» »
» Haus u. Garten	27.779,	» » 8·9 »	» »

Das heißt, es gab unter ihnen von vornherein nicht mehr als 131.709 = 28 % Stellenbesitzer mit 5·511—7·866 ha, dagegen 276.410 = 59 % mit nur 2·318—3·907 ha und 59.721 unbefelderte Häusler. Vom Großgrundbesitzer als Herrn der Waldungen waren sie insgesamt abhängig; zum größten Teil aber auch, soweit es galt, die zur Ergänzung oder Bildung einer Eigennahrung erforderlichen Grundstücke zu pachten: und zwar um so mehr, je kleiner der Eigenbesitz, je größer die Zersplitterung der ursprünglichen Stellen durch Erbteilungen, je höher die Bodenbewertung im Gefolge der vermehrten und verbesserten Absatzgelegenheiten für landwirtschaftliche Erzeugnisse und der parallelen räumlichen Ausdehnung der

Großwirtschaften; nicht minder schließlich, wenn es auf die Verwertung der Arbeitskraft gegen Lohn ankam, da andere als landwirtschaftliche Arbeitsgelegenheit weder der ländlichen Bevölkerung erwünscht, noch auch — bei der einseitigen Entwicklung des Wirtschaftskörpers — ausreichend vorhanden war und ist. Zu der so gearteten ökonomischen Schwäche und Abhängigkeit gesellte sich aber noch eine rechtliche: infolge immer neuer, durch Rücksichtnahme auf die Interessen des Großbesitzes und des Großbetriebes diktiert^r spezialgesetzlicher Regelung der Verträge über landwirtschaftliche Arbeiten (*lege despre tocmelile agricole* 1866, 1872, 1882, 1889), durch welche die ländlichen Arbeiter der Übermacht der Arbeitgeber und administrativer Willkür gänzlich überantwortet wurden. Mit Recht ist denn auch zur Kennzeichnung ihrer Rechtslage von Dobrogeanu-Gherea¹¹⁾ das Wort „Neojobagia“, Neuhörigkeit, geprägt worden. Und diese neue Hörigkeit hat, blickt man auf ihre volkswirtschaftliche Funktionierung und ihre Rolle im Großbetrieb, noch ein anderes mit der älteren Zwangsarbeit^r verfassung, wie wir ihr überall im System der Gutsherrlichkeit begegnen, gemein. Zugleich mit ihrer persönlichen Arbeitskraft und sozusagen als deren Zubehör haben nämlich die Klein- und Zwergwirte als Landarbeiter des Großwirts diesem größtenteils auch das zum Anbau seiner Felder erforderliche technische Betriebskapital: vor allem das Zugvieh, aber auch landwirtschaftliches Gerät, beizustellen. Daher denn ihr im Vergleich mit dem großbetrieblichen weitaus größeres totes Inventar; daher die Notwendigkeit für sie, einen Viehstand zu halten, der weit über ihren Eigenbedarf hinausgeht,¹²⁾ ohne sie doch in den Stand zu setzen, mit entsprechenden Mengen und entsprechendem Nutzen auf dem Markt als Fleisch- und Milchlieferanten zu erscheinen. Wird so jene uns bereits bekannte Hypertrophie der Zucht tierischer Arbeitskraft auf den Klein- und Kleinststellen verständlich, so andererseits auch, wie sehr sie auf Weide- und Wiesland und zu dessen ausreichender Erlangung auf den Großwirt angewiesen sind

und welch unzerreißbares Glied sich hierdurch in die Fessel ihrer Abhängigkeit von diesem einfügt.

Daß all das von den Großbesitzern und Großwirten in maßloser Weise ausgebeutet worden ist, und zwar gleichermaßen, ob sie mit den ihrem wirtschaftlichen Machtbereich Zugehörigen Lohn- oder Pachtverträge und diese hinwiederum in der Form der Geld- oder Teilpacht schlossen, und wie groß das materielle und intellektuelle Elend ist, in dem die Massen der ländlichen Bevölkerung Rumäniens leben, ist unzählige Male geschildert worden; und zwar, was besonders bemerkenswert ist, in gleich schreienden Farben von bürgerlichen wie von sozialistischen Schriftstellern, von der Parlamentstribüne aus wie in Regierungsenqueten und amtlichen Kundgebungen.¹³⁾ Kurzum, wenn irgendwo, so gilt in Rumänien Karl Kautskys Wort: Das charakteristische Merkmal des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes sei „Überarbeit und Unterkonsumtion“.

Nicht geringe Verschärfung hat dieses Ausbeutungssystem durch die Ausbreitung der Groß- und Riesenpacht erfahren. In der Walachei von jeher in ausgedehntem Maße üblich, hat diese Art indirekter Verwaltung in der Moldau erst seit etwa zwei Jahrzehnten die Selbstbewirtschaftung der Großgüter erheblich und erheblicher zurückzudrängen begonnen. Das erklärt sich unschwer, wenn man bedenkt, daß die meisten Großgrundbesitzer lange Jahre hindurch, gestützt auf die kontinuierliche Grundrentensteigerung, an nichts anderes gedacht haben, als möglichst viele Darlehen zu Konsumtivzwecken aufzunehmen. Es fehlt ihnen daher, nun die Umstände immer dringlicher eine Steigerung der Betriebsintensität heischen, das hierzu nötige Kapital. So vergeben sie denn ihre Güter um so lieber, als sie hohe Pachtrenten fordern und erhalten und überdies auf diese Weise ihren persönlichen Neigungen und politischen Bestrebungen ungestört nachgehen können.

Zieht man die Güter mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von über 50 ha in Be-

trachtung, so zeigt sich,¹⁴⁾ daß die Häufigkeit der Eigenbewirtschaftung in umgekehrtem Verhältnis zur Größe der Besitzeinheiten steht. Es waren nämlich im Jahre 1902 von den Gütern mit:

	Direkt verwaltet	verpachtet
50— 100 ha	75·91 %	24·09 %
100— 500 »	49·83 »	50·17 »
500—1000 »	41·77 »	58·23 »
1000—3000 »	41·67 »	58·33 »
3000—5000 »	26·64 »	73·36 »
über 5000 »	27·57 »	72·43 »

Lebendigere Farbe gewinnt diese Feststellung, wenn man sich vor Augen hält, daß vom eigentlichen Großbesitz über 100 ha eine Fläche von 2,293.961 ha an 2792 Pächter ausgetan war. Und ferner, daß sich seit dem Anfang unseres Jahrhunderts in stärkerem Maße „Trust“bildungen bemerkbar machten, mit dem Ziele einer Zusammenballung ungeheurer Pachtflächen unter einheitlich-geschäftlicher Leitung und der Erlangung einer Monopolstellung auf dem Grundstücksmarkte, wenn auch vorläufig unter Übernahme höherer als der sonst erhältlichen Pachtrenten. So wird aus dem Jahre 1905 von zwei derartigen Gesellschaften berichtet, deren eine 159.399 ha, die andere über 30.000 ha in Pacht gehalten habe. Daß solche Monopolisten in unendlich höherem Maße noch als schon normal jeder Latifundienbesitzer oder Großwirt Herren des Schicksals ihrer kleinen Afterpächter und ländlichen Lohnarbeiter sind, bedarf keiner näheren Ausführung.

Gegen den auf ihr lastenden Druck hat sich die bäuerliche Bevölkerung Rumäniens im letzten Menschenalter in größerem Umfange — denn vereinzelt flackert es fast jedes Jahr bald hier, bald dort auf — zweimal erhoben: 1888 und 1907. Das erstemal spielten sich die Unruhen, die nicht ohne starkes militärisches Machtaufgebot unterdrückt werden konnten, ausschließlich im Süden des Landes, in fünf walachischen Departements, ab. Das zweitemal erstreckten sie sich über das ganze Land, wobei sie ihren Weg von Norden nach

Süden nahmen und, in der Moldau verhältnismäßig gutartig, in der Walachei „einen durchaus revolutionären Charakter“ gewannen.¹⁵⁾ Die Losung der Aufständischen war beide Male eine neue Landverteilung. Denn im Guten wie im Bösen fassen die ländlichen Massen ihr Geschick als Besitzproblem auf und erwarten, wie einst so heutigen Tages, eine Besserung ihrer Lage von einer Vergrößerung und Vermehrung der Eigenstellen. Die zu kleinen sollen ergänzt, den Landlosen soll Boden gegeben, alle sollen insbesondere mit genug Weide- und Wiesland ausgestattet werden. Mit modernem Agrarkommunismus, mit dem Gedanken einer „Vergesellschaftung“ von Grund und Boden, hat das nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um einen Nachklang des alten dorfkommunistischen Geistes: der Boden ist von Gott der Bauernsamen zum Unterhalt gegeben und diese Bestimmung geht jeder anderen vor. Daß diese Anschauung sich im Rechtsbewußtsein der landwirtschaftlichen Bevölkerung erhalten hat, ist nicht weiter verwunderlich. Ward und wird ihr ja vom Gesetzgeber selbst immer wieder Nahrung zugeführt! Gleich durch das Agrargesetz von 1864 bereits, das den damals vorhandenen „Jungverheirateten“, d. h. dem Nachwuchs, der abseits des väterlichen Herdes einen eigenen gründete, die Ansiedlung auf Domänenland zusicherte — ein Versprechen, das allerdings spät, 1876—1878 erst, aber immerhin tatsächlich eingelöst wurde. Sodann wieder in geringerem Maßstabe 1881 und in größerem 1889, nach Niederwerfung des Aufstandes vom Jahre zuvor: durch Parzellierung und kaufweise Überlassung von Staatsgütern in Losen zu 5, 10 und 25 ha, wobei zwischen den 5 ha-Stellen und den sonstigen das zahlenmäßige Verhältnis von 3:1 obwalten sollte. Endlich auch durch die unter dem Druck der Erhebung von 1907 zustande gekommene Agrarreform und die an sie sofort anschließenden weitergehenden Reformbestrebungen.

Auf den Inhalt der Reformgesetzgebung von 1907/09 näher einzugehen, ist hier nicht der Ort. Ihn, in flüchtigsten Umrissen, anzudeuten, ist jedoch notwendig. Sie bezieht in erster

Linie eine mechanische und organische Ausschaltung oder wenigstens Zurückdrängung der gegen die ländliche Bevölkerung beim Abschluß von „landwirtschaftlichen Verträgen“ — d. h. von Vereinbarungen über landwirtschaftliche Arbeiten, Bodenpacht bis zu 20 ha und Weidegang — wirkenden Ausbeutungstendenzen und -praktiken. Mechanisch: durch Formalbestimmungen über die Art der Eingehung solcher Verträge und des Verfahrens zu ihrer Durchsetzung; durch das Verbot der Vermischung von Geldpacht und Teilbau sowie der Lohnauszahlung anders als in Geld; durch Normen über die Feststellung von Minimallöhnen und Maximalpacht- und Teilbaurenten sowie die Schaffung von paritätischen Regionalkommissionen zu diesem Zwecke; durch mannigfache Anordnungen arbeiterschutzesetzlichen Charakters. Organisch: durch das Verbot der Heranziehung ausländischer Saisonarbeiter ohne ministerielle Erlaubnis und Schaffung von Arbeitsnachweisen sowie durch Bildung ausreichender Gemeindeweiden. Dieser letztere Zweck sollte erreicht werden durch die Ermächtigung an die Kommunen: von den Privatgroßgütern bis zu $\frac{1}{8}$, von den Staats- und öffentlichen Fondsdomänen bis zu $\frac{1}{5}$ ihrer Fläche „im Wege freiwilligen Übereinkommens“ zu erwerben und zu diesem Behufe unter Garantie des Staates bei der gleichzeitig ins Leben gerufenen Ruralkasse Darlehen aufzunehmen. Organisch auch sollte ferner die Lage der landlosen Bevölkerungsschichten verbessert werden: durch Förderung der inneren Kolonisation und die hierbei der Ruralkasse zugewiesene Rolle einer Parzellierungsbank; durch die Bestimmung, daß Staats- und öffentliche Fondsgüter, wenn sie nicht direkt bewirtschaftet werden können, an bäuerliche Genossenschaften zu verpachten seien; durch die Untersagung endlich der Vereinigung mehrerer Pachtgüter mit zusammen über 4000 ha in einer Hand.

Was den Erfolg dieser Reformaktion anbelangt,¹⁷⁾ so bleibt er natürlich hinter den gehegten — oder auch nicht gehegten — Erwartungen zurück. Immerhin sollen sich die

Formalbestimmungen des Gesetzes über die landwirtschaftlichen Verträge sowie über die Mindestlöhne am besten bewährt haben; weniger schon und wenig jene über die Höchstpachtrenten. Behauptet wird auch eine Erhöhung der Löhne infolge Einführung des Arbeitsnachweises und des Schutzes der einheimischen Arbeiter gegen die Konkurrenz der fremden Sachseingänger. Doch scheint mir speziell letzterer recht zweifelhaft. Im Sommer 1908 — noch unter der Herrschaft des alten Regimes — betrug die Zahl der fremden Saisonarbeiter 26.906. Unter dem neuen wurde die Zulassung solcher

	angesucht	bewilligt	benützt
1909 . .	für 43.952	26.250 = 60 %	17.506
1910 . .	» 53.703	36.261 = 64 »	25.530
1911 . .	» 52.691	38.342 = 73 »	21.338

Man möchte also darnach glauben, daß die Großwirte die Bewilligung von viel mehr fremden Saisonarbeitern anstreben, als sie tatsächlich brauchen, und dann die „Einfuhrerlaubnis“ nicht einmal vollständig auszunutzen imstande sind.

Auch über die Umgehung der Bestimmungen gegen die kapitalistischen Pachttagglomerationen wird geklagt. Nicht minder darüber, daß je länger je häufiger in Umkehrung der Absichten des Gesetzgebers nicht die Selbstverwaltung der Staatsgüter als subsidiäre Nutzungsform praktiziert werde, sondern vielmehr die Vergebung an bäuerliche Pachtgenossenschaften, so daß die an solche ausgetane Fläche von 56.797 ha im Jahre 1911 auf 51.908 im Jahre 1912 zurückgegangen sei.

Die Ruralkasse hat bis Ende 1914 in 104 Gütern an 124.000 ha, darunter 96.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche erstanden und von der letzteren gegen 18.000 ha zur Bildung von Kleinstellen verwendet und 10.800 ha als Gemeindeweide abgegeben, während der Rest zum größten Teil an bäuerliche Pachtgenossenschaften und Einzelpächter ausgetan ist.¹⁹⁾

Die Schaffung von Gemeindeweiden ist bisher ebenfalls nur in recht geringem Ausmaße gelungen. Da den einschlägigen Gesetzesbestimmungen die Sanktion fehlt und die Großgrundbesitzer zur Überlassung der notwendigen

Ländereien nicht gezwungen werden können, zu freiwilligen Übereinkommen aber sich bloß etwa ein Drittel derselben herbeigelassen hat, so ist bis Ende 1912 nur eine Weidefläche von rund 118.000 ha in dorfgemeindlichen Besitz übergegangen.

Dahingegen bietet die Entwicklung der bäuerlichen Pachtgenossenschaften (Obștii sătești de arendări) ein sehr erfreuliches Bild.²⁰⁾ Diese sind in Rumänien aus wilder Wurzel erwachsen und haben sich rasch vermehrt. Im Jahre 1903 gab es ihrer nur 8, 1912 schon 487 mit über 65.000 Mitgliedern, die 370.000 ha gegen einen Jahrespachtshilling von 124 Mill. Lei innehatten und über ein Investitionskapital von rund 4 Mill. verfügten. Im Gegensatz zu Italien, wo die affitanze collettive entweder gemeinsame Bewirtschaftung der Pachtgründe bezielden oder diese in Teilstücken zum Sonderanbau an die Genossenschaftler austun, ist in Rumänien nur dieser zweite Typus vertreten, durch den nicht die Großzwischenpacht vollständig ausgeschaltet, sondern nur der Großzwischenpächter verdrängt wird, indem die Genossenschaft seine Rolle übernimmt, ohne sich hierbei von Gewinnstreben leiten zu lassen.

Im großen und ganzen ist, wie man sieht, trotz der Agrarreform von 1907 alles beim Alten geblieben. Keineswegs ist mehr erreicht worden als eine Beschneidung der ärgsten Auswüchse und unerträglichen Mißstände — auch dies übrigens nur in regional beschränkter Weise. Immer mehr hat sich daher die Überzeugung Bahn gebrochen, daß eine organische Gesundung des volkswirtschaftlichen Körpers nur von einer tiefgreifenden Änderung der Grundbesitzverteilung und ihres latifundiarischen Charakters zu erhoffen sei. Hatte man früher stets vor der Unantastbarkeit des privaten Großgrundbesitzes Halt gemacht, so verkündete nun der Führer der liberalen Partei, der gegenwärtige Ministerpräsident J. J. C. B r a t i a n u, unter dem 13. (26.) September 1913 ein Programm, das in der Forderung gipfelt: der Staat solle im Interesse einer Stärkung des selbständigen bäuerlichen Besitzes, „wo sich dies als nötig erweise“, den Großgrundbesitz enteignen dürfen. Eine etwas

vage und elastische Formel! Sie bricht aber jedenfalls mit der Tradition. Im Frühjahr 1914 hat sie die prinzipielle Zustimmung der als Konstituante neugewählten Kammer gefunden, in der die liberale Partei eine erdrückende Mehrheit besitzt: wenige Monate vor Ausbruch des Weltkrieges, der mit so vielem Anderen die endgültige Lösung auch dieses Problems zurückgedrängt hat.

III.

Hat uns dieser Einblick in die ländliche Verfassung Rumäniens verstehen gelehrt, wie sich die Einseitigkeit seiner landwirtschaftlichen Produktion herausbilden konnte, so soll uns nun die Betrachtung einer zweiten Ursachenreihe zeigen, wie es zu ihr kommen mußte und jedenfalls tatsächlich gekommen ist.²²⁾ Damit wird dann zugleich Zweifaches scharf hervortreten; einerseits die Genesis und die geschichtliche Bedingtheit der industriemerkantilistischen Bestrebungen des jungen Königreiches und andererseits der Komplex von ökonomischen Faktoren, die das gegenwärtige handelspolitische Verhältnis zwischen unserer Monarchie und Rumänien geschaffen haben und für dessen künftige Gestaltung von entscheidender Bedeutung sind.

Sofort nach Wiedererlangung ihrer Autonomie begannen die Donaufürstentümer an den alten Pfortentraktaten zu rütteln, die auch ihr zollpolitisches Verhältnis zum Auslande bestimmten. Aus rein politischen Gründen schon: um sich selbst und die europäische Welt von dem Umfang und der Tragkraft ihrer Unabhängigkeit sowie von der Schwäche des Suzeränstaates zu überzeugen. Noch mehr jedoch aus finanzwirtschaftlichen Nöten heraus: die angestrebte Neubildung der Verwaltung und deren Annäherung an okzidentale Muster war ohne Vermehrung der Staatseinnahmen unmöglich. Diese aber schien am leichtesten und ausgiebigsten erreichbar durch Vermehrung der Zollgefälle über den von der Pforte mit den Mächten vereinbarten Satz — nämlich 3% vom Werte —

hinaus. Hiebei stießen jedoch die Moldau und Walachei auf den Widerstand Österreichs, das streng an den alten Abmachungen mit der Türkei festhielt. Metternich zwar riet zu wohlwollendem Entgegenkommen und sogar zu direkten Abmachungen mit den Donaufürstentümern. Seine von weitem politischen Blick zeugende Auffassung vermochte sich jedoch nicht durchzusetzen. Wie zutreffend sie freilich war, zeigte sich sofort. Die Fürstentümer setzten sich eigenmächtig über den hergebrachten Rechtszustand hinweg und erhoben vom 1. September 1850 an 5%ige Wertzölle — und Österreich duldete dies als „faktischen Vorgang ohne Anerkennung des Rechtes“. Der innere Widerspruch dieser Haltung konnte nicht anders als schädlich wirken. Die Unnachgiebigkeit weckte feindselige Gesinnungen auf der anderen Seite; und daß sie doch nur rein formal blieb, wurde als Schwäche ausgelegt, auf die man auch fürderhin rechnen könne und tatsächlich rechnete.

Das gleiche Spiel wiederholte sich in den Sechzigerjahren. Nach dem Pariser Frieden führten die Fürstentümer eine Reihe zollpolitischer Reformen (Vereinheitlichung der Zollverwaltung, Ersetzung des Systems der Zollverpachtung durch Regiebetrieb, Einrichtung eines förmlichen Gefälldienstes) durch, die unschwer künftige noch weitergehende handels- und zollpolitische Maßnahmen voraussehen ließen. In Wien aber verharrte man auch jetzt noch — wie früher gegen Metternichs und zu Beginn der Fünfzigerjahre gegen Brucks, nun gegen des Internuntius in Konstantinopel, Prokesch, Mahnungen — bei der Fiktion: die Moldau und Walachei seien nach wie vor ein integrierender Bestandteil des osmanischen Reiches und daher an dessen handelspolitische Abmachungen gebunden. Man betrachtete es demnach als eine große Errungenschaft, als im Handelsvertrage mit der Türkei von 1862 der Status quo in den Vereinigten Fürstentümern verbrieft wurde; und zwar um so mehr, als dies eine differentielle Begünstigung des österreichischen Handels vor dem der übrigen Mächte bedeutete, die keine analogen Vorbehalte gemacht

hatten. Nur daß sich die Fürstentümer nicht darum kümmerten! Von dem Versuche, das der Türkei zugestandene Recht zur Erhebung eines 8^o/_oigen Wertzolles ebenfalls auszuüben, wichen sie zwar angesichts des österreichischen Protestes fürs erste zurück. Sie wiederholten ihn aber vier Jahre darauf mit um so größerer Energie und nun auch mit Erfolg. Mit Gültigkeit vom 1. August 1866 erhöhten sie die Einfuhrwertverzollung von 5 auf 7¹/₂^o/_o, wozu noch ein ¹/₂^o/_oiger Gemeindegzuschlag kam — zusammen also jene strittigen 8^o/_o! Darüber hinaus aber forderten sie auch noch einen ¹/₂^o/_oigen Durchfuhrzoll von den nach der Türkei bestimmten Waren. Österreich protestierte. Aber nun bewahrheitete sich Prokesch' Wort: daß es zum Schaden seines politischen Ansehens und Einflusses nicht sowohl Rechte als Schatten von Rechten festhalte. Der Protest schürte nur die feindselige Gesinnung Rumäniens. Ihm wirksamen Nachdruck zu verleihen, fehlte es jedoch an jedem Mittel. Selbst wenn die Pforte als Suzerän hätte militärisch gegen den widerspenstigen Vasallen einschreiten wollen, hätte sie dazu der Zustimmung der Garantiemächte des Pariser Friedens bedurft. Es lag aber auf der Hand, daß diese, vorab England und Frankreich, sich nicht gerade dafür einsetzen würden, ihrem Handelskonkurrenten Österreich eine handelspolitische Sonderstellung zu sichern.

Jetzt endlich begann man in der Monarchie dem schon von Metternich empfohlenen Gedanken direkter Verhandlungen mit Rumänien näherzutreten. Dieses selbst hatte in richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit des österreichischen Marktes für seine Zerealien- und Viehausfuhr bereits 1867 und 1868 in Wien den Abschluß einer Handelskonvention angetragen. Im Jahre 1869 — nach der Begründung des Dualismus — war es dann der ungarische Handelsminister G o r o v e, der auf diesen Antrag einzugehen vorschlug und hierbei die lebhafteste Unterstützung auch des österreichischen Handelsministeriums fand. War es ja aller Welt klar, daß die vollständige Loslösung der Fürstentümer von der Türkei sich nicht lange

mehr würde aufhalten lassen und daß es daher gelte, für diesen Fall ein Überhandnehmen und Vorwiegen des russischen Einflusses in dem jungen aufstrebenden Staatswesen zu verhindern und es für einen festen politischen Anschluß an Österreich-Ungarn zu gewinnen. Da andererseits Rumänien allen Grund hatte, sich durch eine solche Anlehnung einen Rückhalt gegen eine Umklammerung durch Rußland zu sichern, so schien ein gedeihlicher Erfolg nicht zweifelhaft, obschon — und gerade weil — dabei diplomatische Schwierigkeiten aus der völkerrechtlichen Stellung Rumäniens zu überwinden waren. Der damalige Reichskanzler *Beust* war nun allerdings gegen jede Änderung der letzteren und die Verhandlungen kamen daher ins Stocken. Als aber die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten aus *Beusts* Händen in die des Grafen *Julius Andrassy* überging, wurde der abgerissene Faden wieder geknüpft und energisch zu Ende gesponnen — trotzdem Großbritannien und Frankreich Rumänien das Recht zu autonomem Abschluß von Handelsverträgen bestritten und trotz des darauf gestützten Widerstandes der Türkei gegen die geplante Verletzung des Pariser Vertrages und ihrer Suzeränitätsrechte. So kam endlich unter dem 22. Juni 1875 der erste unmittelbar und selbständig von Rumänien abgeschlossene Handelsvertrag zustande, und dem Beispiele Österreich-Ungarns folgten bald auch die anderen Staaten.

Auf den Inhalt dieser — für eine Mindestdauer von zehn Jahren mit einjähriger Kündigungsfrist abgeschlossenen — Konvention kann hier im Detail nicht eingegangen werden. Nur so viel sei hervorgehoben, daß er sicherte: beiden Teilen die Meistbegünstigung; Österreich-Ungarn insbesondere für gewisse Waren Zollfreiheit, für andere spezifische Zölle, für eine dritte Gruppe eine Fakturenwert-Verzollung in der tatsächlichen Höhe von 8'05 %; Rumänien hinwiederum im allgemeinen zwar nur die Behandlung auf Grund des österreichisch-ungarischen Generalzolltarifs, in einem Acte ad conditionnel jedoch weit darüber hinausgehende Grenzverkehrs-Begünstigungen, nämlich: für die ganze Vertrags-

dauer Zollfreiheit für rumänische Feldfrüchte und die Bindung des zur Zeit des Vertragsabschlusses der meistbegünstigten Nation zustehenden Weinzolles sowie für die Dauer des österreichisch-deutschen Vertrages vom 9. März 1868 die gleichen Viehzölle, wie sie dem Import aus dem freien Verkehre Deutschlands zukamen.

Der Erfolg dieser Vereinbarungen für Österreich-Ungarn war ein ungemein günstiger. Während der Konventionalperiode nahm die Bewegung seiner Exportartikel nach Rumänien sowohl absolut als auch relativ stark zu, so daß es im zehnjährigen Durchschnitte — 1876/I. Semester — 1886/II. Semester — mit 141 Mill. Lei oder 48,6 % an der rumänischen Einfuhr beteiligt war: unter Zurückdrängung vor allem Englands und Frankreichs, während die Importquote Deutschlands damals nicht über 11½ % hinausging. Andererseits war aber die Monarchie auch der Hauptabnehmer rumänischer Erzeugnisse: ihr jährlicher Anteil an der Ausfuhr Rumäniens stellte sich im Durchschnitt auf 75,6 Mill. Lei oder 35,2 %. Sie hatte also allen Grund, mit dem Stande der Dinge zufrieden zu sein. Trotzdem fehlte es nicht auch an Unzufriedenen. Viele hatten, als es die Ratifizierung des Vertrages galt, bei dessen Errungenschaften nicht an den rumänischen Generalzolltarif gedacht, dessen Anwendung für den Fall der Vertraglosigkeit drohte, sondern an die alten Pfortentraktate, die sich doch längst als unhaltbar und undurchführbar erwiesen hatten. In der ungarischen Öffentlichkeit wieder waren Stimmen gegen die Zollbefreiung der rumänischen Zerealien laut geworden und die ungarische Regierung hatte auch dieses Zugeständnis aus allen Kräften bekämpft — obgleich dann der autonome österreichisch-ungarische Zolltarif von 1878 ganz allgemein die zollfreie Einfuhr gewährte. Die Monarchie war eben selbst Getreide- und Viehexportland und hatte also mit Bezug auf das rumänische Getreide und Vieh im Wesen die Rolle eines Vermittlers zwischen Rumänien und den eigentlichen Konsumentenländern inne. Die Voraussetzungen für diese ihre Rolle er-

fuhren aber zu Ende der Siebzigerjahre tiefgreifende Erschütterung. Verursacht durch die überseeische und osteuropäische Konkurrenz, brach damals eine heftige Krise über die west- und mitteleuropäische Landwirtschaft herein. Sie fiel mit dem endgültigen Übergange des Deutschen Reiches, das seit dem siegreichen Kriege mit Frankreich eine rapide industriestaatliche Entwicklung durchgemacht hatte, zu den Getreideeinfuhrländern zusammen. Mit dem Tarif vom 15. Juli 1879 führte Deutschland Getreide- und Viehzölle ein, die es im Verlaufe der nächsten Jahre noch weiterbildete und verschärfte, und Frankreich beschritt mit dem Tarif vom 7. Mai 1881 die gleiche Bahn. Die Verschiebung in der Versorgung Großbritanniens infolge der Eroberung des englischen Marktes durch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Vereinigten Staaten von Nordamerika rief eine Stauung in der Bewegung der Agrarprodukte aus dem Osten Europas nach dem Westen hervor und zeitigte immer energischere Anwendung und Ausbreitung von Sperrmaßnahmen in umgekehrter Richtung. All das wirkte zusammen, um — unter dem Druck der landwirtschaftlichen Interessenten überhaupt und speziell des handelspolitisch bedeutend gesteigerten Einflusses der ungarischen Reichshälfte — auch die Monarchie in die gleiche Richtung zu drängen und die Tarifrevision vom 25. Mai 1882 (und sodann neuerdings vom 21. Mai 1887) zu zeitigen, die die Getreide- und Viehzölle auf die Höhe der deutschen brachten.

Formell blieb hierdurch die Warenbewegung aus Rumänien nach Österreich-Ungarn unberührt. Nach wie vor genossen seine Zerealien die Zollfreiheit; nach wie vor blieben für sein Vieh die — durch den Vertrag der Monarchie mit Italien bis Ende 1888 gebundenen — autonomen Zölle von 1878 in Kraft. Materiell aber gestaltete sich, wenigstens mit bezug auf das Vieh, die Sache anders. Die Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche durch einen langfristigen Tarifvertrag war 1881 mißlungen. Seit dem Beginn der Achtzigerjahre wieder sperrte das Deutsche Reich unter Hinweis auf

veterinärpolizeiliche Rücksichten seine Grenzen gegen den freien Viehverkehr aus Österreich-Ungarn, wodurch der Hornviehexport des letzteren, der im Jahre 1877 einen Wert von über 76 und 1878 noch von 39 Mill. Kronen repräsentiert hatte, in den beiden darauffolgenden Jahren auf 1074, respektive 836 Mill. sank. Die Reflexwirkung war, daß nun die Monarchie vom 1. Januar 1881 an ihre Grenzen gegen Rußland und Rumänien ebenfalls abschloß. Diese Sperrverfügungen trafen namentlich den rumänischen Hornviehexport und vernichteten ihn fast. Hatte Österreich-Ungarn noch 1879 von 30.654 Stück nicht weniger als 25.678 übernommen, so verminderte sich diese Ziffer in den nächsten sechs Jahren mit unheimlicher Schnelligkeit auf 17.170, 18.004, 168, 129, 320, 142 Stück. Hatte schon die Konvention von 1875 von Anfang an in Rumänien heftige Gegnerschaft gefunden und war dort namentlich mit Bezug auf die im Acte additionnel eingeräumten Grenzverkehrsbegünstigungen darauf hingewiesen worden, daß es hätte auf einem „régime de droit et non de tolérance“ bestehen müssen, so steigerte sich nun die Mißstimmung auf das höchste. Zwar kam es, nachdem beide Teile im Juni 1885 von ihrem Kündigungsrechte Gebrauch gemacht hatten, zu Verhandlungen wegen Abschlusses eines neuen Vertrages. Sie verliefen jedoch ergebnislos und mit dem 1. Juni 1886 trat ein vertragloser Zustand ein, damit auch der Zollkrieg. Denn nun wendete Rumänien der Monarchie gegenüber seinen neuen autonomen Zolltarif vom 17. (29.) Mai 1886 an, behandelte sie also ungünstiger als die Staaten, mit denen es sich noch in einem Vertragsverhältnis befand. Österreich-Ungarn hinwiederum antwortete mit schärfsten Retorsionsmaßnahmen, vor allem auch mit einem Verbot der Durchfuhr von lebenden Tieren sowie der Ein- und Durchfuhr von Gemüsen, Obst, Pflanzen und Pflanzenteilen. Kurzum, beide Teile schädigten einander nach Möglichkeit — beide mit größtem Erfolge. Der Anteil der Monarchie am rumänischen Import sank während des Zollkrieges (1886—1890) gegenüber einem Jahresdurchschnitte von 135·2 Mill. im vorausgegangenen Jahrzehnt auf

einen solchen von 51 Mill. Lei, relativ von 48·5 auf 18·1⁰/₀. Ihre Rolle als Lieferant Rumäniens übernahm vornehmlich Deutschland und an zweiter Stelle Großbritannien, ihr verblieb hinter ihnen nur die dritte Stelle. Rumänien seinerseits vermochte — trotz aller Bemühungen — ebensowenig Österreich-Ungarn als Durchzugsland für sein Vieh zu entbehren, als diesem anderwärts ausreichende Ersatzmärkte zu eröffnen. So war denn der Rückgang der Viehzucht unvermeidlich. Den Ausfall suchte die rumänische Landwirtschaft durch Forcierung des Anbaues und der Ausfuhr von Zerealien wettzumachen. Mit welchem und mit wie großem Erfolg wissen wir bereits.

Der Vollständigkeit halber sei noch die spätere äußere Geschichte der handelspolitischen Beziehungen der Monarchie zu Rumänien flüchtig skizziert.

Im Sommer 1891 fand der Zollkrieg sein Ende. Inzwischen waren alle Handelsverträge Rumäniens erloschen und dieses ließ sodann die Gleichbehandlung sämtlicher fremdländischer Provenienzen auf Basis seines neuerdings umgearbeiteten autonomen Zolltarifes eintreten, worauf auch Österreich-Ungarn die getroffenen Retorsionsmaßnahmen außer Kraft setzte. Ein neuer Handelsvertrag zwischen beiden Staaten kam jedoch, auch er als bloßer Meistbegünstigungsvertrag, erst am 21. Dezember 1893 zustande, zwei Monate nach dem deutsch-rumänischen. Diese sehr bedeutsame zeitliche Reihung und der noch wichtigere Umstand, daß das Deutsche Reich einen Konventionaltarif vereinbaren konnte, der natürlich auf seine Ausfuhrinteressen zugeschnitten war, Österreich-Ungarn hingegen sich mit der Meistbegünstigung begnügen mußte, erklärt sich folgendermaßen.

Den Tarif von 1891 hatte Rumänien im Hinblick auf seine Industrialisierungsbestrebungen aufgestellt und gehofft, gegen dessen Bindung Meistbegünstigungsverträge zu erlangen. Hierin getäuscht, ließ es sich nun zwar in Verhandlungen über die Ermäßigung seiner Industriezölle ein, jedoch logischerweise mit Deutschland, um dessen Vertragszölle für seine Getreideausfuhr zu gewinnen, und nicht mit Österreich-Ungarn,

dessen autonome Zölle an sich schon niedriger waren als jene. Es erhielt denn auch, vom Juli 1892 an, interimistisch das gewünschte Zugeständnis. Dieses aber schien um so gewichtiger, als seit dem Februar 1892 zwischen Deutschland und Rußland eine handelspolitische Spannung herrschte, die dann im Sommer des darauffolgenden Jahres in einen offenen Zollkrieg ausartete. Diesen auszunützen, um dem rumänischen Getreide den deutschen Markt zu erobern, war eine verlockende Erwartung, die auch in den Jahren 1892 und 1893 reichlich in Erfüllung ging. Wußten die deutschen Unterhändler diese Umstände höchst geschickt auszunützen, so auch einen anderen noch. Seit den Siebzigerjahren war die deutsche Hochfinanz „Rumäniens Bankhalter und Hauptgläubiger“ und wieder sollten größere Staatsanleihen — während der Jahre 1891—1894 zusammen an 300 Mill. Lei — aufgenommen und placiert werden. So ward denn der Vertrag vom 21. Oktober 1893 perfekt. Noch während über ihn verhandelt wurde, sicherten sich Großbritannien, Frankreich, Italien und die Schweiz die Vorteile aus ihm durch den Abschluß einfacher Meistbegünstigungsverträge. Andere Staaten folgten später diesem Beispiele — und Österreich mit ihnen. Ein nicht gerade glänzendes Ergebnis eines fünfjährigen Zollkrieges! Gewiß, auch die Monarchie ihrerseits hatte Rumänien nichts gewährt, was nicht zuvor schon anderen Staaten. Das war aber ein recht magerer Trost gegenüber dem nun auch formalen Verlust des handelspolitischen Vorranges in einem Lande, in dem sie seit jeher kommerziell die erste Rolle gespielt hatte. Denn dieser Verlust war nicht als Prestige-Einbuße bloß, sondern materiell zu werten. Die zolltarifarischen Konzessionen, die Deutschland erlangt hatte, kamen allerdings auch der österreichischen Industrie zugute. Sie waren aber natürlich nicht in erster Linie auf die Bedürfnisse dieser, sondern der eigenen eingerichtet und wichtigste österreichisch-ungarische Spezialitäten blieben im Rahmen autonomer Behandlung durch Rumänien. Die Meistbegünstigung schließt eben tatsächlich differentielle Behandlung nicht aus. Endlich kam noch

dazu, daß mit Ausnahme des deutschen Vertrages, dessen Geltungsdauer mit zehn Jahren festgelegt war, alle übrigen auf unbestimmte Zeit unter Vorbehalt einjähriger Kündigung liefen.

Für die weitere Entwicklung sind entscheidend gewesen: die verstärkte industriezöllnerische Strömung in Rumänien sowie der Übergang zu agrarischem Hochschutz in Deutschland und in Österreich-Ungarn, der in den Tarifen vom 25. Dezember 1902, beziehungsweise 13. Februar 1906 mit ihren Maximal- und Minimal-Getreidezöllen zum Ausdrucke kam. Als der deutsche Vertrag ablief, wurde er unter dem 8. Oktober 1904 erneuert, während mit Österreich-Ungarn ein neuer, diesmal ein Tarifvertrag, erst am 23. April 1910 zustande kam, beide mit Gültigkeitsdauer bis Ende 1917. Deutschland erlangte diesmal für seine Industrie bedeutend geringere tarifrische Zugeständnisse als zuvor und gewährte seinerseits neben den Mindestgetreidezöllen auch noch eine Reihe anderer Zollermäßigungen und Bindungen, speziell für Fleisch, Geflügel und Eier, Gemüse, Mineralöle, Benzin. Auf derselben Linie bewegten sich auch die beiderseitigen Konzessionen zwischen der Monarchie und Rumänien. Die von diesem letzteren gewünschte Veterinärkonvention wurde ihm allerdings ebenso wenig eingeräumt wie die Einfuhr von Lebendvieh, wohl aber ein bestimmtes, jährlich steigendes und nach den Viehgattungen abgestuftes Ausfuhrkontingent von geschlachtetem Vieh konzedierte.

Über die Gestaltung der Austauschbeziehungen Rumäniens seit Beendigung des Zollkrieges mit Österreich-Ungarn bis in die unmittelbare Gegenwart herein gibt die umstehende Tabelle (S. 48) Auskunft.

Was sie insbesondere mit Bezug auf die Entwicklung der Einfuhr aus der Monarchie lehrt, ist im höchsten Grade erfreulich. Während des ersten Jahrzehnts nach der Wiederanbahnung eines freundlicheren und sodann vertraglichen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern gelang es zwar dem österreichisch-ungarischen Export, teilweise den verlorenen

Boden und eine Zeitlang sogar die erste Stelle auf demselben wieder zu erobern, sie zu behaupten hat er jedoch nicht vermocht. Immer war der Vorsprung gegenüber dem deutschen nur ein ganz geringer und seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts hat dieser den unbestrittenen Vorrang, und zwar in einem solchen Maße errungen, daß er wohl als unerschütterlich angesehen werden muß. Und nicht nur, daß das Deutsche Reich als Lieferant Rumäniens nunmehr die Rolle spielt wie einst und bis 1886 Österreich-Ungarn: es hat zudem die absolute Wertziffer des rumänischen Warenbezuges aus der Monarchie während der letzten dreiundzwanzig Jahre kein einziges Mal die durchschnittliche Höhe derselben innerhalb der ersten Konventionalperiode erreicht — trotzdem die Gesamteinfuhr des Königreiches sich in dieser Zeit nahezu verdoppelt hat. Freilich gelangen rumänische Zerealien und gar schon rumänisches Vieh und Fleisch in noch weitaus geringerem Umfange auf unsere Märkte. Der Anteil Österreich-Ungarns an der Ausfuhr Rumäniens bleibt heute im Durchschnitt um weit mehr als die Hälfte hinter dem belgischen zurück und überragt kaum noch den italienischen. Aber allerdings ist er noch immer doppelt so groß als der des Deutschen Reiches.

Von dem ihm durch die Monarchie im Vertrage vom 23. April 1910 zugestandenen Fleischeinfuhrkontingent hat Rumänien, da der Vertrag nicht vor dem 1. September in Kraft trat, erst von 1911 an Gebrauch zu machen vermocht, und zwar in folgendem Maße. Es exportierte in Tausenden von Kilogrammen an geschlachteten

im Jahre	Rindern	Schweinen	Schafen	Zusammen
1911 . . .	1095	30	37	1162
1912 . . .	1798	447	37	2282
1913 . . .	598	467	94	1159

Es hat also sein Kontingent bisher nur sehr unvollständig auszunützen vermocht, denn dieses ist bei einer während der Vertragsdauer allmählich steigenden Staffelung festgelegt

Im Durchschnitt der Jahre	Absolut (in Millionen Lei) und relativ (in % der Gesamteinfuhr)					
	Osterreich-Ungarn	Deutschland	England	Frankreich	Italien	Belgien
Anteil an der Einfuhr nach Rumänien						
1891—1895	94.37 = 29.5 %	113.75 = 28.8 %	87.16 = 22.1 %	33.58 = 8.5 %	7.22 = 1.8 %	19.86 = 5.0 %
1896—1900	92.70 = 28.4 »	90.42 = 27.7 »	63.89 = 19.6 »	22.78 = 7.0 »	11.83 = 3.6 »	11.19 = 3.4 »
1901—1905	80.90 = 27.1 »	85.24 = 28.5 »	50.17 = 16.8 »	17.33 = 5.8 »	17.32 = 5.8 »	6.12 = 2.1 »
1906—1910	100.68 = 24.6 »	138.7 = 33.9 »	62.78 = 15.4 »	22.48 = 5.5 »	19.94 = 4.9 »	12.67 = 3.1 »
1911	137.04 = 24.1 »	183.80 = 32.3 »	85.59 = 15.0 »	35.36 = 6.2 »	28.59 = 5.0 »	28.11 = 4.9 »
1912	138.87 = 21.8 »	240.44 = 37.7 »	88.00 = 13.8 »	39.06 = 6.1 »	37.07 = 5.8 »	20.15 = 3.2 »
1913	138.19 = 23.4 »	237.82 = 40.3 »	55.74 = 9.5 »	34.14 = 5.8 »	21.89 = 3.7 »	16.49 = 2.8 »
1911—1913	138.03 = 23.1 »	226.9 = 36.8 »	76.44 = 12.8 »	36.19 = 6.0 »	29.18 = 4.8 »	21.58 = 3.6 »
Anteil an der Ausfuhr aus Rumänien						
1891—1895	35.40 = 11.9 %	55.89 = 18.8 %	99.78 = 33.5 %	9.00 = 3.0 %	11.08 = 3.7 %	38.22 = 19.5 %
1896—1900	51.33 = 20.4 »	12.99 = 5.2 »	46.30 = 18.4 »	6.91 = 2.7 »	12.55 = 5.0 »	93.55 = 37.1 »
1901—1905	47.25 = 13.1 »	25.62 = 7.1 »	30.85 = 8.6 »	11.75 = 3.3 »	26.80 = 7.4 »	153.45 = 42.6 »
1906—1910	48.58 = 9.7 »	31.06 = 6.2 »	49.30 = 9.9 »	32.55 = 6.5 »	54.54 = 10.9 »	147.97 = 29.5 »
1911	62.87 = 9.1 »	33.01 = 4.8 »	55.98 = 8.1 »	48.88 = 7.1 »	49.59 = 7.2 »	263.47 = 38.1 »
1912	94.75 = 14.8 »	42.54 = 6.6 »	43.04 = 6.7 »	49.95 = 7.8 »	121.07 = 18.9 »	153.00 = 23.8 »
1913	95.86 = 14.3 »	52.41 = 7.8 »	44.84 = 6.7 »	63.53 = 9.5 »	71.31 = 10.6 »	182.03 = 27.1 »
1911—1913	84.49 = 12.7 »	42.65 = 6.4 »	47.95 = 7.2 »	54.12 = 8.1 »	43.99 = 12.2 »	196.16 = 29.7 »

worden für: Rinder mit 10.000—35.000 und für Schweine mit 50.000—1,200.000, für Schafe hingegen mit der fixen Zahl von 100.000 Stück jährlich.

IV.

Die inneren Gebrechen im Gefüge der rumänischen Volkswirtschaft und die aus ihnen resultierenden ökonomischen, sozialen und zuletzt auch innen- und außenpolitischen Gefahren haben frühzeitig Bestrebungen zu organischer Abhilfe gezeitigt.²³⁾ Diese zogen ihre erste und immer mehr Kraft aus der beginnenden und stetig sich verschärfenden Agrarschutzbewegung gerade in den Ländern, auf deren Märkte Rumänien bei der Verwertung der Erzeugnisse seiner Landwirtschaft und Viehzucht unmittelbar und mittelbar sich zumeist angewiesen sah. Während es bei ihnen hauptsächlich seinen Bedarf an Industrieartikeln deckte, entwickelte sich ihre Bedeutung als Absatzgebiete nicht nur nicht, sondern sie verminderte sich sogar und blieb jedenfalls unsicher und schwankend. Daher denn der Wunsch, die Zerealien- und Tierproduktion durch die Eröffnung von Möglichkeiten industrieller und gewerblicher Verarbeitung für den Inlandskonsum vom Auslande unabhängig oder mindestens unabhängiger zu stellen. So kam das Schlagwort von der Schaffung einer nationalen Industrie auf und fand im Lande um so lauterer Widerhall, als es unter den obwaltenden Umständen in der Tat den Interessen des ausschließlich maßgebenden Produktionszweiges, der Landwirtschaft, dienlich schien.

Zu Beginn der Bewegung war also dem Industrialisierungsprogramm die Funktion eines organischen Agrarschutzes zgedacht. Bald ging man jedoch weit darüber hinaus, und zwar in Anknüpfung an das regelmäßige Anwachsen der Wertüberschüsse der Einfuhr über die Ausfuhr seit dem Jahre 1877. Dasselbe war die natürliche Folge einerseits der Wohlstandsmehrung und andererseits der

gerade damals besonders lebhaften Entwicklung des Eisenbahnwesens, das unmittelbar durch seinen Ausbau schon einen sehr bedeutenden Materialimport mit sich brachte und dann wieder den Eintritt fremder Waren, wie ja auch die Ausfuhr rumänischer, ungemein erleichterte. Außerdem aber wirkte selbstverständlich auch die freihändlerische Struktur der ersten Handelsverträge, vornehmlich desjenigen mit Österreich-Ungarn mit. Zur Klage über die Zunahme der wirtschaftlichen Abhängigkeit von diesem und vom — meistbegünstigten — Auslande überhaupt gesellte sich so die andere: über den Niedergang von einheimischem Kleingewerbe und Hausfleiß sowie über den so gut wie vollständigen Mangel einheimischer Industrieunternehmungen größeren oder auch nur mittleren Umfangs. Indem man diesen und jenen ausschließlich der übermächtigen fremden Konkurrenz zuschrieb, glaubte man daher durch mechanischen Ausschluß der letzteren gründlichen Wandel schaffen zu können. Diese Erwägungen fanden Erweiterung auch nach der sozialpolitischen Seite hin: unter dem Druck ununterbrochener Vermehrung der Landbevölkerung bei deren gleichzeitig paralleler Proletarisierung, welche die Erschließung neuer Unterhaltsgelegenheiten neben den einseitig landwirtschaftlichen forderten. Schließlich darf man auch das national- und staatspolitische Element nicht übersehen, das gerade in den Jahren nach den militärischen Kraftäußerungen auf den bulgarischen Schlachtfeldern und nach der Erringung der vollen Souveränität besonders lebhaft, bei der Konzipierung der Pläne wirtschaftlicher Autarkie in erheblichem Maße konstitutiv mitwirkte.

Als Mittel zum Zweck sollten einerseits hohe Schutzzölle und andererseits unmittelbare staatliche Begünstigung der neu entstehenden Unternehmungen platzgreifen. Doch konnte zunächst nur an das zweite gedacht werden, da das Land in seiner zollpolitischen Bewegungsfreiheit bis Mitte 1891 vertraglich gebunden war. So kam es denn vorläufig bloß zur Erlassung des Industrieförderungsgesetzes vom

12. (24.) Mai 1887. Dasselbe erklärte als förderungswürdig und berechtigt fachmännisch geleitete Unternehmungen mit einem Mindestkapital von 50.000 Lei, wenigstens 25 — zu zwei Dritteln rumänischen — Arbeitern sowie maschinell und technisch vervollkommenem Betrieb. An Begünstigungen gewährte es: unentgeltliche Überlassung von öffentlichem Grund und Boden bis zu 5 ha; entschädigungsfreie Herstellung der Verbindung zwischen der Produktionsstätte und den Hauptverkehrsadern; fünfzehnjährige Steuer- und Abgabenfreiheit; zollfreie Einfuhr von Maschinen, Apparaten und (im Lande gar nicht oder nicht ausreichend erhältlichen) Rohstoffen; weitgehende Ermäßigung der Bahnfracht und der Postgebühren; Zollrestititionen im Veredlungsverkehr; vorzugsweise Heranziehung zu allen öffentlichen Lieferungen.

Während des Zollkrieges mit Österreich-Ungarn konnte gegen dieses auch schon der hochschutzzöllnerische Tarif von 1886 zur Anwendung kommen — aber vorläufig auch nur gegen dieses allein, so daß er praktisch unwirksam bleiben mußte. Dann wurde er 1891 revidiert und abgemildert, weil er die Basis einer autonomen Wirtschaftspolitik im Rahmen eines Systems einfacher Meistbegünstigungsverträge abgeben sollte. Doch auch diesmal versagte er. Denn Rumänien sah sich dann, wie wir wissen, dennoch zu zolltarifarischen Zugeständnissen, vorab Deutschland gegenüber, gezwungen. Die industrie- protektionistische Strömung schien im Erschlaffen. Da führte ihr die Finanz- und allgemeine Wirtschaftskrise von 1899 neues Leben zu. Infolge einer Mißernte, wie man sie lange schon nicht mehr erlebt hatte, sank in jenem Jahre, verglichen mit dem vorangegangenen, die Ausfuhr von 283 auf 149, die Einfuhr von 390 auf 333¹/₂ Mill. Lei. Die Verminderung der Zolleinkünfte, die Abnahme der Transporte auf den Staatsbahnen und damit der Einnahmen aus diesen, die Schwierigkeiten bei der Erhebung der direkten und der Ausfall bei den Konsumsteuern zeitigten ein Defizit von 62¹/₂ Mill. Lei. Die Krise wurde verschärft nicht nur durch die abnormale Passivität der Handelsbilanz, sondern auch durch den starken Gold-

bedarf der Regierung zu Zahlungen ans Ausland. Hatte ja die Staatsverschuldung, die im Jahre 1864 mit dem bescheidenen Betrag von zirka 23 Mill. begonnen hatte, 1898 bereits die Höhe von rund 1200 Mill. erreicht. Der Kredit versiegte, das ganze Wirtschaftsleben stockte — und dabei mußten neue Steuern eingeführt und neue Schulden gemacht werden. Diese Krise und eine zweite im Jahre 1904 im Verein mit der Furcht vor schädigenden Wirkungen des agrarischen Hochschutzes in Deutschland und in Österreich-Ungarn waren die treibenden Kräfte der neuen Zolltarifrevision von 1906, deren Wirkungen, wie bereits angedeutet, auch bei der Erneuerung der Handelsverträge zu Tage getreten sind, sowie eines ergänzenden Industrieförderungsgesetzes vom 4. Juni desselben Jahres und neuerdings vom 1. April 1912. Durch jenes wurden, außer der Textilindustrie, fürderhin Begünstigungen auch den früher unberücksichtigt gebliebenen Branntweinbrennereien, Bierbrauereien und Mühlen eingeräumt; das Gesetz von 1912 wieder hat das System von 1887 auf sämtliche Betriebe mit 20 Arbeitern oder einer motorischen Kraft von 5 Pferdekraften ausgedehnt. Daneben laufen noch spezialgesetzliche Maßnahmen einher, so namentlich die Unterstützung der Zuckerindustrie durch Subventionen, Erzeugungsprämien und seit 1906 auch durch ein bis 1914 reichendes Fabrikationsmonopol. Welche Kosten diese Industrialisierungspolitik unmittelbar und mittelbar dem Staat verursacht hat, läßt sich nicht überblicken. Sicher ist, daß die Zollnachlässe allein in der Zeit von 1894—1910 nicht weniger als 24 $\frac{1}{4}$ Mill. Lei ausgemacht haben.

Das bisher vorliegende Material gestattet auch keinen zuverlässigen und vollständigen Einblick in die Gesamterfolge der Industrialisierungspolitik. Für Ende 1911 wird die Zahl der seit 1887 unterstützten Großbetriebe mit 769 angegeben, von denen jedoch im genannten Zeitpunkt nur 472 funktionierten, während 20 sich in der Installation befanden. Diese 472 Unternehmungen beschäftigten 37.122 männliche und 9158 weibliche, zusammen 46.280 Arbeiter. Die Zahl ihrer Pferde-

kräfte wird mit 74.000 angegeben, ihr fixes Kapital mit 281'4, das umlaufende mit 215'2, der Wert ihrer Jahresproduktion mit 351 Mill. Lei. Es entfallen von ihnen auf die

Nahrungs- und Genußmittel-		Holz- und Möbelindustrie . . .	20
industrie	117	Graphische Gewerbe	20
Metallindustrie	109	Papier- u. Zellulosefabrikation	10
Ziegel-, Gips-, Kalk- und Ba-		Spiegel- und Glasfabrikation .	6
saltproduktion	48	Bekleidungsindustrie	4
Textilindustrie	43	Passementerie	4
Chemische Industrie {	34	Wattefabrikation	3
Petroleumraffinerien {	24	Elektrizitätsindustrie	3
Gerbereien	26	Bürsten- und Pinselfabrikation	1

Die Fortschritte, vornehmlich seit 1906, sind unverkennbar, im ganzen freilich nicht sehr beträchtlich. Die Gründe sind nach wie vor die gleichen. Das Land verfügt ebensowenig über die nötige eigene Kapitalkraft wie über ausreichende Arbeitskräfte. Zudem fehlt es der rumänischen Landbevölkerung an Eignung und Neigung zu industriellem Tagelöhnerturn, den höheren und wohlhabenderen Schichten aber an Unternehmungsgeist und technischen Spezialkenntnissen, allzuhäufig auch noch immer an der Lust, solche zu erwerben. Denn nicht nur, daß wer es irgend vermag der Beamten- und Militärkarriere zustrebt: auch die agrarische Psychologie der in Staat und Gesellschaft entscheidend einflußreichen, an Zahl so geringen und eben deshalb auch schon durch die Nutzung ihrer Ländereien ökonomisch saturierten Großgrundbesitzerklasse hemmt das Aufkommen industriellen Geistes nationaler Prägung. Dabei aber sind Gesetzgebung und Verwaltung unablässig bemüht, Fremde fernzuhalten. Denn ihr Ziel ist eine nationale Industrie in dem Sinne, daß diese nicht nur in Rumänien ihren Standort habe, sondern auch von Rumänen ins Leben gerufen und geleitet werde. Neben diesen allgemeinen Hemmungen aus den Menschen, den Institutionen und dem Stande der Volkswirtschaft her wirken schließlich auch noch der Mangel an wertvollen fossilen Brennstoffen, die Seltenheit gehaltreicher Eisenerze überhaupt und ins-

besondere in der Nähe von Kohlenflözen, endlich der Niedergang der Viehzucht und namentlich der Schafzucht.

All das macht verständlich: vor allem, daß formell etwa die Hälfte und materiell wohl eine noch größere Quote der vorhandenen großindustriellen Betriebe in den Händen von Nichtrumänen — Ausländern und Juden — ist und daß die leitende sowie die geschulte ausführende Arbeit von den letzteren beigelegt wird; ferner aber auch die Schichtung der Produktionen nach Art und Maß, wie sie uns aus der voranstehenden Übersicht entgegentrat. Stärkst vertreten und mächtigst, zum Teil sogar schon über den Landesbedarf hinaus entwickelt sind jene Industrien, die im Lande selbst vorhandene Rohstoffe verarbeiten: in erster Linie also die Mühlen-, Zucker-, Brennerei- und Brauindustrie und mehr noch die Petroleumindustrie.

Die Ausbeutung des ungeheueren Petroleumreichtums Rumäniens hat in erheblicherem Maße erst in den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts eingesetzt, seither aber größten Umfang gewonnen. Von 16.000 t im Jahre 1880 ist die Jahresproduktion bis 1913 auf 1,885.000 t, demnach auf das 180fache gewachsen. Ende des letztgenannten Jahres waren in der Petroleumindustrie, die schon 1911 rund 7500 Arbeiter beschäftigt hat, 73 Gesellschaften tätig mit einem Gesamtkapital von 477,1 Mill. Lei, auf welches 360,1 Mill. eingezahlt waren. Nicht weniger als $\frac{7}{12}$ hiervon entfallen auf die drei größten Gesellschaften allein: die „Steaua română“, die „Astra română“ und die „Roum. consolidated oilfield ltd.“. Unter Hinzurechnung des Wertes der sonstigen privaten Förderungs-, ferner der staatlichen Leitungs- und der Exportanlagen in Konstanza, endlich der Raffinerien gelangt man zu einer Ziffer des in der Petroleumindustrie investierten Kapitals, die von einer halben Milliarde nicht weit entfernt ist. Diese Kapitalmasse ist ebenfalls nur zu geringem Teil rumänischer Herkunft; am stärksten — mit 36,9 % — erscheint bei ihrer Beschaffung Deutschland beteiligt; an zweiter und dritter Stelle folgen England mit 30,7 und Holland mit 11,5 %; der Rest

verteilt sich auf Belgien, Amerika und Italien. Ebenso sprunghaft wie die Produktion von Rohnaphtha haben sich deren Verarbeitung und Ausfuhr entwickelt. Im Jahre 1913 wurden 1'056 Mill. t (darunter 242.000 t Benzin, 428.000 t raffiniertes Petroleum und 351.000 t Heizöl) im Werte von 131'5 Mill. Lei exportiert — gegen 17.239 t im Werte von 860.000 Lei vor zwanzig Jahren. Heute nimmt die Ausfuhr von Petroleum die zweite Stelle, unmittelbar hinter derjenigen von Zerealien ein und ihre Quote am Gesamtexportwert hat 1913 bereits 19'6 %, also nahezu ein Fünftel erreicht. Unter den Bezugländern steht Frankreich mit 21'3 % obenan; dann folgen: Deutschland mit 18'4, England mit 17'5, Italien mit 9'0, Ägypten mit 7'24 und Österreich-Ungarn mit 6'6 %.

Der Aufschwung der Petroleumindustrie hat reflex auch die Metallindustrie in gewissem Maße günstig beeinflusst. So erfolgt die Herstellung der Tanks im Lande, desgleichen die Reparatur der Raffinerieapparate usw. Unvergleichlich stärkere Förderung durch ihn wie durch die industrielle Entwicklung überhaupt hat jedoch die Einfuhr von Metallwaren und Maschinen erfahren, die zwischen 35 und 39 % des ganzen Imports ausmacht. Und im allgemeinen ist festzustellen und sehen auch alle Besonnenen in Rumänien ein, daß die Metallindustrie nicht bloß zurzeit unbeträchtlich, sondern daß sie schlechthin dauernd nur in engstem Rahmen entwicklungsfähig ist.

Gleich unbedeutend ist die rumänische Textilindustrie. Am besten erhellt dies aus dem Umfange der Einfuhr, deren Jahreswert etwa 100 Mill. erreicht. Auf diesem Gebiete ist jedoch einiger Wandel möglich. Die Voraussetzung hierfür wären freilich einerseits die Wiedereimportierung und Verbesserung der Schafzucht und andererseits ausgiebigere Pflege der Hanf- und Flachskultur. Waren doch dieser im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 nicht mehr als 27.109 ha, d. h. 0'45 % der Gesamtkulturfläche gewidmet! Übrigens hängt auch die Hebung der Nahrungsmittelfabrikation mit von jener der Viehzucht ab. So mündet denn zuletzt das Problem einer

Industrialisierung — auf zwar bescheidener, dafür jedoch um so gesünderer und allein gesunder Basis — ebenfalls in das größere: einer Durchbrechung der höchstgesteigerten Einseitigkeit der rumänischen Landwirtschaft.

Sehr interessant ist und verdient angemerkt zu werden, daß die Industrialisierungsbestrebungen durch den Weltkrieg weiteren Impuls zu erhalten scheinen. In einer jüngst erschienenen Studie verfißt sie J. N. Angelescu zum Teil unter neuen Gesichtspunkten. Bisher habe man in Rumänien nur die Gefahren empfunden, die aus dem Übermaß seiner Abhängigkeit vom Auslande bei der Verwertung seiner Produktionsüberschüsse drohten. Nun habe die Störung der internationalen Austauschbeziehungen durch den Weltkrieg eine neue in voller Schärfe hervortreten lassen: die Unsicherheit der Bedarfsdeckung, soweit diese vom Auslande her erfolge. Wohl lasse sie sich unter keinen Umständen vollständig beseitigen, aber doch zum Teil und in rationeller Weise abmildern: durch vermehrte gewerblich-industrielle Eigenverarbeitung der im Lande vorhandenen und erzielbaren Rohstoffe. Eine Zunahme spezialisierter Produktion von solchen würde zugleich Ersatz für andere schaffen, die man aus der Fremde beziehen müsse, und so ebenfalls die Abhängigkeit von der letzteren lockern helfen. Das gelte z. B. für den Ersatz von Baumwolle durch Schafwolle, Hanf und Flachs. Die Kriegszeit aber sei für die Verwirklichung solcher Pläne besonders günstig. Denn dank der zeitweiligen Ausschaltung der fremden Konkurrenz sei nicht zu befürchten, „daß diese die Versuche einer Reorganisation der Volkswirtschaft durch harmonische Ausgestaltung aller ihrer Produktionszweige im Keime schon ersticken würde“.

So einfach liegt nun allerdings die Sache nicht. Daß eine Zeit, in der Kriegslärm die ganze Welt erfüllt und überall, auch in den neutralen Staaten, alle Grundlagen normalen Wirtschaftslebens erschüttert und verschoben sind, solcher Reorganisationsarbeit, wie Angelescu sie empfiehlt, nicht gerade günstig ist, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden.

Jedenfalls aber heben sich auch in diesen Erwägungen und Vorschlägen klar die Linien des Weges ab, den Rumänien künftig handelspolitisch gehen zu müssen glaubt und daher auch zu gehen bemüht sein wird.

* * *

Sie schärfer nachzuzeichnen und im einzelnen die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten der Zukunftsgestaltungen, vornehmlich aber innigerer und dauernd-fester Verknüpfung Rumäniens mit Österreich-Ungarn und Deutschland als gemeinsamem Block oder mit der Monarchie allein zu schildern, ist im Rahmen dieser Darstellung, die nur das Gerüste der rumänischen Volkswirtschaft skizzieren sollte, weder beabsichtigt noch der Ort. Bildet ja auch dieses Problem einen geringen Teil bloß eines unendlich größeren, in dessen Zusammenhang allein nur es fruchtbar behandelt werden kann: eben des Problems, ob die gegenwärtige Sonderung der mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiete fort dauern oder ob sich Mitteleuropa konstituieren, und sodann, in welchem Umfange dies geschehen und welches die Struktur des neuen Wirtschaftsorganismus sein wird? Lauter Fragen, auf die nur der Ausgang des Krieges und der Friedensverhandlungen endgültige Antwort geben wird. Denn natürlich sehen sich die Dinge ganz verschieden an, je nachdem man sie unter dem Gesichtspunkt betrachtet: handelspolitischer Abmachungen in bisheriger Art oder pragmatischen Zusammenschlusses; einer Fortdauer des gegenwärtigen Konkurrenzkampfes zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich an der unteren Donau und auf dem Balkan oder seiner Ausgleichung; einer Voranstellung des Programmes wirtschaftlicher Autarkie der Mittelmächte in bezug auf die Versorgung mit Getreide, Fleisch und Rohstoffen oder des Verharrens in der organischen und mit innerer Notwendigkeit sich stetig steigenden weltwirtschaftlichen Verknüpfung; einer Fortsetzung der die Agrarländer im Südosten abstoßenden Agrarschutzpolitik oder des

Verzichtet auf sie. Und all das wieder gewährt einen anderen und besonderen Aspekt vom Standpunkt Österreich-Ungarns aus und dem Deutschlands — wie gerade auch die Geschichte ihres Verhältnisses zu Rumänien und ein Blick auf dessen volkswirtschaftliches Gefüge zeigt.

ANMERKUNGEN.

¹⁾ Vgl. zur folgenden Darstellung hauptsächlich: A. D. Xenopol, *Histoire des Roumains de la Dacie Trajane*. Paris 1896; N. Jorga, *Geschichte des rumänischen Volkes im Rahmen seiner Staatsbildung*. Gotha 1905; Grünberg, *Die handelspolitischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu den Ländern an der unteren Donau*. Leipzig 1902.

²⁾ Grünberg, a. a. O., S. 53 f.; *Anuarul statistic al României*. București 1912. S. 258; *Buletinul statistic al României*. Ebenda 1915, Nr. 36/37, S. 507 ff.

³⁾ Vgl. zum folgenden: L. Colescu, *La population de la Roumanie d'après le recensement général du 1^{er} Janvier 1913*; Derselbe, *Mouvement de la population dans l'année 1913*. (Bull. stat. 1915, Nr. 36/37, S. 429—456 und 457—481); Derselbe, *Diffusion de l'instruction en Roumanie* (ebenda, Nr. 40, S. 651—701); *Anuar. stat.* 1904, S. 282 ff.; 1909, S. 463 ff.; 1912, S. 321 ff.; *Comerçiul exterior al României* 1911, 1912, 1913. București 1912, 1915.

⁴⁾ *Statistica pășunilor din România in anul 1910* (Statistik der Weiden Rumäniens im Jahre 1910), im Bull. stat. 1912, Nr. 24/25, S. 540—588; *Anuar. stat.* 1912, S. 42 f.

⁵⁾ Berechnet auf Grund der Angaben bei J. Teodorescu, *Production des céréales en Roumanie pendant les 24 dernières années*, in «*Le mouvement économique*». Bucarest 1914, S. 197—204. Vgl. ferner: *Superficie des cultures agricoles et leur rendement en 1914*, im «*Moniteur du commerce roumain*» 1915, S. 171.

⁶⁾ Vgl. zum folgenden: C. J. Baicoianu, *Creșterea și îmbunătățirea rasei vitelor noastre* (Zucht und Aufbesserung unserer Viehrassen). București 1905; Derselbe, *Criza tracțiunei animale in agricultura României* (Die Krise der tierischen Zugkraft in Rumänien) 1913; M. Serban, *Rumâniens Agrarverhältnisse*. Berlin 1914, S. 77 ff.; Corn. Antonescu, *Die rumänische Handelspolitik von 1875—1910*. München 1915, S. 284 f.; *Comerçiul exterior* 1911, 1912, 1913; *Anuar. stat.* 1909, S. 186 ff.

⁷⁾ Vgl. Grünberg, *Art. Bauernbefreiung in Rumänien*, im «*Handwörterbuch der Staatswissenschaften*», 3. Aufl., 2. Bd., S. 595—602.

⁸⁾ G. D. Creanga, Grundbesitzverteilung und Bauernfrage in Rumänien, I. Teil, S. 63 f. Leipzig 1907.

⁹⁾ Vgl. zum folgenden: Creanga, a. a. O., S. 93 f.; Anuar. stat. 1909, S. 215; vgl. Statistique agricole de la Roumanie pour 1909, im Bull. stat. 1909, Nr. 5/6, S. 28.

¹⁰⁾ Vgl. Grünberg, Studien zur österreichischen Agrargeschichte. Leipzig 1902: Die bäuerlichen Unfreiheitsverhältnisse und ihre Beseitigung in der Bukowina; Derselbe, Art. Bauernbefreiung, a. a. O.

¹¹⁾ C. Dobrogeanu-Gherea, Neojobagia. Studiu economico-sociologic al problemei noastre agrare. București 1910.

¹²⁾ Serban (a. a. O., S. 39–59) berechnet das tote Inventar der Kleinbetriebe auf das Doppelte, des lebenden auf das Achtfache des großbetrieblichen. Die letzte Angabe stimmt auch mit den oben S. 22 angeführten Viehzählungsergebnissen.

¹³⁾ Vgl. aus der unübersehbaren Literatur vornehmlich: Creanga, a. a. O., II. Teil, S. 15–91. Leipzig 1909; Dobrogeanu-Gherea, a. a. O.; D. J. J. Ionescu, Die Agrarverfassung Rumäniens, ihre Geschichte und ihre Reform. Leipzig 1909; Radu Rosetti, Pentruce s'au resculat țerani? (Warum haben sich die Bauern erhoben?) București 1908.

¹⁴⁾ Vgl. Anuar. stat. 1909, S. 236; Creanga, a. a. O. I, S. 150 ff.

¹⁵⁾ Creanga, a. a. O., I, S. 11.

¹⁶⁾ 1. Lege pentru invoeli agricole (Gesetz über landwirtschaftliche Verträge) vom 23. Dezember 1907 (5. Januar 1908); 2. Lege pentru înființare unei case rurale (Gesetz über Schaffung einer Ruralkasse) vom 3. (16.) April 1908; 3. Lege pentru marginirea dreptului de a ține în arenda moșii (Gesetz über die Einschränkung des Rechtes, Güter zu pachten) vom 10. April 1908; 4. Lege pentru arendarea moșilor statului, a instituțiilor și așezămintelor publice la asociațiuni țărănești (Gesetz über die Verpachtung der Staats- und öffentlichen Fondsgüter an bäuerliche Genossenschaften) vom 10. (23.) April 1909.

¹⁷⁾ Vgl. Const. C. Georgescu, Resultatele reformelor agricole din 1907. București 1913.

¹⁸⁾ Anuar. stat. 1912, S. 156 f.

¹⁹⁾ Vgl. Les opérations de la caisse rurale, im Moniteur du commerce roumain, 1. Mai 1915.

²⁰⁾ Vgl. L. Colescu, Les associations agricoles en Roumanie (im Bull. stat. 1910, Nr. 13/14, S. 506–520) und Le mouvement coopératif en Roumanie (ebenda 1914, Nr. 32/33, S. 211–252).

²¹⁾ Vgl. die Debatten der Deputiertenkammer und des Senats, im «Monitor oficial» vom März und April 1914.

²²⁾ Vgl. zum folgenden: Baicoianu, Câteva cuvinte asupra politicii noastre vamale și comerciale de la 1875 până în prezent (Einige

Worte über unsere Zoll- und Handelspolitik seit 1875 bis zur Gegenwart), București 1901; Derselbe, Istoria politicei noastre comerciale și vamale (Geschichte unserer Handels- und Zollpolitik), 2 Bde., ebenda 1904; Derselbe, Problema conventiunilor veterinare (Probleme der Veterinärkonventionen), ebenda 1903; Grünberg, Die handelspolitischen Beziehungen; Antonescu, a. a. O.; Comerțul exterior 1911, 1912, 1913.

²¹⁾ J. N. Angelesco, Le commerce extérieur et l'industrie nationale, im Bull. stat. 1915, Nr. 40, S. 751—764; Gr. Antipa, Industria conservelor din punctul de vedere al aprovizionării armatei (Die Konservenindustrie vom Standpunkt der Heeresversorgung), București 1908; L. Colescu, Ancheta industrială din 1901/02. I. Industria mare. II. Industria mică și mijlocie (Die Industrienquete von 1901/02. I. Groß-, II. Klein- und Mittelindustrie). București 1903/04; H. Lefevre-Méaulle, L'industrie roumaine, in «Le mouvement économique» XX, S. 1—14; V. N. Madgearu, Zur industriellen Entwicklung Rumäniens. Weida i. Th. 1911; Grünberg, Handelspolitische Beziehungen, S. 94—100, 128—145; Antonescu, a. a. O., S. 229—261; Anuar. stat. 1912, S. 377 ff.; Production du pétrole en Roumanie depuis 1857 jusqu'à 1909 (Bull. stat. 1909, Nr. 7/8, S. 345—347); L'industrie du pétrole en Roumanie 1907—1911 (ebenda 1912, Nr. 24/25, S. 538 f.).

Österreich-Ungarn und die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens.

Von

Philipp Broch,

Direktor der k. k. allgemeinen Verkehrsbank.

Aus dem Nebelschleier, welcher heute noch die künftige Besitzverteilung der Welt verhüllt, treten die Konturen des neuen Bulgariens bereits in ihren großen Umrissen zutage. Der legendäre Traum Bulgariens, die Wiederaufrichtung des großen, alle Bulgaren vereinigenden Reiches des Zaren Simeon, ist nach tausend Jahren durch Zar Ferdinand erfüllt worden. Ein großes, mächtiges Bulgarien schickt sich an, die Mission zu übernehmen, die ihm die Geschichte vorbehalten hat, die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Balkanhalbinsel durch die sittliche Kraft, durch die Intelligenz und Schaffensfreudigkeit des bulgarischen Volkes und mit der Macht seines Schwertes auf Grundlage eines dauernden Friedens zu verbürgen.

Von dem Tage des Wiedereintrittes Bulgariens in die Weltgeschichte, seitdem am 16. April 1879 die erste bulgarische Notabelnversammlung die Verfassung des neuen Bulgariens verkündete, reifte in den Köpfen der erleuchtetsten bulgarischen Volksmänner dieser Zeit die Erkenntnis, daß Rußland mit der Errichtung eines bulgarischen Fürstentums nicht die Befreiung der Bulgaren von der Türkenherrschaft und nicht die freie, unabhängige Entwicklung dieses Volkes zum Ziele hatte, sondern ein russisches Bollwerk für die Vorherrschaft auf dem Balkan und den Vormarsch nach Konstantinopel

schaffen wollte. Deshalb ist der Geburtstag des neuen Bulgariens auch der Geburtstag jener politischen Grundsätze geworden, welche in einer politischen und wirtschaftlichen Anlehnung an Österreich-Ungarn — denn Deutschland respektierte damals noch Bulgarien als russische Interessensphäre — einen Schutz gegen die Russifizierung Bulgariens und für die Sicherheit seiner unabhängigen nationalen Existenz erblickten, wie auch für die österreichisch-ungarische Monarchie die Existenz eines solchen Bulgariens, das stark genug ist, seine Unabhängigkeit gegen wen immer zu behaupten, ein Glaubenssatz geworden ist, an dem sie bis zum heutigen Tage unentwegt festgehalten hat. Es wird in der Geschichte Bulgariens mit unvergänglicher Schrift bemerkt werden, daß in den bewegten Tagen, da russische Söldlinge den Fürsten Alexander meuchlings überfielen und außer Landes brachten, der damalige österreichisch-ungarische Generalkonsul, Baron Burian, der feste und sichere Stützpunkt für die Wiederaufrichtung der so schwer bedrohten Freiheit des Landes gewesen ist. Es ist eine weltgeschichtliche Fügung, daß Baron Burian das Bündnis mit Bulgarien, das ihm damals als zielzeigende Richtlinie seines Handelns vorgeschwebt haben mag, als leitender Staatsmann der Monarchie zu verwirklichen berufen war und ihm wie damals auch heute der seinen politischen Glaubenssätzen unentwegt treu gebliebene Radslawow als führender Staatsmann Bulgariens gegenüberstand. Und in frischer Erinnerung sind noch die Augenblicke, da Bulgarien, von seinen Verbündeten verraten, von seinen Freunden verlassen, die schwersten Stunden seiner Geschichte durchzukämpfen hatte.

Da es mir wohl erging auf Erden,
Wollten alle meine Freunde werden;
Da ich kam in Not,
Waren alle Freunde tot.

So erging es Bulgarien. Aber einer hielt treu zu ihm. Inmitten der feindlichen Brandung, an welcher das bulgarische Staatsschiff zu zerschellen drohte, stand der österreichisch-ungarische Minister Graf B e r c h t o l d unentwegt an der Seite Bul-

gariens, nicht achtend, daß nun auch ihn die Flut feindlichen Übelwollens erfaßt hatte. Sie alle verließen den Sieger von gestern und hielten es mit dem Sieger von heute. Graf Berchtold kannte seine Bulgaren und hielt es mit den Siegern von morgen.

Der Anschluß Bulgariens an die Zentralmächte ist die Frucht einer dreißigjährigen konsequenten Politik der Monarchie, einer Politik, die Berchtold mit der Reinheit eines großen Charakters auf ihren Höhepunkt gebracht hat. Kein europäischer Staatsmann hat den nüchternen Bulgaren je ein solches Gefühl aufrichtigen Vertrauens und echter Ergebenheit abzurufen vermocht wie Graf Berchtold. Die Sprengung des Balkanbundes, die Erkenntnis der Bulgaren, daß unsere Feinde auch ihre Feinde sind und wir zusammengehören, sind ein kostbares Vermächtnis, das Graf Berchtold nicht nur der Monarchie, sondern der ganzen Menschheit hinterlassen hat.

An dieser geschichtlichen Feststellung können wir nicht vorübergehen, wenn wir die Entwicklung des bulgarischen Wirtschaftslebens und seine Beziehungen zu unserer Monarchie betrachten wollen, denn die wirtschaftliche und finanzielle Intimität, die sich in der Folgezeit entwickelte und uns den ersten Platz im Auslandshandel Bulgariens bis zum heutigen Tage zu sichern vermochte, steht mit dieser Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten in unmittelbarem Zusammenhange. Wie damals die ersten Eindrücke bestimmend waren für die politischen und wirtschaftlichen Richtlinien einer ganzen Geschichtsepoche, so scheint es, daß auch heute, wo der Grundstein für eine neue politische und wirtschaftliche Weltordnung gelegt wird, die Leistungen und Unterlassungen des Augenblickes von entscheidender Bedeutung für die kommende Friedensepoche sein werden.

Wollen wir die Bedeutung dieses Augenblickes in ihrer ganzen Größe erfassen, wollen wir uns vor Augen führen, was es zu erringen und zu erhalten, was es zu verlieren gilt, wenn wir uns für die Größe dieser Aufgabe als zu klein erweisen, wollen wir Schlüsse auf die künftige Bedeutung Großbulgariens

im europäischen Wirtschaftsleben ziehen, dann müssen wir zurückblicken auf das, was das betriebsame Bulgarenvolk bisher geleistet hat, und das möchte ich im Rahmen meiner heutigen Ausführungen vor Augen führen.

Bulgarien ist ein Bauernstaat.

Im Gegensatz zu Rumänien, wo der Großgrundbesitz des Bojarentums dominiert und der Bauer meist nur als Pächter und landwirtschaftlicher Arbeiter die Scholle bebaut, ist in Bulgarien ein freier, selbstbewußter Bauernstand Herr des Landes. 80 Prozent der Bevölkerung sind Bauern und wohnen auf dem Lande. Von den 800.000 bäuerlichen Einzelbesitzern wohnen 546.000 unmittelbar auf ihrer Scholle, 253.000 außerhalb derselben. In der statistisch zuletzt ausgewiesenen Dekade vom Jahre 1897 bis 1908 ist der bäuerliche Eigenbesitz von 3'97 auf 4'62 Mill. ha, demnach um 650.000 ha gestiegen und bedeckt fast die Hälfte des Gesamtareals. Auch der Gemeindebesitz, der ein Viertel des Landes bedeckt, gehört unmittelbar den Bauern, ihnen gehört also drei Viertel des Landes. Nahezu ebenso groß wie die Steigerung des bäuerlichen Besitzes ist der Rückgang des unkultivierten Bodens. Er ist von 2'2 auf 1'6 Mill. ha zurückgegangen, es sind also in diesen zehn Jahren 600.000 ha neu unter den Pflug des bulgarischen Bauern gekommen.

Im Besitze von Schulen sind 70.000, Klöstern 56.000, Kirchen 14.000, Moscheen 4000, der Agrikulturbank 26.000 ha.

Das konservative Element, welches der Bauernstand in jedem Staate repräsentiert, bereitet einer raschen Modernisierung der bulgarischen Bodenwirtschaft mancherlei Schwierigkeiten, von denen ja auch wir uns nicht ausreichend freizumachen vermochten. Vielfach wird noch die primitive Produktionsmethode der Türken festgehalten. Oft und oft sieht man im Fluge des dahinsausenden Eisenbahnzuges bulgarische Bauern und Bauernfrauen hinter einem mageren Pferd, Ochsen oder Esel den hölzernen Pflug führen, der uns aus den Abbildungen römischer Geschichtsbilder in unseren Schul-

büchern bekannt ist. In scharfem Kontrast jedoch daneben funkelnagelneue moderne Pflugwerkzeuge und andere prächtige Ackergeräte, die uns erkennen lassen, daß auch für die bulgarische Landwirtschaft eine neue Zeit angebrochen ist. Im Jahre 1893 wurden 18.710, 1910 bereits 114.245 moderne Eisenpflüge gezählt, die Zahl der modernen Mähmaschinen ist in dieser Zeit von 128 auf 4156, der Dreschmaschinen von 17 auf 611, die Zahl der Trieurmaschinen ist seit dem Jahre 1900 von 11.928 auf 73.745 gestiegen. Der Wert der Jahreseinfuhr landwirtschaftlicher Maschinen hat sich seit 1900 von 158.000 auf $4\frac{3}{4}$ Mill. Frs. erhöht. Der Verfasser des jüngst in der „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ erschienenen Artikels „Bulgariens Landwirtschaft“ tut daher den Bulgaren bitter Unrecht, wenn er sagt, daß die technischen Hilfsmittel zur Produktivität der Landwirtschaft in Bulgarien noch wenig bekannt sind. Im Gegenteile, die bulgarische Regierung, tatkräftigst unterstützt von der Banque Agricole, dem segensreich wirkenden Institute der bulgarischen Landwirtschaft, ist durch eine Reihe energischer Maßnahmen und Anwendung des Genossenschaftsprinzipes, wie wir sehen, mit bestem Erfolge bestrebt, die landwirtschaftliche Bevölkerung auf den Weg einer gesunden Agrarpolitik zu führen. Was bisher geleistet wurde, ist ein verheißungsvoller Anfang der großen Reformarbeit, die auf dem Gebiete der bulgarischen Landwirtschaft eingeleitet worden ist. In der Zeit von 1900 bis 1912 ist der Weizenanbau um 200.000 ha, der Ernteertrag um 5 Mill. q, der Roggenanbau um 60.000 ha, der Ertrag um 400.000 q, der Gerstenanbau um 37.000 ha, der Ertrag um 330.000 q, der Haferanbau um 40.000 ha, der Ertrag um 340.000 q, der Maisanbau um 200.000 ha, der Ertrag um 23 Mill. q gestiegen.

Wenn in jenem Artikel weiter gesagt wird, daß die Zersplitterung des bäuerlichen Besitzes überhand nimmt, die Zahl der mittleren Bauerngüter fällt, zahlreiche Bauerngüter infolge Erbteilung und Verschuldung in die Hände von Getreidehändlern und Wucherern kommen, so gehören diese Ausführungen einer für Bulgarien zum großen Teile glücklicher-

weise überwundenen Epoche an. Sicherlich hat der bäuerliche Wucher auch in Bulgarien noch in vielen Dörfern seine sicheren Schlupfwinkel, die Regierung und die Agricoltbank sind jedoch durch eine in Vorbereitung befindliche Gesetzesvorlage auf bestem Wege, dieses bäuerliche Erbübel in radikaler Weise aus der Welt zu schaffen. Der bäuerliche Grundbesitz ist in der Zeit von 1897 bis 1908 um 650.000 ha gewachsen und dennoch ist die durchschnittliche Ausdehnung des Einzelbesitzes unverändert geblieben, der Preis der Felder aber infolge verstärkter Nachfrage der finanziell und wirtschaftlich vorangegangenen Bauern um 300% gestiegen.

Im Jahre 1912 war der Ertrag eines ha Weizen in Deutschland 22, in Österreich 15, in Bulgarien 10⁴/₃ q, wiewohl weder im Deutschen Reiche noch in Österreich die klimatischen Verhältnisse und die Bodenbeschaffenheit ähnlich günstige Voraussetzungen bieten wie in Bulgarien.

Die Erfolge, die bis jetzt erzielt worden sind, so ansehnlich sie auch sein mögen, lassen kaum ahnen, was Bulgarien auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion zu leisten in der Lage sein wird, wenn der unermeßliche Reichtum, welchen der jungfräuliche Boden Bulgariens birgt, zur vollen Leistungsfähigkeit gebracht wird.

Zu den liebevollst gehegten Pflanzen der gartenfreudigen Bulgaren zählt die Rose. Die Rosenkultur reicht in Bulgarien auf 1000 Jahre zurück; unter türkischer Herrschaft nahezu verkümmert, ist sie von der bulgarischen Regierung wieder zu neuer Blüte gebracht worden und bedeckt heute eine Fläche von 5000 ha. In märchenhafter Pracht breiten sich die Rosenfelder in dem berühmten Tale von Kazanlik aus. Millionen Rosen werden hier in offenen Feldern von mehreren tausend Familien in bäuerlichem Kleinbetriebe gehegt und gepflegt und zu Rosenöl verarbeitet. Zu den hervorragendsten Rosenzüchtern Kazanliks zählt der frühere bulgarische Gesandte in Wien und vormalige Finanzminister Sallabascheff, der die größten und wertvollsten Rosenfelder sein Eigen nennt. Der Export von Rosenöl bringt bereits mehr als 7 Mill. Frs.

ins Land und befindet sich im Verhältnis des zunehmenden Luxus in Europa in ansteigender Entwicklung. Bulgarische Fachleute streben eine weitere Popularisierung der Rosenkultur in Bulgarien an und halten eine Steigerung auf das Mehrfache des heutigen Ertrages für erreichbar.

Bedeutender ist der Tabakbau für das Land; Altbulgarien produziert 15 Mill. kg, wovon 1911 2·1 Mill. kg im Werte von 1·8 Mill. Frcs. exportiert wurden. Gleich dem Türken, dessen Lebensgewohnheiten aus dem vielhundertjährigen Zusammenleben von den Bulgaren angenommen wurden, ist der Bulgare geistigen Getränken abhold, dafür aber ein leidenschaftlicher Raucher. Daher wird der größte Teil der Tabakproduktion, $\frac{6}{7}$, im Lande konsumiert. Anders das neue Gebiet, ein Tabakland par excellence, das seit altersher sein edles Produkt den Feinschmeckern Europas vorbehalten hat.

Dieses Gebiet, um G ü m ü l s c h i n a und X a n t i, bringt den besten Zigaretten tabak der Welt hervor. Seine fruchtbare Ebene wird eine Quelle künftigen Reichtums für Bulgarien werden. Bei der großen Menschenwanderung, die im Zuge der staatlichen Neuordnung in Bulgarien platzgreifen wird, muß die Wiederbesiedelung dieses die menschliche Arbeitskraft so reichlich lohnenden Gebietes eine der ersten Aufgaben der bulgarischen Regierung sein. Der Ausfuhrhafen dieses Gebietes ist bis nun K a v a l l a gewesen, das im Bukarester Frieden von seinem Hinterlande getrennt wurde. Kavalla hat aus diesem Gebiete im Jahre 1911 für 80 Mill. Frcs. Tabak exportiert, mehr als der Gesamtexport Bulgariens im Jahre 1900, und nahezu halb so viel wie der Gesamtexport Bulgariens von 1911. Jetzt wird Kavalla seinen Tabakexport mit dem bulgarischen P o r t o - L a g o s teilen, das damit den geschäftlichen Grundstock für seinen Aufbau zum künftigen großen Seehandelsplatz Bulgariens zugewiesen erhält.

Der gesamte Erntewert in Bulgarien betrug Ende 1912 655 Mill. Frcs. und verteilt sich auf die einzelnen Produkte wie folgt:

225 Mill. Weizen	2 Mill. Reis
32 » Roggen	34 » Gemüse u. Küchenpflanzen
17 » Mengkorn	15 » Tabak u. andere Industriepflanzen
42 » Gerste	9 » Gärtnereiprodukte
17 » Hafer	96 » Futterpflanzen
1 » Spelz	3 » Baumfrüchte
1 » Hirse	7 » Rosengärten
98 » Mais	56 » Wein

Davon wurden 103 Mill. zur Ausfuhr gebracht, wesentlich weniger als im Jahre 1911, weil die bulgarische Regierung nach Ausbruch des Krieges im Herbst 1912 die Ernte zurückgehalten hat. Eine geordnete, zielbewußte Erschließung des bulgarischen Bodens, von welchem auch in normalen Zeiten viele ertragfähige Gebiete brach liegen, würde es möglich machen, den Ernteertrag auf das Doppelte zu heben.

Die große Preissteigerung sämtlicher Zerealien, die sich seit den letzten Dezennien unaufhaltsam vollzieht und während des Krieges so außerordentliche Dimensionen angenommen hat, wird Bulgarien um so mehr zustatten kommen, als es für die Brot- und Fleischversorgung der Zentralmächte in Zukunft einen wichtigen Faktor zu bilden berufen ist. Es ist deshalb anzunehmen, daß die bulgarische Landwirtschaft sich die günstigen Aspekte vollauf zunutze machen und auf die weitere Hebung des Bodenertrages mit aller Macht hinarbeiten wird. Der seit Jahren ansteigende Umfang der bebauten Bodenfläche und der geernteten Ertragsmengen wird sich daher in den nächsten Jahren in verstärktem Maße fortsetzen, den Exportüberschuß erhöhen und der Kaufkraft und Konsumfähigkeit Bulgariens ungeahnte Impulse geben.

In nicht so raschem Tempo wie der Bodenbau konnte die Viehzucht sich entwickeln. Hier fehlte bisher der stärkste Anreiz zur Betätigung: lohnende Absatzmöglichkeit. Von dem zunehmenden Getreideüberschuß konnten auch ferngelegene Absatzgebiete aufgesucht werden; lebendes Vieh dagegen verträgt den langen Seeweg nicht. Unsere Monarchie, die als entwicklungsfähiges Absatzgebiet

für den bulgarischen Viehhandel fast ausschließlich in Frage kommt, hatte ihre Grenzen gesperrt. Es blieben also nur die alten Gebiete der Türkei und Griechenland, die gemäß ihrer natürlichen Beschaffenheit weder dem Umfang nach, noch in den hier erzielbaren Preisen der bulgarischen Viehzucht größeren Anreiz zu bieten vermögen.

Dieses Verkümmern des bulgarischen Viehexportes findet natürlich auch in den Exportziffern sichtbaren Ausdruck. Im Zeitraum von 1895 bis 1911 ist die Ausfuhr von:

Büffeln von 2900 auf 3500 Ochsen von 8544 auf 9776

gestiegen, dagegen der Export von

Kühen von 2387 auf 939 Schweinen von 5100 auf 2600
Kälbern » 1014 » 111 Spanferkel » 2100 » 1947

zurückgegangen. Wir sehen also fast gar keine Entwicklung, im Gegenteil einen Abfall.

Mitte des Vorjahres habe ich eine Kundmachung des Sofioter Magistrates gelesen, wonach der Marktpreis von 1 kg Rindfleisch mit 80 Cent., 1 kg Schöpfenfleisch auf 60 Cent. festgesetzt wurde. Das sind Preise, die der Viehzucht allerdings keinen Nutzen übrig lassen.

Die Öffnung unserer Grenzen für den bulgarischen Viehexport würde eine neue Ära für die bulgarische Landwirtschaft erschließen und in ihrer Entwicklung für Bulgarien dem Werte einer eroberten Provinz gleichzustellen sein.

Wie sehr wir bei uns ein Nachlassen der bis zur Unerschwinglichkeit gehenden Preissteigerung nötig hätten, brauche ich an dieser Stelle nicht zu beleuchten. Aber nicht weniger bedeutungsvoll für die künftige Wohlfahrt des Wirtschaftslebens wäre die dringend notwendige Stärkung unserer handelspolitischen Position den Bulgaren gegenüber, wenn wir ihrer Viehzucht solche Konzessionen machen könnten; denn unsere handelspolitische Stellung in Bulgarien ist trotz unseres geographischen Vorsprunges als eine gefährdete zu nennen.

Im Wirtschaftsgeflechte, dem wir die Einfuhr in unsere Monarchie noch freigegeben haben, vermochte die bul-

garische Landwirtschaft einen beachtenswerten Erfolg zu erzielen, zumal auch der Eierabsatz ungehindert in der Ein- und Durchfuhr unsere Grenzen passieren kann. Der Wert des Geflügelexports ist seit 1895 von 27.000 auf 923.000 Frcs. gestiegen, wovon der weitaus größte Teil nach Österreich-Ungarn gegangen ist. Der Eierexport beträgt bereits 14 Mill. Frcs., wovon für 2 Mill. zu uns, für 11 Mill. nach dem Deutschen Reiche ausgeführt werden.

Vielfach wurde über Vexationen geklagt, welche Serbien der Geflügeldurchfuhr in den Weg gelegt hat. Die Sendungen wurden oft längere Zeit in Serbien zurückgehalten, die armen Tiere ohne Trank und Nahrung gelassen und ganze Waggonladungen sind bisweilen eingegangen. Die direkte Grenze, die uns in Hinkunft mit Bulgarien verbinden soll, wird derartige Erschwernisse der Geflügeleinfuhr wohl ausschließen und von Ungarn dürfen wir jedenfalls die größtmögliche Förderung der Durchfuhr nach Österreich erwarten.

Von Bedeutung in Bulgarien ist noch die Schafzucht. Hier erweisen sich die beiden finanziell weniger leistungsfähigen Länder, die Türkei und Griechenland, allerdings nur zu sehr gedrückten Preisen, als geeignete Abnehmer.

Wenn ich schließlich noch die Ausfuhr von Seidenkokons erwähne, aus deren Export Bulgarien etwas mehr als 3 Mill. Frcs., hievon 2 Mill. von Italien, vereinnahmt, so hätten wir die bulgarische Landwirtschaft, so weit sie für uns von Interesse ist, erschöpft, denn die Forstwirtschaft gehört eigentlich schon in das Gebiet der Industrie. Ihre Exploitation ist kaum in den Kinderschuhen. Der Waldbesitz, zum größten Teile Staatseigentum, bedeckt eine Fläche von 28 Mill. ha, d. s. 30% der Gesamtfläche des Landes.

In der Staatsbilanz figuriert dieser Waldbesitz mit einem Betrag von 665 Mill. Frcs., deckt aber nicht einmal den eigenen Bedarf des Landes. Es scheint im ersten Augenblick wunderbar, daß der Importwert von Schnittholz von 566.000 Frcs. im Jahre 1902 auf 6,465.000 im Jahre 1912 ansteigen konnte.

Die Verwertung des ungeheuren Waldreichtums Bulgariens ist ein Programm der Zukunft. Ihr muß die Erschließung der Waldgebiete durch Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes vorausgehen. Das Kapitalerfordernis für die Exploitation ist so bedeutend, daß es nur im Wege der Mitwirkung des Auslandes beschafft werden kann. Hier würde sich dem österreichischen Unternehmungsgeist ein lohnendes Feld der Betätigung erschließen. Die Zeit ist sicherlich nicht fern, wo an Stelle der Einfuhr von Holz nach Bulgarien dieses Land für den europäischen Holzmarkt von größerer Bedeutung werden wird. Am bedeutendsten sind die unermeßlichen Urwaldgebiete des Rilgebirges, dessen höchste Erhebung, der Moussalla, bis zu 2923 m ansteigt.

Die Industrie Bulgariens zeigt erst in den letzten Jahren Ansätze der Entwicklung, bleibt aber gegenüber der stark ansteigenden Kaufkraft des Landes sehr zurück. Der Wert sämtlicher industrieller Anlagen des Privatbetriebes ist von 64 Mill. Frcs. im Jahre 1909 auf 87 Mill. im Jahre 1912 gestiegen; davon entfällt nahezu die Hälfte auf die Nahrungsmittelindustrie, welche eine Zuckerraffinerie, 16 Brauereien und 1100 Mühlen umfaßt. 17 Mill. entfallen auf die Textilindustrie, 76 Mill. auf zwei elektrische Kraftanlagen und ebenso viel auf die keramische Industrie. Sonst erreicht in keinem einzigen einzelnen Industriezweige der Gesamtwert der Etablissements den Betrag von 5 Mill. Frcs.

Die Kohlenfelder sind im Staatsbesitz. In der Staatsbilanz sind nur die tatsächlichen Investitionen von 18 Mill. Frcs. als Aktivum angeführt, der Besitz der Kohlenfelder als solche jedoch nicht berücksichtigt. Das Kohlenrevier von Pernik allein bedeckt eine Fläche von 30.000 ha, von welchen 850 ha mit einem Tonnengehalt von 25 Mill. festgestellt sind. Im Kohlenbassin von Bobowdol ist ein Kohlengehalt von 7 Mill. Tons festgestellt.

Der Ertrag der staatlichen Kohlenruben, welcher 1906 kaum 1 Mill. betrug, ist auf 3 $\frac{1}{2}$ Mill. Frcs. gestiegen. Während

des Krieges, da die Einfuhr der englischen Kohle, die über Varna ins Land kam, aufhört, hat die Förderung eine weitere starke Zunahme erfahren.

Im übrigen scheint auch der Reichtum des Landes an Silber, Blei, Eisen und anderen Erzen einen heute noch nicht zu ermessenden Umfang aufzuweisen. Dermalen allerdings ist die kulturelle und finanzielle Potenz der Bevölkerung, so bewunderungswert auch die Fortschritte der letzten Jahre sind, noch nicht so weit vorgeschritten, daß diese Schätze aus eigener Kraft gehoben werden konnten.

Die neue wirtschaftspolitische Konstellation auf dem Kontinente hat die Exploitation dieser Reichtümer zur unmittelbaren Aktualität gemacht. In seinen übrigen industriellen Anlagen hat der bulgarische Staat $5\frac{1}{2}$ Millionen investiert, die nur auf Eisenwerkstätten und auf Arsenale entfallen.

Wenn wir das bisher Gesagte kurz rekapitulieren, so sehen wir auf der einen Seite eine gesunde Entwicklung der Landwirtschaft mit steigendem Export und daraus resultierend steigende Kaufkraft der Bevölkerung, weil der Verdienst nicht in die Hand weniger Großbetriebe gelangt, sondern sich gleichmäßig auf die ganze Bevölkerung verteilt.

Dagegen in der Forstwirtschaft und in der Industrie kaum die ersten Ansätze einer Entwicklung, die nicht im entferntesten den zunehmenden Bedarf zu decken vermag. Je mehr das Land exportiert, desto mehr kauft es im Ausland wieder ein. Seit 1897 ist der Export von 20 auf 185 Mill., der Import von 32 auf 199 Mill. gestiegen.

Wir sehen aus diesen Ziffern eine ziemlich gleichmäßige Entwicklung des Auslandsverkehrs, so daß keine ungünstige Verschiebung der Valuta entstehen konnte; nicht so wie bei uns, wo der Import mit $\frac{1}{2}$ Milliarde jährlich unseren Export überholt und dadurch eine unsere Verhältnisse beeinflussende Goldverschuldung an das Ausland bewirkt hat.

Den Bulgaren ist es sehr zu statten gekommen, daß ihre Handelsbilanz in den Jahren 1900—1907 aktiv war und in diesen acht Jahren mit einem Goldüberschuß von 138 Mill. zu gunsten der Bulgaren abschloß. Ist es vielleicht auch hier ein bloßer Zufall, daß mit dem Beginn der neuen Ära der europäischen Handelspolitik, also vom Jahre 1907 ab auch die Handelsbilanz Bulgariens passiv geworden ist?

Wir sehen in Bulgarien einen von Jahr zu Jahr größer werdenden Abnehmer für Industrieprodukte. Beschäftigen wir uns mit der Frage, welchen Anteil Österreich an der Versorgung dieses vor unseren Toren liegenden Marktes hat, und welche Aussichten sich uns für die Zukunft darbieten.

Unser Export nach Bulgarien ist seit 1886 von 17 auf 48 Mill., der deutsche von 2 auf 39 Mill. gestiegen.

Unsere Einfuhr nach Bulgarien hat sich also verdreifacht, die deutsche verzwanzigfacht! Bei den gegebenen Verhältnissen der Progression sehen wir den Zeitpunkt nahegekommen, daß wir den immer kleiner werdenden Vorsprung ganz verlieren und von dem ersten Platz in der Einfuhr nach Bulgarien abtreten, den wir seit Errichtung dieses Staates bis zum heutigen Tage behauptet haben.

Noch augenfälliger ist diese Kräfteverschiebung im Ausfuhrhandel Bulgariens. Bulgariens Ausfuhr nach der Monarchie ist seit 1886 von 2 $\frac{1}{2}$ auf 10 Mill., nach Deutschland von 90.000 auf 22 Mill. gestiegen, d. h. also, die Ausfuhr nach Deutschland betrug nur $\frac{1}{25}$ der Ausfuhr nach Österreich und ist seither doppelt so groß wie unsere gesamte Einfuhr geworden!

Und was ist Bulgarien Deutschland, was ist Bulgarien uns! Für Deutschland ist die Ausfuhr nach Bulgarien nicht einmal Uruguay, für uns bedeutet die Ausfuhr nach Bulgarien China mit 7 multipliziert!

Wir begreifen es also, wenn Herr Sektionschef Dr. Stojanoff in einer ausgezeichneten handelspolitischen Studie

darauf hinweist, daß wir alle Ursache haben, über unseren Export nach Bulgarien mit Argusaugen zu wachen, und hinzuzufügt, daß eine weitere Verschiebung in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen für die Monarchie recht unbequem werden würde.

Bei uns steht die handelspolitische Diskussion wie gewohnt unter dem Einfluß des Problems des wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reiche, und wir merken es kaum, daß dort, wo es unsere eigenen bedrohten Absatzgebiete zu erhalten gilt — die einzigen, die wir noch haben — wir den Boden unter den Füßen verlieren.

In Berlin hat sich unter dem Präsidium des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein die Deutsch-bulgarische Gesellschaft gegründet, die mit Unterstützung der in Betracht kommenden amtlichen Stellen den geistigen und wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden Völker zu fördern berufen ist. Deutsche und bulgarische Persönlichkeiten in führender Stellung, Parlamentarier, Militärs, Universitätsprofessoren, Kaufleute, Industrielle vom Rang des Grafen Henckel von Donnersmarck haben sich zusammengefunden, um dem deutschen Unternehmungsgeist jetzt schon für die großen Aufgaben des Friedens in Bulgarien die Wege zu ebnen. Bayern und Sachsen wollen nicht zurückbleiben und errichten ihre eigenen bayrisch-, beziehungsweise sächsisch-bulgarischen Wirtschaftsorganisationen. Und wir hier, wir fügen uns resigniert in das Unvermeidliche, wir kommen über theoretische Erwägungen und Diskussionen nicht hinaus. Was unsere tapferen Soldaten auf der einen Seite mit ihrem Blute erstreiten, geht uns auf der anderen Seite an kostbarem alten Besitzstand unseres Ausfuhrhandels unwiederbringlich verloren. Dem deutschen Soldaten, dessen Heldenmut zu Lande und auf den Meeren die gewaltigen sittlichen Kräfte offenbart, die das deutsche Volk zur ersten unter den Nationen der Welt erhoben haben, steht der deutsche Industrielle, der deutsche Kaufmann auf seinem Arbeitsfelde ebenbürtig zur Seite. Sein Unternehmungsgeist

ist von starkem patriotischen Feuer durchglüht. Er fühlt sich überall als Exponent seines großen deutschen Vaterlandes. Wo überall er seinen Fuß hinsetzt, ist er ein Pionier deutscher Tüchtigkeit, deutschen Ansehens und deutscher Macht. Und wir? Wir fordern und erwarten immer alles von der Regierung, statt uns selbst von dem Beratungstische der Exportenqueten hinaus auf das Kampffeld zu begeben, dort, wo über das Sein oder Nichtsein unserer künftigen wirtschaftlichen Bedeutung am Balkan die Entscheidung zu fallen im Begriffe ist.

Heute sollten schon längst österreichische Industrielle und Kaufleute in Sofia sitzen, den künftigen Friedensbedarf studieren und Aufträge für den Augenblick der Wiederaufnahme unserer Produktion einsammeln, an Stelle des Kontaktes durch den Geschäftsreisenden den unmittelbaren Kontakt zwischen den beiderseitigen Wirtschaftselementen herstellen, den geschäftlichen Kontakt durch den persönlichen Verkehr zu vertiefen und zu verinnigen. Nichts von alledem als die Aussicht, daß auch hier die Erkenntnis des Versäumthabens uns vielleicht einmal daran erinnern wird, daß der große Moment ein kleines Geschlecht vorgefunden hat.

Wir haben bisher Landwirtschaft, Industrie und Auslandspolitik von dem Gesichtspunkt unserer Interessen besprochen. Wir wollen nun in die finanzielle Verfassung des bulgarischen Staates und seines Wirtschaftslebens Einblick nehmen.

Hier verzeichnet Bulgarien seine größten Erfolge. Hier offenbart sich die Zähigkeit und Nüchternheit, die Freude an Arbeit, Erwerben und Sparen, welche dem bulgarischen Volkscharakter sein Gepräge verleihen. Wir finden den gleichen Charakterzug in der Wirtschaft des Staates sowohl wie in der Wirtschaft des Einzelnen und werden kaum glauben wollen, daß dieser Staat der jüngste auf der Balkanhalbinsel ist.

Es betrug vor dem Kriege die Schulden Bulgariens 640 Mill. bei 43 Mill. Einwohnern, Serbiens 654 Mill. bei

3 Mill. Einwohnern, Rumäniens 21 Milliarden bei 75 Mill. Einwohnern und pro Kopf in: Bulgarien 140, Serbien 220, Rumänien 229, Griechenland 375 Francs. Wenn wir die Höhe der Staatsschulden nach dem wertvollsten und produktivsten Teil des Staatsvermögens, nach den Eisenbahnen beurteilen, was ja wesentlicher wie die Kopffzahl der Bevölkerung ist, so kommen wir zu folgendem Resultat: Bei einer Gesamtlänge der Bahnlinien von:

2200 km	hatte	Bulgarien	per	km	290	Francs	Schulden
969	»	»	Serbien	»	»	675	»
3549	»	»	Rumänien	»	»	591	»

Bulgarien hat also verhältnismäßig am meisten geleistet und sich dabei am wenigsten verschuldet!

Die Balkankriege haben die Staatsschuld Bulgariens von 627 auf 1113 Mill., demnach um 486 Mill., das sind auf 232 Francs pro Kopf erhöht, also erst auf jenes Maß, welches die anderen Staaten schon vor dem Kriege erreicht haben.

Der bulgarische Finanzminister ist voll Zuversicht in das finanzielle Leistungsvermögen Bulgariens und erblickt in der Steigerung der indirekten Steuern im letzten Dezennium von 31 auf 75 Mill., demnach um 141 %, den verlässlichsten Gradmesser für die zunehmende Wohlhabenheit und Leistungsfähigkeit des Landes.

Wie wenig sich Bulgarien durch den unglücklichen Ausgang des Balkankrieges in seinem moralischen und finanziellen Kraftbewußtsein niedergedrückt fühlte, das zeigen die großen finanziellen Anforderungen, mit welchen die Regierung für die unverzügliche Fortsetzung der durch den Krieg unterbrochenen Reformarbeiten und für die schleunigste wirtschaftliche und kulturelle Aufrichtung der neuen Gebietsteile vor die Kammer getreten ist. „Die Wohlfahrt der Völker wie die des Individuums“, sagt der Finanzminister Tonscheff in seinem Budgetbericht, „hängt ebenso sehr ab von der Kraft des eigenen Könnens wie von der Summe der materiellen Hilfs-

mittel, welche wir für den ökonomischen Fortschritt und die Entwicklung unserer intellektuellen Kultur aufwenden. Arbeiten wir in diesem Sinne, um Bulgarien die Stellung zu erringen, welche ihm die Geschichte vorbehalten hat.“

Mehr als irgend ein Staat hat die Monarchie Gelegenheit gehabt, den sittlichen Ernst, mit welchem die Bulgaren an dem Ausbau ihres jungen Staatswesens gearbeitet haben, zu beobachten und über manche Klippen feindlichen Übelwollens hinwegzuhelfen. Die Monarchie hat wohl selbst alle Kräfte anspannen müssen, um sich in der Kapitalsbeschaffung für den Aufbau ihres Wirtschaftslebens vom Auslande unabhängig zu machen, sie ist aber Bulgarien immer hilfsbereit beigesprungen, wenn andere Quellen versagt haben.

Als das Ministerium Stambulow des von keiner Macht anerkannten Fürsten Ferdinand die europäischen Kapitalmärkte sondierte und überall verschlossene Türen fand, war es Österreich, welches die erste bulgarische Anleihe durch die Länderbank auf den Markt brachte. Und als nach der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und seiner Erhebung zum Königreiche das Ministerium Malinow sich in der Sobranje auf den Grundsatz verpflichtete, daß Bulgarien von nun ab die Verpfändung von Spezialsicherheiten für seine Staatstitres ablehne, das heißt also seine Emissionen nicht anders ausstatten werde wie die großen Staaten des Westens, versagte wieder der europäische Markt und wieder trat Wien in die Bresche und brachte die ersten bulgarischen Anleihen des unabhängigen Königreiches mit einem glänzenden Emissionserfolg auf den Markt. Der Staat erhielt 100 Mill. durch die Gruppe des Wiener Bankvereines, die Bulgarische Nationalbank durch die Verkehrsbank 30 Mill. und die Hauptstadt Sofia ebenfalls durch die Verkehrsbank das Erfordernis für ihr Investitionsprogramm im Betrage von 15 Mill.

Damit war die Führung für die Emission der bulgarischen Anleihen auf dem europäischen Kapitalmarkte wieder ganz nach Wien verlegt.

Diese bis auf die Errichtung Bulgariens zurückreichende führende Stellung haben wir bei den letzten Vorschußverhandlungen der deutschen Bankengruppe abgetreten und im Rahmen derselben eine Beteiligung von 25 % an diesen Transaktionen übernommen. Was wir auf dem Gebiete des Ausfuhrhandels befürchten, ist auf dem Gebiete des bulgarischen Finanzwesens bereits Tatsache geworden und wir dürfen uns über die Rückwirkung, die sich in der Folge daraus ergeben wird, keiner Täuschung hingeben, wenn wir auch auf die loyale Respektierung unserer Balkaninteressen durch unsere deutschen Bundesgenossen um so sicherer rechnen dürfen, als die geschlossene wirtschaftliche Gegnerschaft der feindlichen Mächtegruppe auch uns zu einem engen wirtschaftlichen Zusammenschluß und zu einer gegenseitigen Stärkung unserer wirtschaftlichen Kräfte zwingen wird.

In Bulgarien ist die Hälfte der Staatsschuld in Eisenbahnen veranlagt. Der Waldbesitz allein repräsentiert einen Wert, der höher ist als die gesamte Staatsschuld Bulgariens, welche ohne Berücksichtigung der wachsenden Steuerkraft im ganzen einem doppelt so hohen Aktivum gegenüberstand. Die Budgeteinnahmen sind seit 1879 von 29 auf 266 Mill. angewachsen und seit 1894 haben sich die Jahreseinnahmen der Eisenbahnen von 5 auf 32 Mill. erhöht. Die von den Lokomotiven durchfahrenen Strecken sind von 750 auf 6570 km, die Zahl der Lokomotiven ist von 41 auf 212, der Personenwagen von 101 auf 335, der Güterwagen von 506 auf 2628 gestiegen. — Die Zahl der angekommenen Dampfschiffe hat sich von 1096 im Jahre 1901 auf 2825 im Jahre 1911, die der Segelschiffe von 1898 auf 3631 erhöht, die Zahl der Poststücke ist seit 1886 von 27 auf 561 Mill., die Zahl der eingetroffenen Auslandssendungen von 13 auf 91 Mill. gestiegen, während sich die Zahl der durch

die Post abonnierten Auslandszeitungen von 4656 auf 32.812 erhöht hat. Die Zahl der Telegramme ist in dieser Periode von 0'6 auf 2 $\frac{1}{4}$ Mill. gestiegen und die Länge der Telephonleitungsdrähte ist von 23 auf 14.000 km angewachsen.

Wie sehr der Aufschwung Bulgariens, der in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt, mit der finanziellen Kräftigung der bulgarischen Bevölkerung Hand in Hand geht, zeigt uns ein Blick auf die ebenso stolz ansteigende Entwicklung des bulgarischen Bankwesens. Obenan steht die Banque Nationale de Bulgarie.

Das Grundkapital dieses vom Staat errichteten Noteninstituts, bei dem sich der größte Teil der Geldwirtschaft des Landes konzentriert, wurde vom Staate beigestellt und wird mit 25 % des im übrigen dem Staate zufließenden Reingewinnes bis zur Höhe von 20 Mill. dotiert. Ende 1912 betragen: das Grundkapital 13,045.244, die Reserven 11,487.071, das Eigenvermögen daher 24,532.315 Frs.

Das Kassenrevirement ist von 90 Mill. im Jahre 1886 auf 3 Milliarden im Jahre 1912, der gesamte Geschäftsumsatz in dieser Zeit von 255 Mill. auf 6708 Mill. gestiegen.

Die verzinslichen Einlagen, bei Notenbanken sonst nicht üblich, hat die Nationalbank von der Zeit her, da das übrige Bankwesen im Lande noch nicht entwickelt war. Jetzt sind die Postsparkasse und die Banken für die Städte, die Banque Agricole für die ländliche Bevölkerung die Zentren der Geldeinlagen geworden, während sie bei der Nationalbank im Rückgange sind. Im Jahre 1900 61 Mill., sind sie seither auf 45 Mill. zurückgegangen.

Die Banque Nationale besorgt in ihrer Zentrale und in ihren Filialen den gesamten Gelddienst für die Regierung und erteilt derselben à conto ihrer Eingänge auch Vorschüsse, welche Ende 1912 18'2 Mill. betragen. Das Institut wird mit großer Fachkenntnis geleitet und hat sich insbesondere auch während der Balkankriege auf der Höhe seiner großen und schwierigen Aufgaben gezeigt. Bulgarien ist auch in den Tagen

seiner schwersten Prüfungen seinen internationalen Verpflichtungen mit der größten Genauigkeit nachgekommen; das war zum großen Teile ein Verdienst der mit großem Geschick geleiteten Dispositionen der Nationalbank, auf die das Land stolz zu sein alle Ursache hat.

Nicht minder rühmenswert wirkt das Institut der Landwirtschaft, die *Banque Agricole*. Während die Nationalbank Industrie-, Handel- und städtischen Hypothekarkredit pflegt, befaßt sich die Agrikulturbank ausschließlich mit dem Agrarkredit sowohl gegen Hypothek als auch zum Ankauf von Vieh, Getreide, Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen und sonstigen Ackergeräten. Ihre Filialen nehmen selbst solche Bestellungen entgegen und führen sie zu Originalpreisen aus. Dank ihrem tatkräftigen Eingreifen konnte sie die in den Balkankriegen arg heimgesuchten bäuerlichen Wirtschaften in überraschend kurzen Terminen wieder in Gang bringen. Auch während des Krieges hat ihre Organisation es bewirkt, daß 90 % der Felder bestellt und eine reiche Ernte sichergestellt werden konnte. Die Anfänge der Bank reichen in die Türkenzeit zurück. Ihr Kapital wurde von den Bauern in Getreide nach der Zahl ihrer Zugtiere quotenmäßig aufgebracht. Andere zahlten bar, andere arbeiteten den Betrag auf den Gemeindefeldern ab. Nach mehrfachen konstitutiven Veränderungen wurde das Institut im Jahre 1903 als Staatsanstalt dem landwirtschaftlichen Ministerium angegliedert und ähnlich wie bei der Nationalbank das Eigenvermögen durch Rücklage aus dem Reingewinne aufgebaut. Dasselbe ist in der Zeit von 1901—1912 von 63 auf 60 Mill. angewachsen. Aus dem Gewinn des Jahres 1912 wurden 2½ Mill. dem Eigenvermögen zugeführt, die Einlagen sind von 26 Mill. im Jahre 1900 auf 64·8 Mill. im Jahre 1912 gewachsen.

Sie hat in Hypotheken 50 Mill., davon 45 bei Landwirten elociert. Von diesen 50 Mill. sind nur 15 Mill. in Krediten über 5000 Lewa, 35 Mill. in Krediten bis 5000 Lewa in Anspruch genommen. Mehr als alle Darstellungen zeigen diese

Ziffern, wie die Banque Agricole ihrer Mission, ein Kreditinstitut der breiten Schichten des bulgarischen Bauernstandes zu sein, gerecht zu werden versteht.

Beide Staatsinstitute, die Nationalbank und die Agriculturalbank haben im Jahre 1911 gemeinsam die Bulgarische Zentralgenossenschaftskasse errichtet und je 2½ Mill., zusammen also 5 Mill. Grundkapital beigestellt. Bis jetzt sind 1117 Mitgliedsanteile gezeichnet und der Umsatz, im ersten Jahre 25 Mill., ist im zweiten Geschäftsjahre auf 76 Mill. gestiegen.

In diese Organisation gehören auch die Landwirtschaftlichen Spar- und Vorschußkassen, wovon es 511 mit 34.298 Mitgliedern gibt, deren Eigenbesitz auf 178 Mill. geschätzt, deren Schuldenstand mit 15.2 Mill. Kronen erhoben wurde. Die Errichtung der Genossenschaftsbank fügt sich systematisch in die große staatliche Kapitalsorganisation ein, welche die Aufrichtung der bulgarischen Volkswirtschaft planmäßig durchführen soll.

Das vierte staatliche Geldinstitut ist die königlich bulgarische Postsparkasse, welche im Jahre 1896 gegründet wurde. In dieser verhältnismäßig kurzen Zeit sind die Einlagen bis Ende 1912 auf 46.4 Mill. Frs. angewachsen, welche sich auf 340.000 Einlagebücher verteilen. Auf je 13 Einwohner entfällt also ein Einlagebuch mit einer Durchschnittseinlage von 125 Frs., in Österreich ein Einlagebuch auf je 12.3 Einwohner mit einer Durchschnittseinlage von 89 K. In Österreich sind im Jahre 1912 6152, in Bulgarien 31.867 Einlagebücher zugewachsen. Und im Kriegsjahr 1915, da der Export zum großen Teile lahmgelegt war, hat die bulgarische Postsparkasse ihren Umlauf an Sparbüchern um 26.878 und ihren Einlagenstand um 7.9 Mill. erhöht!

Die Privatbanken in Bulgarien sind jüngerer Entwicklung. Noch von der Türkenzeit her lag das Bankgeschäft lange Zeit fast ausschließlich in den Händen spaniolischer Bankiers, die sich dank ihrer Solidität auch heute noch großen Vertrauens im Lande erfreuen. Nach dem

Vorbilde der vom Auslande, insbesondere der vom Wiener Bank-Verein errichteten Banque Balkanique, dem bedeutendsten Privatbankinstitute im Lande, haben sich einheimische Banken konstituiert und kräftig entwickelt. Auch die spanischen Bankiers haben sich den neuen Aufgaben rasch angepaßt. Der Privatbankier hat nicht wie bei uns den Banken das Feld geräumt, sondern weiß den Vorsprung, den ihm die größere Beweglichkeit verleiht, mit Erfolg zu verwerten.

Die Privatbanken gruppieren sich in affilierte Institute ausländischer Bankgruppen und in unabhängige einheimische Banken.

Von der ersten Gruppe repräsentiert die Banque Balkanique mit 6 Mill. Kapital den österreichischen, die Banque Générale mit 5 Mill. Kapital den ungarischen, die Banque de Crédit mit 3 Mill. Kapital den deutschen Einfluß; die stärkste Entwicklung hat die Banque Balkanique genommen. Sie zeigt, daß auch Österreich, wenn es ins Land kommt und tüchtig zugreift, Ordentliches zu leisten vermag.

Die russisch-französischen Gründungen sind über die Anfangsstadien noch nicht hinausgekommen und sind ohne nennenswerte Bedeutung.

Von den einheimischen Instituten sind die

Banque Commerciale	mit 5 Mill. Francs
» Ghirdap	» 2 » »
» Naprédak	» 2 » »
» de Commerce	» 1 » »
» de Sofia	» 1 » »
» Dobroudja	» 1 » »

in sichtbarer Entwicklung. Das eingezahlte Aktienkapital der bulgarischen Commerzbanken beträgt 50 Mill., ihre Einlagen sind von 1'3 Mill. im Jahre 1903 auf 40 im Jahre 1912, die Prämieinnahmen der Versicherungsgesellschaften in dieser Zeit von 2'7 auf 10 Mill. Frs. gestiegen.

Die stark erweiterten Grundlagen, auf welchen sich der weitere wirtschaftliche Ausbau Bulgariens vollziehen wird, er-

öffnet den bulgarischen Banken den Weg einer großen Entwicklung.

Alle diese Ausführungen, insbesondere aber die vielleicht trockene, aber desto beredtere Sprache der Ziffern lassen das Tempo erkennen, in welchem der junge Bulgarenstaat in die moderne Weltwirtschaft hineinschreitet, und es ist vielleicht angezeigt, über das Volk selbst noch einiges zu sagen.

Die Bulgaren gelten mit Recht als das nüchternste, arbeitssamste und sparsamste Volk Europas; spartanisch in ihrer Lebensführung, dem Alkohol abhold, weisen sie die geringste Sterblichkeit und die höchste Altersgrenze unter sämtlichen zivilisierten Völkern der Welt auf. Jährlich sterben mehr als 1000 Menschen, welche die goldene Hochzeit gefeiert haben, und nach der amtlichen Statistik sind im Jahre 1911 gestorben im Alter von:

100—105 Jahren	275 Menschen	115—120 Jahren	15 Menschen
105—110	» 57	120—125	» 11
110—115	» 37	über 125	» 4

Man glaubt, eine Statistik aus biblischen Zeitaltern vor sich zu haben, wenn man in diese Ausweise menschlichen Lebensalters Einblick nimmt.

Lediglich im Säuglingsalter ist die Sterblichkeit verhältnismäßig größer, weil die Hygiene der Säuglingspflege dort noch nicht in die breiten Volksmassen Eingang zu finden vermochte. Trotz dieses Umstandes und trotzdem die bulgarische Mutter durch ihren Kinderreichtum und die schwere Arbeit, die sie verrichtet, weniger für die Säuglingspflege besorgt sein kann, ist doch die Säuglingssterblichkeit um nahezu 25 % geringer als bei uns.

In Bulgarien kommen regelmäßig mehr Knaben als Mädchen zur Welt, Bulgarien hat um 100.000 Männer mehr als Frauen. Der Überschuß der Geburten über die Todesfälle beträgt in:

Österreich . . .	0.96 %	Serbien	1.6 %
Deutschland . . .	1.13 %	Bulgarien	2.4 %

Die unverbrauchte Lebenskraft, die diesem Volke innewohnt, diese starke Lebensbejahung, die es auf allen Gebieten seiner Entwicklung bekundet, lassen heute schon die geschichtliche Mission erkennen, welche die Zukunft diesem Volke vorbehalten hat.

Dieses gesunde entschlossene Volk, schreibt Ganghofer treffend, wird in die Höhe und Breite wachsen wie ein zäher, von Leben strotzender Baum, der im Sturme seine Kräfte formte und nach dem Kampf die Sonne fand.

* * *

Ich habe versucht, im Rahmen dieser kurzen Ausführungen ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens zu entwerfen, aber weder das gesprochene noch das geschriebene Wort kann den lebendigen Eindruck ersetzen, den wir aus unmittelbarer Berührung mit diesem ernstesten, betriebsamen Volke in uns aufnehmen würden. Willst du den Dichter recht versteh'n, mußt du in Dichters Lande geh'n! Auch wer ein Volk in seiner Art zu leben und zu arbeiten kennen lernen will, muß den lebendigen Zusammenhang zwischen Land und Volk aus unmittelbarem Geschehen auf sich einwirken lassen. Nur dieser Weg führt zur Erkenntnis dessen, was wir diesem Lande bieten können und was es uns zu bieten vermag. Nur so können wir die Verbindung von Land zu Land, von Volk zu Volk, von einem Wirtschaftskörper zum anderen ausbauen und vertiefen.

Das gilt in erster Reihe von unseren Industriellen und Kaufleuten, aber auch von den Männern der Wissenschaft, an deren ruhmvoller Stätte ich heute zu sprechen die Ehre habe.

Wie die ersteren den unmittelbaren Kontakt zwischen den beiderseitigen Wirtschaftskreisen zu pflegen und inniger zu gestalten hätten, so wären diese berufen, die bulgarische Intelligenz unserem Geistesleben näher zu bringen. Die Bulgaren haben seit jeher den Wert westeuropäischer Kultur und Bil-

dung erkannt und ihre jungen Männer an die Universitäten und Bildungsanstalten des Auslandes entsendet. Diese Verbindung, die bereits seit langem, insbesondere mit den Geisteszentren Wien und Prag besteht, großzügig zu fördern und sich einen geistigen Anteil zu sichern an der Heranbildung jener Männer, welche das künftige Bulgarien bilden werden — das ist eine Aufgabe der österreichischen Hochschulen!

Wir wissen, daß es auch eine geistige Heimatsscholle gibt, die unserer Art zu denken und zu fühlen ihre Richtung gibt. Es ist ein glücklicher Zufall und vielleicht von welthistorischer Bedeutung, daß Radoslawow, der große bulgarische Staatsmann, der seit einigen Jahren an der Spitze der bulgarischen Regierung steht, nicht aus dem Geistesleben Frankreichs hervorgegangen ist, sondern an den Stätten deutscher Wissenschaft und deutscher Denkungsart seinen Geist und sein Gemüt gebildet hat.

Die an den norwegischen Volkscharakter erinnernde stark demokratische Eigenart des Bulgaren gibt auch dem Verfassungsleben das Gepräge. Die Volksvertretung ist das ganze Um und Auf des nationalen Lebens Bulgariens. Ohne Genehmigung der Nationalversammlung darf keine Anleihe aufgenommen und keine Garantie des Staates geleistet werden.

Wenn die Sobranje nicht tagt, kann der König in außerordentlichen Fällen dem Ministerrate Ausgaben bis zu höchstens 3 Mill. gegen nachträgliche Genehmigung der Sobranje kontrasignieren. Eine Steuer oder eine Abgabe, welcher Art immer, kann niemals im Verordnungswege, auch nicht im Wege der sonst bei drohender Gefahr zulässigen Notverordnungen eingeführt werden.

Wie in seiner Einzelwirtschaft, ist der Bulgare auch in der Kontrolle der Staatsausgaben sehr genau. Auf dem Gebiete der Sparsamkeit im Staatshaushalte will eine Partei die andere überbieten. Gegenüber einer solchen Kontrolle ergibt sich eine vorsichtige, schonende Behandlung des Landes in der Auf-erlegung neuer Steuern und Abgaben von selbst und die bulgarischen Finanzminister atmen auf, wenn sie ihr Budget über

die gefährlichen Klippen der Budgetberatung in Sicherheit gebracht haben. Deshalb sind auch die amtlichen Publikationen, welche das Land über das Soll und Haben seiner Lebensführung aufklären, die Arbeiten der statistischen Generaldirektion in Sofia ebensowohl wie die Budgetbesprechungen der bulgarischen Finanzminister von mustergültiger Ausführlichkeit, Gründlichkeit und Übersichtlichkeit.

Wenn trotz der demokratischen Verfassung, welcher dieses seiner Rechte sich wohl bewußte Volk lebendigen Inhalt zu geben versteht, die Macht der Krone in Bulgarien sich so stark erweist, daß sie unbeirrt durch den Wandel der parlamentarischen Parteigestaltungen dem Lande den Weg seiner politischen und kulturellen Entwicklung vorzuzeichnen vermag, so ist dies der überragenden Staatskunst und Weisheit des Königs Ferdinand zu danken, der die Psyche seines Volkes bis in seine letzten Regungen erfaßt und die Parteien für die großen Ziele seiner Politik zu erziehen verstand.

Der Bulgare, welcher Partei er auch immer angehöre, ist in erster Reihe Bulgare. Die Differenzen gipfelten in dem Widerstreit der Meinungen, ob die Ideale des bulgarischen Volkes durch die Anlehnung an Rußland oder an Österreich-Ungarn verwirklicht werden können. Die Geschichte hat entschieden! Die politischen Schranken, die sich manchmal unserer wirtschaftlichen Betätigung in Bulgarien entgegenzusetzen schienen, sind gefallen, der Weg ist frei! Möge die Monarchie ihn mit festen Schritten und klaren Zielen betreten!

Das moderne Griechenland.

Von

Dr. Adolf Wilhelm,

Professor an der Universität Wien.

I.

Dem europäischen Philhellenismus der ersten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts galt die griechische Freiheitsbewegung als eine Wiederauferstehung des alten Hellenentums. Die Führer des Aufstandes in den Donaufürstentümern, welche damals griechischen Fürsten untertan und in ihrer obersten Bevölkerungsschicht hellenisiert waren, beabsichtigten dagegen die Aufrichtung eines selbständigen Reiches zum Zweck der Erneuerung des alten byzantinischen Kaisertums von Konstantinopel. Die allgemeine Erhebung gegen die Türken, zu der dieser Aufstand, auf den Balkan übergreifend, Anlaß gab, führte aber nach zehnjährigem, an Heldentaten reichem, von ganz Europa mit Teilnahme begleitetem Kampfe zu einem ungleich bescheideneren Ergebnis: der Gründung eines mit kümmerlichem Gebiete ausgestatteten griechischen Nationalstaates im äußersten Süden der Halbinsel, die in zunehmend reicher Gliederung und Auflösung und in leuchtender landschaftlicher Schönheit in das Mittelmeer taucht. In dieses Griechenland, in dem der Name Athen allein die höchsten Erinnerungen und Erwartungen weckte, hatten die westlichen Völker, namentlich die Deutschen, in einer Zeit der Reaktion Freiheitsträume übertragen, die in dem eigenen Lande nicht zu verwirklichen waren, und auf sofortiges Wiedererstehen aller klassischen Ideale und den Anbruch einer neuen Glanzzeit hellenischer Geschichte gerechnet.¹⁾

Die Enttäuschung blieb nicht aus und war nicht Schuld der Griechen.²⁾

Denn zwischen dem neuen Königreich und der Blüte althellenischer Kultur lagen die Jahrhunderte des Hellenismus, d. h. des international gewordenen Griechentums der Zeit nach Alexander dem Großen, und der Römerherrschaft, über ein Jahrtausend der Zugehörigkeit zum christlichen byzantinischen Kaiserreich und vier Jahrhunderte türkischer Herrschaft, von der nur die ionischen Inseln freigeblieben waren.

Als das Ziel der Befreiung wenigstens eines Teiles der Hellenen, die sich selbst, wie einst die „Byzantiner“, „Rhomäer“ nannten, erreicht war und Prinz Otto von Bayern, der Sohn König Ludwigs I., des großen Philhellenen, den Thron bestiegen hatte, schwand die Griechenbegeisterung in Deutschland um so rascher, als schon zehn Jahre nach der Begründung des neuen Staates, dessen Herrscher sich in den anarchischen Zuständen des verarmten und verödeten Landes vornehmlich auf bayerische Beamte und Truppen stützte, eine von England, Frankreich und Rußland geschürte Bewegung gegen die „Fremden“ ausbrach und dem König außer ihrer Entlassung auch eine seine Rechte beschränkende Verfassung abzwang. Deutschland war fortan durch Sorgen um seine eigene Ordnung und Zukunft in Anspruch genommen und auswärtige Politik zu treiben damals überhaupt unfähig. So blieb das junge Königreich Hellas dem Einfluß der drei Mächte überlassen, die im Jahre 1830 förmlich die Rolle von Schutzmächten übernommen hatten und dieser Stellung gemäß als *προστάτιδες* oder auch *εὐεργέτιδες δυνάμεις* bezeichnet wurden: England, Frankreich, Rußland.³⁾

Wenigstens von Frankreich darf gesagt werden, daß sein Philhellenismus mit dem deutschen an Selbstlosigkeit wetteiferte;⁴⁾ die noch heute außerordentlich lebhaftes Sympathie der Griechen für Frankreich geht auf diese jederzeit bewährte Stellungnahme zurück und auf die außerordentliche Wirkung, welche die von der französischen Aufklärung und der französischen Revolution und dem neuen Humanismus

mit seinen Idealen altgriechischer, republikanischer Freiheit in die Welt gesetzten Gedanken auf ein Volk ausüben mußten, das aus der Gebundenheit der Knechtschaft und byzantinischer Orthodoxie zu neuem Leben erwachte; auch zeitigte die Entwicklung in Griechenland alsbald ein Verfassungsleben, das von der Krone nicht beherrscht werden und dem die Krone sich nicht fügen konnte, und überhaupt den französischen ähnliche politische Zustände.

Keine geringe Bedeutung kam als ständiger Vertretung des französischen Interesses an dem neuen Griechentum der im Jahre 1846 gegründeten *École française d'Athènes* zu, die zunächst fast ausschließlich der Verbreitung französischen Einflusses in Politik und Bildung gedient hat und erst in den Siebzigerjahren nach deutschem Vorbild zu einem wissenschaftlichen Forschungsinstitut geworden ist, das seither bei der Größe der zur Verfügung stehenden Mittel auf archäologischem Gebiete sehr Bedeutendes geleistet hat und sich auch heute in der griechischen Gesellschaft und im Lande einer bevorzugten Stellung und schon vermöge des ihr zustehenden Rechtes der Abhaltung von Prüfungen und der Ausstellung von Zeugnissen, die in Frankreich für den Besuch hoher Schulen gültig sind, nicht geringen Einflusses erfreut. Doch hat die *École française* nicht lauter Griechenfreunde erzogen; auf Edmond About, den Verfasser der zwei Werke: *La Grèce contemporaine* (1855) und *Le Roi des Montagnes* (1856) — letzteres hat vor einigen Jahren den dankbaren Stoff zu einer Operette geliefert — ist man mit Recht noch heute schlecht zu sprechen; das frisch geschriebene Buch von G. Deschamps, *La Grèce d'aujourd'hui* (1892), hat seine geistreich-boshafte Schilderung durch eine ebenso unterhaltende, aber gerechtere Darstellung ersetzt.⁵⁾

Im Gegensatze zu Frankreich hat England, in dem Lord Byron⁶⁾ als begeisterter Vorkämpfer der Rechte des Griechentums lange allein stand, Griechenland stets zur Förderung eigener Zwecke, insbesondere zur Bekämpfung der türkischen und russischen Macht, benutzt, sich des griechischen Handels

namentlich der Getreidezufuhr aus Rußland wegen, auf die es früher angewiesen war, bedient, das Treiben der Parteien im Lande in seinem Sinne geleitet, alle Versuche einer selbständigen Politik der Könige und der Regierungen nach Möglichkeit gehindert und an allen Umwälzungen, unter denen das junge Königreich zu leiden hatte, führenden Anteil genommen. So ist auch König Otto, ein seiner Begabung nach nicht hervorragender und in seiner Haltung nicht immer glücklicher, aber von aufrichtiger Liebe für sein Volk und von besten Absichten beseelter Fürst, durch einen Aufstand in der Hauptstadt unter Mitwirkung Englands im Jahre 1862 abgesetzt worden, als er den Versuch machte, sich gegen fortgesetzte Demütigungen zu wehren; das Land, in dem noch heute sein und der Königin Amalie Andenken hochgehalten wird, würde vielleicht für ihn entschieden haben, wäre nicht seine Befragung dadurch unmöglich geworden, daß das übrigens kinderlose Königspaar, irrefeleitet, vorschnell sein Reich verließ.

Einmal freilich, durch den Einfluß eines Staatsmannes, der durch seinen Aufenthalt im Lande ein Freund der alten und der neuen Griechen geworden war, hat sich England in ungewohnter Großmut zu einem Opfer, der Abtretung des Heptanesos, der sieben im Jahre 1815 übernommenen ionischen Inseln, verstanden (1864); mit der Aussicht auf diesen glückverheißenden Gebietszuwachs trat König Georg, der Sohn König Christian IX. von Dänemark, im Jahre 1863 die Regierung an, nicht mehr als König von Hellas wie sein Vorgänger, sondern als König der Hellenen. Später hat sich britischer Einfluß wiederholt zu Ungunsten der griechischen Sache geltend gemacht; dem ungeachtet genießt England als erste See- und Handelsmacht der Welt, der man sich durch vielfache Beziehungen in Abhängigkeit verbunden weiß, und in seiner bekannten trügerischen Geltung als Schirmherr der Menschenrechte und als parlamentarischer Musterstaat bei den Griechen sehr beträchtliche Zuneigung. Diese darf nicht wundernehmen; Großbritannien steht im griechischen Handel

obenan: über ein Viertel der Einfuhr kommt dorthier, über ein Viertel der Ausfuhr geht dahin; wie viele Griechen in Griechenland selbst und außerhalb Griechenlands, wo immer England herrscht, namentlich in Ägypten und in Indien, müssen gewohnt sein, seine Sache ohne Nachdenken als die ihrige zu betrachten; übrigens ist Großbritannien im Lande selbst durch eine große Zahl von Angehörigen vertreten. Auch sind in Frankreich und in England besondere Vereinigungen nicht nur zur Pflege der dem alten und dem neuen Griechenland gewidmeten Studien, sondern geradezu zum Schutze der Rechte des Hellenismus gegründet worden, die alle Gelegenheiten, dessen Ansprüche zu verteidigen, mit Eifer wahrnehmen.

Während so in den westlichen Ländern die Fahne des Philhellenismus hochgehalten wurde und Rußland als dritte Schutzmacht und als Schirmherr der orthodoxen Christenheit zurückhaltend und auf die Zukunft rechnend mittat, sich aber bald durch seine Balkan- und seine Kirchenpolitik den Griechen verdächtig machte,⁷⁾ war man in Mitteleuropa gegen Griechenland gleichgültig; mit der zunehmenden Abkehr von der klassischen Bildung minderte sich auch das Gefühl einer Verpflichtung dem Hellenismus gegenüber, und wer sich in Unkenntnis der Verhältnisse bei Fallmerayers Urteil beruhigte, daß die neuen Griechen gar nicht die echten Nachkommen der bewunderten alten seien, glaubte ihnen auch von diesem Standpunkte aus keine besondere Teilnahme schuldig zu sein.

Die Rücksicht auf die Türken, die mit einer Wertschätzung des in der Levante Bildung und Fortschritt tragenden griechischen Volkstums nicht verträglich schien; der unglückliche Ausgang des der Insel Kreta wegen im Jahre 1897 entbrannten Krieges, den die Dynastie nur um den Preis ihrer Stellung, oder vielmehr: auch um diesen nicht hätte verhindern können; der Staatsbankrott, der unter anderen auch deutsche Sparer schädigte und, mit Unrecht, das ganze Volk in den Verdacht der Unredlichkeit brachte, haben sodann in weiten

Kreisen und namentlich in der Presse der mittleren Mächte eine Abneigung gegen das Griechentum entstehen lassen, die jeder Kenner der Verhältnisse als unbegründet und nicht nur deshalb aufs tiefste bedauern mußte, weil sie auch den deutschen Einfluß in einem Lande, in das im Jahre 1889 die Schwester des deutschen Kaisers als künftige Herrscherin einge-
gezogen war, in jeder Beziehung schädigte. Als vollends das neue deutsche Kaiserreich zum erklärten Freunde und Beschützer der Türkei wurde, hatten unsere Feinde leichtes Spiel, die Deutschen und ihre Verbündeten an der Donau der Feindschaft gegen das Griechentum zu bezichtigen, Deutschland als militaristisch unfrei, Österreich-Ungarn als rückständig und baldigem Untergang geweiht hinzustellen; und mit der griechischen Presse und den griechischen Parteien verstanden die Westmächte und auch Rußland jederzeit viel mehr Föhlung zu unterhalten als die Diplomatie Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches.

Dagegen hat die deutsche Wissenschaft, seit 1874 durch das kaiserlich deutsche archäologische Institut in glänzender Weise, seit 1894 auch durch eine elf Jahre lang sehr bescheidene, dann ausgestaltete österreichische Anstalt vertreten, mit den geistigen Führern des griechischen Volkes dauernden Zusammenhang gewonnen und erhalten. In den Kreisen der Gelehrten und der Schulmänner und aller derer, die Deutschland und Österreich aus eigener Anschauung kennen, ist auch, ohne Rücksicht auf das bedauerlich geringe Verständnis, das die Öffentlichkeit in diesen Ländern griechischen Verhältnissen und Wünschen entgegenbrachte, aufrichtige Wertschätzung, ja Bewunderung deutschen Wesens und deutscher Leistungen und ehrliche Sympathie auch für unsere Monarchie, die so viele Griechen zu ihren besten Bürgern zählt und ihrer Lage nach zu besonderer Pflege der Beziehungen zu Griechenland berufen war, verbreitet gewesen und dafür gesorgt worden, daß begabte junge Griechen sich ihre Bildung auch bei uns und nicht ausschließlich im Westen, namentlich in Frankreich, holten. Nur zu begreiflich

ist es aber, daß ungleich breitere Schichten der Bevölkerung in Griechenland der französischen Kultur gewonnen wurden und gewonnen blieben, die durch ihre gefällige Äußerlichkeit, durch den Zauber einer wunderbaren Sprache, durch ihre dem Inhalt und der Form nach reichste Anregung gewährende, sehr verschiedene Reize anbietende Literatur, ferner durch ihre freiheitlich demokratische Richtung auf alle jungen aufstrebenden Völker des Ostens eine außerordentliche Wirkung geübt hat; und gerade Griechen mußten sich zu den Franzosen, nicht so sehr weil diese sich als echte Erben der von Massalia aus in Südfrankreich verbreiteten hellenischen Kultur und als berufene Vertreter attischen Geistes ausgeben, sondern weil sie ihnen ihrer ganzen Sinnesart und Begabung nach ähnlich sind, besonders hingezogen fühlen. So stehen überaus zahlreiche griechische Familien durch Überlieferung und Erziehung, durch Verwandtschafts- und Handelsbeziehungen, aus ehrlichster Neigung und aus Unkenntnis des in seinen Vorzügen sich weniger leicht erschließenden und in seinen Mängeln auffallenderen Wesens der Deutschen im französischen Lager. Die außerordentliche Gastfreiheit der Vertreter der Republik und der französischen Wissenschaft, die häufigen, mehr oder weniger offiziellen Reisen französischer Diplomaten, Politiker und Gelehrten, die wie z. B. Georges Clémenceau als begeisterte Philhellenen auftreten und bejubelt durch das Land ziehen, haben ein übriges getan, diese Sympathien zu verstärken. Der französische Einfluß ist auch in dem griechischen Heere, trotz aller Bewunderung für das deutsche, jederzeit ein sehr beträchtlicher gewesen; man konnte doch nicht wohl dieselben Organisatoren nehmen wie die Türken und hat solche somit aus Frankreich, für die Flotte aus England bezogen.

Vergessen wir auch nicht, daß die Befreiung der größten griechischen Insel Kreta,⁸⁾ welche jahrzehntelang das einzige Ziel der äußeren Politik des Königreiches und zu seiner inneren Beruhigung durchaus notwendig war, sich ohne Zutun Deutschlands und Österreich-Ungarns vollzogen hat. Diese

Gesichtspunkte sind gerade in unseren Tagen für die Beurteilung der Haltung, welche die Griechen in der Krise des Weltkrieges uns gegenüber einnehmen, nicht ohne Bedeutung.

Soviel über die Macht des englischen und französischen Einflusses in Griechenland; übersehen wir bei seiner Würdigung nicht, wie viele, seien wir ehrlich, auch bei uns sich durch den äußeren Zauber englisch-französischer Kultur gerade in den letzten Jahrzehnten haben blenden lassen! Gegen Rußland, die Heimat der Gemahlin König Georgs, der jetzigen Königinmutter Olga, einer in jedem Sinne ausgezeichneten Fürstin, hat sich das Griechentum, trotz der regen Handelsbeziehungen und der Bedeutung, welche dem griechischen Element in Rußland zukommt, ablehnend und mißtrauisch verhalten, weil es von dort Anregungen geistiger Art nicht zu beziehen und für seine Freiheit und Zukunft nur zu fürchten hatte.

Die demgemäß begreiflichen Sympathien der Griechen für die Westmächte verfehlten nicht, in Deutschland und Österreich-Ungarn auf die öffentliche Meinung, die sich mit Griechenland bis in die jüngste Zeit zu wenig beschäftigte, ihre Rückwirkung zu üben; erst allmählich hat sich ein Umschwung vollzogen und eine zutreffendere Beurteilung Griechenlands und der bedeutenden Stellung des heutigen Griechentums eingestellt; schließlich haben die großen Erfolge Griechenlands in den Balkankriegen und seine seither in schwierigster Lage bewährte Haltung Eigenschaften, Leistungen und Ziele des griechischen Volkes würdigen gelehrt. In Deutschland ist kurz vor Ausbruch des Weltkrieges eine deutsch-griechische Vereinigung gegründet worden, die dem gegenseitigen Verständnis beider Völker dienen und die Ausgestaltung aller freundschaftlichen, nicht bloß der wirtschaftlichen Beziehungen betreiben soll. Es genügt ein Blick in die deutschen Zeitschriften aus den letzten Jahren, um zu sehen, wie großen Boden diese Bewegung erfreulicherweise bereits gewonnen hat. Lassen Sie mich den Wunsch aussprechen, daß

wir es auch in Österreich-Ungarn an ähnlichen Bestrebungen nicht fehlen lassen.

Ich will nunmehr versuchen, für eine billige Beurteilung des griechischen Volkes einzutreten, auf Grund der Eindrücke, die ich bei früherem vierzehnjährigen Aufenthalt in Griechenland und bei wiederholten späteren Besuchen, zuletzt im Sommer und Herbst des Jahres 1914, gewonnen habe. Allerdings wird mir entgegengehalten werden, ich sei als Altertumsforscher vielleicht überhaupt ein sonderbarer Schwärmer und jedenfalls in berufsmäßiger Überschätzung des Griechentums befangen; die Erfahrung lehre, daß die klassischen Philologen, alten Historiker und Archäologen alle Philhellenen seien. Man darf erwidern, daß gerade die Verehrer des alten Griechentums gegen die Mängel des neueren besonders empfindlich sein müßten. Jedenfalls aber ist es eine Tatsache, daß kein Fremder das griechische Volk so genau kennen lernt wie der Forscher, der nur von der Absicht der Mehrung wissenschaftlicher Erkenntnis geleitet, das Land bereist, die Sprache des Volkes spricht, sein Leben in allen Schichten und unter den verschiedensten Verhältnissen mitlebt, in der Hauptstadt, bei Wanderungen auf dem Lande, bei Seefahrten und bei Ausgrabungen mit Angehörigen aller Stände zu tun hat und daher ein Urteil abzugeben sicherlich befähigter ist als die meist eiligen Vergnügungsreisenden, Geschäftsleute und Schriftsteller, welche, nur selten mit der Sprache des Volkes vertraut, sich mit einer Bestimmtheit äußern, die mit der Kürze des Aufenthaltes zu wachsen pflegt. Vielleicht findet meine Darstellung mehr Vertrauen, wenn ich bekenne, daß ich mich als Altertumsforscher durchaus mit den Anschauungen begegne, denen der beste Kenner Griechenlands und der ägäischen Welt überhaupt, ein anerkanntermaßen von durchaus modernen Auffassungen ausgehender, archäologischer Liebhabereien unverdächtig Gelehrter, der Bonner Geograph Alfred Philippson, in zahlreichen Schriften Ausdruck gegeben hat.

Die Griechen müssen als Südländer beurteilt werden,

denen die Gunst des Himmels ein Leben zu führen gestattet, das viel weniger mühevoll und seßhaft ist als das unserige und in dem ungleich mehr Zeit sowohl für beschauliches Genießen bleibt wie für den Anteil an allen öffentlichen Angelegenheiten und für freie geistige, künstlerische, menschliche Betätigung. Trotzdem über seinem Lande ein sprichwörtlich heiterer Himmel lacht und beispielsweise in Athen dreihundert nach unseren Begriffen heitere Tage und nur vier bis fünf völlig trübe im Jahre gezählt werden, ist der Grieche zwar frohgemut, aber nicht ausgelassen, bei aller Beweglichkeit gemessener als etwa der Italiener und weit entfernt von der Vergnügungssucht, die bei uns in den letzten Jahren so weite Kreise der Bevölkerung erfaßt hat; mit erstaunlicher natürlicher Intelligenz begabt, gesund und kräftig, leistungsfähig bei ungewöhnlicher Bedürfnislosigkeit. Sicher wird im allgemeinen weniger gearbeitet als bei uns, man sieht allerorten Müßiggänger; aber die Not des Lebens stellt nur die geringsten Anforderungen, es gibt wohl Unbemittelte, aber keine Armut, keine Bettler; wie würde es bei uns stehen, wenn uns das Leben gleich leicht würde und wir fast das ganze Jahr in wohliger Wärme und in einer meist wunderbar leichten, anregenden Luft, umweht von den Düften südlicher Blüten oder dem kräftigen Hauch der See, mit der Aussicht auf die Akropolis oder auf das herrliche blaue Meer oder auf die leuchtenden Berge im Freien sitzen könnten? Ist auch wie der Zwang, so die Gewohnheit andauernder Arbeit beim Durchschnitt der gebildeten Stände geringer als bei uns — die Abneigung gegen banausische, sitzende Beschäftigung ist bekanntlich schon in klassischer Zeit eine ausgesprochene — so fehlt es doch in Handel und Gewerbe jetzt ebensowenig wie im Altertum, das uns zahllose Beweise eines mit rührendem Ernst und mit heiterster Freude schaffenden Kunstfleißes hinterlassen hat, und auch in den heutigen Ämtern nicht an achtungswerter Leistung und tätigster Rührigkeit.⁹⁾ Daß mancherlei Betrieb und, namentlich auf dem Lande, so manches Geschäft im Freien vor sich gehen kann, ist ein

Vorzug des Südens überhaupt und ein köstliches Geheimnis Griechenlands ist es, daß eine fast immer heitere, leichte, helle Atmosphäre die Sinne rege, den Verstand klar, das Gemüt unbekümmert, die Kräfte bei bescheidenster Kost imstande hält und auch der Arbeit ihre Beschwerlichkeit nimmt, Lust und Liebe zu ihr erhöht. Das Leben im Freien ist für den Mann die Regel und erzieht ihn mühelos zur Gewandtheit im Umgange, zur Höflichkeit und zur Rücksicht auf andere, sei es auch der Geringste, zu hilfsbereitem Entgegenkommen, zu schneller Auffassung und Anpassung, zu starker Empfindung für die Würde des Auftretens, zu einem gesunden demokratischen Gefühl allgemeiner Gleichheit und eigener Geltung. Da dieselbe herrliche Sonne allen leuchtet und alle wärmt und ich möchte sagen: auch nährt, gibt es trotz größter Unterschiede in den Vermögensverhältnissen keinen Klassenneid, keinen Sozialismus; das Land ist erfüllt von einem Geist der Brüderlichkeit und Vertraulichkeit, der uns begreiflicher wird, wenn wir uns vor Augen halten, daß es sich um vergleichsweise kleine Verhältnisse handelt; belief sich doch die gesamte Bevölkerung des Königreiches, das nach der Einverleibung von Thessalien noch nicht einmal so großen Umfang hatte als Bayern, vor nicht wenigen Jahren (1907) auf nicht mehr als 2,631.952 Seelen.¹⁰⁾

Aus diesen kleinen Verhältnissen und der Einfachheit der Zustände erklärt sich die eigentümliche Einheitlichkeit „der Umgangsform, der Gesellschaftspraxe und des Gedankenkaptals“, die Fallmerayer für den Orient im Gegensatz zum Okzident so bezeichnend fand¹¹⁾: „In gleichen Umständen bedient sich jedermann derselben Ausdrucksform und derselben Sprüche mit derselben Sicherheit, weil jedermann bei demselben Lehrmeister, das ist beim alten Herkommen und bei der uralten mündlichen Überlieferung, zur Schule ging. Keiner fürchtet den andern, niemand ist verlegen, niemand linkisch, und der geringe Mann, der Bauer vom Pflug weg redet und verkehrt im Bewußtsein grammatikalischer Ebenbürtigkeit mit Personen von höchstem kirchlichen und politi-

schen Range nach üblicher Begrüßung ebenso leicht und gewandt wie mit seinesgleichen.“ Und wie reich entwickelt ist bei den Griechen die Feinheit dieser Begrüßungen und der Wünsche und der sonstigen Sprachformeln des täglichen Verkehrs!“) Ich erinnere mich eines von zwei Hirten aus weiter Entfernung in den Bergen mit hallender Stimme geführten Gespräches, das als Muster einer feinen Unterhaltung ausgezeichnet zu werden verdient hätte. Die Gewandtheit der Rede, die selbst bei den nach unseren Begriffen Ungebildeten eine hervorragende ist, mag es mit sich bringen, daß im allgemeinen der Wert des gesprochenen Wortes weniger hoch gehalten wird als bei den nördlicheren, im Denken und im Ausdruck schwerfälligeren Völkern, und daß auf starke Abzüge von dem Gesagten gerechnet wird, wenn eigene Interessen mitspielen. Dem Angebot wird ein Gegengebot gegenübergestellt, Feilschen und Handeln sind allgemein üblich; Übervorteilung in geschäftlichen Dingen gilt, wenn der andere dumm genug ist, sie sich gefallen zu lassen, nicht als Vorwurf und der Schaden fällt lediglich der geringeren Intelligenz zur Last. Somit wird der Kaufmann der Geschäftskennntnis mit Geschäftskennntnis, der Rührigkeit mit Rührigkeit, dem Unternehmungsgeist mit Unternehmungsgeist begegnen müssen. Alles in allem wird man in Griechenland sicherlich nicht weniger Ehrlichkeit finden als anderwärts; Beispiele ungewöhnlicher Redlichkeit und Treue sind nicht selten. Der kleine Diebstahl und gemeine Verbrechen sind fast unerhört. Die Sicherheit darf jetzt selbst in gewissen Grenzgebieten, in denen früher besondere Verhältnisse herrschten, als eine unbedingte bezeichnet werden. Rückhaltloses Vertrauen, auch dem gänzlich Unbekannten gegenüber, sind des Fremden beste Empfehlung und wirksamster Schutz, auch in voller Einsamkeit, in den Gefahren der Berge und der See. Noch wird, namentlich fern von den großen Verkehrswegen, eine geradezu rührende Gastfreundschaft geübt und von dem Fremden als Gegengabe hauptsächlich mittheilsame Unterredung erwartet. Kleine Geschenke werden, meist für die

Kinder, in Gegenden, in denen sich Gäste häufig einstellen, begreiflicherweise entgegengenommen; hätten die Europäer nicht die guten alten Sitten verdorben, so würde die noch heute verbreitete Zurückweisung angebotenen Trinkgeldes allgemein üblich geblieben sein. Gelegentliche Übervorteilung von Reisenden und auch plumpe Versuche solcher Übervorteilung sollen nicht in Abrede gestellt werden, sie kommen aber bekanntlich auch anderwärts nicht so selten vor und werden in Griechenland bisweilen durch das anspruchsvolle und keineswegs einwandfreie Gebaren mancher Fremden geradezu herausgefordert; es ist schließlich kein Wunder, wenn nicht nur in abgelegenen Gegenden der Reisende, der mit allen möglichen unerfüllbaren Wünschen, unwahrscheinlich viel Gepäck und auffällig getragendem Geschmeide auftritt, als reicher „Lordos“ angesehen wird, dem gegenüber sich Leute bescheidenster Lebensführung höhere Forderungen erlauben dürfen. Auch wir wünschen nicht insgesamt nach den Erfahrungen eingeschätzt zu werden, die Fremde und Einheimische bei uns mit Kutschern, Wirten, Gepäckträgern, Barkenführern usw. machen können; ich glaube sogar sagen zu dürfen, daß ein Vergleich billigerweise nur zugunsten der griechischen Verhältnisse ausfallen würde. In allen Ständen Griechenlands verdient das Familienleben mit seiner Sittenstrenge, der gegenseitigen Wertschätzung der Gatten, der Liebe zu einer meist großen Zahl von Kindern, der ausgeprägten Achtung der Jüngeren vor dem Alter überhaupt, höchsten Ruhm. Die Stellung des weiblichen Geschlechtes ist, namentlich in den erst spät befreiten Gebieten, eine gebundene, doch begegnet man auch in diesen überall Frauen von achtunggebietender schlichter Tüchtigkeit und größter Würde der Erscheinung. Unverheiratet zu bleiben, wird für den Mann nur solange als zulässig angesehen, als er für seine Schwestern zu sorgen hat; er wird nicht heiraten, bevor nicht ihre angemessene Ausstattung und Verehelichung ermöglicht ist. Auf Bewahrung der Mädchen- und Frauenehre wird strengstens gehalten. Der Besitz eines eigenen Hauses gilt

als selbstverständlich oder, nach Hesiods Vorschrift: *οἶκον μὲν πρώτιστα γυναικὰ τε βοῶν τ' ἄροτῆρα* (Werke und Tage, V. 405), als nächstes Ziel der Tätigkeit des Mannes; die zahlreichen bescheidenen, aus ein paar Kammern und einem Hof bestehenden Wohnstätten, z. B. in den äußeren Vierteln Athens, die manchen Reisenden als Zeichen großer Ärmlichkeit gelten, bezeugen viel gesündere soziale Verhältnisse als die ragenden düsteren Mietskasernen unserer Großstädte. Die Bande der Verwandtschaft, Patenschaft und Freundschaft gelten als heilig und unverletzlich; freilich aber kennt und übt der Grieche neben treuer Liebe zu den ihm Verbundenen auch leidenschaftlichen Haß gegen seinen Gegner. Aus älteren, rauheren Zeiten sind wie diese Anschauungen so auch die der Selbsthilfe, der Blutrache, des Klanwesens übernommen. Streitigkeiten und Beleidigungen durch den Dolch oder eine Flintenkugel zu erledigen, gilt nicht als Schande; so gut wie immer sind Ehrensachen der Anlaß solcher Handlungen. Mädchen oder Frauen haben, auf Abwege geraten, immer vor ihren männlichen Anverwandten zu zittern, die die Schmach des Hauses nicht ungerächt lassen; rasche Tat treibt dann den Mörder oder Totschläger in die Berge, in denen er geachtet leben und sich, sofern er sich nicht an Frauen und Mädchen vergreift, lange halten kann, sicher, selbst wenn er nach weiteren, von der Not erzwungenen Übeltaten endlich dem Gericht eingeliefert wird, nicht unverdiente Sympathie zu finden; von solchen sogenannten „Räubern“ könnte ich lehrreiche und rührende Geschichten erzählen.¹³⁾ Eine Zunahme des gesetzlichen Sinnes, auch um den Preis der Aufgabe althergebrachter Anschauungen, ist aber unverkennbar; auf dem Boden des alten Königreiches besteht nur noch in der Mani Blutrache und Familienfehde in alter Strenge. Mit größter Anhänglichkeit scharft sich das Volk um die Führer der alten Geschlechter, die Häuptlinge, die „Kommataren“; für das politische Leben sind diese Gefolgschaften von außerordentlicher, aber nicht immer segensreicher Bedeutung. Vor allem aber zeichnet den Griechen die unbedingte Hingabe an seine Heimat und sein

Volk aus. Sie veranlaßt ihn zu lebhafter, ja leidenschaftlicher Stellungnahme in allen öffentlichen Angelegenheiten, zu opferwilligem Eintreten für seine Stammesgenossen jenseits der Grenzen, sie führte in den letzten Kriegen Tausende von Männern aus fernen Ländern zu freiwilligem Eintritt ins Heer in die Heimat zurück, sie trieb Männer aus den ersten Häusern des Landes, aus glänzenden Verhältnissen und glücklichen Ehen von schönen Frauen und reizenden Kindern weg in den Dienst an der Spitze bewaffneter Freischaren, in dem sie, gefährdete hellenische Siedlungen auf Kreta, in Makedonien, in Epirus schirmend, fochten und fielen; so Pavlos Melas, der Sohn des einstigen Bürgermeisters von Athen, Stephanos Dragumis' Schwiegersohn, dessen Denkmal nahe dem Hadrianstor zu Athen Worte des homerischen Spruches zieren, der in dieser Zeit mehr als je für unsere Helden im Felde und für uns im Hinterlande Zurückgebliebene gilt: *εἰς ὀλῶνός ἄριστος ἀμύνησθαι περὶ πατρῆς*. Diese hingebungsvolle Liebe zum Vaterlande bleibt auch den vielen, die in der Fremde Erwerb suchen, läßt sie mühsam ersparte Summen nach Hause senden, zurückgekehrt in den kleinsten Nestern ansehnliche Häuser bauen, Wohlstand und Kenntnis verbreiten und mit freigebigster Hand für die Bedürfnisse der eigenen Heimat und die großen Erfordernisse der Hauptstadt und der ganzen Nation sorgen.

Lassen Sie mich nun der Frage näher treten, wie es kommt, daß ein Volk, dem ausgeprägte Eigenart, hohe Begabung, frische Kraft und Rührigkeit niemand absprechen kann, doch mitunter weniger günstig beurteilt wurde.

Schon in den Tagen der Römer war Geringschätzung der Graeculi üblich. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß, als die Römer von Hellas Besitz ergriffen, das Land unter der Ungunst der Verhältnisse verödet und verarmt, durch Kriege mit äußeren Feinden und in innerem Hader verwüstet, durch die schamlose Ausbeutungspolitik römischer Feldherren und Geldmänner herabgekommen, unter der Wirkung der Fremdherrschaft moralisch und geistig verfallen war; so sind für die Römer die Hellenen ihrer Zeit, an den großen Vorfahren des

sechsten, fünften und vierten Jahrhunderts gemessen, die schon damals auf der Höhe einer sozusagen pädagogischen Vorbildlichkeit standen, Graeculi geworden. Wir dürfen diese Beurteilung der Römer für die Griechen ihrer Zeit nur mit starker Milderung gelten lassen und sie keineswegs auf die Griechen von heute übertragen, alte und neue Griechen aber auch nicht von den Anschauungen aus beurteilen, die uns als Bürgern moderner Großstaaten geläufig sind; denn dieselben Eigenschaften und Bestrebungen Einzelner und Vieler haben in verschiedenen Verhältnissen sehr verschiedene Bedeutung für das staatliche Leben.

Wie die alten Griechen, wie die Menschen aller Zeiten und aller Länder, haben die neuen Griechen selbstverständlich auch die Fehler ihrer Vorzüge, und in beiden erweisen sie sich als die echten Erben ihrer Vorfahren. Sicherlich macht die ihnen in hervorragendem Maße eigene Neigung zu selbständiger Betätigung Unterordnung, die in unseren großen Staaten als unbedingte Notwendigkeit gilt, nicht zu ihrer starken Sache. In kleinen, armen, jungen Staaten, die ohne Selbsthilfe der Bürger allen Aufgaben nachzukommen nicht in der Lage wären, bleibt für das Eingreifen des Einzelnen viel mehr Spielraum, werden viel mehr Kräfte freigemacht, ist der Aufstieg Tüchtiger viel leichter als in großen, reichen, altgeordneten Staaten. Der Aufschwung, vermöge dessen sich Griechenland in der kurzen Zeit, die seit seiner Befreiung verstrichen ist, aus geradezu mittelalterlichen Zuständen und entsetzlichster Verwahrlosung zu einem von blühendem Leben und fortschrittlichem Geiste erfüllten Staatswesen erhoben hat, beweist, wie sehr sich diese Kräfte bewährten; wie das alte hat das neue Griechenland zahlreiche Männer von ausgeprägter Eigenart und Begabung aufzuweisen, die die Führung des Volkes übernehmen. In der Verwaltung setzt sich mit zunehmender Festigung des Staates erst jetzt eine uns selbstverständlich erscheinende Ordnung durch; in dem Heere, in dem man Disziplin früher wohl nicht ohne Grund vermißt hat, hat die straffere Zucht der Kriegszeit und die opferwillige Be-

geisterung für große Aufgaben vermöge der Fürsorge und unter Führung eines allgemein verehrten Königs Wunder gewirkt, und Kenner rühmen an den griechischen Kriegerern von heute nicht nur körperliche Gewandtheit, Ausdauer und Bedürfnislosigkeit, sondern vor allem die Selbständigkeit und geschickte Bewegung in einem oft höchste Anforderungen stellenden Terrain, und das vortreffliche Verhältnis von Mannschaft und Vorgesetzten.

Das Leben in der Öffentlichkeit mag ferner leicht zu einer gewissen Äußerlichkeit oder auch Eitelkeit erziehen; verdient diese aber nicht gegenüber der anderswo üblichen Lässigkeit oder Vernachlässigung der Erscheinung den Vorzug? Die hervorragende Gabe rascher Auffassung, von der man im Verhalten mit Ungeschulten oft überraschende Proben erlebt, führt in Verbindung mit der Sicherheit des Auftretens leicht zu eingebildetem Halbwissen, um so mehr als die glänzende Leichtigkeit französischer Bildung das nächste Vorbild ist und für weitaus die meisten die natürlichen, praktischen Aufgaben des Lebens im Vordergrund der Interessen stehen. Der stark entwickelte Erwerbssinn verleitet nicht nur zu geschäftlicher Kühnheit, sondern auch, was nicht geleugnet werden kann, gelegentlich zu Übergriffen; doch ist dies nicht alles auf Erden auch sonst der Fall? Nur daß vielleicht die äußeren Hemmungen weniger wirksam waren als in anderen Ländern. In der Tat schienen die öffentlichen Zustände Griechenlands früher geeignet, die Kritik Berufener und Unberufener herauszufordern. Offenkundig ist Politik, wenigstens in allen ansehnlicheren Orten, die Beschäftigung weitester Kreise und in einem nach unseren Begriffen zu großen Ausmaß. Während in unseren Großstaaten die Beschäftigung mit den Aufgaben des Staatslebens Beruf und Sache einer kleinen Minderheit ist, ermöglicht und verursacht in Griechenland die Kleinheit der Verhältnisse und das enge Zusammenleben in südlicher Öffentlichkeit die mehr oder minder unmittelbare Beteiligung des einzelnen an allen Anlässen. Die Herrschaft einer aus zahlreichen Abgeord-

neten zusammengesetzten Kammer;¹⁴⁾ das Treiben der Parteien, im wesentlichen der Gefolgschaften einiger weniger Führer, welche aus den alten ersten Häusern des Landes, aus den Ständen der Anwälte, Ärzte und vor allem der Zeitungsschreiber hervorgehen und ihre Stellung ihrem Ansehen, ihrer Redegewandtheit und dem Geschicke öffentlichen Auftretens verdanken; die Freiheit einer früher ganz ungezügelter, in weitesten Kreisen eifrigst gelesenen und in lebendigster Sprache schreibenden Presse; der vordem mit dem Sturze einer Regierung verbundene Wechsel der gesamten Beamtenschaft bis hinab auf die untersten Angestellten haben bei der vorsichtigen Zurückhaltung, die der verstorbene König Georg in der Ausübung seiner königlichen Gewalt dem Parlamentarismus gegenüber beobachtete, für das Land und seine Zukunft eine gewisse Gefahr bedeutet. Mit dem Ausfall der alle vier Jahre, gelegentlich auch in kürzerer Frist durchgeführten Wahlen in die Kammer war für Tausende der Einzug in ein Amt, für ebenso viele Tausende die Entlassung verbunden; Kräfte, die dauernd nützlichste Verwendung hätten finden können, wurden immer und immer wieder ausgeschaltet oder ganz aus der Bahn geworfen. Wie zu Solons Zeit mußte sich so ziemlich jedermann der einen oder der anderen Partei verschreiben, der Stellungslose sich als Oppositionspolitiker betätigen und sich so gut oder so schlecht es ging durchschlagen, bis die wachsende Unzufriedenheit mit der Regierung seine Partei wieder an das Ruder brachte. Zu der Überzahl der Bewerber aus dem Königreiche, die von den verfügbaren Stellen Versorgung erwarteten, kamen noch Anwärter aus den Gebieten außerhalb der Grenzen. Der Zusammentritt jeder neuen Kammer hatte zudem die Änderung oder Zurücknahme früherer gesetzlicher Maßnahmen und die Aufhebung nicht weniger Verfügungen der Verwaltung zur Folge; mußte doch jede Regierung, ich brauche nicht auszuführen durch welche Mittel, für die Erhaltung oder für den Gewinn der nötigen Stimmen in der Kammer und für den Vorteil der Partei oder der Landesteile, auf die sie sich vor-

nehmlich stützte, sorgen. Stetigkeit in der Leitung der Staatsgeschäfte, Ordnung in der Verwaltung und in der Rechtspflege, in den Finanzen, im Heerwesen wurde trotz des besten Willens aller zur Unmöglichkeit; war es ein Wunder, daß die Haltung sowohl der durch die Rücksicht auf ihre Wähler gebundenen zahlreichen Abgeordneten wie die der Wähler und auch der kärglich bezahlten, von großen und kleinen Machthabern abhängigen Beamten zu wünschen ließ und daß ihr Beispiel auch verderblich auf das übrige, trefflich veranlagte, moralisch durchaus gesunde Volk zu wirken drohte? Mit einem neueren Beurteiler griechischer Verhältnisse muß man sagen: es ist ein vortreffliches Zeugnis für das griechische Volk, daß es trotz solcher Mißstände eine Höhe der Ordnung und des wirtschaftlichen Aufschwunges erreicht hat, die bei allen, die Griechenland in den letzten Jahrzehnten besuchten, uneingeschränkte Anerkennung gefunden hat. Die Schäden des politischen Lebens sind als Folgen des unvermittelten Überganges aus Unterdrückung und anarchischen Zuständen in ein ungebundenes Verfassungsleben zu betrachten, in dem der demokratische Sinn des Volkes keine Einschränkung des Willens seiner gewählten Vertreter durch ein Oberhaus und noch weniger durch die Krone duldet, ohne daß das Land Zeit gehabt hätte, sich oder eine verläßliche Beamtschaft in die Zucht einer neuen Ordnung einzugewöhnen. Steigerte die Enge der Verhältnisse schon an sich die Intensität des politischen Treibens, so ließ vollends das widerliche Ränkespiel der Schutzmächte, insbesondere Englands, das arme Land nie zur Ruhe kommen und verhinderte, indem die Parteien gegeneinander und gegen das Königtum ausgespielt wurden, die Befestigung der Zustände nach Möglichkeit. „Die Mißhandlung Griechenlands durch die europäischen Mächte ist eines der traurigsten Kapitel der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts,“ sagte kürzlich der erste der deutschen Historiker, Eduard Meyer, in seinem Buche über England.¹⁵⁾ Was die Griechen trotz äußerster Ungunst der Verhältnisse geschaffen haben, ist der Be-

wunderung um so mehr wert, als ihre Kräfte von allem Anfang an durch die Sorge um die außerhalb der Grenzen des Königreiches wohnenden Stammesgenossen in Anspruch genommen gewesen sind. So enge waren, hauptsächlich auf Englands Betreiben, gegen frühere Zusicherungen, die Grenzen Griechenlands im Jahre 1830 gezogen worden, daß sie, weder natürlichen noch ethnographischen Rücksichten entsprechend, Kreta und Epirus, die den lebhaftesten Anteil am Befreiungskampfe genommen hatten, und Thessalien der Türkei überließen; bekanntlich sind die Griechenland im Berliner Kongreß zugesprochenen Gebiete des Nordens erst im Jahre 1881 angegliedert worden und hat Kreta erst 1898 nach wiederholten blutigen Aufständen seine Autonomie erhalten, der in dem Balkankriege die Einverleibung folgte. Die von vorneherein unglückliche und ungerechte Regelung der Gebietsfrage hat Griechenland bis auf unsere Tage in drückender wirtschaftlicher Beengung und in dauernder Beunruhigung gehalten, schwere, sogar die Dynastie bedrohende Erschütterungen verursacht, gefährliche Verwicklungen mit den anderen Mächten, Mobilmachungen, Blockaden und den Krieg des Jahres 1897 herbeigeführt, viele blutige Opfer gefordert und gewaltige Aufwendungen nicht zum mindesten für die Aufnahme der aus fremdem Bereich geflüchteten Landsleute, die zu Tausenden zumeist völlig mittellos einlangten, immer und immer wieder nötig gemacht. Ist es nicht nur zu begreiflich, daß unter solchen Umständen Politik die hauptsächlichste Beschäftigung eines mit unleugbar altererbtem politischen Sinne begabten Volkes geworden ist, daß die tagtäglich sich aufdrängenden Fragen der inneren und äußeren Politik das Denken und Trachten der Nation beherrschen?

Die Überzeugung von der Verderblichkeit der Führung der wechselnden Mehrheit einer aus sehr zahlreichen Mitgliedern bestehenden Kammer, von der Notwendigkeit der Sicherung der inneren Ordnung durch Abschaffung des völligen Wechsels der Beamten je nach dem Ausfall der Wahlen und einer Änderung der Lebensbedingungen des Königreiches vor

allem durch seine Erweiterung über allzu enge gezogene Grenzen war seit der Wende des neunzehnten und des zwanzigsten Jahrhunderts allgemein geworden. Nach schweren Krisen hat denn auch im Jahre 1911 eine Nationalversammlung Änderungen der Verfassung vorgenommen, die geeignet scheinen, eine Gesundung der Verhältnisse zu verbürgen. Die glücklichen Kriege haben sodann die nächsten Wünsche des Griechentums mit verhältnismäßig geringen Opfern erfüllt, seine Kräfte überraschend ins Licht gerückt und dem Königreich eine Gebietsvermehrung auf fast das Doppelte des früheren Ausmaßes mit entsprechendem Bevölkerungszuwachs gebracht; ein Beweis, wie weites Land, das Griechenland als zugehörig in Anspruch zu nehmen hatte, bis dahin außerhalb seiner Grenzen verblieben war.¹⁶⁾ So durften König Konstantin und sein Volk auf glückliche Weiterentwicklung des vergrößerten Königreiches rechnen, als der Weltkrieg ausbrach und für Griechenland eine Zeit der Sorgen, Prüfungen und Bedrückungen begann, die unsere lebhafteste Teilnahme herausfordern.

Wie verhält sich nun das neue Griechentum zum alten?

Wohl wäre es notwendig, zu vollem Verständnis seiner Entwicklung weit auszuholen, das ganze Werden der griechischen Nation und ihre Ausbreitung wie ihre spätere Einschränkung auf ihr eigenstes Gebiet, die Ägäis, zu verfolgen.¹⁷⁾ Als die hellenische Kultur in der attischen eine für alle Folgezeit vorbildliche Höhe erreichte, war Athen und sein Hafen Piräus der Mittelpunkt der damaligen Welt. In den Jahrhunderten des Hellenismus hatte die hellenische Kultur fast dem ganzen Mittel- und dem Schwarzen Meer einen verschieden breiten Saum angewebt und über weite Länder im Osten wenigstens eine Decke des Hellenismus gebreitet, die bis nach Indien und Baktrien reichte. Da aber unter dieser Decke die Völker eben durch den Hellenismus zu neuem Leben erwachten, das sich alsbald gegen ihn richtete, ist dieser erst orientalisiert und schließlich, als sich barbarisches Volkstum gegen ihn von allen Seiten in Bewegung setzte, in Osteuropa,

Asien und Afrika erdrückt worden. Der Ruhm des in seiner Bedeutung lange unterschätzten byzantinischen Kaisertums ist es, das große Erbe der heidnischen hellenischen Vergangenheit in einem christlich-orthodoxen Reiche während eines Jahrtausends so lebenskräftig bewahrt zu haben, daß der griechische Humanismus nach dem Westen übertragen, das Griechentum im Osten, unter der duldsamen Herrschaft des Islams geschützt durch die Kirche und durch die Selbstverwaltung der Gemeinden, bis auf die Tage seiner Befreiung erhalten wurde. In seiner räumlichen Ausdehnung entspricht das Griechentum heute, Unteritalien und Sizilien ausgenommen, so ziemlich der, die es in der klassischen Zeit gewonnen hatte. Auf seinem eigensten Gebiete, der Ägäis, hat das Griechentum all das eingedrungene fremde Volkstum fast völlig aufzusaugen vermocht. Während die Byzantiner in Asien und Afrika zahlreiche fremde Elemente aufnahmen, waren die Bewohner des Mutterlandes bis in das sechste und siebente Jahrhundert n. Chr. trotz aller Verwüstung und aller Völkerstürme im wesentlichen echte Hellenen geblieben. Da wanderten im siebenten und achten Jahrhundert slawische Stämme als Hirten ein und in gleicher Eigenschaft erschienen zu nicht genau bekannter Zeit in Nordgriechenland, in viel geringerer Zahl, die Vlachen.¹⁹⁾ Der Slawenflut gegenüber bewährte aber das Griechentum seine höhere Kraft, indem die Einwanderer bald zinsbar gemacht und völlig christianisiert wurden. Im Kampf mit dieser frischen Bevölkerung erstarkt, erhob sich Hellas im zwölften Jahrhundert, auch vermöge seiner Beteiligung an dem durch die Kreuzzüge belebten Handel mit dem Osten, zu neuer Blüte; dann aber führte die Aufrichtung des lateinischen Kaisertums in Konstantinopel im Jahre 1204 zur Besetzung des Festlandes durch fränkische Ritter und zum Verlust der Inseln und einiger Städte des Festlandes an die Venezianer, und der Fall des lateinischen Kaisertums im Jahre 1261 zu einer zweihundertjährigen Anarchie, die das unglückliche Land dem Streite von Fürsten und Häuptlingen, Abenteurern und Söldnerbanden aus allen Ländern

preisgab.¹⁹⁾ In diesen traurigen Zeiten ging ein beträchtlicher Teil der alten Bevölkerung unter; in die verödeten Gebiete brachten mehrere Fürsten im 14. Jahrhundert Albanier als Krieger und Kolonisten, und diese Einwanderung erneuerte sich ungestüm im Jahre 1770, als die Türken gegen die von den Russen unterstützten Aufständischen namentlich in der Mani Albanier zu Hilfe riefen, die das Land sodann nicht mehr verlassen wollten. Diese albanische Einwanderung hat im Peloponnes hauptsächlich das Gebiet von Korinth, die südöstliche Argolis, die vorgelagerten Inseln Hydra und Spetsai, welche später in den Freiheitskriegen eine so große Rolle spielen sollten, den ganzen östlichen Teil von Böötien, Attika und den südöstlichen Teil der Insel Euböa betroffen.²⁰⁾ Die Hellenisierung der Eingewanderten ist allmählich vermöge der gemeinsamen Religion und in höherem Maße unter dem Drucke gemeinsamer Not erfolgt; an dem Freiheitskampf haben die Albanier hervorragenden Anteil genommen, glänzende Führer gestellt, rühmliche Waffentaten ausgeführt und sich wie die Freiheit so den hellenischen Namen vollauf verdient. Sie fühlen sich ganz und gar als Griechen, bewahren aber noch heute, etwa 200.000 Seelen, ihre ungrichische Sitte und Sprache, wenn auch wenigstens die Männer alle des Griechischen mächtig sind. Auf dem Festlande ist ihre Tracht zur nationalen geworden. Von viel geringerer Bedeutung als die Albanier sind im Königreich die Vlachen, die als den Rumänen der Donauniederung verwandt gelten, sich selbst Aromunen nennen, in Makedonien und am Pindos feste Sitze haben und als Hirten in der Winterszeit aus ihren nördlichen Sitzen nach dem Süden wandern; auch sie halten es trotz rumänischer Propaganda durchaus mit den Griechen.

Im Hinblick auf diese Zuwanderungen nichtgriechischer Stämme hat J. Ph. Fallmerayer bekanntlich behauptet, nicht ein Tropfen unvermischten Hellenenblutes fließe in den Adern der christlichen Bevölkerung des heutigen Griechenlands, die heutigen Griechen seien Nachkommen der Slawen und Albanier. Seine leidenschaftliche Stellungnahme hat zur Folge

gehabt, daß noch heute bei Ununterrichteten die Anschauung weit verbreitet ist, die Neugriechen hätten als Slawen mit den alten Hellenen gar nichts oder sehr wenig zu tun.²¹⁾

Aber nicht nur ist nachgewiesen, daß Fallmerayer in der Beurteilung geschichtlicher Zeugnisse und sprachlicher Erscheinungen geirrt hat: vor allem ist es Tatsache, daß der Zusammenhang zwischen dem heutigen Griechentum und dem alten niemals unterbrochen worden ist.²²⁾ Beweis dafür die Sprache allein, die, in ihrer Entwicklung seit dreitausend Jahren zu verfolgen, neben allen sonstigen unvergleichlichen Vorzügen durch außerordentliche Spröde allen fremden Einflüssen gegenüber ausgezeichnet, nichts Slawisches aufgenommen und ihre alte Eigenart überraschend treu erhalten hat, und sich überhaupt als unmittelbarste Fortsetzung der alten griechischen Sprache erweist, der sie ungleich näher steht als etwa irgend eine romanische Sprache dem Latein.²³⁾ Beweis die Erhaltung zahlloser altgriechischer Ortsnamen, nicht nur als Bezeichnungen besiedelter Stätten, sondern auch unbesiedelter Flüssen;²⁴⁾ Beweis das Fortleben althellenischen Glaubens und Aberglaubens, der althellenischen Sitten und Gebräuche,²⁵⁾ Beweis die vielerorten deutliche Bewahrung des reinen, schönen hellenischen Typus der Bewohner.²⁶⁾ Die vielberufenen Slawen sind, wiewohl slawische Ortsnamen und gelegentliches Vorkommen slawischer Typen in der Bevölkerung für ihre Zuwanderung noch heute zeugen, völlig in dem Griechentum aufgegangen; desgleichen ist auch der größte Teil der Albanier aufgesogen: so kann die Behauptung, die modernen Griechen seien Slawen, nur als töricht bezeichnet werden. Die Beimischung italienischen Blutes, welche die Bewohner der ionischen Inseln und der Inseln des Ägäischen Meeres erfahren haben, äußert sich in äußerer Erscheinung, in Sprache und Namen, auch in lebhafteren künstlerischen Neigungen und dem weichlicheren Charakter, der gewissen Inselgriechen im Gegensatz zu den Festlandsgriechen eignet. Die auf Kreta eingewanderten Türken haben im Laufe der Zeiten zwar die griechische Sprache angenommen, sich aber mit den christ-

lichen Einwohnern nicht vermischt. Somit bildete das Königreich in dem Umfange, den es vor dem Bukarester Frieden besaß, mit 2,631.952 Einwohnern einen durchaus einheitlichen nationalen Staat. Noch ausgesprochener war die Einheit der Religion, da die Mohammedaner bis auf geringe Reste in Auswanderung begriffen sind, die Zahl der Katholiken, hauptsächlich auf den Inseln, auf nur 15.000 veranschlagt wurde, die der Juden auf 6000. Eine buntere Mischung zeigen die neu erworbenen Gebiete im Norden. In Makedonien sind manche Striche zwischen Griechen und Bulgaren strittig gewesen und die in diesem Tatbestand begründeten Empfindlichkeiten und Ansprüche sind noch in unseren Tagen fühlbar. Die Albanier des Epirus wollen durchaus Griechen sein, ebenso die Aromunen von Metsovo. In Saloniki machen die Juden die Hälfte der Einwohnerschaft aus. Ganz griechisch ist die Bevölkerung sowohl der Kykladen als auch aller der nordägäischen und der Kleinasien vorgelagerten Inseln, von denen die südlichen, den Dodekanesos, bekanntlich die Italiener besetzt halten. Samos hat sich längst eine besondere Stellung errungen.

Um zusammenzufassen: Die Frage der Abstammung kommt für die Schätzung des Kulturwertes der griechischen Nation überhaupt nicht in Frage. Kein Volk Europas hat sich seit dem Altertum in unvermischter Reinheit erhalten. „Es ist für ein tüchtiges Volk keine Schande, fremdes Blut in sich aufgenommen zu haben, so wenig wie es ohne entsprechende Leistung eine Ehre ist, der Abkomme ruhmvoller Ahnen zu sein.“ Maßgebend ist, daß auf dem Boden des griechischen Königreiches die gesamte Bevölkerung, infolge der Neigung der Griechen zur Ortsveränderung vielfach durcheinander gemischt, zu einer in Sprache, Sitte, Volksart einheitlichen Nation von durchaus hellenischem Gepräge geworden ist und daß das ganze Hellenentum von heute überraschende Ähnlichkeit mit dem einstigen zeigt.

Ich habe bisher von dem Griechentum innerhalb des Königreiches gesprochen; die Kürze der Zeit erlaubt dem

Griechentum außerhalb des Königreiches nur einige wenige Worte zu widmen.²⁷⁾ Auch heutzutage sitzt in einem verschiedenen breiten, nur an wenigen Stellen unterbrochenen Saum griechische Bevölkerung längs der Nord- und Ostküste des Ägäischen Meeres, im Tale der Maritza, ferner in Strichen am Schwarzen Meere, in Konstantinopel allein durch mindestens 200.000 Seelen vertreten. Smyrna, die zweite Hauptstadt des türkischen Reiches, darf geradezu als griechische Stadt bezeichnet werden, und nicht nur sind an der kleinasiatischen Küste ganze Gaue griechisch, sondern selbst im Innern; in Kappadokien allein zählt man etwa 40.000 Griechen; ihrer 250.000 sitzen an der Südküste des Schwarzen Meeres, bei Trapezunt, und der Dialekt beweist, daß diese Siedlungen in die vortürkische Zeit hinaufreichen. Wenn auch im Binnenlande das Griechentum sich manchen Ortes, wie die starke Entstellung der Sprache zeigt,²⁸⁾ als durch das Türkentum gefährdet darstellt, so ist es doch bis in die letzten Jahre im allgemeinen von Westen her sichtlich im Vordringen gewesen; insbesondere waren die alten Gebiete der Griechen an der Westküste in großem Aufschwunge begriffen, bis jüngst ihrer weiteren Ausbreitung entgegengetreten, Auswanderer aus Makedonien und Bulgarien zur Niederlassung eingeladen und zahlreiche Griechen zur Flucht auf die Inseln und ins Mutterland genötigt wurden.²⁹⁾ Kypros hat wiederholt den Anschluß an das Königreich gefordert.³⁰⁾ Griechen sind aber auch sonst in allen Handelsstädten des Ostens verbreitet; Alexandria steht der Earl of Cromer nicht an, eine wesentlich griechische Stadt zu nennen. Diese Griechen beschäftigten sich mit Handel und Industrie aller Art, sind Hausierer, Gast- und Kaffeehauswirte, Kellner, Haarkünstler, Kommissionäre und Agenten, Großhändler und Bankiers, vor allem auch Ärzte und Anwälte; sie wissen Ödland in ertragreichen Großgrundbesitz zu verwandeln, errichten an geeigneten Orten mit billigster Arbeitskraft Fabriken und schwingen sich, wie die Mavromati in Mersina, zu „ungekrönten Königen“ ganzer Landstriche auf. Der weitaus größte Teil des Handels und der industriellen

Unternehmungen im Osten liegt in ihren Händen. Das bekannte Sprichwort, das Griechen, Armenier und Juden hinsichtlich ihrer Geschäftstüchtigkeit vergleicht, kann je nach Absicht abgeändert werden und wird auch zu Ungunsten der Griechen, d. h. ihrer geschäftlichen Moral, ausgelegt; sicher ist, daß sie insgesamt und verdienftermaßen in ungleich besserem Rufe und ungleich größerem Ansehen stehen als ihre beiden Konkurrenten. Sie unterscheiden sich von diesen und von anderen hauptsächlich durch die bewußt großzügige Art der Haltung und Unternehmung und durch die vornehme, lebensfrohe und lebenskluge Anwendung, die sie von erworbenem Gelde zu machen wissen. Der Sinn für die edleren Aufgaben und Pflichten des Lebens hebt sie inmitten der Verflachung, die ein an sich leichtes Leben unter südlichem Himmel und ein ausschließlich auf Erwerb gerichtetes Streben herbeiführt, hoch über die meisten der sogenannten Levantiner, vor allem vermöge der Hingebung an die kräftigen Ideale ihres eigenen Volkstums. Überall in den Städten der Levante bewundert man, besonders in Smyrna, die Sauberkeit der griechischen Viertel, die einladende Nettigkeit der griechischen Häuser, die Ansehnlichkeit der griechischen Schulgebäude und Kirchen und anderer gemeinnütziger Anstalten. Nach dem Urteil erfahrener Reisender hängt die Erschließung und Ausnutzung der reichen Hilfsquellen des Orients ganz wesentlich von den Griechen ab; während die Europäer Eisenbahnen und Fahrstraßen bauen, Dampferlinien einrichten, große Einfuhr- und Ausfuhrhäuser schaffen, eröffnet der Grieche, dem keine Unternehmung zu gering ist und der in alle Teile des Landes, wo immer es etwas zu verdienen gibt, vordringt, die unzähligen kleinen Adern des Verkehrs, aus denen jenen großen Adern erst Leben und Inhalt zuströmt. Der Earl of Cromer erzählt, als er im Jahre 1889 den äußersten der damaligen englischen Posten im Sudan aufsuchte, der erst seit wenigen Tagen in eine wahrhaft entsetzliche Wildnis vorgeschoben worden war, habe er dort schon einen Griechen vorgefunden, der in einer Höhle einen Laden eingerichtet hatte und seinen wenigen Abnehmern Sardinien,

Biskuits usw. verkaufte. Aus solchen Kleinhändlern werden dann Großkaufleute von Chartum und Besitzer von Kaffeeplantagen in den Hochgebirgen des innersten Afrika. Bei aller Würdigung ihres Unternehmungsgeistes verschweigt Cromer nicht, daß ihm die Griechen der untersten Klassen gerade in Ägypten als Geldverleiher, Verkäufer von geistigen Getränken usw. keinen durchaus günstigen Einfluß auf die geschäftlich ungewandte mohammedanische Bevölkerung zu nehmen schienen. Um so lebhafter erkennt er aber an, daß die Griechen der höheren Stände eine wahre Wohltat für das Land, ohne Einschränkung, bedeuten und die Fahne der Zivilisation hoch in ihren Händen tragen; auch die griechischen Händler der mittleren Klasse bezeichnet er als größter Achtung wert. Die Griechen sind denn unleugbar auch die wichtigsten Träger und Vermittler des europäischen Wesens im Osten, denn der Grieche vermag sich durch seine außerordentliche Anpassungsfähigkeit in Lebensweise, Anschauungen und Ansprüchen aus einem bedürfnislosen Südländer leicht in einen Europäer zu verwandeln und als solcher vorbildlich und anregend in seiner Umgebung zu wirken; der Westeuropäer, namentlich der Engländer, ist dagegen durch eine so große Kluft von dem Orientalen getrennt, daß er es nicht der Mühe wert findet, sich ihm zu nähern oder ihn sich zu nähern, und überhaupt nicht nachgeahmt werden kann.³¹⁾

So stellt sich das Griechentum im Orient als das führende Kulturelement dar.

Wenden wir uns zurück nach „Europa“ in dem Sinne, in dem die Griechen und die Bewohner des Balkan überhaupt Europa ihrem Lande gegenüberstellen, so finden wir bekanntlich in allen großen Städten, namentlich den Seestädten aller Länder, griechische Kolonien; in Süditalien haben sich sogar einige alte Siedlungen, die freilich mehr und mehr der Italianisierung verfallen, erhalten.³²⁾ Aber auch jenseits des Ozeans sind die Griechen in großer Zahl in Nord- und Südamerika verbreitet, nicht minder in den Gebieten des fernen Ostens, in Indien und neuerdings in Australien. Überall gibt

es in diesen Kolonien Griechen, die zu großem Reichtum, zu hervorragendem Einfluß und Ansehen gelangt sind. Ein griechisches Welthaus, Brüder Rhallis, beherrscht den Indienhandel. In Österreich-Ungarn haben Triest, Budapest und Wien ansehnliche Niederlassungen namentlich makedonischer Griechen, und ihre Geschichte, kürzlich von dem Professor der Geschichte an der Universität Athen Spyridon P. Lambros in einem Vortrage behandelt, ist auch für uns von außerordentlichem Interesse.³³⁾ Um zu kennzeichnen, was edelgesinnte Hellenen auch ihrem zweiten Vaterlande bedeuten und welche vorbildliche Wirksamkeit sie im Dienste höchster menschlicher Zwecke zu entfalten wissen, genügt es, den Namen eines schon Verstorbenen zu nennen, dessen Andenken in Österreich immer in Ehren gehalten werden wird: Nikolaos Dumbas. Ohne anderen Völkern nahezutreten, darf man sagen, daß diese internationale Stellung das heutige Griechentum — ganz wie einst im Altertum — über andere Völker erhebt, deren Angehörige nicht oder kaum aus dem engen Kreise ihrer Heimat hervortreten, und daß zurzeit kein anderes Volk bei ähnlich geringer Anzahl von Volksgenossen, bis höchstens zehn Millionen, so viele betriebsame, an-gesehene, Bildung verbreitende, jede höhere Aufgabe opferwillig fördernde Söhne über weiteste Gebiete der Erde verstreut ihr eigen nennt. Und wie schon angedeutet, ist es für diese Griechen der Diaspora bezeichnend, daß sie trotz geschickter Anpassung an fremdes Wesen ihr eigenes Volkstum nicht aufgeben, in fremden, viel mächtigeren Ländern, in größeren, glänzenderen Verhältnissen doch immer mit unverbrüchlicher Liebe an ihrem kleinen Vaterland, an der bescheidenen Heimat hängen und alles, was in ihren Kräften steht, zur Hebung des Hellenismus, zur Förderung der nationalen Ziele tun. Millionen und Millionen werden von Griechen im Königreiche und außerhalb desselben für Schulen, Bibliotheken, wissenschaftliche Institute, Krankenhäuser und andere Wohltätigkeitsanstalten, für die Förderung nationaler, geschichtlicher, künstlerischer und gelehrter Bestrebungen, für

die Ausstattung und Versorgung ganzer Gemeinden, schließlich wie für die friedliche, so auch für die kriegerische Ausrüstung des Staates spendet. In Athen allein haben, um nur einige der hervorragenden Stiftungen zu erwähnen, Arsakis die nach ihm benannte Mädchenschule, eine Musteranstalt für den ganzen Osten, Varvakis ein Gymnasion, Hatzikostas das Waisenhaus, Simon Sinas die Sternwarte auf dem Hügel der Musen, sein Sohn die Akademie, die Brüder Vallianos die prächtige Bibliothek, die, nebenbei bemerkt, bis 10 Uhr abends offen gehalten und benutzt wird, drei Wohltäter aus Metsovo das Polytechnion, die beiden Zappas das Ausstellungsgebäude, Syngros ein Gefängnis, Averof das Stadion, Aretäos ein Krankenhaus, Rhizaris die Priesterschule erbauen lassen; nicht selten wird auch der Betrieb solcher Anstalten auf alle Zeiten gesichert. Ein Grieche, dessen Name bis dahin kaum bekannt war, Marinos Korgialegnos, Bankier in London, hat vor einigen Jahren die Regierung seines Vaterlandes durch das Anerbieten überrascht, für dessen Vertretungen in den Hauptstädten Europas durch eine Widmung angemessene Unterbringung zu schaffen. Solche Opferwilligkeit kommt nicht nur der Hauptstadt des Königreiches, sondern auch der Provinz zugute. Drei Epiroten aus Metsovo haben für ihr Heimatstädtchen, das, in seinem *Προσήλιον* genannten Hauptteil an einer sonnigen Talwand des Pindos aufsteigend, in einer Höhe von 1000 bis 1200 m und mit wenigen Häusern auf dem Talhange *Αφήλιον* gegenüber liegt, in der Weise gesorgt, daß eine Stiftung die Einwohner, etwa 5000, von allen Umlagen enthebt und nicht nur den Unterricht der Schulkinder, sondern auch ihre Verköstigung sichert.³⁴⁾ Die Sorge für öffentliche Wohlfahrt, für Erziehung und Unterricht insbesondere, darf als beispiellos bezeichnet werden.³⁵⁾ Hochgesinnte Frauen entfalten in dem *Σύνδεσμος τῶν Ἑλληνίδων* eine vorbildliche Wirksamkeit. Der literarische Verein Parnassos unterhält seit vielen Jahren eine Abendschule für all die kleinen Jungen, die sich in zartestem Alter als Stiefelputzer, Zeitungsverkäufer, Lohndiener, Boten usw. ihr Brot verdienen müssen, bewahrt

sie vor Ausbeutung und eröffnet ihnen durch angemessenen Unterricht die Möglichkeit des Aufstieges zu höheren Berufen; nicht selten gelangen diese begabten, anstelligten Burschen aus so bescheidenen Anfängen heraus in angesehene Stellungen und zu beträchtlichem Vermögen.

Man sage nicht etwa, daß mit Stiftungen der erwähnten Art notwendig und immer der eitle Wunsch dauernder Erhaltung des persönlichen Gedächtnisses verbunden sei. Die Universität Athen besteht heute aus zwei Universitäten, der Nationalen Universität, die früher den Namen König Ottos trug und jetzt nur die mathematisch-naturwissenschaftliche und medizinische Fakultät umfaßt, und die Kapodistrias-Universität, die sich aus der theologischen, juristischen und philosophischen Fakultät zusammensetzt. Diese letztere Universität wird aus der Stiftung eines Griechen erhalten, dessen Namen die wenigsten von Ihnen gehört haben werden: Joannis Tobolis. Von seinem Leben ist nicht viel bekannt. Im Jahre 1849 wendete er sich in Petersburg an den russischen Staatskanzler Fürsten Nesselrode mit der Mitteilung, er wünsche zugunsten einer griechischen Universität eine Stiftung zu machen; in seiner Jugend habe er seinem Freunde, dem Grafen Joannis Kapodistrias — der sich als erster Regent Griechenlands, vor der Einsetzung König Ottos, um das griechische Volksschulwesen Verdienste erworben hat — das Versprechen gegeben, den Ertrag seiner Lebensarbeit der Gründung einer nationalen Hochschule zuzuwenden; Gott habe sein Dasein, ein Dasein voll Arbeit und Entsagung, gesegnet; er sei glücklich, an dem Ende seiner Tage sein Gelöbnis zu erfüllen; die Universität solle fünfzig Jahre nach seinem Tode eröffnet werden und den Namen seines Freundes tragen. Der griechische Gesandte am Petersburger Hofe, Konstantinos Zographos, der Joannis Tobolis im nächsten Jahre besuchte, fand in ihm einen Greis, der in würdiger, aber bescheidener Behausung lebte und um keinen Preis zu bewegen war, von der Bestimmung abzugehen, daß die Universität erst in dem kommenden Jahrhundert ins Leben treten

solle. Das Millionenvermächtnis war bis zum Jahre 1906 so gewachsen, daß nunmehr aus seinem Ertragnis drei Fakultäten der Doppeluniversität, an der im Jahre 1911 nicht weniger als 3358 Hörer eingeschrieben waren, erhalten werden können.³⁶⁾

Ich muß es mir versagen, auf die Leistungen der Griechen auf den Gebieten der Literatur, Kunst und Wissenschaft einzugehen. Mit einer Aufzählung von Namen und fertigen Urteilen würde Ihnen nicht gedient sein. Wie Sie sahen, ist das griechische Volk in der kurzen Zeit seiner Freiheit vollauf mit den Aufgaben seiner materiellen und politischen Existenz beschäftigt gewesen; hatten die Griechen auf den ionischen Inseln, in Konstantinopel und sonst im Auslande unter glücklicheren Bedingungen gelebt, so war das Mutterland, wie ich in meinem zweiten Vortrage zu betonen noch Gelegenheit finden werde, traurigster Verarmung und Verwüstung anheimgefallen. Auch im Altertum ist die Blüte griechischer Kultur in Ionien und Attika erst auf dem Boden eines in Arbeit erworbenen Wohlstandes erwachsen; so erfordert es die Billigkeit, die Leistungen, welche die neuen Griechen bis heute aufzuweisen haben, weder an denen ihrer Vorfahren, noch an denen der europäischen Völker, von denen keines eine so beispiellos unglückliche Vergangenheit zu beklagen hat, zu messen und von ihnen nicht Hervorbringungen zu verlangen, die auch für uns gleich Großes bedeuten könnten.

Genug, daß Schriftsteller und Dichter, deren Werke kennen zu lernen den Sprachkundigen lohnt, für ihr eigenes Volkstum Anerkennenswertes und Erfreuliches geschaffen haben und daß es an Begabung und Tätigkeit zurzeit nicht fehlt und auch in Zukunft nicht fehlen wird.³⁷⁾ Allerdings ist hinderlich, daß eine einheitliche Sprachform noch nicht gefunden ist, neben Volksmundarten eine Durchschnittssprache der Gebildeten steht und eine Schriftsprache, die eine Annäherung an die antike Schriftsprache anstrebt. Mit Berufung auf patriotische und wissenschaftliche, künstlerische und didaktische Gründe ist in den letzten Jahrzehnten bald eine

Rückkehr zu einer antikisierenden, „reinen“ Sprache, bald möglichste Anlehnung an die Volkssprache befürwortet worden; beide Richtungen liegen auch heute noch in leidenschaftlich geführtem Kampfe, dem eine neue große Zeit, die angebrochen ist, und das Auftreten eines anerkannten Schriftstellers Entscheidung bringen wird.³⁸⁾ In der Bedeutung, die diese Frage für das gesamte geistige Leben der Nation gewonnen hat, drückt sich die ungeheure Last aus, die eine große Vergangenheit auf ein Volk legt; übrigens ist der Zwiespalt zwischen der Volks- und der Schriftsprache ein Erbeil des Altertums, der verhängnisvolle Bruch mit der Entwicklung ist nach den hellenistischen Jahrhunderten durch das Zurückgreifen des Klassizismus der römischen Zeit auf die frühere Glanzzeit des Griechentums herbeigeführt worden. Von Vertretern der bildenden Künste, die aus dem neuen Griechenland hervorgegangen sind, haben die bekanntesten in den größeren Verhältnissen des Auslandes gewirkt. In der Musik macht sich der Einfluß eines nach deutschem Vorbild errichteten, von Schülern und Schülerinnen aus dem ganzen Osten besuchten Konservatoriums schon jetzt geltend. Das ernste Theater ist durch die Gründung einer königlichen Bühne und der Neuen Bühne, die Konstantinos Christomanos, einst der Lehrer weiland Ihrer Majestät Kaiserin Elisabeth, ins Leben rief, gefördert worden; auch in den zahlreichen offenen Theatern der Sommerszeit finden Talente, wie die von Christomanos entdeckte Kyvéli, und bescheidenere Kräfte dankbare Zuschauer.

Hinsichtlich wissenschaftlicher Leistungen begnüge ich mich hervorzuheben, daß unter der Führung der im Jahre 1837 gegründeten archäologischen Gesellschaft sich die griechischen Altertumsforscher, unterstützt durch die Tätigkeit der fremden archäologischen Institute, deren ein französisches, deutsches, amerikanisches, britisches, österreichisches und italienisches in Athen besteht, um die Erforschung des alten Bodens und das Studium und die Erhaltung seiner Denkmäler große, allgemein gewürdigte Verdienste erworben haben.

Dankbar muß anerkannt werden, daß die griechische Regierung den Fremden jederzeit ein Anrecht auf die Erforschung der alten hellenischen Kultur, auf die alle europäische Kultur zurückgeht, zugestanden hat und alle Arbeiten, die von diesen zur Förderung der Kenntnis des Landes und seiner Vergangenheit unternommen werden, bereitwilligst und uneigennützig zu unterstützen pflegt. Die Erkenntlichkeit, welche wir alle dieser liberalen Auffassung der Verwaltung der griechischen Altertümer schulden, hat bei verschiedenen Gelegenheiten, namentlich bei dem ersten im Jahre 1905 in Athen abgehaltenen archäologischen Kongresse³⁹⁾ lebhaften Ausdruck gefunden; welche Hochschätzung Griechenland europäischer Wissenschaft entgegenbringt, welche liebenswürdige und vornehme Gastfreundschaft allen Besuchern des Landes erwiesen wird, hat sich auch bei anderen Anlässen, den olympischen Spielen der Jahre 1896 und 1906, der 75 jährigen Jubelfeier der Universität Athen, dem Orientalistenkongreß und der Wiener Universitätsreise, in glänzender und vorbildlicher Weise gezeigt. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß in Makedonien die griechische Regierung, an ihrer Spitze Stephanos Dragumis, ein hervorragender Staatsmann, der sich in seinen Mußestunden auch als hervorragender Altertumsforscher bewährt, unmittelbar nach dem Einmarsche der griechischen Truppen für die Denkmäler des Landes zu sorgen begonnen hat und daß griechische Ephoren um deren Erhaltung, um die Bergung der Schätze der Bibliotheken und um die Erforschung des Landes überhaupt selbst in Kriegszeiten mit Hingebung und rühmlichem Erfolge bemüht sind.⁴⁰⁾ Der Erforschung der Geschichte der griechischen Sprache, um die sich G. Hatzidakis besonders verdient gemacht hat, wird eifrige Fürsorge zugewendet.

In den Jahrhunderten der Not und Bedrängnis beruhte das Griechentum auf dem Geist der orthodoxen Kirche, die ihm sein Volkstum bewahrt hat und der alle Griechen in unverbrüchlicher Anhänglichkeit ergeben sind.⁴¹⁾ Nunmehr aber drängt sich, bei starrstem Festhalten an der religiösen

Überlieferung, die für das griechische Volk trotz aller Aufklärung bezeichnend ist, die Anknüpfung an die althellenische Gedankenwelt vor. An Stelle des byzantinischen Namens der Rhomäer tritt mehr und mehr der der Hellenen. Ein besonders sinnfälliges Zeichen dieser Erneuerung des klassischen Hellenismus ist der Aufschwung, den die Gymnastik, die eigenste und echtste Schöpfung des alten Griechentums und bis in späte Jahrhunderte sein kennzeichnender Vorzug vor den Barbaren,⁴²⁾ schon vor und hauptsächlich nach der Wiedereinführung der olympischen Spiele gewonnen hat, die in der Welt eine neue Zeit internationaler Verbrüderung im Zeichen des Sportes zu eröffnen schienen.⁴³⁾ Nur wer selbst ein Zuschauer der Veranstaltungen der Jahre 1896 und 1906 war, die in dem von Averof wiederaufgebauten Stadion des Lykurgos und Herodes Attikos stattfanden; nur wer die alljährlich im Frühling wiederholten Schaustellungen griechischer Jünglinge und Mädchen, die Vorführung ernster griechischer Tänze auf diesem schönsten Festplatz der ganzen Erde bewundern konnte; wer die Begeisterung miterlebte, mit der Tausende und Tausende in dem herrlichen Licht der attischen Sonne die Sieger in den Spielen und die schmucke Jugend begrüßten, wird die Macht des neuen, dem Altertum zugewendeten Hellenismus, seinen Stolz und seine berechtigten Hoffnungen begriffen haben. Dieser neue Hellenismus und die Rückkehr zu den Überlieferungen des Altertums weisen aber Griechenland nach Westeuropa, zu uns, die wir unsere Kultur auf der antiken, der althellenischen aufgebaut und, wir dürfen es ohne Überhebung sagen, das aus griechischer Hand empfangene Erbe treulich bewahrt und stetig gemehrt haben. In Griechenland ist dies bekannt und anerkannt. Unsere Wiener Universitätsreise hat Bande herzlichster Sympathie zwischen der ersten Bildungsstätte des Hellenismus und des ganzen Ostens überhaupt und der ersten Bildungsstätte Österreichs geschaffen. Es wird an uns liegen, diese Beziehungen zum neuen Griechentum, abgesehen von allen Gründen der Politik und Wirtschaft, über die zu sprechen

nicht meine Sache ist, in der nächsten Zukunft noch inniger und wirksamer zu gestalten und auf allen Gebieten, nicht bloß dem wissenschaftlichen, zum Besten Österreich-Ungarns und Griechenlands auszubauen.

II.

Wenn ich versuche, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Königreiches, und zwar vornehmlich des alten Königreiches in der Ausdehnung, die dieses bis zum Bukarester Frieden besessen hat, darzustellen,¹⁾ so liegt es für mich als Altertumsforscher, der neben dem Bilde der Gegenwart das der Vergangenheit vor Augen hat und dieses andeutend in weiter Ferne auch Ihnen erscheinen lassen möchte, nahe, an ein Wort des Schriftstellers anzuknüpfen, der den weltgeschichtlichen Kampf der Großmacht der Perser und der griechischen Freistaaten beschrieben und als Teil eines dauernden Kampfes zwischen Asien und Europa aufgefaßt hat. Dieser Schriftsteller, der „Vater der Geschichte“, Sie kennen seinen Namen, ist Herodot. Aus der Stadt Halikarnassos stammend, war er an der Westküste Kleinasiens zu Hause, die Festland und Inseln, ragende Berge und gesegnete Täler mächtiger Flüsse in einem Einklange von solcher Größe und Heiterkeit vereinigt, daß sich auch heute jedem das Herz weitet, der aus der engeren und ernsteren griechischen Landschaft, erfüllt von ihrer heroischen Schönheit, an die östlichen Gestade des Ägäischen Meeres kommt. Auf seinen Reisen hat Herodot kennen gelernt, was von der Welt damals sehenswert und erreichbar war; er hat das Delta und das Tal des Nil, das Zweistromland des Euphrat und Tigris gesehen, Olbia in Südrußland — die Getreidekammer, aus der griechische Kaufleute auf ihren Schiffen, wenn sie die Fracht von Öl und Wein ausgeladen hatten, Brotfrucht in ihre Heimat sandten —, die üppigen Fluren Unteritaliens und Siziliens; und mit diesen Gebieten mochte er die Ebene Messeniens und das Eurotastal, das „durstige Argos“, die

Fluren von Elis und Achaia, die Gefilde Böotiens und Thessaliens vergleichen, um festzustellen, wie bescheiden das beste griechische Fruchtland an Ausdehnung und Ertrag war; mußten nicht viele von Hellas besten Söhnen, da sie ihr Vaterland nicht ernähren konnte, in der Fremde, nicht nur als Kaufleute und Seefahrer Erwerb, sondern auch als Söldner Dienst suchen, oder sich in barbarischen Ländern eine neue Heimat gründen? Und wie mühsam war die Arbeit auf Hellas' kargem Boden. Lag nicht vor den Toren Athens ein Grundstück, das man das steuerfreie nannte? Dort hatte einst Peisistratos auf einem seiner Ausgänge einen Mann zwischen Felsen mit der Hacke arbeiten sehen, erstaunt durch seinen Begleiter fragen lassen, was denn das Grundstück hervorbringe, und, unerkant, den Bescheid erhalten: „Nichts als Mühsal und Plage, und von dieser Mühsal und dieser Plage muß Peisistratos der Zehnte gegeben werden“ — worauf Peisistratos den Mann seiner Wahrheitsliebe und Arbeitsamkeit wegen belobt und sein Grundstück für alle Zeit abgabefrei erklärt haben soll. Und war nicht den Athenern der perikleischen Zeit die Meinung geläufig, daß Attika der Dürftigkeit seines Bodens wegen von Eroberung und Einwanderung, soweit geschichtliche Erinnerung reichte, verschont geblieben sei? Von solcher Anschauung griechischer Verhältnisse aus läßt Herodot den vertriebenen Spartanerkönig Damaratos in der Rede, in der er Xerxes von dem Zuge gegen seine Heimat abrät, sagen: „In Hellas war Armut von jeher zu Hause.“²⁾

In der Tat ist Hellas so klein und so wenig fruchtbar, seiner natürlichen Beschaffenheit nach so zersplittert, daß es nur unter besonderen Bedingungen auf dem Weltmarkte, in der Weltpolitik und in der Weltkultur Bedeutung erlangen konnte. Diese besonderen Bedingungen waren im Altertum, namentlich im sechsten bis vierten Jahrhundert v. Chr., gegeben, als Griechenland in der Mitte der damaligen großen Handelsgebiete lag und ein ungewöhnlich reich beanlagtes, jugendfrisches Volk die Vielgestaltigkeit des Landes und seine für die Schifffahrt unvergleichlich günstige Küstenbildung in rührigster

Weise auszunützen und die Führung im Kreise der Mittelmeervölker zu erringen wußte.

Ein geistvoller englischer Nationalökonom, Alfred E. Zimmern, hat kürzlich in einem in jeder Hinsicht bedeutenden Buche: *The greek commonwealth, politics and economics in fifth-century Athens* (1911), p. 207 ff., Herodots Wort über Griechenlands Armut hervorgeholt, um uns nachdrücklich vorzustellen, daß die alten Hellenen, die der Welt die Zivilisation geschenkt haben, nach unseren heutigen Begriffen in außerordentlicher Dürftigkeit lebten, daß sie weit entfernt waren von der allerdings eigentümlich englischen Auffassung, die Hauptsache im Leben sei „to be comfortable“; daß sie, ganz anders als wir Spätgeborenen, mit den Bedingungen ihrer Existenz und den Kräften der Natur, die sie weder so verstanden noch so beherrschen und sich nutzbar machen konnten wie wir heutzutage, dauernd zu ringen hatten; daß wir ihnen nicht vorwerfen dürfen, was sie ungetan gelassen haben — wie starker Berichtigung die landläufige Meinung in dieser Hinsicht bedarf, zeigt Hermann Diels' schönes Buch über die antike Technik — sondern daß wir vor allem das Geschick und die Liebe, die Entsagung und die Unermüdlichkeit schätzen müssen, mit der ihr Idealismus, wie der Idealismus aller Armen, den ungleichen Kampf mit den irdischen Nöten geführt hat.

Die höchsten Leistungen dieses Idealismus knüpfen sich bekanntlich an das attische Reich des fünften Jahrhunderts und die nächstfolgende Zeit. Nach dem Siege über die Perser hat Athen versucht, die Kräfte des Hellenentums im Dienste der Grundsätze zusammenzufassen, die in der Rede, die Thukydides Perikles zu Ehren der im Kriege gefallenen Athener halten läßt, ihren ewig unübertroffenen Ausdruck gefunden haben. Zur Erreichung dieser Ziele sah sich die athenische Demokratie zu einer Politik der Erweiterung der Seeherrschaft, der Unterwerfung der Griechenwelt gedrängt, die den peloponnesischen Krieg und den Zusammenbruch des Reiches herbeigeführt hat; zu einer imperialistischen Politik, wie wir

sagen dürfen, welche die Konzentration des Welthandels in athenischen Händen, im Hafen Athens, dem Piräus, angestrebt hat und unter anderem, wie auf Stein erhaltene Volksbeschlüsse lehren, selbst zur Kontingentierung der Getreidezufuhr für befreundete Staaten schritt; der Zwang, der heute solche Maßnahmen aufdrängt, hat sich eben auch im Altertum als wirksam erwiesen. Sich vom Auslande unabhängig zu stellen, war das unablässige, in zunehmend größeren Verhältnissen immer vergeblichere Bemühen der kleinen Gemeinwesen, in die Hellas, das bis in das abgelaufene Jahrhundert hinein niemals ein einheitliches, selbständiges Staatswesen gebildet hat, zerfiel; in unseren weiträumigen staatlichen Gemeinschaften und ungleich ausgedehnteren wirtschaftlichen Verbänden haben wir die Bedeutung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, der Autarkie, dieses Schlagwortes der alten griechischen Politik, erst in den Zeiten des Weltkrieges verstehen und schätzen gelernt.³⁾

Vor allem handelte es sich für die griechischen Staaten um die Sicherung der Getreidezufuhr und ihres Handels mit dem Gebiete, aus dem diese hauptsächlich erfolgte; ihretwegen hat Athen seit den Zeiten des Solon und Peisistratos die Meerengen des Hellespontos und Bosporos in seine Hand zu bringen getrachtet, hat Rhodos am Ende des dritten Jahrhunderts v. Chr. einen Krieg gegen die Byzantier unternommen, als diese in finanzieller Bedrängnis gewagt hatten, die Durchfahrt durch schwere Auflagen zu schädigen. Ja, ein englischer Gelehrter, Walter Leaf, hat kürzlich in seinem Buche: *Troy, a study in Homeric geography* (1912), p. 261 ff. die blendende Hypothese aufgestellt, der trojanische Krieg sei zwar vielleicht, wie sagenhafte und dichterische Erklärung behauptet, der schönen Helene wegen geführt worden, seinem eigentlichen Grunde nach sei er der erste geschichtliche Kampf um die Freiheit der Meerengen zum Zwecke gesicherter Handelsverbindung zwischen Griechenland und den Ländern des Schwarzen Meeres: „The ostensible cause of war is almost always some point of honour; the ultimate cause is, almost without exception, economic.“

Es ist mir nicht gestattet, bei der Wirtschaftsgeschichte des Altertums länger zu verweilen, so reizvoll es wäre, ihre Bedingungen im Lichte neuerer Anschauungen und Verhältnisse zu erörtern, beispielsweise auf Grund der Angaben, die wir in Schriftstellern und Inschriften über die Ertragnisse verpachteter Zolleinnahmen finden, unsere Berechnung der Handelsbewegung im Piräus, in Delos und in Rhodos vorzuführen. Ich kann nur andeuten, wie die mit der Zeit eintretende Verschiebung der Weltlage zum Nachteil Griechenlands dieses bei seiner Kleinheit, seiner Zersplitterung und der Armut seines Bodens in Bedeutungslosigkeit versinken ließ; seine Blüte war auf einige Jahrhunderte beschränkt, weil es des natürlichen Reichtums entbehrt, der glücklicheren Ländern, z. B. Italien, selbst in ungünstigen Zeiten eine gewisse Bedeutung sichert.⁴⁾

Jahrhunderte überspringend, führe ich Sie in die Zeiten der Türkenherrschaft, in denen infolge der Ausschaltung des Ägäischen Meeres aus dem damaligen Weltverkehr die wieder belebte Schifffahrt sich in einem großartig betriebenen Seeräubertum äußerte. Im Zusammenhange mit dem Seeräubertum, das stets in umgekehrtem Verhältnis zum jeweiligen Umfange friedlichen Seeverkehres stand, haben sich im Bereich der Ägäis beachtenswerte Verschiebungen der Siedlungen vollzogen. Die antiken Städte lagen zumeist an der Küste; schon im zweiten Jahrtausend, als die kretische Seeherrschaft, die sich an Minos' Namen knüpft, die Sicherheit der See und der ihr nahe gelegenen, unbefestigt gelassenen Ansiedlungen verbürgte. Im Mittelalter mußten die Siedlungen in das Binnenland verlegt werden, die Bewohner zogen sich in feste Bergstädte zurück; erst in der neuesten Zeit, seit mit Griechenlands Befreiung Sicherheit und Friede wiederkehrten, wagte die Bevölkerung ihre Siedlungen wieder an die See vorzuschieben und sich in freier Zerstreung über das Land auszubreiten. Die infolge der Unsicherheit des Meeres in früherer Zeit eingetretene Entvölkerung der Küste wirkt aber insofern nach, als noch heute im Verhältnis zu deren Entwick-

lung die Zahl der Seeleute und der Fischer eine geringe ist. Jenes Seeräubertum des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts war, wie A. Philippson, dessen Ausführungen ich folge, richtig sagt, die Vorschule für die im achtzehnten neu aufblühende griechische Schifffahrt. Von den der argolischen und kleinasiatischen Küste vorgelagerten Inseln aus bemächtigte sich diese des Getreidehandels der Länder um das Schwarze Meer und gewann dort für die Erzeugnisse der griechischen Inseln, namentlich für ihren Wein — ganz wie einst im Altertum — Absatzgebiete. Einen selbständigen Mittelpunkt fand diese Schifffahrt, als während des Freiheitskrieges Flüchtlinge von Chios, Psara und anderen Inseln, die der Rache der Türken anheimgefallen waren, die Stadt Hermupolis auf der Insel Syros gründeten. Diese Stadt, später gemeiniglich Syra genannt, wurde der bedeutendste Handelsplatz der ganzen Inselwelt und des neuen Königreiches und auch der Knotenpunkt der sich entwickelnden Dampfschifffahrt. In dieser Stellung hielt sich Syra bis zum Jahre 1882; seither hat sich der Handel nach dem Piräus gezogen und ist Syra zwischen diesem Hafen im Westen und dem mächtigen Smyrna im Osten zum lokalen Markt und Handelsplatz der Kykladen herabgesunken.⁵⁾

Um so größeren Aufschwung hat der Piräus genommen. Er war zur Zeit der Begründung des Königreiches gänzlich verödet, selbst der Name war in Vergessenheit geraten; man nannte ihn Porto Leone, nach einem steinernen Löwen, den die Venezianer übrigens im Jahre 1687 nach Venedig entführt hatten. Als der deutsche Archäologe Ludwig Roß und der französische Dichter Alphonse de Lamartine im Jahre 1832 im Piräus landeten, fanden sie am Strande nur „etwa ein Dutzend kläglicher, aus Erde und Brettern mehr zusammengeleimter als aufgeführter Hütten“. ⁶⁾ Heute ist der Piräus einer der stattlichsten Häfen der Levante; an das in immer zunehmender Erweiterung geschützte Hafenbecken schließt eine Stadt von weit über 80.000 Einwohnern. 4291 Dampfer liefen im Jahre 1913 ein, aus dem Auslande kamen

435 griechische, 376 österreichisch-ungarische Schiffe; freuen wir uns festzustellen, daß, wenn nicht der Zahl, so dem Tonnengehalte der Fahrzeuge nach unsere Flagge in dem ersten Hafen des griechischen Königreiches an erster Stelle steht

Seinen Aufschwung verdankt der Hafen der Hauptstadt des Königreiches den außerordentlichen Vorzügen seiner Lage und dem Umstande, daß er der Mittelpunkt des griechischen Getreidehandels geworden ist, der namentlich früher nicht nur der Versorgung des eigenen Landes, sondern vor allem Englands mit Brotfrucht aus den Getreidekammern Südrußlands diente; im Zusammenhange mit dem Getreidehandel wurde der Piräus der Sitz zahlreicher Mühlen und anderer größerer Betriebe. Denn ebensowenig wie das alte, vermag das neue Griechenland von seiner eigenen Getreideproduktion zu leben, trotzdem es als vorwiegend landwirtschaftlicher Staat bezeichnet werden muß.

Aber die allgemeinen Bedingungen sind dem Ackerbau nicht günstig. Das angebaute Land wird auf kaum ein Fünftel der gesamten Fläche geschätzt. Meer und Gebirge treten in Griechenland in so nahe Berührung wie sonst selten auf der Erde; fast überall ist das Flachland von dem meist in kühnen Formen aufragenden Bergland erdrückt; kleine fruchtbare Ebenen sind eingebettet zwischen weiten verkarsteten Höhen; so groß ist die Steile der Hänge und die Enge des Raumes, daß die Gemarkungen mancher Dörfer von den Korinthefeldern und Orangengärten der Küste bis über die Baumgrenze, die in einer Höhe von 1800 bis 2000 m läuft, reichen und ihre Bewohner zu den verschiedensten wirtschaftlichen Betätigungen gezwungen werden. So zerfällt Griechenland, die größten Gegensätze zusammendrängend, in eine Reihe gesonderter Gaue und Kulturzentren, die über Land meist nur durch außerordentlich schwierigen Verkehr, sonst nur durch die See verbunden sind. Die Ostküste hat den Vorzug, eine Reihe größerer Becken, von denen das thessalische das ansehnlichste ist, und reichere Gliederung aufzuweisen; die

Westküste erfreut sich günstigerer Bodenverhältnisse und viel reichlicherer Befeuchtung. So sind auch die ihr vorgelagerten Inseln fruchtbarer als die des Ägäischen Meeres, die mit Ausnahme der größten: Euböa, Kreta, Lesbos, ärmlicher ausgestattet sind. Diese Eigentümlichkeiten erklären die Verschiedenheit und Vielgestaltigkeit der Bedingungen, unter denen die Bewohner des heutigen wie des alten Griechenland leben, auch die großen Unterschiede der Stärke der Besiedelung; sinkt doch in mancher rauhen Gebirgslandschaft und auf mancher felsigen Insel die Volksdichte auf zehn, ja auf fünf Einwohner für den Quadratkilometer, während sie sich in Ebenen, auch solchen ohne größere Städte, auf 120 bis 140, auf der Insel Korfu sogar auf 146 erhebt. Im ganzen alten Königreiche betrug die Volksdichte nur 41 auf den Quadratkilometer, das ist etwas mehr als die Dichte der Bevölkerung, die von unseren Kronländern Kärnten (39) zu verzeichnen hat; in den neuerworbenen Gebieten beträgt sie 37.

Die beste Entwicklung zeigen unter solchen Umständen die der Schifffahrt zugänglichen Küstenebenen und Inseln.

Viel geringer aber als das angebaute ist an Ausdehnung das wirklich fruchtbare Land. Noch sind im Königreich weite Strecken nur als Weideland oder überhaupt nicht ausgenützt, während umgekehrt in den Bergen, in denen sich in der Zeit der Türken die Bevölkerung, diesen die fruchtbareren Niederungen überlassend, zusammendrängte, oder auf den Inseln nicht selten jedes brauchbare Fleckchen vermöge sorgsamsten Terrassenbaues verwertet ist. Der arbeitsame Peloponnesier sitzt zumeist auf ganz kleinem Grundbesitz; größerer Grundbesitz findet sich in Mittelgriechenland und besonders in Thessalien und in dem neuerworbenen Makedonien; in diesen Gebieten ist die Lage der ländlichen Bevölkerung eine zum Teil traurige zu nennen. In den alten Provinzen waren nämlich im Freiheitskriege die mohamedanischen Grundherren einfach vertrieben worden und so hat sich dort ein kleiner Grundbesitz gebildet, der es durch Fleiß zu einem gewissen Grade von Wohlhabenheit bringt; in

Thessalien aber, das erst im Jahre 1881 mit dem Königreich vereinigt wurde, herrschte wie in Makedonien das türkische Tschiftlikssystem, und wenn auch jetzt die Herren dieser einstigen Lehengüter meist Griechen sind, so haben sie doch das türkische System der Bewirtschaftung durch Kolonen übernommen, die in Armut und Verkommenheit die Kultur zu heben weder gewillt noch imstande sind, in drückender Abhängigkeit von ihren Herren leben und mit Neid auf die Dörfer der freien Bauern sehen. Das sind Verhältnisse, die, wie der frühere deutsche Konsul in Volo, Herr K. Tsopotós, gezeigt hat, auf die Besitzordnung vortürkischer Zeit zurückgehen; schon im Altertum ließ der thessalische Adel seine Güter durch die unterworfenen Penesten bewirtschaften. Die Notlage und Unzufriedenheit der thessalischen Bauernschaft, die mangelhafte Ausnützung des großen und das Fehlen selbständigen kleinen Besitztums hat seit Jahren die ernste Fürsorge der griechischen Regierung beschäftigt; ansehnliche Gebiete sind angekauft und an die Bauern verteilt worden, doch hat man eingesehen, daß die gänzliche Beseitigung des Großgrundbesitzes durch Erwerbung aller Tschiftliks und völlige Aufteilung an Stelle leistungsfähiger Großbetriebe den viel weniger ertragreichen Kleinbau setzen würde; daher werden in Zukunft die großen Güter nur um einen Teil ihres Bodens durch Enteignung verkürzt und auch Güter mittleren Umfanges geschaffen werden.⁷⁾ Gerade in Thessalien zeigen sich die Vorzüge des Großbetriebes auch in der zunehmenden Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen, die um so wertvollere Dienste leisten, als während der Ernte Mangel an Arbeitern herrscht und die vorhandenen und zuwandernden Kräfte sehr teuer sind. Leider ist an der Einfuhr solcher Maschinen und Geräte Österreich-Ungarn nur sehr wenig beteiligt; die Herstellung von modernen Pflügen hat die griechische Industrie nun selbst und mit solchem Erfolge aufgenommen, daß die fremde Einfuhr bereits zurückgedrängt ist. Trotz solcher Fortschritte in einzelnen Gebieten begegnet man in Griechenland dem altertümlichen Holzpflug noch

immer nicht selten, auch gewöhnt sich der Bauer nur mühsam an die Benützung von Düngung und künstlicher Bewässerung.

Zur Hebung der Landwirtschaft ist eine verdienstlich wirkende Landwirtschaftsgesellschaft und im Jahre 1910 ein eigenes Ackerbauministerium geschaffen worden.

Noch sind große Aufgaben zu lösen, vor allem sind Regulierungen der Flüsse, die in der Regenzeit oft mit außerordentlicher Wasserführung zerstörend auftreten, und Entschumpfungen in großem Maße durchzuführen. Mehrere Seen, die von den Geographen als Katavothren-Seen bezeichnet werden, abflußlose Becken, sind im Peloponnes und anderswo zur Gänze oder teilweise trockengelegt worden; die Wässer des stymphalischen Sees sollen aus den Bergen Arkadiens über den Isthmos von Korinth nach Athen geleitet werden; die Trockenlegung des Kopaissees in Mittelgriechenland, schon im zweiten Jahrtausend v. Chr. durch die Minyer von Orchomenos durchgeführt, dann im vierten Jahrhundert Gegenstand eines von Alexander dem Großen geförderten Planes des Ingenieurs Krates, ist durch eine französische Gesellschaft begonnen, durch eine englische beendet worden; 24.000 Hektar sind dem Sumpfe abgewonnen und jetzt zum Teile mit Baumwolle bepflanzt. Ähnliche Arbeiten sind in großem Umfange in Thessalien in Angriff genommen worden; auch sonst ist man an vielen Orten mit der Beseitigung der kleinen Sümpfe beschäftigt, die als Quellsümpfe, als Reste von Überschwemmungen, am Strande des Meeres die Gesundheit der Bevölkerung, der Malaria als Herde dienend, gefährden. Sehr bedeutende Aufgaben dieser Art stellt Neugriechenland, sowohl in den Mündungsgebieten der großen Flüsse, namentlich in der nächsten Umgebung von Saloniki, als auch in den Becken der Berglandschaften.⁸⁾

Ogleich die gebirgige Gestaltung des Landes, die schwierigen Verkehrsverhältnisse, das Fehlen billiger Arbeitskräfte, der Mangel an Kapital und Kredit der Landwirtschaft hinderlich sind, ist die bebaute Fläche im Zunehmen begriffen; namentlich ist auf Kosten des Getreidebaues das Areal der

Pflanzungen und Fruchtgärten gestiegen, weil diese bei der steigenden Nachfrage nach ihren Erzeugnissen erheblich höheren Ertrag liefern und das eingeführte Getreide meist besser und trotz hohen Zolles wohlfeiler ist als das einheimische.

Weitaus das wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnis Griechenlands ist die Korinthe, bekanntlich eine kleinere Abart der Weintraube, die zu ihrem Gedeihen einen kalkhaltigen, trockenen Boden in guter Küstenlage braucht. Sie gedeiht insbesondere auf den Inseln Zakynthos, Kephallenia, in den Ebenen und dem Hügellande des nördlichen und westlichen Peloponnes, in Ätolien und einigen Strichen Euböas. Versuche, sie anderwärts einzuführen, haben sowohl in Nordgriechenland wie im übrigen Europa und in Kleinasien, Afrika und Amerika fehlgeschlagen. So erklärt sich die große Bedeutung, welche die Korinthe, in England und Amerika als Zusatz zu süßen und Mehlspeisen und als Nahrungsmittel geschätzt, in Frankreich in Massen zur Weinbereitung verwendet, auch als Farbstoff dienend und in der Spiritusindustrie des eigenen Landes verarbeitet, für Griechenland besitzt.⁹⁾

Seltsamerweise ist über das erste Auftreten der Korinthen im Handelsleben wenig bekannt. J. Partsch hat gezeigt, daß sie schon in Pegolottis um das Jahr 1340 geschriebener *Pratica della mercatura* erwähnt ist; in dieser Schrift werden als Häfen für „*uve passe di Coranto*“ erwähnt Chiarenza, das ist Glarentsa, wovon der Duc of Clarence seinen Namen hat, der Hafen des prächtigen, erst 1825 durch Ibrahim Pascha zerstörten mittelalterlichen Fürstensitzes Chlemutzi auf der Höhe des westlichsten Vorgebirges des Peloponnes, und *Coranto*, das ist Korinth. Wahrscheinlich waren die Korinthen auch dem Altertum nicht unbekannt, nur damals weniger geschätzt als heute; Aristoteles hat die Frage aufgeworfen, wie es kommt, daß bei gewissen Früchten die kleinbeerigen Arten keine oder nur sehr unvollkommene Kerne haben. Im sechzehnten Jahrhundert haben sich die Venezianer zugunsten

der Erhaltung des Getreidebaues auf Kephallenia bereits zu Gewaltmaßregeln gegen den Korinthenbau genötigt gesehen. Der kurz vor der Mitte des abgelaufenen Jahrhunderts im Königreiche einsetzende Aufschwung des Korinthenbaues hat in der Tat dazu geführt, daß in den früher genannten Landschaften die Korinthen fast alle anderen Früchte verdrängten; Scharen von Kolonisten aus den Bergen besetzten die in den Ebenen noch freien Grundstücke und die Korinthengegenden wurden mit ihren stattlichen Dörfern die reichsten Gebiete Griechenlands. Die Stadt Patras, deren Hafen der Ausfuhr dieser Ware dient, nahm einen bedeutenden Aufschwung (1879: 25.000, 1889: 34.000 Einwohner). Die Gesamtproduktion hat sich von dem Jahre 1830 bis zum Jahre 1903 auf das 38fache gesteigert. Da aber einem Ertrag von etwa 350 Millionen venezianische Pfund nur eine Nachfrage von etwa 220 Millionen gegenüberstand, trat ein rasches Fallen der Preise und eine große Zunahme der Vorräte ein. So kam es im Jahre 1893 zu einer argen Krise. Vergebens versuchte man durch Zurückhaltung eines dem Ernteertrag angepaßten Teiles der Produktion und durch Einführung eines in natura zu zahlenden Ausfuhrzolles abzuhelpen; der einzige Ausweg war schließlich die gesetzliche Einschränkung der Kulturen und die Monopolisierung des Korinthenhandels in den Händen einer unter Beteiligung französischer und englischer Banken im Jahre 1904 gegründeten Gesellschaft. Ein sehr verwickeltes System sucht nunmehr Produktion und Ausfuhr zu regeln; der Überproduktion wird durch Ausrodung minderwertiger Kulturen entgegengearbeitet, die freiwerdenden Äcker kommen dem Anbau von Baumwolle, von Kartoffeln, die bereits einen Gegenstand der Ausfuhr bilden, und von Obst zugute.

Der Gesamtertrag betrug im Jahre 1911: 350 Millionen venezianische Pfund (160 Millionen Kilogramm), im Jahre 1913: 328. Die Ausfuhr, im Jahre 1912: 225 Millionen Pfund im Werte von über 40¹/₂ Millionen Francs, geht hauptsächlich nach Großbritannien; Amerika und Deutschland — Hamburg ist

ein wichtiger Handelsplatz für Korinthen — sind mit ungefähr einem Achtel beteiligt. Da der Wert der gesamten griechischen Ausfuhr im Jahre 1911 fast 141 Millionen Francs betrug, im Jahre 1912 des Balkankrieges wegen nur $127\frac{1}{2}$, 1913 nur $108\frac{3}{4}$ Millionen, stellt die Ausfuhr der Korinthen, die in diesen Jahren einen Wert von 46,7, 40,6, 34,2 Millionen erreichte, nahezu ein Drittel der gesamten Ausfuhr des alten Königreiches dar und deckt reichlich die Kosten der Getreideeinfuhr, die hauptsächlich aus Rußland, aber auch aus der Türkei, aus Rumänien, Serbien und neuestens auch aus Nordamerika erfolgt. Dieser Getreideeinfuhr bedürfen namentlich die Inseln, die korinthen- und weinbautreibenden Gegenden, und die Schifferorte; einige Gebirgsgegenden kommen für ihren eigenen Bedarf auf, Thessalien aber, das ungefähr die Hälfte des mit Weizen bebauten Areals des alten Königreiches aufweist und noch viel mehr aufweisen könnte, vermag sogar Brotfrucht abzugeben; man sieht, wie ungünstig es für das bei seiner Gründung von den Mächten mit allzu kärglichem Gebiet ausgestattete Königreich war, daß gerade diese Provinzen, wie die reichen ionischen Inseln und Kreta, in fremden Händen verblieben. Die Frage, ob Griechenland seinen eigenen Getreidebedarf völlig zu decken vermöge, wird unter Voraussetzung der Ausdehnung der Anbaufläche und der Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens bejaht. Da Makedonien, jetzt freilich verwüstet, Getreide auszuführen in der Lage ist, wird die Angliederung der neuen Provinzen das Verhältnis zwischen eigener Leistung und eigenem Bedarfe günstiger gestalten; auch liefert der Getreidebau im alten Königreiche selbst zunehmende Erträge, die freilich kaum drei Viertel des ganzen Erfordernisses zu decken vermögen.¹⁰⁾

Als zweitwichtigste Frucht des griechischen Landbaues ist der Wein zu nennen. Man berechnet, daß in Griechenland, dem alten Königreich, Weinreben- und Korinthenpflanzungen 4 % des gesamten Bodens einnehmen, 25 % der angebauten Fläche; somit steht Griechenland in bezug auf den Anteil

dieser Pflanzungen an dem angebauten Boden allen anderen Ländern weit voran. Und der Wein gedeiht bei einiger Pflege in außerordentlicher Fülle und Güte und in großer Mannigfaltigkeit der Sorten. Mangelhafte Fürsorge ist aber bisher der Ausfuhr nach Europa hinderlich gewesen, doch haben größere Gesellschaften, namentlich die deutsche Gesellschaft Achaia, und einzelne Geschäftshäuser bessere Methoden eingeführt. Als stärkster Käufer pflegt Frankreich aufzutreten und zur Verbesserung der eigenen Weine die minderwertigsten griechischen Sorten zu beziehen, von denen der Liter auf 10 bis 11 Centimes zu stehen kommt. Doch wird von manchen Orten, z. B. Histiaa auf Euböa, dessen Trauben schon Homer rühmt, nach Sicherung des bescheidenen örtlichen Bedarfes auch trefflichster Wein nach Bordeaux ausgeführt; fast zur Gänze dem Auslande zugute kommend, bleibt er daher im eigenen Lande fast unbekannt und ungewürdigt. Von den Inseln lebt Thera (Santorin) geradezu von der Ausfuhr seiner auf vulkanischem Boden herrlich gedeihenden Weine. Kenner prophezeien dem Weinbau in Griechenland eine große Zukunft und meinen, daß sich der materielle Fortschritt des Landes wesentlich auf ihn gründen werde.

Allbekannt ist, daß sich Griechenland für die Zucht des Ölbaumes besonders eignet. Im Altertum hat das Öl einen wichtigen Gegenstand der Ausfuhr gebildet. Auf Korfu haben die Venezianer, um von der fremden Ölzufuhr unabhängig zu werden, die Pflanzung des Ölbaumes so gefördert, daß die Insel heute förmliche Ölwälder und ungefähr drei Millionen Ölbäume aufweist und in gewissen Gegenden auf jeden Kopf der Bevölkerung 150—200 Ölbäume kommen. Da fast regelmäßig gute und schlechte Jahre wechseln und in den letzteren der Ertrag auf ungefähr ein Viertel der guten Ernte herabsinkt, zeigt die Produktion außerordentliche Schwankungen. Leider geschieht das Sammeln der Früchte vielfach noch in ganz primitiver Weise, indem diese entweder überreif auf dem Boden aufgelesen oder vom Baume mit Stöcken heruntergeschlagen werden; auch läßt das Pressen sehr zu

wünschen, zumeist wird das Öl im Ausland geklärt. Für die Oliven sind hauptsächlich die Länder der orthodoxen Kirche und die Staaten, welche griechische Kolonien haben, Abnehmer, Rußland, Ägypten, Amerika; das griechische Olivenöl geht vornehmlich nach Italien und kommt von dort, geklärt, als teures Fabrikat in den Handel. Besonders reichen Ertrag weisen die Inseln Kreta und Lesbos auf; nach der Höhe des türkischen Zehnten ist der Wert des Ertrages an Öl in guten Jahren auf Kreta auf 15 bis 20 Millionen, auf Lesbos auf über 23 bis über 25 Millionen Francs geschätzt worden.¹¹⁾

Von nicht geringer Bedeutung sind schließlich Feigen und Agrumen (Orangen und Mandarinen), sowohl für den Bedarf des eigenen Landes wie für die Ausfuhr. Die Obst- und auch die Gemüsekultur Griechenlands ist in raschem Aufschwung begriffen.

Von zahlreichen Reisenden, denen ein kurzer Aufenthalt nur eine beschränkte Kenntnis zu erwerben gestattet, als trostlos kahl verschrien, zeigt Griechenland doch nicht weniger als 127 % der gesamten Fläche des alten Königsreiches, allerdings mit Einrechnung des Buschwaldes, den wir nicht als Wald bezeichnen würden, von Wald eingenommen. Die Bestände von Seekiefern, Eichen und Tannen sind namentlich in einigen binnenländischen Gebieten noch sehr ansehnlich, aber leider überall durch die in der trockenen Jahreszeit nicht seltenen Brände, durch unzweckmäßige Holzgewinnung, durch die Tätigkeit der Köhler und die Gefräßigkeit der Ziegen, deren Haltung nicht verboten ist, gefährdet. Die Regierung läßt sich die Fürsorge für den Wald sehr angelegen sein. Fachleute aus Österreich sind zur Organisation des Forstdienstes berufen und zahlreiche junge Griechen zu Studienzwecken nach Österreich entsendet worden. Der verstorbene König Georg war mit Recht stolz auf seinen herrlichen Waldbesitz Tatoï, der sich bei dem alten Dekeleia nördlich von Athen weit über die Hänge des Parnes breitet, und Ihre Majestät Königin Sophie, die sich durch ihre Tätigkeit auf verschiedensten Gebieten öffentlicher Wohlfahrt die

Liebe und Dankbarkeit des Volkes erworben hat, ist unermüdlich um die Anlegung kleiner Pflanzungen bemüht, die bei einiger Pflege rasch gedeihen. Viele Bestände, vor allem im Innern des Landes, sind zurzeit von geringem Wert oder noch unberührt, weil die Förderung des Materials bei der Unwegsamkeit des Landes außerordentliche Schwierigkeiten macht. Auch von den neuerworbenen Gebieten sind manche sehr walddreich, doch wird, wie man sagt, ihre Ausbeutung erst in Jahren möglich sein. Unter diesen Umständen kommt die Hälfte allen Bauholzes und fast das ganze Schiffsbauholz aus dem Ausland, namentlich aus Österreich-Ungarn; auch was die griechische Statistik Rumänien zuweist, wird, meist aus Galatz oder Odessa verschifft, als aus der Monarchie stammend zu betrachten sein.

Schon im Altertum hat Athen mit Makedonien gute Beziehungen nicht zum mindesten in der Absicht unterhalten, sich, wie Staatsverträge und Volksbeschlüsse lehren, den Bezug von Schiffsbauholz aus den makedonischen Waldungen, die Krongut waren, zu sichern.

Im Verein mit den Nachrichten alter Schriftsteller lehrt diese Tatsache, daß die Entwaldung des Küstengebietes schon in alter Zeit eine beträchtliche war; es ist ja eine bekannte Erscheinung, daß in südlichen Ländern nach der Abholzung die Verwitterungserde rasch abgespült und fortgeweht wird, sofern nicht Ackerbau schützend an die Stelle des Waldes tritt. In Zeiten der Entvölkerung oder allgemeinen Niederganges verschwindet aber auch von brachliegenden Äckern die Bodenkrume, und während sich in Klimaten mit gleichmäßiger Durchfeuchtung der Boden alsbald wieder verjüngt, Zeiten wie die des Dreißigjährigen Krieges z. B. in Deutschland keine merkliche Minderung der Güte des Bodens bedeuten, erneuert sich dieser im Mittelmeerklima nicht oder nur in langer Zeit ungestörten Pflanzenwuchses. Daher sind die Folgen des Niederganges und der Entvölkerung, die schon in vorchristlicher Zeit einsetzten, in Griechenland so verhängnisvoll gewesen; daher sind die Gebirge Griechenlands

so nackt, daß der Ackerbau sich auf die vor Abspülung geschützten Flecke der Hänge und die Talsohle beschränken muß, deshalb sind die Äcker so dürrtig und steinig, daß bei uns niemand an ihre Bebauung denken würde; deshalb stellen auch die Baum- und Gemüsegärten kleine, wertvolle Oasen inmitten trockenen Landes dar. Im Altertum waren die Gebirgslandschaften, da Spuren alter Terrassierung aller Orten die Ausdehnung einstiger Kulturen beweisen, sicherlich ergiebiger als heute. Aber besonders fruchtbar können sie nie gewesen sein; freilich geben unter der warmen Sonne Griechenlands selbst mittelmäßige Böden einen verhältnismäßig reichen Ertrag und die meisten kleinen Ebenen erlauben, soweit sie nicht vermuht oder versumpft sind, heute wie im Altertum, ohne Düngung, ohne intensive Bearbeitung einer dichten, genügsamen Bevölkerung von den Früchten des Bodens zu leben. Daß eine nennenswerte Veränderung des Klimas seit dem Altertum nicht eingetreten ist, darf als anerkannt bezeichnet werden.¹²⁾ Mit Recht sagt A. Philippson in seiner Schrift: Griechenland und seine Stellung im Orient (1897), die meinen Darlegungen zugrunde liegt: „Die Änderungen in den Kulturbedingungen sind teils in den Eingriffen der Menschen begründet, teils in der Verschiebung der Weltlage und in den verschiedenen Ansprüchen, welche die Kulturen verschiedener Zeiten an ein Land stellen.“

Von Industriepflanzen ist im Lande der Tabak am meisten verbreitet; auch unser Monopol pflegt sich für griechischen Tabak zu interessieren. Der Hauptexport geht nach Ägypten; aber auch Deutschland, Amerika und Italien beanspruchen immer größere Mengen. Durch den Bukarester Frieden ist Griechenland in den Besitz makedonischer Gebiete und einer Insel — Samos — gelangt, deren Tabak besonders berühmt und geschätzt ist. Der über Kawalla im Jahre 1913 zur Ausfuhr gelangte Tabak hatte einen Wert von etwa 50 Millionen Francs, die gesamte Tabakausfuhr aus Makedonien ist auf etwa 67 Millionen veranschlagt worden. Baumwolle wird jetzt hauptsächlich auf dem Boden des alten

Kopaissees gepflanzt; der Ertrag genügt aber den Bedürfnissen des Landes um so weniger, als in Griechenland selbst Spinnereien und Webereien entstanden sind.

Was die Viehzucht anlangt, so spielen Schafe und Ziegen — das ganze alte Königreich hat deren etwa zehnmal soviel als die Schweiz, in Thessalien sollen drei Schafe auf jede menschliche Seele kommen — eine um so größere Rolle, je geringer die Flächen des Ackerlandes und eigentlichen Waldes sind. Wie überall, ist ihre Menge ein Beweis der Rückständigkeit der Verhältnisse. Diese Kleinviehzucht liefert beträchtliche Erträgnisse, auch die Ausfuhr von Schaf- und Ziegenfellen und von Käse, der insbesondere nach Nordamerika geht, ist ansehnlich. Maultier und Esel sind die wichtigsten Transportmittel im Innern des Landes. Die Schweinezucht hat sich erst seit der Vertreibung der Türken wieder eingebürgert. Zur Deckung des zunehmenden Bedarfes an Schlachtvieh ist Einfuhr aus Serbien und Bulgarien nötig. Neuerdings widmet man sich mit Eifer der Verbesserung der Rinder- und Pferdezucht, die infolge der Verschlechterung des Bodens seit dem Altertum augenscheinlich zurückgegangen ist. Im Mittelalter war die Seidenraupenzucht von großer Bedeutung; sie wird jetzt durch die Regierung und durch Frauenvereine gefördert. Ebenso die Bienenzucht; da der griechische Boden bei aller Ärmlichkeit eine wunderbare Fülle blühender Bäume, Sträucher und Kräuter hervorbringt, ist der Honig von anerkannter Vorzüglichkeit. Zur Volksernährung liefert schließlich das Meer, ohne übermäßig fischreich zu sein, einen nicht unwesentlichen Beitrag. Die Salzgewinnung aus dem Meere ist beträchtlich. Dem Fange des Badeschwammes, der einen nicht unwichtigen Gegenstand der Ausfuhr bildet, widmen sich die Bewohner gewisser Inseln, die ihrem gefährlichen Beruf nicht nur an der griechischen, sondern namentlich auch an der afrikanischen Küste nachgehen.

Von großer Bedeutung ist für Griechenland sein Reichtum an mineralischen Rohstoffen,¹³⁾ an verschiedenen Erzen, Eisen-, Manganerzen usw., an Schmirgel (auf Naxos), Puz-

zolanerde (auf Therasia), Schwefel, ferner an Marmor und Ton, deren vorzügliche Lager einst die hohe Entwicklung von Kunst und Kunstindustrie im alten Griechenland ermöglicht haben. Nächst den Korinthen sind Erze heute in der Ausfuhr des Königreiches der wichtigste Artikel. In Laurion besitzt Griechenland einen Grubenbezirk ersten Ranges, aus dem aber nicht, wie im Altertum, ausschließlich Silber, sondern Blei und Zink gewonnen wird. Bis zum Jahre 1860 hatten die Schätze dieses Gebietes keine Ausbeutung gefunden. Da geschah es, daß ein griechischer Segler, der nach Sardinien fuhr, Bleischlacken aus den mächtigen Schutthalden der alten Betriebe von Laurion dem Besitzer sardinischer Minen, Serpieri, zuführte. Dieser überzeugte sich, daß die Rücklässe noch reichen Gewinn versprechen, und gründete die französische Gesellschaft, die im Jahre 1864 die Ausbeutung der Schlacken begann, die zum Teil erst aus dem Meere ausgebaggert wurden. Dann erwarb diese Gesellschaft das $14\frac{1}{2}$ Quadrat-kilometer umfassende Gebiet, in dem auch die wichtigsten alten Gruben und vor ihnen große Anhäufungen noch un-
bearbeiteter metallischer Erden, die sogenannten Ekboladen, lagen. Hinsichtlich der Ausbeutung dieser Erden entstanden Streitigkeiten mit der griechischen Regierung, die nach lang-
jährigem Rechtshandel damit endeten, daß eine französisch-
griechische Gesellschaft ausschließlich den Grubenbetrieb übernahm und eine belgisch-griechische die Ausbeutung der Schlacken und Ekboladen. Seit der Begründung der Gesellschaft von Laurion hat der Bergbau in Griechenland großen Auf-
schwung genommen; der Gesamterlös wurde im Jahre 1912 auf 24 Millionen Francs geschätzt; die Ausfuhr im Betrage von 22 Millionen geht hauptsächlich nach England, Holland und Österreich. Doch bildet der Mangel an Verkehrswegen, die zum Zwecke der Zufuhr von Maschinen und Betriebs-
material und zur Abfuhr der Produktion nötig wären, ein großes Hindernis für die Entwicklung; die bestehenden Unter-
nehmungen beschränken sich daher auf einzelne günstig gelegene Punkte der Küste, im Innern des Landes lohnt der

Abbau nicht. Auch fehlt es an Brennstoff, um die Produkte an Ort und Stelle zu verarbeiten; im Lande selbst finden sich keine Steinkohlen und der Bezug aus England stellt sich hoch; auch die türkische Steinkohle aus Herakleia ist nur um ein geringes billiger als die englische. Alle Bergbauunternehmungen in Griechenland haben schließlich ganz besonders unter den Schwankungen des Wechselkurses zu leiden gehabt, über den in diesem Zusammenhang kurz zu sprechen Sie mir erlauben wollen.¹⁴⁾

Wie in allen Ländern, die an einer durch Papiergeld mit Zwangskurs entwerteten Valuta leiden, hat der Wechselkurs in Griechenland lange eine außerordentliche Rolle gespielt. Mit der Herrschaft des Zwangskurses setzte im Jahre 1885 die Verschlechterung der Wechselkurse auf Paris ein; sie erreichte im Jahre 1895 ihren Höhepunkt: für 100 Francs mußten 190, für einen Napoleon also 38 Drachmen bezahlt werden. Schon vor dem griechisch-türkischen Kriege trat aber eine Besserung ein und nach der Einsetzung einer internationalen Finanzkommission, die dem ungünstigen Ausgange dieses Krieges folgte, eine fortgesetzt rückläufige Bewegung, die seit 1903 zu raschem Sinken und schließlich, obgleich der Zwangskurs nicht aufgehoben ist, seit 1909 zum Verschwinden des Goldagio führte. Diese Entwicklung ist für das griechische Wirtschaftsleben von größter Bedeutung gewesen. Zunächst leuchtet ein, welche Erschwerung die Entwertung des griechischen Papiergeldes für alle Zahlungen an das Ausland bedeutete; wir machen heute dieselben schmerzlichen Erfahrungen mit unserer im Weltverkehr entwerteten Währung. Andererseits ist diese Entwertung des griechischen Papiergeldes, weil sie wie ein hoher Schutzzoll wirkte, der einheimischen Industrie zugute gekommen, soweit sie sich mit der Verarbeitung einheimischer Produkte befassen konnte; auch die Exportfähigkeit wurde gehoben, weil die auf fremden Märkten in Gold bezahlten Preise einen immer höheren Betrag in inländischem Papiergeld darstellten. Aber mit der rückläufigen Bewegung verwandelten sich alle Vorteile wieder in

Nachteile: alle die Unternehmungen, die für die Ausfuhr arbeiteten und ihre Ware in ausländischem Gelde bezahlt erhielten, mußten für die Arbeitslöhne und die sonstigen Ausgaben in Drachmen aufkommen, deren Wert in gleichem Maße stieg, wie der des Goldes sank; zudem waren mittlerweile im Lande selbst die Preise und die Löhne in fast gleichem Verhältnis in die Höhe gegangen. Für die Bergbauunternehmungen, die fast ausschließlich für die Ausfuhr arbeiteten, war diese Entwicklung verhängnisvoll; mehrere Gesellschaften, so auch die englische Gesellschaft Marmor limited, welche die herrlichen Marmorbrüche Griechenlands ausbeutet, mußten ihre Arbeiten einschränken, andere sie sogar ganz einstellen. Für Kapitalisten dagegen und für Unternehmungen, welche die im Auslande angelegten Werte rechtzeitig bei hohem Goldkurs in Drachmen umgesetzt hatten, bedeutete dieser Gang der Dinge einen außerordentlichen Gewinn, auch für den Staat, der bei dem Sinken dieses Kurses seine Verpflichtungen dem Auslande gegenüber mit zunehmenden Ersparnissen einlöste. Aber die bleibende Teuerung, welche die Folge der Entwertung der Valuta zu sein pflegt, ist Griechenland nicht erspart geblieben.

Unter solchen Umständen hat es der Entwicklung des griechischen Wirtschaftslebens und der griechischen Industrie insonderheit an Hindernissen und Hemmungen nicht gefehlt; sie hatten zudem von jeher an dem Mangel von Kohle und Wasser, von Kapital und billiger Arbeitskraft zu leiden; der letztere Mangel ist freilich in einem seltenen Vorzuge, dem glücklichen Fehlen eines Proletariats, begründet. Dennoch ist der Aufschwung ein beträchtlicher zu nennen. In dem Zentrum der griechischen Industrie, dem Gebiete zwischen Piräus und Athen, sind im Jahre 1913 156 größere Betriebe zu verzeichnen gewesen; die Mühlen, die hauptsächlich russisches Getreide verarbeiten, die Spinnereien und Webereien, die Kognakfabriken, die Maschinenfabriken, die Seifenfabriken, welche die fremde Einfuhr, abgesehen von feinen und medizinischen Seifen, heute fast verdrängt und die Ausfuhr nach dem

Orient begonnen haben, und die chemischen Fabriken brauchen nach dem Urteil der Kenner den Vergleich mit ausländischen Unternehmungen nicht zu scheuen. In den neu erworbenen Gebieten ist Saloniki bekanntlich Sitz ansehnlicher Industrien; auch sind in Makedonien beträchtliche Erdschätze zu heben, erhebliche Wasserkräfte vorhanden. Der Rührigkeit, mit der in den Gebieten, die Schauplatz des griechisch-bulgarischen Krieges waren, der Wiederaufbau der Wirtschaft betrieben wurde, zollen Berichte höchste Anerkennung; doch ist es Tatsache, daß Saloniki, dessen Handelsumschlag auf jährlich mindestens eine Milliarde Francs berechnet wurde, schon vor Ausbruch des Weltkrieges durch den Verlust seines Hinterlandes, die Auswanderung von Muselmanen und Bulgaren und die Unsicherheit der Zeiten empfindliche Einbuße erlitten und einen großen Rückgang seiner Einwohnerzahl zu verzeichnen hat.¹⁵⁾

Im alten Königreich dienten dem Handel und Geschäftsverkehr zehn Handelskammern und eine große Zahl von Banken, unter denen die Nationalbank mit einem Kapital von 200 Millionen Drachmen sich unter anerkannt ausgezeichneter Leitung die größten Verdienste um das Land erworben hat. Die Zahl der Aktiengesellschaften ist in rascher Vermehrung begriffen.

Der griechische Außenhandel ist von rund 226 Millionen Francs in den Jahren 1899 bis 1903 im Jahre 1911 auf 314 Millionen gestiegen, seither ein wenig gesunken, da infolge der besonderen Verhältnisse die Ausfuhr abnahm. England, das allein jährlich ungefähr 500.000 Tonnen Kohle liefert, steht in ihm seit jeher an der Spitze. An zweiter Stelle folgt Rußland, an dritter Österreich-Ungarn, an vierter Deutschland, dem Frankreich fast gleichkommt; doch läßt die amtliche Statistik, deren Nachweise den tatsächlichen Verhältnissen nur in sehr bedingtem Maße gerecht werden können, den hervorragenden Anteil des Deutschen Reiches an der Einfuhr zu klein erscheinen, weil die deutschen Waren meist über Genua und Triest verschifft werden. Nur vorübergehend ist Rußland in den

Berichten über das Jahr 1912 von dem zweiten Platze verdrängt, weil die russische Getreidelieferung in dem letzten Viertel des Jahres durch den Ausbruch des Balkankrieges unterbunden war. Trotzdem sich das Land infolge der Ausgestaltung seiner Industrie in verschiedenen Artikeln des allgemeinen Verbrauches vom Auslande unabhängig stellt, zeigt der griechische Einfuhrhandel ein stetiges Steigen; der Reichtum mehrt sich, die Lebenshaltung im ganzen Lande wird eine höhere, da die Ansprüche der Griechen, die aus der Fremde zurückkehren und sich mit ansehnlichem Vermögen in den Städten, vornehmlich in Athen, oder mit bescheideneren, aber nicht unbeträchtlichen Ersparnissen in ihrer ländlichen Heimat niederlassen, vorbildlich auf die übrige Bevölkerung wirken.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß auf dem Lande das kleine Handwerk und die Hausindustrie der Frauen auch heute einen großen Teil der Kleidung und der Hausgeräte der Bevölkerung erzeugen.

Der griechische Zolltarif, der als veraltet und zeitgemäßer Abänderungen bedürftig gilt, verknüpft Tendenzen des Fiskalismus und Protektionismus. Direkte Steuern sind in Griechenland unbeliebt, daher ist der Staatshaushalt wesentlich auf Zölle, die ungefähr ein Drittel der Staatseinnahmen liefern, und auf Monopole aufgebaut; Massenartikel des täglichen Verbrauches, die aus dem Auslande bezogen werden, sind ebenso wie Luxuswaren mit sehr hohen Abgaben belegt, nur unentbehrliche Rohmaterialien sind zollfrei geblieben.¹⁰⁾

In der Handelsbewegung im allgemeinen tritt ein ständiges Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr zu Tage; so stand im Jahre 1911 einer Einfuhr im Werte von über 173¹/₂ eine Ausfuhr im Werte von fast 141 Millionen gegenüber, im Jahre 1912: über 157¹/₂ Mill. Ausfuhr über 146 Mill. Einfuhr, 1913: fast 178 Mill. Einfuhr nur 119 Mill. Ausfuhr, 1914: über 175 Mill. Einfuhr nur über 117 Mill. Ausfuhr. Der Ausfall wird aber einigermaßen gedeckt durch den Gewinn der griechischen Handelsflotte, zu deren raschem Aufblühen die großen Gewinne, bis zu 40 Prozent, beitrugen, die griechische Reeder in

den Zeiten des Burenkrieges erzielten. Im Jahre 1874 zählte die griechische Handelsflotte nur 20, 1906 schon mehr als 200 Dampfer mit etwa 200.000 Tonnen, 1913 bereits 389 mit 638.000 Tonnen; es hat sich also in sieben Jahren die Zahl der Dampfer fast verdoppelt, der Tonnengehalt mehr als verdreifacht. Für das Jahr 1915 gibt das Handbuch des Gothaischen Hofkalenders 474 Dampfer mit fast 550.000 Tonnen (Netto), ferner 484 Segelschiffe mit 107.466 Tonnen an; die gesamte Handelsflotte ist kürzlich auf 725.000 Tonnen berechnet worden, also drei Viertel unserer Handelsflotte: für einen Staat von der Größe Griechenlands eine außerordentliche Macht! Diese Handelsflotte hat in den Jahren vor den Balkankriegen jährlich bis 30 Millionen Francs eingebracht; die Erträgnisse sind seither außerordentlich gewachsen: die Gewinne der griechischen Reeder in den Zeiten des Weltkrieges werden auf nicht weniger als 500 Millionen Francs veranschlagt! Man hat sich überzeugt, daß mit großen neuen Schiffen bessere Geschäfte zu machen sind als mit kleinen alten. Reeder von der Insel Andros, die nicht mehr als 405 km² und 19.000 Seelen hat, besaßen schon im Jahre 1896 nicht weniger als zwölf große Frachtdampfer, die besonders nach dem Schwarzen Meere und nach England gingen; im Jahre 1914 ließen sie in England nicht weniger als sechs neue Schiffe, jedes von 7000 Tonnen, bauen. Früher auf sich selbst angewiesen, haben die griechischen Unternehmer sich jetzt den internationalen Kredit dienstbar gemacht; englisches Kapital steht ihnen bei ihren Käufen und Bestellungen, die englischen Werften zuzugute kommen, bei, mehrere neue griechische Schiffahrtsgesellschaften haben sich gebildet. Die Entwicklung der griechischen Handelsflotte darf als um so erstaunlicher bezeichnet werden, als sie ausschließlich privatem Unternehmungsgeist verdankt wird und sich ohne staatliche Unterstützung und im Kampfe mit ausländischen, von ihren Regierungen durch Zuschüsse geförderten Gesellschaften vollzogen hat. Wie sich der große Verkehr zur See heute gestaltet und welcher hervorragenden Anteil die österreichisch-ungarische Schiffahrt

an ihm nimmt, ist Ihnen durch einen der berufensten Fachmänner dargelegt worden; es erübrigt hervorzuheben, daß das ganze Gebiet der Ägäis von außerordentlich reger, in griechischen Händen liegender Kleinschiffahrt belebt ist wie kein anderes Gebiet des Mittelmeeres, und daß die im Lande selbst, in Galaxidi, Syra, Spetsai und anderen Orten gebauten griechischen Segler auch über den Bereich der Küsten und Inseln des Königreiches hinaus ihre Fahrten ausdehnen. Vollends wird die griechische Dampferflotte mehr und mehr über das schon eroberte Gebiet ausgreifen; man erwartet, daß die Rückkehr zahlreicher Griechen aus dem Auslande zum Zwecke der Kriegsdienstleistung — allein aus den Vereinigten Staaten sind nicht weniger als 57.000 im Jahre 1912/13 auf eigene Kosten herübergekommen — und die zunehmende Niederlassung von Griechen aus der Fremde in Athen für die Betätigung der griechischen Schifffahrt im Welthandel wertvolle Anregungen und neuen Antrieb bringen werde.¹⁷⁾

Die besonderen Verhältnisse der Inseln Kreta, Samos usw. und der anderen neu erworbenen Gebiete zu besprechen, muß ich mir versagen.

Bedeutende Einnahmen fließen dem Königreiche durch die opferwilligen Spenden der reichen Hellenen des Auslandes zu; begreiflicherweise sind diese Einnahmen sehr ungleich, Edmond Théry hat sie in einem vor elf Jahren erschienenen Buche auf 25 Mill. Francs jährlich geschätzt. Dazu kommen die Geldsendungen der Ausgewanderten. Solche aus Amerika sind nach einer Schätzung, welche der letzte Bericht unserer Konsularämter allerdings als übertrieben bezeichnet, für das Jahr 1913 auf 90 Millionen veranschlagt worden; immerhin haben Kreter aus Amerika allein im Wege der kretischen Post in diesem Jahre nach der Insel nicht weniger als fast $4\frac{1}{2}$ Millionen, im Jahre 1912 über 27 Millionen überwiesen.

Schließlich hat auch der Fremdenverkehr, der sich in den letzten Jahren mehr und mehr und mit Recht dem schönen, erinnerungsreichen Lande zugewendet hat, nicht unbedeutende Ertragnisse zu verzeichnen.

Die größte Passivpost ist der Außenhandel und der Dienst der auswärtigen Verschuldung; auch von dem Aktien- und Obligationenkapital der griechischen Aktiengesellschaften sind beträchtliche Zinsen an auswärtige Gläubiger zu zahlen.

Es erübrigt, von den Finanzen des Königreiches zu sprechen, die von allem Anfang an unter einem Unstern standen.¹⁸⁾

Bei der ersten der beiden Anleihen, die Griechenland noch während des Unabhängigkeitskrieges aufnahm, betrug der Reinerlös weniger als die Hälfte, bei der zweiten gar nur etwas mehr als ein Viertel der nominellen Höhe; beide Anleihen wurden nach ihrer Emission alsbald notleidend. England, Frankreich und Rußland übernahmen sodann zu je einem Drittel den Schuldendienst einer Anleihe des Jahres 1833 und hatten seither sehr beträchtliche Forderungen. Die Ordnung dieser alten Verpflichtungen der zwanziger Jahre erschloß Griechenland zu Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wieder den internationalen Geldmarkt, freilich unter drückenden Bedingungen. Die achtziger Jahre verschlangen bedeutende Anleihen zu Rüstungs- und Verkehrszwecken, zu Versuchen der Wiederherstellung der Valuta und zur Konsolidierung der älteren Anleihen. In den neunziger Jahren kam es dann im Zusammenhange mit der Entwertung der Korinthen und der griechischen Valuta zu einer schweren Krise; Griechenland konnte die Kupons der einzelnen Anleihen nicht oder nur zum Teile einlösen, stellte die Tilgungen ein, zahlte dagegen die Zinsen der inneren, auf Papierwährung lautenden Anleihen weiter; eine zur Hebung der Schwierigkeiten im Jahre 1893 versuchte Fundierungsanleihe hatte völligen Mißerfolg. Mehrere Jahre vergingen sodann mit Unterhandlungen mit den Schutzkomitees der deutschen, französischen und englischen Gläubiger. An Anklagen gegen die griechischen Regierungen hat es ihrerseits nicht gefehlt; doch muß billigerweise berücksichtigt werden, daß kleinen, armen Staaten das Leben und die Befriedigung der einfachsten Bedürfnisse so viel schwerer wird als den großen reichen, daß der Drang nach Verbesserungen, namentlich im Verkehrs-

wesen, und die Fürsorge für andere, namentlich militärische Notwendigkeiten, löblich und durchaus berechtigt waren, und die Leichtigkeit, mit der unter zwingenden Umständen geforderte Kredite gegen hohe Zinsen gewährt wurden, zur Aufnahme einer großen Schuldenlast verleiten mußte. Dem unglücklichen Ende des Krieges 1897 folgte die Einsetzung einer internationalen Finanzkommission. Dank ihrer Tätigkeit und dank der außerordentlichen Geschicklichkeit der griechischen Finanzminister, unter denen Stephanos v. Streit, der Vater des früheren griechischen Gesandten in Wien, Georgios v. Streit, sich in der schwersten Zeit besondere Verdienste erworben hat, ist es gelungen, die Gläubiger dauernd zu befriedigen, die Ertragnisse der in den Dienst der öffentlichen Schuld gestellten Monopole und sonstigen Zolleinnahmen steigend aufzubessern, neue Anleihen, die an Sicherheit nichts zu wünschen lassen, unter internationaler Aufsicht aufzunehmen, den Wechsel auf Pari herabzudrücken und ihn selbst in den Erschütterungen, welche die letzten Jahre dem wirtschaftlichen Leben aller Länder gebracht haben, auf Pari zu erhalten. Mit Bedauern muß aber festgestellt werden, daß sich Griechenlands wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich und England von Jahr zu Jahr gesteigert hat. Englische Gläubiger hatten im Jahre 1914 etwa 40%, früher sogar über 50% der Schuldbeträge in Händen, der französische Anteil geht über 30% hinaus, der griechische ist auf 18% gestiegen, der deutsche auf ungefähr 8% zurückgegangen. Mit Recht betont eine jüngst der griechischen Finanzwirtschaft gewidmete Abhandlung, daß Deutschland und Österreich durch ihre vom Handel abgesehen geringe wirtschaftliche Betätigung den anderen Ländern gegenüber sehr bedenklich ins Hintertreffen geraten seien und die mit französischem und englischem Kapital gegründeten Kreditanstalten in dem Weltkriege unter dem Drucke der Entente eine uns unfreundliche Haltung einnehmen. Keine einzige deutsche oder österreichische Bank besitzt in Griechenland eine Niederlassung. Es wird demnach eine wichtige Aufgabe der Zukunft sein, unseren wirtschaftlichen Einfluß in Griechen-

land durch lebhaftere Beteiligung an industriellen und Verkehrsunternehmungen, durch Mitwirkung an der Übernahme von Staatsanleihen und durch Gründung von Niederlassungen unserer Banken zu verstärken. Für die Gesundheit der Verhältnisse ist bezeichnend, daß sich Griechenland im Stande gezeigt hat, die ungewöhnlichen Schwierigkeiten des Kriegsjahres 1912/13 zu überwinden. Der letzte Bericht unserer Konsularämter, der dem Jahre 1913 gilt, hebt hervor, daß die Kaufmannschaft von dem Moratorium nur ganz vereinzelt Gebrauch gemacht habe, die Zahlungen anstandslos vor sich gegangen seien, keine Verluste zu bedauern waren und die Währung auf dem Paristande verharrte.

Für das griechische Finanzwesen sind allerdings neuerdings schwere Zeiten gekommen. Nötigten schon die Balkankriege zu großen Ausgaben — das Defizit des Jahres 1913 wurde auf über 250 Mill. Drachmen angegeben — und zu provisorischen Anleihen unter ziemlich ungünstigen Bedingungen, so stürzte der Weltkrieg Griechenland, dessen öffentliche Schuld, in ihrer Höhe eine üble Erbschaft früherer Zeiten, für das Ende des Jahres 1915 auf über 1½ Milliarden berechnet wird, in arge, immer wachsende Verlegenheiten; müssen doch Heer und Flotte kriegsbereit gehalten, Befestigungsarbeiten vorgenommen, Flüchtlinge mit Kosten, die täglich in die Millionen gehen, versorgt werden. Die gewaltigen Ausgaben, vor die Griechenland sich durch eine Gebietserweiterung von etwa 56.600 km² gestellt sieht, werden erst, wenn der Friede in Europa wieder eingekehrt ist, in Angriff genommen werden können. Ein wichtiger Fortschritt wird aber schon demnächst, mitten in den Wirren der gegenwärtigen Lage, erzielt werden; der Anschluß Griechenlands an das zur Zeit freilich nördlich von Saloniki zerrissene Netz der europäischen Eisenbahnen. Solange dieser Schienenweg nicht eröffnet und die Landverbindung mit Mitteleuropa nicht gewonnen ist, stellt sich Griechenland, von dem übrigen Europa durch die wilden Gebirgslandschaften der westlichen Balkanhalbinsel getrennt, gewissermaßen als eine nur auf dem Seewege zugängliche Insel

dar; vermöge dieser Randlage, die sie jetzt der Willkür der das Mittelmeer beherrschenden Seemächte ausliefert, haben die Griechen ihre echte alte Eigenart, je weiter nach Süden, desto mehr und besonders auf den Inseln zu bewahren und ihre selbständige geschichtliche Stellung in dem Völkergefüge der Balkanhalbinsel wieder zu erringen vermocht. In dieser Lage ist aber auch die außerordentliche Bedeutung begründet, welche Griechenland für den Seeverkehr des östlichen Mittelmeeres heute zukommt und schon im Altertum in den Jahrhunderten seiner Blüte zukam. „Alle Schiffahrtslinien von dem Schwarzen und Ägäischen Meer und der Südküste Kleinasiens, solange sich die Schiffahrt an den Küsten hielt, auch von Syrien her nach Italien und dem ganzen westlichen Mittelmeer ziehen an den Küsten Griechenlands vorbei; ein großer Teil von ihnen kreuzte ehemals den Isthmos von Korinth,¹⁹⁾ solange die Umladung oder die Überfuhr der Schiffe über die Landenge weniger gefürchtet wurde als die Umseglung der stürmischen Südspitzen des Peloponnes. Je bedeutsamer diese Schiffahrtslinien je nach der Lage des Welthandels waren und in je blühenderen und gesicherteren Verhältnissen sich Griechenland befand, desto größer war die Bedeutung Griechenlands als Umschlagplatz des Orienthandels, desto mehr beherrschten griechische Schiffe diese Seewege. Mit der Blüte und dem Verfall seines Seehandels steigt und fällt die Kulturbedeutung und der Wohlstand Griechenlands.“

Im Innern des Landes ist mit großem Aufwand ein Netz von Straßen geschaffen, die den wesentlichen Bedürfnissen des Verkehrs genügen, aber wenig befahren sind; viel mehr als Wagen werden Reitz- und Tragtiere verwendet, Kamele nur in der Gegend von Lamia und von Salona, dem alten Amphissa, unweit von Delphi, dagegen Pferde, Maultiere, Esel überall auf den das Land durchziehenden, nach unseren Begriffen oft sehr schlechten Saumwegen. Eisenbahnen²⁰⁾ hat die Karte von Griechenland bis zum Jahre 1868 nicht gezeigt; 1869 wurde die Bahn Piräus—Athen eröffnet. Die große Bauzeit der Bahnen begann, mit dem Namen des Staatsmannes Charilaos

Trikupis verknüpft, 1882; während seiner Amtszeit gelangten die Peloponnes-, die thessalische Bahn von Volo nach Larissa und Kalabaka und die nordwestgriechische von Mesolongion nach Agrinion in Bau und Betrieb; ohne staatliche Beihilfe hat die Gesellschaft der attischen Bahnen die Strecke Athen—Laurion und die Zweigbahn nach Kephisia, jetzt durch eine Förderbahn bis zu den Marmorbrüchen von Dionyso am Nordabhang des Pentelikon verlängert, schon 1885 vollendet; der Bau der wichtigsten, allein normalspurigen Linie Piräus—Larissa ist, im Jahre 1890 begonnen, finanzieller Schwierigkeiten wegen freilich erst nach längerer Unterbrechung im Jahre 1908 zu Ende geführt worden. In den alten Gebieten des Königreiches, dem südlichen Griechenland, haben die Eisenbahnen mehr der Beförderung von Personen als von Gütern zu dienen, woraus sich gewisse Besonderheiten des Betriebes, auch finanzielle Schwierigkeiten ergeben. An den nun geschlossenen Ring der Peloponnesbahnen, in dem die Linie Patras—Korinth—Athen, von der die überaus sehenswerte Bergbahn nach Megaspiläon und Kalavryta ausgeht, die wichtigste ist, soll baldigst eine Abzweigung nach Sparta angefügt werden. Da Griechenland in seinen nördlicheren Gebieten die Eigenart eines Binnenlandes anzunehmen beginnt, haben in diesen die Eisenbahnen mehr den Bedürfnissen eines solchen zu genügen und gewinnen größere handelspolitische Bedeutung; so schon die thessalischen Bahnen und vor allem die Bahn Piräus—Athen—Larissa und die makedonischen Bahnen, die von Saloniki ausgehen. Mit der Fertigstellung des Anschlusses der durch das Tal Tempe weiter geführten Larissabahn an die Strecke Üsküb—Saloniki bei Topschin werden die griechischen Bahnen, die bisher dem örtlichen Verkehre einiger Provinzen dienten und deren Bedeutung an der türkischen Grenze aufhörte, ein Bestandteil des europäischen Netzes und in den internationalen Verkehr einbezogen. Der Verkehr zwischen Mittel- und Osteuropa mit Griechenland, ferner, je nach der künftigen Gestaltung der politischen Verhältnisse, auch mit Afrika und Südasien durch den Suezkanal

wird durch diesen Anschluß einen bedeutenden Umschwung erfahren; der Piräus liegt Port Said um 600 km näher als Brindisi. Die allgemeine Kulturentwicklung, die einst von Osten nach Westen geführt hat, schreitet nun in umgekehrter Richtung von Westen nach Osten fort; wie einst findet sie Griechenland mitten auf ihrem Wege, und es ist für Griechenland wie für Mitteleuropa von höchster Bedeutung, daß dieser Weg in nächster Zukunft durch einen Schienenstrang gesichert sein wird, mag auch der Verkehr und Handel Griechenlands mit der übrigen Welt und der Verkehr und Handel in Griechenland selbst sich nach wie vor vornehmlich der See bedienen.

Es erübrigt zum Schlusse, einige Zahlen mitzuteilen, die den Zuwachs, den das Königreich seit seiner Begründung an Ausdehnung und Bevölkerung erfahren hat, veranschaulichen.

In seinen alten Grenzen nur gegen 49.000 km², etwas mehr als ein Drittel seines heutigen Gebietes umfassend, war Griechenland in den Jahren 1832—1864 noch etwas kleiner als Böhmen. Vermehrt durch die ionischen Inseln, 1881 durch Thessalien und ein Stück des Epirus, hat es einen Umfang von fast 64.700 km² erreicht, aber 1897 eine Einbuße von gegen 400 km² an der Nordgrenze erlitten. Der Zuwachs durch die beiden Balkankriege betrug 55.400 km²; hierbei sind Lesbos, Samos Chios, Kreta eingerechnet, nicht aber die übrigen Inseln des ehemaligen türkischen Inselvilajets. Das Areal des Königreiches beläuft sich nunmehr auf über 120.000 km². Die Bevölkerung der alten Gebiete betrug nach der Zählung des Jahres 1907 fast 2,632.000 Seelen, dazu kommen in Neugriechenland über 2,066.000, so daß nunmehr das Königreich etwa 4,700.000 Einwohner zählt. Ich weise nachdrücklich auf die Bescheidenheit dieser Zahlen hin, die auch bei der Würdigung der früher mitgeteilten Werte des wirtschaftlichen Lebens im Auge zu behalten ist.

Die Zunahme der Bevölkerung ist eine ansehnliche und stetige. Eine Abnahme zeigten bei der letzten Zählung (1907) außer einem Bezirke in Thessalien einige Inseln und im Peloponnes Arkadien und Lakonien, und zwar infolge der Auswan-

derung, der erst kürzlich durch ein Gesetz, das Militärpflichtige nicht über die Grenze läßt, entgegengetreten wurde. Allein nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind im Jahre 1910 über 39.000 Griechen ausgewandert, die allerdings nicht alle aus dem Königreiche, sondern zum Teile auch aus der Türkei kamen; über die Zahl der Auswanderer nach Argentinien, Brasilien, Kanada, Mexiko, Südafrika, Ostasien und Australien liegen keine Nachweise vor.²¹⁾ Schiffahrtsunternehmungen, auch unsere Austro-Americana, haben sich diese Auswanderung zunutze gemacht, die dem Lande selbst leider Arbeitskräfte entzieht, deren es dringend bedürfte, und zur Folge hat, daß in den von ihr betroffenen Gegenden die Zahl der Weiber die der Männer beträchtlich übersteigt; im allgemeinen zeigt wie in anderen Balkanländern die Bevölkerungsstatistik einen Überschuß von Männern, so daß auf 1000 männliche nur 986 weibliche Wesen kommen. Die Zunahme der Bevölkerung ist in den Korinthegegenden, wie schon erwähnt, eine sehr beträchtliche, in dem Gebiet der Hauptstadt und ihres Hafens eine geradezu erstaunliche. Der Piräus hat 1879: 21.000, 1889: 34.000 Einwohner gezählt, jetzt sicher weit über 80.000, Athen 1856 nur 30.000, vierzig Jahre später 128.000 Einwohner, also mehr als das Vierfache; jetzt sind ihrer mindestens 180.000, wenn nicht 200.000; und dies Athen ist eine der schmucksten Städte der Mittelmeerländer geworden, in dem wundervollen Rahmen einer herrlichen Landschaft alle anderen überstrahlend durch den Glanz der Erinnerungen, die Schönheit und Fülle der Denkmäler der großen Vergangenheit, erfüllt von einem, wenn auch äußerlich europäischen, noch immer eigenartigen Leben, dem weder ein großstädtischer Zug noch der Reiz des Kleinstädtischen fehlt, der Mittelpunkt der ganzen politischen Tätigkeit nicht nur des Königreiches, sondern des Hellenismus überhaupt, dem eine Reihe allbekannter, durch hervorragende Geistes- und Charaktereigenschaften ausgezeichneter Männer als Führer dienen; wie einst: „das Hellas von Hellas“.²²⁾ Selbstverständlich haben die Provinzen nicht alle und nicht in allen

ihren Teilen einen ähnlichen Aufschwung aufzuweisen, aber die gewaltige Hebung der Verhältnisse ist überall augenscheinlich. Wer nur das Griechenland unserer Tage kennt oder auch, wie ich, Griechenland seit mehr als fünfundzwanzig Jahren, dem fällt es schwer, sich von dem Zustande vollkommener Verelendung eine Vorstellung zu machen, in dem sich das Land nach dem Freiheitskriege befunden hat. „Ein großer Teil der Bevölkerung war hinweggerafft, die Mohamedaner getötet oder vertrieben, das Land erfüllt mit Trümmern, die Felder brachliegend, die menschenleeren Ebenen verseucht und durch die Malaria fast unbewohnbar gemacht, der Rest der Bevölkerung verarmt und verwildert, der Arbeit entwöhnt, in argem Hader und offenem Bürgerkriege entbrannt, die entlassenen Krieger dem Räuberhandwerk ergeben; selbst die Schifferinseln hatten den größten Teil ihres Wohlstandes verloren.“ So wird das Land geschildert, das König Otto am 25. Januar / 6. Februar 1833 betrat, um zunächst Nauplia und zwei Jahre später Athen zu seiner Residenz zu machen. Erzherzog Johann von Österreich sagt in seinem Tagebuche, irrig glaube man, daß die Jahreszahl 1837 für Griechenland dasselbe wie für die anderen Länder bedeute; füglich könne man in Ansehung der inneren Einrichtungen 1300 schreiben. Wie der Piräus aussah, habe ich schon früher erwähnt. Nach dem „glänzenden, veilchenumkränzten“ Athen, das unter der Herrschaft der Türken auf ein an den nördlichen und nordöstlichen Abhang der Akropolis gelehntes Städtchen von 6000—8000 Einwohnern zusammengeschrumpft war, führte keine Straße, nur ein Saumweg. L. Roß fand ein Bild der Verwüstung: „einen einzigen ungeheuren Trümmerhaufen, eine gestaltlose, einförmig graubraune Masse von Schutt und Staub, niedrige, halb eingerissene, zum Teil notdürftig wieder ausgeflickte Wohnungen, von den stolzen Resten des Altertums, einzigen zerstörten Kirchen, Moscheen, wenigen besser erhaltenen Häusern oder von Neubauten und einem Dutzend Palmen und Zypressen überragt.“ Ebenso trostlos war der Eindruck, den Lamartine von Athen empfing. Von der Ärmlichkeit der

Verhältnisse zeugt, daß ein unförmlicher Ofen, den sich der deutsche Architekt Lüders aus im Bazar erstandenen Stücken Eisenblech mit Hilfe eines Schmiedes zurechtmachen ließ und mit Olivenholz heizte, so viel Aufsehen erregte, daß der Bischof und vornehme Türken ihn zu betrachten kamen und nicht Worte des Staunens genug finden konnten. „Eine ähnliche, indes nicht ganz so große Wirkung machten um dieselbe Zeit ein paar zweirädrige Karren, welche der Admiral Malcolm zum Bau seines Hauses von Malta schickte, denn das ältere Geschlecht hatte doch während des Krieges schon einmal eine Lafette auf Rädern oder selbst einen Karren gesehen; der größere Teil der Stadt aber wallfahrte auch diesmal vors Tor, um jenes Wunder der fränkischen Mechanik anzustaunen; in der Tat vergingen auch fortan noch zwei Jahre, bevor der erste vierrädrige Wagen in Athen gesehen wurde.“²³) So groß war der Rückschritt selbst gegen das Altertum, in dem, wie die an vielen Orten erhaltenen Spuren beweisen, ein Netz von Fahr- und Karrenwegen das Land bedeckte; mit der alten Kultur waren auch diese Wege verfallen und die Wagen verschwunden.

Wie muß es um das übrige Griechenland bestellt gewesen sein, wenn es in Athen so aussah. Diese Schilderungen aus den Anfängen des Königreiches erlauben uns zu ermessen, welche ungeheuren Schwierigkeiten die ersten Regierungen zu überwinden hatten, um in dem völlig herabgekommenen Lande auch nur eine Möglichkeit besserer Zustände zu schaffen, und wie viel das Volk selbst dazu tun mußte, um sich aus einer Verwahrlosung und Verarmung zu erheben, von der nur die von der Türkenherrschaft freigebliebenen ionischen Inseln und die Inseln des Ägäischen Meeres, auf denen diese eine verhältnismäßig milde war, nicht in gleich entsetzlichem Maße betroffen waren. Wieder gedenken wir des Wortes, mit dem Herodot die Armut des Landes gekennzeichnet hat. Aber er läßt Damaratos auch die Tüchtigkeit preisen, mit der die Hellenen der Armut ihres Landes Herr zu werden und sich ihre Freiheit zu wahren wußten. Diese Tüchtigkeit haben auch

ihre Nachkommen bewährt. Dem neuen Griechentum ist der Aufstieg nicht leicht gemacht worden, vor allem ist der Entwicklung des Königreiches seine räumliche Beschränkung politisch und wirtschaftlich hinderlich gewesen, und Europa hat es an uneigennütziger Liebe und wahrem Verständnis dem auf seinen Schutz und seine Förderung angewiesenen Königreiche gegenüber fehlen lassen. Niemand hat dies deutlicher ausgesprochen als der erlauchte Sproß unseres Kaiserhauses, Erzherzog Johann, der im Jahre 1837 die Verhältnisse kennen zu lernen Gelegenheit hatte und sein von wärmster Liebe zum Lande und zum Volke getragenes Urteil in Briefen und Tagebuchblättern niedergelegt hat. Nun Griechenland seine weiteren Grenzen gewonnen hat, wird es in diesen die in achtzig schweren Werdejahren erprobten Kräfte seines zu erfreulicher Wohlhabenheit und Höhe der Lebensführung gediehenen, durch nicht gewöhnliche Anlagen und Eigenschaften ausgezeichneten Volkes freier und stetiger betätigen können; trotz mancher Beengung durch natürliche Verhältnisse, trotz der aus der Vergangenheit übernommenen Lasten, trotz aller Sorgen, welche die letzten Jahre wie über die ganze Welt so auch über Hellas brachten, darf das vergrößerte Königreich unter der Führung eines Herrschers, der seine Geschicke mit bewundernswerter Festigkeit, getragen von der Liebe seines Volkes, leitet, einer des alten Ruhmes der Hellenen würdigen Zukunft stolz und hoffnungsvoll entgegensehen.

ANMERKUNGEN.

Die folgenden Nachweise wollen, Vollständigkeit in keinem Sinne erstrebend, Lesern, die sich genauer zu unterrichten wünschen, nützlich werden und ihnen zu ergänzen erlauben, was bei der Enge des beiden Vorträgen gesteckten Rahmens ungesagt bleiben mußte. Gerne bekenne ich, wie viele Förderung ich selbst den verzeichneten Schriften, namentlich den Arbeiten A. Philipppsons, verdanke; schien es ausgeschlossen, Wesentliches besser zu sagen als meine Vorgänger, so habe ich mich nicht gescheut, ihren Ausführungen auch im Ausdruck zu folgen und selbst Reihen von Sätzen zu entlehnen.

I.

¹⁾ Über den Philhellenismus: G. Deschamps, *La Grèce d'aujourd'hui* 1892, p. 366. — A. Heisenberg, *Der Philhellenismus einst und jetzt*, 1913 (dazu A. Thumb, *Deutsche Rundschau* CLV 470 ff.). — Über die Politik Österreichs im griechischen Freiheitskampfe 1822—1829: J. Krauter, *Deutsche Rundschau* CLXXVI 400 ff., CLXVII 17 ff. — Graecia, *Organe du monde grec et philhellène*, Paris 1909 ff.

²⁾ Über das neue Griechentum überhaupt: Gustav Meyer, *Essays und Studien* 1886, II 58 ff. 200 ff. — A. Thumb, *Die heutigen Griechen*, *Deutsche Rundschau* XCI 105 ff.; *Pro Graecia*, ebenda CLXII 150 ff. — G. Weigand, *Die nationalen Bestrebungen auf dem Balkan*, *Hochschulvorträge für jedermann*, Heft 9, 1898. — J. v. Pflugk-Hartung, *Die Neugriechen*, *Neue Heidelberger Jahrbücher* XVI 1 ff. — G. Karo, *Vom neuen Hellas*, *Süddeutsche Monatshefte* X 1, S. 430 ff. — K. Dieterich, *Das mittelalterliche und moderne Griechenland*, *Hochland* X 534 ff. (dazu A. Heisenberg, *Byzantinische Zeitschrift* XXII 613); auf die in demselben Hefte der *Zeitschrift Hochland* veröffentlichten Bilder des Malers Josef Scherer, eines ungerechterweise vergessenen Künstlers (S. 635 f.), sei besonders verwiesen. — A. Heisenberg, *Die jüngste Entwicklung der Sprachfrage in Griechenland*, *Internationale Wochenschrift für Wissenschaft usw.* V 685 ff. *Die Zukunft Griechenlands*, *Der Balkan* (Kriegshefte der *Süddeutschen Monatshefte* XII, September 1915) S. 939 ff. — J. Steinmayer, *Die Balkanstaaten im Weltkrieg*, *Der Balkan* S. 872 ff. — E. Reisinger, *Griechische Skizzen*, *Der Balkan* S. 992 ff. — O. Hoetzsch, *Griechenland*, *Velhagen & Klasings Monatshefte* XXX 105 ff. — M. Haberlandt, *Griechen und Rumänen*, *Die Zeit*, 23. Februar 1916. — *Kölnische Zeitung*, 15. März 1916, Nr. 271 und früher Nr. 247.

Nächst Baedekers und Meyers trefflichen Reisehandbüchern bietet in Kürze die beste Landeskunde A. Philippson, *Griechenland und seine Stellung im Orient*, *Geographische Zeitschrift* III (1897) 1 ff.; demselben Gelehrten verdanken wir die Werke: *Das Mittelmeergebiet*, 3. Auflage 1915; *Bericht über eine Reise durch Mittel- und Nordgriechenland*, *Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde* XXV 331 ff.; *Reisen und Forschungen in Nordgriechenland*, *Zeitschrift für allgemeine Erdkunde* XXX 135 ff. 417 ff. XXXI 193 ff. 385 ff. XXXII 244 ff., auch besonders erschienen unter dem Titel: *Thessalien und Epirus 1897*; *Beiträge zur Kenntnis der griechischen Inselwelt*, *Ergänzungsheft 134 zu Petermanns Mitteilungen*. — A. Struck, *Zur Landeskunde von Griechenland*, *Angewandte Geographie*, Serie IV, Heft 4, 1912. — C. Neumann und J. Partsch, *Physikalische Geographie von Griechenland* 1885. — B. Mendelsohn, *Die geologischen Grundlagen der Kulturentwicklung in den Balkanländern*, *Deutsche Rundschau* CLX 292 ff. — F. Bölte, *Grundlinien altgriechischer Landeskunde*,

Jahrbuch des freien deutschen Hochstiftes 1910, S. 216 ff. Die Eigenart der griechischen Landschaft, Vortrag, gehalten in der 38. Hauptversammlung des Philologenvereins für Hessen-Nassau und Waldeck zu Frankfurt a. M. 1913. — J. Partsch, Korfu, Leukas, Kephallenia und Ithaka, Ergänzungshefte 88. 95. 98 zu Petermanns Mitteilungen. — Erzherzog Ludwig Salvator, Paxos und Antipaxos 1887. Zante 1904. Ithaka 1903. 1905. Parga 1907. — F. Freiherr Hiller von Gaertringen, Die Insel Thera I. II. III 1899–1904. — O. Kern, Nordgriechische Skizzen 1912. — C. Fredrich, Vor den Dardanellen, auf altgriechischen Inseln und auf dem Athos 1915. — Inhaltreiche Berichte über den Stand der Forschung werden E. Oberhummer, Geographisches Jahrbuch XXVIII 131 ff. XXXIV 329 ff. verdankt; wichtige Zusammenstellungen der Nachrichten über die einzelnen Gebiete enthalten die in dem letzten Jahrzehnt veröffentlichten Bände des von der Berliner Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Sammelwerkes *Inscriptiones Graecae*: V 1 (Lakonien und Messenien). V 2 (Arkadien). IX 2 (Thessalien). XII 5.7.8.9 (Griechische Inseln).

Von neueren allgemein gehaltenen Werken nenne ich: P. A. Moraitinis, *La Grèce telle qu'elle est* 1877. — K. Krumbacher, *Griechische Reise* 1886. — G. Meyer, *Essays und Studien* I. II 1886. — P. v. Melingo, *Griechenland in unseren Tagen* 1892. — G. Deschamps, *La Grèce d'aujourd'hui* 1892. — P. Elsner, *Bilder aus Neu-Hellas* 1902. — W. v. Oettingen, *Unter der Sonne Homers* 1897. — A. Struck, *Griechenland I: Athen und Attika* 1911. — G. Hauptmann, *Griechischer Frühling* 1908 (dazu J. Hofmiller, *Süddeutsche Monatshefte* VI 2, S. 531 ff.). — Mrs. R. C. Bosanquet, *Days in Attica* 1914. — R. Linde, *Alte Kulturstätten* 1911. — Programm der zweiten (Wiener) Universitätsreise nach Griechenland 1911. — E. Oberhummer, *Eine Reise nach Griechenland* 1912. — Leo Weber, *Im Banne Homers* 1912. — A. Gelber, *Auf griechischer Erde im Sommer* 1912 vor dem Kriege 1913. — Isolde Kurz, *Wandertage in Hellas* 1913. — Herrliche Aufnahmen von Landschaften und Denkmälern bietet das Prachtwerk von Fréd. Boissonnas: *La Grèce par monts et par vaux* 1910. — Nicht gesehen habe ich J. Ponten, *Griechische Landschaften* 1914 (s. *Der Balkan* S. 926).

³⁾ Über die ersten Zeiten des Königreiches: L. Roß, *Erinnerungen und Mitteilungen aus Griechenland* 1865. — *La Grèce du Roi Othon, correspondance de M. Thouvenel avec sa famille et ses amis* 1890. — Vor allem, bisher wenig beachtet: Briefwechsel zwischen Erzherzog Johann Baptist von Österreich und Anton Graf von Prokesch-Osten, herausgegeben von A. Schlossar 1898 (Einleitung S. 2 ff., Briefwechsel S. 19 ff., Tagebuchblätter des Erzherzogs über seinen kurzen Aufenthalt in Griechenland im Jahre 1837 S. 251 ff., Anmerkungen usw. S. 335 ff.); die Schriftstücke geben von dem lebhaften Anteil Kunde, den der hochsinnige, warmherzige Erzherzog an dem Lande und seinem Schicksal nahm, und

dem ungewöhnlichen Scharfblick, mit dem er Zustände und Menschen beurteilte. Er ist es, der den König und die Königin nachdrücklichst auf die Unerläßlichkeit von Reisen hinwies, um über Land und Leute ein selbständiges Urteil und mit dem Volk unmittelbare Fühlung zu gewinnen; der Rat wurde befolgt. — L. Roß, Griechische Königsreisen 1848; Wanderungen im Gefolge des Königs Otto 1851; Reisen auf den griechischen Inseln des Ägäischen Meeres 1840 ff., neu aufgelegt in der Sammlung: Klassiker der Archäologie, Band II. III 1913; Reisen und Reiserouten durch Griechenland 1841.

Ich kann mir nicht versagen, einige Stellen aus den Briefen des Erzherzogs herauszuheben.

An v. Prokesch, Wien, am 21. Dezember 1837: «Mit Wehmut denke ich an Griechenland, es schweben vor meinen Augen die Gestalten jener Krieger, welche man Barbaren, Räuber, ich weiß nicht was, nennt, und in deren Gemütern viel Edelmut liegt, mit welchen sich so vieles mit Einfalt und Kraft machen ließ; es hat nicht bald ein Volk meine Teilnahme so erregt wie dieses, ach, es gleichen sich in so vielem die Männer am Taygetos und Parnaß mit jenen unserer Täler am Fuße der Gletscher, es bedarf nur eines wohlwollenden warmen Herzens, eines kräftigen Willens, einer selbstverleugnenden Beharrlichkeit, um jenes Volk großzuziehen; was jetzt verwildert, ja ich möchte sagen, verlassen dasteht; ein Volk, welches nichts anderes kennt als seine Barbarei, aber sich nach einem besseren, nach einem veredelteren Zustande sehnet, und man möge es dahin leiten. Wer wird dieses tun? Läßt das, was wir bisher sahen, einer solchen Hoffnung Raum? Niemand wird froher sein als ich, wenn ich mich in meinem Urteil über die, auf welchen alles beruhet, irre. Bisher aber sehe ich das, was ich dem König sagte, mit starken Schritten sich nähern, nämlich, er unter einer sehr beschränkten Verfassung, wozu die Nation gegen ihren Willen gleichsam bei den Haaren gezogen wird; und dies durch die schwankenden, willenslosen, halben Maßregeln der Regierung herbeigeführt; er, der König — denn eine bloße Figur, weniger als einst der Doge in Venedig, Pensionär der Nation (besser der Nationalversammlung und der durch dieselbe aufgestellten Gewalthaber), in der Gefahr, täglich selbst seine Bezüge gesperrt zu sehen, wenn die Finanzen in Verlegenheit kommen. Man glaube nicht, daß es dem König freistehen wird, abzutreten, wegzugehen; er wird bleiben müssen, um die Griechen vor den übrigen Mächten zu schützen» usw. Im Hinblick auf die Mißgriffe der bayerischen Beamten sagt der Erzherzog in demselben Briefe: «Für ein Volk, was noch gar so jung ist wie jenes Griechenland, taugen alle unsere Theorien nichts.»

Im Hinblick auf die Haltung der englischen Regierung und des englischen Gesandten Lyons dem König und Griechenland gegenüber

schreibt Erzherzog Johann an v. Prokesch aus Wien am 24. April 1838: «Engellands, warum sollte ich nicht besser Lord Palmerstons Verfahren gegen Griechenland sagen, hat mich, wie Sie wissen, stets empört» usw.; aus Vordernberg am 12. Juli 1838: «Es ist nichts, was mich mehr empört als fremde Einmischungen, als Anmaßung, als das Streben, einer Regierung Verlegenheiten auf den Hals zu ziehen, um dann einseitige Absichten durchzusetzen. Dieser schändliche Mißbrauch von Macht; gegen so etwas würde ich alles daransetzen, in mir reget sich das Gefühl des Menschen, die Teilnahme gegen Unterdrückung, der Sinn des Gebirgsbewohners, die Anhänglichkeit für einen jungen Monarchen, der das Gute will und sich in einer schwierigen Lage befindet, und gegen ein Volk, wo so viel Gutes, Großes sich entwickeln kann, weil es dessen fähig ist. Die Politik der Kaufleute ist selten was nutz; jene der Hirten ist etwas ganz anderes, das wissen wir am besten.»

4) Über Frankreichs Politik ein Zeugnis J. Ph. Fallmerayers in einer Denkschrift aus dem Jahre 1844, Fragmente aus dem Orient S. 597.

5) Der Wirksamkeit der École française d'Athènes hat G. Radet in seinem Werke: L'histoire et l'œuvre de l'École française d'Athènes 1901 ein würdiges Denkmal gesetzt; s. auch U. v. Wilamowitz-Moellendorff, Reden aus der Kriegszeit, 4. Heft, S. 6 und 10.

6) Über Lord Byron und Therese Makris, «the maid of Athens», P. Elsner, Bilder aus Neu-Hellas 1902, S. 266 ff.

7) G. Radet a. a. O., p. 10. — Revue de l'Orient chrétien VI 1 ff.

8) E. Fabricius, Die Insel Kreta, Geographische Zeitschrift III 361 ff. — A. Thumb, Im Bergland der Sphakioten auf Kreta, Deutsche Rundschau CLX 405 ff.

9) Über die Lebensauffassung der Griechen im allgemeinen: Heinrich Gomperz, Die Lebensauffassung der griechischen Philosophen, 2. Auflage 1915, S. 24 ff. — O. Neurath, Die Anschauungen der Antike über Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, XXXII 557 ff. — Eduard Meyer, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums, Kleine Schriften, S. 79 ff., besonders S. 121 ff.

10) Στατιστικά ἀποτελέσματα τῆς γενικῆς ἀπογραφῆς τοῦ πληθυσμοῦ κατὰ τὴν 27. Ὀκτωβρίου 1907, ἐν Ἀθήναις 1909. — Ergänzungsheft 163 zu Petermanns Mitteilungen S. 113 ff.

11) J. Ph. Fallmerayer, Fragmente aus dem Orient, S. 309; in dem Zitat sind nach: «zur Schule ging» die Worte «und folglich Sackträger, Mönch und Wesir auf derselben Stufe gesellschaftlicher Ausbildung und sozialer Dialektik stehen» ausgelassen.

12) E. Curtius, Die Volksgrüße der Neugriechen, Gesammelte Abhandlungen II 512 ff.

¹³⁾ Über das Räuberwesen: G. Meyer, *Essays und Studien* II 184 ff. — A. Philippson, *Zeitschrift für allgemeine Erdkunde* XXX 174 ff. — Eug. Melchior de Vogüé, *Histoires orientales*, p. 187 ff. — G. Deschamps, *La Grèce d'aujourd'hui*, p. 173 ff. — G. Weigand, *Die Aromunen* II 1904, S. 98 ff.

¹⁴⁾ Nach dem letzten, auf die neuen Provinzen (über die Einteilung L. Büchner, *Petermanns Mitteilungen* 1915, S. 255) ausgedehnten Wahlgesetz vom 25. April a. St. 1915 besteht eine aus direkten, allgemeinen Wahlen hervorgehende Kammer von 316 (1 auf je 16.000 Einwohner) auf 4 Jahre gewählten Abgeordneten; zur Wahlberechtigung sind 21, zur Wählbarkeit 25 Jahre erforderlich. Nach P. A. Moraïtinis, *La Grèce telle qu'elle est 1878*, p. 535 kamen auf 1000 Einwohner 311 Wähler.

¹⁵⁾ Eduard Meyer, *England* 1915, S. 106.

¹⁶⁾ L. Büchner, *Die neue griechisch-albanische Grenze in Nord-epirus*, *Petermanns Mitteilungen* 1915, S. 67 ff., Tafel 17.

¹⁷⁾ U. v. Wilamowitz-Moellendorff, *Staat und Gesellschaft der Griechen (Die Kultur der Gegenwart, II. Teil, Abteilung IV 1)* 1910.

¹⁸⁾ Über die Vlachen: G. Weigand, *Die Aromunen* I. II 1894 f. — A. Philippson, *Zeitschrift für allgemeine Erdkunde* XXXI 199 ff., XXXII 295. — F. W. P. Lehmann, *Petermanns Mitteilungen* 1915, S. 256 ff.

¹⁹⁾ Neuerdings haben englische und italienische Gelehrte die Geschichte und die Denkmäler des Mittelalters in verdienstlicher Weise zum Gegenstand der Forschung gemacht; ich verweise nur auf die letzten zwei Veröffentlichungen von G. Gerola, *I monumenti veneti dell' isola di Creta I, Venezia* 1905; *I monumenti medioevali delle tredici sporadi*, *Annuario della R. scuola archeologica di Atene etc. I, 1914*, p. 169 ff.

²⁰⁾ Ein ethnographisches Kärtchen gibt A. Struck, *Zur Länderkunde von Griechenland* S. 65. — Über albanische Siedlungen auf den Inseln des Ägäischen Meeres: J. W. Hasluck, *Annual of the British School at Athens* XV 223 ff.; über die Entvölkerung der Inseln und die türkische Eroberung handelt derselbe ebenda XVII 151 ff.

²¹⁾ J. Ph. Fallmerayer, *Fragmente aus dem Orient* S. 477 ff.

²²⁾ Gegen Fallmerayer zuletzt nachdrücklich A. v. Harnack, *Der Geist der morgenländischen Kirche im Unterschied von der abendländischen*, *Sitzungsberichte der königlich preußischen Akademie der Wissenschaften* 1913, S. 157 ff. — Über slawische Ansiedlungen im Peloponnes: F. Freiherr Hiller von Gaertringen in der *Sammlung der Zeugnisse für die Geschichte Arkadiens*, *Inscriptiones Graecae* V 2, p. XXXIII.

²³⁾ A. Thumb, *Die neugriechische Sprache* 1892. *Handbuch der neugriechischen Volkssprache*, 2. Auflage 1910. *Grammatik der neugriechischen Volkssprache (Sammlung Göschen)* 1915. — K. Wied, *Praktisches Lehrbuch der neugriechischen Volkssprache*, 4. Auflage. — C. D. Buck, *Classical Philology* IX 85 ff.

²⁴⁾ K. Täuber, Topographische Namen in Griechenland, Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik XXXV 265 ff. — Vermöge einer Widmung des Freiherrn F. Hiller von Gaertringen nimmt nun die Berliner Akademie der Wissenschaften die Erforschung der griechischen Ortsnamen in Angriff.

²⁵⁾ C. Wachsmuth, Das alte Griechenland im neuen 1864. — B. Schmidt, Das Volksleben der Neugriechen 1871. Die Insel Zakynthos 1899. — Le Bon d'Estournelles de Constant, La vie de province en Grèce 1878. — Erzherzog Ludwig Salvators S. 158 angeführte Werke. — Von den griechischen Gelehrten hat sich G. N. Politis, dem auch eine schöne Auswahl von Volksliedern verdankt wird: *Ἐκλογαὶ ἀπὸ τῶν τραγοιδιῶν τοῦ Ἑλληνικοῦ λαοῦ* 1914, große Verdienste um die volkskundliche Forschung erworben, der die *Ἑλληνικὴ Λαογραφικὴ Ἑταιρεία* und ihre Zeitschrift *Λαογραφία* 1909 ff. dient: *Μελέται περὶ τοῦ βίου καὶ τῆς γλώσσης τοῦ Ἑλληνικοῦ λαοῦ*, 4 Bände 1899 ff. Auch englische Gelehrte, namentlich R. M. Dawkins und A. J. B. Wace, haben diese Forschung in jüngster Zeit gefördert. — Magda Ohnefalsch-Richter, Griechische Sitten und Gebräuche auf Cypern 1913.

²⁶⁾ Über Dorer und Albanier: C. H. Hawes, Annual of the British School at Athens XVI 258 ff.

²⁷⁾ Davis Trietsch, Das Griechentum im Ausland, Balkan-Revue II 429 ff. — K. Dieterich, Das Griechentum Kleinasiens, Länder und Völker der Türkei, Schriften des deutschen Vorderasienkomitees, Heft 9, 1915. — A. Philippson, Reisen und Forschungen im westlichen Kleinasien I–V, Ergänzungsheft 167. 172. 177. 180. 183 zu Petermanns Mitteilungen; über Smyrna II 33 ff.

²⁸⁾ R. M. Dawkins, Modern Greek in Asia Minor, Journal of helenic studies XXX 199 ff. 267 ff.

²⁹⁾ F. von Vincenz, Das Problem der Muhadschire und die Massenzucht der Griechen aus Anatolien, Balkan-Revue I 477 ff.

³⁰⁾ E. Oberhummer, Die Insel Cypern I 1903. — Davis Trietsch, Zypern (Angewandte Geographie, Serie IV, Heft 1) 1911. Zypern nach dem Weltkrieg, Balkan-Revue II 307 ff.

³¹⁾ The Earl of Cromer, Modern Egypt 1908, II 250: «In Alexandria, which may almost be said to be a Greek town, a great many influential and highly respectable Greeks are to be found. Their presence in Egypt is an unmixed benefit to the country. I wish to insist very strongly on this point» etc. — Es dürfte wenig bekannt sein, daß Cromer, der sich in diesem ausgezeichneten Werke übrigens genugsam als feiner Kenner der klassischen griechischen und lateinischen Literatur zu erkennen gibt, auch die Muße gefunden hat, Gedichte der griechischen Anthologie ins Englische zu übertragen: Paraphrases and Translations from Greek 1903. Über die Stellung seiner Landsleute zu der eingebor-

nen Bevölkerung hat er auch in einem Jahresbericht über seine Amtsführung in Ägypten, Report on Egypt 1906, sehr Beherzigenswertes gesagt.

³²⁾ Über die Ansiedlungen in Süditalien: Gustav Meyer, Essays und Studien II 326 ff.; H. F. Tozer, Journal of hellenic studies X 11 ff.

³³⁾ Spyridon P. Lambros, *Σελίδες ἐκ τῆς ἱστορίας τοῦ ἐν Οὐγγαρία καὶ Ἀυστρίας Μακεδονικοῦ Ἑλληνισμοῦ, πρωτανικός λόγος κτλ. ἐν Ἀθήναις* 1912.

³⁴⁾ Über Metsovo: A. Philippson, Zeitschrift für allgemeine Erdkunde XXXI 205.

³⁵⁾ J. F. Dürr, Das griechische Unterrichtswesen (Die Kultur und das Bildungswesen der Balkanländer, Heft 1) 1910.

³⁶⁾ Spyridon P. Lambros, *Λόγος κατὰ τὸ μνημόσυνον τοῦ Ἰωάννου Καποδιστρίου καὶ τοῦ Ἰωάννου Λομπόλη ἐκφωνηθεὶς ἐν τῇ Μητροπόλει Ἀθηνῶν κτλ., ἐν Ἀθήναις* 1912.

³⁷⁾ Über die neugriechische Literatur: P. v. Melingo, Griechenland in unseren Tagen, S. 108 ff. — G. Meyer, Essays und Studien II S. 260 ff. — K. Dieterich, Geschichte der byzantinischen und neugriechischen Literatur (Literaturen des Ostens IV 1) 1902. Die osteuropäischen Literaturen 1911.

³⁸⁾ K. Krumbacher, Das Problem der neugriechischen Schriftsprache 1902. — G. Hatzidakis, Die Sprachfrage in Griechenland 1905. La question de la langue en Grèce, Revue des études grecques XV 208 ff. — K. Krumbacher, Le problème de la langue littéraire néogrecque, ebenda p. 246 ff. — A. Heisenberg, Die jüngste Entwicklung der Sprachenfrage in Griechenland, Internationale Wochenschrift für Wissenschaft usw. V 685 ff. — M. Triandaphyllidis, Süddeutsche Monatshefte IX 1, S. 522 ff.

³⁹⁾ E. Reisch, Der erste internationale Archäologen-Kongreß in Athen, Österreichische Rundschau IV 386 ff.

⁴⁰⁾ Über die christlichen Denkmäler in Makedonien: *Κ. Ζησίον, Πρακτικὰ τῆς ἐν Ἀθήναις Ἀρχαιολογικῆς Ἐταιρίας τοῦ ἔτους* 1913, σ. 119 ff.; über Inschriften: *Γ. Π. Οἰκονόμος, Ἐπιγραφαὶ τῆς Μακεδονίας, τεῦχος πρῶτον* 1915; in Pella in Makedonien (*Γ. Π. Οἰκονόμος, Πρακτικὰ κτλ.*, 1914, σ. 128 ff.) und an anderen Orten der neuerworbenen Gebiete sind Ausgrabungen unternommen worden.

⁴¹⁾ Über die orthodoxe Kirche: A. v. Harnack, Der Geist der morgenländischen Kirche im Unterschied von der abendländischen, Sitzungsberichte der königlich preußischen Akademie der Wissenschaften 1913, S. 157 ff. — Max Herzog zu Sachsen, Die orthodoxen Kirchen auf dem Balkan, Der Balkan 1915, S. 1006 ff. — Die Balkankriege wurden im Zeichen des Kreuzes geführt, aber Europa hatte dafür kein Verständnis.

⁴²⁾ U. Wilcken, Grundzüge und Chrestomathie der Papyruskunde I. Historischer Teil, 1. Hälfte: Grundzüge, 1912, S. 158 ff. — A. Furtwängler, Die Bedeutung der Gymnastik in der griechischen Kunst (Aus: «Der Sämänn») 1905.

⁴³⁾ P. de Coubertin etc., Die olympischen Spiele 776 v. Chr. — 1896 n. Chr. (deutsch und englisch) 1897.

II.

¹⁾ Über die wirtschaftlichen Verhältnisse Griechenlands handeln außer den bereits S. 157 f. verzeichneten Arbeiten: Edm. Théry, La Grèce actuelle au point de vue économique et financier, 1905. — J. Grunzel, Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse Griechenlands 1906. — Österreichische Monatsschrift für den Orient. — Das Handelsmuseum. — Griechenland, Wirtschaftliche Verhältnisse 1912. Nach den Berichten der k. u. k. österr.-ungar. Konsularämter usw. herausgegeben vom k. k. österreichischen Handelsmuseum, Wien 1913. Wirtschaftliche Verhältnisse 1913, Wien 1916. — H. v. Sauter, Die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanstaaten, Balkan-Revue I 691 ff. — Dr. Kreuzkam, Wirtschaftsverhältnisse und Wirtschaftsbeziehungen Griechenlands insbesondere zu Deutschland, Internationale Monatsschrift für Wissenschaft usw. IX 1298 ff. — D. Trietsch, Levantehandbuch, 3. Ausgabe 1914. — Balkan-Revue II 528 ff.

²⁾ Herodot VII 102. U. v. Wilamowitz-Moellendorff, Orient und Okzident, Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik IX 921 ff. Aristoteles, *πολ. ἄθ.* 16; Thukydides I 2, 5.

³⁾ M. Romstedt, Die wirtschaftliche Organisation des attischen Reiches 1914. — W. S. Ferguson, Greek Imperialism 1913. — Eduard Meyer, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums, Kleine Schriften S. 79 ff.

⁴⁾ Über die griechischen Niederlassungen im Gebiet des Schwarzen Meeres: E. v. Stern, Klio IX 139 ff.; Hermes L 161 ff. — Über die Handelsbewegung im Altertum: J. Beloch, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik III. Folge, XVIII 626 ff.

⁵⁾ A. Philippson, Beiträge zur Kenntnis der griechischen Inselwelt, Ergänzungsheft 134 zu Petermanns Mitteilungen S. 164 ff. — Über Syra; ebenda S. 39 ff. — R. Burrows, The discoveries in Crete 1907, p. 11.

⁶⁾ L. Roß, Erinnerungen und Mitteilungen aus Griechenland S. 27 ff., 146 ff. — A. de Lamartine, Voyage en Orient I 127 ff.

⁷⁾ O. Kern, Nordgriechische Skizzen 1912, S. 45 f. — G. Chr. Zographos, La question agraire en Thessalie (dazu Chr. Dimopol, Le mouvement économique XV 213 ff.). — D. K. Tsopotós, *Ἱστορία τῶν γεωργῶν καὶ τῆς ιδιοκτησίας ἀπὸ τῶν ἀρχαιοτάτων χρόνων μέχρι τῆς Τουρκοκρατίας 1896; Ἡ καὶ γεωργοὶ τῆς Θεσσαλίας κατὰ τὴν Τουρκοκρατίαν 1912.*

⁸⁾ H. Lattermann und F. Freiherr Hiller von Gaertringen, Stymphalos, Mitteilungen des Deutschen archäologischen Instituts in Athen XL 71 ff. — M. L. Cambanis, Le dessèchement du lac Copais par les anciens, Bulletin de correspondance hellénique XVI 121 ff. — A. Philippson, Der Kopais-See in Griechenland, Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde

XXIX 1 ff., besonders S. 54 ff. — Über die Kampania westlich von Saloniki: A. Struck, Makedonische Fahrten, Zur Kunde der Balkan-Halbinsel, Heft 7 (Heft 4, 1907 handelt über die Chalkidike), 1908, S. 95 ff.

⁹⁾ J. Mendel, Der griechische Korinthenhandel, Balkan-Revue I 380 ff. — J. Partsch, Kephallenia und Ithaka, S. 47 ff. 100 ff.

¹⁰⁾ Über den Getreidebedarf: Berliner Tageblatt 22. März 1916 Nr. 151. — Über Getreide- und Weinbau und Ölbäume auf Korfu: J. Partsch, Die Insel Korfu S. 87 ff.

¹¹⁾ F. v. Vincenz, Die ägäischen Inseln als wirtschaftliche Werte, Balkan-Revue I 266 ff. — Monatsschrift für den Orient XL 147 ff. XLI 317 ff.

¹²⁾ C. Neumann-J. Partsch, Physikalische Geographie von Griechenland S. 85 ff. — A. Philippson, Das Mittelmeergebiet S. 142 ff.

¹³⁾ Balkan-Revue II 594 ff.

Griechenland, wirtschaftliche Verhältnisse 1912, S. 9 f.

¹⁴⁾ Aristo, Mazedonien und Saloniki vor und nach den beiden Balkankriegen, Balkan-Revue I 721 ff., siehe auch II 453.

¹⁵⁾ Dr. Leander, Die griechische Zollgesetzgebung, Balkan-Revue II 513 ff.

¹⁷⁾ G. Andréadès, Le présent et l'avenir de la marine grecque, Le Mouvement économique XIX 85 ff. — In dem von dem k. k. Handelsmuseum veröffentlichten Berichte über Griechenlands wirtschaftliche Verhältnisse 1913, S. 94 ist die Tonnenzahl in dem Satze: «Griechenland besaß mit Ende Dezember 1913 im ganzen 389 Handelsdampfer von zusammen 433.662 Tonnen» unrichtig; die folgende Liste der Dampfer gibt als Summe 638.600. Die Zahl von 725.000 Tonnen entnahm ich C. Arnsteins Bericht, Neue Freie Presse 17. Februar 1916, Nr. 18495, S. 12. — Balkan-Revue II 600 ff.

¹⁸⁾ J. Mendel, Die griechische Finanzwirtschaft, Balkan-Revue II 135 ff. — Über die Höhe der Staatsschuld: ebenda II 605.

¹⁹⁾ A. Philippson, Der Isthmos von Korinth, Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde XXV 1 ff.

²⁰⁾ S. Koronis, Einige Betrachtungen über die Eisenbahnpolitik Griechenlands, Balkan-Revue II 91 ff. — L. Büchner, Der Anschluß Griechenlands an die makedonischen Bahnen, Petermanns Mitteilungen 1914, S. 130. 331 f. — Balkan-Revue II 603 ff.

²¹⁾ Über die Auswanderung: Graecia, Organe du monde grec et philhellène V 248 ff.

²²⁾ D. Bikélas, Athènes, Revue des études grecques XI 307 ff. — E. Petersen, Athen (Berühmte Kunststätten Bd. 41) 1908. — G. Fougères, Athènes (aus der Sammlung: Les villes d'art célèbres) 1912. — Jentzsch, Athen, Nord und Süd 1916, S. 310 ff.

²³⁾ L. Ross, Erinnerungen und Mitteilungen aus Griechenland, S. 30. 44.

Der Mineralreichtum der Balkanhalbinsel.

Von

Hofrat Dr. Cornelius Doelter,

Professor an der Universität Wien.

Die Balkanländer waren in früheren Zeiten wichtige Produktionsgebiete für Metalle. Der Metallbergbau reicht, wie serbische Funde gezeigt haben, in die prähistorische Zeit. Die Römer bezogen namentlich aus Bosnien, Serbien und einem Teil Bulgariens, insbesondere dem westlichen, Edelmetalle, Kupfer und Blei. Die größte Blüte des Metallbergbaues fiel in das spätere Mittelalter, namentlich in das 14. und 15. Jahrhundert.

Verglichen mit den damaligen Zuständen kommt die Gegenwart kaum in Betracht. Die Balkanländer spielen, was die Weltproduktion von Metallen und anderen nutzbaren Mineralien anbelangt, keine Rolle mehr. Es drängt sich die Frage auf, ob eine Besserung dieses Zustandes nicht durchführbar und in welchem Ausmaße dies möglich wäre.

Zu große Hoffnungen darf man in dieser Hinsicht zwar nicht hegen, doch können diese Länder immerhin wenigstens so weit gehoben werden, daß der lokale Bedarf oder doch ein großer Teil desselben durch inländische Produktion gedeckt würde. An einen nennenswerten Metallexport dürfte allerdings vorläufig kaum zu denken sein — oder höchstens hinsichtlich der einen oder anderen Spezialität — wogegen der Erzexport in Betracht kommen und eine gewisse Bedeutung erlangen könnte.

Daß eine Hebung möglich ist, zeigt das Beispiel Bosniens. In diesem Lande war die Eisenproduktion vor der Zeit der

österreichisch-ungarischen Okkupation eine ganz minimale und die Eisenindustrie auf einer Stufe, welche sich kaum von der des Mittelalters unterschied. Heute ist Bosnien nebst Griechenland der Sitz einer wichtigen Eisenindustrie. Es ist ja ein an Eisenerzen sehr reiches Land. Allerdings liegen die Verhältnisse in den übrigen Balkanländern, mit Ausnahme von Griechenland, bezüglich des Eisens weniger günstig, doch könnten andere Metalle produziert werden. Und wenn österreichisches und deutsches Kapital, welches sich bis jetzt von diesen Ländern, im Gegensatz zu dem französischen Kapital, ferne hielt, eingreifen würde, so ist unter gewissen Bedingungen, welche hier noch näher zu prüfen sein werden, das Ins-Leben-Rufen einer Industrie sicher nicht unmöglich.

I. Geschichtlicher Überblick über die Entwicklung des Metallbergbaues auf der Balkanhalbinsel.

Wie schon erwähnt, bezogen die Römer einen Teil ihrer Metalle aus der Balkanhalbinsel. Gold kam besonders aus Siebenbürgen, welches auch heute noch ein Goldproduktionsland ist, wenn auch nicht vergleichbar mit anderen außereuropäischen Golddistrikten. Die Eroberung von Dazien unter Kaiser Trajan war zum Teil wegen dessen Goldreichtums unternommen worden. Römische Bergbaue finden sich sowohl in Bosnien und Griechenland, wo das auch heute noch berühmte Laurion viel Silber lieferte, als auch namentlich auf der Halbinsel Chalkidike (der erzreichen), dann in Makedonien und in den verschiedensten Teilen Serbiens, endlich auch in den an Makedonien und Serbien angrenzenden Gebirgen Bulgariens.

Im Mittelalter war die Umgegend von Novo-Brdo, einer Stadt des alten Serbenreiches, in Makedonien bei Pristina gelegen, das Golkonda der Balkanhalbinsel. Aber auch viele andere Punkte der Balkanländer waren wegen ihres Gold-

reichtums berühmt. Der serbische König Urosch II. Miljutin war es, welcher, die Bedeutung des Bergbaues voll würdigend, diesem zu einem ungeahnten Aufschwung durch die Berufung deutscher Bergleute verhalf. Kein Volk stand je dem Bergbau so nahe wie das deutsche. Es ist wahrscheinlich, daß die heutige Kunst des Bergbaues von Deutschen herrührt, wenn auch die Römer und vor ihnen unbekannte Völker primitiven Bergbau betrieben. Aber im Mittelalter wurde der Bergbau auch in entfernteren Ländern hauptsächlich durch deutsche Bergleute betrieben. Insbesondere waren es die Niedersachsen, welche, wahrscheinlich ursprünglich aus dem Harz stammend, die besten Arbeiter im Bergbau stellten. Ist doch die für den Bergbau grundlegende Wissenschaft, die Mineralogie, hauptsächlich von Deutschen begründet worden, ebenso wie die Geologie einem Deutschen, dem Freiburger W e r n e r, ihren Anfang verdankt.

Die Sachsen arbeiteten frühzeitig in den Bergbauen Ungarns und Siebenbürgens; von dort wurden sie durch den erwähnten König Urosch nach Serbien berufen. Der Hauptsitz des Bergbaues auf Edelmetalle war Novo-Brdo; in lateinischen Urkunden figuriert es als Novus Mons, auch Nova Berda oder Nova Barda. Die Italiener nannten den Ort Novomonte, die sächsischen Bergleute Nyeuberge. Der Ort war damals weltberühmt. Zwischen 1350 und 1450 war es die größte und berühmteste städtische Ansiedlung der ganzen Balkanhalbinsel. Nach C. J i r e č e k, welcher die Bergbaue Bosniens und Serbiens schilderte, erzählte man sich ganz Unglaubliches von dem Reichtum Novo-Brdos; der Byzantiner Schriftsteller Kritobulos berichtete, daß hier Gold und Silber aus dem Boden geackert werde, während der französische Geschichtsschreiber Brocquière den Ertrag der dortigen Gold- und Silberminen auf 200.000 Dukaten schätzte, eine für jene Zeit ganz fabelhafte Summe. Novo-Brdo war also wirklich durch lange Zeit das Golkonda der Balkanhalbinsel, vielleicht auch der ertragreichste Ort Europas und damals — Indien war noch kaum bekannt — der ganzen Welt. Mancherlei Übertreibung mag ja

dabei mit im Spiele gewesen sein. Der Bergort liegt drei geographische Meilen östlich von Pristina, zwischen dem berühmten Amselfelde und der bulgarischen Morawa. Die Ansiedlungen waren rings um einen hohen Berg, welcher sich bis zirka 1100 Meter über dem Meere erhebt, verteilt. Auf dem Berge sieht man heute die Ruinen einer großen, damals sehr festen Burg. Zwei kleinere Burgen dienten zum Schutze der Bergwerke und der Bergwerkskolonie. Nach C. Jir e č e k war der Ort schon im Jahre 1326 ein bedeutender Handelsplatz. Den Handel, namentlich mit den Bergwerksprodukten, besorgten damals im ganzen westlichen und nördlichen Teile der Balkanhalbinsel, also in Bosnien und Serbien (einschließlich Makedoniens) hauptsächlich die Ragusaner. Niemand ahnt, wie reich diese jetzt kleine, ruhige Stadt im Mittelalter war. Viele Ragusaner besaßen sowohl in Serbien wie in Bosnien Bergwerke; jedenfalls lag der Bergwerkshandel zum größeren Teile in ihren Händen. Aber auch venezianische Kaufleute waren in Novo-Brdo ansässig. Die sächsischen Bergleute waren von den serbischen Königen mit großen Privilegien ausgestattet worden. Sie hatten in Novo-Brdo ihre eigene Kirche, die Sachsenkirche.

Nach der Eroberung Novo-Brdos durch die Türken in der Mitte des 15. Jahrhunderts wurde der Sitz der serbischen Edelmetallindustrie nach Rudnik verlegt und dieser Ort kam rasch zur Blüte. Erst nachdem die ganze Balkanhalbinsel von den Türken erobert worden war, fing der rege Bergbau allmählich an zu erlahmen. Die osmanische Regierung betrieb zwar noch durch längere Zeit den Bergbau, aber, da die Sachsen das Land verlassen hatten, fehlte es an geschulten Bergarbeitern. Dazu kam, daß die Türken im allgemeinen wenig Lust hatten, ihr Kapital im Bergbau zu investieren. Den Anstoß zur Einstellung des Bergbaues gab wohl ein von der türkischen Regierung erlassenes Ausfuhrverbot für Edelmetalle. Die Ragusaner waren nämlich auch nach der Eroberung Makedoniens im Lande verblieben und suchten den Bergbau weiter zu betreiben. Hiebei wurde nach wie vor das gewonnene Gold und Silber nach Ragusa und Venedig geschickt. Als das Ausfuhrverbot erlassen

wurde und alle Bemühungen zur Aufhebung desselben vergeblich waren, verließen diese Unternehmer das Land.

Übrigens dürften wohl noch andere allgemeine volkswirtschaftliche Momente mitgespielt haben, so insbesondere der durch die Entdeckung Amerikas verursachte Metallimport aus diesem Lande. Viele der Bergbaue lieferten Gold und Silber und gerade diese Metalle wurden in großen Mengen aus Amerika beschafft; die dortigen Lagerstätten waren so reich und ließen offenbar eine so einfache Gewinnung zu (handelte es sich ja meistens um sogenannte „Seifen“, nicht um eigentliche Bergbaue), daß das nötige Metall in großem Überfluß vorhanden war. Es wäre auch zu untersuchen, ob damals nicht auch gleichzeitig eine Vergrößerung der Betriebskosten stattgefunden hat. Auch ist nicht außer acht zu lassen, daß es sich um Bergbaue handelte, welche bislang in ihren reichsten Teilen abgebaut waren; man scheute sich in der Folge, die übriggebliebenen ärmeren Teile der Lagerstätte abzubauen.

Während der kurzen österreichischen Herrschaft in Serbien im 18. Jahrhundert wurde, namentlich in dem damals ergiebigsten serbischen Bergbau zu Majdanpek rüstig gearbeitet und dort nebst anderen Stollen und Schächten insbesondere im Jahre 1720 der große Jugovits-Stollen angelegt. So wurde vom österreichischen Ärar in den Jahren 1720—1738 sehrersprießliches geleistet. Bei dem dann erfolgten Abzuge der Österreicher und der Wiederherstellung der türkischen Herrschaft erlosch das Interesse für den Bergbau. Nach der Herstellung des selbständigen Serbiens (unter türkischer Souveränität) fing der Bergbau langsam wieder an zu gedeihen. Es war der Ahne des Königs Peter, Kara Georg, der Verständnis für die Wiederbelebung des Bergbaues zeigte; sein Bestreben konnte jedoch wegen Mangel an sachverständigen Leitern und Bergleuten überhaupt zu keinem glücklichen Resultate gelangen. Seine Nachfolger auf dem Fürstenthron, die Fürsten Milosch und Michael aus dem Hause Obrenowitsch, suchten den Bergbau wieder zu beleben und es wurde im Jahre 1835 der sächsische Berghauptmann Freiherr von Herder von der

serbischen Regierung berufen, eine Bereisung des ganzen Landes vorzunehmen, um die Chancen der Wiederaufnahme des Betriebes zu prüfen. Ferner ordnete die Regierung einige Jahre später an, daß mehrere junge Serben an die kgl. ung. Bergakademie nach Schemnitz (welche bekanntlich damals einen europäischen Ruf hatte) zu Studienzwecken gesendet wurden. Im Jahre 1847 wurde der spätere Professor der k. k. montanistischen Lehranstalt zu Pübram, H e y r o v s k y, nach Serbien berufen, um bezüglich der Wiederaufnahme des Bergbaues ein Urteil abzugeben. Er befaßte sich namentlich mit der Kupferlagerstätte von Majdanpek.

Zu Majdanpek wurde im Jahre 1849 eine Eisenschmelze und ein Hammerwerk erbaut. J. A b e l hat über die Versuche, den Bergbau in Serbien wieder aufzurichten, in dem Jahrbuche der k. k. geologischen Reichsanstalt berichtet.

Es dürfte dann eine Periode des Stillstandes gekommen sein und erst vor zirka 25 Jahren scheint wieder eine intensivere Tätigkeit begonnen zu haben, als sich die Augen französischer und belgischer Kapitalisten auf das Land richteten. Die Erfolge waren zum Teil gute, zum Teil aber ungünstige, wobei aber nicht immer die Beschaffenheit und der Reichtum der Lagerstätte, sondern auch andere Faktoren, wie die vorhin geschilderten, bestimmend gewesen sind. Ungünstig waren bis vor nicht langer Zeit insbesondere die Kommunikationen, welche wegen ihrer Mangelhaftigkeit wohl Mitursache der mitunter sich ergebenden geringen Erfolge gewesen sein dürften.

II. Der gegenwärtige Zustand des Bergbaues auf der Balkanhalbinsel.

Unsere Kenntnisse über den Bergbau der verschiedenen hier in Betracht kommenden Länder sind sehr ungleiche. Bosnien, welches hier nicht näher behandelt werden soll, ist sehr gut bekannt und ist der Bergbau sowohl auf Erze, als auch auf Kohlen gut entwickelt. Diesem Lande steht darin am nächsten Griechenland, wie es vor dem Bukarester Frieden

bestand. Dann folgt Serbien. In diesem Lande ist die Erforschung in den letzten Jahren gut fortgeschritten und wir haben namentlich über den Erzbergbau eine nicht unansehnliche Literatur. Es wurde auch in den letzten Jahren eine in serbischer Sprache herausgegebene *Minenrevue* veröffentlicht. Die Regierung hat sich auch bemüht, fremde Kapitalisten heranzuziehen. Allerdings wurde dabei oft eine nicht immer zu billigende Reklame geübt. Geringer ist unsere Kenntnis von Bulgarien; wenn es auch gewiß noch wenig durchforscht ist, so kann man doch mit einiger Sicherheit behaupten, daß es viel weniger reich an Mineralschätzen ist als sein Nachbarstaat Serbien. Dagegen scheint Makedonien, welches ja im Altertum so viel Edelmetalle lieferte, größerer Beachtung würdig zu sein. Der reichste Teil von Makedonien dürfte aber heute dessen griechischer Teil sein, insbesondere die Provinz Saloniki.

Während in der europäischen Türkei, die ja heute nur mehr ein kleines Territorium aufweist, die nutzbaren Mineralien nur spärlich verbreitet sind, erblicken wir in der asiatischen Türkei, gerade was die Bodenschätze anbelangt, ein sehr hoffnungsvolles Gebiet, welches aller Wahrscheinlichkeit nach noch berufen ist, auf dem Weltmarkt eine nicht geringe Rolle zu spielen. Allerdings wird die Erschließung noch Jahre dauern. Es werden im Verlaufe noch diejenigen Maßregeln zu besprechen sein, welche getroffen werden müssen, um diese Landstriche erschließbar zu machen.

Im folgenden sollen nun die einzelnen Länder behandelt werden, doch möchte ich vorher noch einen wichtigen Punkt erörtern, welcher einen der wesentlichsten Faktoren bei der bergbaulichen Erschließung der Länder bildet, nämlich die Berggesetzgebung.

Die Berggesetzgebung in den Balkanstaaten.

Die Berggesetzgebung ist in den meisten dieser Länder neueren Datums und sie lehnt sich teils an die österreichische, teils an die französische an.

Serbien. Das serbische Gesetz ist eines der ersten auf der Balkanhalbinsel gewesen (abgesehen von Griechenland). Ein neuer Gesetzentwurf wurde kurz vor dem Balkankrieg der Skupschtina vorgelegt, ob er zum Gesetz erhoben wurde, ist mir jedoch nicht bekannt. In Serbien ist der Staat Eigentümer der Bodenschätze, unabhängig vom Grundbesitz. Die Verleihung erfolgt für alle nutzbaren Mineralien. Es gibt zweierlei Schurfrechte, ein einfaches und ein ausschließliches. Das erste wird nur auf ein Jahr verliehen, kann aber auf ein weiteres Jahr verlängert werden. Das ausschließliche Recht wird zwar ebenfalls nur auf ein Jahr verliehen, kann jedoch alljährlich verlängert werden. In beiden Fällen muß der Schürfer den Nachweis erbringen, daß er frei über sein Vermögen verfügen kann. Das ausschließliche Recht wird nur dann verliehen, wenn der Ansuchende den Nachweis erbracht hat, daß die Lagerstätte auch abbauwürdig ist. Jedes zur Verleihung gelangende Grubenfeld hat ein Ausmaß von 100.000 m²; die Grenzen werden durch eine Kommission fixiert. Ferner hat der Schürfer den Nachweis zu erbringen, daß er das zur Erschließung nötige Betriebskapital besitzt. Die Verleihung erfolgt dann auf 50 Jahre. Die Abgaben betragen 12 Dinar per Hektar und 1% vom Reinertrage. Der Minister kann aber diese Abgaben erlassen.

Wer das Schurfrecht oder die definitive Konzession besitzt, muß folgende Bestimmungen einhalten: 1. Ununterbrochener Betrieb; 2. allgemeine Sicherheitsvorkehrungen; 3. Vorlage eines alljährlichen Betriebsberichtes und 4. eines alljährlich einzureichenden Betriebsplanes der vorzunehmenden Arbeiten.

Die Erwerbung von Grundbesitz zur Ausübung des Betriebes kann durch Vereinbarung oder eventuell durch Expropriation erfolgen.

Sowohl das einfache wie auch das ausschließliche Schurfrecht werden nicht mehr verlängert, wenn auf den betreffenden verliehenen Territorien Schurfarbeiten nicht vorgenommen wurden; auch die Konzession erlischt vor dem Endtermin,

wenn die Bergarbeit vor Ablauf eines Jahres nicht in Angriff genommen worden ist, oder wenn sie ohne triftige Gründe unterbrochen wurde, ebenso im Falle des Konkurses des Besitzers. Die Gerechtsame werden von dem Minister für Ackerbau, Handel und Industrie verliehen; dieser verhängt auch eventuelle Strafen, gegen welche der Rekurs an den Staatsrat möglich ist.

Es sind Klagen vorgekommen, daß in der Handhabung des Berggesetzes manchmal willkürlich vorgegangen wurde.

Bulgarien. Auch hier ist der Staat Besitzer aller nutzbaren Mineralien. Es werden zwei Klassen von solchen unterschieden: Bergbau einerseits, Tagbau und Steinbruchbetrieb andererseits. In die erste Kategorie fallen alle Erze, dann Salz, Kohlen, Erdöl, Graphit. In die zweite fallen Gips, Phosphate, Mineralfarben, Schwefelkies, Kreide, Bausteine etc. Im Zweifelsfalle entscheidet der Minister. Auch in Bulgarien gibt es Schurfbewilligungen und definitive Konzessionen; erstere laufen auf Jahresdauer, doch kann diese verlängert werden. Die Schurfbewilligung erstreckt sich höchstens auf eine Fläche von 800 Hektar. Nach zwei Jahren muß der Inhaber des Schurfrechtes um die definitive Konzessionierung einkommen.

Es können auf dasselbe Territorium auch mehrere Konzessionen verliehen werden, wenn es sich um verschiedene Mineralien handelt. Dieser Artikel des Gesetzes ist mehrfach als unpraktisch bezeichnet worden, da er Anlaß zu Prozessen geben kann.

Was die definitive Konzession anbelangt, so beträgt der Umfang einer solchen 24 bis 500 Hektar; die Fläche muß die Form eines Rechtecks haben. Der Konzessionswerber muß den Beweis erbringen, daß die Lagerstätte auch reich genug ist, um einen Abbau mit Gewinn zu gestatten. Die Dauer der Konzession beträgt, wie auch in der Türkei, 99 Jahre.

An Taxen hat der Konzessionär zunächst eine jährliche Grundtaxe nach dem Flächeninhalt, und zwar von 2 bis 4 Frs. per Hektar (2 Frs. für Kohlen und Bitumen, 4 Frs.

für die übrigen nutzbaren Mineralien) zu entrichten; außerdem ist eine Steuer auf den Reinertrag zu leisten. Die Grundtaxe muß im Vorhinein bezahlt werden, die Steuer halbjährlich.

Es darf kein Schacht oder Stollen ohne Erlaubnis des Grundeigentümers angelegt werden, wenn er näher als 50 m von einer Behausung liegt. Der Grubenkonzessionär hat das Recht, für alle notwendigen Arbeiten die ober Tag gelegenen Gründe auf seiner Konzession gegen Entschädigung an den Grundbesitzer zu benützen.

Alle Verwaltungsmaßregeln werden vom Finanzminister getroffen. Diesem steht auch das Recht der Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen benachbarten Grubenbesitzern zu.

Griechenland. Bis zum Jahre 1890 galt für Griechenland ein Berggesetz, welches sich abweichend von dem der anderen hier in Betracht kommenden Länder mehr an das französische Berggesetz anlehnte und namentlich Steinbruchbetrieb, Tagbaubetrieb und Grubenbetrieb unterschied. Im Jahre 1910 erschien ein neues Gesetz, welches nur mehr bergbaumäßigen und steinbruchmäßigen Betrieb unterscheidet; zu dem letzteren gehören: Dachschiefer, Bausteine, Pflastersteine, Mühlsteine, welche dem Grundeigentümer vorbehalten werden.

Als bergbaumäßig zu gewinnende Mineralien werden Erze, Kohlen, Bitumen, Salz, Schwefel, Smirgel, Phosphate, Magnesit und Gips gezählt. Ausschließlich dem Staate vorbehalten bleiben alle Metalle außer Gold und Silber, dann auch Salz und Smirgel, auf einzelnen Inseln wie Milos auch Gold und Silber, sowie Gips und Smirgel. Die Überlassung an Private kann in den letztgenannten Fällen nur durch das Parlament erfolgen.

Was die übrigen vorbehaltenen Mineralien anbelangt, so werden Freischurfkonzessionen erteilt für Terrains bis 1000 Hektar. Das Schurfrecht wird auf zwei Jahre verliehen und kann noch auf ein weiteres Jahr verlängert werden; es muß jedoch eine Kautions von 100 bis 1000 Drachmen erlegt werden. Auf Grund der vorgenommenen Aufschlüsse kann

von der Bergbehörde ein Grubenfeld verliehen werden. Das zur Betriebseröffnung nötige Grundterrain kann auf dem Wege der Enteignung erworben werden. Der Bergbau wird von der Bergbehörde beaufsichtigt. An Abgaben werden per Hektar Schurffeld eine Drachme und vom Erzeugungswert 6⁰/₁₀ erhoben. Vom Reingewinn werden noch weitere 5⁰/₁₀ erhoben, welche an die Besitzer des obertägigen Landes zur Verteilung gelangen, so daß die Grundbesitzer an den Bergschätzen teilhaben.

Türkei. Hier fallen die Bergwerkskonzessionen in den Agendenkreis des Ministeriums für Forste, Bergbau und Landwirtschaft. Die Gesuche sind an den Gouverneur der Provinz (Vilajet) zu richten, wobei die betreffenden Mineralien, für welche die Konzession verlangt wird, zu nennen sind, ebenso die Grenzen, innerhalb welcher Schurfversuche geplant werden. Das Schurfrecht wird auf ein Jahr erteilt und kann für ein zweites erneuert werden. Vor Ablauf der Schurfrechtsbewilligung hat deren Inhaber durch die Vilajetsbehörde bei der Bergwerksdirektion in Stambul den Bericht des Betriebsleiters unter Beifügung von Karten (im Maßstabe 1:5000) einzureichen, daneben Proben des geschürften Materials vorzulegen. Gleichzeitig muß er um die eigentliche Konzession einreichen. Es wird dann von der Behörde ein Aufgebot erlassen und die Frist von zwei Monaten für die Geltendmachung eventueller Ansprüche dritter Personen bestimmt. Wenn alles nach Ablauf der Frist in Ordnung befunden wurde, so sendet die Bergwerksdirektion die Akten an den Staatsrat, welcher die Angelegenheit dem Ministerrat unterbreitet; schließlich wird sie von letzterem dem Sultan zur Erteilung des Fermans vorgelegt. Für die Konzession sind ungefähr zweihundert türkische Pfund (etwa 3700 Mark) zu bezahlen.

Die Konzessionsdauer ist in der Regel 99 Jahre, beträgt indessen für Chromerze, Smirgel, Borazit und Meerscham meistens nur 60 Jahre. Die zu bezahlenden Steuern sind zum Teile Grundsteuern, nach dem Umfange der Konzession, teils

Steuern auf den Bruttowert der Erze, und zwar 1—5% desselben. Nur für die zuletzt erwähnten Mineralien beträgt sie 10%. Während der Dauer der Schurferlaubnis können bis tausend Tonnen Erz zu Versuchszwecken in das Ausland versandt werden. Notwendig ist die Bestellung eines Vertreters in der Hauptstadt Konstantinopel.

Wir gelangen nun zur Besprechung der Bergbauverhältnisse in den einzelnen Balkanländern.

A. Serbien.

Der Erzbergbau.

Die Metalle, welche in diesem Lande gewonnen werden, sind: Gold, Silber, Blei, Kupfer, Eisen, Zink. Chrom ist bisher noch nicht produziert worden, obgleich solche Erze vorhanden sind. Ferner ist Quecksilber und Antimon gewonnen worden. Wismuterze sind vorhanden.

Gegenwärtig haben nur die Bergbaue auf Kupfer, Eisen, Blei, Zink und Antimon einige Bedeutung.

Die serbischen Erzlagerstätten sind alle in Verbindung mit Eruptivgesteinen, insbesondere Andesiten, einige mit Serpentin. Sie liegen auf Bruchlinien; die wichtigsten sind zwei Bruchlinien im Osten, dann eine im mittleren Serbien: Belgrad—Avala—Rudnik—Kopaonik, und eine, welche den Powljen und Kostajnik einschließt. Bergbau findet sich im nordöstlichen Serbien, in dem Gebiet zwischen der Donau und der bulgarischen Grenze bis Zaječar, welches die Form eines Dreiecks hat. Hier finden sich die schon seit alter Zeit betriebenen Lagerstätten von Majdanpek, dann Kučajna, Bor, DelizJovan u. a. Ein früher sehr wichtiges Gebiet war Rudnik, welches heute jedoch ganz vernachlässigt ist. Im Westen des Landes werden noch die Antimonlagerstätten von Zajača und Kostajnik, dann die Kupfergruben von Rebelj und Viš betrieben.

Ein vielleicht sehr wichtiges Gebiet, welches im Altertume der Sitz einer ziemlich ausgedehnten Industrie war, ist das

Kopaonikgebirge, südlich von Čačak, an der Grenze gegen Makedonien und den Sandschak. Hier kommen viele Erze vor, aber die alten Baue sind verödet. Es ist dies durch das Fehlen von Straßen und auch durch die hohe Lage der Lagerstätten erklärlich; ein kleiner Betrieb fand jedoch auch in der Gegenwart an einzelnen Punkten statt.

Im folgenden sollen die Vorkommen für die einzelnen Metalle aufgezählt werden:

Gold. — Gold kommt sowohl in Flußbetten und Alluvialschichten, als auch als Berggold, in letzterem Falle meistens in Schwefelkies oder Bleierzen und Kupferkiesen, vor, seltener direkt im Quarz eingesprengt. Die Lagerstätten, in welchen auf Gold gearbeitet wird, liegen in dem genannten Bergdistrikt im nordöstlichen Teile des Landes.

Auf Waschgold wurden verschiedene Konzessionen verliehen, auch hat der Staat selbst Schurfarbeiten unternommen. Die besten Terrains liegen im Tale des Peks und in dessen Zuflüssen, ferner im Gebiete des Timokflusses und der Porečka, Šaška und Bela Reka. Es soll im Pektale, einer Angabe des serbischen Geologen J. Antula zufolge, aus einem Kubikmeter Alluvialsand für einen Franc Gold herauszubringen sein. Anfangs arbeitete hier eine englische Gesellschaft, welche später von einer französischen, der „Société pour les Exploitations minières en Serbie“, abgelöst wurde. Auf den staatlichen Revieren sollen per Kubikmeter bis 0'6897 Frs. sich ergeben haben. In anderen Fällen war jedoch das Resultat viel ungünstiger. Im Šaškatal ergab sich ein Ergebnis von 0'48 Frs. per Kubikmeter. Im Timoktal besitzt der Minister N. Pasić eine Konzession auf Gold.

Die Erze von Majdanpek, von Bor und Kučajna zeigen einen gewissen, wenn auch nicht hohen Goldgehalt, welcher aber nur imstande ist, den Bergbau etwas rentabler zu machen, für sich allein jedoch ungenügend wäre.

Silber. — Das Silber kommt in Bleierzen, Zinkerzen, Kupferkiesen vor, aber nicht als selbständiges Erz; der Gehalt

an Silber ist jedoch in manchen dieser Erze, welche noch zu erwähnen sein werden, kein unbedeutender.

Quecksilber. — Dieses kommt als Zinnobererz am Avalaberg, südlich von Belgrad, vor, und zwar ist sein Vorkommen wissenschaftlich ein sehr interessantes. Wirtschaftlich jedoch ist das Vorkommen, wenigstens bisher, zu arm gewesen, um eine nennenswerte Rentabilität zu gestatten. Die großen Hoffnungen, die man auf dieses Vorkommen setzte, haben sich nicht erfüllt.

Kupfer. — Die Kupferproduktion ist in Serbien eine ansehnliche und gerade dieses Metall scheint die besten Hoffnungen zu bieten. Die wichtigsten Gebiete sind Bor und Krivelj, Majdanpek, Rebelj und Viš. Ferner kommen Kupfererze auch im Kopaonikgebirge vor.

Eine reiche Lagerstätte ist Bor-Krivelj. Es finden sich dort fünf Gänge, auf welchen ein sehr kupferreiches Mineral, der Kupferindig (Covellin), sowie ein zweites, der Enargit, vorkommen. Der Kupfergehalt beider Mineralien ist ein sehr hoher. Die Lagerstätte findet sich nirgends in dieser Beschaffenheit in Europa; sie ist mit der bekannten reichen Kupferlagerstätte von Butte in Montana vergleichbar; dort kommen dieselben Erze vor. Da das Erz in großen Mengen vorhanden ist, so ist es begreiflich, daß die Grube einen ganz außerordentlichen Ertrag liefert. Die Produktion ist eine stets steigende und betrug:

1906/7 . . .	1220 Tonnen	1910/11 . . .	5804 Tonnen
1907/8 . . .	1900 »	1911/12 . . .	7200 »
1908/9 . . .	3273 »	1912/13 . . .	7600 »
1909/10 . . .	5024 »		

Es wird dort ein Erz verhüttet, welches ein Kupfer ergibt, das 99^o/_o Kupfer und außerdem noch 24—30 g Gold per Tonne sowie 96—120 g Silber enthält. Diese Metalle wurden bisher in England extrahiert.

Diese Grube ist, nachdem die Wiener und Pester Banken den Ankauf abgelehnt hatten, in den Besitz einer französischen Gesellschaft, der „Société des mines de Bor“ übergegangen.

Diese, welche ihren Sitz in Paris hat, besitzt ein Aktienkapital von 5,500.000 Frs. Sie hat in den letzten Jahren nahezu drei Fünftel des Aktienkapitals an Reingewinn verdient und ihre Aktien verzeichnen einen hohen Kurs. Gegenüber dieser reichen Grube kommen die übrigen nur wenig in Betracht. Eine vormals sehr berühmte Grube ist die von Majdanpek, deren Abbau bis in die vorhistorische Zeit zurückgeht. Es ist ein Kupferkieslager mit Schwefelkies und Brauneisen gemengt, welches eine große Erstreckung aufweist. Der Unterschied gegen Bor ist jedoch der, daß hier ein kupferarmes Erz vorliegt, so daß sich niemals eine größere Produktion ergeben hat. Die Hauptmasse ist Schwefelkies, welcher anfänglich gar nicht beachtet wurde, da man nur auf das Kupfer Wert legte. Aber der Gehalt an diesem Metall beträgt gegenwärtig nur 0,2—1%, nur einzelne Teile des Bergwerks ergaben einen höheren Gehalt. Daher kann das Kupfer für sich allein keinen Gewinn ergeben. Später ist man zur Einsicht gekommen, daß der Schwefelkies das Wichtigere sei, und so haben sich auch die Erträge gebessert. Wichtig ist auch das Majdanpeker Eisenerz. Ferner enthalten die Erze auch in einer Tonne des verhütteten Kupfers 39 g Gold und 411 g Silber. Die Besitzerin der Grube ist die „Société des mines de cuivre de Majdanpek“, welche ihren Sitz in Brüssel hat. Kurz vor dem Kriege sollen die Werke in den Besitz einer von der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft neu gegründeten serbischen Bergwerks-Exploitationsgesellschaft übergegangen sein.

Alle übrigen serbischen Kupfergruben sind noch nicht in das Stadium einer gewinnbringenden Tätigkeit übergegangen. Wichtig sind die Gruben am Povljen im Distrikt von Valjevo. In Rebelj bekam man einen Kupfergehalt von 3,9%. Im Jahre 1903 wurden 3820 t Erz gefördert. Seither scheint aber der Bergbau zeitweise wieder eingestellt worden zu sein.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Kupferlagerstätten in Serbien, welche sich jedoch alle noch im Anfangsstadium

befinden oder überhaupt noch jungfräulich sind. Besonders wichtig für die Kupferproduktion kann das Kopaonikgebirge werden.

Eisenerze. — Eine ganz primitive Eisenindustrie hat sich in Serbien noch bis in die neuere Zeit erhalten, aber nur rein lokal und als Kleinindustrie. Allmählich mußte sie aufhören, weil das aus dem Auslande importierte Eisen bedeutend billiger zu stehen kam. Dasselbe gilt auch für Bulgarien und nur Bosnien und Griechenland entwickelten sich auch in der neuesten Zeit immer mehr zu Produktionsländern.

Der Grund, warum in diesen Ländern keine selbständige Eisenindustrie existiert, liegt aber nicht in dem Mangel an guten Eisenerzen, sondern in dem Mangel an Koks kohle. Wir werden daher auch in Zukunft nicht an eine größere einheimische Produktion denken können, vielmehr wird man trachten müssen, die Erze auf dem Donauwege nach Ungarn zu exportieren. Dieser naheliegende Export von Eisenerzen dürfte auch der Grund sein, weshalb die österreichisch-ungarische Staatseisenbahngesellschaft sich der Werke von Majdanpek versicherte.

In Serbien mangelt es nicht an guten, zum Teil sogar vorzüglichen Eisenerzen. So kommen an verschiedenen Punkten Magneteisenerz (Hämatit), wie auch Brauneisenerze vor. Magneteisen kommt im Kopaonikgebirge bei Suvo Rudište und bei Suvo Rude, dann bei Lopatnica, Mremiči und anderen Orten vor. Weiter sind zu erwähnen Zlatibor und Mataruge. Der genannte Bergdistrikt von Majdanpek weist auch Magneteisen, besonders aber Brauneisenstein auf, deren Gehalt an Eisen sehr beträchtlich ist. Wichtig ist auch Rudna Glava. Es ließen sich noch viele andere Fundstellen nennen, so jene bei Dobra, welche vielleicht infolge ihrer günstigen Lage in der Nähe des dortigen Kohlenlagers und besonders, weil sie in unmittelbarer Nähe der Donau liegen, einst von Wichtigkeit werden könnten.

Auch **Manganerze** kommen, wenn auch nicht gerade häufig, vor, so bei Dobra, bei Kremiči. Eine große Bedeutung

haben sie aber nicht. Auch der wichtige Chromeisenstein findet sich im Kopaonikgebirge an mehreren Stellen.

Kohlen.

Steinkohlen finden sich in Serbien nur an ganz wenigen Punkten, da die Kohlenformation nur in Nordostserbien auftritt. Es sind dort namentlich bei Kučajna Steinkohlen aufgedeckt worden, ein Betrieb scheint aber noch nicht eröffnet worden zu sein.

Liaskohle und Kreidekohlen. — Wichtig scheint die Liaskohle von Dobra gegenüber den Lagern von Drenkova in Ungarn zu sein. Eine 12.000 Hektar umfassende Konzession wurde 1887 der Aktiengesellschaft der Dobra-Gruben zugesprochen. Eine andere in Betrieb befindliche Liaskohlengrube liegt unweit Zaječar bei Vrska Čuka. Die Mächtigkeit der Flöze beträgt $3\frac{1}{2}$ m; die Grube ist mit dem Donauhafen Radujevac durch eine Schmalspurbahn verbunden. Ferner haben wir die Rtanj-Grube in Ostserbien. Es ist eine unreine, 5 m mächtige Kohle. Die Grube besitzt eine Drahtseilbahn zur Hauptbahn Zaječar—Parenčin. Die übrigen Gruben, die noch nicht im Betrieb sind, übergehe ich.

Tertiärkohle. Diese ist in Serbien stark vertreten und eine große Anzahl noch nicht im Betrieb befindlicher Gruben findet sich im nordöstlichen Serbien. Wichtig sind die Gruben der Staatseisenbahn, d. s. die Velika-, Mala-Reka- und Senjer-Gruben, die durch die Eisenbahn verbunden sind. Die Senjer-Gruben sind seit 20 Jahren im Betrieb und kommt dort ein 20 m mächtiges Flöz vor. Die Produktion hat sich in den letzten Jahren bedeutend gehoben. Im südlichen Morava-Becken liegen die Gruben von Alexinac, die mit der Eisenbahn Belgrad—Nisch verbunden sind. Dann finden sich noch verschiedene andere Kohlengruben in Mittelserbien, wovon namentlich ein 8 m mächtiges Flöz bei Jarandol zu erwähnen ist, das eine sehr fette Kohle aufweist.

Lignit kommt in der Kostolacer Grube vor, welche an der Donau liegt und 4 Flöze aufweist. Die Kohlenmenge soll 5,000.000 t betragen. Die Fortsetzung dieses Vorkommens ist in der Klenovnik-Grube aufgedeckt. Die Zahl der Lignitvorkommen in Mittelserbien wie auch im Timok-Becken ist eine sehr bedeutende.

Was die Qualität der serbischen Kohlen anbelangt, so befinden sich darunter einige sehr gute. Der Kaloriengehalt der Lias- und Kreidekohlen wechselt zwischen 6000—8000, der der Tertiärkohlen zwischen 3800 und 5800. Sie sind zum Teil sehr gasreich und zeigen keinen sehr hohen Aschengehalt.

Bituminöser Schiefer kommt in den Gruben von Alexinac vor.

Zum Schlusse einige statistische Daten:

Im Jahre 1910 wurden 5335 t Kupfer gewonnen, 326 t Antimon im Werte von 188.000 Frs. erzeugt; die Schwefelkiesproduktion betrug im selben Jahre 36.500 t, die Produktion von silberhaltigem Bleiglanz 10.300 t. Von Steinkohlen wurden 12.000 t gefördert, die Braunkohlenproduktion betrug 120.000 t und die von Lignit 52.000 t.

B. Bulgarien.

Auch in Bulgarien wurde in früheren Zeiten viel Erz gefördert, während heute die Erzproduktion eine ganz unbedeutende ist.

Gold. — Waschgold wurde in den ältesten Zeiten gewonnen. Das Waschen von Gold wurde noch bis Ende des vorigen Jahrhunderts betrieben.

Silber. — Im Gegensatz zu Serbien scheint Bulgarien weniger reich an diesem Metall zu sein. Bleierz kommt bei Breznik vor, es ist silberhältig, doch sind die Gruben schon seit langer Zeit außer Betrieb.

Kupfer. — Bulgarien besitzt mehrere Kupfergruben, von welchen einige auch im Betrieb sind. Wichtig ist die Progressmine bei Zagora, wo Kupferkies, Buntkupfer, Kupferglanz vor-

kommen. Eine andere Kupfergrube liegt bei Widdin, auch gibt es noch eine Reihe weiterer Konzessionen.

M a n g a n scheint nicht selten zu sein, aber die Produktion ist noch eine geringe. Die bedeutendsten Lagerstätten dieses Metalles liegen im Bezirk von Burgas. Ferner kommen bei Varna Manganerze mit einem Gehalt von 40% vor; die Gruben liegen unmittelbar am Meere. Auch die in Makedonien liegenden Gruben sind wichtig, wovon noch später die Rede sein wird.

Blei. — Bleierze sind in Bulgarien nicht selten. Eine wichtige Grube dürfte die bei Lakatnik sein, welche unweit Tulenitza, nördlich von Sofia, gelegen ist. Die Lagerstätte liegt am Berge Izremec. Außer Bleiglanz kommt Zinkerz vor, und zwar Galmei. Die Erze sind sehr hochhaltig. Zwanzig Kilometer nordwestlich liegt eine zweite Konzession, in welcher ebenfalls Zink- und Bleierze vorkommen.

Statistik der Erzproduktion in Bulgarien.

Jahr	Kupfererz	Bleierz	Zink- erz	Zink und Bleierz	Blei und Kupfererz	Mangan- erz
T o n n e n						
1902	40	—	150	—	—	—
1903	—	118	24	850	—	—
1904	160	1170	848	2.750	—	—
1905	12.011	379	746	1.051	1034	—
1906	2.248	606	541	5.434	—	—
1907	6.832	23	88	519	—	1900
1908	4.180	28	—	—	—	30
1909	19.040	3547	—	1.485	—	—
1910	18.506	3419	—	—	—	—
Summe	63.017	9290	2397	12.089	1034	1930

Eisenerze. — Bulgarien war vor Jahrhunderten Sitz einer blühenden Eisenindustrie, namentlich die Stadt Samakow

war durch sie berühmt. Im Bezirk Samakow findet man noch heute hunderttausende Tonnen von Eisenschlacken, welche noch bis 50% Eisen enthalten sollen. Eine spezielle Industrie des Rilobalkans war die Gewinnung von Eisensand, welche namentlich am Iskerflusse betrieben wurde. Loschiza war das Zentrum dieser Industrie. Von Eisenerzen kommen vor: Magneteisen, Roteisen, auch Brauneisen. Es gibt 86 Freischürfe auf Eisenerz, aber nur zwei Konzessionen. Die Erze sind zum Teile von sehr guter Qualität, namentlich das von Krumovo, dann das von Breznik. Dieser Ort liegt 16 km von der Bahnlinie Sofia—Radomir entfernt. An Eisenerz mangelt es demnach nicht, dagegen an Kokscohlen.

Kohlen. — Bulgarien ist in bezug auf mineralische Brennstoffe vielleicht reicher als Serbien. Kohlenvorkommen liegen teils in gebirgigen Distrikten (Balkan, Rhodope etc.), teils in den Ebenen, in der Donauniederung, bei Sofia, Philippopol und am Schwarzen Meer. Das erste Vorkommen wurde 1870 entdeckt. Man kennt 230 Kohlenvorkommen, aber nur 27 Bergwerkskonzessionen.

Die Kohlenvorkommen Bulgariens sind teils Anthrazite, teils Kreidekohlen und jungtertiäre Braunkohlen. Die Anthrazite liegen im Iskertale nördlich von Sofia, dann im Gebiete von Belgradschik. Diese Anthrazite sind von sehr guter Qualität. Von den Kreidekohlen, die sehr zahlreich sind, nenne ich im Westen des Balkanbeckens die Prinz Boris-Konzession, die Karolinen- und Amaliagrube. Wichtig ist auch das Donau- becken bei Lom. Dort kommt eine Anzahl von Flözen vor, die aber nicht sehr mächtig sind. Im ganzen ist die Kohlenindustrie nicht sehr entwickelt und es gibt eigentlich gegenwärtig nur ein wichtiges Braunkohlenwerk, das von Pernik—Bobovdol, in der Nähe von Sofia. Der Kohlenreichtum von Pernik wird auf 30—40 Millionen Kubikmeter geschätzt. Die Mächtigkeit der Flöze wechselt stark und steigt bis auf 10 m. Die Kohle ist sehr gasreich und leicht entzündbar; sie enthält nur 39% Kohlenstoff; der Kaloriengehalt ist 5400—6000. Die Zahl der Arbeiter betrug in den letzten Jahren 1700. Der Er-

lös pro Tonne stellte sich im letzten Jahre auf 12 Frs. Der Absatz der Kohle betrug in der letzten Zeit 400.000 t. Die Gruben gingen, wie Zeitungen meldeten, vor kurzem in den Besitz einer deutsch-bulgarischen Aktiengesellschaft über.

C. Makedonien.

Die Erze dieses Landes bildeten die Quelle des Reichtums der Könige des alten Serbenreiches. Hier liegt Novo-Brdo, über welches wir früher berichteten. Wichtig sind auch die Orte Janjevo und Zletovo. R. Hofmann, welcher im Jahre 1890 das Bergrevier untersuchte, fand bei Janjevo zahlreiche Pingen, Stollen- und Schachtüberreste. Das Erz ist Bleiglanz mit geringem Goldgehalt und einem Silbergehalt von 0'036%. Derselbe fand bei Novo-Brdo drei Gangsysteme von großer Erstreckung; das Erz ist Zinkblende mit 4'57% Blei, 0.052% Silber und 0'0015% Gold. Hier wäre jedenfalls Zink zu gewinnen, da ja die Alten bekanntlich die Zinkerze auf die Halde warfen.

Über die Erzgruben von Zletovo hat im Jahre 1896 der Bergingenieur J. Kaszinsky berichtet. Er untersuchte die Emir Musagrube, in welcher neben manganhaltigen Eisenerzen Bleiglanz vorkommt. Letzteres Erz kommt auch bei Schlegova vor. Hier betrieben seinerzeit die Genueser Bergbau, später die türkische Regierung.

Gold findet man am Flusse Markova Reka und in anderen Bächen.

Schwefelkieslager befinden sich zusammen mit Kupferkies an einem Nebenflusse der Tabacka Reka, der Povschnitza, auch im Gebiete von Pechtschevo.

Auch das erwähnte Ossogovgebirge an der alten türkisch-bulgarischen Grenze birgt Blei- und Kupfererze.

Ein sehr wichtiger Erzdistrikt wurde in den letzten zehn Jahren des vorigen Jahrhunderts im Geranatal bei Negotin, unweit von Bitolje (Monastir) erschlossen. Der Bergort trägt

den Namen Allschar und liegt in einem ziemlich unwirtlichen Gebirge. Es ist jedoch eine sehr reiche Lagerstätte, deren Erze Antimon glanz und Auripigment (Schwefelarsen) sind. Der Antimongehalt der Erze beträgt bis 54^o/_o und manchmal mehr. Auch Eisenerze und Chromeisenstein kommen in der Nähe vor. Der Bergbau war zu Beginn des Balkankrieges in lebhafter Entwicklung begriffen und soll über 400 Arbeiter beschäftigt haben. Es sind auch Hüttenanlagen in ziemlich großem Maßstabe dort errichtet worden. Wichtig sind ferner die Kupfergruben bei Xanthi an der Bahn Kavala—Dedeagatsch.

D. Griechisch-Makedonien und Thessalien.

Der im Bukarester Frieden Griechenland zugeschlagene Teil von Makedonien ist jedenfalls, obgleich er bisher noch wenig erforscht und noch wenig industriell verwertet ist, ein Land, welches sehr erzeich ist. Schon im Altertum galt es dafür und auch im vorigen Jahrhundert wurde unter türkischer Herrschaft Bergbau betrieben.

Insbesondere die Halbinsel Chalkis und die Gegend nordöstlich von Saloniki sind erzeich, dann die Südabhänge des Karadaghs.

In Thessalien an der alten türkisch-griechischen Grenze kommen namentlich bei Lamia, beziehungsweise nördlich und nordöstlich von dieser Stadt Erze vor.

Die hier in Betracht kommenden Erze stammen meistens aus Serpentin oder auch aus granitischen Gesteinen; trachytische Gesteine fehlen. Besonders sind hier zu nennen: Gold als Waschgold, Chromeisenstein, namentlich an der alten griechisch-türkischen Grenze, Kupfererze und Arsenerze.

Gold. — Ein goldreiches Gebiet ist der Karadagh nördlich von Saloniki. Bisher scheint nur Waschgold gewonnen worden zu sein. Ein französischer Bergingenieur, F. Blanc, welcher darüber im Jahre 1902 berichtete, gibt an, daß häufig

5 g Gold in einer Tonne Sand vorkommen. Alle Flüsse dieser Gegend, Vardar, Karassu, Butkova, führen Gold. Es scheint aber mehr ein gelegentlicher Betrieb stattzufinden. Die Zahl der Goldwäscher soll jedoch eine große sein.

Chrom. — Die Provinz Saloniki enthält an mehreren Punkten Chromeisen, welches im Serpentin vorkommt. Dieses Erz kommt bei Niausta (Njegusch), dann im Pajakgebirge nördlich von Pazar vor. Besonders ergiebig sollen die Gruben von Kassandere sein, welche ganz nahe vom Meere liegen. Der Betrieb soll sehr lebhaft sein. Auch im thessalischen Olymp, bei Gerehli, kommen dieselben Erze vor.

Auch an Kupfererzen fehlt es nicht, ebenso kommen Manganerze auf der Halbinsel Chalkidike vor. Ferner findet sich silberhaltiger Bleiglanz. Von anderen nutzbaren Mineralien aus der Klasse der Nichterze ist besonders der Magnesit zu erwähnen, der in ansehnlichen Massen vorkommt und mehrfach in Steinbrüchen gewonnen wird. Die Hauptlagerstätten gehören der Firma Alatini in Saloniki. Sie finden sich wie an anderen Orten im Serpentin. Es handelt sich hier um den amorphen, weißen Magnesit. Die Lagerstätten liegen bei Kajatschali, dann bei Madgarli und bei Pisciona.

Auch Asbest ist in Makedonien ziemlich verbreitet.

E. Albanien.

Gegenüber den eben erwähnten an nutzbaren Mineralien reichen Ländern kommt Albanien nur wenig in Betracht. Der südliche Teil des Landes ist meistens Karstterrain, in welchem das Vorkommen von Erzen ausgeschlossen ist, da diese auf der Balkanhalbinsel an das Vorkommen von Eruptivgesteinen gebunden sind. Dagegen kommen im nördlichen Albanien Serpentine vor, welche Erze aufweisen können. Es sollen in diesem Teile sowohl in der römischen Zeit, als auch im Mittelalter Gold- und Silberminen bestanden haben, wahrscheinlich in der Gegend von Djakovar. In den Gebieten des mittleren

Drins, ferner an den Abhängen der Rudska Planina sowie der Mala Reka sollen sich Eisenerze wie auch Kupfererze finden. Silbergruben sollen sich bei Alessio befunden haben, ebenso soll angeblich dort Gold gefunden worden sein, doch fehlen zuverlässige Angaben.

Andererseits ist das Vorkommen von Eisenerzen bei Rubigo im Gebiete von Alessio bemerkenswert. Von wichtigen Mineralien Albaniens ist noch der Asphalt im Gebiete von Valona zu erwähnen; er ist von vorzüglicher Qualität, da er 89% Bitumen enthält, und wird von einer französischen Gesellschaft ausgebeutet. Bei Telmino und Triano kommt Braunkohle vor.

In Montenegro kommt nur bituminöse Kohle und etwas Braunkohle vor.

F. Griechenland.

Die neuen Teile des Königreiches, welche demselben durch den Bukarester Frieden zufielen, haben wir bereits behandelt. Was das vor 1912 bestandene Griechenland betrifft, so ist hier namentlich die Eisenproduktion maßgebend, denn an Reichtum der Eisenerze übertrifft es Bosnien. Wichtig sind, was die Erze anbelangt, besonders die schon im Altertume berühmten Lagerstätten von Laurion, über welche eine ansehnliche Literatur existiert; die Gruben liegen in der Nähe des Meeres, an der Südostspitze von Attika, südöstlich von Athen. Es kommen hier außer manganreichen Braun- und Rot-eisenerzen besonders gute Blei- und Zinkerze vor. Die Zahl der einzelnen Lagerstätten ist eine sehr große. Die Gruben werden von einer französischen Gesellschaft betrieben; vorerst wurden die massenhaft vorhandenen Schlacken und Waschrückstände verarbeitet. Die bleihaltigen Reste wurden auf 1,555.000 Tonnen mit $5\frac{1}{2}$ bis 14% Blei und 300—440 g Silber per Tonne veranlagt. Die Galmeiproduktion ist ebenfalls sehr groß.

Griechenland hat auch mehrere Kupferlagerstätten, namentlich im Norden des Landes. Im Othrysgebirge

kommt Kupfererz vor. Ebenso findet es sich bei Lamia. Im Norden des Landes kommen auch Chromeisensteine vor; diese finden sich häufig auch im östlichen Griechenland.

Eisenerze. — Griechenland ist sehr reich an Eisenerzen, es gibt viele in vollem Betriebe befindliche Gruben und es existieren zwölf größere Aktiengesellschaften, fast lauter französische, die die Eisenindustrie betreiben. Ein Hauptsitz des Eisensteinbergbaues ist der Lauriondistrikt, wo vier französische und eine griechische Gesellschaft arbeiten, nebst einigen Privaten. Der Haupthafen ist Laurion. Die hier gewonnenen Erze sind manganhältig. Ein wichtiger Distrikt für den Eisenbergbau ist der in den Provinzen Phiotis, Phokis, dann Böotien, das nördliche Attika und auch Negroponte auf Euböa. Besonders wichtig ist das Gebiet des Kopaissees; die dortigen Erze sind sehr gut und enthalten etwas Chrom. Ähnliche Erze finden sich auf Euböa. Auch auf der Insel Skyros wird viel Eisenerz gewonnen. Die Insel Syra birgt ebenfalls Eisenerze und noch mehr sind auf der Insel Skriphos vorhanden. Der gesamte Eisenerzvorrat Griechenlands (ohne die neuen im Bukarester Frieden zugewachsenen Teile) wurde auf 100 Millionen Tonnen geschätzt.

Magnesit. — Ein wichtiges nutzbares Mineral, welches, wie wir früher sahen, auch in Griechisch-Makedonien vorkommt, ist der Magnesit. Die Lagerstätten finden sich auf der Insel Euböa. Es arbeiten dort zwei Gesellschaften, eine französische und eine griechische. Der Magnesit von Euböa ist der reinste, der bisher gefunden wurde. Es wurden im Jahre 1906 37.209 t im Werte von zirka 678.000 Frs. erzeugt.

Smirgel. — Ebenfalls ein sehr wichtiges Mineral, das auf Naxos gewonnen wird. Sein Preis beträgt loco Paris 240—280 Mark. Die Smirgelproduktion Griechenlands hat sich von 4727 t im Werte von 402.740 Mark im Jahre 1902 auf 12.939 t im Werte von 1,057.215 Mark im Jahre 1910 gehoben.

Statistische Übersicht
über die Bergwerksproduktion von Griechenland.

Produkt	Produktionsmenge in Tonnen			Produktionswert in Francs		
	1902	1903	1904	1902	1903	1904
Seesalz . . .	25.000	26.000	27.000	500.000	520.000	540.000
Lignit	8.546	8.687	10.000	85.460	80.687	92.000
Eisenerze . .	546.000	531.804	413.688	5.464.090	4.786.236	2.900.888
Manganerze	14.962	9.340	7.335	448.860	280.200	220.650
Bleierze. . .	19.527	10.150	3.306	722.499	617.500	280.600
Silberhalti- ges Blei . .	15.668	12.361	12.590	7.050.600	6.180.500	5.036.100
Zinkerze . .	18.020	12.350	15.446	1.621.800	1.111.500	1.235.680
Chromerze . .	11.680	8.478	15.430	467.200	381.510	576.040
Magnesit . .	32.562	25.657	35.989	390.474	513.140	994.600
Schwefel . .	1.391	1.266	569	125.190	151.920	91.040
Gips	10	94	393	900	8.225	6.910
Smirgel . . .	4.727	5.586	6.182	503.425	549.909	594.909

III. Die Mineralquellen der Balkanhalbinsel.

Die Balkanhalbinsel ist reich an verschiedenen sehr guten Mineralquellen, welche, wenn die Bedingungen zu günstigem Vertrieb gegeben sein werden, gute Rentabilität aufweisen werden. Dazu ist aber die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes sowie des Straßennetzes notwendig. Vorläufig kommt daher diesen Mineralquellen nur lokale Bedeutung zu.

In Serbien kommen vor: Natronsäuerlinge, zum Teil auch höhere Temperatur aufweisende alkalische Säuerlinge (den Wiesbadener Wässern ähnliche), ferner Jodschwefelquellen, eisen- und schwefelhaltige Quellen, wie die von Vrjanska-Banja, sulfathaltige Thermen, endlich indifferente Thermen. Von letzteren ist die Therme von Josanicka Banja, welche eine Temperatur von 76° C aufweist, besonders erwähnenswert.

Berühmt ist in Makedonien die Therme von Banissio, welche eine Temperatur von 65° C aufweist und in ihren Heilwirkungen mit den Karlsbader Quellen verglichen wird. An mehreren Orten finden sich auch Tafelwässer und Sauerlinge.

IV. Die Zukunft des Bergbaues.

Die Balkanländer sind zwar im Vergleiche mit außereuropäischen Gebieten, was die Mineralschätze anbelangt, nicht zu den in erster Reihe stehenden Ländern zu rechnen, immerhin sind sie aber der Beachtung würdig und unter den europäischen Ländern kommt ihnen jedenfalls Bedeutung zu. Es kann mit einiger Sicherheit behauptet werden, daß ein Aufschwung der bisher sehr zurückgebliebenen Bergwirtschaft leicht möglich sein wird.

Bisher sind es allerdings nicht viele Bergbaue, welche in den Balkanstaaten prosperieren, aber wir haben doch gesehen, daß es eine Anzahl von sogar sehr gut sich rentierenden Unternehmungen gibt. Ich brauche nur an Bor, Allschar, Pernik und andere zu erinnern

Dabei darf nicht vergessen werden, daß das ausländische Kapital sich nur ungern an solchen Unternehmungen beteiligte, besonders wegen der politischen Wirren. Noch wenig erforscht sind Bulgarien und Makedonien. Was Serbien, das Hauptproduktionsland, anbelangt, so ist es in bergwirtschaftlicher Hinsicht, wenn wir etwa von Griechenland absehen, am meisten entwickelt. In dem letzten Jahrzehnt hat sich auch die serbische Regierung die Hebung des Bergbaues angelegen sein lassen. Außer der Erlassung eines Berggesetzes und Veröffentlichung mehrerer Schriften, durch welche das Ausland auf Serbien in bergwirtschaftlicher Hinsicht aufmerksam gemacht werden sollte, hat sie auch auf den letzten internationalen Ausstellungen durch Veröffentlichungen gewirkt und diesen Ausstellungen verdanken die Schriften von J. Antula ihre Entstehung; seine Anschauungen sind allerdings einigermaßen optimistisch. Weiters hat aber die Regierung selbst

Schürfe ausführen lassen; hauptsächlich war es der Goldbergbau, welchem sie ihre Aufmerksamkeit zuwandte. Die Ursachen der geringen Entwicklung des serbischen Bergbaues sind mannigfacher Art. Dr. L a z a r e v i č, selbst ein gebürtiger Serbe, sagt, daß das Erliegen mancher sehr aussichtsreicher Mineralvorkommen dadurch verursacht wurde, daß einerseits die einheimischen Kleinkapitalisten den Anforderungen, welche Schurfarbeiten in finanzieller Hinsicht unbedingt voraussetzen, nicht auf genügend lange Zeit gewachsen sind, andererseits die Ansprüche der sogenannten Bergbaubesitzer gegenüber den Großkapitalisten für die Abtretung der Konzessionen so hohe waren, daß sich hieraus als Folge die Unmöglichkeit eines wirtschaftlichen Bergbaubetriebes ergibt. Dann möchte ich bemerken, daß, wie in östlichen Ländern üblich, auch die Behörden große Ansprüche an die fremden Grubenbesitzer stellen, so daß dadurch der Betrieb verteuert und das fremde Kapital abgeschreckt wird.

Viele Unternehmungen sind offenbar deshalb gescheitert, weil sie von auswärtigen Kapitalisten und Banken gegründet wurden, mehr in der Erwartung, ein leichtgläubiges Publikum, als wirkliche Bergwerke auszubeuten. Andere Unternehmungen hätten bei richtiger Leitung prosperieren können.

Notwendig zur guten Ausbeutung ist insbesondere auch eine tüchtige politische Verwaltung des Landes, und daß diese in Serbien gefehlt hat, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Auch im Berggesetz scheint sich die Regierung, was zwar berechtigt ist, einen großen Einfluß gewahrt, diesen aber vielleicht nicht immer gerecht angewendet zu haben. Ein Wandel in allen diesen Verhältnissen wird ohne Zweifel auch dem Bergbaue Serbiens zu neuer Blüte verhelfen.

Am Schlusse meiner Ausführungen möchte ich noch einen kurzen Blick auf die Bergbauverhältnisse in der T ü r k e i werfen. Die Türkei hat im Bukarester Frieden außer wichtigen Provinzen auch einige gute Erzdistrikte verloren, so die durch Chromeisenlager wichtige Provinz Saloniki und die Antimon-

Arsenlagerstätten von Allschar im Distrikt von Monastir. Trotzdem bleiben ihr im Verhältnis zu diesen Revieren riesige Ländereien, welche durch Reichtum an Erzen und anderen nutzbaren Mineralien ausgezeichnet sind. Gerade der asiatische Besitz der Türkei ist in Hinsicht auf nutzbare Mineralien aller Art besonders hervorzuheben. In diesen sind zum Teil die Erze vertreten, von denen die Chromerze eine besonders wichtige Rolle spielen, dann Kupfer- und Bleierze, Antimonerze und auch Quecksilbererze. Von anderen nutzbaren Mineralien besitzt die asiatische Türkei einige, welche im allgemeinen selten sind, so den Meerschaum, den Pandemit (borsaurer Kalk), Smirgel, Alaun, Asphalt. Auch für Kohlen und Petroleum wird Kleinasien noch wichtig sein.

Dabei muß hervorgehoben werden, daß über diesen Gegenstand nur sehr wenig zusammenfassende Arbeiten vorliegen, daß wir vielmehr meist nur fragmentarische Berichte besitzen, welche nur zum Teil aus fachmännischer Feder stammen; öfters handelt es sich nur um Reiseberichte, in welchen auch nebstbei über nutzbare Mineralien erzählt wird. Sehr zu bedauern ist auch der Mangel einer geologischen Karte, wie überhaupt systematischer geologisch-mineralogischer Durchforschung.

Was nun die Zukunft des Bergbaues in der Türkei anbelangt, so hängt er mit den Fortschritten im Kulturzustand dieser Länder wesentlich zusammen. Bisher konnten nur die reichsten Vorkommen ausgebeutet werden oder solche, welche in unmittelbarer Nähe der Küste liegen, also von den zahlreichen Lagerstätten Kleasiens nur ein verschwindend geringer Teil. Weitere Betriebe werden eröffnet werden, wenn der Eisenbahnbau, was hoffentlich nach dem Kriege der Fall sein wird, gute Fortschritte macht und das Straßennetz die notwendigen Verbindungen nach den wichtigsten Zentren bieten wird. Einen guten Ersatz dafür könnte die Herstellung von Wasserstraßen schaffen, was nicht mit so großen Kosten verbunden sein dürfte, da viele große Flüsse in Kleinasien wichtige Dienste leisten könnten. Dann müßte auch die

Regierung fremde Kapitalisten begünstigen. Die osmanische Regierung dürfte allerdings durch die habgierigen Schritte der Franzosen, Engländer und Italiener, welche stets auch politische Zwecke verfolgten, etwas mißtrauisch geworden sein und daher das Eindringen fremden Kapitals nicht immer gerne gesehen haben. Dieses Mißtrauen wird aber bei Deutschland und Österreich, welche sich bisher nur wenig an der Erschließung dieser ausgedehnten Länder beteiligt haben, nicht mehr bestehen. Leider ist an manchen Orten noch ein schwer zu beseitigendes Hindernis vorhanden, das ist die Abholzung der Wälder, welche z. B. in Arghana Maden das zeitweilige Einstellen des hoffnungsreichen Kupfererzbergbaues veranlaßt hat.

Das kleine Gebiet, welches in Europa der Türkei verblieben ist, enthält noch manche nutzbare Mineralien. So sind im Vilajet Adrianopel Kupfererze hervorzuheben, auch Antimonerze kommen vor. Eine Ausbeutung scheint aber bisher nicht stattgefunden zu haben. Erwähnenswert sind die nicht unbedeutenden Kupfergruben bei Bujukdere, welche schon 1867 von Tschihatschew beschrieben worden sind. Der Betrieb scheint jedoch kein großer zu sein. Bei Myriofito sind Petroleumquellen aufgefunden worden und Bohrungen waren im Zuge.

Von Kohlen gibt es in dem Vilajet Adrianopel mehrere Vorkommen. Wichtig scheint das Kohlenlager von Keshan an der Küste des Marmarameeres zu sein.

Eisenerze finden sich an mehreren Stellen in der europäischen Türkei. Sehr gutes Erz findet sich bei Kirkilisse, welches auch ausgebeutet wird. Die Jahresproduktion betrug zirka 6000 t. Ein weiteres Vorkommen ist das von Tschilongos-Tschiflik. Es ist aber noch nicht zu einer Förderung gekommen. Das Vorkommen hat gute Aussichten, da es nur 14 km von dem Hafen Iniada liegt.

Was Kleinasien angeht, so bestehen seine wichtigsten Mineralschätze in Erzen, Kohlen und einigen anderen Mineralien, welche, da sie in anderen Ländern nicht oder doch nur spärlich vorkommen, von besonderem Werte sind.

An Erzen kommen vor: Gold, Silber, Blei, Kupfer, Eisen, Chrom, Mangan, Zink, Antimon, Arsen.

Von diesen Erzen haben einzelne besondere Wichtigkeit. Namentlich ist Kleinasien sehr reich an Chromeisenstein, welcher in so großer Menge vorkommt, daß er die ganze Weltproduktion decken kann. Die Zahl der Fundstätten ist eine sehr große, sie liegen zum Teil in der Provinz Brussa und im westlichen Kleinasien. Eine besonders reiche Grube, die von Daghardy, liefert 12.500 t Erz jährlich.

Auch an Kupfer ist Kleinasien sehr reich. Berühmt sind die allerdings ungünstig gelegenen Gruben von Arghana Maden. Auch bei Tokad finden sich mehrere. Bisher war die Produktion keine große; doch ist die Zahl noch nicht aufgeschlossener Gruben sehr groß.

Auch Quecksilbererze, goldhaltige Arsenskeie und Antimonerze sind wichtig und liefern bereits Erträge. Kleinasien ist ungemein reich an Eisenerzen, von denen einzelne auch Mangan enthalten; manche Gruben liegen in der Nähe des Meeres und es hat auch schon Export von Erz stattgefunden. Bleierze, zum Teil auch silberhaltige, kommen vor.

Von Nichtmetallen sind zu nennen Smirgel in der Provinz Smyrna am Gümüş-Dagh, Meerschäum, welcher in großen Mengen bei Eschki-Seher gewonnen wird, Phosphat in Palästina. Auch Kalisalze sind an den Ufern des Toten Meeres nachgewiesen. Steinsalz ist an manchen Punkten in großen Mengen vorhanden, so bei Tuzköi.

Wichtig sind die Asphaltgruben in Syrien, dann bei Hit am Euphrat. Petroleum findet sich namentlich in Mesopotamien. Von Kohlenlagern nenne ich besonders die von Herakleia und am Marmarameer, doch gibt es noch viele andere. Endlich ist das Mineral Pandemit (borsaurer Kalk) von Panderma, dessen Export Bedeutung hat, hervorzuheben. Zu erwähnen sind auch Marmor, Halbedelsteine, Gips, Zementkalk und Ton.

Statistik der türkischen Bergwerksproduktion.

Eine richtige Statistik läßt sich gegenwärtig nicht geben, weil die Daten aus den letzten Jahren nicht zugänglich waren und zudem durch den Kriegszustand manche Veränderungen der Sachlage bewirkt worden sind. Die älteren statistischen Daten bezogen sich jedoch auf die Türkei, wie sie vor dem ersten Balkankrieg bestand. Allerdings wurde ja in diesen Teilen der Türkei damals kein sehr reger Bergbau betrieben mit Ausnahme der südlichen Teile Makedoniens.

Im Jahre 1908/09 betrug die Gesamtproduktion 110 Mill. Piaster (ohne Steinsalz).

Die Ausfuhr hatte in diesem Jahre einen Wert von 75 Mill. Piaster. Für die einzelnen Mineralien gelten folgende Werte:

Mineral	Menge in Tausend Tonnen	Wert in Mill. Piaster
Steinsalz	396.0	135.2
Steinkohle	697.7	41.2
Silberhältiges Blei . . .	11.9	20.2
Smirgel	24.5	8.8
Borsaures Salz (roh) .	11.2	8.3
Rohkupfer	1.3	6.2
Schwefelkies	78.6	5.6
Meerschaum	—	4.4
Chromerz	11.5	3.4
Zinkerz	16.8	2.9
Quecksilber	142.0	2.4
Asphalt	6.0	1.7
Braunkohle	27.0	1.1
Manganerz	7.6	1.1

Unter den Ausfuhrländern sind zu nennen: an erster Stelle Belgien (ein Viertel), dann Deutschland, England, Österreich und schließlich Frankreich.

Die Bedeutung Konstantinopels und der Meerengen.

Von

Dr. Friedrich v. Kraelitz-Greifenhorst,

Professor an der Universität Wien.

Konstantinopel, seit langem die Haupt- und Residenzstadt des osmanischen Reiches, erhebt sich amphitheatralisch aufsteigend auf der südeuropäischen Küste am Südausgang zum Bosphorus und wird im Süden vom Marmarameer — dem Vormeer (Propontis) der Alten —, im Osten vom Bosphorus umspült. Durch eine schmale, 6 km weit ins Land eindringende Bucht des Bosphorus, das Goldene Horn, wird es in zwei Teile geschieden. Südlich vom Goldenen Horn liegt auf sieben Hügeln, wie Rom, der türkische Stadtteil Stambul, der jenen Platz einnimmt, wo einst das alte Byzanz stand. Nördlich vom Goldenen Horn befinden sich Galata, Pera, Topchane und noch mehrere andere Vorstädte. Die schlichte landschaftliche Schönheit der grünen Ufer und bewaldeten Hügellandschaften am Bosphorus mit den prächtigen Fernsichten hinüber nach der bithynischen Gebirgswelt hat seit jeher auf barbarische wie zivilisierte Völker unter allen Umständen den größten Reiz ausgeübt. Schon die vielen Namen, die Konstantinopel trägt — die Türken nennen es Stambul, Istambul vom griechischen: *εἰς τὴν πόλιν*, oder poetisch „Derise'ādet“, Pforte der Glückseligkeit, die Araber Kostantinijje, die Italiener und Levantiner Kospoli, die Griechen Konstantinupolis und die Slawen „Zarigrad“, d. i. Kaiserstadt —, zeigen die Sehnsucht ebenso vieler Völker nach dem Besitze dieser einzigen Stadt.

Groß ist auch die Zahl von Aussprüchen, in welchen heidnische, christliche und mohammedanische Historiker, Geographen und Dichter die ganz besonders hervorragende Stellung Konstantinopels gefeiert haben. Man nannte die Stadt mit Recht „Die auf sieben Bergen thronende Beherrscherin Asiens und Europas“, „Die Herrin der beiden Kontinente und Meere“. Allein diese schwungvollen Worte drücken in poetischer Form nur das aus, was schon ein oberflächlicher Blick auf die Karte zeigt: Konstantinopel liegt nämlich am Kreuzungspunkt des Wasserweges von Rußland nach dem Mittelmeere und der Verkehrsstraße von Vorderasien nach Osteuropa. Der Zugang zur See vom Südwesten ist durch die Dardanellen, eine 67 km lange und $1\frac{1}{2}$ —8 km, an der schmalsten Stelle gar nur 1000 m breite, zwischen Europa und Asien aus dem Ägäischen in das Marmarameer führende Meerenge, der Zugang vom Nordosten vom Schwarzen Meere her durch den 27 km langen und $\frac{1}{2}$ —3 km breiten Bosphorus geschützt. Beide Meerengen sind noch überdies befestigt, besonders die Dardanellen, welche wiederholt in der Weltgeschichte eine Rolle gespielt haben. Der Perserkönig Xerxes überschritt sie im Jahre 480 v. Chr. auf einer Schiffsbrücke zwischen Abydos und Sestos, im Jahre 334 v. Chr. Alexander der Große. 405 v. Chr. wurde in den Dardanellen bei Ägospotamos auf der asiatischen Seite die athenische Flotte durch Lysander vernichtet. Im 7. und 8. Jahrhundert n. Chr. waren sie der Schauplatz mehrfacher Kämpfe zwischen Griechen und Arabern und in der Neuzeit schlugen sich an ihrem Eingange wiederholt die Flotten der Türken und Venezianer. Die Türken selbst überschritten die Dardanellen im Jahre 1356.

Infolge seiner eben kurz geschilderten unvergleichlich günstigen natürlichen geographischen Lage hat nun Konstantinopel eine Weltstellung eingenommen, wie sie kaum je eine zweite Stadt auf der ganzen Welt besessen hatte. Da aber diese Weltstellung, in der eben die Bedeutung Konstantinopels und der es schützenden Meerengen gelegen ist,

nur an der Hand der historischen Ereignisse voll und ganz verstanden werden kann, so müssen wir bis auf die Gründung Konstantinopels in der Geschichte zurückgehen.

Das alte Byzanz, an dessen Stelle, wie bereits erwähnt, heute der türkische Stadtteil Konstantinopels liegt, wurde um das Jahr 658 v. Chr. gegründet und lag seit der Zerstörung im Jahre 199 n. Chr. durch die Römer, deren treueste Verbündete die freie Stadt einst gewesen war, fast völlig darnieder. Sie konnte sich aus der Stellung einer gewöhnlichen, bedeutungslosen römischen Provinzstadt nicht recht erheben. Kaiser Konstantin der Große hatte sich nach dem Siege über Licinius in seinem letzten Kriege um die Alleinherrschaft im römischen Reiche mit dem Gedanken getragen, für sein Reich eine neue Hauptstadt zu suchen. Er dachte zuerst an das heutige Sofia, entschied sich aber schließlich für Byzanz infolge seiner einzigartigen Lage. Er erhob es daher an Stelle von Rom zur Hauptstadt des römischen Reiches und gleichzeitig zu seiner Residenz. Es sollte als Neu-Rom, „Roma nova“, die Hauptstadt eines neuen großen römischen Reiches werden, weshalb ihm auch Kaiser Konstantin seine spezielle Sorgfalt und Aufmerksamkeit zuwandte. Diesem Kaiser zu Ehren erhielt es daher auch von der Nachwelt den Namen Konstantinopel. Am 26. November 328 fand die feierliche Grundsteinlegung zur Erweiterung des Mauerringes statt und am 11. Mai 330 die festliche Einweihung Neu-Roms. Der Kaiser betraute einen heidnischen Philosophen mit der Vornahme der Weihungen; die berühmtesten Heiligtümer verschiedener Kulte und Zeiten, Denkmäler einer ruhmvollen Vergangenheit, fanden einen würdigen Platz in der neuen Stadt. Noch heute steht auf dem Atmeidan, der alten Rennbahn, die Schlangensäule, die einst den delphischen Apollotempel in Salamis schmückte. Dies ist ein Zeugnis dafür, daß Konstantin nicht die Absicht hatte, bei dieser Neugründung nur an die erst kurze christliche Vergangenheit anzuknüpfen, sondern allen Bekenntnissen seines Volkes sollte ein Heimatsrecht in seinem Neu-Rom gewährt werden. Neue Mauern, die über die Hügel der Landzunge

zwischen Marmarameer und Goldenem Horn hinwegzogen, schützten die Stadt vor feindlichen Einfällen. Konstantin begann auch den Bau eines Schlosses, errichtete die prächtige Sofienkirche und sorgte für zahlreiche Denkmäler, die das neue Rom mit der Vergangenheit verbinden sollten. Gänzlich vollendet wurde indes Neu-Rom erst unter Kaiser Konstantin II. und wurde später nach der Teilung des römischen Reiches unter die Söhne des Kaisers Theodosius I. die Hauptstadt des oströmischen Reiches. Durch die stets zunehmende Zentralisation auf Kosten des Reiches immer bedeutender emporwachsend, entschied ihr Besitz fast ausnahmslos über den Thron und wiederholt auch über Bestand und Schicksal des gesamten Reiches. Letzteres selbst aber war durch innere Wirren und Parteistreitigkeiten immer mehr zu einer leeren Form herabgesunken. Ich will hier nur an die fortwährenden Streitigkeiten der beiden Zirkusparteien, der Blauen und Grünen, erinnern, die schließlich den furchtbaren Nikaufstand entfachten, der im Januar 532 wütete und dem mindestens 30.000 Menschen zum Opfer fielen. Aber auch zahlreiche äußere Feinde bedrohten das Reich. 623 drangen die Awaren bis in die Nähe der Hauptstadt und nur durch eine gewaltige Steigerung des Tributs erkaufte die Regierung den Frieden. Im Jahre 626 bedrängten sie abermals die Stadt zu Wasser und zu Land, diesmal durch Bulgaren und Slawen verstärkt, während fast gleichzeitig Schahrbarāz mit seinen Persern auf dem asiatischen Ufer bei Chalcedon stand. Bekannt sind ferner die beiden Belagerungen durch die Araber, die, begeistert und getragen von ihrem jungen Glauben, ihre Eroberungszüge bis nach Konstantinopel ausdehnten. Während der ersten Belagerung im Jahre 673 wurde Konstantinopel durch das griechische Feuer des Syrers Kallinikos gerettet, während der zweiten (717—718) hatte es Leo der Isaurier erfolgreich verteidigt.

Im Jahre 1204 wurde Konstantinopel von den Kreuzfahrern des vierten Kreuzzuges erobert und war von nun an Residenz des lateinischen Kaisertums Romanien. Doch schon

1261 erfolgte die Wiedereinnahme Konstantinopels durch griechische Truppen des Kaisers von Nicäa, wodurch es wieder Sitz des damit erneuerten byzantinischen Kaisertums wurde. Schon lange Zeit vorher, seit den letzten Jahrzehnten des 11. Jahrhunderts hatten sich in größeren Massen italienische Kolonisten, namentlich Venezianer, Pisaner und Genuesen in Konstantinopel des Handels wegen niedergelassen. Sie schlugen ihre Sitze am nördlichen Ufer des Goldenen Hornes in Pera und Galata auf. In den Jahren 1391—1396 belagerte der türkische Sultan Jildirim Bajesid Konstantinopel und erzwang die Erbauung mehrerer Moscheen, ferner die Überwachung der Interessen islamischer Handelsleute durch einen eigenen Kadi und einen jährlichen Tribut. In das Jahr 1401 fällt eine erfolglose Belagerung durch die Osmanen, im Jahre 1422 eroberte Sultan Murad II. die Außenmauer und am 29. Mai 1453 erstürmten die Osmanen unter Sultan Mohammed II. Fätih, d. i. der Eroberer, Konstantinopel, wobei der letzte byzantinische Kaiser Konstantin XI. Dragases im Schlachtengetümmel den Heldentod fand. Die Stadt fiel arger Verwüstung und Plünderung anheim, wurde aber vom Sultan wiederhergestellt und zur Hauptstadt des osmanischen Reiches erhoben. Seitdem ist Konstantinopel dauernd in den Händen der Osmanen.

Die Weltstellung Konstantinopels gründete sich im Altertum, wie schon Prof. Jastrow in seiner Broschüre „Die Weltstellung Konstantinopels in ihrer historischen Entwicklung“ (Deutsche Orient-Bücherei, Band IV, S. 6 ff.) treffend dargelegt hat, auf seine Stellung als Markt. Das alte Handelsvolk der Phönizier hatte eine Reihe von Stapelmärkten mit Straßenzwang und Straßengeheimnis gegründet. Diese Plätze aber hatten in dem weitausgedehnten Freihandelsgebiete, das die Römer um die Ufer des Mittelländischen Meeres herum in drei Weltteilen errichtet hatten, fast ganz ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Denn Rom begünstigte die freie Handeltätigkeit der politisch von ihr beherrschten Völker, es hat sie nie gezwungen, bestimmte Straßen und Routen, die nach Rom führten, für ihre Handelszwecke zu benützen. Eine Ausnahme

von dieser freien römischen Handelsauffassung wurde nur an den Grenzen gemacht. Da man den direkten Verkehr der fremden Völkerschaften untereinander an von ihnen frei gewählten Punkten im Interesse der Sicherheit des Reiches verhindern wollte, kam man auf den Gedanken der Errichtung besonderer Barbarenmärkte, in welchen sich einzig und allein der Verkehr mit den benachbarten Völkern abspielen durfte. Allein diese Maßregel hatte keine allzulange Dauer, da mit der Überflutung des Reiches durch die benachbarten Völker, d. i. die Barbaren, ein solcher Grenzmarkt nicht mehr gut aufrechterhalten werden konnte; er mußte immer mehr nach dem Innern des Reiches verschoben werden. Das Beispiel eines solchen „verlegten“ Grenzmarktes bildete im Mittelalter Konstantinopel. In der ersten Hälfte des Mittelalters war somit Konstantinopel der einzig erlaubte Markt für die verschiedenen Grenzvölker des Reiches und gelangte auf diese Weise als Mittelpunkt des Handels und Verkehrs rasch zu einer dominierenden Stellung. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in allen Zeiten derjenige den Weltverkehr in Händen hat, der zwischen den beiden äußersten Enden des jedesmaligen Kulturkreises die alleinige Vermittlung behält. Diese Vermittlung aber besaß Konstantinopel, da sich hier alle Land- und Wasserstraßen von den fernen Endpunkten des damaligen Kulturkreises, nämlich dem südöstlichen Asien und dem nordöstlichen Europa, kreuzten. Neben der uralten Via Egnatia der Römer, die von Dyrhachium, dem heutigen Durazzo her über Thessalonike (Saloniki) nach dem Bosphorus lief, mündete in Konstantinopel auch jene große Straßenlinie, welche Kleinasien diagonal durchschneidet, die schwierigen kilikischen Pässe überwindet und dann in zwei Bahnen sich teilt, deren eine hinüberzieht nach den mesopotamischen Strömtälern, während die andere das langgestreckte syrische Küstenland und weiter das Delta des Nils mit der Reichshauptstadt verbindet. Aber auch alle damaligen Seestraßen fanden in Konstantinopel ihren natürlichen Abschluß. Hierher gehört vor allem die des Mittelmeeres, die von den Säulen des Herkules bis zu dem ehemals „ungast-

lichen (axenos)“ Meere führt — so nannten das Schwarze Meer die Ionier, bevor sie es befuhren. Sie ist bis auf den heutigen Tag die verkehrsreichste Wasserstraße der Erde geblieben. Eine andere war die pontische, vom Schwarzen Meere her, die unter anderen auch von den Völkern des Nordens benützt wurde. Es ist interessant, daß die oströmische Kaiserstadt stets eine große Anziehungskraft auf die Normannen aller Länder ausgeübt hat. Letztere fuhren daher auch schon aus ihrer skandinavischen Heimat auf ihren kleinen Schiffen über die Ostsee, den finnischen Meerbusen und den Ladogasee den Wolhowfluß aufwärts. Noch heute kann man die Stelle bezeichnen, an welchen die kleinen schmalen Boote zu Lande weiter getragen wurden, um dann den Dnjepr abwärts zu gleiten und schließlich über das „Zwarta Haff“ (Schwarzes Meer) nach der Großstadt (Miklagard) Konstantinopel zu gelangen. Konstantinopel war daher in der ersten Hälfte des Mittelalters für das Abendland der einzige Markt, wo die Waren des Nordens, die hauptsächlich aus Tierfellen, Wachs, Ackerbauprodukten und Sklaven bestanden, mit den Waren des fernen Ostens, insbesondere chinesische Seide und indische Gewürze, ausgetauscht werden konnten. Dieser Austausch fand jedoch nicht unmittelbar unter den einzelnen Völkern, sondern ausschließlich unter Vermittlung des griechischen Kaufmannes statt. Diese Vermittlung war ein Monopol der Griechen und wurde meist so ausgeübt, daß nur der griechische Kaufmann von jedem dieser Völker kaufen und an diese verkaufen konnte. Falls aber ein unmittelbarer Abschluß von Handelsgeschäften der fremden Kaufleute untereinander gestattet war, so mußte dabei ebenfalls der griechische Kaufmann den Vermittler machen. Diese Maklerrolle war ein Hauptgrund des wirtschaftlichen Einflusses und Reichtums der Griechen in Konstantinopel, die nicht zuletzt auch eine der Hauptstützen des politisch vollständig zerfahrenen byzantinischen Reiches waren.

Doch bald zeigte sich unter den seefahrenden Völkern die Tendenz, sich von dieser Handelsherrschaft Konstanti-

nopels unabhängig zu machen. Gefördert wurde diese Tendenz, als mit den Kreuzzügen die vielen kleinen Handelsniederlassungen in der Levante immer zahlreicher wurden. Hatten doch die Genuesen ihre Teilnahme an dem ersten Kreuzzuge von der Bedingung abhängig gemacht, daß in jedem eroberten Hafen ihnen ein Quartier eingeräumt werde. Diese Niederlassungen hatten vor allem den Zweck, in den asiatischen Häfen jene orientalischen Handelszüge abzufangen, die nach der griechischen Handelsverfassung erst in Konstantinopel ihren gemeinsamen Endpunkt und Stapelplatz finden durften. Damit war aber auch die bevorzugte Stellung des griechischen Kaufmannes in ihren Grundfesten erschüttert, denn an die Stelle seines einheitlichen Handelsmonopols traten die oben erwähnten kleinen Handelsniederlassungen, deren Großteil von den Venezianern ins Leben gerufen wurde. Bezeichnend für die Stellung und die Stärke solcher Niederlassungen war es, daß sie noch fortbestehen blieben, als die christlichen Königreiche in Kleinasien, die den Kreuzzügen ihre Entstehung verdankten, schon längst verfallen waren. Die erwähnten Handelsniederlassungen, insbesondere die italienischen und spanisch-portugiesischen, hatten sich in der zweiten Hälfte des Mittelalters zu großen Stapelplätzen emporgearbeitet, neben welchen Konstantinopel seine Stellung als althergebrachter Stapelplatz nur dadurch behaupten konnte, daß hier gewohnte Straßen und Handelswege ihren Endpunkt fanden. Die Bedeutung der neuen Plätze beruhte aber andererseits vor allem darauf, daß man immer mehr unbekannte und ungewohnte Wege aufzusuchen bestrebt war. Dies führte schließlich zur Entdeckung eines neuen Erdteiles durch Christoph Kolumbus, nachdem schon vorher die beiden Venezianer Polo, Vater und Sohn, mit dem kühnen Gedanken, die innerasiatischen Handelszüge nicht bei ihrer Mündung in das Meer, sondern in ihren Ausgangspunkten im fernen Osten abzufangen, ihre bekannten Reisen unternommen hatten, und Vasco da Gama nach der Umsegelung Afrikas 1498 in Kalikutta gelandet war. Mit einem Male war an die Stelle des

Mittelländischen mit dem Schwarzen Meere der Atlantische Ozean mit der Nordsee getreten.

Zu Beginn der Neuzeit erhielt die Weltstellung Konstantinopels eine starke Stütze in dem rasch emporblühenden osmanischen Reiche, welches unter Sultan Suleiman dem Großen (1520—1566) den Gipfelpunkt seiner Macht und Ausdehnung erreichte. Wir können die Schaffung dieses weiten Reiches durch ursprünglich primitive Horden unter Leitung energischer und zielbewußter Führer bei einer nur geringen Ausbildung des staatlichen Charakters als ein höchst beachtenswertes Phänomen von soziologischer und politischer Natur bezeichnen. Das kühne Vorwärtsdringen der Türken bis tief in das zentrale Europa — im Jahre 1529 stand Sultan Suleiman der Große vor den Toren Wiens — hatte im ganzen Abendlande einen solchen Schrecken verbreitet, daß man über der Türkengefahr auf eine ehemals so weltbewegende Frage wie den Besitz Konstantinopels und die geographischen Vorbedingungen seiner Herrschaftsstellung fast ganz vergaß. Dagegen hatten aber die türkischen Staatsmänner die außerordentlich günstige Lage Konstantinopels sofort erkannt und alles darangesetzt, dieselbe für die Stellung ihrer neuen Hauptstadt auszunützen. Schon frühzeitig legte man das Hauptaugenmerk auf die Befestigung des Zuganges nach Konstantinopel von der Südwestseite her. Deshalb errichtete schon unmittelbar nach der Eroberung Konstantinopels Sultan Mohammed II. auf der europäischen Seite des Hellespont ein befestigtes Schloß, welches die Bestimmung hatte, als Meeresriegel — Kilid el-bahr — zu dienen, und ihm gegenüber nur 2 km entfernt auf der asiatischen Seite „Kal' ai Sultanjé“ (das Sultansschloß). Im Jahre 1658 hat dann Mohammed IV. weiter abwärts am Meere an der 5 km breiten Mündung der Dardanellen in das Ägäische Meer, ebenfalls einander gegenübergelagert, Seddil-bahr (Meeresdamm) und Kum Kal' assy (Sandschloß) erbaut, die die Aufgabe hatten, auch schon den ersten Eindringungsversuchen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Dies sind die vier nach

der Gegend des alten Dardanos benannten „Dardanellenschlösser“, die im gegenwärtigen Kriege eine so hervorragende Rolle gespielt haben.

Mit dem Tode Sultan Suleimans des Großen und dem Regierungsantritt seines vollständig unfähigen Sohnes und Nachfolgers Selims II., der im Gegensatz zu seinen Vorgängern zuerst das entnervende Haremsleben in der Residenz der Teilnahme an den Feldzügen vorzog, beginnt der Niedergang des osmanischen Reiches. Alle folgenden Sultane konnten den unaufhörlich fortschreitenden Verfall des Reiches nicht mehr aufhalten. Eine Ausnahme machen nur Osman II. (1618—1622), sein Bruder, der tyrannische Murad IV. (1623—1640), welcher den morschen Bau des Reiches nochmals zu beleben verstand, und Mustafa II. (1695—1703). Viele ernste türkische Politiker haben frei und offen erklärt, daß die großen Sultane Bajesid und Mohammed, welche Europa für die Türkei erobert haben, der künftigen Türkei eine gefährliche Last aufgebürdet haben, zu schwer und zu drückend, um auf die Dauer von der Oberschicht eines nur unterwerfenden, aber nicht gewinnenden, noch verwaltenden Herrenvolkes ertragen und gehalten zu werden. In dieser Periode des Niederganges und des fortwährenden Zurückweichens der Türken aus Europa wurde die Frage nach dem Besitze Konstantinopels unter den Mächten des Abendlandes wieder lebendiger. Im Laufe des 18. Jahrhunderts war dem Türkenreiche auch vom Norden her ein immer mächtiger werdender, gefährlicher Gegner entstanden. Es war dies das Reich der Moskowiter, welches, in seinen Anfängen ein reines Binnenreich, seit Peter dem Großen mit aller Gewalt darnach strebte, ans Mittelmeer zu gelangen, um eisfreie Häfen zu bekommen. Es hatte sich zu diesem Zwecke das pontische Uferland, das alte Reich von Kiew, unterworfen und von der Hohen Pforte nach glücklich geführten Kriegen in den Friedensschlüssen von Kütschük Kajnardsche (1774) und Jassy (1792) wichtige Vorteile zu erringen gewußt. Diese bestanden vor allem in der Erwerbung des Küstenlandes bis zur Dnjestr-mündung und in dem Rechte

der freien Durchfahrt durch die Dardanellen. Auf diese Weise konnte Rußland vom Schwarzen Meere ungehindert in das Mittelländische und damit in das Weltmeer gelangen. Dadurch war aber ein neuer mächtiger Rivale um das künftige Erbe der Türkei entstanden und die Frage, wer die Hand auf Konstantinopel legen würde, war daher um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert wieder eine Hauptfrage der europäischen Politik geworden. Namentlich waren es die drei Großmächte Frankreich, England und Rußland, welche sich in diesem Punkte schroff gegenüberstanden. Frankreich leitete seine Ansprüche auf Konstantinopel schon aus der Zeit der Kreuzzüge her und gebärdete sich bei jeder Gelegenheit als Schutzherrin der Christen im ganzen Orient, während sich Rußland als der legitime Nachfolger der byzantinischen Kaiser betrachtete. Hatte doch der Zar Iwan III. Wassiljewitsch, der zuerst die Einheit und Unteilbarkeit des russischen Reiches als Reichsgesetz aufgestellt hat, im Jahre 1472 eine Prinzessin Sophie aus dem Hause der Paläologen, die Nichte des letzten byzantinischen Kaisers, geheiratet und den zweiköpfigen byzantinischen Adler in das russische Wappen aufgenommen. Überdies gilt der russische Zar auch als geistliches Oberhaupt aller orthodoxen Christen. Nur England hatte keine angeblich begründeten Ansprüche auf Konstantinopel, suchte dagegen die Ausdehnungspolitik der beiden erwähnten Großmächte dadurch zu verhindern, daß es den unversehrten Bestand des osmanischen Reiches zu einem Kardinalpunkt seiner Orientpolitik machte. Zudem kamen für England auch wirtschaftliche Rücksichten in Betracht. Das außerordentlich fruchtbare Land der Ukraina, das Hauptgetreideland der damaligen Welt, lieferte auch England den größten Teil seines notwendigen Getreides, zumal da es im Jahre 1848 mit der Abschaffung der Kornzölle die Landwirtschaft vorwiegend auf die Viehzucht stellte, weshalb der Bedarf an Brotgetreide durch eine Masseneinfuhr aus dem eben erwähnten fruchtbaren Pontusland gedeckt werden mußte. Wenn aber Konstantinopel und die Dardanellen in die Gewalt einer Großmacht kamen, dann

konnte es sehr leicht geschehen, daß England die Nahrungs-
zufuhr abgeschnitten wurde. Noch ein wichtiges Moment war
für England bestimmend an dem Bestande der Türkei fest-
zuhalten. Als sich Napoleon im Jahre 1798 mit seiner Expedi-
tion gegen Ägypten in diesem Lande eine Operationsbasis für
den Orient gründen wollte, sah England seine vitalsten Inter-
essen im Mittelmeer auf das gefährlichste bedroht und nur der
Besitz Konstantinopels und der Meerengen in den Händen
selbst einer schwachen Türkei konnte verhindern, daß sich
Rußland nach einer eventuellen Besitznahme Konstantinopels
mit Frankreich zum Nachtheile Englands im Mittelmeere
verbinde.

Diese Momente waren daher für England insbesondere
maßgebend, mit Frankreich eine Koalition der Westmächte zu-
standezubringen, als Rußland sich immer mehr nach der Donau
hin erweiterte und unter dem Vorwande eines Schutzrechtes
über die griechischen Christen der Balkanhalbinsel mit der
Türkei abermals einen Krieg entfachte. Dies war der bekannte
Krimkrieg. Wie hoch man damals die Bedeutung Konstan-
tinopels und der Dardanellen für das ganze Ostbecken des
Mittelmeeres einschätzte, zeigt sich schon daraus, daß auch
das Königreich Sardinien — so nannte sich damals das ent-
stehende Italien — dieser Koalition beitrug und daß selbst
Preußen und Österreich trotz des drückenden Einflusses, den
Rußland noch aus der Zeit der Heiligen Allianz auf diese
beiden Zentralmächte ausübte, die Politik Rußlands in keiner
Weise unterstützten. Das Ergebnis des Krimkrieges war, daß
der sogenannte Dardanellenvertrag vom 13. Juli 1841, welchen
die fünf Großmächte mit der Türkei abgeschlossen hatten,
durch den Pariser Frieden von 1856, welcher den Krimkrieg
beschloß, im wesentlichen bestätigt wurde. Ersterer bestimmte
nämlich, daß kein Kriegsschiff fremder Nationalität ohne Be-
willigung der osmanischen Regierung, die in einem solchen
Falle stets durch einen kaiserlichen Ferman erteilt wurde, in
die Meerengen einfahren und sie passieren dürfe. Auch
fremden H a n d e l s schiffen ist die Durchfahrt an der Schmal-

seite von Tschanak Kal'assy bei Nacht untersagt und sie sind zur Vorweisung der Pässe und zur Zahlung einer Leuchtturmgebühr verpflichtet. Auf diese Weise sperrten Frankreich und England russischen Schiffen die Durchfahrt durch die Dardanellen. Später wurde diese Sperrung der Dardanellen für die russischen Kriegsschiffe noch durch das Londoner Protokoll vom Jahre 1871 bekräftigt.

Der russisch-türkische Krieg des Jahres 1878, welchen die Russen nicht nur in Ausführung der Idee einer Befreiung der orthodoxen Christen, sondern auch in Verfolgung einer neuen, panslawistischen Idee führten, hätte sie bald das heißersehnte Ziel aller ihrer Wünsche erreichen lassen. Denn schon waren die Russen daran, hart vor den Toren von Konstantinopel in San Stéfano den Frieden zu diktieren, als eine englische Flotte im Marmarameere erschien und die russischen Sieger zwang, die schon festgesetzten Friedenspräliminarien einer europäischen Konferenz zu unterbreiten. Der darauf einberufene Berliner Kongreß bestätigte in der Dardanellenfrage im wesentlichen die Bestimmungen des Pariser Friedens. So blieb auch diesmal den Russen der freie Zugang in das Mittelmeer verschlossen.

Im Jahre 1891 wurde die Dardanellenfrage von neuem aktuell, als zu verschiedenen Malen russische Schiffe mit Soldaten an Bord von den Türken an der Durchfahrt gehindert wurden. Dies führte zu einem Abkommen der Türkei mit Rußland, dem zufolge die Schiffe der sogenannten russischen freiwilligen Flotte, sofern sie die Handelsflagge führen, die Meeresengen passieren können, führen sie aber Soldaten oder Sträflinge an Bord, so müsse der Hohen Pforte vorher davon Anzeige gemacht werden.

Es wurde bereits erwähnt, daß vor allem wirtschaftliche Gründe, nämlich der ungehinderte Verkehr mit den getreidereichen pontischen Ländern England bestimmte, an dem Bestande der Türkei festzuhalten und darnach seine Politik einzurichten. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts tritt aber auf dem Weltgetreide-

markte eine bemerkenswerte Umwandlung ein, indem Nordamerika und Argentinien Weizenausfuhrländer größten Stiles werden. Außerdem wurde Indien durch bedeutende und erfolgreiche Bodenverbesserungen zu einer britischen Kornkammer fast um dieselbe Zeit, als der mit französischem Kapital und französischer Ingenieurkunst erbaute Suezkanal den Verkehrsweg verkürzte und verbilligte. An England trat daher immer mehr und mehr die Notwendigkeit heran, sich den Weg nach Indien zu sichern und ihn zu schützen. In Erwägung dieser Umstände hat es auch im Jahre 1878 Cypern und 1882 Ägypten okkupiert. Da nun im Westen der Eingang in das Mittelländische Meer durch den Felsen von Gibraltar, die Straße von Sizilien durch Malta, der Ausgang des Roten Meeres durch Perim und Aden geschützt war, so waren seit der Besetzung Ägyptens in der Tat alle Einschnürungen an dem großen Wasserwege von London nach Kalkutta in englischen Händen. Auf diese Weise trat das Bedürfnis, die Türkei in Schutz zu nehmen und jedem ihrer Gegner entgegenzutreten, für England allmählich in den Hintergrund und es konnte sich so längere Zeit als der wahre und aufrichtige Freund der Türkei — ich erinnere an die englandfreundliche Politik der Türkei unter Kjamil Pascha — gebärden.

Auch Frankreich, dessen Feindschaft mit Rußland und England sich auf Konstantinopel und die Meerengen zuspitzte, zeigte, nachdem ihm England im Jahre 1904 freie Hand in Marokko gelassen und dadurch die alte Rivalität in Sachen des Orients beseitigt hatte — es war die Geburtsstunde der „Entente cordiale“ —, kein allzugroßes aktuelles Interesse mehr an der türkischen Frage. Es suchte seine kulturellen Beziehungen mit der Türkei, die es seit Napoleon durch Schaffung zahlreicher Schulen im Oriente, namentlich in Syrien, gepflegt hatte, noch intensiver zu gestalten, um bei einer eventuellen Liquidation der Türkei um so besser seine Ansprüche begründen zu können. Wie energisch und zielbewußt in dieser Beziehung Frankreich vorgegangen ist, beweist eine Statistik über die fremden Schulen in der Türkei vor Ausbruch

des Weltkrieges. Nach dieser steht Frankreich mit fast 600 Schulen und einer Schülerzahl von rund 54.000 Schülern an erster Stelle. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Österreich-Ungarn in der Türkei außer der Botschaftsschule in Konstantinopel und der quasi unter seinem Protektorate stehenden drei Schulen der armenischen Mechitaristen in Konstantinopel, Smyrna und Erzerum, deren Mutterkloster sich in Wien befindet, keine Schulen unterhält. Auf diesem Gebiete könnte sich daher auch für Österreich-Ungarn nach dem Weltkriege ein dankbares und fruchtbares Feld kultureller Betätigung eröffnen.

Nur für einen Staat blieben alle Gründe, die auf die Erwerbung des wichtigen Platzes der Meerengen hinzielten, im vollen Umfange bestehen, nämlich für Rußland. Das einzige, was die Aussicht auf Verwirklichung seines Jahrhunderte alten Traumes begünstigte, war, daß es nicht mehr, wie aus dem soeben Dargelegten zu ersehen ist, auf denselben Widerstand in der internationalen Politik stieß. Als sich daher im Jahre 1912 die Balkanstaaten, von England immer wieder aufgefordert und von Rußland ungestüm gedrängt, zu einem Bunde zusammenschlossen, um einen entscheidenden Schlag gegen die Türkei zu führen, spielte Rußland die Rolle des Protektors, der seine Zeit für gekommen erachtet. Dem siegreichen Vordringen des Balkanbundes, insbesondere Bulgariens, konnten die Türken mit dem damals demoralisierten, politisierenden Offizierskorps und einem desorganisierten Heere keinen ernstesten Widerstand entgegensetzen. Erst an der Tschataldschalinie, die Moltke schon 1835 als unübersteigliches Bollwerk Konstantinopels bezeichnet hatte, brach sich die Offensive der Bulgaren. In ihrer Bedrängnis wandte sich die Türkei an die Mächte um Hilfe. Die Londoner Konferenz, die nun zusammentrat, hatte schon den europäischen Besitz der Türkei auf Konstantinopel und Umgebung beschränkt, als die Türken, einen Zwist der ehemaligen Verbündeten, hervorgerufen durch den alten Gedanken eines großserbischen Reiches, benützend, Adrianopel wiederbesetzten

und so einen Teil Thraziens als europäischen Besitz retteten. Diese Wiedereroberung wurde durch den Konstantinopler Vertrag vom September 1913 sanktioniert, womit der Türkei auf dem europäischen Boden wieder eine militärisch haltbare Stellung verschafft wurde. Auf diese Weise verblieb Konstantinopel abermals in den Händen der Türkei und sie behielt das wichtige Amt eines Wächters der Tore des Schwarzen und Ägäischen Meeres auch weiterhin.

Es ergeben sich nun die Fragen: Wie haben sich die Türken, selbst zu diesem mehrere Jahrhunderte dauernden Kampfe ihrer Rivalen um Konstantinopel verhalten und was berichten ihre einheimischen Quellen über die Bedeutung Konstantinopels und der Meerengen?

Was die erste Frage anbelangt, so haben die Türken im wohlverstandenen eigenen Interesse stets eine beobachtende und abwartende Haltung eingenommen, indem sie bald mit dieser, bald mit jener Großmacht sympathisierten. So neigte sich Sultan Abdul Aziz mehr zu den Russen, was auch seine Entthronung zur Folge hatte. Unter Abdul Hamid II. dagegen war die Politik zur Zeit Kjamil Paschas, wie bereits erwähnt, mehr englandfreundlich.

Was die zweite Frage betrifft, nämlich die nach den einheimischen Quellen über unser Thema, so müssen wir sagen, daß dieselben bei dem angeborenen und ausgeprägten Sinne der Türken für historische Darstellungen — schrieb doch sogar ein Prinz aus dem herrschenden Hause Osman, der unglückliche Mustafa, eine Geschichte seines Vaters, des Sultans Solimans des Großen — nicht gerade spärlich fließen. Allein wir finden darunter selten neue und originelle Ansichten, was begreiflich ist, da ja namentlich in der späteren Zeit, wie z. B. unter dem despotischen Regime Abdul Hamids II., das länger als ein Menschenalter dauerte, jede freie Meinungsäußerung sowohl in Broschüren, beziehungsweise Büchern, als auch in der täglichen Presse streng verboten war und mit Verbannung und Kerker, ja sogar in vielen Fällen mit dem Tode bestraft wurde. Was aber auf der hohen Pforte, im hohen Diwan vor

sich gegangen ist, respektive welche Ansichten und Meinungen dort vertreten wurden, darüber ist so viel wie gar nichts in die breitere Öffentlichkeit gedrungen. Erst die Wiederherstellung der Verfassung und die in einer Novelle zu derselben ausgesprochene Preßfreiheit hat darin eine kleine Wandlung geschaffen. Allerdings stammte das meiste, was man jetzt in Broschüren und Zeitungen über politische Ansichten und Standpunkte schrieb, aus abendländischen Quellen, da eine selbständige öffentliche Meinung erst im Entstehen begriffen war. Eine Ausnahme machen wohl die Memoiren der beiden oftmaligen Großwesire Kütschük Saïd Pascha und Kjamiil Pascha. Aber auch diese enthalten über die für die Türkei so wichtige Dardanellenfrage keine besonderen, bemerkenswerten Details, doch sind sie im großen und ganzen sozusagen als politische Bekenntnisse zweier hervorragender Staatsmänner immerhin interessant.

Eines Umstandes war man sich in der Türkei stets bewußt, nämlich daß Konstantinopel die Hauptstadt des osmanischen Reiches bleiben müsse, als deren wichtigsten und sichersten Schutz man immer die Meerengen betrachtete. Abgesehen von der günstigen geographischen Lage und der Stellung als Sitz des Kalifen sind insbesondere die alten Traditionen und Erinnerungen, welche bei den Türken mit dem Besitze dieser Stadt verknüpft sind, noch so lebendig, daß ein Verlust Konstantinopels geradezu eine Katastrophe für die Türkei bedeuten würde. Man muß nur in den türkischen Zeitungen den Jubel über die seinerzeitige Wiedereroberung Adrianopels, das zu Beginn des osmanischen Reiches die Hauptstadt war, gelesen haben, um zu verstehen, welcher großen Wert die ihrem Grundcharakter nach mehr konservativen Türken gerade auf Tradition und Vergangenheit legen. Ein wirksames Hindernis gegen die drohende Aufteilung unter die Rivalen der Türkei haben aber die neueren türkischen Politiker in einem wohlorganisierten und modern bewaffneten Heere und in einer strengen, gerechten, fortschrittlichen und zu gleicher Zeit auch konservativen, auf nationaler Grundlage basierenden Regierung

gesehen. Daß aber in dem türkischen Volkstume tatsächlich Kräfte zu einer solchen Wiedergeburt schlummern, hat die so kraftvoll einsetzende Revolution vom Jahre 1908 deutlich an den Tag gelegt.

Wie einst England die Türkei in Schutz genommen hat, so war in der letzten Zeit Deutschland die Macht, welche Rußlands Vordrängen aus dem Schwarzen Meere über den türkischen Körper hinweg zum Mittelmeer den größten Widerstand entgegensetzte, was sich insbesondere im Verlaufe der beiden Balkankriege zeigte. Ferner hat die deutsche Diplomatie die ganze Reformarbeit für die ostanatolischen Wilajets dem gefährlichen Streben Rußlands, welches aus ihnen eine russische Provinz machen wollte, entzogen und dabei die Beteiligung Deutschlands, das auf die Erhaltung der türkischen Provinzen hinarbeitete, gesichert. Mag Rußland gegen Konstantinopel vordringen oder durch Kleinasien bis nach Alexandrette vorstoßen, immer findet es deutsche wirtschaftliche Interessen, die eine Lebensfrage für das wachsende Deutschland sind, als Hindernis. Denn Deutschland, welches nie und immer türkischen Boden zu gewinnen trachtete, sondern im Gegenteil stets eine Art türkischer Protektionspolitik getrieben hat, muß eine lebenskräftige und verjüngte Türkei wünschen. Militärisch-politisch, weil der Keil des türkischen Kleinasiens England an der Schließung seines ägyptisch-indisch-ozeanischen Weltreiches und damit an der endgültigen Weltsuprematie hindert. Eine schwache Türkei hat aber die Gefahren eines solchen Zugreifens und Zerteilens — mit Ausschluß Deutschlands — immer offen gelassen. (Vgl. E. Jäckh, Der aufsteigende Halbmond, IV. Aufl., Stuttgart 1915, S. 195 ff.)

Die geschichtliche Tatsache russischer Aspirationen auf die Türkei verweist aber letztere zugleich an die Seite der Habsburgischen Monarchie, welche das gleiche Interesse an dem Bestande der Türkei hat wie Deutschland. Denn ihr Handel mit dem Orient hat gewaltig zugenommen, er ist in den letzten 25 Jahren von 60 Mill. Kronen auf 240 Mill., also auf das Vierfache gestiegen, ihr Kapital ist an zahlreichen Unter-

nehmungen beteiligt und diese Beziehungen sind einer großen Steigerung fähig. Daraus ergab sich aber die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei über gemeinsame Interessen, für eine Gemeinschaft, die von Hamburg—Berlin über Wien—Budapest bis nach Konstantinopel—Bagdad einen breiten Keil gegen den panslawischen Druck Rußlands wie gegen die arabisch-persischen Unterminierungsmanöver Englands garantiert. Diese Gemeinschaft ist nun im Laufe des Weltkrieges zur Tatsache geworden. Dadurch erhält aber zugleich Konstantinopel eine erhöhte Bedeutung. Die erste militärische Aufgabe der Türkei nach dem Weltkriege wird wohl die Schaffung einer großen Flotte sein müssen, welche die Ausnützung der hervorragenden Position Konstantinopels ermöglicht. Denn die geographische Lage, vermöge welcher eine Macht im Besitze Konstantinopels im Mittelländischen Meere mit dem Schwergewichte einer starken Flotte auftreten und mit größter Leichtigkeit sich jederzeit in die uneinnehmbaren Meerengen zurückziehen kann, d. h. über eine Flotte gebietet, die angreifen kann, ohne angreifbar zu sein, eine solche vorteilhaft geographische Gestaltung kehrt an keiner Stelle der Erde wieder. Hat aber die Türkei einmal eine solche starke Flotte, dann beherrschen die Zentralmächte im Verein mit der Türkei kraft der engen, durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen gebotenen und durch gemeinsam vergossenes Blut unzertrennlichen Gemeinschaft das ganze östliche Becken des Mittelmeeres. Sie können jederzeit den Weg nach Indien und zum äußersten Osten verlegen. Weder Cypern noch Ägypten, noch Malta, noch auch Tripolis können daran etwas ändern. Darin liegt die Bedeutung Konstantinopels und der es schützenden Meerengen für die Gegenwart und die Zukunft.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Kleinasiens in der Gegenwart und ihre Aussichten für die Zukunft.

Von

Dr. Franz X. Schaffer,

Professor an der Universität Wien.

Die Eigentümlichkeit der asiatischen Türkei, die den Reisenden am meisten in die Augen springt, ist, daß das Land eine große Vergangenheit, keine Gegenwart und eine Zukunft besitzt, die größer sein wird als die Vergangenheit. Auf Schritt und Tritt begegnet der Reisende den Zeugen einer alten, hohen Kultur, die bis in die fernsten Zeiten der geschichtlichen Überlieferung zurückreichen und sich durch das ganze Altertum und das Mittelalter bis zum Beginne der Neuzeit verfolgen lassen, mit dem das Land in einen Märchenschlaf versinkt, aus dem es noch nicht erwacht ist. Jetzt aber geht ein Weckruf durch das Land; der alte Orient, die Wiege aller menschlichen Kultur, soll zu neuem Leben erwachen und einer Zukunft entgegengeführt werden, für die der Kenner des Landes die reichsten Hoffnungen aus jenen Resten einer längst vergangenen Zeit schöpft.

Inmitten von Sümpfen stehen die Säulen prächtiger Tempel und Thermen, in Steinwüsten liegen die Theater, die Tausenden von Zuschauern Raum boten, an Stellen, die heute nicht einmal einer armseligen Bevölkerung seßhafte Lebensweise gestatten. Das Land selbst zeigt uns, welche Ursachen seine einstige Blüte und seinen späteren Verfall herbeigeführt haben. Eine Kultur hat hier die andere durch Jahrtausende

abgelöst und der Sieger hat stets auf den Trümmern der alten Herrschaft sein neues Reich aufgebaut. Als aber die Scharen der osmanischen Sultane auf dem Zuge zur Eroberung des Abendlandes das Land sich selbst überließen, verfielen die Dämme, die die Flüsse bändigten, die Hochfluten überschwemmten das Land, die Aquädukte und Bewässerungsanlagen waren zerstört und das Land verwandelte sich in eine Steppe. Nirgends deutlicher als hier zeigt sich, daß nur die Bevölkerung fehlt, um den brachliegenden Boden wieder zu der Fruchtbarkeit zu bringen, die ihn einst zur Kornkammer von Weltreichen gemacht hat.

Die asiatische Türkei ist gegenwärtig gerade in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, da kein anderes Gebiet von einer ähnlichen zukünftigen wirtschaftlichen Bedeutung für Europa ist. Karl VI. hatte schon diesen Wert erkannt und die orientalische Kompanie gegründet. Triest und Fiume waren die Häfen, die den Verkehr nach der Levante vermittelten und aus jener Zeit stammt noch die Beliebtheit, deren sich die Österreicher unter den mohammedanischen Völkern erfreuen. Der Maria Theresientaler, der am Roten Meere noch Münzeinheit ist, ist ein Rest des einstigen Einflusses Österreichs. Aus dem Wettlaufe um die wirtschaftliche Vorherrschaft im Oriente, der in den letzten Jahrzehnten unter den Großmächten entbrannt war, ist Deutschland als Sieger hervorgegangen, da deutsche Arbeitskraft das Rückgrat der neuen Türkei, die Bagdadbahn, schafft. Es ist einer der größten wirtschaftlichen Erfolge gewesen, als durch die persönliche Vermittelung Kaiser Wilhelms II. im Jahre 1899 der Bagdadbahnvertrag zustande kam, der Deutschland die Ausführung dieses Riesenwerkes sicherte. Die türkische Regierung hat glücklicherweise erkannt, daß Deutschland wie auch Österreich im Gegensatze zu anderen Großmächten nur wirtschaftliche Interessen im Oriente verfolgen, daß sie den größten Vorteil für sich aus einer wirtschaftlich und militärisch gekräftigten Türkei erwarten müssen, die wiederum mit vielen Banden der Staatswohlfahrt an sie geknüpft ist.

Aus dieser führenden Stellung Deutschlands haben sich nun in dem letzten Jahrzehnte manche Reibungspunkte besonders mit England ergeben, das um seinen Einfluß am Persergolfe bangt und die Geschichte der Bagdadbahn ist gleichbedeutend mit Geschichte der Orientpolitik geworden. Die Krisen, die sich daraus ergeben haben, sind noch in aller Erinnerung und es ist sicher, daß der Funken, der den Weltbrand entzündet hat, auch aus diesen Gegensätzen übergesprungen ist.

Zahlreiche Betrachtungen über die volkswirtschaftlichen Verhältnisse dieser Länder in der Gegenwart und die Aussichten auf die Zukunft sind daher begreiflicherweise in den letzten Jahren veröffentlicht worden. Sie kranken aber durchaus daran, daß sie ein so ausgedehntes Gebiet von einem engen Gesichtspunkte betrachten, den sich die Verfasser meist auf flüchtigen Reisen an den Bahnlinien oder in den Küstengebieten verschafft haben. In diesen halbeuropäischen Landstrichen kann man aber keinen Maßstab für die Verhältnisse gewinnen, die die fernen östlichen Provinzen bieten und vom Schreibtische aus läßt sich aus den bisherigen mangelhaften Darstellungen des Landes und auf Grund unzuverlässiger statistischer Angaben kein Einblick in die wirtschaftlichen Grundlagen erwarten. Fehlen doch bisher manche Grundbedingungen hiefür, wie eine Landesvermessung und alle Arten von Zählungen, ja selbst über die Größe der Einheit des Feldmaßes, des türkischen Joches, gehen die Meinungen auseinander.

Die asiatische Türkei reicht vom 42. bis zum 12. ° n. Br., also etwa aus der von Cattaro bis in die des südlichen Vorderindien. Sie umfaßt 1·7 Millionen Quadratkilometer mit etwa 20 Millionen Einwohnern. In dieser Erstreckung weist sie eine Abwechslung von Hochgebirgen, Hochflächen und Tiefebene und dadurch eine Mannigfaltigkeit in den klimatischen Verhältnissen und in den Bodenprodukten auf. Soweit der Einfluß der feuchten Seewinde oder Bewässerung reichen, dehnen sich die Zonen der Humusdecke aus, die Ränder der anatolischen

Halbinsel umgebend, längs der Flüsse Syriens und Palästinas und am Euphrat und Tigris bis an den Persischen Golf hinziehend. Das Innere Kleinasiens ist Steppe, zum Teile Salzsteppe (etwa 72.000 km² sind abflußlos) und liegt über 1000 m hoch. Es wird von höheren Gebirgen allseitig umrahmt. Der Steppengürtel zieht sich über Hocharmenien nach Persien und weite Gebiete Syriens, Palästinas und Mesopotamiens gehören ihm an. Er ist einst größtenteils bebaut gewesen und könnte teilweise durch geeignete Bewässerungsanlagen wieder der Kultur gewonnen werden. Es ist nachgewiesen, daß die Verwüstung der Wälder, die auf Jahrtausende zurückreicht, die Ausbreitung des Steppencharakters bedingt hat. Durch sie wird die Quellenergiebigkeit ungünstig verändert, die ausgeglichenen Verhältnisse des Waldlandes weichen den Exzessen von Dürre und Hochwässern der Flüsse, wodurch die Vegetation behindert wird. An zahllosen Beispielen zeigt sich dies in den einst so hoch kultivierten Landschaften. Die Wässer der Schneeschmelze und der Frühjahrsregen fließen jetzt in kurzer Zeit verheerend ab, überschwemmen die Niederungen, die daher die eine Hälfte des Jahres Sumpf, die andere Steppe sind. Durch Stauanlagen könnten diese Hochwässer für die Zeit der Dürre aufgespeichert werden und zudem Kraftanlagen ermöglichen. Ein in dieser Richtung unternommener Versuch in der Gegend von Konia dürfte seinen Wert in Bälde erweisen. Das von Hochgebirgen umrahmte Innere Kleinasiens, die vor den Gebirgsketten gelegenen Teile Mesopotamiens und die tieferen Gebiete Arabiens bieten alle Vorbedingungen für die Anlage artesischer Brunnen, die unter ähnlichen Verhältnissen in Nordafrika und im Westen Nordamerikas weite, öde Landstriche in üppige Oasen verwandelt haben.

Die Sümpfe, die in der kilikischen Ebene und im südlichen Mesopotamien ausgedehnte Flächen einnehmen, müssen entwässert werden. Auf diese Weise hat man das Klima von Mersina und Alexandrette, die beide fiebergefahrliche Plätze gewesen sind, verbessert und Kulturland gewonnen.

Daß der türkische Orient zu den mit Naturschätzen gesegneten Ländern gehört, ist seit altersher bekannt. Anders hätten sich nicht die hochkultivierten Staaten hier entwickeln können. Dies gilt in erster Linie von Kleinasien. Seine Mineralvorkommen waren schon im Altertume berühmt, sind aber heute nur zum geringsten Teile untersucht worden und weite Gebiete gibt es, die noch von keinem Bergsachverständigen durchzogen worden sind. Gold und Silber werden heute nur bei der Bleigewinnung ausgeschmolzen, aber der Paktolos (heute Kara Su), dessen Goldreichtum auf die Sage von König Midas zurückgeführt worden ist, hat nachgewiesenermaßen dem Lydierkönige Krösus seine Schätze geliefert. Eine englische Gesellschaft hat in den letzten Jahren die Schlackenhalde eines Bleibergwerkes auf Kamelen zur Küste geschafft und nach England verschifft, um sie auf Silber und Gold zu verhütten. Blei ist von vielen Punkten bekannt. Die reichsten in Betrieb stehenden Minen sind die von Balia Maden und Karaidin im Nordwesten des Landes, die 60.000 t silberhaltiges Blei mit einem geringen Goldgehalte fördern. Im Vilajet Smyrna und Adalia stehen zahlreiche Vorkommen im Abbau, doch hat sich gerade bei den nahe der Südküste gelegenen ergeben, daß es sich nur um wenig ausgedehnte Nester handelt, die kaum irgendwelche maschinellen Einrichtungen lohnen. Eher abbauwürdig dürften die alten, jetzt aufgelassenen Baue im Taurusgebirge sein, wie Bulghar Maden und Bereketli Maden. Jenes ist seit den ältesten Zeiten in Betrieb gewesen, worauf schon hittitische Felsinschriften hindeuten dürften. Strabo erwähnt es schon. Der Betrieb ist zum Schlusse sehr mangelhaft geführt worden. Auf die primitivste Weise hat man das zersetzte Gestein herausgekratzt, den Bleiglanz aber stehen gelassen. Die Verhüttung geschah ganz roh, hauptsächlich auf Edelmetalle.

Schon im Altertume war das Eisen aus Kappadokien bekannt und die Chalyber an der Küste des Schwarzen Meeres sollen Stahl erzeugt haben, den die Griechen Chalybes nannten. Doch kennt man noch nicht die Erze (Spateisen)

stein), aus denen dies mit so geringen Hilfsmitteln möglich gewesen wäre. Heute wird von den Eingeborenen allenthalben Brauneisen und Raseneisenerz auf primitive Weise im Windofen geschmolzen und liefert ein vortreffliches weiches Eisen für den Hufbeschlag, Sicheln usw., während die meisten Hausgerätschaften aus Kupfer verfertigt sind. Magneteisen kennt man in den alten Gebirgen, die längs der Südküste hinziehen. Es sind größtenteils hochwertige Erze, aber die auf Gänge und Nester beschränkten Vorkommen dürften, soweit sie bisher aufgeschlossen sind, kaum einen Betrieb lohnen und die großen Anlagen, die an einem Punkte für die Förderung von Hunderttausenden von Tonnen eingerichtet worden sind, spielen die Rolle Potemkinscher Dörfer für Kauflustige. In Kleinasien hat sich nämlich wie in jedem neuerschlossenen Lande eine ungesunde Spekulation in Minen breit gemacht, die die Behörden mißtrauisch machen muß und europäische Interessenten abschreckt. Aus dem Antitaurus sind Eisenerze vielfach bekannt geworden, doch sind diese Vorkommen nicht näher untersucht worden. Überaus reich an Fundstellen ist die Gegend um Trapezunt, doch wird auch dort noch nirgends ein geregelter Abbau betrieben. Von Bedeutung sind die Chromeisensteinlager, deren mehrere in großer Entwicklung an den weit verbreiteten Serpentin gebunden sind. Über 120 sollen nachgewiesen sein, besonders bei Brussa, Kutahia, Aidin, Marki, Kastamuni und anderen Orten.

Von größerer Bedeutung für die Bevölkerung ist schon immer das leicht zu gewinnende und zu bearbeitende Kupfer gewesen. Ein Fundort, der in letzter Zeit viel genannt worden ist, Arghana Maden bei Diarbekir, dürfte das reichste Vorkommen sein. Wenn auch die Förderung in den letzten Jahren nur etwas über 1500 t betragen haben soll, so ist eine weitere Ausgestaltung der Gruben gewiß möglich, sobald nur eine Bahnverbindung mit der Bagdadlinie hergestellt ist. Gegenwärtig wird das ausgeschmolzene Schwarzkupfer auf Kamelrücken entweder nach Alexandrette zur Verschiffung oder nach Tokat zur Verarbeitung gebracht. Im Antitaurus kennt man andere Vor-

kommen von Kupfererzen, die aber noch gar nicht erschlossen sind. In der Umgebung von Smyrna sind geringere Gruben in Betrieb, ebenso auf Samos. Antimon kommt in den Vilajets Brussa, Smyrna und Siwas vor, doch beschränkt sich die Förderung auf wenige hundert Tonnen im Jahre. Arsenerze mit zum Teile recht beträchtlichem Goldgehalte finden sich um Aidin und Siwas, doch ist der Abbau unbedeutend. Quecksilber ist in der Provinz Smyrna nachgewiesen, aber über eine nennenswerte Förderung ist nichts bekannt. Mangan tritt um Smyrna und in der Küstenregion des Schwarzen Meeres auf, doch ist die Ausbeutung gering. Gediogener Schwefel kommt im Nordwesten des Landes vor, wird aber kaum abgebaut, Salpeter wird an manchen Orten des Innern gewonnen. Die Vorkommen von Pandemit, eines Boraxminerals, südlich des Marmarameeres, sind gerade in der Kriegszeit von größter Bedeutung geworden. Nach neueren Berichten sind ausgedehnte Lager erschlossen und in Ausbeutung genommen worden. Ein einzigartiges Mineralvorkommen ist der Meerschäum von Eskischehr, der in zersetztem Serpentin auftritt, da es fast ausschließlich den Weltbedarf deckt.

Über die Kohlenlager der asiatischen Türkei gehen viele unkontrollierte Gerüchte, die aber zum Teil sicher auf Braunkohlenvorkommen zurückzuführen sind. Selbst in gediegenen Fachzeitschriften erscheinen Berichte über diese Steinkohlenschätze, die geeignet sind, ein ganz falsches Bild von der bergwirtschaftlichen Lage zu geben. Nur ein einziges Vorkommen ist sicher und steht in Abbau. Es sind dies die langbekannten Gruben von Eregli (Heraklea) am Schwarzen Meere, über die aber auch nur unverlässliche Nachrichten vorliegen. Auf 18 Stunden Erstreckung lassen sich die Flöze längs des Meeres verfolgen und reichen 10 km weit in das Land hinein. Die Förderung betrug im Jahre 1900 $\frac{1}{4}$ Mill. t. Die Gesamtmächtigkeit der Flöze erreicht 25 m. Da der Abbau noch in ganz unrationeller Weise geschieht, der Transport bei der hafenlosen Küste schwierig und die Staatsabgaben bedeutend sind, lohnt sich der Betrieb nicht.

Braunkohlen sind weit verbreitet und könnten bei der Holzarmut des Landes von großer Bedeutung sein, doch ist auch ihr Abbau noch an wenigen Punkten begonnen und größtenteils die Bringung zu schwierig. Da zudem die Qualität keinen weiteren Transport verträgt, ist ihre Verwendung wohl nur in lokaler Beschränktheit möglich. Im Nordwesten Anatoliens, in den Provinzen Smyrna, Aidin, Adana, Siwas, Erzerum, im Libanon und vielerorten kennt man solche meist kaum in Abbau befindliche Vorkommen.

Viel größere Bedeutung werden wohl die Bitumina erhalten, die besonders in Syrien und Palästina weit verbreitet sind. Asphalt tritt dort vielerorten zutage und wenn auch die heutige Gewinnung recht beschränkt ist, so liegt sein Wert darin, daß er das Auftreten von Erdöl anzeigt, das für das Land von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Alles Petroleum kommt heute von Rußland und wird auf Kamelen durch das ganze Land verfrachtet. Abgesehen von kleineren Vorkommen in Nordsyrien liegen fast alle Erdölfelder nahe der persisch-mesopotamischen Grenze. Auf eine Erstreckung von etwa 500 km lassen sich dort die Erdölaustritte verfolgen. Die Eingeborenen gewinnen das Erdöl in Brunnen. Bei der Kohlenarmut des Landes könnten die Rückstände der Raffinierung (Masut) wie in Rußland zur Kesselfeuerung verwendet werden.

Überaus reich ist die asiatische Türkei an Salz, das sowohl im Tonboden der Salzwüsten und in den Salzseen vorkommt (der Tuz Göl — Salzsee — im Innern Anatoliens hat über 32 % Salzgehalt, ist also die stärkste Sole, die man in einem See kennt), als auch im Osten des Landes bergbaumäßig gewonnen wird. Am Halys und östlich davon sind ausgedehnte Lager bis 40 Fuß mächtig verbreitet und ganze Dörfer angeblich aus Steinsalzfelsen ausgehauen.

Alle Reisenden stimmen darin überein, daß die Mineral-schätze des Landes die Aussicht auf eine große montanistische Entwicklung bieten, daß aber die heutigen Berggesetze und deren verschiedene Handhabung in den einzelnen Provinzen

jede großzügige Ausbeutung verhindern. Mit schuld daran sind wohl die vielen schwindelhaften Gründungen, die Schwierigkeiten, die daher begreiflicher Weise von den Ortsbehörden gemacht werden und der Mangel genügenden Kapitals. Es ist nicht zu leugnen, daß kapitalkräftige Gesellschaften, die einen rationellen Abbau einführen und auch die nötigen Transportwege schaffen, einen Aufschwung weiter Gebiete auf Grund einer Montanindustrie herbeiführen könnten. Es ist nötig, der Regierung und der Bevölkerung das Vertrauen in ein solches Unternehmen einzuflößen, das nicht zur Ausbeutung, sondern zur Hebung des Landes dienen soll.

Die ausgedehnten Waldungen, die noch einen der Reichtümer Anatoliens darstellen, sind bisher auch noch keiner geregelten Forstwirtschaft teilhaftig geworden. Einst ist nach übereinstimmenden Berichten alter Schriftsteller das ganze Land überaus reich an Waldbeständen gewesen, aber in den Küstengebieten hat der Raubbau seit den Zeiten der Phönikier und Ägypter, die hier das Holz für den Bau ihrer Flotten holten, die Wälder größtenteils vernichtet. In den Gebirgen und im Innern ist es die Weidewirtschaft, die sie ausgerodet hat, um Land für die Ziegen- und Schafherden zu gewinnen, die jede Selbstaufforstung verhindern und die Gewinnung von Holzkohle, die im ganzen Lande fast das einzige Feuerungsmaterial ist. Die reichen Eichenbestände sind für die Lieferung von Schwellen für die europäischen Bahnen ge-lichtet worden. Es ist schon erwähnt worden, wie die Entwaldung die hydrographischen Verhältnisse beeinflußt hat und es besteht die Gefahr, daß eine weitere Vernichtung der Wälder das Land größtenteils zur Steinwüste macht, wie man sie heute im Südosten auf dem kilikischen Kalkplateau trifft, das einst dicht bewaldet gewesen ist, wie die Karstflächen zeigen, über die man stundenlang hinreitet und die noch zahllose Baumstümpfe aufweisen, die sich bei dem trockenen Klima lange Zeit erhalten. Im Schutze der Baumkronen und des Unterholzes hat eine Humusdecke den Fels überdeckt, wie wir es in den Urwäldern der Umgebung von Adelsberg

in Krain sehen, unter denen der Kalkstein gerade so wild zerfressen ist wie im istriatischen Karste. Erst die Entwaldung bewirkt, daß die Grasnarbe und die Humusschicht im Sommer austrocknen und den festen Halt durch die Wurzelfasern verlieren. Die heftigen Winde (Bora) und der Regen entfernen den zermürbten Boden und der nackte Fels tritt zutage. Dies ist der Fall in unseren Karstgebieten gewesen, die seit altersher Italien das Holz für die Schiffe und die Pfahlroste von Venedig geliefert haben. Der geringe Lösungsrückstand des Kalksteines vermag nicht mehr von selbst den Nährboden für Pflanzen zu liefern, außer in den Mulden der Dolinen und Karstwannen, wohin er von den Wässern verschwemmt wird. Wenn man auch im Triester Karste durch kostspielige Aufforstung gute Ergebnisse erzielt hat, so ist dies bei den ausgedehnten Flächen in Anatolien unmöglich und eine rationelle Forstkultur kann sich heute nur darauf beschränken, das Bestehende zu erhalten, der weiteren Verwüstung der Wälder Einhalt zu tun. Erst in den letzten Jahren ist ein österreichischer Forstmann nach Konstantinopel berufen worden und die Berichte, die er auf Grund der Bereisung des Landes gibt, sind nicht hoffnungslos. Aber eine strenge Handhabung der Vorschriften durch die Behörden ist bei der größtenteils nomadisierenden Hirtenbevölkerung überaus schwierig.

Gerade in den Steinwüsten des „Rauhen Kilikien“ finden sich an vielen Orten Baureste aus der Zeit des Beginnes der christlichen Ära, die uns zeigen, daß Tausende und Abertausende dort die Segnungen einer hohen Kultur an Stellen genossen haben, die heute nur im Frühsommer von armen Jürükenstämmen besucht werden. Hier liegen die Ruinen von Olba mit ihren korinthischen Tempeln, Säulenhallen und dem Theater, die die Bewunderung der Reisenden erregen, an einem anderen Punkte die Trümmer einer mittelalterigen Stadt aus der Zeit der Könige von Kleinarmenien. Und gerade diese letztere läßt uns die Ursachen erkennen, die den Ort heute unbewohnbar machen. Aus einer Höhle rieselt in der frühen Jahreszeit ein dünner Wasserfaden, aber es sind An-

zeichen dafür vorhanden, daß er einst reichlicher geflossen ist. Er hat die Gründung der Niederlassung auf dem Kalkplateau ermöglicht und mit seinem Versiegen sind die Existenzbedingungen für eine seßhafte Bevölkerung geschwunden.

Ausgedehnte Waldgebiete finden sich besonders in den Küstengebieten am Schwarzen Meere, deren feuchtes Klima für die Vegetation besonders günstig ist. Urwälder von Laubhölzern bedecken die dem Meere zugewandten Berghänge und höher hinan ziehen sich die Koniferenwälder durch den Antitaurus bis nach Armenien und Westpersien. Nach Westen erstreckt sich dieser Waldgürtel bis an das Marmarameer, wo noch wahre Urwälder von Eichen, Platanen, Buchen, Linden, Ahorn, Kastanien und Nußbäumen mit dichtem Unterholz stehen. Im Gebiete des Sakariaflusses und um Kutahia sind auch noch ausgedehnte Bestände erhalten. Die Gebirge, die gegen das Ägäische Meer ausstreichen, zeigen ebenfalls großenteils Waldbedeckung oder bieten die Möglichkeit einer Selbstaufforstung. Anders ist es im Süden, wo im lykischen oder kilikischen Taurus wohl geschlossene Wälder zu finden, weite Gebiete aber entholzt und verkarstet sind. Während im Norden die obere Baumgrenze stellenweise schon bei 1400 m liegt, rückt sie im Süden bis über 2000 m empor. Hier finden sich hochstämmige Schwarzkiefern, Edeltannen und ganze Bestände von Baumwacholder und in über 1000 m Höhe auch Zedern, die noch in weit größerer Zahl als im Libanon vorhanden sind.

Weite Gebiete sind besonders im Süden von Forstschädlingen heimgesucht, gegen die keinerlei Maßnahmen getroffen werden. Die Harzgewinnung ist allenthalben im Schwunge, müßte aber erst in geregelte Bahnen gelenkt werden, um die heutige Schädigung der Bestände zu vermeiden.

Über die Landwirtschaft in Anatolien ist entsprechend ihrer Bedeutung (81 % der Bevölkerung sollen damit beschäftigt sein) in der letzten Zeit viel geschrieben worden, denn man weiß, daß dort wie auch in Mesopotamien die

Brotversorgung Mitteleuropas für die Zukunft sicherzustellen ist, wie schon im Altertume diese Länder einen bedeutenden Getreideexport hatten. In Hinsicht der Bewirtschaftung des Bodens muß man drei Klassen unterscheiden: die Gebiete in der Nähe der großen Städte und der Bahnlinien, also besonders im Westen, in denen schon maschineller Betrieb besteht, dann die über das ganze Land verbreitete ganz ursprüngliche Art der Bodenbearbeitung, wie sie im östlichen Teile noch weitaus vorherrscht und sich in den Gebirgen auf die Talgründe beschränkt und drittens die noch völlig brach liegenden Gebiete, besonders des Innern, die größtenteils Steppe sind, aber zum Teil für die Kultur gewonnen werden können. Wenn auch die Schätzungen zu hoch gegriffen sind, die für Anatolien 80—85 % kulturfähigen Boden annehmen, während nur 10 % des ganzen Landes angebaut sein sollen, so ist doch sicher, daß die Anbauflächen auf ein Vielfaches erweitert werden können. Den Wirtschaftspolitiker interessieren die heute in rationellem Betriebe stehenden Gebiete nur als Vergleichsmaterial, nach dem er die Entwicklung der übrigen beurteilen muß. Denn die Fruchtbarkeit ist, soweit Bewässerung reicht, überall gleich und abgesehen von den Karstflächen und den Salztönwüsten und Hochgebirgen ist fast alles Land kulturfähig. Weite Flächen sind überhaupt noch nie unter Kultur gewesen, andere liegen seit Jahrhunderten brach oder die Ausnützung erfolgt auf eine primitive Weise, wie sie die Erzväter der Bibel betrieben haben. Mit dem Pfluge, der meist nur ein winkelig gebogenes, mit Eisen beschlagenes Stück Holz ist, an dessen Deichsel ein Büffel oder ein paar Weiber gespannt sind, wird der Boden oberflächlich aufgekratzt und die Saat hinein versenkt. Gedüngt wird nur alle zehn Jahre oder es werden Brachjahre eingeschaltet. Von einem geregelten Fruchtwechsel ist keine Rede. Und doch gibt der Boden reichen Ertrag. Weizen trägt in der kilikischen Tiefebene 60fache Frucht, Mais soll 200—300 ja bis 600 Körner geben. Das Getreide wird mit der Handsichel geschnitten und im Freien auf der Tenne mit dem

Dreschschlitten gedroschen. Dieser ist ein zirka $1\frac{1}{2}$ m langes und $\frac{3}{4}$ m breites starkes Brett, das vorn etwas aufgebogen und an seiner Unterseite mit kantig zugehauenen Flintstücken besetzt ist. Davor wird ein Paar Ochsen oder Pferde gespannt, der Landmann setzt sich, oft noch mit ein paar Kindern, darauf, um die nötige Schwere zu geben und fährt auf dem ausgebreiteten Getreide herum, bis die Körner ausgedrückt und ausgetreten sind und das Stroh in Langhäcksel zerschnitten ist. Durch Worfeln mit der Schaufel gegen den Wind wird die Spreu von den Körnern gesondert.

Da es bei der geringen Bevölkerungsdichte leicht möglich ist, weite Flächen brach liegen zu lassen, ist nur immer ein Teil des unter Kultur stehenden Bodens bebaut, so daß also die Erträge schon in dieser Richtung leicht erhöht werden könnten. Ungleich größere Gebiete sind aber durch Be- und Entwässerung zu gewinnen. In der Gegend von Konia hat in den letzten Jahren eine deutsche Gesellschaft den Beyschehirsee, der die Größe des Bodensees besitzt, als Stau-becken ausgebaut, von dem durch 200 km lange Schleusen-kanäle 50.000 Quadratkilometer Landes bewässert werden können, die 20.000 Waggons Getreide liefern sollen. Dieser erste Versuch, der gegen 20 Mill. Mark gekostet hat, ist geglückt und dieselbe Gesellschaft wendet sich nun der kilikischen Tiefebene zu, wo bei dem unvergleichlich viel günstigeren subtropischen Klima eine halbe Million Hektar bewässert werden können. Die tiefer liegenden, von den Flüssen ver-sumpften Teile müssen entwässert werden. Ähnlich, nur in noch viel größerem Maßstabe treten uns die Verhältnisse in Mesopotamien entgegen. Ein zehnmal größeres Gebiet ist dort noch durch Wasserbauten zu gewinnen und es ist be-rechnet worden, daß eine Mill. Tonnen Weizen und eine Mill. Ballen (à 200 kg) Baumwolle gebaut werden können und sich Weideland für Millionen Rinder und Schafe bietet.

Weizen, Gerste und Mais gedeihen überall, Reis und Baumwolle in den tieferen Lagen bei reichlicher Bewässerung. Heute führt die deutsch-levantinische Baumwollgesellschaft

schon über 100.000 Ballen aus der kilikischen Ebene aus. Tabak und Mohn (Opium), Hanf und Zuckerrohr werden allenthalben mit Erfolg gebaut. Der Tabak liefert vorzügliche Qualitäten und große Mengen werden gegenwärtig schon exportiert, aber Anatolien allein wäre imstande, den Weltbedarf zu decken. Auch die Ausfuhr an Opium ist bedeutend (Smyrna gegen 50 Mill. Frcs). Die Kartoffel ist erst in neuerer Zeit eingeführt worden, gedeiht aber allenthalben vortrefflich und ihr Anbau gewinnt an Umfang. Von Futterkräutern ist der Klee und Luzerne nur in europäisch eingerichteten landwirtschaftlichen Betrieben in Anbau und liefert bis zu sieben Schnitte im Jahre.

Die asiatische Türkei ist die Heimat einer ganzen Anzahl von Obstsorten, die hier wie auch Südfrüchte in reicher Fülle gedeihen. Die Türken haben eine große Vorliebe für Gärten und jedes Haus hat selbst in großen Städten einen wenn auch kleinen Garten für den Harem. Durch künstliche Bewässerung wird bei dem günstigen Klima eine üppige Vegetation hervorgerufen. Wenn sich der Reisende einem größeren Orte nähert, führt der Weg oft stundenlang zuerst durch einen Gürtel von Obsthainen, in denen die luftigen Sommerhäuser der Vornehmen und die Hütten der Gartenbau treibenden Bevölkerung liegen. Äpfel, Birnen, Kirschen, Pfirsiche, Aprikosen finden sich allenthalben. Granate, die japanische Mispel, Orangen, Zitronen, Feigen in den tieferen Lagen und die besonders in den Hügelländern reifenden Trauben erinnern in ihrer Größe an die Berichte der Kundschafter aus dem Gelobten Lande. Die Olive gedeiht hauptsächlich in den westlichen und südlichen Küstenländern, der Maulbeerbaum ist über das ganze Land verbreitet und im südlichen Mesopotamien reift die Dattel. Also fast alle Südfrüchte, die in unsere Länder eingeführt werden müssen, können aus dem nahen Oriente bezogen werden, wo ihre Kultur noch sehr erweiterungsfähig ist.

Versuche mit dem Anbau der Zuckerrübe sind in einigen Gegenden geglückt und deren weitere Verbreitung wäre

für das Land von größter Bedeutung, da aller Zucker eingeführt werden muß. Auch die Kultur der Jute könnte im südlichen Mesopotamien, das bei seinem heißen Klima und den ausgedehnten Sümpfen dafür geeignet scheint, versucht werden, wodurch eine Ausschaltung Indiens in der Versorgung unserer Industrie mit Rohprodukten weiter angebahnt würde.

Die Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte ist, wenn man von wenigen Kulturzentren absieht, noch überaus mangelhaft. Das Getreide wird, soweit es nicht ausgeführt wird, meist nur für den Hausverbrauch gemahlen, wobei noch die altertümlichen Handmühlen in Verwendung stehen. Durch Wasserkraft betriebene Mühlen sind überall anzutreffen, doch ist deren Anlage so primitiv und auch die Ausmahlung so unzweckmäßig, daß nur mindere Mehlsorten erzeugt werden. Im Westen Anatoliens trifft man auch Windmühlen. Auf dem flachen Lande wird allgemein ein dünnes, ungesäuertes, weiches Fladenbrot aus einem Weizenmehlbrei gegessen, das stets frisch bereitet wird und bei der ohne Besteck eingenommenen Mahlzeit dieses ersetzen muß. Da sich Wasserkräfte in allen gebirgigen Landesteilen finden, wäre die Mühlenindustrie sehr entwicklungsfähig.

Die Oliven werden entweder frisch oder eingelegt viel gegessen. Ölmühlen stehen besonders im Westen in Betrieb, doch ist ihr Produkt nur eine geringere Sorte. Dasselbe gilt vom Wein, der besonders in Syrien, im Westen Anatoliens und auf den Inseln gekeltert wird. Da der Koran den Weingenuß verbietet, ist die Nachfrage im Lande gering. Durch das Versetzen des Weines mit Harz wird er dauerhafter, erhält aber einen für den Fremden widerlichen Geschmack. Aus den Weintrestern wird ein starker Schnaps (Raky) bereitet und meist mit Mastixharz (dann Mastika genannt) versetzt. Vielfach wird der Traubensaft zu Weintraubensirup (Pekmes) eingekocht, der als Süßspeise viel genossen wird. Auch Rosinenfabrikation wird im Westen getrieben und liefert einen wichtigen Ausfuhrartikel. Zur Reinigung der Baumwolle sind

einige kleinere Betriebe eingerichtet, die erst in der letzten Zeit Bedeutung erlangt haben.

Auch die Viehzucht wird noch ohne Ausnützung der reichen Möglichkeiten getrieben. Die Millionen von Ziegen und Schafen bilden den Hauptreichtum der Bauern, vernichten aber, wie erwähnt, größtenteils die Waldungen. Die Herden werden stets nur in offenen Pferchen gehalten, wodurch in rauhen Wintern große Verluste verursacht werden. Sie liefern größtenteils die Milch, die die Hauptnahrung für die Landbewohner bildet. Ihr Fleisch wird nur selten, meist als Festbraten gegessen. Hauptsächlich die Wolle bildet das Erträgnis, das bei zweimaliger Schur sehr günstig ist. Sie wird ausgeführt oder im Lande zu oft überaus feinen Stoffen verwebt. Ungleich wichtiger ist aber die Teppichindustrie, die besonders in den östlichen Provinzen noch als Hausindustrie betrieben wird und deren geknüpfte oder gewebte Produkte einen wichtigen Ausfuhrartikel bilden. Es wäre sehr wünschenswert, daß diese eigene orientalische Kunstfertigkeit geschützt und vor europäischem Einflusse bewahrt würde, der sie durch moderne Muster und Anilinfarben zu vernichten droht.

Geregelte Weidewirtschaft fehlt vollständig und Rindviehzucht wird daher nur in geringem Umfange betrieben. Doch wäre sie besonders auf den Hochflächen des fernerer Ostens in unvergleichlich viel größerem Maßstabe möglich, und die mesopotamische Tiefebene könnte mit dazu beitragen, den Bedarf der Zentralmächte an Fleisch, Wolle und Häuten vom überseeischen Importe unabhängig zu machen. Als Lasttiere sind im ganzen Lande hauptsächlich Kamele und Esel in Verwendung, deren Aufzucht ganz wahllos erfolgt. Besonders das einhöckerige Kamel und Bastarde mit männlichen zweihöckerigen sind wegen ihrer Unempfindlichkeit gegen rauhe Witterung in den Gebirgen zu treffen, wo sie auf schwierigen Felspfaden sicher dahinschreiten. Trotzdem die Eisenbahnfrachtraten kaum die Hälfte des Kameltransportes betragen, sieht man doch die alten Karawanenstraßen neben den Eisenbahnlinien von langen Kamelzügen belebt. Das Pferd ist das

älteste und vornehmste Haustier der Türken, die es aus ihrer innerasiatischen Urheimat mitgebracht haben. Seine Hilfe hat das Nomadenleben ermöglicht und die Völkerwanderungen, die die großen Verschiebungen in den Staatenwesen Europas im Gefolge hatten. Das Pferd ist der Stolz des Türken und der Reiter ist wie einst bei uns der Vornehme, der Ritter. Der Roßschweif ist das Abzeichen der Paschas. Arabien hat seine Pferde erst durch die Türken erhalten und seine Zucht hat das edle Vollblut hervorgebracht. Im Norden ist eine Kreuzung von Arabern und Turkmenen verbreitet, die klein, unschön, aber überaus ausdauernd ist und das Reisen auf den schlechten Saumpfadern ermöglicht, auf denen europäische Pferde versagen würden. Die Haupteigenschaften des anatolischen Pferdes sind Zähigkeit, Genügsamkeit und Gelehrigkeit. Die Tiere sind meist nicht zugeritten, ein angenehmer Paßgang erleichtert lange Ritte wesentlich. Die niederen Preise, die man noch vor wenigen Jahren für vortreffliche Pferde gezahlt hat (150—200 K), sind bedeutend gestiegen, da sich der Pferdemangel immer mehr fühlbar macht. Es wäre Pferdezucht in großem Maßstabe ein sicher gewinnbringendes Unternehmen.

Überaus entwicklungsfähig ist die Zucht der Seidenraupe, die im ganzen Lande möglich, aber nur stellenweise von Bedeutung ist. Im Westen des Landes folgt sie als Nebenerwerb der Landbauern den Anpflanzungen des Maulbeerbaumes, der sich an die gut bewässerten Täler hält. In Brussa befindet sich eine Seidenbauversuchsstation und in einer ganzen Anzahl von Fabriken werden feine Seidenstoffe erzeugt. Berühmt sind auch die Gewebe von Bagdad. Seide ist heute eine der erträgnisreichsten Ausfuhrwaren.

Die Grundlagen, auf denen die wirtschaftliche Zukunft des türkischen Orients aufgebaut werden soll, sind also überaus mannigfach. Weitere Voraussetzungen dafür sind aber Schaffung von Verkehrswegen und Bevölkerung. Wer die Erschließung des Westens der Vereinigten Staaten von Nordamerika oder Algiers unter ganz ähnlichen Naturbedingungen gesehen hat, wird an der Möglichkeit eines nahen Auf-

schwunges nicht zweifeln. Die ersten Schritte sind getan und haben die besten Erfolge geliefert. Vor allem müssen weite Gebiete zugänglich gemacht werden. Ist dies schon durch die von englischen und französischen Gesellschaften früher gebauten Eisenbahnlinien der Fall gewesen, die noch dazu darauf angelegt sind, den Verkehr der fernen Provinzen mit der Hauptstadt zu unterbrechen und ihn nach der Mittelmeerküste zu lenken, wo er unter dem Einflusse fremder Flaggen steht, so gilt dies in unvergleichlich viel größerem Maße von der Bagdadbahn. Vom Bosphorus bis an den Persergolf an 3000 km lang, wird sie das ganze Kalifenreich durchziehen und stellt das einzige für das Land wertvolle Projekt einer solchen Verbindung dar, das den technisch leichtesten und wirtschaftlich aussichtsreichsten Weg gewählt hat. Heute ist sie bis auf die Gebirgstrecken im Taurus und Giaur Dagh, die größere Tunnelbauten erfordern, bis über den Euphrat hinaus mit Abzweigungen nach Alexandrette zur Küste und nach Haleb fertiggestellt und von Bagdad her nähert sich der östliche Flügel, so daß die Vollendung des Riesenwerkes in naher Zukunft zu erwarten ist. Andere Zweigstrecken sollen die besonders entwicklungsfähigen Landstriche anschließen, wie die Fortsetzung des nördlichen Flügels der Anatolischen Bahn von Angora über Kaisarie nach Eregli. Trotzdem die Bahn bis Konia erst 1896 eröffnet worden ist, zeigt sich der durch sie bewirkte Aufschwung allenthalben. Die alten, echt orientalischen Städte, wie Konia, haben ausgedehnte europäische Stadtteile erhalten, durch Besiedlung längs der Trasse ist viel Land urbar gemacht worden, so daß das Steuererträgnis an manchen Orten auf das Dreifache gestiegen ist. Die von der türkischen Regierung gewährte Kilometergarantie braucht teilweise nicht mehr in Anspruch genommen zu werden, sondern der Staat hat selbst schon einen direkten Nutzen von der Bahn. Wenn erst die Bewässerungen weiter durchgeführt sein werden, wird sich durch Zuwanderung die Bevölkerungszahl heben, wodurch wieder bei Verbesserung des Bodens und der Einführung eines rationellen, maschinellen Betriebes die Einkünfte der Provinzen

steigen werden. Durch die neuen Transportmittel sind die Frachtraten auf die Hälfte bis auf ein Viertel gesunken. Das steigende Ertragnis des Bodens schafft der Bevölkerung bessere Lebensbedingungen und erweckt höhere Lebensansprüche. Und daß die einheimische Bevölkerung diesen gleichgültig gegenübersteht, ist eine Fabel, die von manchen flüchtigen Kennern des Landes verbreitet wird. Die ackerbautreibenden Bewohner haben mit den geringen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihren Unterhalt stets mühsam verdient und nur der Mangel an Unterweisung in besseren Arbeitsmethoden, ein gewisses Sichergeben in ihr Geschick, das bisher lähmend gewirkt hat, sind der Grund, daß heute noch die urväterlichen Verhältnisse herrschen. Dies ist in den letzten Jahrzehnten schon vielfach besser geworden und besonders die Mohadschirs, das sind die mohammedanischen Einwanderer aus den abgetretenen europäischen Provinzen, sind fleißige Landbauer, die in den Gebieten an der anatolischen Bahn größtenteils schon segensreich wirken. Ihre Wohnhäuser sind fest aus Stein gebaut, getüncht, besitzen ein Giebeldach und sind von Gärten umgeben. Unter der Anleitung europäischer Kolonisten würden sich die Zustände in kurzer Zeit ändern. Aber dazu ist die Schaffung einer dichteren Bevölkerung nötig. Heute rechnet man in der asiatischen Türkei mit Ausnahme von Arabien etwa 12 Einwohner auf den Quadratkilometer, wobei noch im Westen eine dichtere Siedlungsweise herrscht. Das Land könnte eine sechs- bis siebenfache Einwohnerzahl ernähren und es wird eine der lohnendsten Fragen des hoffentlich nahen Friedens sein, zu erwägen, ob und wie unsere Auswanderung nach den östlichen Provinzen gelenkt werden könnte. Daß dadurch die türkische Herrschaft und die Zentralmächte eine wirtschaftliche Stärkung erfahren könnten, ist nicht zu bezweifeln und die politischen und religiösen Bedenken, die dagegen erhoben werden, dürften durch diese die Lebensfrage der verbündeten Staaten betreffenden höheren Forderungen wohl zum Schweigen gebracht werden. Bagdadbahnpolitik ist Wirtschaftspolitik und Kolonisations-

politik und der Krieg hat uns gelehrt, daß es unser Bestreben sein muß, uns in der Versorgung mit Rohprodukten von der Übersee unabhängig zu machen und dies ist, wie gezeigt, im nahen Oriente und nur dort möglich. Wir gewinnen dadurch wieder weite Gebiete mit einem steigenden Bedürfnisse für unsere Fabrikwaren. Wenn auch die Ausnützung der vorhandenen Wasserkräfte eine Industrie an manchen Punkten erleichtern wird, so kann doch der Mangel an Kohlen eine solche in größerem Umfange nicht erstehen lassen. Das Land wird stets Agrikulturland bleiben, aber welche Rolle es als solches einst spielen wird, erkennt derjenige, der die Möglichkeiten sieht, die es bietet und an der Hand seiner Vergangenheit den Blick in die Zukunft lenkt.

Gerade für Österreich-Ungarn, das weniger Neigung besitzt, sich an überseeische Unternehmungen zu wagen, ist eine wirtschaftliche Betätigung im Oriente schon durch die Tradition vorgezeichnet. Durch die Adria führt es der Weg ins östliche Mittelmeer, über die Donaustraße in das Schwarze Meer und seine hoffentlich wachsenden Verbindungen mit dem Balkan bringen es der Brücke nach Asien näher. Seine verlockende Aufgabe könnte es sein, sich vom Schwarzen Meere über den Antitaurus einen Schienenweg nach Mesopotamien zu eröffnen und so mit einmaligem Umladen in Tireboli oder einem anderen Hafen des Pontus eine Verbindung von Wien bis an den Persischen Golf herzustellen.

Arabien und die Araber in der Weltgeschichte.

Von

Hofrat Dr. Alois Musil,

Professor an der Universität in Wien.

Die Araber nennen ihre Heimat ġezirat alʿarab, Insel der Araber, und mit vollem Rechte. Ist doch die arabische Tafel abgegrenzt in West von dem Mittel- und Roten Meer, in Süd und Südost vom Indischen Ozean und dem Persischen Golf und in Ost und Nord von dem Persischen, Armenischen und Amānus-Gebirge. Für den in der unendlichen Steppe aufgewachsenen Bdūi sind diese Gebirge genau so schwer zu überwältigende Barrieren wie das Meer, daher ġezirat alʿarab, Insel der Araber. Im engeren Sinne reicht aber Arabien im Osten nur bis zum Euphrat, im Norden bis etwa Haleb und im Westen bis ungefähr zu der Linie Ḥoms, Damaskus, alʿAqaba. Was westlich von dieser Linie liegt, gehört zu Syrien, was östlich von dem Euphrat zu Babylonien und Mesopotamien.

Wer sich von West oder von Süd, vom Roten Meer oder dem Indischen Ozean Arabien nähert, gewahrt zunächst eine lichtgraue, etwa 20 km breite wellenförmige Küstenebene, aus der sich ohne jeden Übergang, unmittelbar dunkle Granitmassen bis zu einer Höhe von 1500 bis 3000 Meter auftürmen. Erklimmt man diesen Gebirgswall, so sieht man eine ungeheuerere, nach Ost bis zum Persischen Golf und zum Euphrat allmählich sich senkende Hochebene, die eigentliche arabische Wüste. Aber diese Wüste hat keinen einheitlichen Charakter.

Eine von al-'Aḳaba in ostnordöstlicher Richtung bis Babylon (Bardād) gezogene Linie bildet ungefähr die Grenze zwischen der nördlichen Kalkstein- und der südlichen Sandsteinformation oder, wie die Alten zu sagen pflegten, zwischen der Arabia Deserta und der Arabia Felix.

Die Arabia Deserta, größer als Österreich-Ungarn, ist eine wellenförmige, ungefähr in der Mitte durch eine mächtige, von Nord nach Süd gerichtete, über 1000 m hohe Bodenwelle in zwei Wassergebiete geteilte Hochebene, mit sehr seichten breiten Tälern in der westlichen und mit tief eingeschnittenen, engen Tälern in der östlichen Hälfte. Im Norden reicht sie bis zu einem von Damaskus in Nordostrichtung streichenden Gebirgszuge, der alten Palmyrene, im Westen bis zu einer vom Ḥawrân gegen Südost gerichteten, über 300 km langen Senkung, *Συρμαῖον Πεδίον* der Alten, einst die Ostgrenze der Arabia Petraea. Sowohl die Palmyrene, als auch die Arabia Petraea sind anbaufähige Gebiete und wurden und werden auch angebaut, während die Arabia Deserta äußerst wasserarm ist und infolgedessen keine ansässige Bevölkerung ernähren kann.

Das charakteristische Merkmal der fast zwei Drittel der arabischen Halbinsel umfassenden und Österreich-Ungarn an Ausdehnung etwa viermal übertreffenden Arabia Felix sind große Sandverwehungen. Sie verdanken ihren Ursprung durchaus nicht etwa einem vorhistorischen Meere, sondern der seit Jahrtausenden fortschreitenden Verwitterung der Sandsteinfelsen. Durch diese von den großen Temperaturschwankungen geförderte Verwitterung wird das Gestein in kleine Stückchen zertrümmert, ohne seine Substanz zu verändern, und das losgelöste Material wird in Staubform durch den Wind in der langen Trockenzeit abgetragen und bei den sich bietenden Hindernissen angehäuft. In der Westhälfte von Arabien sind die West-Nordwestwinde, in der Osthälfte dagegen die Südostwinde vorherrschend. In der Nähe der Küste am stärksten, treiben sie den losgelösten Sand mit und lagern ihn ab, dort, wo sie zusammentreffen. So entstehen die großen Sandflächen des Nefūd und Dhana'. Im Nefūd sind die Sanddünen bis über 100 m hoch, in dem

Dhana' nur etwa 40 m, der Sandsteinboden kommt hier öfters zum Vorschein, das Grundwasser ist reichlicher und liegt nicht so tief wie im Nefūd.

In den erodierten, sandfreien Teilen ist die Talbildung recht gering, aber es finden sich unzählige beckenartige Senkungen, in denen sich das Regenwasser oft aus einer über hundert Kilometer breiten Umgebung sammelt. Das Regenwasser führt den durch die Verwitterung losgelösten Sand mit und lagert ihn in dem Becken ab, wo er durch die Feuchtigkeit chemisch zersetzt wird und auf diese Art eine, wenn auch nicht sehr fruchtbare Bodenschicht bildet. Unter der oft bis 12 m tiefen Schicht hält sich das Regenwasser jahrelang und kann zur Bewässerung verwendet werden. Diese Becken sind die Vorbedingungen der Oasen. Sehr zahlreich sind sie in dem westlichsten Teile der Arabia Felix, wo der Boden mit einer dicken Lavakruste bedeckt ist, aus der unzählige, noch im 13. Jahrhundert tätige Krater emporragen. Diesen fruchtbaren Becken, Oasen, verdankt Arabia Felix ihren Namen.

Zwei Drittel der Arabia Felix und die ganze Arabia Deserta und die Palmyrene gehören zu den Ländern der Sommerdürre, nur in dem südlichsten Drittel der Arabia Felix kommen auch Sommerregen vor, wodurch die Möglichkeit der Siedlungen, insbesondere in dem westlichen Teile, eine um so größere ist. Im übrigen Arabien regnet es von Ende April bis Ende September überhaupt nicht und in den Wintermonaten nur gebietsweise, so daß einzelne Gebiete höchstens jedes vierte oder fünfte Jahr ausgiebigen Winterregen bekommen. Nach solchen Winterregen bedecken sich alle Sandflächen, alle Niederungen und Lehnen mit frischen Graspflanzen und verschiedenen Perennen und bieten die beste Weide. Ende Juni, Anfang Juli sind alle Graspflanzen bereits trocken, wogegen die Perennen und die verschiedenen Sträucher üppig wachsen. Kommt das nächste und das nächstfolgende Jahr kein ausgiebiger Winterregen, so gedeihen zwar die Perennen, erfrischt von dem reichlichen Tau, immer noch, aber die frischen Graspflanzen zeigen sich nur vereinzelt und verkümmert, während die trocken-

und ein gutes Heu bildenden immer mehr verdorren und verfallen, bis sie im vierten Jahre vollkommen verschwinden, und die Perennen die Äste und Zweige der Trockenheit preisgeben und ihre ganze Kraft auf die Erhaltung der Wurzeln verwenden. Im vierten, auf einen ausgiebigen Regen folgenden Jahre verwandelt sich die Steppe in eine grau in grau gebadete, mit dicken Staubwolken bedeckte Wüste, in der weder das Tier, noch der Mensch Nahrung findet, so daß er gezwungen ist, andere, oft weit entfernte Gebiete aufzusuchen, um sich und die Seinigen vor dem Tode zu retten.

In den Oasenbecken verursacht der ausgebliebene Winterregen ebenfalls große Sorgen, aber das reichlich vorhandene Grundwasser gibt die Möglichkeit einer künstlichen Bewässerung, mit deren Hilfe der Boden selbst in trockenen Jahren eine ständige Bevölkerung ernähren kann.

Durch diese natürlichen Verhältnisse ist auch die Teilung der Bevölkerung von Arabien in Ansässige und Nomaden gegeben. Die Ansässigen sind die Bewohner der fruchtbaren Becken, der Oasen. Die Unsicherheit führt sie zur Zusammendrängung in feste Ortschaften. Sie bauen ihre Häuser aus getrockneten Lehmziegeln oder aus Stein. Die Häuser sind hoch, eng aneinander gedrängt, die Gassen schmal, schattig, oft überwölbt, die flachen Dächer meist mit festgewalztem Lehm bedeckt. Die Häuser eines Geschlechtes, einer Sippe bilden immer eine abgeschlossene Einheit, eine Burg, so daß die einzelnen Ortschaften oft aus drei, ja aus zwanzig solchen Burgen bestehen.

An der West-, Nord- und Ostgrenze von Arabien, wo der Getreidebau möglich ist, entstehen, am liebsten abseits von den größeren Verkehrswegen, kleine Dörfer, deren Bewohner Ackerbau treiben; aber da die Ernte infolge des unausgiebigen Winterregens oft sehr mangelhaft ausfällt, so widmen sie sich auch der Kleinviehzucht. Sie verlassen nach der Bestellung ihrer Äcker ihre festen Häuser und ziehen mit ihren Kleinviehherden in die angrenzende Steppe, wo sie unter Zelten wohnen. Unmittelbar vor der Ernte kehren sie in ihre Dörfer

zurück. Diese Bevölkerungsschicht nennen wir Halbfellähen. Sie bilden die unmittelbare Vorstufe zu den Ansässigen und spielen und spielten bei den Eroberungen der Kulturländer eine große Rolle.

Die eigentlichen Nomaden teilen sich wieder in Kleinvieh- und Kamelzüchter.

Die Kleinviehzüchter wohnen ebenfalls nur unter Zelten, wechseln ihre Lagerplätze, sobald die Umgebung für ihre Ziegen und Schafe keine gute Weide mehr liefert, aber der Bewegungsradius ist kaum über 30 km lang, weil ja das Kleinvieh mindestens jeden zweiten Tag zur Tränke getrieben werden muß. Infolgedessen halten sich die Kleinviehzüchter nur in den weiden- und wasserreicheren Gebieten, insbesondere in den Gebirgen, Lavaterritorien sowie in der Umgebung größerer Oasen und an den Grenzen der Wüste auf.

Die eigentlichen Herren der Wüste sind die Kamelzüchter. Da die Kamele selbst in der heißesten Jahreszeit bis 10 Tage, in der kalten Jahreszeit aber selbst 30 Tage ohne Wasser aushalten, so ist der Bewegungsradius der Kamelzüchter fast von unbeschränkter Länge.

Sowohl der Nomade als auch der Ansässige muß sich in Arabien im Schweiß seines Angesichtes den Unterhalt verdienen. Die Natur schenkt ihm nichts mühelos, sondern zwingt ihn zu stetem Kampfe mit der Unfruchtbarkeit, der Trockenheit, und dies selbst in Südwestarabien, wo er den fruchtbaren Boden seiner Gärten und Felder durch Terrassen vor der Abschwemmung schützen muß. Der Körper des Wüstensohnes zeigt im allgemeinen kleinen Wuchs, zarten Bau, scheinbar geringe Kraft, aber auch Ebenmaß und große Ausdauer, Widerstandskraft und Gewandtheit. Das milde Klima erlaubt eine leichte Bekleidung, eine offene Bauart, das Zelt.

Unter den Zeltbewohnern leben sowohl der Mann als auch die Frau viel in der Öffentlichkeit, üben sich in beständigem Umgang mit den Volksgenossen in der Behandlung der Mitmenschen, aber der harte Ernst der Umgebung dämpft äußerlich ihr Feuer und verleiht ihnen eine gewisse Würde

und Gelassenheit. Das Familienleben vollzieht sich im Zelte oder während der Wanderungen vor den Augen aller Stammesgenossen, und gerade bei dieser Öffentlichkeit des Zeltes wird die Ehre der Familie um so höher gehalten. Die eheliche Treue, die Jungfrauenehre werden überaus strenge verlangt.

Als soziales Grundelement tritt bei allen Bewohnern Arabiens der Stammesverband deutlich zu Tage. Die Grundlage des Stammes bildet die Familie und das Geschlecht bis zum fünften Verwandtschaftsgrade inklusive, denn nur so weit reicht die absolute Pflicht der Blutrache, des Schutzes. Vom sechsten Verwandtschaftsgrade angefangen hört die eigentliche Zugehörigkeit auf, und es gruppieren sich neue Geschlechter, die alle zusammen den Stamm bilden. Aber in den Stammesverband können auch ganz fremde, nicht blutsverwandte Geschlechter aufgenommen werden. Die Fiktion der Genealogie, der Abstammung von einem gemeinschaftlichen Urvater, ist den eigentlichen Nomaden vollkommen fremd. Sie kennen kaum die Namen von drei Vorfahren. Die ausführlichen Genealogien sind somit ein Werk gelehrter Schulen. Eins wissen aber alle Stämme genau, nämlich welche Stämme und Gruppen mit ihnen verwandt und daher als Brüder zu bezeichnen sind; ohne daß sie deshalb irgendwelche Vorrechte genießen würden.

Der Stamm besteht somit aus verschiedenen, oft ganz fremden Geschlechtern und Sippen, die sich gegenseitig schützen und unterstützen. Da sich deshalb Interesse und Verkehr des Stammes vorwiegend auf die eigenen Stammesgenossen beschränken, so erkennt man auch nur gegenüber diesen rechtliche Verpflichtungen an. Der Begriff der allgemeinen Menschspflichten ist unbekannt. Jeder Stammfremde gilt für einen Feind. Wer immer ohne besonderen Schutz das Gebiet eines fremden Stammes betritt, gilt für vogelfrei.

Nach außen ist jedes Geschlecht repräsentiert durch einen Häuptling, der Stamm durch einen Oberhäuptling; vereinigen sich mehrere Stämme, so werden sie durch einen Fürsten vertreten.

Alle Bewohner Arabiens, Ansässige sowohl wie Nomaden, waren und sind seit ältester Zeit Semiten, so daß wir Arabien als die Urheimat der Semiten annehmen, ohne es jedoch beweisen zu können. Sie nennen sich 'Arab oder Bedw, welche beide Worte das gleiche bedeuten, nämlich Nomaden, Steppenbewohner. Oft hört man auch den Namen aš-Šerķijje, die Bewohner des Ostens, der in der Bibel unter dem Namen Benē Kēdem und bei den Klassikern unter dem der Saraceni ebenfalls vorkommt.

Infolge der für den Weltverkehr außerordentlich geeigneten Lage zwischen den drei großen Kulturzentren Ägypten, Indien und Babylonien sowie infolge der eigentümlichen Siedungsverhältnisse nahm Arabien einen überaus großen Anteil an der Weltgeschichte.

Die unzähligen arabischen Oasen waren und sind nicht imstande, ihre rasch wachsende Bevölkerung zu ernähren. Hunderte von den Ansässigen begleiteten und begleiten die großen Nomadenstämme, wenn sie im Hochsommer an die Grenze der Kulturländer wandern, um dort ihre Kamele zu verkaufen und sich mit Waffen, Kleidern und Getreide für 10 Monate zu versorgen. Die meisten Ansässigen vermieten sich als Arbeiter im Kulturlande, werden Ackerbauer und kehren nicht mehr zurück. Ihnen gesellen sich von der Peripherie der Wüste die Halbfellâhen zu, siedeln sich weiter im Innern an, ihre Stellen nehmen wieder die Kleinviehzüchter ein, werden zu Halbfellâhen, einige Abteilungen der Kamelzüchter werden zu Kleinviehzüchtern, drängen sich ebenfalls an die Grenze des Kulturlandes, und so ergießt sich nach und nach eine dünne Welle aus der Wüste über die andere in das Kulturland, ohne daß es eigentlich die Bewohner desselben bemerken. Sie befreunden und verschwägern sich selbst allmählich mit den eingewanderten Schichten, bis das ganze Kulturland von den Einwanderern friedlich durchdrungen und belegt ist, so daß nur die Sitze der bisherigen Herrscher als Inseln der einheimischen Bevölkerung erhalten bleiben. Der Sturz dieser letzten Überreste geschieht gewöhnlich mehr oder weniger blutig, der

Fürst der Einwanderer wird zum Fürsten des Kulturlandes. Die autochthone Bevölkerung, die sich freiwillig ergibt und durch Vertrag den neuen Herrscher anerkennt, behält ihre alten Rechte und Pflichten. Nur die Leitung wechselt, aber mit ihr wechseln auch die sozialen Bande der Einwanderer oder Eroberer. Diese unterliegen nämlich allmählich dem Einflusse der Kultur des Landes und den neuen Lebensbedingungen, sie hören auf, Stämme zu sein, und werden im Laufe der Zeit ein Volk, dessen Zusammengehörigkeit jetzt durch das Kulturland und nicht mehr durch Stammesverbände bedingt wird.

Solche Vorgänge können wir seit dem Beginne der historischen Zeit an den Grenzen von Arabien verfolgen. Bereits am Anfange des dritten Jahrtausends v. Chr. gelangten arabische Einwanderer in Babylonien zur Herrschaft über das hochgebildete, aber durch seine Sonderbestrebungen geschwächte Volk der Sumerer und Akkader. Die Einwanderer standen nicht mehr auf einer primitiven Stufe und besaßen insbesondere große geistige Fähigkeiten. Ihre semitische Sprache setzte sich zwar in allen Verhältnissen des praktischen Lebens zur Geltung durch (man denke an das Gesetzbuch des Hammurapi), aber die Religionsideen Altbabyloniens lebten fort, und die neuen Ankömmlinge übernahmen dessen Götter samt ihren Namen und benützten für die Formeln des Kultus selbst die sumeroakkadische Sprache.

Fast gleichzeitig ergossen sich andere semitische Stämme aus Arabien über Syrien, Palästina, ja ganz Nordafrika: zunächst die Amuru, später die Kan'an. Diese trafen in den genannten Gebieten eine weniger widerstandsfähige Urbevölkerung, die sie vollkommen semitisierten, worauf sie von Phönikien und Nordwestafrika aus selbst in Europa Kolonien gründeten.

In der ersten Hälfte des zweiten Jahrtausends v. Chr. beginnt die Einwanderung der aramäisch-hebräischen Stämme, welche die Kulturländer vom Persischen Golf bis zum Armenischen Gebirge, zum Taurus, ja bis zum Mittelmeer besetzten. Die Aramäer waren Ackerbauer und Kaufleute, und ihre Sprache wurde zur allgemeinen Verkehrssprache des ganzen

semitischen Orients, sie war die Muttersprache des Heilands, und lebt heute noch bei den Nestorianern, Jakobiten und Maroniten als Kultsprache, ja in einigen Gegenden als Volkssprache.

In Südwestarabien, wo die Lebensbedingungen am günstigsten waren und sind, entstand am Ausgange des zweiten Jahrtausends v. Chr. zunächst das mächtige Handelsreich der Minäer, dann dasjenige der Sabäer und Hymjaren. Die Sabäer beherrschten den Welthandel zwischen Indien, Ostafrika, Ägypten und Phönikien seit der ältesten Zeit, ja selbst als die Ptolemäer auf dem Roten Meer Schiffsverkehr einrichteten.

Um das neunte Jahrhundert v. Chr. erscheinen in der Geschichte Nordarabiens die Aribi mit ihren Königen und Königinnen, und es beginnt die Einwanderung der eigentlich arabischen Stämme in die Kulturländer. Vermutlich die Nachkommen dieser Aribi gründeten zwei Handelsstaaten, und zwar den Staat der Nabaṭäer mit der Hauptstadt Petra und den Handelsstaat von Palmyra-Tudmor. Wie der Staat der Nabaṭäer, gelegen zwischen dem Reiche der Sabäer, der Ptolemäer und Seleukiden, wuchs, je mehr diese verfielen, so blühte Palmyra-Tudmor als Pufferstaat zwischen Persien und Rom auf.

Nach der Vernichtung des Staatswesens von Palmyra durch Kaiser Aurelian entstand in Nordarabien das Reich der Laḥm von al-Ḥīra, das mit den Persern hielt, und dasjenige der Ṛassân, welche die Byzantiner unterstützten. Beide Reiche förderten die friedliche Einwanderung der arabischen Geschlechter, Sippen und Stämme nicht nur in die angrenzenden Kulturländer, sondern sogar durch Ägypten nach Nordafrika und bereiteten so die letzte und größte Eroberung dieser Kulturländer vor.

Die eingewanderten Geschlechter unterhielten mit ihren in der Heimat gebliebenen Verwandten stete Verbindung. Die Ansässigen in den größeren Oasengebieten standen ja durch ihre Handelszüge in regem Verkehr mit den Mittelpunkten der damaligen Kultur und mit ihren ursprünglichen und einfachen Mitteln kamen die Völker damals in viel engere Berührung miteinander als wir mit unseren modernen Verkehrs-

mitteln. Die Karawane nimmt Dorf für Dorf, alle Begleiter und Kameltreiber mit, der geistige Austausch ist somit sehr lebhaft. Mit den Handelskarawanen gelangte die Kunde nicht nur von den politischen Vorgängen, sondern auch von den religiösen Ideen der Christen nach Arabien.

Die Religion der innern Wüste, der eigentlichen Nomaden, der Kamelzüchter, war und ist der Monotheismus, aber die Vorstellungen von dem lebenden, persönlichen, unsichtbaren, allgegenwärtigen Allâh waren und sind recht unklar. Äußerst nebelhaft sind die Vorstellungen von den letzten Dingen des Menschen. Die Bedw kennen keine heiligen Gräber, keine heiligen Bäume, Quellen oder Steine. Solche heilige Orte könnten ja während ihrer oft jahrelangen Abwesenheit von ihren Feinden verwüstet und verunreinigt werden, und was nützten ihnen heilige Bäume, die sich hunderte von Kilometern weit von ihren jeweiligen Lagerplätzen befänden. Da sie keine heiligen Orte haben, so brauchen sie auch keine Hüter solcher Orte und keine heiligen Bilder. Warum sollten sie ein Symbol des unsichtbaren Allâh auf ihren Wanderungen mitführen, wenn Allâh allgegenwärtig ist? Das Symbol könnte ihnen geraubt und vernichtet werden.

Bei den Kleinviehzüchtern findet man heilige Felsen, Bäume, Gräber, bei den Halbfellâhen bereits heilige Orte in ihren Dörfern, und in den Oasen sind die religiösen Einrichtungen getreue Kopien der Kulturzentren, mit denen sie im Handelsverkehr stehen.

Die Bewohner der Oasen waren reicher als die Bedw, sie verachteten diese und dennoch fürchteten sie sich vor ihnen und zahlten ihnen Tribut, weil die Bedw sonst ihre Anpflanzungen hätten vernichten und ihre Handelskarawanen ausplündern können. So war der einzige Allâh der Bedw doch mächtiger als alle die Götter und Göttinnen der Ansässigen oder Kleinviehzüchter.

In den Oasen an den großen Handelsstraßen gab es frühzeitig Kolonien von Juden und später auch von Christen, die ebenfalls nur einen einzigen Gott verehrten, der dem Allâh

der Bedw eigentlich sehr ähnlich, wenn nicht gleich war, und diesem Gott der Christen wichen allmählich alle die Gottheiten der an Arabien grenzenden Länder, wie Abessinien, Ägypten, Syrien, Mesopotamien — ein neuer Beweis für die denkenden Männer in den innerarabischen Oasen, daß der einzige Alläh doch eigentlich der wahre Gott sein müsse.

Solche Stimmen wurden laut in verschiedenen Oasen, insbesondere in derjenigen von Mekka.

Die an der großen Handelsstraße von Südarabien nach Phönikien, nach Ägypten gelegene Handelsstadt Mekka bildete den religiösen Mittelpunkt des nordwestlichen Teiles der Arabia Felix. In Mekka wurde alljährlich eine große Messe abgehalten, zu der zunächst die Ansässigen aus den angrenzenden Oasen, dann die Kleinviehzüchter, durch deren Gebiet die Handelsstraße führte, pilgerten, um dort ihre Waren und Produkte zu verwerten und fremde anzukaufen. Die Kamelzüchter kamen nach Mekka meistens als Vermieter der Transportkamele und Beschützer der Karawanen. Wallfahren doch die Bedw selbst heute nur äußerst selten und das nur zum Scheine, um in den heiligen Städten etwas zu kaufen oder zu verkaufen. Die Stämme von Arabia Deserta und von dem Nordostteile der Arabia Felix gravitierten nach Babylonien, Mesopotamien und Syrien und waren wenigstens dem Namen nach Christen, genau so wie die Hymjaren von Südwestarabien, die sich teils zu der jüdischen, teils zu der christlichen Religion bekannten und mit Abessinien im regen Verkehr standen. Mekka war somit kein religiöses Zentrum von ganz Arabien, ja nicht einmal von der westlichen Arabia Felix, sondern nur von der nächsten Umgebung. Das Hauptheiligtum von Mekka war der schwarze Stein, die Ka'ba, und seine Hüter sowie Priester der unzähligen um die Ka'ba herum aufgestellten Götzen waren die Angehörigen des Stammes Kurejš. Durch die Märkte und die Verehrung des schwarzen Steines kam viel Geld nach Mekka, und die meisten Bewohner dieser Stadt hielten es für eine ihrer Hauptpflichten, die Einnahmen wenn nicht zu steigern, so doch auf gleicher Höhe zu erhalten.

Im höchsten Grade unerwünscht waren ihnen deshalb die Ideen ihres Blutsverwandten, des um 570 geborenen Muḥammed b. 'Abdallāh, als er die Abschaffung der Götzen, den Ausgleich zwischen der Religion der Bedw, der Juden und der Christen und die Einführung eines einzigen Gottes, des Allāh, predigte.

Das Auftreten Muḥammeds war der Beginn des nachdrücklichsten Eingreifens der Araber in die Weltgeschichte.

Muḥammed b. 'Abdallāh mußte im Jahre 622 aus Mekka nordwärts in die näher der syrischen Grenze gelegene Oase Jatrib fliehen. Die Handelsleute von Jatrib, dieser Rivalin von Mekka, nahmen sich seiner an, war doch in Jatrib eine starke jüdische Kolonie, und die Juden hielten die Bemühungen Muḥammeds für die nächste Stufe zum Übertritte zum Judentum. Im Jahre 630 betrat Muḥammed wieder Mekka, aber als Sieger, zerstörte dortselbst alle Götzen, beließ jedoch seinen Stammesverwandten ihre größte Einnahmsquelle, die Ka'ba — ja er erhöhte ihre Einnahmen, indem er die Pilgerfahrt zu diesem schwarzen Steine als obligatorisch für alle einführte. Mit Hilfe der Ansässigen von Jatrib und Mekka wurden andere Oasen erobert und die Kleinviehzüchter gewonnen. Die Bedw, die Kamelzüchter, waren froh, daß sich die stolzen Herren der Oasen gegenseitig demütigten, und als sie sahen, daß sie mit Muḥammed leicht Beute machen könnten, so schlossen sie sich ihm äußerlich an, ohne sich um seine religiösen Ideen und Lehren weiter zu kümmern. Sie hatten ja keine Götzen, verehrten den gleichen Allāh und sahen folglich in seinen Bestrebungen nichts Neues. Mit Hilfe der Ansässigen und der Bedw dehnte sich Muḥammeds Einfluß immer mehr aus. Die Tore von Südarabien öffneten ihm die Uneinigkeit der dortigen Feudalherren. Er ließ die herrschenden Kreise am Ruder, gab ihnen jedoch seine Anhänger zu Ratgebern, hob die Steuern ein und kümmerte sich wenig um die Durchdringung seiner religiösen Lehren. Bei seinem Tode am 7. Juni 632 gehörten ihm fast zwei Drittel von Arabien, ohne daß es ihm jedoch gelungen wäre, alle Bewohner Arabiens zu einem Volke zusammen-

zuschließen oder alle Bewohner Arabiens zur Beobachtung eines Gesetzes zu verpflichten, wie von vielen behauptet wird.

Die Zustände in Arabien blieben nach Muhammed genau dieselben, wie sie vor ihm waren, weil ja die Lebensbedingungen die gleichen geblieben sind. Seine Größe beruht auf der Kunst im Umgange mit den Menschen, die ihm über alle Hindernisse hinweghalf und nicht in der Tiefe und Originalität der Lehren.¹⁾ Muhammed brachte eine Bewegung ins Rollen, die seine Landsleute aus Arabien hinausführte, dessen Überlieferungen entfremdete und einer Kultur zuführte, die nicht mehr als rein arabisch gelten kann.

Unter seinen Nachfolgern besetzten die muslimischen Truppen in kürzester Zeit mit geringen Verlusten die ganze arabische Tafel bis zu dem persischen, armenischen und Taurusgebirge, ja ganz Ägypten und Nordafrika. Waren doch diese Länder von der arabischen, seit mehr als einem Jahrtausend einwandernden Schicht bedeckt, und diese Schicht, ob christlich oder heidnisch, war froh, daß sie mit ihren Stammesgenossen jetzt zur Herrschaft gelangte. Kämpfe fanden nur zwischen den Regierungstruppen und ihren Söldlingen statt. Von einer Reichsidee wollten weder die byzantinischen noch die persischen Provinzen etwas wissen. Alle Christen und Juden genossen Schutz und Freiheit, falls sie sich verpflichteten, die früher an Byzanz oder Persien entrichteten Steuern an die Chalifen zu zahlen. Und sowohl die nordafrikanischen als auch die asiatischen Provinzialen sehnten sich insbesondere nach religiöser Freiheit und nach ergiebigem Schutz gegen die zahlreichen inneren und äußeren Feinde, welche die Provinzen seit Jahrzehnten aussaugten und den Wohlstand zerstörten.

Den Weg nach Persien ebneten den Muslimen die dort herrschenden Bürgerkriege, und von Persien drangen sie weiter vor und gründeten in wenigen Jahren ein Reich, das von Buchara-Chiva bis Spanien, vom Kaspischen Meer bis Abessinien

¹⁾ Vgl. Hubert Grimme, Mohammed, München 1904, S. 77 ff.; Ignaz Goldziher, Die Religion des Isläms (Die Kultur der Gegenwart, I. T., III. A.), Berlin 1906, S. 105 ff.

reichte. Der Islâm und die arabische Sprache waren der Kitt, welcher die unzähligen Völker und Stämme zusammenhielt.

Für die Chalifen aus dem Hause Omejja war der Islâm vor allem die Lehre, daß Gott den Arabern die Weltherrschaft zugewiesen habe. Sie kümmerten sich wenig um dessen religiöse Bedeutung. Ihr ganzes Wesen und Tun war völlig von den Formen der christlichen Kultur beherrscht, und wenn die Christen trotz aller Toleranz dennoch zum Islâm übertraten, so hatte dies andere Gründe. Den einen gefiel an ihm die nationale Färbung, den anderen der Umstand, daß er die Religion der herrschenden Klasse war. Anfangs wurde niemand zum Islâm genötigt. Die Bekenner der monotheistischen Religionen sollten eine Kopfsteuer, ğizja, entrichten und dafür religiöse Freiheit genießen. Diese Ğizja-Steuer wurde zur Grundlage des Steuersystems, und als sich im Laufe der Jahre Christen und Perser massenhaft zum Islâm bekehrten, bereitete dies den muslimischen Finanzpolitikern sogar große Verlegenheiten.

Den ursprünglich so einfachen und dem Christentum so nahen arabischen Islâm haben die persischen Religionsgelehrten unter den 'Abbâsiden zu dem gemacht, was er heute ist, zu dem verknöcherten Religionssystem mit dem starren, den Arabern unbekanntem Fanatismus und öden Konfessionalismus.

Die Bewohner Arabiens behielten nur zu Lebzeiten Muḥammeds und unter seinen drei nächsten Nachfolgern die Führung im Islâm. Unter den Omejjâden wurde der Entwicklungsherd des Islâms verlegt, und zwar nach Damaskus und al-Kûfa. Jatrib und Mekka wurden von den Omejjâden erobert und geplündert, und Jerusalem sollte zum Mittelpunkt des Islâms werden.

Aber bereits damals arbeiteten die arabisierten persischen Theologen dagegen, und als es ihnen gelang, die Omejjâden zu vernichten und den Sitz des Chalifats in das einst persische Gebiet zu verpflanzen, kamen ihre Anschauungen zur Geltung. War doch die 'abbâsidische Herrschaft eine Reaktion des arischen Persertums gegen das semitische Arabertum, aber unter der Fahne des Islâms und in arabischer Sprache. Und dieses per-

sische Element schädigte nicht nur das Arabertum, sondern den Islâm selbst.

Unter den ersten drei Chalifen und den Omejjâden hat sich die Anschauung eingebürgert, daß nicht so sehr, was der Korân und was die Tradition besagen, sondern wie ihr Wort und ihr Sinn durch die Gemeinde erklärt werden, das Entscheidende für den Islâm sei. Die Volksstimme, der Consensus ecclesiae, iğmâ', ist Gottesstimme, das ist das Prinzip, welches seitdem für den Islâm grundlegend ist.

Dieses Prinzip des Consensus ecclesiae ist auch von einschneidender, praktischer Bedeutung, denn auf ihm beruht nunmehr das Recht der Nachfolge im Chalifate, und neben diesem ist die legitime Abstammung vom Propheten von keinerlei Bedeutung. Wen der Consensus als Chalifen anerkennt, der ist Fürst der Gläubigen, ausgestattet mit all jener staatsrechtlichen und hierarchischen Macht, die ihm nach der Theorie des Islâms zukommt. Das ist der Standpunkt der Sunna, die zur Zeit der ältesten Generation des Islâms herrschende Anschauung, denn die ersten vier Chalifen, die aus dem Kreise der Genossen Muḥammeds zu dieser Würde durch den Consensus ecclesiae erhoben wurden, waren ja keine Erbchalifen im Sinne einer Dynastie.

Aber dieses Prinzip stand im Widerspruch mit der ausdrücklichen Verfügung Muḥammeds, der seinen Schwiegersohn 'Ali zu seinem Nachfolger bestimmt hatte. Die Anhänger 'Alis beriefen sich auf diesen Befehl des Propheten, wollten die rechtmäßig gewählten Chalifen nicht anerkennen und blieben 'Ali und seinem Sohne treu. Deshalb wurden sie von den Rechtgläubigen, den Sunniten, Ši'iten, d. h. Schismatiker, genannt. Nach ihrer Anschauung begründet sich die Nachfolge in der Leitung des Islâms nicht auf die freie Wahl der muslimischen Gemeinschaft, sondern auf das der Familie des Propheten inwohnende göttliche Recht.

Den Leiter des Islâms nennen sie im theokratischen Sinne Imâm und glauben, daß der Imâm in jedem Zeitalter erscheint, wobei er entweder die Regierung selbst ausübt oder nur im

Verborgenen wirkt. Für sein Zeitalter vergegenwärtigt er den Propheten selbst in seiner Herrscherwürde und in seinem Lehramt.

Aber der letzte sichtbare von 'Ali abstammende Imâm, nämlich Muḥammed abu'l-Kâzim, ist im Jahre 880 der Erde entrückt worden, lebt aber noch, nach der Meinung der Šī'iten, uns Erdenbewohnern unsichtbar, um am Ende der Zeiten als Imâm Mahdi, als Welterlöser zu erscheinen, damit er die Welt von allem Unrecht befreie und das Reich des Friedens und der Gerechtigkeit aufrichte.

Die persischen Theologen der 'Abbâsiden wurden fast alle Anhänger des Šī'itismus, und dieser wurde zur offiziellen Religion der persisch-nationalen Kirche.

Ähnlich wie die Šī'iten ihren messianischen Gedanken haben, erhoffen auch viele Sunniten einen der Prophetenfamilie entstammenden Idealchalifen, da die Wirklichkeit in der Leitung des Islâmstaates mit ihren Träumen nicht übereinstimmt. Diese Mahdihoffnungen lösen sich gelegentlich sogar in Revolution aus, die an einzelnen Teilen der Islâmwelt durch ungeduldige Schwärmer unter dem Vorwande der Vernichtung des herrschenden Bösen und der Aufrichtung des Mahdireiches angestiftet werden.

Bei den Šī'iten wurde der Prophet Muḥammed nach und nach durch seinen Schwiegersohn 'Ali verdrängt, und dieser über alles verehrt. Es bildeten sich Sekten, die in 'Ali die Inkarnation Gottes sahen und auch seine Nachkommen als solche verehrten, so insbesondere den siebenten (illegitimen) Imâm, Isma'il, Sohn des Imâm Ġa'far (gestorben 762); ihn hielten und halten die heute noch in den arabischen Provinzen der Türkei lebenden Isma'ilijje für eine Inkarnation Gottes. Ebenso machten es andere Sektierer wieder (im Jahre 1017) mit dem Fatimiden Chalifen Hâkem und leben noch unter dem Namen Drûzen im Libanon und Hâwrân. Die Metâwle und Nuşejrijje in Nordsyrien sind ebenfalls šī'itische, mit gnostischen und alt-syrischen Gottesvorstellungen durchsetzte Sekten.

Auch der jetzt so oft genannte Orden der Senûsi beruht auf mahdischer Grundlage. Der in Mekka verdamnte Gründer

der Senûsi wählte 1855 Ğarabûb, das alte Sufa, zu seinem Sitze, errichtete daselbst ein Missionsseminar und zählt heute über 5 Millionen Anhänger.

So gelangten die Araber durch den Islâm nicht nur zur größten Bedeutung in der Weltgeschichte, sondern sie sicherten sich auch einen hervorragenden Platz durch die von ihnen begründete und von arabisierten Muslimen ausgebaute Literatur und Kultur. Haben doch arabische Denker auf der naiven Weltanschauung des Ğorân eine philosophische Wissenschaft über Erkenntnistheorie, Kausalgesetz, Phänomenalismus, Realismus aufgebaut, die den ersten Denkern der Griechen nicht nachsteht, und es entwickelte sich eine so reiche literarische und wissenschaftliche Tätigkeit, daß ihre Ergebnisse keiner anderen den Platz räumen.

Die Kultur der arabischen Muslime ist eine Fortbildung des Hellenismus mit Hinzunahme einiger fremder Elemente, während die Religion des Islâm das Semitische darstellt. Diese beiden Bestandteile bilden somit die wesentlichen Komponenten der islâmischen Kultur.

Die überaus rege wissenschaftliche Tätigkeit der arabisierten Muslime erstarrte, als die zwischen Religion und Philosophie einerseits und Ğorân und Orthodoxie andererseits auftauchenden Konflikte mit der staatlichen Knebelung der wissenschaftlichen Forschung endeten.

Den Verfall der arabischen Kultur begünstigte auch der Verfall des Chalifenreiches, aber die arabische Sprache, die Kultsprache des Islâm, verlor nur wenig von ihrer Geltung. Die Kultsprache wurde ja auch zur Literatursprache und als solche breitete sich das Arabische im Laufe von zwölf Jahrhunderten über alle den Islâm bekennenden Völker aus. Von den Ufern des Pontus bis nach Zanzibar, Fez und Timbuktu, bis nach Kaşgar und den Sundainseln ist das Arabische das gemeinsame geistige Band der verschiedenartigsten Völker geworden, die sich nun alle mehr oder weniger am Ausbau der arabischen Literatur beteiligt haben.

Gesprochen wird heute arabisch in Arabien, Babylonien, Mesopotamien und Syrien bis an die Grenze von Kleinasien und den Fuß des armenischen und persischen Randgebirges, in Nordafrika von Gibraltar bis im Süden nach der Sahara und zu den westlichen Quellflüssen des Nil, in Kordofân, Darfor, Wadei, Bornu, am Niger und Senegal, auf Malta, auf Zanzibar und in den gegenüberliegenden Gebieten von Ostafrika.

Die große staatliche Selbständigkeit der Araber hat sich zum allergrößten Teile in Abhängigkeit von europäischen Staaten verwandelt, und die Araber in den arabischen Provinzen der Türkei haben ihre politische Macht ebenfalls verloren. Da die Araber sehen, daß sie mit profanen Mitteln die politische Macht nicht wieder gewinnen können, so klammern sie sich an den von ihnen begründeten Islâm, klagen, daß dieser ebenfalls bedrückt sei, und suchen Hilfe bei allen Muslimen der Welt. Allen Muslimen wird in Erinnerung gebracht, daß selbst dem Chalifen Gefahr drohe, und von diesem wird verlangt, daß er sich, wie einst die ersten Chalifen, an die Spitze der Rechtgläubigen stellen möge.

Der Chalif soll ja die größte Macht im Islâm besitzen. Die ersten drei Chalifen, die Omejjâden, ja selbst die ersten abbâsidischen Chalifen waren streitbare Herren. Als aber die Zeit der seldschukischen Majordomen kam, beschränkten sie sich auf die geistliche Oberleitung des Islâms, eine Macht, die von nahe betrachtet sehr gering war, aber in die Ferne um so stärker wirkte.

Die Mongolen wollten das Chalifat 1258 vernichten, aber gerade sie gaben den Anstoß, daß es zu neuem Leben erwachte. Die Osmânen wurden nunmehr zu Trägern der aus Arabien stammenden, von semitischen Arabern ausgeprägten Idee des Chalifats. Im Jahre 1517 brachte Selîm I. den damaligen Chalifen aus Kâhira nach Konstantinopel und warf sich nach dessen Tode zum rechtmäßigen Erben des Chalifates auf.

Es dauerte Jahrhunderte, bis diese Eigenmächtigkeit den Consensus ecclesiae in der islâmischen Welt erlangte. Und heute

blicken zu dem Chalifen in Konstantinopel Millionen von Muslimen in China, in Zentralasien, Indien, auf den Sunda-inseln, in Nordafrika und erwarten von dort die Entscheidung wichtiger religiöser Fragen. Der Islâm ist im religiösen, nicht politischen Sinne eine Großmacht, ja eine Weltmacht, und durch ihn bestimmen sowohl seine Wiege, Arabien, als auch seine Begründer, die Araber, auch heute noch zum Teile die Entwicklung der Weltgeschichte.

Der heutige Zustand der türkisch-arabischen Provinzen.

Von

Hofrat Dr. Alois Musil,

Professor an der Universität in Wien.

Die arabischen Provinzen der Türkei umfassen die ganze arabische Tafel und reichen somit vom Mittelmeer bis zu dem Persischen Randgebirge und vom südlichen Roten Meere bis zu den südlichen Ausläufern des Taurus. Dieses weite, Österreich-Ungarn an Ausdehnung mehr als sechsmal übertreffende Land wird eingeteilt in die selbständigen Mutaşarrefije von Jerusalem, Libanon und Dejr az-Zôr am Euphrat, sowie in die Wilâjets von Beirût, Syrien (eigentlich Damaskus), Haleb, Môsul, Bardâd, al-Başra, Jemen und al-Heğâz.

In türkischen Besitz gelangten die Gebiete nach dem Jahre 1516, als die Osmânen die Mamlûken-Sultâne aus Syrien und die persischen Şâh's aus Mesopotamien und Babylonien oder, wie dieses Gebiet arabisch genannt wird, aus dem 'Erâk vertrieben. Das letztgenannte Gebiet ging jedoch für die Türken oft verloren, und erst seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sind sie wirkliche Herren wenigstens in einigen Städten. Nach Südwestarabien wurden sie bereits in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gerufen, und zwar von den dortigen sektierenden Imâmen, um sie vor den Portugiesen zu schützen; aber mit der Abnahme der portugiesischen Gefahr nahmen auch die Sympathien für die Türken ab, und sie wurden blutig vertrieben. Als jedoch die Engländer am Anfange des 19. Jahr-

hundreds in Südarabien, in 'Aden, festen Fuß faßten, wandten sich die Blicke der um ihre Selbständigkeit neuerdings besorgten Imāme wieder nach Konstantinopel, und nach mehreren erfolglosen Versuchen setzten sich die Türken in den siebziger Jahren in Jemen fest und verteidigten nun ihren Besitz gegen alle gegen sie angezettelten Aufstände. Im Frühjahr 1913 gewährte die Regierung den Einheimischen in Jemen eine ausgedehnte Autonomie und ist bemüht, durch kulturelle und wirtschaftliche Anlagen ihr Vertrauen zu gewinnen. In Mekka ist die Macht der Regierung sehr gering und ihr politischer Einfluß kämpft mit jenem Englands, dessen Emissären hohe Geldmittel zur Verfügung stehen, und diesem Einflusse ist es zuzuschreiben, daß die herrschende Aristokratie von Mekka der Fortsetzung der Pilgerbahn von al-Medīna, dem alten Jatrib, nach Mekka widerstrebt. In al-Medīna selbst haben sich die Zustände seit der Eröffnung der Eisenbahnverbindung mit Syrien sehr geändert, und zwar zugunsten der Türkei, so daß jetzt das Wilājet al-Ḥeġāz auch in Wirklichkeit zu existieren beginnt.

Jede Provinz besteht aus Kreisen, Sanġak, die Kreise aus Bezirkshauptmannschaften, Ḳaḍa's, und diese aus Dorfgemarkungen, Nāhijje. An der Spitze der Wilājet steht der Wāli, den Sanġak leitet der Mutaşarref, die Ḳaḍa' der Kājmakām und die Nāhijje der Mudir. Der Wāli ist verantwortlich dem Ministerium des Innern und wird unterstützt durch den aus den Verwaltungsbeamten, den Vertretern der einzelnen religiösen Gemeinden und gewählten Laien gebildeten Provinzialrat. Die Gemeindeverwaltung leitet der Bürgermeister mit dem Gemeindeausschuß. Die Ausschußmitglieder werden von den Wahlberechtigten auf 4 Jahre gewählt, der Bürgermeister von der Regierung aus ihrer Mitte auf 4 Jahre ernannt und besoldet.

Obwohl die arabischen Provinzen etwa sechsmal so groß sind wie Österreich-Ungarn, dürfte die Bevölkerung kaum die Zahl von sechs Millionen erreichen, und dennoch könnten sie eine mindestens sechsmal so zahlreiche, fleißige Bevölkerung ernähren und haben sie auch einst ernährt, wie die unzähligen

Ruinen großer Städte und wohlhabender Ortschaften, die man auf Schritt und Tritt antrifft, beweisen.

Warum ist hier die Kultur so stark zurückgegangen? Hat sich das Klima geändert? Viele nehmen dies an, aber beweisen können sie es nicht — ja eine solche Annahme widerspricht allen historischen Tatsachen. Nicht das Klima, sondern die ununterbrochen wütenden äußeren und inneren Kriege, die diese Länder seit fast zwei Jahrtausenden plagten, verschuldeten den Rückgang der Kultur. Unzählige Städte und Dörfer wurden verwüstet, Millionen von Menschen niedergemacht — und die am Leben blieben, tauschten ihr festes Haus mit dem beweglichen Zelte, gesellten sich zu den Nomaden und beunruhigten andere Gebiete. Sobald nur für ein oder zwei Menschenalter Ruhe und Ordnung in diesen Provinzen herrschten, drang das Kulturland in die Wüste hinein, mußte jedoch der Wüste weichen, sobald die Ansässigen ihres Lebens und der Früchte ihrer Arbeit nicht mehr sicher waren.

Es ist ungerecht, wenn der Rückgang der Kultur dem Islâm zugeschrieben wird. Die Omejjâden hoben den Wohlstand Syriens und die ersten 'Abbâsiden denjenigen von Babylonien, 'Erâk und Mesopotamien auf eine Höhe, die er in den letzten Jahrhunderten der byzantinischen oder persischen Herrschaft nicht erreicht hat. Und allgemein bekannt ist der Aufstieg der Kultur in Spanien unter den muslimischen und der Rückgang unter den christlichen Herrschern.

In den arabischen Provinzen, die ja zu den Ländern der Sommerdürre gehören, ist jedoch jeder zeitweilige Kulturrückgang fast gleichbedeutend mit dauerndem Kulturrückgang, folglich mit dauernder Bodenverminderung, insbesondere in Gebieten, die nur auf künstliche Bewässerung angewiesen sind. Dementsprechend ist auch die Abnahme nicht nur der Kultur, sondern auch der Kulturfähigkeit am größten dort, wo einst die Kultur am intensivsten, die Bevölkerung am dichtesten war, wie es heute z. B. in Babylonien, al-'Erâk, der Fall ist. Im eigentlichen Syrien, wo ja der Regen regelmäßig ausgiebig fällt, ist die Bodenverminderung nicht so groß und man kann weite Gebiete

in wenigen Jahren wieder nutzbringend machen. Hier reicht die Zone des ausgiebigen Winterregens bis zum 30. Grad n. Br., wogegen sie an der Ostseite der arabischen Wüste, in Mesopotamien bis zum 35. Grad nordwärts rückt. Natürlich hängt die Zone der auf Regenfall gegründeten Ackerbaukultur von der Beschaffenheit des Bodens ab. Je mehr Kalk oder Sand im Boden, um so mehr Regen ist notwendig. Wo die Kalkkruste oder eine nur bis 70 cm dicke Sandschicht fruchtbaren Boden bedeckt, dort gedeihen die Bäume und Weinreben sehr gut, selbst wenn der Regen nicht sehr reichlich ist, weil ja die Kalkkruste oder Sandschicht die Verdunstung der Nässe verhindern.

In Palästina und Syrien, wo der Regenfall ungefähr 100 mm beträgt, gibt es zwei Frühjahrszeiten. Die erste beginnt Ende Oktober mit dem ersten Regen, der die Wintersaat zum Keimen bringt, die zweite Ende März, wo die Temperatur schon höher ist und alle Saaten und Pflanzen blühen.

Natürlich finden wir in Syrien und Palästina durch die großen Höhenunterschiede — von West nach Ost gerechnet — in kurzer Entfernung von nur wenigen Kilometern verschiedene Klimata und dementsprechend Fauna und Flora. Verlassen wir z. B. Gaza in nordöstlicher Richtung, so reiten wir in der Früh zwischen großen, mit Kaktus eingehetzten Orangen- und Palmengärten, rasten zu Mittag mitten in unübersehbaren Weizen- und Gerstefeldern im Schatten eines Mandelbaumes und frieren in der Nacht auf kahlen Felsen, in der Nähe eines verkrüppelten Olivenbaumes. Um uns zu erwärmen, führen wir zeitlich früh die Pferde auf abschüssigem Pfad bergab, schwitzen bald nach Sonnenaufgang mitten zwischen Indigopflanzungen der Jordanebene, in die weit im Norden der schneebedeckte Hermon herabschaut, und gelangen mittags auf eine nach Osten offene Hochebene, wo wir an schattigen Stellen noch Reif wahrnehmen können. Die Provinzen al-Baṣra und Bardād haben ein einheitliches subtropisches Klima, wogegen diejenigen von Mōṣul und Dejr az-Zōr ebenfalls ein einheitliches, aber mehr mediterranes Klima aufweisen.

Die Bevölkerung besteht in allen Provinzen aus Ansässigen und Nomaden. Die Ansässigen zerfallen in Städter, die Handwerker sind oder Handel treiben, von Renten leben, oder Grundbesitzer sind, selbst jedoch ihre Felder nicht anbauen; in Fellâhen, Ackerbauern, die in festen Häusern in Dörfern leben und meist fremde Grundstücke bebauen, und in Halbfellâhen, die am Anfange der Regenperiode und während der Sommerdürre bei ihren Feldern teils in Hütten, teils unter Zelten wohnen, in der übrigen Jahreszeit aber samt ihren Zelten ihren Kleinviehherden auf der Weide folgen. Von den Nomaden halten sich in den Provinzen ständig auf nur die Kleinviehzüchter, Šwâja, Ma[‘]âze, oder Ru[‘]a genannt. Die echten Bedw, Kamelzüchter, bekommt man in Palästina und dem eigentlichen Syrien, Mesopotamien, al[‘]Erâk oder Jemen überhaupt nicht zu sehen. Nur im Juli und August betreten die Bedw auf einige Wochen die Grenzgebiete des Kulturlandes östlich und südöstlich von Damaskus oder westlich von al[‘]Kûfa, um sich für das nächste Jahr mit Kleidern, Waffen, Nahrungsmitteln und Gerste für ihre Stuten zu versorgen.

Da wir den nördlichen Teil der Provinzen von Haleb, Mōsul und Dejr az-Zôr, ungefähr nördlich vom 36. Grad 30' nicht mehr in Betracht ziehen, so können wir sagen, daß sich unter der arabischen Bevölkerung kaum 5% anderssprachige Elemente befinden. Im Mittelalter ließen sich zwar zahlreiche Stämme der türkischen Völkerfamilie in Syrien und Mesopotamien nieder, gingen jedoch alle im Arabertum unter — und die osmanischen Türken, die seit vierhundert Jahren in unseren Provinzen herrschen, waren ebenfalls nicht imstande, die einheimische Bevölkerung sich zu assimilieren.

Der Religion nach leben in unseren Ländern die Vertreter der drei großen monotheistischen Religionen, Muslime, Christen und Juden, wobei die Zahl der Muslime sechsmal so groß sein dürfte wie diejenige der Christen, und diese sind wieder fünfmal so zahlreich wie die Juden.

Die Muslime sind der Mehrzahl nach Sunniten, aber in den Provinzen von al-Başra, Bardâd und Mōsul leben auch

zahlreiche Ši'iten. Die drei heiligsten Orte der Ši'iten: al-Mašhad mit dem Grabe 'Ali's, Kerbela mit demjenigen seines Sohnes al-Ḥsejn und al-Kâzimijje mit dem unsichtbaren Aufenthaltsorte des letzten Imâm Muḥammed ab-al-Kâzim liegen ja im Wilâjet von Baḫdâd. Tausende und abertausende fromme Pilger kommen alljährlich aus den ši'itischen Ländern nach diesen heiligen Orten, so daß die Hüter der Heiligtümer auf sie einen bedeutenden Einfluß ausüben können. Auch Anhänger verschiedener ši'itischer Sekten, so die Ismaeliten, Drûzen, Metâwli, Nusejrijje und Hârîgiten leben in diesen Provinzen.

Ein noch bunteres Bild liefern die Bekenner des Christentums. Außer den orthodoxen Griechen und den wenig zahlreichen Katholiken oder, wie sie heißen, Lateinern finden wir in unseren Provinzen die nestorianischen Mesihâjê, die monophysitischen Jakobiten und Armenier, die mit Rom unierten Mesihâjê, die sich Chaldäer nennen, die unierten Jakobiten, genannt Syrer, dann die unierten Griechen-Melkiten, die einst monotheletischen Maroniten und die unierten Armenier. Und eine jede dieser Kirchengemeinden hat ihren Patriarchen, ihre Bischöfe, Priester, Klöster und bildet eine selbständige Nation. Zu den einheimischen Christen kommen einige Abessinier und die aus Europa oder Amerika eingewanderten Anhänger der verschiedenen protestantischen Sekten, die zahlreichen Missionsanstalten, die sich nicht nur nach der Konfession, sondern auch nach der Nationalität gruppieren und gegenseitig bekriegen, und man wird zugeben, daß das Christentum in den arabischen Provinzen kein erfreuliches Bild bietet.

Alle Bewohner, ob Muslime, Christen oder Juden, sind Mischlinge aus den verschiedenen Rassen, die im Laufe der Jahrtausende von Nord, und zwar aus Südeuropa, dem Balkan, Kaukasus, Kleinasien, oder von Ost aus Innerasien und Persien, von Süd aus Arabien und von West aus dem Mittelmeergebiet nach diesen Ländern teils friedlich einwanderten, teils mit Gewalt eindringen.

Die Mehrzahl der Bevölkerung beschäftigt sich mit dem Ackerbau, für den sich Syrien und Mesopotamien vorzüglich

eigenen. Die Küstenebenen von Palästina, insbesondere östlich von Gaza, die breite Senkung zwischen dem Libanon und Hermon, die Lavaebenen des Ḥawrân, das Gebiet zwischen Ḥaleb und dem Euphrat, die Hochebene östlich und südöstlich vom Toten Meere könnten in wahre Getreidekammern umgewandelt werden. Das gleiche gilt von den Inundationsebenen des mittleren Euphrat und Tigris sowie des unteren Belih und Ḥâbûr, wo heute schon tausende von fleißigen Fellâhen und Halbfellâhen bemüht sind, die alte Kultur wieder zu erwecken. Im alten Babylonien, al-ʿErâk, wird kein einziger der alten und uralten Kanäle heute noch verwendet, denn sie verschlammten sehr leicht und müßten gereinigt und die Umgebung entwässert werden. Der Schlamm setzt sich nämlich im unteren Laufe des Euphrat, wo das Gefälle sehr gering ist, selbst im Flußbette, insbesondere aber an den Rändern ab, so daß der Stromspiegel höher liegt als die Umgebung, und es entstehen abflußlose Sümpfe, die sich immer mehr ausdehnen und den Ackerbau verdrängen. In den letzten Jahren wurden in Babylonien unter Leitung des Engländers Willcocks zwei große Stauwerke und ein mächtiger Abflußkanal errichtet, aber einen positiven Nutzen haben diese Arbeiten noch nicht gebracht, da sie ja nur drei Glieder in einer langen Kette bilden.

In den meisten Gebieten wird die Zweifelderwirtschaft betrieben. In einem Jahre baut man Winterfrüchte: Weizen, Gerste, Bohnen, Linsen, Kichererbsen, Kamellinsen; im zweiten Jahre bleibt der Boden brach liegen. Nur kleine Strecken werden angebaut mit Sommerfrucht wie Dura, Sesam, Melonen, Kürbissen, Gurken. Außer Getreide wird auch Baumwolle angebaut, und zwar in den Ebenen von Adana, zwischen Bardâd und al-Ambâr und zum Teile auch bei Damaskus. Ausgezeichnet würde Baumwolle gedeihen im Mittellaufe des alten Orontes, al-Âşi, südlich von Ḥaleb, längs des ganzen mittleren Euphrat, in al-ʿErâk, im oberen Teile der Senke Sirhân, in der Jordanebene sowie nördlich von al-ʿAqaba in der Senke al-ʿAraba und an der Küste des Roten Meeres südlich von dem alten Madjan. Aus Jemen stammt unser Mokkaffee, aber auch

diese Frucht könnte in weit größerem Umfange angepflanzt werden. Seidenstoffe, die Europa im Mittelalter aus Bardād, Baldach, holte und deswegen Baldachin nannte, werden heute in Bardād fast gar nicht erzeugt, die Mittelpunkte der Seidenfabrikation sind die Städte Beirūt, Damaskus, Ḥomṣ und Ḥama, und die Rohprodukte kommen meistens aus dem Libanon. Außer dem Maulbeerbaum wird im Libanon auch die Olive angepflanzt, die Hauptdistrikte der Olivenkultur liegen jedoch in Palästina, insbesondere bei Rāme und Ṣafed, wo die Oliven zu Speiseöl, und bei Nāblūs, wo sie meist zu Seife verarbeitet werden. Das Olivenöl wird nach Frankreich ausgeführt, dort gereinigt und kommt als provençalisches Öl zu uns. Das gleiche gilt zum größten Teil auch von dem syrischen und palästinschen Wein. Die Jesuiten besitzen am Ostfuße des Libanon bei Štōra und Tanājel große Weinberge, die deutschen Kolonisten solche am Karmel bei Ḥajfa und die Juden in Rišōn bei Jaffa. Ihre Weine werden meistens von französischen Weinhändlern angekauft, in Frankreich mit französischen Weinen gemischt und nach Deutschland und Österreich als echter Bordeaux verkauft. Auch Tabak gedeiht in den arabischen Provinzen ausgezeichnet, und seine Anbauflächen könnten hundertfach vergrößert werden. In Babylonien, alʿErāk, wird auch eine Art Reis angebaut, der den Einheimischen zur Nahrung dient. Die Hauptkultur in alʿErāk besteht aber neben dem Getreidebau in Dattelpalmen. Hunderttausende von Palmen stehen längs der Wasserläufe und andere Hunderttausende, ja Millionen könnten angepflanzt werden in den salzigen Niederungen zwischen dem Euphrat und Šetāta, sowie südlich von al-Mašhad, aš-Šenāfijje und längs des Sees, in dem der Lauf des Tartār, des klassischen Tartarus, endet.

In alʿErāk halten die Ansässigen viele Büffel und Kühe, die sehr kräftig sind und viel Milch liefern. In Syrien und Mesopotamien ist die Rinderzucht sehr gering, und zwar wegen des Futtermangels, da kein Heu bereitet wird und das Stroh auch als Brennmaterial dienen muß. Unzählig sind die Herden von Schafen, von denen verschiedene Rassen vorkommen. Sie

werden hauptsächlich wegen der Wolle gehalten, liefern jedoch auch das meiste Fleisch für die Bevölkerung. Die Zahl der Ziegen dürfte derjenigen der Schafe wenig nachstehen. Auch die Ziegen werden regelmäßig geschoren und aus ihrem Haar die Zeltdecken der Nomaden hergestellt. Auf die Märkte von Damaskus und Gaza gelangen jährlich viele Tausende von Kamelen. Sie werden hauptsächlich nach Ägypten getrieben, dortselbst geschlachtet und verkauft. Das Kamel ist in den arabischen Provinzen das nützlichste Tier. Die Lastkamele müssen beim Ackerbau die schwierigsten Arbeiten verrichten, sie besorgen das Heben des Wassers in die Bewässerungsanlagen, vermitteln den Handelsverkehr, schleppen alle Baumaterialien herbei, dienen den Kleinzüchtern als Tragtiere auf den Wanderungen und liefern den ärmeren Kamelzüchtern alles, was sie zum Leben brauchen. Das Pferd ist in den arabischen Provinzen verhältnismäßig selten und wird eigentlich mehr als Luxus denn als Nutztier verwendet. Die schönsten Pferde werden in al-'Erāk gezüchtet und regelmäßig nach Indien verkauft. Viel höher als das Pferd werden die großen weißen und roten Esel der Šlejḅ und die Maultiere geschätzt. Die Šlejḅ sind Angehörige eines über ganz Arabien verbreiteten und von allen verachteten Stammes der Kleinviehzüchter. Sie fangen wilde Esel, die heute noch in Südmesopotamien und Südostarabien vorkommen, und verwenden sie zur Zucht. Maultiere findet man in jedem Dorf und sie kosten regelmäßig mehr als ein gewöhnlicher Hengst. Auch türkische reguläre Truppen reiten zum Teil Maultiere.

Die Viehzucht könnte verfünffacht werden, wenn man in den Steppen die alten verschlammten Wasserbehälter herstellen und für die Sicherheit der Herden Sorge tragen würde. Auf diese Art könnte man in den Kulturländern gewisse Strecken zur Herstellung von Heu und andere zur Aufforstung verwerten. Alle jetzt kahlen Felsengebirge müßten sich in dreißig Jahren mit dichtem Gehölz bedecken, wenn man die jungen Bäume vor dem Kleinvieh und den Kohlenbrennern schützen würde. Im nördlichen Libanon und im Nušejrije-Gebirge gibt es

ganze Dickichte junger Zedernschößlinge, nördlich und nordwestlich von Palmyra sowie südöstlich vom Toten Meer bedecken Eichenwälder weite Strecken, im Ostjordanlande und östlich von Damaskus finden sich ganze Haine prachtvoller Terebinthenbäume, in den Gebirgen östlich vom Roten Meer wachsen überall verschiedene Akazien, sie werden aber vernichtet, so lange sie klein sind von dem Vieh und die verschont geblieben und gewachsen sind, von den Kohlenbrennern, die bei der Wurzel ein Feuer anlegen, um so den Stamm dort durchzubrennen und ihn ohne Mühe zu fällen. Ferner zünden die Hirten oft im Spätsommer das trockene Gras an und vernichten dadurch auf weite Flächen alle noch lebenden Perennen. Und welch eine Wohltat wäre es für das Land, wenn die Berge und Hügel wieder ihren prächtigen Baumschmuck tragen und so die Feuchtigkeit und den Humus festhalten würden!

An Mineralien kommt sehr viel Kristallgips vor, insbesondere in der östlichen Palmyrene und zwischen dem mittleren Euphrat und Tigris. Dortselbst finden sich auch ungenutzte Salzlager. Von den syrischen Salzlagern ist am bekanntesten jenes südlich von Haleb, die Salztümpel bei Etra in der Senke Sirhân sowie die Salzhügel südwestlich vom Toten Meer. Das Naphthagebiet von Hit umfaßt viele Hunderte von Quadratkilometern, desgleichen dasjenige von al-Ḳajjâra und seine Fortsetzung in den Hamrîn. Auch nördlich von Palmyra kommt Naphtha vor. Am Südostende des Toten Meeres sind Bitumenquellen und bedeutende Schwefelmengen. Petroleum wird gewonnen zwischen Alexandrette und Arsûs. Südlich vom Toten Meer sind reichhaltige Kupferlager vorhanden. Die Montanindustrie ist sehr wenig entwickelt. Zurzeit wird im Libanon Braunkohle und in der Gegend von Şajda (Sidon) Eisenerz sowie gelber und roter Ocker gewonnen. Von einer Industrie kann kaum die Rede sein.

Große Schuld an der Stagnation des Wirtschaftslebens hier trägt die eigentümliche Einteilung des Bodenbesitzes. Nach dem bestehenden türkischen Rechte ist nämlich das Land entweder Staatsdomäne, Miri, oder fromme Stiftung, Wakf, oder

Privatbesitz, Mulk, oder allgemeiner Besitz, Maṭrūke, oder ist es unangebaut, tot, Mawāt. Das Mîri-Land wird vom Staate auf Lebenszeit mit dem Rechte der Familienvererbung verpachtet. Der erbliche Pächter darf jedoch ohne Erlaubnis des Staates auf dem Mîri-Land weder Gebäude aufführen, noch Bäume oder Weingärten anpflanzen. Das Waḳf-Land kann auf drei Jahre verpachtet oder gegen Zahlung eines Erwerbpreises und jährlicher Abgaben als erbliches Lehen veräußert werden, oder aber wenn die Stiftung aus Gebäuden oder Pflanzungen besteht, gegen feste Jahresabgaben dauernd einem anderen als Privatbesitz überlassen werden. Der Privatbesitz, Mulk, umfaßt nur einen winzig geringen Teil der Bodenfläche, meist nur die nähere Umgebung der Städte und größeren Flecken. Zu dem allgemeinen Besitz, Maṭrūke, gehören die Wege, Dreschtennen, Markt- und Weideplätze. Wenn jemand das unangebaute, tote Land kultiviert, so kann er drei Jahre lang die Früchte behalten, nach drei Jahren wird das nun kultivierte Land Staatsdomäne, Mîri, nicht sein Privatbesitz.

In den für uns in Betracht kommenden Provinzen sind kaum 10 Prozent Privatbesitz, so daß sich kein selbständiger Bauernstand entwickeln kann. Die wenigsten Fellāhen wissen überhaupt, daß das Land, das sie anbauen, nicht ihr Privatbesitz ist. Ihre Großväter und Väter bebauten das Land oder benützten es als Weideplatz und wurden von niemand behelligt. Als die Regierung, insbesondere seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, verlangte, daß jeder die Dokumente vorweise, die den Rechtstitel seines Besitzes enthalten, so begaben sich viele Fellāhen zu ihren Patronen in den Regierungssitzen und ersuchten sie um Intervention in dieser für die armen des Lesens und Schreibens unkundigen Leute so schwierigen Angelegenheit. Die geriebenen Patrone ließen sich von dem Fellāh gewöhnlich seinen Besitz abtreten, erklärten ihn den Beamten gegenüber als Staatsdomäne, Mîri, und ließen sich als Erbpächter amtlich bestätigen. Andere liehen dem Dorfschulzen Geld und ließen sich von ihm im Einverständnis mit dem Beamten den ganzen gemeinschaftlichen Grundbesitz eines

Dorfes verschreiben. In den letzten Jahren des 'Abdulhamid wurden die fruchtbarsten Grenzstrecken als Domänen des herrschenden Hauses, Ğiftlik, erklärt, und die Fellâhen waren damit einverstanden, weil sie dadurch vielen Belästigungen entgingen. Aber nach dem Sturze des 'Abdulhamid wurden die Ğiftliks für Staatsdomänen erklärt, viele von ihnen wurden verkauft, und die Käufer wollen nun die bisher selbständigen Fellâhen teils vertreiben, teils zu bezahlten Feldarbeitern machen. Deshalb kam und kommt es zu vielen Unruhen unter der Landbevölkerung, die doch die eigentliche Stütze der türkischen Regierung bildet.

Neben dieser Unklarheit des Besitzrechtes schädigt die Landwirtschaft die ungerechte Eintreibung der Steuern. Die Steuergesetzgebung fußt auf dem sogenannten Zehent als Haupteinnahmequelle des Staates. Durch den sogenannten Zehent bekommt der Staat allein heute fast 13% des Ertrages, aber dem Fellâh nimmt der Zehent fast 40% seiner Ernte. Der Zehent wird nämlich alljährlich, bei den Oliven zweijährlich, an den Meistbietenden versteigert. Gewöhnlich pachtet ein Kapitalist den Zehent einer ganzen Provinz, versteigert die einzelnen Sangaks, die Pächter versteigern wieder die einzelnen Ğada's und diese versteigern die einzelnen Dorfmarkungen, Nähije. Der Kapitalist muß nach Konstantinopel den vollen Zehent im Betrage von 13% einliefern, er will verdienen, seine Unterpächter ebenfalls, die Verwaltungsbeamten wollen auch etwas haben, und der arme Fellâh muß zahlen und zahlen. Am meisten kann ihn der unterste Steuereinnehmer quälen, wenn er den Zehent in natura verlangt und ihn lange nicht abholt, denn solange sich der Steuereinnehmer den Zehent von der Dreschtenne nicht genommen hat, darf der Fellâh das Getreide unter strenger Strafe nicht entfernen. Und wie oft wird das Getreide von der Tenne von räuberischen Nomaden entwendet, oder die Tenne angezündet, und der Fellâh muß den Zehent dennoch bezahlen!

Soll sich die Landwirtschaft heben, so muß neben der Regelung des Grundeigentums und der Steuereintreibung auch

die Möglichkeit des Verkaufes gehoben werden. Mitte April 1915 kostete in al-'Erāk, und zwar in al-Mašhad, eine Kamelladung, etwa 250 kg, Datteln ungefähr 2 K 40 h, am mittleren Euphrat, und zwar am linken Ufer, kosteten Mitte Juni vorigen Jahres 12 Eier etwa 16 h, 3 Hennen 1 K 20 h.

Jedes Dorf muß eine ziemlich hohe Wegsteuer zahlen, aber für den Straßenbau geschieht sehr wenig. Oft wird mit dem Bau einer hochwertigen und kostspieligen Straße begonnen, alle Bewohner des flachen Landes müssen zahlen und nebstdem Frondienste leisten, es werden zahlreiche Talübergänge ausgebaut, der Straßenkörper aufgeschüttet — und dann kommt ein anderer Wāli, der sich für etwas anderes oder auch für gar nichts interessiert — und die mehr als 100 km lange, aber unvollendete Straße bleibt unbenützlich, das Geld, der Schweiß bleiben ohne Nutzen. Und wenn auch ein Wāli eine Straße fertig baut, so läßt sie oft sein Nachfolger verkommen. Nur wenn ein höchster Besuch nach den Provinzen kommt, werden die Straßen ausgebessert oder neue angelegt. Auch dieser Krieg verhalf den arabischen Provinzen zu mehreren guten Straßen. So wurde im Winter 1914/15 über den Taurus und Amanus eine prachtvolle, für Automobile benützbare Straße stellenweise ganz neu gebaut und die Straße am rechten Euphratufer von Ḥaleb nach Bārdād gründlich ausgebessert und mit Brücken versehen. Das gleiche gilt für die Straßen in Palästina.

Die Bārdādbahn, die von Ḥaleb aus ungefähr die Nordgrenze der arabischen Provinzen bildet, ist bis östlich vom Ḥābūr fertiggestellt. An der Strecke von Tell al-Ḥelif—Mōṣul und von da am rechten Tigrisufer bis Sāmarrā wird gearbeitet. Von Sāmarrā bis Bārdād ist die Strecke bereits dem Verkehr übergeben, und in Bārdād ein stattliches Stationsgebäude errichtet. Von Ḥaleb führt eine normalspurige Bahn über Ḥama nach Ḥoms und von da ein Zweig durch den Libanon nach Ṭurāblus am Mittelmeer und ein anderer über Ba'albekk nach Rijāk zwischen dem Libanon und Hermon. Von Rijāk kann man mit einer schmalspurigen Bahn nach Beirūt oder nach Damaskus gelangen.

Damaskus ist die Ausgangsstation der über 1300 km langen Pilgerbahn nach al-Medina, dieser ureigensten Schöpfung des Chalifen Abdulhamid. Sie ist für die Chalifätsidee von außerordentlicher Bedeutung, hilft aber den Türken auch, ihren militärischen Einfluß zur Geltung zu bringen. Nebst zwei kürzeren Abzweigungen gegen Boşra und Salt verbindet die Pilgerbahn eine Linie von Der'at aus am Süden des Sees von Genesareth vorbei mit dem Hafen Hajfa. Von dieser Linie wurde in den allerletzten Jahren eine Bahn gebaut über Genin, Ramle und Bir-as-Sab', das alte Bersabe, nach al-Awge auf der Sinaihalbinsel. Die Schwellen und Schienen der Strecken Damaskus—Mzêrib und Jaffa—Jerusalem wurden teilweise zum Bau der letztgenannten Bahn verwendet.

Die Eisenbahnen sind die größte Wohltat für die Provinzen, weil sie dem Landwirt sowohl eine höhere Sicherheit vor räuberischen Überfällen, als auch die Möglichkeit eines lohnenden Absatzes verschaffen. Längs der Pilgerbahn entstanden zahlreiche Dörfer, und das ganze von der Bagdadbahn durchquerte Land werden in kürzester Zeit fruchtbare Felder bedecken.

Alle diese Arbeiten, selbst die Kultivierung des 'Erak, des alten Babylonien, und der Ebene von Adana können Einheimische besorgen. Es gibt ja Hunderttausende von Kleinviehzüchtern, die gerne Fellâhen werden möchten, und in den unzähligen Oasen Arabiens leben ebenfalls Hunderttausende von armen Ansässigen, die harte Arbeit und oft recht ungesundes Klima gewohnt sind und mit Freuden eine Beschäftigung im Kulturlande ergreifen würden, die imstande wäre, ihr Leben angenehmer zu gestalten. An eine Kolonisation von Europa aus ist gar nicht zu denken. Die Europäer können die harte, physische Arbeit in dem trockenen Klima Syriens auf die Dauer schwer aushalten und in dem feuchten mörderischen Klima Babylo niens müßten sie in kürzester Zeit zugrunde gehen. Auch arbeiten die Einheimischen viel billiger als die Europäer, weil sie ganz anspruchslos sind, wogegen der Europäer immer gewisse Kulturbedürfnisse hat. Nach der Abschaffung der Kapi

tulationen würden die europäischen Kolonisten vollkommen auf die türkische Rechtspflege angewiesen sein, was für sie insbesondere in den ersten Jahren sehr unvorteilhaft werden müßte.

Übrigens zeigen die bisherigen Kolonisationsversuche nur zu deutlich, daß die arabischen Provinzen kein Besiedlungsland für Europäer sein können. Die protestantische Sekte der deutschen Templer gründete bereits im Jahre 1867 eine Kolonie bei H^{aj}fa und eine bei Jaffa und später noch die Kolonien Sarona, Jerusalem und Wilhelmina. Die Templer waren rüstige, erfahrene Landwirte, die sich ursprünglich nur dem Ackerbau widmen wollten; als sie jedoch sahen, daß sie im Ackerbau nur schwer vorwärts kamen, wurden sie zu Pflanzern und Handelsleuten.

In den letzten Jahren wird die Kolonisierung Palästinas durch die Juden im großen Stile betrieben. Die Juden der arabischen Provinzen zerfallen in Autochthone und eingewanderte Sephardim und 'A^skenazim. Die Autochthonen leben in verschiedenen größeren Dörfern und Städten in al[']Erak und Mesopotamien sowie in einzelnen Städten in Palästina. Die babylonischen Juden können meist nur arabisch, unterscheiden sich fast gar nicht von den einheimischen Moslimen und sind wie diese Ackerbauer und Handwerker. Die Sephardim, zum größten Teil vor Jahrhunderten eingewanderte spanische und portugiesische Juden, wohnen fast nur in Syrien und sprechen neben dem Arabischen noch Ladino, eine Mundart, die sich aus dem Kastilianischen des XV. Jahrhunderts so entwickelt hat, wie das Jüdisch-Deutsche aus dem Mittelhochdeutschen. Die 'A^skenazim, nämlich die deutsch sprechenden Juden, haben durch die große Einwanderung der letzten Jahrzehnte die Mehrheit erlangt. Bei allen Juden Palästinas macht sich die Neigung zur Rückkehr zur hebräischen Sprache bemerkbar. Ob das für die Juden von Nutzen sein wird, ist fraglich.

Die bisherige jüdische Kolonisation in Palästina steht fast ausschließlich unter dem Zeichen der Landwirtschaft, kann infolgedessen nicht gedeihen, da sich der Übergang von ganz

anderen Beschäftigungen zum Ackerbau nicht so leicht vollziehen läßt wie die Seereise von Europa nach Palästina. Die erste jüdische Kolonie Petach Tikwah wurde im Jahre 1879 errichtet. Anfangs konnte sie überhaupt nicht gedeihen. Erst nachdem Baron Rothschild aus Paris die Kolonie materiell sicherstellte, und im Jahre 1899 die Jüdische Kolonisations-Gesellschaft entstand, wurden neue Kolonien angelegt und über 50.000 Hektar Boden angekauft. Von den in den letzten Jahren eingewanderten Juden beschäftigen sich kaum 8000 mit der Landwirtschaft. Die übrigen 80.000 suchen ihren Lebensunterhalt in den Städten Jerusalem, Şafed, Jaffa, Tiberias, Hebron als kleine Händler, Handwerker, Handlanger, Kutscher und empfangen die Halûka, die milden Gaben von ihren Glaubensgenossen aus der ganzen Welt. Die einheimischen frommen Juden, die bis vor kurzem einzig und allein die Halûka beanspruchten, sind deshalb die größten Gegner der Eingewanderten und aller modernen Einrichtungen und Unterrichtsanstalten. Für das Unterrichtswesen geschieht von den jüdischen Kolonisatoren sehr viel, und es wäre nur zu wünschen, daß alle die Zöglinge der so kostspieligen palästinischen Anstalten auch in Palästina bleiben und nicht, wie es leider fast regelmäßig geschieht, aus den palästinischen Kolonien nach Nordafrika, Amerika oder Australien auswandern. Unter zweckdienlicher Leitung könnte man vielleicht die nächstfolgende Generation für die Landwirtschaft in Palästina gewinnen.

Die Regierung könnte durch Errichtung kleiner Musterwirtschaften und Hebung der Volksbildung für die Landwirtschaft, die ja die Grundlage der Industrie bildet, sehr Gutes leisten, aber auf diesem Gebiete ist bisher so gut wie nichts geschehen. Es wurden zwar in Konstantinopel verschiedene grundlegende Beschlüsse gefaßt, Gesetze erlassen, aber niemand kümmert sich um die Durchführung der Beschlüsse und Beobachtung der Gesetze. Es soll in jedem Dorfe eine Volksschule, in jedem Regierungssitz eine Art Mittelschule bestehen, aber diese Schulen stehen gewöhnlich nur auf dem Papier. Der hiesige türkische Botschafter, Se. Hoheit Hsên Hilmi Pascha,

errichtete in dem von ihm dem türkischen Reiche einverleibten Sanğak Kerak ein prächtiges Gebäude für eine Mittelschule und ein Konvikt und siehe da — sieben Jahre nach seiner Abberufung fehlten in diesem leerstehenden Gebäude fast alle Türen und Fenster.

Seit der Einführung der Verfassung unternahm die Regierung ernste Schritte, um das Schulwesen auszugestalten, aber die steten Kriege und der Geldmangel wirkten sehr hemmend. In vielen Städten dieser Provinzen wurden in den letzten Jahren von Privaten zahlreiche Bildungsanstalten gegründet und mit dem hoch klingenden Namen Kullijje, Universität, versehen. Meist waren jedoch diese Universitäten nur von sehr kurzer Lebensdauer.

Die gesamten, wirklichen Bildungsanstalten gehörten den Fremden. An der Spitze standen die Franzosen mit fast 50.000 Schülern. Die meisten französischen Anstalten wurden von Ordenspersonen geleitet. So besaßen die französischen Jesuiten in Beirüt eine reichhaltig ausgestattete Universität mit der handelsgewerblichen, theologischen, orientalischen und medizinischen Fakultät. Die medizinische Fakultät war affiliert der Universität in Lyon, und die Professoren wurden von der französischen Regierung ernannt und besoldet. Das Mittelschulwesen beherrschten die Lazaristen und Schulbrüder mit großen Anstalten fast in allen größeren Städten. Für die Mädchenziehung sorgten die Frauenorden vom Sacré Cœur, Notre Dame, die Sionsschwestern und andere. In Bardâd und Başra wirkten die Karmeliter, in Môsul die Dominikaner. Auch die Schulen der verschiedenen unierten einheimischen Christen wurden meist von französischen Mönchen und Nonnen, wenn nicht geleitet, so doch beaufsichtigt. Auf diese Art ist es erklärlich, daß der französische Einfluß in den arabischen Provinzen sehr mächtig war.

In den allerletzten Jahren begannen auch die Italiener sich mehr um Syrien und Palästina zu kümmern. Die größte Stütze fanden sie dabei in den alten Häusern der Franziskaner und Kapuziner sowie bei einzelnen Würdenträgern des lateinischen Patriarchats in Jerusalem.

Die orthodoxen Russen gründeten und unterstützten zahlreiche Schulen insbesondere in Syrien und Mesopotamien, dergleichen die amerikanischen Protestanten, die in Beirüt eine Hochschule besitzen, wo Medizin, Pharmazie, Handelswissenschaft und die schöne Literatur gelehrt werden.

Am meisten bemühten sich jedoch die Engländer, um durch ihre kulturellen Anstalten ihren politischen Einfluß zu steigern. Sie unterstützten mehr als 200 Schulen, unterhielten zahlreiche Krankenhäuser und förderten alle Unternehmungen, die imstande waren, Sympathien für England zu wecken, und zwar insbesondere in den Wilâjets von Basra und Bardâd. Ihnen gehörte die Schifffahrt zwischen Basra und Bardâd, von ihnen bekamen die Notabeln dieser Provinzen jährlich Geldgeschenke, die unbotmäßigen Stämme wurden mit Waffen versorgt und vor der türkischen Regierung in Schutz genommen, in den heiligen Städten Kerbela und al-Mašhad hetzten die von ihren Emissären gewonnenen Prediger die Šiiten nicht nur gegen die sunnitischen Türken, sondern auch gegen die türkenfreundlichen persischen Minister. Der englische Konsul in Bardâd hieß Resident, vor seinem Palaste lag ein englisches Kriegsschiff, sein Palast wurde von englischen Soldaten bewacht. Er war der mächtigste Mann in ganz Babylonien und stürzte alle Generalgouverneure, welche die türkischen Interessen wahren wollten. Dies wußten alle Einheimischen und suchten sich deshalb mit ihm zu befreunden. Die ganze Aus- und Einfuhr ging durch Indien und die Provinzen von Basra und Bardâd wurden zu einer Art Kolonie von Indien.

Deutschland und Österreich-Ungarn waren in erster Linie bemüht, wirtschaftliche Beziehungen mit den arabischen Provinzen zu pflegen. Durch die Bagdadbahn, die Verwaltung der Pilgerbahn und durch Gründung zahlreicher Filialen der Deutschen Orientbank und der Kommerz- und Diskontbank hat Deutschland tiefgehenden wirtschaftlichen Einfluß erlangt und gleichzeitig die politische Macht der Türkei gehoben und befestigt. Ist die Bagdadbahn vollkommen ausgebaut, so kann die türkische Regierung rasch zuverlässige Truppen nach den arabischen

Provinzen schicken und die separatistischen Aspirationen im Keime unterdrücken.

Die arabischen Provinzen können unmöglich selbständig existieren. Naturgemäß müßten sie in mehrere Gebiete zerfallen und so die Beute fremder Gelüste werden. Vaterland, Liebe zum Vaterlande in unserem Sinne, sind den Bewohnern dieser Provinzen unbekannt und unbekannt ist ihnen die freiwillige Unterwerfung unter den Willen eines Stammesgenossen. Glückte es im Laufe der Zeiten einem Einheimischen, zur Herrschaft über Syrien und Babylonien zu gelangen, so mußte er sofort gegen die Unbotmäßigkeit seiner Stammesgenossen kämpfen, und wenn nicht er, so gingen sicher seine nächsten Nachkommen an diesen Bürgerkriegen zugrunde. Kam jedoch ein starker, tatkräftiger Fremdling mit seinen Truppen, so beugten sich alle Großen in Syrien und Mesopotamien, gehorchten ihm, und das Volk war zufrieden. Und die heutige Landbevölkerung, das Volk der arabischen Provinzen will von einer Selbständigkeit, dieser vom Auslande importierten Pflanze, nichts wissen. Es verlangt nach einem starken Herrn, der immer und überall rücksichtslos das Gesetz zur Geltung bringen, die Sicherheit des Lebens, des Bodens und der Früchte der Arbeit herstellen und die Möglichkeit des Verdienstes heben würde. Bringt es die türkische Regierung zustande, so wird man ihr um so lieber dienen, weil sie muslimisch und im Lande bekannt ist.

Die Orientbahnen und deren Anschluß an das griechische und das klein- asiatische Bahnnetz.

Von

Oberbaurat Rudolf Friedrich,

Chefingenieur der Orientbahnen a. D.

Als gegen Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Österreich und Ungarn der Beginn einer regen Tätigkeit in der Ausgestaltung des Bahnnetzes eintrat, tauchte auch der Gedanke auf, in der europäischen Türkei Bahnen zu bauen, um dieses Land mit Mitteleuropa in direkte Bahnverbindung zu bringen.

Zu jener Zeit hatte man zur Reise von Wien nach Konstantinopel zwei Wege, und zwar: zur See von Triest aus oder per Bahn zum Donauhafen Bazias, dann flußabwärts bis Ruschtschuk, von da wieder per Bahn nach Varna und weiter über das Schwarze Meer nach Konstantinopel. Die letztere Route war die zumeist benützte; die Reisedauer betrug gewöhnlich 4—5 Tage. Über Triest benötigte man 7 Tage. Heute fährt man mit dem gewöhnlichen Schnellzuge von hier nach Konstantinopel in 47 Stunden.

Die vorgenannte Bahn Ruschtschuk—Varna war zu jener Zeit die einzige Bahn im Bereiche der europäischen Türkei; sie entstand aus dem Bedürfnisse, den Weg nach Konstantinopel über die Donau abzukürzen.

Die Anregung von Bahnbauten in der Türkei wurde rasch realisiert. Eine Kapitalistengruppe, an deren Spitze der be-

kannte Finanzmann Baron Hirsch stand, bildete im Jahre 1869 die „Société Impériale des Chemins de fer de la Turquie d'Europe“, welche dann als „Baugesellschaft der orientalischen Bahnen“ den Bahnbau ausführte. Nach Vollendung der damals in Betracht gekommenen Linien rief diese Baugesellschaft die „Betriebsgesellschaft der orientalischen Bahnen“ ins Leben, welche letztere noch heute den Betrieb dieser Bahnen, die in der Öffentlichkeit kurzweg „Orientbahnen“ genannt werden, in Händen hat.

Die Gesellschaft, die ursprünglich als französische Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Paris gegründet war, verwandelte sich Ende 1879 in eine österreichische Gesellschaft und verlegte ihren Sitz nach Wien. Seitdem war statutengemäß der österreichische Einfluß in der Verwaltung überwiegend. Baron Hirsch, der seit der Gründung der Gesellschaft Großaktionär derselben geblieben war, überließ im Jahre 1890 seinen Aktienbesitz einer Finanzgruppe, bestehend aus dem Wiener Bankverein und der Deutschen Bank, und seit diesem Zeitpunkte befindet sich das Präsidium und die exekutive Zentralstelle der Eisenbahngesellschaft in Wien. Der von der deutsch-österreichischen Gruppe erworbene Aktienbesitz wurde vorerst in eine Schweizer Trustgesellschaft, die „Bank für Orientalische Eisenbahnen“, gelegt. Als aber nach dem ersten Balkankriege die Orientbahnen für unsere Monarchie in den Vordergrund des wirtschaftlichen Interesses traten, erwarb eine mächtige Gruppe österreichischer und ungarischer Banken, an deren Spitze der Wiener Bankverein steht, die Aktienmajorität zurück, so daß also jetzt bei dieser Gruppe das entscheidende Wort in Angelegenheiten der Orientbahnen liegt.

Das Baukapital wurde seitens des türkischen Staates beigestellt. Die Beschaffung der Bausumme erfolgte durch die Ausgabe der unter dem Namen „Türkenlose“ bekannten türkischen Staatsschuldverschreibungen. Der türkische Staat ist somit Eigentümer der Bahnanlage und die „Betriebsgesellschaft der orientalischen Bahnen“ ist die Pächterin der Bahn. Sie hat das Fahrmaterial und alles sonst für den Betrieb der Bahn

Nötige beizustellen, woran ihr auch bei Ablauf der Konzession das Eigentumsrecht verbleibt. Sie zahlt an den türkischen Staat eine jährliche Miete von 1500 Francs per Kilometer; außerdem partizipiert der Staat an den Bruttoeinnahmen, wenn dieselben eine gewisse Höhe überschreiten.

* * *

Was die Baugeschichte der Orientbahnen anbelangt, so wurde nach der am 2. April 1869 erfolgten Konzessionserteilung der damalige Baudirektor unserer Südbahn, Ingenieur Pressel, mit dem generellen Studium der in Aussicht zu nehmenden Linien betraut. Hiefür war ein weit ausgreifendes Programm aufgestellt, das eine Durchquerung der Türkei von der kroatisch-bosnischen Grenze bei Novi über Sarajevo, Üsküb, Sofia bis Konstantinopel, ferner Zweiglinien nach Salonik, Dedeagatsch und Burgas umfaßte. Diese Linien hatten zusammen eine Länge von 2342 Kilometer. Die generellen Studien wurden im Jahre 1869 durchgeführt; hiebei waren zumeist österreichische Ingenieure tätig. In der Folge hat dann aber die türkische Regierung den Gedanken einer direkten Bahnverbindung mit Mitteleuropa wieder zurückgestellt und dieses Programm auf folgende Linien beschränkt:

Novi—Banjaluka mit	95 km
Konstantinopel—Adrianopel—Philippopel— Bellowa mit	561 »
Adrianopel—Dedeagatsch mit	148 »
Salonik—Üsküb—Mitrowitzta mit	363 »
Tirnowa—Jamboli mit	<u>106 »</u>
Die Länge des Baunetzes der ersten Bau- periode betrug somit	1273 km
In den Jahren 1911/1912 wurde dann noch die Linie Alpullu—Kirkkilisse erbaut mit	<u>47 »</u>
Die Gesamtlänge der von den Orientbah- nen erbauten Linien stellt sich somit auf	1320 km

In den ersten Monaten des Jahres 1870 gingen die Ingenieurbrigaden behufs Besetzung sämtlicher Baustrecken nach Konstantinopel, Saloniki und Novi ab. Bei denselben waren

die Ingenieure von der österreichischen Südbahn zahlreich vertreten.

Die Reisen von den vorgenannten Einbruchstationen zu den jeweiligen Bestimmungsorten waren anstrengend und zeitraubend. Sie mußten auf primitiven Fuhrwerken oder zu Pferd zurückgelegt werden und außerdem fand sich, z. B. auf dem Wege von Konstantinopel bis zur Endstation oberhalb Philippopol, also auf einer Strecke von 561 km, oder von Salonik bis Mitrowitza, d. h. auf 363 km, nirgends eine halbwegs annehmbare Unterkunft.

Die Durchführung dieser Bahnbauten erfolgte überhaupt unter Verhältnissen, die ganz verschieden waren von jenen, unter denen bis dahin europäische Ingenieure zu arbeiten hatten. War doch die Türkei, mit Ausnahme der Hafenstädte, zu jener Zeit im allgemeinen nahezu noch gar nicht gekannt. Land und Leute, deren Sitten und Sprachen waren für uns alle etwas ganz Fremdartiges, Neues; und die klimatischen Eigentümlichkeiten des Landes mußte man auch erst kennen lernen und sich in selbe einleben. Man kann daher wohl sagen, daß die Bauingenieure der Orientbahnen tatsächlich die Pioniere des nahen Ostens waren.

Nach erfolgter Fertigstellung der Detailprojekte wurden dieselben der Regierung zur Genehmigung vorgelegt. Sie umfaßten die Linienführung sowie die Typen für Bahnkörper, Brücken usw.

Die Regierung hatte damals im Arbeitsministerium ausländische Ingenieure, Franzosen und Belgier; dieselben fungierten dann auch als oberste Kontrollorgane während des Baues und führten schließlich nach Bauabschluß die Übernahme der Bahnen in das Eigentum des Staates durch.

Sämtliche Linien sind eingleisig mit normaler Spurweite erbaut worden.

Die Bauarbeiten wurden Ende 1870 und Anfang 1871 in Angriff genommen. Besonders erschwerende Umstände hiebei waren die Armut des Landes an manchen wichtigen Baumaterialien sowie der Mangel an Straßen. Auf dem Konstan-

tinopler Netze konnte zur damaligen Zeit glücklicherweise der Hauptfluß von Thrazien, die Maritza, in der Teilstrecke von Enos bis Adrianopel noch mit kleinen Segelbarken befahren werden. Dies ermöglichte es, von Enos — Einmündung der Maritza ins Ägäische Meer — leichte Lokomotiven und Materialtransportwagen in zerlegtem Zustande sowie auch die Schienen auf diesem Wege nach Adrianopel zu bringen und von da aus die Geleislage bis Bellowa zu betreiben, ohne die Fertigstellung der Linien von Konstantinopel und Dedeagatsch abwarten zu müssen. Nur so war es möglich, den Bau der 561 km langen Linie Konstantinopel—Bellowa im Zeitraum von $2\frac{1}{2}$ Jahren zum Abschlusse zu bringen. Die Bauzeit der Linie Salonik—Mitrowitzka, wo die Geleisanlage von Salonik aus vorgestreckt werden mußte, betrug $3\frac{1}{2}$ Jahre. Die hölzernen Bahnschwellen und das Bauholz mußten stellenweise auf große Entfernungen zugefahren, stellenweise auf den Flüssen zugeflößt werden.

Die Transportschwierigkeiten brachten es mit sich, daß die Brücken vorerst in Holz erbaut wurden; im Jahre 1878 begann dann deren Umbau in Stein und Eisen. Eine Ausnahme hievon machte die 400 m lange Brücke über den Maritzafluß unterhalb Adrianopel; dieselbe wurde gleich in Eisen ausgeführt, da das Material hiezu von Enos her auf dem Flusse an Ort und Stelle gebracht werden konnte. Bei dieser Brücke wurde das System eiserner Joche mit Schraubenpfählen in Anwendung gebracht. Hierüber wurde seinerzeit in der Zeitschrift des österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins berichtet.

Wie aus dem bereits angeführten Bauprogramme hervorgeht, waren die Orientbahnen vorerst Sackbahnen, die nur für die Ausfuhr der Landesprodukte und für die geringe Einfuhr zur Deckung der höchst mäßigen Bedürfnisse des Innenlandes zu sorgen hatten. Es war somit vorderhand nur mit einem geringen Verkehr zu rechnen, so daß aus ökonomischen Gründen die Bahnanlagen in bescheidenem Ausmaße zu halten waren.

Die Zwischenstationen waren der geringen Dichtigkeit der Bevölkerung wegen wenig zahlreich; es kamen Stationsentfernungen bis 36 km vor. Die Ausstattung derselben mit Geleisen und mechanischen Einrichtungen war eine beschränkte, jedoch ausreichend für die damaligen Anforderungen. Für die Richtungs- und Neigungsverhältnisse sind die für Normalspurbahnen üblichen Vorschriften eingehalten worden. Die Gebäude wurden in Fachwerkbau mit äußerer Verschalung errichtet.

Seitens der türkischen Behörden wurde dem Bahnbaue, beziehungsweise dem Baupersonale ausreichende Unterstützung gewährt; die Beziehungen zur Regierung waren stets gute und sind es auch heute noch. Die Bevölkerung nahm zum Bahnbaue und zum Baupersonale nahezu durchwegs eine freundliche Haltung ein; kam ja doch schließlich hiebei reichlich Geld unter die Leute. Nur in einigen Fällen kamen feindselige Eingriffe seitens der Bevölkerung vor, welche Störungen im Baubetriebe verursachten.

Je nach Fortschritt des Baues wurden nach und nach einzelne Teilstrecken in Betrieb genommen. Die volle Inbetriebsetzung der einzelnen Linien erfolgte:

auf der Linie Novi—Banjaluka . . .	im Dezember 1872
» » » Dedeagatsch—Adrianopel »	August 1872
» » » Konstantinopel—Bellowa »	Juni 1873
» » » Salonik—Mitrowitza . . . »	Dezember 1874
» » » Tirnowa—Jamboli . . . »	November 1874

Nach einer Reihe von Jahren trat nach und nach eine Steigerung des Verkehrs ein und wurde, den erhöhten Anforderungen folgend, die weitere Ausgestaltung der Bahnanlagen durchgeführt. Es wurden neue Stationen errichtet, die Geleiseanlagen und sonstigen Betriebsanlagen der vorhandenen Stationen vermehrt und vergrößert, die Gebäude nach und nach massiv umgebaut und in Konstantinopel, Adrianopel und Philippopol neue, moderne Bahnhofsgebäude erbaut.

Einer gänzlichen Umgestaltung wurden nach und nach die Brücken und der Oberbau unterzogen. Nicht nur, daß, wie

schon erwähnt, die Holzbrücken an und für sich baldmöglichst in Stein und Eisen umzubauen waren, mußte eine Anzahl Brücken wesentlich vergrößert werden. Hydrotechnische Aufschreibungen gab es nämlich im Lande gar nicht und mußten erst nach und nach umfangreiche Studien und Beobachtungen angestellt werden, um eine richtige Bemessung des Erforderlichen vornehmen zu können. Dies führte unter anderem zur Erbauung mehrerer größerer Brücken mit je mehreren Öffnungen von 50 bis 54 m Lichtweite und pneumatischer Fundierung. Der erste Bau in letztgenannter Bauart wurde über den Ardafluß bei Adrianopel im Jahre 1880 ausgeführt, als erster seiner Art in der Türkei.

Hiezu sei beigefügt, daß bei den bereits erwähnten eisernen Jochen der im Jahre 1872 erbauten Maritzabrücke unterhalb Adrianopel an den hohlen, gußeisernen Tragsäulen nach und nach Schäden eintraten, sowie auch an den eisernen Brückenträgern. Es war dies durchwegs belgisches Material. Diese Brücke wurde deshalb in den letzten Jahren durch eine neue, mit 50 m Öffnungen und pneumatisch fundierten Widerlagern und Pfeilern ersetzt. Der Oberbau auf den Hauptlinien wurde den durch größeren Verkehr und größere Fahrgeschwindigkeit der Züge gesteigerten Anforderungen entsprechend erneuert, in der Art, daß er dem derzeit üblichen Maximalachsdruk von 17 Tonnen entspricht. Schließlich trat noch eine weitere Ausgestaltung der Bahnanlage aus strategischen Gründen zur Zeit des Balkankrieges und des jetzigen Krieges ein. Dieselbe umfaßte Neuanlagen von kleinen Zwischenstationen, Vermehrung und Verlängerung der Geleisanlagen in den vorhandenen Stationen, Erbauung von Laderampen usw.

* * *

Was die Materialbeschaffung anbetrifft, so wurden für die erste Bauausführung die Schienen und die zugehörigen Verbindungsmittel aus Frankreich, Belgien und England bezogen und die eisernen Brückenkonstruktionen in der ersten Umbauzeit aus Belgien und aus Deutschland. Bei den

weiteren Umbauten und Neubauten wurde von einer Verwendung von belgischem Material abgesehen, da sich dasselbe als minderwertig erwiesen hatte. Die Brückenkonstruktionen wurden dann ausschließlich aus Deutschland bezogen; die österreichischen und die ungarischen Werke wurden stets zu den Ausschreibungen zugezogen, sie konnten aber damals im Preise mit den deutschen Werken noch nicht konkurrieren.

Die Schienenlieferung erhielt in einigen Fällen ein österreichisches Werk, im übrigen aber, der niedrigeren Preisstellung wegen, ein deutsches Werk. Sonst aber wurden und werden noch vielerlei Baumaterialien, Verbrauchsartikel, mechanische und sonstige Einrichtungen aus Österreich und Ungarn bezogen, darunter besonders in beträchtlichen Mengen Zement aus Beoczin, namentlich aber viel Fahrmaterial, und zwar sowohl Lokomotiven, als auch Personen- und Güterwagen.

Der Bedarf an Kohle für die Lokomotivfeuerung wurde ausschließlich durch Bezug englischer Kohle gedeckt, die sich hinsichtlich Preis und Heizkraft am günstigsten stellt; nur während des jetzigen Krieges mußte man sich mit einheimischer Kohle behelfen, da natürlich Zufuhr vom Auslande unmöglich war.

* * *

Was die Verkehrsverhältnisse betrifft, so waren, wie schon gesagt, in den Jahren 1873/74 die früher genannten Linien mit einer Gesamtlänge von 1273 km in regelmäßigen Betrieb gestellt.

Auf die Beschaffung des eigentlichen Verkehrspersonals, im besondern des Stations- und Zugsbegleitungspersonals mußte ein besonderes Augenmerk gerichtet werden, da ja dieser Personalstand endgiltig aus Einheimischen gebildet werden mußte. Dies wurde in der Weise erreicht, daß geeignete einheimische Kräfte durch ausländische Beamte sowohl theoretisch, als auch praktisch den erforderlichen Unterricht erhielten, was nach und nach mit der Inbetriebsetzung der einzelnen Teilstrecken durchgeführt wurde. Schließlich war auf

diese Art der ganze Stand dieser Beamtenkategorie aus Einheimischen gebildet. Es sind dies zumeist Griechen und Armenier sowie auch Spaniolen. Die Streckenwächter und die Streckenarbeiter sind natürlich gleichfalls Einheimische, und zwar Mohammedaner, hauptsächlich im Wächterdienst, unter den Arbeitern aber zumeist Griechen und Bulgaren, außerdem auf dem Saloniker Netze auch Albanesen.

Die politischen Ereignisse der letzten zwei Jahre haben es mit sich gebracht, daß auf den derzeit auf türkischem Gebiete liegenden Linien jetzt auch die Arbeiter nahezu durchwegs Mohammedaner sind. In früheren Jahren hatten solche nur in ganz geringer Anzahl eine Beschäftigung als Streckenarbeiter gesucht.

Der technische Bau- und Maschinendienst ist durch Ausländer besetzt, und zwar der Mehrzahl nach durch Österreicher, Ungarn und Deutsche.

Die Oberbeamten aller Dienstzweige sind Ausländer. Das jungtürkische Regime, das viel Verständnis für die Volksbildung hat, ist noch zu kurze Zeit an der Arbeit, als daß Fachmänner im Lande hätten ausgebildet werden können.

Wie bereits gesagt, war für die ersten Betriebsjahre der Orientbahnen nur ein schwacher Verkehr zu erwarten. Tatsächlich genügte damals für die eingetretenen Bedürfnisse auf den Hauptlinien je ein Personenzug in jeder Richtung und ein Güterzug pro Tag und auf den Nebenlinien ein gemischter Zug. Nur in der Getreideexportsaision war der Güterverkehr lebhaft. Als Massengut stand und steht auch heute noch das Getreide in erster Linie, denn die Türkei ist eben ein Agrikulturstaat. Dann gelangten durch eine Reihe von Jahren nicht unbeträchtliche Mengen von Erzen zur Ausfuhr, und zwar: Mangan, Chrom und Antimon; durch überseeische Konkurrenz wurde schließlich diese Ausfuhr lahmgelegt. An sonstigen, regelmäßig zur Ausfuhr gelangenden Landesprodukten sind zu nennen: Felle und Häute, Wolle, Seidencocons, Trauben, Wein, Eier und Tabak.

Der Export erfolgt zumeist über Dedeagatsch und Salonik, im geringeren Ausmaße über Konstantinopel.

Auf der Linie Novi—Banjaluka war der Verkehr so geringfügig, daß im Jahre 1876 der zwischen der türkischen Regierung und den Orientbahnen bestandene Betriebsvertrag aufgelöst und der Betrieb auf dieser Linie vollkommen eingestellt wurde. Die Betriebslänge der Orientbahnen reduzierte sich hiedurch von 1273 auf 1178 km. Im Jahre 1879 wurde anlässlich der Okkupation Bosniens durch unsere Armeeverwaltung die genannte Linie als Militärbahn in Stand gesetzt und betrieben und bildet nun einen Bestandteil unseres bosnischen Eisenbahnnetzes. So wurde dieser von den Orientbahnen ausgeführte Bahnbau nachträglich den Interessen der Monarchie direkt dienlich.

Auf den sonstigen Linien entwickelte sich der Verkehr nur allmählich; durch die unter dem alten Regime der Türkei bestehenden Hindernisse im internen Verkehr wurde diese Entwicklung sehr verzögert.

Das Reisen per Bahn war für die Einheimischen selbst im Inlande auf kurze Distanzen sehr erschwert. Der Reisende mußte sich vorher bei der zuständigen Behörde einen Paß verschaffen, was Zeit und Geld kostete; an letzterem bei kurzem Reisewege oft mehr, als der Preis der Fahrkarte ausmachte.

Vielfach wurde behufs Erlangung der Reisebewilligung auch der Nachweis gefordert, daß der Bewerber keine Steuerrückstände habe, was wohl in vielen Fällen die Reiselust gedämpft haben mag. Die Türkei war eben damals das Land der Steuerrückstände. Unter dem jungtürkischen Regime ist nun darin Ordnung geschaffen worden.

Auf diese Weise war eine Entwicklung der Handelsbeziehungen und des Verkehrs im Inlande wesentlich gehemmt. Erst nach Beginn der konstitutionellen Ära im Jahre 1908 wurde darin Wandel geschaffen. Die vexatorischen Vorschriften des alten Regimes wurden aufgehoben und aus-

reichende Freizügigkeit gewährt, sowie auch sonst vielerlei zur Hebung des Verkehrs getan.

Eine Folge hievon war unter anderem auch die am Abschlusse befindliche Umgestaltung der 18 km langen sogenannten Stadtstrecke Konstantinopel in eine zweigeleisige Bahn nach modernem System mit Inselferrons, unterführten Zugängen zu den Geleisen usw. Durch diesen Umbau ist nun eine erhebliche Verkehrserleichterung geschaffen und so eine weitere Steigerung der Besiedlung der Vororte und somit auch eine solche des jetzt schon sehr lebhaften Personenverkehrs gewährleistet.

Eine Steigerung des Verkehrs im allgemeinen machte sich begreiflicherweise nach Anschluß der Orientbahnen an das Bahnnetz Mitteleuropas fühlbar, allerdings erst einige Jahre nachher in bemerkenswerter Weise. Davon legen auch die Einnahmen der Orientbahnen Zeugnis ab.

* * *

Fragen wir nach dem Ertragnisse der Orientbahnen, so ist festzustellen, daß sowohl vor als nach dem Anschlusse der Orientbahnen an das europäische Eisenbahnnetz die Bruttoeinnahmen pro Jahr große Schwankungen aufweisen, da dieselben zum großen Teile von dem Ausfall der Ernte und der jeweiligen Konjunktur für den Getreideexport abhängen.

Die Einnahmen sanken in schlechten Jahren bis auf 7500 Franken pro Kilometer; im Maximum erreichten sie in vorgenannter Zeitperiode den Betrag von 10.500 Franken pro Kilometer.

Eine stetige Zunahme trat vom Jahre 1903 an ein, von wo aus sich die Verbindung mit Mitteleuropa anhaltend bemerkbar machte. Im genannten Jahre betragen die Einnahmen 10.226 Franken pro Kilometer; sie stiegen stetig bis 1908 auf 12.144 Franken, und von da ab machte sich die bereits hervor gehobene Einwirkung der von der konstitutionellen Regierung zugestandenen Verkehrserleichterungen in sehr merklicher und

erfreulicher Weise fühlbar. Vom Jahre 1908 an stiegen nämlich die Einnahmen bis 1911 stetig bis auf 17.819 Franken pro Kilometer.

Da im Jahre 1912 in der Türkei die noch heute andauernde Kriegszeit begann, also für die Einnahmen ganz außergewöhnliche Faktoren maßgebend sind, würde ein weiterer ziffermäßiger Vergleich mit den Vorjahren kein richtiges Bild geben. Es kann nur beigefügt werden, daß die Einnahmen ab 1912 weiterhin gestiegen sind.

* * *

Bereits im Jahre 1881 begannen die Verhandlungen wegen Anschlusses an Mitteleuropa zwischen den an diesem Anschlusse beteiligten Staaten. Es handelte sich um die Linie Budapest—Belgrad—Nisch, ferner von da einerseits über Sofia nach Bellowa, anderseits über Sibeftsche nach Üsküb zum Anschlusse an die Endpunkte der Orientbahnen. Im Jahre 1883 war das Übereinkommen in der sogenannten Conférence à quatre perfekt geworden; durch politische Ereignisse verzögerte sich aber die Fertigstellung der noch zu erbauenden Bahnstrecken bis zum Jahre 1888.

Der direkte Verkehr ab Wien nach Salonik wurde am 25. Mai 1888 und der nach Konstantinopel am 12. August 1888 aufgenommen. Dem täglich in jeder Richtung verkehrenden Schnellzuge reihte sich bald nachher der sogenannte Orient-Express Paris, beziehungsweise Berlin—Konstantinopel an.

Die Teilstrecke Sibeftsche—Üsküb dieser Anschlußlinien lag auf türkischem Gebiete; sie ist 85 km lang und wurde im Auftrage der türkischen Regierung von einer französischen Bauunternehmung erbaut; der Betrieb auf derselben wurde dann den Orientbahnen übertragen.

Eine weitere Betriebsübertragung an die Orientbahnen erfolgte im Jahre 1894 seitens der deutschen Gesellschaft der „Eisenbahn Salonik—Monastir“ für diese 219 km lange Linie, deren Bau im vorgenannten Jahre fertiggestellt wurde. Zu

diesem Zeitpunkte hatte demnach das Betriebsnetz der Orientbahnen eine Länge von 1482 km.

Eine weitere Betätigung der Verwaltung der Orientbahnen bestand in der Durchführung der Studien mehrerer in Aussicht genommenen Bahnlinien, so vor allem im Jahre 1908 die Studie der sogenannten Sandschakbahn Mitrowitza—Uvac zum Anschlusse an die bosnischen Landesbahnen, behufs Herstellung einer direkten Verbindung zwischen der Monarchie und Salonik mit Umgehung Serbiens; ferner im Jahre 1912 die Studie einer Verbindungslinie der bulgarischen Bahnen mit dem Saloniker Netze, das ist von Gruschewo nach Kumanowo. Die in zwischen eingetretenen politischen Ereignisse hinderten bisher die Durchführung dieser Projekte.

Einige Daten über den Anschluß an die griechischen und kleinasiatischen Bahnen sollen darstellen, wie die Orientbahnen ein Bindeglied zwischen Mitteleuropa und diesen weiter abgelegenen Gebieten bilden.

Seitens des griechischen Staates war schon vor Jahren das von Athen sich über Nordgriechenland verzweigende Bahnnetz bis an die frühere türkisch-griechische Grenze bei Papapuli am Ägäischen Meere ausgebaut worden. Die Anschlußlinie von da nach Salonik war unter dem alten Regime der Türkei Gegenstand wiederholter Verhandlungen, die aber erfolglos blieben. Als nach dem Balkankriege Griechenland im Jahre 1913 Besitz von Salonik und dem Hinterland nahm, kam diese Frage rasch zur Lösung. Die griechische Regierung ließ baldigst den Bau dieser Linie in Angriff nehmen; er wurde einer französischen Baugesellschaft übertragen, erlitt aber anlässlich des Ausbruches des jetzigen Weltkrieges eine Unterbrechung. Die zu dieser Zeit rückständig gewesenen Bauarbeiten sind aber nicht mehr sehr umfangreich, so daß nach Beendigung des Krieges binnen Jahresfrist deren Abschluß erfolgen kann. Es wird dann eine direkte Bahnverbindung von Wien über Belgrad nach Athen geschaffen sein; die Länge dieser Strecke beträgt 1825 km.

In der asiatischen Türkei bestand in den siebziger Jahren, soweit es sich um die Weiterführung des Verkehrs per Bahn ab Konstantinopel handelt, nur die 93 km lange Bahn Haidarpascha—Ismid. Haidarpascha liegt am asiatischen Ufer des Bosphorus gegenüber von Konstantinopel, wo in dem türkischen Stadtteil Stambul die Orientbahnen endigen. Die Ismid-Linie war Eigentum des türkischen Staates, wurde zeitweise durch ihn, zeitweise durch eine private Gesellschaft betrieben und führte ein kümmerliches Dasein. Im Jahre 1888 bildete sich die deutsche Gesellschaft der „Anatolischen Bahnen“. Sie kaufte die vorgenannte Bahn an und baute von Ismid weiter über Eskischeir ein Netz, das im Jahre 1892 bis Angora und im Jahre 1896 bis Konia ausgebaut war. Dieses Netz hat eine Länge von 1034 km, einschließlich der beiden kurzen Zweiglinien nach Adabazar und nach Kutaiha; es wird von der genannten Gesellschaft betrieben.

Sodann trat die Frage der Fortsetzung der Bahn von Konia nach Bagdad, bzw. bis zum persischen Golf auf. Im Jahre 1903 erwarb eine deutsche Gesellschaft unter dem Namen „Bagdadbahngesellschaft“ die Konzession für den Bau und Betrieb dieser Bahn, und zwar vorerst bis Bagdad; die Weiterführung derselben bis zum persischen Golf sollte einer späteren Vereinbarung vorbehalten bleiben, wobei es sich um eine Linie von zirka 550 km bis Bassora, eventuell um weitere 130 km bis Koweit handelt. Die Länge der Bagdadbahnstrecke Konia—Bagdad beträgt 1978 km und die der beiden Zweiglinien nach Mersina und nach Alexandrette am Mittelmeere 67, bzw. 59 km; es stellt sich hienach die Gesamtlänge auf 2104 km und die Gesamtlänge der nach Vollendung der Bagdadbahn in deutscher Verwaltung stehenden asiatischen Bahnen auf 3138 km. Beizufügen ist, daß bei denselben auch österreichisches Kapital beteiligt und durch den Wiener Bankverein in den Eisenbahnverwaltungen vertreten ist.

Der Bau der Bagdadbahn wurde von jenen Punkten aus in Angriff genommen, zu welchen eine Zufuhr von Auslandsmaterial und Fahrbetriebsmitteln per Bahn oder Schiff möglich

war; das sind Konia, Mersina, Alexandrette und Bagdad. Der Fortschritt der Bauarbeiten wurde durch die seit 1911 in der Türkei bestehenden kriegerischen Ereignisse begreiflicherweise nachteilig beeinflusst. Zurzeit stehen noch folgende Teilstrecken im Bau: der Übergang über das Taurusgebirge bei Bozanti mit 36 km Länge; daselbst sind große technische Schwierigkeiten zu überwinden; dann der Übergang über das Amanusgebirge bei Bagtsche mit 53 km Länge, in welchem ein Tunnel von rund 6 km Länge liegt, und schließlich die Teilstrecke von Rees-el-Ain bis Samara mit 587 km Länge. Alle übrigen Teilstrecken wurden nach und nach fertiggestellt und jeweilig sofort in Betrieb gesetzt.

Die Verbindung zwischen dem Endpunkt der Orientbahnen in Stambul und Haidarpascha, der Kopfstation des kleinasiatischen Netzes, wird derzeit für Personen durch Dampfschiffe (15 Minuten Fahrzeit) und für Frachtgüter durch Leichterschiffe von 30 bis 50 Tonnen Tragfähigkeit vermittelt.

Das zunächst für die direkte Überführung von Eisenbahnwagen über den Bosphorus zu wählende Mittel wird wohl die Einrichtung eines Trajektschiffes sein. Die Erbauung einer Brücke über den Bosphorus samt den zugehörigen Zufahrtsstrecken würde bei den durch die örtlichen Verhältnisse bedingten technischen Schwierigkeiten nur unter Aufwendung von unverhältnismäßig hohen Ausgaben ermöglicht werden können.

Ein Blick auf die Karte zeigt, welche große Wegstrecken von uns aus bis zu dem derzeit in Betracht kommenden östlichsten Endpunkte der Bahnen im nahen Osten zurückzulegen sind. Beträgt ja die Länge der Eisenbahnlinie von Wien bis Bagdad 4263 km, also nahezu siebenmal so viel als die der 623 km langen Strecke Wien—Semlin.

Von der Station Aleppo der Bagdadbahn führt eine Linie nach Süden, normalspurig bis Damaskus—Mesrib, mit Zweiglinien ans Meer Homs—Tripolis und Rajak—Beyrut. Diese Bahn hat eine Länge von 682 km und ist ein französisches

Unternehmen, ebenso wie die schmalspurige Bahn Jaffa—Jerusalem mit 87 km Länge.

In Damaskus beginnt die nach Medina—Mekka führende schmalspurige sogenannte Hedjasbahn mit der Zweiglinie Derat—Haifa. Ausgebaut ist diese Linie bis Medina, einschließlich der vorgenannten 163 km langen Zweiglinie. Die Entfernung von Damaskus bis Medina beträgt 1305 km und von da bis Mekka 470 km, und die Entfernung von Wien bis zum derzeitigen Endpunkte Medina 4625 km.

Die Hedjasbahn wurde von der türkischen Regierung unter Beihilfe ausländischer Ingenieure erbaut und wird auch von ihr betrieben.

So werden nun für Handel und Industrie weit entlegene Gebiete durch alle diese Bahnlinien für direkten Bahnverkehr erschlossen. Dies beleuchtet am besten die Bedeutung der Orientbahnstrecke als Teil des direkten Schienenweges von Berlin und Wien nach Konstantinopel und Bagdad und erklärt das politische Interesse, das sich insbesondere in den letzten Jahren an das Schicksal dieser Bahngesellschaft geknüpft hat.

Dieses Schicksal war von Anfang an mit den europäischen Ereignissen eng verbunden.

* * *

Die Orientbahnen hatten seit ihrem Bestehen vielfach den Rückschlag politischer Ereignisse auszuhalten und insbesondere eine Reihe von Kriegsjahren durchzumachen, und zwar den türkisch-russischen Krieg in den Jahren 1877, 1878, 1879, die ostrumelische Revolution 1885, den türkisch-griechischen Krieg im Jahre 1897, den Aufstand in Albanien 1907, die jungtürkische Revolution 1908/09, den Balkankrieg 1912/13 und den jetzigen Weltkrieg.

Die Orientbahnen haben den an sie seitens der Armeeverwaltung gestellten Anforderungen zu allen Zeiten einwandfrei entsprochen und wurde der Bahnverwaltung seitens der türkischen Regierung zu wiederholtenmalen die volle Anerkennung ihrer Leistungen ausgesprochen.

Bahnbeschädigungen durch Kriegereignisse kamen im Jahre 1877/78 in geringem Umfange vor; es wurden einige Stationen und eine Holzbrücke niedergebrannt. Hingegen waren diese Beschädigungen im Balkankriege 1912/13 recht bedeutend. Nicht nur mehrere Stations- und sonstige Dienstgebäude, Drehscheiben, Wasserstationen und Geleise samt Weichen wurden zerstört, sondern auch 18 eiserne Brücken, darunter zwei große, sowie 9 Durchlässe gesprengt. Die sukzessive Wiederinstandsetzung der Bahn wurde, der Zurückziehung der feindlichen Armeen auf dem Fuße folgend, durchgeführt, natürlich vorerst in provisorischer Ausführung.

Im Jahre 1878/79 lag der größte Teil des Konstantinopler Netzes durch 14 Monate im russischen Okkupationsgebiete. Der Betrieb der Bahn wurde von den Orientbahnen geführt; die russischen Aufsichtsorgane mengten sich in die Detailabwicklung des Verkehrs nicht ein.

Recht bewegt gestaltete sich das Schicksal der Orientbahnen in der Zeit der Albaneraufstände des Jahres 1907 und der darauf folgenden innerpolitischen Vorgänge in der Türkei. In den Kämpfen der türkischen Armee gegen die aufständischen Albaner, in dem Marsche der jungtürkischen Saloniker Armee gegen die Konstantinopler Truppen Abdul Hamids fiel den Orientbahnen eine wichtige und überaus schwierige Rolle zu. Der Herbst 1908 brachte die Annexion Bosniens und die gleichzeitige Unabhängigkeitserklärung Bulgariens. Die unmittelbare Folge davon war für die Orientbahnen der Verlust der von ihr bisher auf dem ostrumelischen Gebiete Bulgariens betriebenen Strecke nach Philippopol und Jamboli in der Gesamtlänge von 310 km, welche die bulgarische Regierung als Folge der Souveränitätserklärung des Staates dem bulgarischen Staatsbetriebe einverleibte. Andererseits forderte die türkische Regierung, daß die Betriebsgesellschaft ihre Ausnahmsstellung als einzige ausländische Aktiengesellschaft aufgebe und sich in eine solche ottomanischer Nationalität verwandle, welchem Verlangen die Gesellschaft bereitwillig nachkam, wie sie überhaupt den berechtigten nationalen

Wünschen der türkischen Behörden jederzeit volles Verständnis und Entgegenkommen bewiesen hat.

Mit dem Herbste 1912 begann wohl die schwierigste Periode in der Geschichte der Orientbahnen. Die siegreichen Bulgaren drangen bis Tschataldscha und Dedeagatsch vor und beinahe das ganze östliche Netz der Gesellschaft gelangte in den Betrieb der bulgarischen Militärverwaltung. Gleichzeitig wurde Albanien und der nördliche Teil Mazedoniens von den serbischen Armeen und Süd-Mazedonien von den griechischen Truppen besetzt.

In Salonik und dem nächsten Hinterlande dieser Stadt setzte die Gesellschaft mit voller Unterstützung der griechischen Regierung ihren Betrieb auch während der Kriegsdauer fort, in den von Serbien okkupierten Gebieten hingegen trat die Militärverwaltung an ihre Stelle. Als während des zweiten Balkankrieges die Türkei den größten Teil von Thrazien, einschließlich Adrianopel, wieder besetzen konnte, wurde die Gesellschaft wieder in den Betrieb ihres ganzen östlichen Netzes eingesetzt, so daß die beiden Balkankriege ihr nur den Verlust ihrer auf serbischem Territorium gelegenen Strecke gebracht hatten.

Zufolge des Bukarester Friedens verteilte sich das gesamte Netz der Orientbahnen auf vier Territorien, nämlich auf die Türkei, Bulgarien, Griechenland und Serbien. Die überaus verwickelten staats- und privatrechtlichen sowie finanziellen Probleme, die aus dieser Vierteilung entsprangen, sollten mit anderen ähnlichen Konsequenzen der Balkankriege durch eine internationale Fachkommission geregelt werden, deren Arbeiten jedoch durch den Ausbruch des Weltkrieges unterbrochen wurden.

Gegenwärtig ist wieder alles im Fluß. Die Armeen der beiden Kaiserreiche und Bulgariens halten die Gebiete besetzt, die Serbien vorübergehend erworben hatte, und besorgen derzeit den Betrieb auf diesen Strecken der Orientbahnen; auf dem griechischen Territorium werden die Teilstrecken der Orientbahnen und der von ihr betriebenen Salonik—Monastir-

bahn für die Kriegsdauer teils durch die griechische Staats-eisenbahnverwaltung, teils durch die englisch-französischen Militärbehörden betrieben.

Bulgarien hat seit Oktober 1915 den Staatsbetrieb auf der Linie von Adrianopel nach Dedeagatsch eingeführt, welche zufolge der neuesten Grenzregulierung nunmehr vollkommen auf bulgarischem Territorium liegt. Die Orientbahngesellschaft soll nach den Absichten der bulgarischen Regierung für den entstehenden Entgang eine angemessene Geldentschädigung erhalten.

Der konzessionsmäßige Betrieb der auf türkischem Territorium verbliebenen Reststrecke geht unverändert vor sich und wird der außergewöhnlich gesteigerte Verkehr zur vollsten Zufriedenheit der türkischen Zivil- und Militärbehörden bewältigt.

Eine Klärung der Gesamtverhältnisse der Orientbahngesellschaft wird selbstverständlich erst im Zuge oder im Gefolge der künftigen Friedensverhandlungen möglich sein.

* * *

Der Einfluß der Bahnen auf die Landesverhältnisse hat sich sehr bedeutsam gestaltet, wie in allen vom Weltverkehr nicht berührten Ländern. Besonders trat er in der Entstehung neuer Wohnorte und allerdings auch zuweilen in einem Rückgang bestehender zutage.

Im Bereiche der Orientbahnen ist der folgende, besonders markante Fall hervorzuheben: Vor dem Bahnbau war die Stadt Enos der Aus- und Einfuhrplatz für ganz Rumelien. Sie liegt an der Einmündung des Maritzaflusses in das Ägäische Meer; auf diesem Flusse wurde der Transport der Waren von und zu den Dampfern bis Adrianopel und Philippopel vorgenommen. Adrianopel war außerdem der Stapelplatz für das Hinterland und speziell der Zentralplatz für den Getreidehandel. Nach Inbetriebsetzung der Orientbahnen änderte sich die Sachlage vollständig. In Dedeagatsch, dem Endpunkte des rumelischen Bahnnetzes am Ägäischen Meere, wo zur Zeit des Beginnes des Bahnbaues überhaupt keine Ortschaft, ja nicht einmal ein Ge-

hört bestand, konzentrierte sich nach Eröffnung der Bahn natürlich der ganze Handel. Es entstand daselbst eine neue Stadt, die im Jahre 1912 bereits 12.000 Einwohner zählte. Enos ist sozusagen in vollem Niedergange und auch Adrianopel hat, da es nunmehr nur ein Durchgangsort ist, hinsichtlich des Handels an Bedeutung eingebüßt.

Allerdings war es für diesen Landesteil schon hohe Zeit, daß durch eine Eisenbahn ein neuer Verkehrsweg geschaffen wurde; denn infolge Mangels jedweder Instandhaltung des Wasserweges der Maritza zur Zeit des alten Regimes in der Türkei hatte die Versandung des Flusses im Laufe der Zeit große Fortschritte gemacht und war nun so weit gediehen, daß anfangs der achtziger Jahre eine sachgemäße Benützung des Flusses zum Warentransport nicht mehr möglich gewesen wäre, ohne Millionen für eine Flußregulierung aufzuwenden. Außer der neuen Stadt Dedeagatsch sind an vielen Stationen der Orientbahnen, in deren Nähe nur armselige Dörfer lagen, neue Ortschaften, mitunter von ansehnlichem Umfange, entstanden.

Durch die Bahn wurde die Gelegenheit geboten, neue geschäftliche Verbindungen anzuknüpfen und bestehende zu erweitern; die bestandenen Städte und Ortschaften bekamen größeren Handelsverkehr, nahmen an Ausdehnung zu und die Bedürfnisse stiegen. Selbstverständlich mußten alle diese Umstände auch einen Einfluß auf die Hebung der Landwirtschaft, dieses wichtigsten Faktors in der Türkei, ausüben. Hier handelte es sich aber darum, die Bewirtschaftung des Landes zu verbessern.

Der Feldbau wurde damals durchwegs in höchst primitiver Weise betrieben, wie es eben die Leute von ihren Vorfahren übernommen hatten. Nach langen Bemühungen des türkischen Ackerbauministeriums ist es mit Beihilfe der Verwaltung der Orientbahnen gelungen, nach und nach moderne Pflüge und Eggen, sowie auch Dreschmaschinen, und zwar vorerst auf größeren Grundbesitzen, in Verwendung bringen zu lassen. Die Beihilfe der Orientbahnen bestand nicht nur in zweckentsprechender Anleitung der Bevölkerung, sondern in dem

Zugeständnisse billiger Transporttarife der Ackerbaugeräte, in der Organisation von Verkaufsstellen mit günstigen Bezugsbedingungen und Übernahme der von Zeit zu Zeit erforderlich werdenden Reparatur der Geräte, die anfangs nur in den Werkstätten der Gesellschaft ausgeführt werden konnten.

Leider ist diese Modernisierung des Feldbaues noch immer nicht so weit verbreitet, als es im Interesse des Landes wünschenswert wäre. Die inneren und äußeren Verwicklungen haben die Tätigkeit der jungtürkischen Verwaltung noch nicht genügend zur Wirksamkeit gelangen lassen.

Ein weiteres, sehr wichtiges Moment in der kulturellen Einwirkung der Bahnen war das Schulwesen, veranlaßt durch die Sorge für die Erziehung der Kinder von Bahnbeamten mit deutscher Muttersprache. In Konstantinopel gab es zur Zeit des Bahnbaues wohl eine österreichisch-ungarische Schule und eine Deutsch-Schweizer Schule nach heimischem Muster. Im Innern des Landes jedoch gab es nur hie und da Klosterschulen mit französischem oder italienischem Unterricht. Im Jahre 1881 wurde in Adrianopel die erste Eisenbahnerschule durch zwei österreichische Ingenieure ins Leben gerufen; als Grundlage hierfür diente die Bildung einer Ortsschulgemeinde der Bahnbeamten. Diesem Beispiele folgten später die Beamtenkolonien in Jedikule (bei Konstantinopel), Philippopel, Salonik und Üsküb.

Die Lebensfähigkeit dieser Anstalten wurde in erster Linie dadurch ermöglicht, daß die Verwaltung der Orientbahnen außer regelmäßigen Unterstüzungen die Mittel zur Erbauung und Einrichtung der Schulgebäude beistellte; ferner wurden diese Schulen sowohl von uns als auch von der deutschen Reichsregierung subventioniert. Die Unterrichtssprache in allen diesen, der Hauptsache nach als Volksschulen mit Kindergärten eingerichteten Anstalten ist die deutsche; an denselben wirken teils österreichische, teils reichsdeutsche Lehrkräfte. Die Schulen in Adrianopel und Salonik haben sich mit der Zeit zu achtklassigen mit einer Handelsklasse ausgebildet. Diese Schulen werden aber nicht nur von den Kindern der Bahnbeamten besucht, sondern auch, und zwar sehr zahlreich,

von Kindern einheimischer Familien verschiedener Nationalität und verschiedenen Glaubens. Dies hat zur erfreulichen Folge, daß in nicht zu übersehendem Umfange Kultur und Sitten Österreich-Ungarns und Deutschlands in die bessere Klasse der Bevölkerung in den von der Bahn durchzogenen Gebieten getragen wurde.

Aber noch in einer anderen Beziehung darf der kulturelle Einfluß nicht unterschätzt werden, den die Orientbahngesellschaft auf den Entwicklungsgang der Türkei ausgeübt hat. Als zu Beginn der siebziger Jahre der Betrieb eröffnet wurde, stellte die Gesellschaft wohl den ersten, auf das ganze Land verbreiteten Organismus dar, der in diesem damals noch ganz mittelalterlichen Staate berufen war, nach den Grundsätzen einer modernen europäischen Verwaltung seine Tätigkeit auszuüben. Man kann leicht ermessen, mit welcher Schwierigkeit es verbunden war, den zum großen Teile aus einheimischen Elementen zusammengesetzten Beamtenkörper, der im fortlaufenden Kontakt mit den Landesbehörden und dem Publikum stand, zu pünktlicher Arbeit und strengster Pflichterfüllung zu erziehen.

Es ist trotz aller Schwierigkeiten gelungen, einen Verwaltungsapparat zu schaffen, der mustergültig funktioniert; sonach haben die Orientbahnen auch in diesem Sinne im nahen Osten eine verdienstvolle Kulturarbeit geleistet und dem Namen der Monarchie Ehre gemacht.

Wie sich das Schicksal dieser Eisenbahnunternehmung, die in den letzten Jahrzehnten von den historischen Ereignissen so nahe berührt wurde, weiterhin gestalten wird, kann gegenwärtig, da der Kampf um die territoriale Gestaltung der Balkanhalbinsel noch in vollem Gange ist, noch nicht beurteilt werden. Eines kann aber schon heute wohl mit Sicherheit gesagt werden, daß nämlich die Arbeit aller jener Angehörigen der Monarchie, die seit beinahe fünfzig Jahren an der Erschließung der Balkanhalbinsel mitgewirkt haben, für unser Ansehen und für unseren wirtschaftlichen Einfluß im nahen Osten nicht ohne Ergebnis geblieben ist.

Schiffahrtsverhältnisse Österreich-Ungarns in der Levante und in den Balkanstaaten bis zum Aus- bruche des Weltkrieges.

Von

Hofrat Albert Frankfurter,

Generaldirektor des «Österr. Lloyd».

In weite Vergangenheit reichen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen unserer Monarchie zu den Ländern des Balkans und der Levante, und die Bestrebungen der Gegenwart, den Handel und Verkehr dieser Länder immer enger an uns zu fesseln, knüpfen an große historische Traditionen an. Schon in den Zeiten, in denen von einer österreichischen Schiffahrt nur in sehr bescheidenem Maße die Rede sein konnte, weil die Republik Venedig die ausschließliche Seeherrschaft in der Adria für sich in Anspruch nahm und einen Seehandel der österreichischen Küste nur insoweit aufkommen ließ, als er ihren eigenen Interessen nicht gefährlich zu werden vermochte, bestanden lebhafteste Handelsbeziehungen zwischen der Monarchie und den Ländern des östlichen Mittelmeeres. Die politische Entwicklung, die — wie ja die unmittelbare Gegenwart mit unwiderlegbarer Deutlichkeit vor Augen führt — in engstem Zusammenhange mit den Handelsinteressen der Völker steht, ließ, nachdem die Kämpfe zwischen Österreich und der Türkei zum Abschlusse gekommen waren, das kommerzielle Band, das unser Vaterland mit

dem nahen Orient verknüpft, immer enger werden und die Beziehungen zu den Ländern des östlichen Mittelmeerbeckens erstarken und vertiefen.

Schon Karl VI. wandte den Seeangelegenheiten reges Interesse zu und errichtete auf den Trümmern einer bereits im Jahre 1671 begründeten, aber bald wieder verkümmerten levantinischen Handelsgesellschaft mit dem Laxenburger Patent vom 27. Mai 1719 die sogenannte Orientalische Kompagnie, die, mit der Verwaltung in Wien und einer Generalagentur in Triest, eine selbständige Entwicklung nahm und ein Gegengewicht gegen den kommerziellen Einfluß Venedigs zu werden bestimmt war. Schwerfälligkeit der Organisation, unreelle Gebarung mehrerer ihrer Direktionsmitglieder und Agenten und manche andere Momente, nicht zuletzt mangelndes Verständnis der heimischen Kaufmannschaft für den großen Handel hinderten die erhoffte Entfaltung und ließen diese erste größere österreichische Schiffahrtsunternehmung im Jahre 1741 sang- und klanglos verschwinden. Unter der Ungunst der widrigen Verhältnisse, die durch die Vorherrschaft Venedigs in der Adria und die damals sehr ausgebildete Seeräuberei bedingt waren, nahm die österreichische Handelsmarine in der Folgezeit einen nur sehr bescheidenen Aufschwung. Im Jahre 1760 betrug der Stand der österreichischen Handelsmarine 127 Schiffe mit einer Bemannung von 927 Seeleuten. Noch 1772 übten venezianische Kriegsschiffe Gewalttätigkeiten gegen heimische Kauffahrer, und ohne maritime Machtmittel, gegen deren Entfaltung sich merkwürdigerweise die Triester Kaufmannschaft und teilweise selbst das dortige Gubernium gesträubt hatten, war die Entwicklung einer Handelsmacht zur See unmöglich. Eine intensivere Betätigung Österreichs in der Adria ward erst gegeben, als es nach Beendigung der napoleonischen Kriege in den endgültigen Besitz Dalmatiens und des einstmals venezianischen Istriens gelangt war.

Die kurz darauf einsetzende Verwendung der Dampfkraft zum Schiffsantriebe zur See lenkte auch den Verkehr der

österreichischen Küste — vor allem Triests — in neue Bahnen und führte, nachdem schon im Jahre 1832 zum ersten Male zwei griechische Dampfer, „Miltiades“ und „Achilleus“, im Triester Hafen erschienen waren, im Jahre 1836 zur Gründung der Dampfschiffahrts-Gesellschaft des Österreichischen Lloyd, deren Entwicklung in der Folge so eng mit der Entwicklungsgeschichte unserer Handels- und Verkehrsbeziehungen zu den Ländern des Balkans und der Levante verwoben ist, daß beide kaum voneinander zu trennen sind.

Das zunächst mit einem Kapital von 1 Mill. Gulden K. & M. gegründete Unternehmen, dessen Zweck die Verbindung Triests mit den Echellen des Orients mittels Dampfbooten sein sollte, hatte in seinem Finanzplane die Erwerbung von 6 Dampfern vorgesehen. Die ersten Linien, die der Österreichische Lloyd zu befahren gedachte, waren je eine Linie: von Triest nach Kreta mit Berührung von Korfù, Patras und Zante; zwischen Kreta und Alexandrien; ferner von Kreta oder Athen über Syra, Smyrna, Mytilene nach Konstantinopel; endlich zwischen Saloniki, Zypern und Syrien, wozu noch kurz nachher der bisher von einer englischen Unternehmung besorgte Verkehr zwischen Triest und Venedig mit 2 weiteren Dampfern und Fahrzeugen nach Istrien und Dalmatien kam. Damit drang die österreichische Schifffahrt in ein Gebiet ein, das die Franzosen bisher als ihre Domäne zu betrachten gewohnt waren, und setzte sich einem schweren Konkurrenzkampf mit der von den betreffenden Regierungen auch materiell unterstützten französischen und neapolitanischen Schifffahrt aus. Die Sympathien, die die eingeborne Bevölkerung den österreichischen Dampfern, wo sie erschienen, entgegenbrachte, und die infolgedessen von Jahr zu Jahr zunehmende Ausdehnung des Geschäftes, ermöglichten eine sukzessive Ausgestaltung des Verkehres durch Einrichtung einer regelmäßigen Linie zwischen Konstantinopel, Smyrna und Syrien im Jahre 1841, die Verdichtung des Verkehres zwischen Triest und Konstantinopel und die Herstellung von wöchentlichen, beziehungsweise 14tägigen Verbindungen mit den

Donauhäfen sowie mit Kleinasien bis Trapezunt, ferner mit Syrien, Kreta und Ägypten. Ein Übereinkommen mit der P. & O. Company regelte die gegenseitige Übernahme von Waren und Reisenden in Korfù zur Weiterbeförderung nach den verschiedenen Häfen der Linien beider Gesellschaften. Die Tätigkeit des Österreichischen Lloyd im Verkehre mit dem westlichen Mittelmeere und in der italienischen Schifffahrt soll hier ganz außer Betracht bleiben. — Die sehr ernstesten Versuche, die indische Post von Alexandrien über Triest zu lenken, zeitigten auch den Plan der Einführung einer direkten Linie zwischen Triest und Alexandrien; die mit der englischen Regierung geführten Verhandlungen scheiterten jedoch und die Errichtung der direkten Ägyptenlinie mußte einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben.

Für die Bedeutung, die die österreichische Dampfschiffahrt in kurzer Zeit erlangte, ist es kennzeichnend, daß Graf Stadion, der Leiter des küstenländischen Guberniums, in einem Berichte vom Jahre 1845 sagen konnte, daß „die Regierungen der Staaten am Mittelmeere mit Neid und Eifersucht auf die Prädominanz der österreichischen Dampfschiffahrt in der Levante sehen“. Der Lloyd, der im Jahre 1836/37 über 7 Dampfschiffe verfügt hatte, die 43.652 Seemeilen zurücklegten und 5383 q Waren beförderten, nannte ein Jahrzehnt darnach 20 Dampfer sein eigen, mit einem Wegedurchlauf von 334.495 Seemeilen und einer beförderten Warenmenge von 133.769 q, welche sich bis zum Jahre 1913 auf 68 Dampfer, einen Wegedurchlauf von 2,432.727 Meilen und eine beförderte Warenmenge von 15,731.620 q steigerte.

Der Wettbewerb in der Levante ward immer lebhafter, der französischen und englischen Konkurrenz gesellten sich zeitweise italienische, türkische und griechische Schifffahrtsgesellschaften zu, und es bedurfte der Anspannung aller Kräfte, um die einmal errungene dominierende Stellung zu behaupten und das Netz von Verbindungen, das, von Triest ausgehend, das ganze östliche Becken des Mittelländischen Meeres umspannte,

auszugestalten. In den Jahren bis 1856 folgte die Einrichtung einer neuen Linie von Konstantinopel nach Burgas, Varna und Batum, es wurde die Verbindung mit Alexandrien verdichtet, eine Linie nach Albanien errichtet, sowie Schnellfahrten nach Konstantinopel neu ausgeführt. Zu dieser Zeit begann auch das engere Vertragsverhältnis zwischen dem Österreichischen Lloyd und der Staatsverwaltung, das zu immer genauer umschriebener Festlegung der beiderseitigen Leistungen führte und eine wesentliche Voraussetzung für die Fortführung und Verbesserung des unter stets schwierigeren Konkurrenzverhältnissen besorgten Schiffahrtsdienstes in der Levante wurde. Während die vorher dem Österreichischen Lloyd aus öffentlichen Mitteln gewährten Beträge den Charakter einer bloßen Staatshilfe hatten, wurde vom Jahre 1856 angefangen dem Lloyd eine Entschädigung nach der im Postdienst zurückgelegten Meilenanzahl zugesichert und damit eine Entlohnung für vertragsmäßige Leistungen im Interesse des allgemeinen Verkehrs festgelegt. Wurde auf diese Weise das Rückgrat der österreichischen Schiffahrt in der Levante gestärkt, so bekundete der Staat durch diese Art des Entgeltes und die ihm dadurch zustehende Einflußnahme auf das Liniennetz und den inneren Dienst der Gesellschaft das tiefgreifende Interesse, das aus politischen und kommerziellen Gründen für die gesamte Staatswirtschaft an der Aufrechterhaltung und Ausgestaltung der Vorherrschaft der österreichischen Flagge im nahen Oriente gegeben war.

Eine vorübergehende Betriebseinstellung von drei Monaten infolge der kriegserischen Ereignisse des Jahres 1859, während deren nur die Fahrten im Schwarzen Meere und zu den Donauhäfen aufrecht bleiben konnten, hinterließ zwar keine dauernde Beeinträchtigung der österreichischen Schiffahrtsinteressen, doch verhinderten die andauernd unsicheren Verhältnisse nach dem Kriege die Wiederaufnahme der Linien im Golfe von Patras und an der Karamanischen Küste. Von sehr tiefgreifender Einwirkung war die Steigerung der schwierigen Konkurrenzverhältnisse zu einem einige Jahre hindurch

hartnäckig geführten Tarifkriege in der Levante, der bedeutende Einnahmeausfälle für alle beteiligten Unternehmungen im Gefolge hatte und erst im Jahre 1861 durch eine Vereinbarung zwischen den konkurrierenden Gesellschaften beigelegt wurde.

Der Umfang der Verkehrsleistungen des Österreichischen Lloyd erhellt aus der Anzahl der Fahrten, die unternommen wurden und im Jahre 1866 231 Reisen in die Levante, 159 Fahrten nach der Donau und im Schwarzen Meere, 167 Reisen im Archipel und 689 an den österreichischen Küsten und nach Albanien umfaßten. Die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Lloyd und Staatsverwaltung im Jahre 1865 konnte bereits an jährlichen Schnellfahrten vorsehen: 48 zwischen Triest und Alexandrien, 52 nach Konstantinopel und 78 von Konstantinopel nach Küstendje, von welch' letzteren die Hälfte bis Odessa auszudehnen war. Außerdem waren wöchentliche Reisen zwischen Triest und Smyrna und 39 Reisen zwischen Konstantinopel und Galatz mit Meilengeldern bedacht, während der Lloyd wöchentlich 2 Reisen nach Albanien und überdies einige Linien nach Istrien und Dalmatien ohne Entgelt zu unterhalten verpflichtet war.

In die Geltungsdauer dieses Vertrages fällt der Bau des Suezkanals, der im Jahre 1869 eröffnet wurde und das Mittelmeer zur Durchzugsstraße für den Verkehr nach Indien und dem fernen Osten machte. Leider versäumte es Österreich, für diesen Verkehr rechtzeitig die günstige Lage Triests auszunützen, welches „das südliche Hamburg Deutschlands und Mitteleuropas“ zu werden geeignet war. Finanzielle Schwierigkeiten, mangelnde Einsicht und Voraussicht verhinderten die Erringung einer Vorzugsstellung für Triest in diesem Verkehrsgebiete, und nur schrittweise mußte sich die österreichische Schifffahrt ihre heute geachtete Stellung im fernen Osten erringen. Des Verkehres über den Suezkanal nach Indien und Ostasien muß in diesem Zusammenhange nur deshalb Erwähnung getan werden, weil er nicht ohne Einfluß auf die Befruchtung der Schifffahrtsverbindungen mit Ägypten

bleiben konnte. So sicherte ein im Jahre 1867 mit der „Bombay and Bengal Steam Navigation“ abgeschlossenes Übereinkommen der Alexandriner Linie den Transport von mehreren tausend Ballen Baumwolle jährlich, und es wurde sogleich nach Eröffnung des Suezkanales eine wöchentliche Verbindung zwischen Triest und Port Said geschaffen, um im Überschiffungsverkehre Waren aus Indien übernehmen zu können. Als am 27. Dezember 1871 ein neuer Vertrag zwischen Lloyd und Regierung dem österreichischen Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, konstatierte der Motivenbericht, daß „der Österreichische Lloyd als ein Unternehmen dastehe, welches der österreichisch-ungarischen Flagge ihren traditionellen Einfluß im Oriente mit Erfolg und in einer Weise wahre, daß es mehr als je im Interesse des Staates liegt, die Prosperität des vaterländischen Unternehmens zu sichern“. Weder dieser noch der im Jahre 1878 abgeschlossene Vertrag brachte wesentliche Veränderungen des Fahrtennetzes in der Levante, er fügte jedoch den Dienst über den Suezkanal hinaus nach Indien als dauernden Bestandteil des österreichischen Schifffahrsdienstes hinzu. Im Levantedienst wurde im Jahre 1881 für moderne Linien der Knotenpunkt von Syra nach dem Piräus verlegt, die Fahrtgeschwindigkeit einzelner Linien erhöht, der thessalische Dienst in einen wöchentlichen umgewandelt.

Der Vertrag vom Jahre 1891, der mannigfachen inneren, vor allem finanziellen Schwierigkeiten des österreichischen Unternehmens abhelfen sollte, ermöglichte die Fortsetzung des Dienstes und brachte nebst einer Verbesserung des Verkehres in der Adria eine Modernisierung der zu großer Bedeutung gelangten Alexandriner Linie, ohne das übrige levantinische Fahrtennetz, für welches eine zum großen Teile erneute und vergrößerte Flotte zur Verfügung gestellt wurde, wesentlich zu verändern. Eine grundlegende Erneuerung des Schiffsparkes und erhöhte Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Dichte des Verkehres sowie der Größe und Schnelligkeit der Dampfer brachte der noch jetzt in Kraft stehende Vertrag

vom 23. Februar 1907, dem sich eine Ausgestaltung des Verkehrs nach den albanesischen Hafenplätzen und die Einrichtung eines Dienstes auf der Bojana und dem Skutarisee anschloß, wodurch ein wichtiger Faktor für die Aufrechterhaltung unseres Prestiges auf dem Balkan geschaffen wurde.

Die dominierende Stellung im Levanteverkehre, die die österreichische Schifffahrt schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts besessen und seither wieder zu erringen verstanden hatte, konnte auch durch eine mächtige, elementare Bewegung, wie der nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina gegen uns in der Türkei durchgeführte Boykott, nicht erschüttert werden. Zudem ließen die politischen Ereignisse der Folgezeit, die insbesondere dem türkischen Reiche zeigten, wo seine wahren Freunde zu suchen sind, die vorübergehende Verstimmung bald in Vergessenheit geraten. An ihre Stelle trat ein nur erhöhtes und innigeres Zusammenwirken, das allerdings durch den Weltkrieg neuerdings eine bedauerliche Unterbrechung erfahren mußte.

Die bisherigen Ausführungen sollten den geschichtlichen Werdegang und die Entwicklung der österreichischen Schifffahrt im nahen Orient schildern und zeigen, wie sich diese aus bescheidenen Anfängen zu der achtunggebietenden und einflußreichen Stellung in diesem Verkehrsgebiete emporgeschwungen hat. Die folgende Darstellung wird die Aufgabe haben, den Tätigkeitsumfang und die Bedeutung der ausländischen Schifffahrt im Vergleiche zur österreichischen in den Balkan- und Levanteländern zu beleuchten und die handels- und schifffahrtspolitische Sachlage zu veranschaulichen, wie sie vor Ausbruch des Weltkrieges bestanden hat. Hierbei verbietet es sich mit Rücksicht auf den engen Rahmen dieser Darlegung von selbst, auch auf die historische Entwicklung der ausländischen Schifffahrtslinien und ihres Wirkungsbereiches einzugehen, so interessant dies auch für die Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes wäre.

Beginnen wir mit den unserer Küste am nächsten gelegenen Balkanländern an der Ostküste des Adriatischen Meeres,

so läßt sich in den Schifffahrtsverhältnissen vor allem der politische Wettbewerb zwischen unserer Monarchie und Italien feststellen. Besonders Montenegro hat sich bekanntlich teils unter dem Einfluß der unserer Monarchie feindlichen panslawistischen Bewegung, teils infolge der engeren Verbindung zwischen seiner und der italienischen Herrscherfamilie vollkommen dem Einflusse Italiens überantwortet, der durch die Compagnia d'Antivari die maßgebende Stellung im einzigen für den montenegrinischen Handelsverkehr wichtigen Hafenplatz errungen hatte. Diese italienische Gesellschaft hat die Hafendarbeiten in Antivari übernommen und führte auch den Betrieb der Hafenanlagen, für deren Benützung sie Gebühren zu erheben berechtigt war. Im Schifffahrtsverkehr stand auch Italien an erster Stelle, indem die „Puglia“ und die „Società di Servizi Marittimi“ nach Abschluß des Balkankrieges ihre Linien nach Montenegro aus politischen Ursachen besonders ausgestaltet haben.

Ähnliche Konkurrenzverhältnisse wie im montenegrinischen Haupthafen bestanden auch in dem, während der letzten Jahre wechselvollen Schicksalen unterworfenen, albanischen Hafen Skutari, der gleichfalls der ausschließlichen Einflußsphäre der österreichisch-ungarischen und italienischen Schifffahrt angehörte. Der Balkankrieg hatte eine zeitweilige vollständige Unterbindung des Schiffsverkehrs mit sich gebracht, erst mit der Besetzung Skutaris durch internationale Marinedetachements begann der regelmäßige Verkehr wieder, der vom Österreichischen Lloyd, der Ungaro-Croata und der italienischen Gesellschaft „Puglia“ bedient wurde, wobei der Anteil der österreichisch-ungarischen Flagge an der Warenbewegung jenen Italiens nicht unerheblich überwog. Nach Ausbruch des Weltkrieges mußten Lloyd und Ungaro-Croata ihren Verkehr einstellen und der „Puglia“ das Feld überlassen, die jedoch auf der Bojana selbst gleichfalls wegen der Kriegsverhältnisse nicht verkehren konnte, so daß für die Warenbeförderung von der Küste bis Skutari der Landweg gewählt werden mußte, was die Versorgung sehr erschwerte.

Während, wie erwähnt, der nördlichste Hafen Albaniens, Skutari, noch der ausschließlichen Wettbewerbszone Österreich-Ungarns und Italiens angehört, machen sich in den südlicheren Teilen Albaniens schon internationale Konkurrenzverhältnisse geltend, besonders in Valona, während im Verkehre von Durazzo neben der österreichisch-ungarischen und italienischen Flagge nur noch die griechische Schifffahrt eine Rolle spielte. Den weitaus größten Anteil am Ausfuhrverkehre in Durazzo hatte der Lloyd mit etwa 47% des Gesamtimports, dem die Ungaro-Croata mit 17% folgte. Der Anteil der ganzen italienischen Schifffahrt („Puglia“ und „Servizi Marittimi“) erreichte 31%. Der Rest des Verkehres lag in den Händen der griechischen Schifffahrtsgesellschaften.

In Valona dagegen treten neben die bisher erwähnten Schifffahrtsgesellschaften auch — wenngleich nur im bescheidenen Maße — deutsche und englische Schiffe. Aber auch in diesem Hafen befand sich im letzten Jahre vor dem Weltkriege der Verkehr des Österreichischen Lloyd mit fast 60% des Gesamtverkehres an erster Stelle.

Es läßt sich heute natürlich in keiner Weise ein Prognostikon für die Zukunft stellen. Jedenfalls jedoch darf die österreichisch-ungarische Schifffahrt hoffen, daß eine durch die Kriegsergebnisse gefestigte Stellung Österreich-Ungarns in der Adria ihr bisheriges Übergewicht in Montenegro und Albanien erhalten und noch stärker gestalten wird.

Bei Besprechung der Schifffahrtsverhältnisse in Griechenland muß in erster Linie hervorgehoben werden, daß dieses Land selbst über eine nicht unbedeutende Flotte und einen stark ausgeprägten maritimen Sinn seiner Bevölkerung verfügt, wozu wohl in erster Linie die geographische Lage und die Küstenbildung beigetragen haben. Schon im Jahre 1810 besaßen die hauptsächlichsten griechischen Handelshäfen eine Handelsflotte von 651 Schiffen mit mehr als 150.000 Tonnen Raumgehalt und nach der Unabhängigkeitserklärung sorgte der junge Staat durch protektionistische Schifffahrtsgesetze für Schaffung einer eigenen Handelsflotte, ein Bestreben, das

von großem Erfolge begleitet war, denn die griechische Handelsflotte zählte im Jahre 1912 fast 700.000 Tonnen Raumgehalt. Wiederholt ist in den letzten Jahren die Idee der Bildung einer großen griechischen Schiffahrtsgesellschaft — sei es durch Vereinigung der bestehenden Gesellschaften, sei es durch Ankauf neuer Schiffe — in den Vordergrund getreten, doch verhinderten finanzielle Schwierigkeiten die Durchführung dieses Planes. Es fehlte aber auch nicht an Stimmen, die davor warnten, es den großen Staaten durch Gründung von großen Schiffahrtsgesellschaften mit Dampfern großen Tonnengehaltes nachzutun, weil derartige Gesellschaften in der Regel nur durch große Opfer und staatliche Subventionen erhalten werden können, auf die eine griechische Gesellschaft vorderhand nicht rechnen könnte.

Es ist natürlich nicht möglich, den Schiffahrtsverkehr der einzelnen griechischen Häfen hier näher zu betrachten. Den Hauptanteil im internationalen Verkehre hat der Hafen von Piräus, in welchem im Jahre 1912 2783 Dampfer mit 3,741.753 Tonnen einliefen. Von dieser Tonnage entfielen 40% auf griechische Dampfer; an zweiter Stelle folgt die österreichische Schiffahrt mit 18%, sodann England, Rußland, Deutschland, Frankreich und erst an siebenter Stelle Italien. Es zeigt sich also, daß auch hier die österreichische Schiffahrt den ersten Rang vor den ausländischen Konkurrenten behauptet, was sie sowohl der Regelmäßigkeit und Dichte ihres Liniennetzes wie auch der Güte und Schnelligkeit des verwendeten Schiffsparkes verdankt. Diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß der sehr bedeutende Passagierverkehr die österreichischen Linien bei weitem bevorzugt, was wohl noch im gesteigerten Maße der Fall sein wird, wenn die Linien des Lloyd durch den Kanal von Korinth geführt werden und so der Weg von Patras nach Piräus um ein beträchtliches abgekürzt werden kann. Die Einführung dieser neuen Route wurde durch den Kriegsausbruch unterbrochen. Neben dem Piräus kommt dem Hafen von Patras besondere Bedeutung zu, insbesondere auch, weil er der Sammelpunkt des griechi-

schen und des über griechische Häfen geleiteten syrischen und makedonischen Auswandererverkehres nach Amerika geworden ist. Auch hier behauptet die österreichisch-ungarische Flagge die erste Stelle.

Der Österreichische Lloyd unterhält wöchentlich drei Linien im Verkehr mit Griechenland, und zwar die Konstantinopel-Eillinie, die Patras und Piräus anläuft, die thessalische und die griechisch-orientalische Linie mit einer ganzen Reihe von Echellen des griechischen Küstengebietes. In regelmäßigen Schifffahrtslinien spielen außerdem vor allem die „Messageries Maritimes“ von Marseille aus und die „Servizi Marittimi“ mit ihren von Venedig aus betriebenen Linien eine Rolle. Von Genua aus unterhält ferner die Gesellschaft „Marittima Italiana“ eine griechische Häfen berührende Linie. Endlich entwickelte die nur für den Warendienst bestimmte „Deutsche Levantelinie“ eine recht intensive Tätigkeit.

Eine besondere Würdigung erfordert der Hafen von Saloniki, der während seiner Zugehörigkeit zum türkischen Reiche zu den allerwichtigsten Hafenplätzen des levantinischen Verkehrsgebietes gehörte. Für die Zeit seit seiner Loslösung aus dem alten politischen Zusammenhange und seiner Zuweisung zu Griechenland stehen verlässliche Daten über Handels- und Schifffahrtsentwicklung nicht zur Verfügung. Solche vermöchten auch kaum ein richtiges Bild für die Beurteilung der künftigen schifffahrtspolitischen Stellung Salonikis zu bieten, da dieses in seiner neuen politischen Zugehörigkeit noch keine ruhigen Zeiten gesehen hat, die die neue Entwicklung der Dinge hätten in Gang bringen können. Die Abtrennung dieses wichtigen Hafenplatzes von seinem natürlichen Hinterlande Makedonien kann jedenfalls nicht ohne tiefgreifende Rückwirkung auf sein kommerzielles Dasein bleiben, und die Kaufmannschaft Salonikis sah schon vor Ausbruch des Weltkrieges die Zukunft in einem nichts weniger als rosigen Lichte.

Die frühere Bedeutung Salonikis für den internationalen Handel drückte sich auch in den zahlreichen dort ein- und

auslaufenden Schiffahrtslinien aus. Neben dem Österreichischen Lloyd, der wöchentlich einmal eine Verbindung nach Saloniki mit Triest einerseits und Konstantinopel andererseits aufrechterhielt, bestanden Linien der russischen Handels- und Dampfschiffahrtsgesellschaft in Odessa, der „Messageries Maritimes“, „Servizi Marittimi“, „Marittima Italiana“ sowie der Bulgarischen Handelsschiffahrtsgesellschaft, für die die Küste Thessaliens seit dem Übergang von Dedeagatsch in bulgarischen Besitz erhöhte Wichtigkeit erlangt hat. Daneben waren auch die Schiffe der Deutschen Levantelinie und die englischer Linien, vor allem aber die griechischer Schiffahrtsgesellschaften regelmäßige Besucher des makedonischen Hafens. Im Jahre 1912 liefen im Hafen von Saloniki 735 Dampfschiffe mit mehr als 850.000 Tonnen Raumgehalt ein, obwohl in diesem Jahre die Schiffsbewegung durch den türkisch-italienischen Krieg, durch die Quarantänemaßregel gegen Konstantinopel wegen der Cholera-gefahr, durch die zeitweise Dardanellensperre und den Balkankrieg ungünstig beeinflusst wurde. Innerhalb der genannten Gesamttonnage steht an erster Stelle der Österreichische Lloyd mit nahezu 200.000 Tonnen, dann folgen die englische, französische, griechische, russische und deutsche Schiffahrt. Wie sich die Zukunft dieses wichtigen Hafenplatzes nach Wiederkehr normaler Verhältnisse entwickeln wird, läßt sich derzeit nicht voraussehen. Jedenfalls wird die künftige Gestaltung der Balkan-Landkarte einen großen Einfluß auf die Stellung Salonikis im levantinischen Schiffahrts- und Handelsleben ausüben.

Obgleich durch die fast vollständige Lostrennung der europäischen Besitzungen der Türkei deren Territorialbestand im Mittelmeer erheblich verringert wurde, spielt das ottomane Reich doch auch jetzt noch die wichtigste Rolle im Verkehrsgebiete der Levante und wird, dank der durch die Ergebnisse des Weltkrieges mit Sicherheit zu erhoffenden Verjüngung und der Neubelebung aller seiner Kräfte, in Zukunft noch sehr beträchtlich an Bedeutung gewinnen. Die natürliche Lage von Konstantinopel hat die Hauptstadt der

Türkei seit langem zum Zentrum des Schiffahrtsverkehrs gemacht und alljährlich eine Tonnage von kaum glaublicher Größe in diesen Hafen geführt. Kommt hierfür einerseits in Betracht, daß Konstantinopel der Brennpunkt der orientalischen Interessen aller europäischen Großmächte war, die einander den Rang abzulaufen bemüht gewesen sind, so ist andererseits auch der Umstand maßgebend, daß von Konstantinopel aus die Versorgung der ganzen asiatischen Türkei stattfindet, so daß dort ein Umschiffungsverkehr größten Stils herrschte. Überdies liegt Konstantinopel an der Zufahrt zum Schwarzen Meere und beherbergte daher in seinem Hafen auch alle dem Getreideverkehr aus dem Schwarzen Meere und den Donauhäfen dienenden Dampfer.

Im Jahre 1913 liefen Konstantinopel 18.496 Schiffe mit $17\frac{1}{2}$ Mill. Tonnen Raumgehalt an, von denen $14\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen auf Dampfer in freier Schifffahrt entfielen. Der Löwenanteil dieses Verkehrs fiel natürlich der englischen Schifffahrt mit einer Tonnage von nahezu $6\frac{1}{2}$ Mill. Tonnen zu; an zweiter Stelle steht Österreich-Ungarn mit 1·4, an dritter Italien mit 1·2 und Griechenland mit 1 Mill. Tonnen; dann folgen Deutschland, Rußland, Rumänien, Belgien, Norwegen, Holland, die Türkei und an letzter Stelle Frankreich mit nicht viel mehr als 200.000 Tonnen. Es wurde schon erwähnt, daß der Hauptanteil der in Konstantinopel eingelaufenen Tonnage auf die freie Schifffahrt entfällt, welche Konstantinopel hauptsächlich auf dem Wege ins Schwarze Meer oder von dort zurückkehrend berührt hat. Ein zutreffendes Bild der Verkehrsintensität bieten jedoch die regelmäßigen Schifffahrtslinien, die in Konstantinopel den wichtigsten Knotenpunkt des orientalischen Verkehrs haben.

Der Österreichische Lloyd unterhielt vor dem Kriege eine wöchentliche Eillinie zwischen Triest und Konstantinopel, die — wie schon besprochen — auch Patras und Piräus berührt, dann je wöchentlich die thessalische und die griechisch-orientalische Linie und überdies von Konstantinopel ausgehende Linien nach Odessa, nach den bulgarischen, rumäni-

schen und den Donauhäfen und längs der anatolischen Küste bis Batum. Unter österreichisch-ungarischer Flagge verkehrte auch die ungarische Levantelinie mit einer wöchentlichen Linie nach den Donauhäfen. Die deutsche Levantelinie mit einem regelmäßigen Dienste zwischen Hamburg, Bremen, Antwerpen, Rotterdam, Newcastle, Swansea und Bordeaux und den Levantehäfen, sowie in jüngster Zeit auch die Rickmers Orientlinie repräsentierten die reguläre deutsche Schifffahrt, zu der kurz vor Kriegsausbruch auch die Hamburg-Amerika-Linie mit einem Passagier- und Frachtenverkehr zwischen Südrußland und Amerika hinzugekommen war. Von französischen Gesellschaften hatten außer den Eilfahrten nach der Levante unterhaltenden Messageries Maritimes auch die Compagnie de Navigation Paquet und die Compagnie Fraissinet Warenlinien zwischen Marseille—Konstantinopel und den Küsten des Schwarzen Meeres. Die italienischen Schifffahrtsgesellschaften waren durch die Servizi Marittimi vertreten. Ein umfangreiches Liniennetz besaß auch die russische Handels- und Dampfschifffahrtsgesellschaft, außer der, durch Eil- und Passagierlinien, noch die englische Khedivial-Mail-Linie und die rumänische Schifffahrtsgesellschaft vertreten sind. Von mehr lokaler Bedeutung war die türkische Schifffahrtsgesellschaft (früher Mahsusseh) für die Cabotage im Marmarameere und längs der anatolischen Küste bis Rizeh, sowie die Archipelago American Steamship Co. mit dem Sitze in Smyrna mit Passagier- und Frachtdienst von Konstantinopel nach den syrischen Häfen mit Anschluß in Smyrna an ihre Linien im Archipel. Endlich gab es zahlreiche Linien, die nur dem Warendienste dienten, von mehreren englischen Gesellschaften, sowie je eine dänische, holländische und schwedische Gesellschaft. Aus diesem hier nur in gedrängter Kürze gebotenen Bilde geht mit Deutlichkeit hervor, wie rege das Schifffahrtswesen an den Küsten des ottomanischen Reiches entwickelt ist und wie sehr dort alle Seefahrt und Seehandel treibenden Staaten in der Betätigung miteinander wetteifern.

Da Konstantinopel der Ausgangs- und Endpunkt fast aller die türkischen Küsten befahrenden Schiffahrtslinien ist, so konzentriert sich in diesem Handelsplatz auch das maritime Konkurrenztreiben der europäischen Mächte, und es kann und muß der Kürze der verfügbaren Zeit wegen davon abgesehen werden, der übrigen türkischen Häfen im einzelnen zu gedenken, unter denen Smyrna an erster Stelle steht, worauf Beirut und die anderen Häfen der syrischen Küste sowie jene Anatoliens folgen.

Ich habe bereits einmal hervorgehoben, daß der Österreichische Lloyd in einem früheren Stadium seiner Wirksamkeit die Wichtigkeit der Pflege des Verkehres mit Ägypten erkannt hat und bestrebt gewesen ist, diesem zum großen Teile in das natürliche Anziehungsgebiet des österreichischen Seehandelsemporiums fallenden Verkehr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Der ägyptische Verkehr gewann immer steigende Bedeutung, je mehr dieses an Naturschönheiten und historischen Denkmälern überreiche Land einen großen Fremdenstrom anzuziehen verstand. Das beständige Anwachsen des Passagierverkehres mit Ägypten hat die in dieser Relation verkehrenden Schiffahrtsgesellschaften zu immer größeren Anstrengungen hinsichtlich Größe, Ausstattung und Fahrtgeschwindigkeit des verwendeten Schiffsparkes gezwungen. Tatsächlich ist es dem Österreichischen Lloyd gelungen, auch in diesem wichtigen Verkehrszweige die führende Stellung beizubehalten und mit den Luxusdampfern „Wien“ und „Helouan“ die kürzeste und beste allwöchentliche Verbindung zwischen Europa und Ägypten herzustellen. Da die genannten Dampfer hauptsächlich der Personenbeförderung dienen und nur in beschränktem Umfange Waren aufzunehmen vermochten, blieb ihre kommerzielle Tätigkeit zum großen Teile auf Güter beschränkt, für die die rasche Beförderung wichtig ist, während dem gewöhnlichen Warenverkehr eine über Ägypten nach den syrischen Häfen geleitete Postlinie und eine vom Lloyd im freien Dienste betriebene reine Warenlinie zur Verfügung standen. Daß in dem unter eng-

lischer Verwaltung stehenden Lande der englische Einfluß auch in der Schifffahrt vorherrschend war, kann nicht wundernehmen; von den außerenglischen Flaggen stand aber unsere an erster Stelle.

Wird die Tätigkeit der den Ägyptenverkehr pflegenden Schifffahrtsgesellschaften (es sind dies mit eigenen nur für Alexandrien bestimmten Linien der Hauptsache nach der Österreichische Lloyd, der Norddeutsche Lloyd mit Fahrten von Neapel und Venedig, die Messageries Maritimes von Marseille aus, die italienische Società di Servizi Marittimi mit abwechselnden Fahrten von Venedig und Neapel) in Betracht gezogen, so darf nicht vergessen werden, daß für den Verkehr nach Ägypten nicht nur die ausschließlich dieser Relation dienenden Linien in Betracht kommen, sondern auch alle über den Suezkanal nach Indien und Ostasien verkehrenden Linien, die naturgemäß Port Said berühren und einen beträchtlichen Teil des Ägyptenpublikums auf sich lenken. Und da im indischen Verkehre die englische Schifffahrt selbstredend an erster Stelle steht, ist es zum großen Teile aus diesem Umstande zu erklären, daß sie im Ägyptenverkehre ein so unbestreitbares Übergewicht hat. Im Jahre 1912 entfielen vom Gesamtverkehr Alexandriens $59\frac{3}{4}\%$ auf englische Schiffe, die österreichische Gesellschaft folgte mit 8% des Gesamtverkehrs an zweiter Stelle, dann die deutsche Schifffahrt mit 7% , die griechische mit $4\frac{3}{4}\%$, die russische mit $4\frac{1}{4}\%$, die italienische mit 3% und die französische mit $2\frac{1}{2}\%$, während die restlichen 10% sich auf die übrigen Flaggen verteilen. Der zweite Hafen des Landes, Port Said, verdankt seine Wichtigkeit seiner Lage am Eingange des Suezkanals und kommt demgemäß in erster Linie als Transithafen in Betracht.

An letzter Stelle soll endlich noch der beiden bisher nicht besprochenen Balkanstaaten Bulgarien und Rumänien gedacht werden, die vermöge ihrer geringen Küstenentwicklung für die Schifffahrtsverhältnisse im östlichen Mittelmeere von weniger ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind. Für Bulgarien, das ja durch die Balkankriege aus seiner Abgeschlossenheit

im Schwarzen Meere befreit wurde und im Hafen von Dedea-
gatsch ein Ausfallstor am Ägäischen Meere erlangt hat, wird
die Schifffahrt in Zukunft eine immer anwachsende Bedeutung
erlangen, zumal wenn es im gegenwärtigen Weltkriege auch
das als Hinterland für seinen Hafen wichtige Makedonien ge-
winnt. Bisher haben die am Schwarzen Meere gelegenen Häfen
Varna und Burgas den Seeverkehr des Landes zu bestreiten
gehabt. In diesen Häfen nahm die österreichisch-ungarische
Handelsflagge, die durch den Österreichischen Lloyd und die
ungarische Levantelinie vertreten wurde, mit 37% der Gesamt-
tonnage von Varna den ersten Platz unter der fremdländischen
Schifffahrt ein. Hinter ihr folgte die russische Handelsflagge
mit 16% und sodann mit geringem Anteil die englische,
deutsche und die übrigen Flaggen.

Eine zum Teile eigenartige Stellung kommt den Häfen
Rumäniens zu, die das Verbindungsglied zwischen der Donau
und dem Seewege bilden. Die kommerzielle Hauptbedeutung
der rumänischen Häfen, vor allem von Braila, Galatz und Su-
lina, liegt im Getreideverkehre, der den die Schiffe aller
Flaggen anziehenden Magnet bildet. Im Seeverkehre dieser
Häfen steht wieder unsere Schifffahrt an erster Stelle. In Braila
war sie mit etwa 27% des Gesamtanlaufes beteiligt und ließ
die Tonnage der britischen, griechischen, italienischen und
sonstigen Schifffahrt weit hinter sich. Im Verkehre von
Galatz dagegen stand die englische Schifffahrt an erster, die
österreichische an zweiter Stelle; ihnen folgten die griechische,
italienische und dann erst die anderen Flaggen.

Periodische Dampferverbindungen hätten außer dem öster-
reichischen Lloyd und der ungarischen Levante-Seeschifffahrts-
A. G., die französische Gesellschaft „Fraissinet“, die „Servizi
Marittimi“ und die „Staatlich russische Dampfschifffahrt“. In
Konstanza, dem am Schwarzen Meere gelegenen rumänischen
Hafen, hat wieder unsere Flagge mit gleicher Tonnage wie die
englische an erster Stelle auch vor der rumänischen gestanden.

Der flüchtige Überblick, den die Schilderung der See-
schifffahrtsverhältnisse in der Levante und den Balkan-

staaten geboten hat, erbringt jedenfalls den Beweis, daß unsere einheimische Schiffahrt trotz der ausgedehnten und schwierigen Konkurrenzverhältnisse ihren traditionellen Platz zu behaupten in der Lage war. Und läßt man den Blick in die vorläufig freilich noch mit dichten Schleiern verhängte Zukunft wandern, so darf man wohl der berechtigten Hoffnung Ausdruck geben, daß der reiche Gewinn an Macht und Ansehen, den der Weltkrieg unserer Monarchie gerade auf dem Balkan gebracht hat und noch bringt, sich nach Wiederkehr ruhiger Zeiten auch in ökonomischen umsetzen lassen wird. Vor allem in den uns politisch so nahe gerückten Staaten der Türkei und Bulgarien sind wir aller öffentlichen und privaten Sympathien sicher, wenn wir bestrebt sein werden, uns der wirtschaftlichen Entwicklung und friedlichen Durchdringung dieser zukunftsreichen Länder mit besonderem Eifer zu widmen. Unserer Industrie, unserem Handel und unserer Schiffahrt winkt ein Feld erhöhter reichster Betätigung und die Möglichkeit erfolgverheißender und fruchtbringender Arbeit. Allerdings wird eine wichtige Voraussetzung hierfür zu erfüllen sein: die intensive Beteiligung österreichisch-ungarischen Kapitals an der Erschließung dieser kapitalsarmen Länder. Denn alle Erfahrung der Vergangenheit zeigt, daß die industriellen Lieferungen und damit auch die Beförderung der einzuführenden Artikel jenen Ländern zufallen, die das Kapital zur Verfügung stellen. Darum wird es zu den wichtigsten Aufgaben unserer Handels- und Seeverkehrspolitik gehören, der Kapitalsbeschaffung für die Länder des nahen Orients die Wege zu ebnen und der politischen Bundesgenossenschaft die finanzielle und kommerzielle Verbindung hinzuzufügen. Daß wir dieser wichtigen und dankenswerten Aufgabe ganz gerecht zu werden vermögen, muß der Wunsch aller sein, die am Wirtschafts- und Verkehrsleben beteiligt sind. Erfüllen wir sie klug und ausreichend, dann dürfen auch wir für unsere Volkswirtschaft reiche Befruchtung aus der engeren Verknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen erwarten und damit die Heilung mancher Wunde, die der Krieg geschlagen hat.

Ägypten in staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung.

Von

Dr. Eugen Oberhummer,

Professor an der Universität Wien.

Kaum ein anderer Landstrich der Erde gleicht Ägypten an scharf ausgeprägter Eigenart und geschlossener Individualität. Wiederholt sich das Beispiel von Flüssen befruchteter Wüstenstreifen mit gartenähnlichem Anbau auch an vielen anderen Stellen des Passatgürtels, so hat das die ganze Breite der Wüstenzone bis zum Meer durchmessende Kulturband des Niltales mit seinem einzigartigen Wechsel der Bewässerung und einer die fortgeschrittensten Industriegebiete übertreffenden Dichte der Bevölkerung doch nirgends ihresgleichen. Was die Natur dem Lande an eigentümlichen Zügen gegeben, hat der Mensch in bodenständiger Kulturentwicklung nicht minder scharf gegen die Nachbarländer umschrieben. So erscheint Ägypten auch geschichtlich als eine wohl abgegrenzte Einheit. Ungeachtet der in weitem Umkreis das östliche Mittelmeerbecken umspannenden Kulturbeziehungen blieb das altägyptische Volkstum eine auf sich selbst beschränkte Erscheinung, von den Völkern des klassischen Altertums mit einer dem Mangel an Verständnis entspringenden Scheu betrachtet. Im Lande selbst aber sah man die Welt nur aus dem eigenen Gesichtskreis und stellte sich die griechischen Herrscher der ptolemäischen Dynastie wie die römischen Kaiser mit den nationalen Attributen der Pharaonen vor, wie zahlreiche Tempelbilder uns zeigen.

Das Christentum hat seit dem 3. Jahrhundert die alt-ägyptischen Überlieferungen, der Islam später auch die Landessprache in Vergessenheit geraten lassen und dadurch wesentliche Züge der Eigenart des Volkes verwischt. Die geographische Sonderstellung des Landes und das Gewicht einer schon im Altertum auf 7 Millionen herangewachsenen Bevölkerung in Verbindung mit einer in vielfacher Richtung bedeutungsvollen Weltlage¹⁾ haben jedoch auf die politische Stellung Ägyptens bis zur Gegenwart nachgewirkt. Von Natur dazu berufen, ein selbständiges Staatswesen oder den Schwerpunkt eines solchen mit Nebenländern in beiden Erdteilen zu bilden, hat es auch als Teilgebiet großer Weltreiche immer eine bevorzugte Stellung eingenommen und sich nicht dem administrativen Schema einer willkürlichen Provinzeinteilung gefügt. Als Teil des assyrischen, persischen, makedonischen, römischen Reiches blieb Ägypten immer ein irgendwie bevorzugtes Land und ein nicht ohne weiteres in den Gesamtstaat einschmelzbarer Volkskörper. Besonders deutlich kommt dieses Verhältnis in der römischen Verwaltung zum Ausdruck. Als Ägypten nach der Schlacht bei Aktion und dem Tode der Kleopatra durch Octavianus dem Reiche angegliedert wurde, trat es als Krondomäne in die unmittelbare Verwaltung des Kaisers, ausgeübt durch den *praefectus Aegypti*, während dem Senat jeder Einfluß auf das Land, ja den Personen senatorischen Ranges sogar der Besuch des Landes verboten wurde.²⁾ „Der Boden von Ägypten gehört (der Gemeinde) nicht und wird vom Princeps nach Königsrecht beherrscht.“ (Mommßen.)

Eine vollständige Wandlung in den politischen und kulturellen Verhältnissen des Landes brachte die arabische Eroberung seit 640 n. Chr. Das Vordringen des Islam und der arabischen Sprache stellte auch die Staatsverwaltung auf ganz neue, bis heute maßgebend gebliebene Grundlagen. Ist auch die neue Religion und Sprache erst in einem mehrhundertjährigen Prozeß durchgedrungen, so waren die leitenden Grundsätze der arabisch-mohammedanischen Staatenwelt

doch von Anfang an maßgebend. Über 200 Jahre lang, von 640—868, ist Ägypten eine Provinz des arabischen Weltreiches der Kalifen geblieben. Dann machte sich die in den geographischen Verhältnissen begründete Tendenz zu politischer Selbständigkeit wieder geltend. Unter den einheimischen Dynastien der Tuluniden, Ichschididen, Fatimiden, Ejubiden und der Mameluken erlebte Ägypten eine neue Blüte politischer Macht und kultureller Betätigung, die in der Entwicklung der neuen Hauptstadt Kairo und ihrer Baudenkmäler noch heute sichtbaren Ausdruck findet. Einen nicht unwesentlichen Zug dieser arabischen Kulturperiode bildet das frühzeitige Eindringen des türkischen Elementes. Wie J. v. Karabacek²⁾ gezeigt hat, ist seit der Mitte des 8. Jahrhunderts das türkische Sklaventum im Kalifat zu immer größerer Macht und Bedeutung gelangt und seit dem 9. Jahrhundert der Turkismus auch in die arabischen Verhältnisse Ägyptens tief eingedrungen. Die Dynastien der Tuluniden, Ichschididen und Mameluken waren türkischen Ursprungs und haben so auch hier wie im Kalifenreiche den Übergang der Führung in der Welt des Islam an das Türkentum vorbereitet. Hierbei war es ein wichtiges Moment, daß nach dem Untergange des abbasidischen Kalifenreiches in Bagdad durch die Mongolen 1258 ein abbasidischer Prinz am Hofe des ersten Mamelukensultans Beibars in Kairo Aufnahme fand und als Träger des Kalifates, der höchsten geistlichen und weltlichen Würde des Islam als Stellvertreter des Propheten, anerkannt wurde. Obwohl jedes politischen Einflusses bar, haben er und seine Nachkommen diese Stellung am ägyptischen Hofe auch ferner bekleidet und das ägyptische Sultanat mit dem Nimbus des Vorranges unter den mohammedanischen Herrschern umgeben. Es war daher ein geschickter Schachzug der Engländer im jetzigen Kriege, mit der Verkündigung des Protektorates über Ägypten das alte Sultanat wieder aufzurichten und zu versuchen, ein neues Kalifat unter britischer Kontrolle zu begründen.

Auch für das osmanische Reich war Ägypten nicht nur ein wichtiger Baustein zu seiner Weltmachtstellung, sondern

auch die Stufe zu dem jetzt gerade seit 400 Jahren vom Sultan bekleideten Rang des Kalifen. Die Eroberung Ägyptens durch Sultan Selim I. im Jahre 1517 war nach der Einnahme Konstantinopels der größte Erfolg der osmanischen Waffen und bildet bis heute die Grundlage des rechtlichen Verhältnisses Ägyptens zur Pforte. Der letzte Scheinkalife aus dem Geschlechte der Abbasiden folgte dem Sultan nach Konstantinopel und übertrug dort feierlich seine Würde auf das Haus Osmans. Gleichzeitig mit Ägypten fiel dem letzteren auch die Schutzherrschaft über die heiligen Städte Mekka und Medina zu und damit war der Vorrang der Türkei unter allen mohammedanischen Staaten gesichert.

Drei Jahrhunderte lang blieb Ägypten eine unmittelbare Provinz des osmanischen Reiches. Wir sind über diese ganze Periode nur sehr mangelhaft unterrichtet. Wir wissen, daß ein Pascha als Vertreter des Sultans in Kairo residierte und jährlich einen ansehnlichen Tribut nach Konstantinopel ablieferte, in seiner inneren Verwaltung aber beschränkt war durch den nach wie vor im Lande mächtigen Mamelukenadel, den eigentlichen Herren des Volkes. Es ist ein Bild mittelalterlicher Feudalherrschaft, wie es das türkische Reich in dem Verhältnis zu seinen Vasallenstaaten noch bis zur neuesten Zeit darbot. Den Übergang von einer in zahlreiche kleine Herrschaftsgebiete aufgelösten unmittelbaren Provinz zu einem festorganisierten Vasallenstaat vermittelte Mohammed Ali, der Schöpfer des modernen Ägypten. Aus Kawalla in Makedonien gebürtig, war er gelegentlich des Einbruchs Bonapartes in Ägypten 1798 mit einem kleinen Aufgebot dorthin gekommen, kämpfte 1804 an der Spitze albanischer Truppen, seiner Hauptstütze, erfolgreich gegen die aufständischen Mameluken und erhielt 1806 die Statthalterschaft des Landes. Die Macht des seit dem Mittelalter herrschenden Mamelukenadels wußte er durch einen Gewaltstreich zu brechen, indem 480 Bega bei einem Fest in Kairo niedergemacht wurden. So zum unumschränkten Herrscher im Lande geworden, wenn auch nur als Statthalter des Sultans, wußte er seine Macht

durch äußere Eroberungen zu befestigen, in Arabien 1816—1818 und in Nubien seit 1820, wo er 1830 Chartum anlegte und die ägyptisch-türkische Herrschaft am oberen Nil begründete. In solcher Machtstellung wagte er den Krieg mit der Pforte 1831—1840, der beinahe zum Untergang des türkischen Reiches geführt hätte. Die beim Friedensschluß von der Pforte gemachten Zugeständnisse sind der Anfang des neuen ägyptischen Staatsrechtes, dessen weiterer Ausbau durch die geschickte Diplomatie Ismail Paschas 1863—1879 erfolgte. In die Einheit des osmanischen Staatswesens war damit eine Bresche von weittragender Bedeutung gelegt. Durch die Einmischung Englands seit 1882 ist dann die staats- und völkerrechtliche Stellung Ägyptens immer mehr zugunsten dieser Großmacht verschoben worden, die mit dem jetzigen Weltkrieg den Augenblick gekommen erachtete, um jede Rücksicht abzustreifen und sich der lange umworbenen Beute zu bemächtigen.

Die Entwicklung Ägyptens in der letzten Epoche seiner Geschichte, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes sind uns in einer Reihe wertvoller Darstellungen geschildert worden. Ich nenne davon als Quellen für eingehendere Belehrung die Werke von Alfred von Kremer,⁴⁾ Heinrich Stephan,⁵⁾ Theodor Neumann,⁶⁾ Artur Freiherrn von Fircks⁷⁾ und besonders das auch in deutscher Übersetzung erschienene Buch des Hauptmachers der englischen Politik in Ägypten, Sir Evelyn Baring, später Earl of Cromer.⁸⁾ Lord Cromer hatte während seiner langen Tätigkeit in Ägypten 1883—1907 wie kein anderer Gelegenheit, in alle Verhältnisse des Landes einzudringen, doch ist sein Buch als Rechtfertigung der englischen, beziehungsweise noch mehr seiner eigenen Politik aufzufassen und daher mit Vorsicht zu benützen, wie besonders aus der eben erschienenen Schrift von B. Moritz⁹⁾ ersichtlich ist. Persönlich ist es mir eine wertvolle Erinnerung, gelegentlich meines ersten Besuches in Ägypten die freilich nur flüchtige Bekanntschaft dieses bedeutenden und im Vordergrunde der neuesten Entwicklung Ägyptens stehenden Mannes gemacht zu haben.

Die eigentümlichen und durch Einmischung Englands noch mehr verwickelten staatsrechtlichen Verhältnisse Ägyptens haben, soweit sie nicht in den vorgenannten Werken behandelt sind, mehrfach noch besondere, hier zu beachtende Darstellungen gefunden, so von Werner Freiherrn von Grünau,¹⁰⁾ Otto Freiherrn von Dungern,¹¹⁾ Hermann Winterer.¹²⁾ Wir können aus den vielen, dort eingehend erörterten Fragen hier nur einige Hauptgesichtspunkte herausheben.

Die *Dynastie* Ägyptens beginnt als solche mit dem Zugeständnis der erblichen Statthalterschaft an Mohammed Ali durch den Firman von 1841. Dadurch wurde der Pascha von Ägypten über die Stellung der anderen höchsten Verwaltungsbeamten herausgehoben. Die Vererbung sollte in seiner Familie nach dem bekanntlich auch für das Haus Osmans geltenden mohammedanischen Thronfolgerechte des Seniorats erfolgen. Seinem dritten Nachfolger Ismail Pascha war es vorbehalten, durch finanzielle Zugeständnisse an die Pforte und Ausnützung der am Hofe des schwachen Sultans Abdul Aziz herrschenden Korruption weitere Vorteile für sein Haus zu erreichen und das Band Ägyptens mit der Pforte noch mehr zu lockern.¹³⁾ Die erste Errungenschaft war die Umwandlung des Seniorats in das Recht der Erstgeburt nach europäischem Muster durch Firman vom 25. Mai 1866, die nächste die Verleihung des Titels *Khediv* (pers. *chidiw* = Fürst, Herr) mit dem Prädikat „Hoheit“ (*dewletu*). Letzteres bedingt allerdings nicht fürstlichen Charakter im europäischen Sinn, da nach altem türkischen Staatsrecht auch der Großwesir, der Scheich ül Islam und der Großeunuche oder Kyslar Agassi diesen Rang bekleiden.¹⁴⁾ Auch die europäische Übersetzung „Vizekönig“ würde an sich keinen fürstlichen Rang bedeuten, wenn wir uns an diese Bezeichnung für den Generalgouverneur von Indien oder auch für die Gouverneure der chinesischen Provinzen erinnern. Wohl aber war durch das Thronfolgerecht und die durch Firman von 1873 zugestandene innere Autonomie mit beschränkter Handlungsfähigkeit nach außen die Dynastie tatsächlich regierenden Häusern

gleichgestellt, wie auch die Mitglieder der Familie nunmehr allgemein als Prinzen und Prinzessinnen anerkannt wurden. Das Verhältnis war gleich dem der Herrscher von Tunis, Serbien, Rumänien, später auch Bulgarien geworden. Doch wie die letzteren bis zu ihrer vollständigen Lostrennung vom Reiche, übte auch der Vizekönig seine landesfürstliche Gewalt nur im Namen des Sultans aus und bedurfte dessen Bestätigung, um in die ihm durch die Erbfolge gewährleisteten Rechte tatsächlich einzutreten. Der Grundsatz: „le roi est mort, vive le roi“ hat für Ägypten keine Gültigkeit. Der neue Vizekönig tritt nicht automatisch in die Rechte seines Vorgängers, sondern kraft der durch Berat des Sultans verliehenen Investitur. Ebenso hat der Sultan formell die Macht, den Vizekönig seiner Würde zu entkleiden, wie dies bei Ismail 1879 tatsächlich geschehen ist.¹⁵⁾ Das ganze Verhältnis ähnelt sehr dem mittelalterlichen Lehensrecht, das sich im türkischen Reiche unter verschiedenen Formen bis zur neuesten Zeit erhalten hat.

Ist sonach der Khediv in seinem Lande kein Souverän, so wurde er es auf anderem Boden durch die Entwicklung der Verhältnisse im Sudan. Die dort von Mohammed Ali begründete Herrschaft wurde unter Ismail 1863—1879 bis an den obersten Nil unter 2^o n. Br., westlich über Darfur und östlich bis an das Rote Meer ausgedehnt. Als Zubehör eines Vasallenstaates standen diese Länder auch unter der Oberhoheit der Pforte und bildeten einen integrierenden Teil des osmanischen Reiches. Durch den mahdistischen Aufstand seit 1881 ging dieser ganze Länderbesitz verloren, wurde aber durch ägyptische Truppen unter englischer Führung 1896—1899 wieder gewonnen. Bei der Neuordnung der Verhältnisse durch das englisch-ägyptische Abkommen von 1899 wurde unter völliger Mißachtung der Rechte des Sultans als Lehensherrn Ägyptens ein Kondominium geschaffen, in welchem der König von England und der Khediv gemeinsam die Souveränität ausüben. Die für den Sudan sich hieraus ergebenden Verhältnisse können an dieser Stelle nicht näher besprochen und muß deshalb auf einschlägige Darstellungen¹⁶⁾ verwiesen

werden. Nur die merkwürdige Tatsache sei hervorgehoben, daß der Khediv in seinem eigenen Lande als Vasall der Pforte, in seinen Nebenländern aber als Souverän erscheint. Sein Titel lautet demgemäß seither „Khediv von Ägypten, Souverän von Nubien, des Sudan, von Kordofan und Dar For“ (Hofkalender). Allerdings ist auch dieser Zustand nicht ohne Analogie in der Geschichte, wenn wir uns an das Verhältnis der reichsunmittelbaren Besitzungen der Habsburger und Hohenzollern zu ihren außerdeutschen Ländern (Ungarn, Preußen) erinnern, wobei freilich auch den ersteren seit 1648 die Souveränität zukam. Eine solche hat jedoch Ägypten seit 1517 niemals besessen und auch durch den englischen Gewaltstreich von 1914 ist eine solche gewiß nicht hergestellt.

Gleich nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland wurde die ägyptische Regierung zu der Erklärung gezwungen, daß sie sich mit Deutschland im Kriegszustande befinde, und bald darauf wurden die diplomatischen Vertreter unserer Monarchie und des Deutschen Reiches durch den englischen Vertreter mit Gewalt aus dem Lande entfernt. Nach Eintritt der Türkei in den Krieg erklärte die englische Regierung am 18. Dezember 1914 deren Oberhoheit als erloschen und Ägypten als britisches Protektorat. An Stelle des seit Ausbruch des Krieges gewaltsam an der Rückkehr aus Konstantinopel verhinderten Khediven Abbas Hilmi wurde dessen Oheim Hussein Kamil als „Sultan“ eingesetzt, womit einerseits die völlige Trennung vom türkischen Reiche, andererseits den Eingeborenen gegenüber die höhere staatliche Stellung zum Ausdruck kommen sollte. Dabei mag die Hoffnung mitgewirkt haben, auch das Kalifat auf den neuen Sultan übertragen zu können. Daß diesem nicht der Charakter eines Souveräns zukommt, liegt auf der Hand. Die künftige Gestaltung wird ganz von dem Ausgange des Krieges abhängen.

Das staatsrechtliche Verhältnis Ägyptens zur Pforte beruht hauptsächlich auf den Firmanen von 1841, 1866, 1867 und 1873. Durch letzteren wurde dem Khediven das volle Gesetzgebungsrecht verliehen. „Seit dieser Zeit bildet Ägypten

ein selbständiges Rechtsgebiet, in dem die vom Sultan nach 1873 erlassenen Gesetze keine Gültigkeit haben. Dagegen bleiben die vor 1873 erlassenen türkischen Gesetze in Kraft.“ (Winterer 45.) Nach wie vor bleibt das Land jedoch ein integrierender Bestandteil des osmanischen Reiches; die Bewohner sind osmanische Staatsangehörige und haben in staatsrechtlichem Sinne keine eigene Nationalität. Die Flagge ist die osmanische (weißer Halbmond im roten Felde, jetzt durch die Engländer geändert in drei Halbmonde). Orden und Ehrenzeichen sind die türkischen und werden vom Khediven innerhalb seines Wirkungskreises im Namen des Sultans verliehen. Seit 1873 bildet Ägypten zwar ein eigenes Münzgebiet (ägyptisches Pfund = 20'74, türkisches = 18'44 Reichsmark), doch tragen die Münzen den Namenszug und die Jahreszahl des Sultans.

Die *Armee* galt stets als ein Bestandteil des türkischen Heeres. Der Firman von 1841 spricht ausdrücklich von „meinen kaiserlichen Truppen in Ägypten“. Seit 1873 ist zwar auch dieses Band gelockert und die Armee nur mittelbar durch den Khediven dem Sultan unterstellt. Doch blieb das Kontingent beschränkt (im Frieden 18.000 Mann) und die Bestätigung der Offiziere von Generalsrang dem Sultan vorbehalten. Die Kommandosprache ist die türkische. Auch die der großen teils im Sudan stationierten und aus Negern rekrutierten Armee zugeteilten englischen Offiziere (wohl zu unterscheiden von den britischen Besatzungstruppen in Ägypten) bedienten sich des türkischen Kommandos. Als Vasall der Pforte ist der Khediv dem Sultan zur Heeresfolge verpflichtet. Dies geschah nicht nur 1825 gegen Griechenland (Ibrahim in Morea), sondern auch 1854 im Krimkrieg und 1877 im Kriege gegen Rußland. Aber im italienischen Kriege 1911 wurde Ägypten unter dem Drucke Englands für den Durchzug der türkischen Truppen gesperrt und so *vi facti* von der Türkei militärisch getrennt. Das ergab sich eigentlich schon daraus, daß nach der Neuorganisation der Armee 1882 diese einem englischen Oberbefehlshaber unterstellt wurde, der vom Khediv auf „Emp-

fehlung“ der britischen Regierung ernannt wird. Um den Schein des türkischen Bestätigungsrechtes für die Generalsgrade zu wahren, wurde ihm die nicht zum regulären türkischen Schematismus gehörige persische Bezeichnung *Sirdar* gegeben. Der *Sirdar*, zuletzt Sir Reginald Wingate, ist zugleich Generalgouverneur des Sudan und residiert in Chartum.

Völkerrechtlich galt Ägypten bis 1914 ebenfalls als Teil des osmanischen Reiches und hat in diesem Sinne seit 1873 nur beschränkte Handlungsfähigkeit erlangt. Niemals ist dem Khediven das Recht diplomatischer Vertretung nach außen zugestanden worden, wie es doch Bulgarien als tributäres Fürstentum bis 1908 besaß. Die Vertretung fremder Mächte in Ägypten ist nominell eine rein konsularische, tatsächlich aber eine diplomatische und die Generalkonsuln haben persönlich den Rang von Gesandten. Ihre Funktion tritt in Kraft durch ein Berat des Sultans. Der Völkerrechtsbruch Englands bei Ausweisung der Vertreter Österreich-Ungarns und Deutschlands lange vor Eintritt der Türkei in den Krieg, liegt daher klar zutage. Auch sonst sind die internationalen Beziehungen Ägyptens sehr beschränkt. Es hat zwar mit den meisten europäischen Staaten Handelsverträge^{16a)} geschlossen, und auch der Postverkehr ist international geregelt. Politische Verträge sind jedoch unzulässig. Fügen wir hinzu, daß der bis zum Kriege entrichtete Tribut an die Pforte und noch manche andere Einrichtungen, die ich an anderer Stelle besprochen habe,¹⁷⁾ die Zugehörigkeit Ägyptens zum osmanischen Reiche zum Ausdruck bringen, so ist damit, soweit es in diesem Rahmen möglich ist, die staats- und völkerrechtliche Stellung des Landes im wesentlichen gekennzeichnet. Auf andere Einrichtungen, wie die von Cromer so lebhaft bekämpfte internationale Finanzverwaltung,¹⁸⁾ die von der Türkei übernommenen, im Sudan jedoch abgeschafften Kapitulationen,¹⁹⁾ die gemischten Gerichtshöfe usw. einzugehen, fehlt hier der Raum.

Nur in Kürze soll hier noch die Stellung zu England besprochen werden, das es verstanden hat, unter dem Scheine

der Aufrechthaltung des rechtlichen Verhältnisses Ägyptens als Tributärstaat der Türkei die Gewalt im Lande völlig an sich zu reißen, bis der Krieg ihm den gewünschten Vorwand gab, die Maske fallen zu lassen und das Land unter britisches „Protectorat“ zu stellen. Die oft, am ausführlichsten wohl bei Cromer, erzählte Geschichte der Einmischung Englands infolge der Unruhen von 1882 braucht hier nicht wiederholt zu werden. Bekannt ist, wie vom englischen Regierungstisch aus, besonders dem eifersüchtigen Frankreich gegenüber, immer wieder versichert wurde, daß die Besetzung Ägyptens nur eine vorübergehende sei, dabei aber meist vermieden wurde, einen Termin für die Räumung Ägyptens zu bezeichnen. Der Moment, sich völlig freie Hand zu schaffen, war für England gekommen, als Eduard VII. durch seinen Besuch in Paris die für den jetzigen Weltkrieg verhängnisvolle Neuorientierung der englischen Politik einleitete und unter Beseitigung der mit Frankreich schwebenden Differenzen der Vertrag vom 8. April 1904 zustande kam, wonach England versprach, „keine Veränderung in dem politischen Verhältnis Ägyptens vorzunehmen“, Frankreich jedoch „die Aktion Großbritanniens in diesem Lande in keiner Weise zu behindern oder einen Termin für die Räumung zu verlangen“, wofür es seinerseits freie Hand in Marokko erhielt. Das bedeutete, wie Lord Cromer in seiner Besprechung dieses Abkommens (Kap. 48) bemerkt, die Anerkennung der Festsetzung Englands und dessen Vollmacht, nach Belieben im Lande zu schalten. So war unter anderem eine der ersten Folgen, daß die internationale Finanzverwaltung völlig an die Wand gedrückt wurde.

Die Art, wie England seine Gewalt im Lande ausübt, ist für seine Eroberungspolitik überaus bezeichnend und erinnert vielfach an das Vorgehen Roms gegen „befreundete und verbündete“ Staaten, die es unter dem Scheine der Belassung ihrer Selbständigkeit an sich zu ketten wußte, bis sie als reife Frucht im römischen Staatswesen aufgingen. Wie diese nicht *de iure*, aber *de facto* bestehende Macht Englands allmählich gewachsen ist und schließlich die eigene Regierung des Landes

vollständig geknebelt hat, ist oben an mehreren Beispielen gezeigt und in den Schriften von Moritz⁹⁾ und Winterer¹²⁾ kürzlich im Zusammenhange dargelegt worden.

Die Fülle der tatsächlichen Macht übte der Vertreter Englands, der formell gleich den Vertretern der übrigen Mächte nur die Stelle eines Generalkonsuls bekleidete. Während des größten Teiles der britischen Okkupation hat Lord Cromer (1883–1907) diese Stelle eingenommen. Seine Regierung ließ ihm völlig freie Hand. Er selbst hat (Kap. 43) seine Tätigkeit in amüsanter Weise geschildert und dahin zusammengefaßt, daß seine Aufgabe war, die „Regierung zu unterstützen, ohne sich den Anschein davon zu geben“, und ohne gesetzliche Autorität über die tatsächlich ganz von seinem Winke abhängigen englischen Beamten. Die Stellung der letzteren ist überaus bezeichnend. Jedes Ministerium erhielt einen *adviser* im Rang und Gehalt nächst dem Minister. Die Kosten dafür, ebenso wie für die Okkupation, wurden natürlich dem Lande aufgebürdet. Obwohl diese „Berater“, unter denen der „Financial Adviser“ der älteste und einflußreichste war, gesetzlich keinerlei Exekutive besaßen, waren sie die Herren im Ministerium und regierten nach den Instruktionen des Generalkonsuls. Cromer selbst sagt darüber (Kap. 40): „Sie können nur beraten und haben keine gesetzliche Handhabe, ihre Meinung durchzusetzen. Man kann nur sagen, daß im Falle systematischer Mißachtung ihres Rates die britische Regierung unzufrieden sein (*will be displeased*) und Mittel finden wird, ihr Mißfallen fühlen zu machen.“ Mit anderen Worten: kein Ministerium wird die Ablehnung englischer Ratschläge lange überleben. So ist allmählich die ganze Verwaltung des Landes unter englische Kontrolle gekommen und der Generalkonsul, zuletzt Lord Kitchener, regierte mit der Machtfülle eines ungekrönten Königs, neben dem die Stellung des Vizekönigs nur ein glänzender Rahmen ohne Inhalt war. Daß diese Verhältnisse auf das neue Protektorat und die Stellung des „Sultans“ von Englands Gnaden in erhöhtem Maße zutreffen, bedarf keiner Begründung.

Es ist nicht zu leugnen, daß die englische Verwaltung dem Lande in bezug auf öffentliche Ordnung und wirtschaftliche Entwicklung auch große Vorteile gebracht hat. Gerade die letztere hat jedoch eine Richtung genommen, welche die Grundlagen der Volkswirtschaft völlig verschoben hat und den materiellen Aufschwung in einem sehr zweifelhaften Lichte erscheinen läßt. Wir wollen versuchen, auch diese wirtschaftlichen Verhältnisse noch kurz zu beleuchten, was natürlich auch nur mit einigen Strichen geschehen kann. Ausführliche Angaben hierüber findet der Leser in den früher genannten Werken, denen ich hier noch einige besondere Darstellungen anreihe, so von Josef Grunzel,²⁰⁾ Franz Magnus,²¹⁾ Léon Polier,²²⁾ und die deutschen und österreichisch-ungarischen Konsulatsberichte.²³⁾

Ägypten ist seiner ganzen Natur nach auf den Ertrag des Bodens angewiesen. Was das Land an Mineralschätzen bietet, kommt für die Volkswirtschaft kaum in Betracht. Kohle und Eisen, die wichtigsten Hebel des Gewerbefleißes, fehlen so gut wie ganz. Von Edelmetallen wurde im Altertum Gold in Oberägypten und besonders in Nubien gewonnen, Kupfer auf der Sinaihalbinsel, wo auch Türkise und andere Edelsteine gefunden wurden. Diese Fundstätten sind heute erschöpft oder von ganz untergeordneter Bedeutung. Wichtiger ist das aus dem Urgestein der arabischen Wüste (sog. Syenit, Diorit, Porphyr usw.), dem nubischen Sandstein Oberägyptens und den tertiären Kalken bei Kairo (Mokattam) gewonnene Material für Bauten und Bildhauerwerke. Die Monumentalbauten und Skulpturen des Altertums und gewaltige Steinbrüche zeugen für die einstige Ausnutzung dieser Lager. Als Baumaterial sind diese Gesteine auch heute von Wert; so ist der große Staudamm von Assuan aus dem dort anstehenden Granit erbaut. Doch kommen sie der Volkswirtschaft nur indirekt zugute, ebenso wie die hauptsächlich in Kene zu den im ganzen Lande verbreiteten porösen Krügen verarbeitete Tonerde, das in der Wüste weit verbreitete Salz und Natron u. a. Das alles sind nützliche Beigaben der Natur des Landes, aber keine Grund-

lagen der Wirtschaft. Letztere beruht vielmehr ganz auf der Bodenkultur.

Die eigenartigen Bedingungen des Ackerbaues durch den jährlichen Austritt des Nils und die Abhängigkeit von den Grenzen der Überschwemmung sind so allgemein bekannt, daß es hier keiner näheren Erläuterung bedarf. So ist das Fruchmland auf ein schmales, den Fluß begleitendes Band und das breitere, aber nicht in seiner ganzen Ausdehnung kulturfähige Delta beschränkt, ein Areal von rund 24.000 km², wenig mehr als die Fläche von Niederösterreich. Auf diesem engen Raum drängt sich eine Bevölkerung von über 11 Millionen Menschen in einer Dichte von 362 auf den Quadratkilometer, mehr als im Königreich Sachsen (Dichte 321). Fast die ganze Bevölkerung lebt von dem Ertrag des Bodens, dessen intensive Kultur im frühen Altertum uns aus zahlreichen bildlichen und inschriftlichen Darstellungen der Pharaonenzeit bekannt ist.²⁴⁾ Ziffernmäßige Angaben über Bodenertrag und Steuerleistung haben wir aus späterer Zeit, freilich nur als Teilbeträge ohne sicheren Schluß auf die Gesamtproduktion. So betrug nach Mommsen R. G. V. 560 der Jahrestribut an Persien 4 Millionen Mark, die Jahreseinnahme der Ptolemäer in der Blütezeit 57 Millionen Mark und außerdem fast 600.000 hl Weizen. Die Römer bezogen aus Ägypten jährlich 20 Millionen Scheffel = 1.700.000 hl oder ein Drittel des für die Hauptstadt erforderlichen Getreides. Hieraus erklärt sich die oben erwähnte Sonderstellung des Landes in der römischen Provinzialverwaltung. Der Steuerertrag wird für Vespasians Zeit auf 24.000 Talente oder mehr als 100 Millionen Mark angegeben. Unter türkischer Herrschaft pflegte der Pascha in Kairo 500.000—1.000.000 Dukaten nach Konstantinopel abzuführen.²⁵⁾

In neuerer Zeit ist der Staatshaushalt von 9—10 Millionen ägyptische Pfund seit 1880 auf 16—17 Millionen Pfund seit 1905 gestiegen.²⁶⁾ Hiervon wurden je etwa 5 Millionen durch direkte und indirekte Steuern, der Rest durch sonstige Einnahmen, hauptsächlich aus den Verkehrsmitteln (Eisenbahnen

usw.) gedeckt. Unter den direkten Steuern steht die Grundsteuer mit rund 5 Millionen an erster Stelle.

Unter den Bodenfrüchten stehen Weizen und Gerste seit dem grauen Altertume voran, in neuerer Zeit sind Mais und Reis (im Delta und Faijum) dazugekommen, daneben Hülsenfrüchte und Gemüse. Ein mehr für das Landschaftsbild als für die Gesamtwirtschaft in Betracht kommender Faktor ist die besonders durch Mohammed Ali und Ismail geförderte Baumkultur, vor allem die Dattelpalme. Die Zahl der letzteren, nach dem Stück besteuert, wird auf rund 6 Millionen, der Steuerertrag (1910) auf 140.000 Pfund angegeben. In der Ausfuhr nehmen Datteln wie andere Früchte (Orangen, Mandarinen, Feigen, Granatäpfel) nur eine verhältnismäßig untergeordnete Stelle ein.

Die Grundlagen der seit Jahrtausenden auf den Körnerfrüchten beruhenden Volkswirtschaft wurden in den letzten Jahrzehnten völlig verschoben durch die immer mehr ausgebreitete Kultur der Baumwolle. Gewöhnlich wird angegeben, daß Mohammed Ali seit 1820 diese Pflanze in Ägypten eingeführt habe. Schon A. v. Kremer I 206 hat indes darauf hingewiesen, daß sie schon lange vorher dort bekannt war. Neuerdings hat Magnus 156 f., jedoch ohne nähere Belege, den Gebrauch derselben in Ägypten seit dem späteren Altertum aufgezeigt.²⁷⁾ Obwohl die Nachweise für den Baumwollbau im arabischen Mittelalter spärlich sind, läßt doch die Verbreitung in den Nachbarländern, besonders Syrien und Cypern, kaum daran zweifeln, daß er auch in Ägypten schon im Mittelalter eine gewisse Bedeutung hatte. Für Cypern konnte ich zeigen, wie der Senat von Venedig 1358 gegen das Aufkaufen der Baumwollernte durch Ringe von Schiffsreedern und deren Preistreiberereien Stellung nimmt, und die Entwicklung der Kultur bis zur Gegenwart nachweisen.²⁸⁾ Mohammed Alis Verdienst bestand daher nur in einer Verallgemeinerung des Anbaues, vielleicht auch in der Einführung einer neuen Sorte. Die ganze ältere Geschichte der Baumwollkultur in Ägypten muß jedoch erst noch untersucht werden.

Einen bedeutenden Aufschwung brachte die durch den amerikanischen Bürgerkrieg 1861—65 auf dem Weltmarkt hervorgerufene Baumwollkrise. Seither sind Indien und Ägypten als wichtigste Produktionsländer neben Amerika getreten. Haben sich inzwischen auch noch weitere Produktionsgebiete eröffnet, wie Turkestan und Südamerika, so bleibt der ägyptische Markt nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ wegen des hochwertigen, für die feinen seidenglänzenden Gewebe geeigneten Erzeugnisses von hervorragender Bedeutung. Die große Ausdehnung des Baumwollbaues in Ägypten wurde erst ermöglicht durch die unter englischer Verwaltung geschaffenen Bewässerungsanlagen. Es sind das neben der Wiederherstellung des schon unter Mohammed Ali angelegten „Barrage du Nil“, der nur für das Delta in Betracht kommt, die Staudämme von Siut 1902, Esneh 1909 und Assuan 1902, beziehungsweise 1912. Obwohl durch letzteren eine der reizvollsten Denkmälergruppen des Altertums, die Insel Philä, in barbarischer Weise der Vernichtung preisgegeben wurde, müssen die genannten Anlagen doch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus als das bedeutendste Kulturwerk der Engländer in Ägypten bezeichnet werden. Die Bodenkultur ist dadurch nicht nur weiter ausgedehnt, sondern auch von den Jahreszeiten und den Schwankungen des Nilstandes unabhängiger geworden. Das war von besonderem Wert für die Baumwolle, welche in ihrer Vegetationsperiode einer sorgfältigen und geregelten Bewässerung bedarf. Für die Einzelheiten des Anbaues muß hier auf die angeführten wirtschaftlichen Werke über Ägypten, besonders die Darstellungen von Grunzel und Magnus verwiesen werden. Dagegen sind die allgemeinen Folgen für die Volkswirtschaft noch kurz zu besprechen.

Zunächst wurde durch die neue Bewässerungsart auch der Ackerbau beeinflusst. Durch die Wasserzufuhr aus den Stauwerken ist der Anbau nicht mehr so wie früher an die natürlichen Jahreszeiten gebunden, und kann mehr als eine Ernte liefern. Dadurch wird aber der Boden um so mehr ausgesaugt, als das in den Stauseen abgeklärte Nilwasser nur

mehr geringe Schlammzufuhr liefert, und bedarf entweder einer periodischen Brache oder der künstlichen Düngung. Beides war unnötig, so lange die Überschwemmung jährlich eine dicke Schlammsschicht ablagerte und nur eine Ernte bestellt wurde. Als Dünger kann jedoch der Mist der Haustiere nicht verwendet werden, da derselbe in dem holzarmen Lande als Brennstoff unentbehrlich ist. So wird Dünger aus dem Schutt der alten Städte hergestellt, die in ihren Abfällen aus Jahrtausenden bis zu 12% an Salzen bergen. Diese Methode ist jedoch den Fellachen noch keineswegs allgemein geläufig und müßte bei regelmäßiger Anwendung bald zur Erschöpfung der Vorräte und zur Einfuhr von Kunstdünger führen.^{28a)} Zu diesen Erschwernissen des Feldbaues tritt nun die übermächtige Konkurrenz der Baumwolle.

Der Baumwollbau hat einerseits die Finanzen des Landes wesentlich gehoben, anderseits dem Boden etwa ein Drittel der Bebauung mit Körnerfrüchten entzogen. Im Juli 1911 waren 5,285.454 Feddan (1 Feddan = 0.42 ha) bebaut, davon 1,721.815 mit Baumwolle. So kommt es, daß Ägypten, einst eine der Kornkammern des Mittelmeeres, in steigendem Maße auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen ist. Allein die Einfuhr an Mehl ist von 114.627 Pfund in den Jahren 1890—1894 auf 1,600.676 Pfund im Jahre 1911 gestiegen, die Einfuhr von Getreide, Mehl, Gemüse usw. von 1,112.448 Pfund im Durchschnitt der Jahre 1895—1899 auf 3,238.264 im Jahre 1911, die der Tiere und tierischen Nährstoffe im gleichen Zeitraum von 366.238 auf 1,178.861 Pfund (Polier 346). Zusammen mit der Einfuhr von Kolonialwaren, Getränken usw. ergibt dies nach Polier eine Steigerung um 250%, während sich die Bevölkerung nur um 20% vermehrte.

Das wäre nun an sich nicht beunruhigend, wenn Ägypten in der Lage wäre, gleich den Industrieländern den Mehrbedarf an Nahrungsmitteln mit den Erzeugnissen seines Gewerbefleißes zu bezahlen. Das ist aber nicht der Fall. Ägypten ist heute wie früher ein fast ausschließlich agrarisches Land. Während in Indien mit der Entwicklung der Baumwoll-

kultur auch eine solche der Baumwollindustrie einhergegangen ist, kam eine solche in Ägypten nicht zustande. Die Versuche mit einheimischen Spinnereien sind mißglückt und die primitive Hausweberei ist zum größten Teil auf fremde Garne angewiesen. So stehen in der Einfuhr Textilwaren, natürlich überwiegend aus Baumwolle, ziffermäßig an erster Stelle, 1913 im Wert von 7 Mill. Pfund bei einer Gesamteinfuhr von nicht ganz 28 Mill. Dagegen ist die im Lande selbst erzeugte Baumwolle so gut wie ganz auf die Ausfuhr angewiesen. Sie beherrscht so sehr die Handelsbilanz des Landes, daß der französische Nationalökonom Polier (a. a. O. 349) dafür den Ausdruck „Monokultur“ prägen konnte, freilich nicht in dem Sinne, als ob Baumwolle das einzige Bodenerzeugnis wäre, wohl aber insoferne, als allein durch die Baumwolle die Beziehungen Ägyptens zum Auslandsmarkt aufrechterhalten werden. Die Tabelle bei Magnus 161 weist der Baumwolle in der Ausfuhr einen von 63% (1862) auf über 80% (1907 fast 88%) steigenden Anteil zu. Die letzte Statistik vor dem Krieg gibt für 1913 eine Gesamtausfuhr von 31,662.000 Pfund, davon Baumwolle (und Textilwaren) 25,7 Mill. Pfund (1912 sogar 27,7 Mill.). Von dem nächstbedeutenden Posten „Getreide, Gemüse, Früchte, Baumwollsamensamen“ mit 4,3 Mill. entfallen auf den letzteren allein fast 3,3 Mill., so daß also auch dieser Betrag der Baumwollausfuhr zuzurechnen ist, die sich sonach 1913 auf rund 29 Mill. belief. Daraus erhellt ohne weiteres, daß allen anderen Landeserzeugnissen in der Handelsbilanz nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt, so auch den ziffermäßig an dritter Stelle folgenden ägyptischen Zigaretten. Die an sich bedeutende Zigarettenindustrie ist eine um so merkwürdigere Erscheinung, als im Lande selbst gar kein Tabak gebaut wird, ja der Anbau verboten ist. Das Material ist türkischer und griechischer Tabak, der Einfuhrzoll mäßig, das Gewerbe steuerfrei, der Betrieb ausschließlich Handarbeit. Über die eigentlichen Ursachen der Vorzüge ägyptischer Zigaretten sind die Meinungen verschieden.²⁹⁾ Die Ausfuhr an Zigaretten schwankte in den letzten Jahren vor dem Kriege

um 400.000 Pfund, ein an sich ansehnlicher, aber im Vergleich zum Gesamthandel doch nur geringfügiger Betrag. Die Einfuhr an Tabak betrug in der gleichen Zeit 1 Mill. Pfund und darüber, woraus erhellt, daß der größere Teil im Lande selbst verbraucht wird.

Die Ausfuhr der ägyptischen Baumwolle geht etwa zur Hälfte nach England und vereinigt sich dort fast ganz auf den Platz Liverpool. England hat daher ein hervorragendes Interesse, die Kultur in Ägypten zu fördern, da es hiedurch weniger vom amerikanischen Markt abhängig wird. Beträgt doch die Produktion Ägyptens mit jährlich 1'4 Mill. Ballen zusammen mit jener Indiens von 4'5 Mill. Ballen schon fast die Hälfte der amerikanischen (13 Mill. Ballen). Ägypten seinerseits aber gerät durch dieses Verhältnis neben der politischen auch in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von England und ist dabei für seinen einzigen ausschlaggebenden Exportartikel ganz von der Konjunktur des Weltmarktes abhängig, ohne selbst stark genug zu sein, um die Konjunktur zu beherrschen. Wie Polier 358 zeigt, ist der Markt von Alexandrien in den Händen der englischen Spinner, die einen gewaltigen Absatzring für die ägyptische Baumwolle bilden und die Kurse oft willkürlich drücken können. Welchen Einfluß Weltkrisen wie die jetzige auf die Lebenshaltung der Bevölkerung haben müssen, wird erst später klar werden. Schon 1914 war die Ausfuhr an Baumwolle auf 18'67 Mill. Pfund gesunken!

Die wirtschaftliche Abhängigkeit ist gleichbedeutend mit einer finanziellen. Letztere kommt äußerlich auch dadurch zum Ausdruck, daß seit langem in Ägypten fast nur englisches Gold kursiert. Wer vor Jahrzehnten das Land bereiste, wird sich mit Vergnügen der Goldstücke ägyptischer Prägung zu 1, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Pfund erinnern; sie sind seit Jahren völlig aus dem Verkehr verschwunden. Auch französisches Gold trifft man viel weniger als früher, am meisten noch in Alexandrien und Port Said. Das englische Gold ist fast zum alleinigen Zahlungsmittel in bar geworden. Die tieferen

Gründe dieser Erscheinung und die Abhängigkeit des Bank- und Kreditwesens vom Ausland möge man bei Polier nachlesen.

Der überwiegende Anteil Englands am ägyptischen Handel erhellt ferner aus folgender Übersicht für das letzte Friedensjahr 1913, woraus zugleich die Stellung der übrigen am ägyptischen Handel hauptsächlich beteiligten Länder, insbesondere unserer Monarchie, entnommen werden kann. Da es sich hier nur um eine Übersicht in großen Zügen handelt, habe ich die im „Deutschen Handelsarchiv“ veröffentlichten Ziffern auf je 100.000 äg. Pfund (£E) abgerundet:

	Gesamtumsatz Mill. £ E	Einfuhr		Ausfuhr	
		Mill. £ E	%	Mill. £ E	%
Großbritannien . . .	24·2	8·5	30·5	13·6	43·1
Deutschland	5·8	1·6	5·8	4·0	12·8
Frankreich	5·4	2·6	9·0	2·5	8·8
Österreich-Ungarn .	3·7	1·9	7·0	1·8	5·6
Türkei	3·5	2·7	9·8	0·7	2·1
Rußland	3·1	0·9	3·2	2·2	7·1
Amerika	3·0	0·5	3·9	2·5	7·9
Italien	2·5	1·5	5·3	1·0	3·2

Wie man sieht, steht Österreich-Ungarn im Gesamtumsatz an vierter Stelle nach Deutschland und Frankreich, in der Einfuhr ebenso nach der Türkei und Frankreich und vor Deutschland, in der Ausfuhr aber an sechster hinter Deutschland, Frankreich, Amerika und Rußland. Jedenfalls gehört unsere Monarchie zu den in Ägypten meist interessierten Wirtschaftsgebieten und hat für ihre Beziehungen dorthin noch große Entwicklungsmöglichkeiten.

Über die einzelnen Artikel unserer Ausfuhr nach Ägypten geben die Konsularberichte und die „Statistik des auswärtigen Handels“ genauen Aufschluß. Wir ersehen daraus, daß in den letzten Jahren vor dem Weltkriege die Ausfuhr an Zucker und Bauholz in rascher Steigerung an die

erste Stelle getreten ist, während andere, wie Textilwaren und Konfektion, zurückgegangen sind. Folgende Übersicht der den Wert von 100.000 £ E übersteigenden Artikel während der letzten drei, allerdings schon durch die Balkanwirren getrübbten Friedensjahre, diene zur Veranschaulichung:

£ E	1911	1912	1913
Zucker	78.492	136.828	378.355
Bauholz	155.576	163.987	266.970
Konfektionskleider	215.660	184.209	165.480
Schafwollgewebe	191.155	120.757	99.259
Baumwollgewebe	153.232	86.884	77.134

Aus diesen wenigen Ziffern erhellt, daß unsere Monarchie nach dem Kriege sich sehr wird bemühen müssen, um ihre Handelsinteressen in Ägypten zu wahren.

Das gleiche gilt für unseren Anteil an der Schifffahrt durch den Suezkanal, die mit Ägypten mehr geographisch als wirtschaftlich verbunden ist. Die ganze Frage des Kanales aufzurollen, fehlt mir am Schlusse meiner Ausführungen die Zeit. Ich verweise auf das, was ich über die durch neue Aktenstücke in ein anderes Licht gerückte Entstehungsgeschichte des Kanals früher³⁰⁾ gesagt habe. Dort wurde dargestellt, wie die historisch berechtigten Ansprüche Österreichs durch den italienischen Krieg von 1859 und den zu frühen Tod des für den technischen Entwurf bahnbrechenden Negrelli bei Seite geschoben worden sind; sie sollten bei einem künftigen Friedensschluß nicht außer acht gelassen werden. Der Anteil der österreichischen Schifffahrt am Kanal ist in der Reihe dieser Vorträge von berufener Seite beleuchtet worden.³¹⁾ Neue, bis 1914 reichende Daten über den Verkehr durch den Kanal bietet ein Artikel von R. Henning.³²⁾ Über die Frage der Neutralität verweise ich auf die Ausführungen bei Cromer Kap. 47 und Winterer 91ff. Sie ist formell beendet durch die unter englischem Druck von der Suezkanalgesellschaft im

Nov. 1914 abgegebene Erklärung, „daß sie die Neutralität des Kanals nicht mehr wahren könne und genötigt sei, sich mit seinen Verteidigern zu verbünden und diesen seine gesamten Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen“ (Moritz 55). Bekanntlich ist seither der Kanal von England zu seiner Verteidigungsbasis in Ägypten gemacht worden, wobei ihm alle Vorteile eines reichen Hinterlandes mit seinen Verkehrsmitteln und die Wasserversorgung zugute kommen, während der Angreifer auf die stark befestigte Stellung die Nachteile einer fast wasserlosen Wüste und eines langen Anmarsches gegen sich hat. Was für Pläne in dieser Hinsicht bei den verbündeten Heeresleitungen bestehen, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis. Eines ist jedoch gewiß: Kommt es dort im Laufe dieses Krieges noch zu ernstern Ereignissen, so wird England nicht nur an einer seiner verwundbarsten Stellen getroffen, sondern auch die Aussicht auf Befreiung eines der Hauptwege des Weltverkehrs von der Seetryannei Englands eröffnet.

ANMERKUNGEN.

¹⁾ «Ägyptens Bedeutung für die Erdkunde» beleuchtet in knapper und geistvoller Form J. Partsch in seiner Antrittsvorlesung. Leipzig 1905.

²⁾ Mommsen, Röm. Gesch. V 553 f.; Röm. Staatsrecht II 737, 963, III 753.

³⁾ Erstes urkundliches Auftreten der Türken. Mitt. a. d. Samml. d. Papyri Erz. Rainer I, 1887, S. 93 ff.

⁴⁾ Ägypten. 2 Teile. Leipzig 1863.

⁵⁾ Das heutige Ägypten. Leipzig 1872.

⁶⁾ Das moderne Ägypten, mit besonderer Rücksicht auf Handel und Volkswirtschaft. Leipzig 1893.

⁷⁾ Ägypten 1894, staatsrechtliche Verhältnisse, wirtschaftlicher Zustand, Verwaltung. 2 Bände. Berlin 1895.

⁸⁾ Modern Egypt. 2 Bände. London 1908. Ausgabe in 1 Band 1911. Deutsch von M. Plüddemann. 2 Bände. Berlin 1908.

⁹⁾ Wie Ägypten englisch würde. Weimar 1915. (Deutsche Orientbücherei 10.)

¹⁰⁾ Die staats- und völkerrechtlich^e Stellung Ägyptens. Leipzig 1903.

¹¹⁾ Das Staatsrecht Ägyptens. Graz 1911. Vgl. auch dessen Vortrag «Die politische und wirtschaftliche Lage Egyptens». Urania 1916 Nr. 11.

¹²⁾ Ägypten. Seine staats- und völkerrechtliche Stellung. Berlin 1915.

¹³⁾ Näheres bei F. Bamberg, Gesch. d. orientalischen Angelegenheit (Berlin 1892), S. 424 f. wo mit Recht bemerkt wird, daß das Verhältnis Ismail Paschas zur Pforte wesentlich zur Zersetzung des osmanischen Reiches beigetragen hat, und S. 430 f. über die Intrigen Rußlands durch seinen Botschafter Ignatiew in Konstantinopel.

¹⁴⁾ St. Kekule, Titel, Ämter usw. in der osmanischen Sprache. Diss. Halle 1892. — W. Albrecht, Grundriß des osmanischen Staatsrechtes. Berlin 1905. Über den Titel Khediv (die Schreibung mit Schluß-e ist etymologisch nicht begründet und nur der französischen Aussprache angepaßt) s. auch meine Studie «Ägypten und der Suezkanal», Deutsche Revue Januar 1915 (S. 104 f.).

¹⁵⁾ Die Vorgänge vor und bei der Absetzung Ismails schildert ausführlich Cromer I, Kap. 8. Der Bestallungsferman für den letzten Khediv Abbas Hilmi, abgedruckt bei Neumann, S. 341 f.

¹⁶⁾ O. v. Dungern, Die staatsrechtliche Stellung des Sudan. Archiv d. öff. Rechts 28 (1912), 522—545. Winterer a. a. O. 135—149. E. Oberhummer, Der ägyptische Sudan. Zeitschr. d. Ges. f. Erdk. Berlin 1915.

^{16a)} Der französische Text des Handelsvertrags mit dem Deutschen Reiche von 1892 ist abgedruckt bei Neumann a. a. O. S. 343—352.

¹⁷⁾ Deutsche Revue 1915, S. 105 f.

¹⁸⁾ Mit Recht hebt Moritz a. a. O. S. 18 hervor, daß Cromer der verdienstvollen Tätigkeit des deutschen Kommissärs (später Staatssekretär des Auswärtigen Amtes) Oswald Frh. v. Richthofen, dessen Bekanntheit ich 1887 ebenfalls in Kairo machen konnte, mit keinem Worte gedenkt.

¹⁹⁾ Vgl. darüber meinen «Ägypt. Sudan», S. 41 f. Cromer, Kap. 52. Winterer 68 ff.

²⁰⁾ Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse Ägyptens. Wien 1905.

²¹⁾ Ägypten. Seine volkswirtschaftlichen Grundlagen und sein Wirtschaftsleben. Tübingen 1913.

²²⁾ Die Volkswirtschaft Ägyptens in weltwirtschaftlicher Beleuchtung. Weltwirtschaftliches Archiv 1913, II, 343—376.

²³⁾ Deutsches Handelsarchiv 1914. Nov. 820—831 (Handelsbericht des kais. Konsulats in Alexandrien für 1913). Berichte der k. u. k. österr.-ungar. Konsularämter 1914, herausg. vom k. k. österr. Handelsmuseum. Alexandrien (für 1913). — Statistik des auswärtigen Handels, herausg. vom k. k. Handelsministerium (spezielle Gliederung der Ein- und Ausfuhr).

²⁴⁾ Näheres hierüber bei A. Erman, Ägypten und ägyptisches Leben im Altertum, S. 566 ff., wo S. 613 f. auch über den Bergbau, besonders die Goldbergwerke und Edelsteingruben.

²⁵⁾ Helmolts Weltgeschichte III 690.

²⁶⁾ Vgl. die Tabellen bei Magnus S. 72 ff. und die neuesten Angaben im Hofkalender.

²⁷⁾ Quellennachweise über die antike Baumwollkultur Ägyptens in Realenzykl. der klass. Altertumswiss. (Wissowa) III 171.

²⁸⁾ E. Oberhummer, Die Insel Cypern I (München 1903) 285 ff., 455. Die Urkunde von 1358 steht bei Mas Latrie, Hist. de l'île de Chypre II 222 f.

^{28a)} Magnus a. a. O. 172 ff. Baedekers Aegypten, Einleitung.

²⁹⁾ Näheres über die Zigarettenfabrikation in dem Bericht von Grunzel, S. 68 ff.

³⁰⁾ Deutsche Revue 1915, S. 106 ff., 112 f. Der dort besprochene Kurs der Kanalaktien (Nominale 400) ist nach mir gewordener privater Mitteilung im Herbst 1913 auf 6600 gestiegen! Über Negrelli wird die gründliche Biographie von A. Birk (1. Band 1915) neues Material bringen.

³¹⁾ Vgl. den Vortrag von Hofrat Frankfurter.

³²⁾ Die Bedeutung des Suezkanals für das englische Wirtschaftsleben. Deutsche Kolonialzeitung 1916, Nr. 1.

Die Gestaltung der völkerrechtlichen Verhältnisse in Vorderasien im letzten Menschenalter vor dem Kriege.

Von

Dr. Leo Strisower,

Professor an der Universität Wien.

Die Entwicklung der völkerrechtlichen Verhältnisse in Vorderasien interessiert wegen ihrer unmittelbaren, konkreten Bedeutung im politischen Leben der Gegenwart. Man kann aber auch einen eigentümlich peinlichen Reiz allgemeiner Art in diesen Verhältnissen finden. Sie haben einen paradigmatischen Charakter; wie die Unabhängigkeit souveräner Staaten verfallen kann, tritt uns in verschiedenen Phasen entgegen: von bloß gefährvollen partiellen Erscheinungen bis zu dem in Bildung begriffenen und zum ausgesprochenen Protektorate.

Die größte Macht in Vorderasien ist die **Türkei**, wenn gleich auch sie hier auf einem Areal von über 1,700.000 km², dem mehr als 2 $\frac{1}{2}$ -fachen von Österreich-Ungarn, nur etwa 20 Millionen Einwohner ausweist. Der Länderbestand der asiatischen Türkei ist im Laufe des 19. Jahrhunderts nicht sehr wesentlich geschmälert worden. Rußland dringt allerdings im Nordosten vor. Im Frieden von Adrianopel 1829 und dann wieder im Berliner Verträge 1878 gehen namentlich auch armenische kleinere Landesteile verloren. So tritt die Türkei im Berliner Verträge die Gebiete von Ardahan, Kars und Batum ab, verliert dabei immerhin weniger als in dem ihr früher einseitig abgezwungenen Verträge von San Stefano.

Mit diesem Verluste steht der seltsame Allianzvertrag — der sog. **Zypernvertrag** — in Zusammenhang, den die

Türkei mit England ungefähr gleichzeitig, am 4. Juni 1878, schloß und der erst durch den gegenwärtigen Krieg aufgehoben ist. Damals und lange darnach stand England im Gegensatz zu Rußland, es leistete der Türkei Hilfe, die Opfer des Friedens von San Stefano herabzudrücken, ließ sich auch von Rußland versprechen, daß in Zukunft seine Grenze nicht weiter gegen die asiatische Türkei hin ausgedehnt werden solle. Im Allianzvertrage versprach es seinerseits, der Türkei gegen jeden weiteren Versuch Rußlands, sich eines Teiles des türkischen Gebietes in Asien zu bemächtigen, beizustehen. Um hierzu England „in den Stand zu setzen“, räumte ihm der Sultan die Okkupation und Verwaltung der Insel Zypern ein; sie sollte aufhören, wenn Rußland der Türkei die eroberten armenischen Gebiete zurückgäbe. Man mochte gleich annehmen, daß es auf den Verlust Zyperns für die Türkei hinauslaufe; England gewann nach einem immer wieder verfolgten großen Plan einen neuen Stützpunkt auf der Straße nach Indien. Immerhin ist nicht bloß ein begrifflicher, sondern in gewissem Sinne auch ein praktischer Unterschied zwischen der Einräumung einer solchen Okkupation und Verwaltung, wie sie damals in der internationalen Übung auftrat, und der Zession eines Gebietes anzuerkennen. Der Unterschied äußert sich gerade bei einer Sachlage wie die gegenwärtige. Namentlich beruht das Recht Englands an Zypern auf der dauernden pflichtgemäßen Duldung der Türkei, auf dem Bestande des Vertrages von 1878, und ist dadurch, daß der Ausbruch des gegenwärtigen Krieges diesen Vertrag aufgehoben hat, erloschen;¹⁾ woran auch der Umstand nichts ändern kann, daß England nach Ausbruch des gegenwärtigen Krieges durch eine eigenmächtige, in Anbetracht des Kriegszustandes juristisch ungiltige Erklärung die Insel annektiert hat. Im Friedensvertrage wird Zypern ohne Rücksicht auf den Vertrag von 1878 ein neues Objekt von Vereinbarungen zu bilden haben.

Die Abbröckelung an den Grenzen, die sich im Zypernvertrage äußert, setzt sich in der Folge fort, aber bis in die letzte Zeit war es nur ein leises Knistern, nicht ohne Wider-

stand und Gegenmaßregeln der Pforte. England betrachtet den Persischen Golf als sein spezielles Interessengebiet, es hat sich dort in fortgesetzter politischer Arbeit eine überragende Stellung geschaffen, so auch durch direkte Verträge mit Häuptlingen, die unter fremder Oberhoheit stehen. Man erfuhr von solchen Verträgen oft erst viel später, wenn sich ein Konflikt aus ihnen ergab, wenn etwa eine sonstige ausländische Gesellschaft dort Land erwerben sollte und nun angeblich ein Vertrag mit England die Disposition ohne englische Zustimmung ausschloß. Ein besonders wichtiger Punkt am Persischen Meerbusen ist das unter türkischer Souveränität stehende Kueit (Koweit), das beträchtlichen Handel treibt, einen guten Hafen besitzt und als Endpunkt der Bagdadbahn in Aussicht genommen wurde. Der Scheich von Kueit, der in hartnäckige nachbarliche Kämpfe, in die auch die Türkei eingriff, verwickelt war, stellte sich vertragsmäßig unter weitgehenden englischen Einfluß. Eine eigentliche Schutzgewalt wird von England nicht behauptet; aber andererseits wurde die Oberhoheit der Türkei sehr herabgedrückt. Kurze Zeit vor dem gegenwärtigen Kriege kam, wie verlautete, eine Vereinbarung zwischen der Türkei und England über Kueit wie über andere Gegenden am Persischen Meerbusen zustande oder war doch im Begriffe, zustande zu kommen, worin die Türkei eine umfassende Autonomie des englischen Schützlings und die Rechte Englands anerkannte. Die Behandlung kleinerer Machthaber als unabhängig von einem anderen Staate hat bekanntlich oft auch in wichtigeren Fällen als Mittel gedient, um sie in die eigene Gewalt zu bringen.²⁾

Ein wichtiger Streitpunkt betraf ferner die Sinaihalbinsel und ihr Verhältnis zu Ägypten. Als 1840 und 1841 die erbliche Übertragung Ägyptens an Mehemed Ali unter internationaler Einwirkung geregelt wurde, gehörte die Sinaihalbinsel nicht zu Ägypten. Erst später wurde ihre Verwaltung Ägypten übertragen, wobei der Schutz der nach Mekka wandernden Pilgerkarawanen eine Rolle spielte. Da infolge der Besetzung Ägyptens durch England die Pforte ein

stärkeres Interesse daran hatte, das ägyptische Gebiet zu schmälern, übrigens die Pilgerkarawanen meist den Seeweg wählten, versuchte sie 1892 bei der Investitur des jetzigen rechtmäßigen Khediven Abbas die Sinaihalbinsel wieder abzutrennen. Die Grenze der eigentlichen Türkei wäre dadurch an den Suezkanal vorgeschoben worden. Nun ist es überhaupt nicht jeder Bestreitung entzogen, ob die Mächte durch die Londoner Konvention von 1840 ein völkerrechtliches Recht erlangt haben, daß die Türkei Ägypten in seiner damaligen Stellung belasse. Keinesfalls aber bezog sich dieses Recht auf die Sinaihalbinsel, die nicht zu Ägypten gehörte. Indessen intervenierten 1892 England und Frankreich, und die Pforte mußte sich, gegen Anerkennung ihres Rechtes auf einige benachbarte Posten, bequemen, den bisherigen Zustand auf der Sinaihalbinsel zu belassen, wobei übrigens später wieder Grenzschwierigkeiten entstanden.

Andere auswärtige Gefahren, welche die Türkei auf asiatischem Boden bedrohten und bedrohen, hängen enger mit der Lage im Innern des Reiches zusammen. Territoriale Veränderungen haben sich auf den Inseln des Archipels vollzogen; die ungefähr 400.000 überwiegend griechische Einwohner zählen; die Verhältnisse sind allerdings noch nicht vollkommen geklärt und abgeschlossen.

Griechenland hatte im letzten Balkankriege wichtige Inseln okkupiert. In dem verhängnisvollen Londoner Frieden vom 30. Mai 1913, der die türkische Herrschaft in Europa bis auf einen Rest beseitigte, erklärte der Sultan und erklärten die verbündeten Balkanstaaten, daß sie die Bestimmung des Loses aller türkischen Inseln des Ägäischen Meeres (außer Kreta, das gleich an die verbündeten Souveräne abgetreten wurde) den Großmächten überlassen. Erst Mitte Feber 1914 gaben die Großmächte ihren Beschluß bekannt. Alle während des Krieges von Griechenland okkupierten Inseln sollen ihm zufallen, außer Tenedos, Imbros und Kastelloryzo, die der Türkei zurückgestellt werden sollen. Von den ausgenommenen Inseln beherrschen Imbros und Tenedos die Dardanellen, Kastelloryzo,

das ganz im Südosten liegt, mochte wohl von England lieber noch in türkischen als in griechischen Händen gesehen werden. Im übrigen aber gaben die Mächte den griechischen Bestrebungen nach, Lemnos wie Lesbos, Chios, Samos, die großen, dem asiatischen Festland dicht vorgelagerten Inseln, wurden Griechenland zugesprochen. Aus Rücksicht auf die Türkei sollte es sich allerdings verpflichten, die fraglichen Inseln nicht zu befestigen, sie für keinen militärischen Zweck zu verwenden und Maßregeln gegen den Schmuggel zu treffen. Aber die türkische Regierung antwortete doch, daß die Entscheidung die Lebensinteressen des Reiches nicht berücksichtige, und behielt sich vor, noch die Realisierung ihrer Wünsche anzustreben. So ist die Frage in einem politischen Sinne nicht ganz erledigt.³⁾ Als, schon im März des vorigen Jahres, Truppen der Entente Inseln, die Griechenland innehatte und die ihm solchermaßen zuerkannt waren, besetzten, wurde, wie verlautet, gerade auch der Grund angegeben, daß sich die Türkei noch nicht dem Beschlusse der Mächte gefügt habe.

Infolge einer eigentümlichen Gestaltung der Dinge bezog sich die Entscheidung der Großmächte — abgesehen von Kastelloryzo — nicht auf die Inseln im Südwesten von Kleinasien. Hier war die Okkupation Griechenlands im Balkankriege dadurch verhindert, daß die Italiener diese Inseln noch von dem türkisch-italienischen Tripoliskriege her okkupiert hielten, und so trifft die Entscheidung der Großmächte sie nicht. Es sind das Rhodos und eine Reihe kleinerer Inseln, die (wie übrigens auch Kastelloryzo und einige andere) zum sogenannten Dodekanesos gezählt werden, Karpathos, Kos, Patmos, die Insel des Apostels Johannes usw. In dem Frieden von Lausanne zwischen Italien und der Türkei vom 18. Oktober 1912 war erklärt worden, daß sofort nach der Unterzeichnung des Vertrages beide Regierungen die Befehle wegen Rückberufung ihrer Offiziere, Truppen und Zivilbeamten erlassen würden, und zwar hatte die türkische Regierung die ihrigen aus Tripolis und der Cyrenaica und die italienische Regierung die ihrigen aus jenen von ihr besetzten

Inseln zurückzuberufen; die Italiener sollten die Inseln sofort verlassen, sobald die Türken Tripolis und die Cyrenaica verlassen hätten. Die Inseln blieben aber weiter von den Italienern besetzt. Italien schien geneigt, sie überhaupt zu behalten; man brachte vor, daß die Türkei ihre Verpflichtung bezüglich Afrikas nicht erfüllt hätte. Unter europäischem Drucke äußerte es dann grundsätzlich die Absicht der Rückgabe, verlangte aber Ersatz für die Kosten und Opfer, die die angebliche Nichterfüllung des Friedensvertrages durch die Türkei ihm auferlegt hätte. Es beehrte insbesondere Eisenbahnkonzessionen im südlichen Kleinasien, von Makri und Adalia aus, und Zusammenhängendes, nahm etwa auch über die türkische Verwaltung auf den zurückzugebenden Inseln, auf die sich schon Vereinbarungen von Lausanne bezogen, eine Art Kontrolle in Aussicht. Die Inseln selbst, die sich großenteils lange Zeit einer weitgehenden Schonung, Selbstverwaltung und Steuerbegünstigung erfreut hatten, sind seit etwa fünfzig Jahren mehrfach in Konflikt mit der türkischen Regierung gestanden. Während der italienischen Okkupation gaben sie in förmlicher Weise ihren Wunsch nach einer Vereinigung mit Griechenland zu erkennen, wobei übrigens die italienische Regierung solche Äußerungen zu unterdrücken suchte. Vor dem gegenwärtigen Kriege schien sich eine internationale Einigung vorzubereiten. Die Großmächte wünschten anscheinend, vielleicht besonders nach dem Sinne Englands, das vorsichtig seine weitgreifenden Interessen wahrt, die Rückgabe der Inseln an die Türkei, etwa unter gewissen Bedingungen zugunsten ihrer Autonomie. Der gegenwärtige Krieg hat den Anspruch der Türkei gegen Italien auf Rückgabe schon deshalb nicht aufgehoben, weil er aus ihrer niemals erloschenen Hoheit über die Inseln folgt, andererseits kommt die Bestimmung des Londoner Vertrages in Betracht, wonach sich die Türkei verpflichtet, den Beschluß der Großmächte über das Schicksal aller türkischen Inseln im ägäischen Meere, also auch der von Italien besetzten, zu respektieren.

In anderen Formen traten auswärtige Einwirkungen in Verbindung mit inneren Schwierigkeiten an anderen Stellen auf. So förderte England Bewegungen und Aufstände in Arabien, wo ihm mindestens die Erstarkung der Türkei an der Welthandelsstraße unbequem wäre. Gewisse völkerrechtliche Interventionsrechte kommen in besonderer Weise hinzu.

Vor allem in Armenien. Die Haltung der Armenier begann seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Schwierigkeiten zu bereiten, während vordem die armenische Nation als besonders ergeben gegolten hat. Die Ziffern für die Armenier werden sehr verschieden angegeben, sie mögen im ganzen beiläufig vier Millionen zählen, wovon die größere Hälfte in der Türkei lebt. Aber ein beträchtlicher Teil der türkischen Armenier wohnt außerhalb der eigentlichen Sitze der Nation, hat anderwärts verschiedene Interessen zu wahren. In den von ihnen hauptsächlich bewohnten Gebieten leben sie vielfach mit Mohammedanern, so insbesondere mit den ihnen feindlich gesinnten Kurden, vermischt, ein Umstand, der andererseits die Einführung von Reformen besonders erschwert. Sie sind, neben einem in der Diaspora lebenden Bruchteil, zwischen drei Reichen geteilt, der Türkei, Rußland, Persien, die Erlangung voller Unabhängigkeit würde mit den Interessen dreier Staaten kollidieren. Aber immerhin wurde die Behandlung der Armenier zu einem internationalrechtlichen Problem, als sich namentlich der Berliner Vertrag mit ihnen beschäftigte. Zuletzt kam die Frage im Jahre 1913 in Fluß. Es verlautete, daß sich im Feber 1914 die Türkei und Rußland (das übrigens kurz vorher einen Versuch gemacht hatte, seine Hand nach Türkisch-Armien auszustrecken) über einen Entwurf geeinigt hätten, der ganz Anatolien umfaßt, auf einer außerordentlichen Vollmacht von Inspektoren beruht, die von der Pforte zu ernennen wären und für die Provinzen des östlichen Anatoliens den kleinen europäischen Staaten entnommen werden sollten, dann weitere Reformen enthält, die auch die Armenier speziell berücksichtigen. Aber es verlautete auch

schon vor dem Kriege, daß sich die Kurden erhoben, um die Einführung der Reformen zu verhindern, daß indes die Erhebung niedergeschlagen wurde. Während des Krieges sind verschiedene Nachrichten aus den armenischen Gebieten herübergedrungen,⁴⁾ nach welchen die Ordnung dieser für die Lebensinteressen der Türkei eminent wichtigen Frage gewiß nicht erleichtert erscheint.

Außer in den armenischen Provinzen kommen namentlich noch in Syrien Interventionsrechte der Mächte in Betracht. Auch aus Syrien verlauteten Bestrebungen der Bevölkerung nach Änderungen, von verschiedener Tragweite. Dabei bestehen auch hier in mannigfacher Weise scharfe Gegensätze in der Bevölkerung, die etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen, darunter ungefähr 2 Millionen Muselmanen und andererseits in nationler Beziehung $2\frac{1}{2}$ Millionen Araber und noch mehr arabisch Sprechende zählen mag. Internationale Intervention wurde besonders in zwei Verhältnissen begründet, in dem Verhältnis des Libanon und in dem religiösen Schutzrecht Frankreichs. Der Libanon erhielt 1861 auf Grund eines Einverständnisses mit den Großmächten ein neues Verwaltungsstatut. Jede Neuernennung des Gouverneurs nach Ablauf der Funktionsdauer soll im Einverständnis mit den Großmächten erfolgen und bei dieser Gelegenheit werden auch etwa materielle Grundsätze vereinbart. Insbesondere wurde in dem aus Anlaß der Ernennung des Gouverneurs Ohannes Bey Kujundschan 1912 redigierten Protokolle verschiedenen Klagen der Libanesen durch vereinbarte neue Bestimmungen Rechnung getragen, namentlich die Wahl der Mitglieder des eine Art Parlament darstellenden Zentralverwaltungsausschusses unabhängig vom Gouverneur gestaltet und auch die Stellung des Ausschusses und seiner Mitglieder gestärkt. — Das religiöse Schutzrecht Frankreichs über die katholische Kirche in der Türkei ist ein sehr kompliziertes Rechtsverhältnis. Es wird überall in der Türkei in Anspruch genommen, soweit nicht das österreichische Schutzrecht gilt. Dieses österreichische Schutzrecht bezieht oder bezog sich vorzüg-

lich auf Albanien, auf einen Teil Mazedoniens und in gewissem Umfang auf Ägypten und reicht so gut wie gar nicht in die asiatische Türkei hinein; hier war durchweg das französische Schutzrecht maßgeblich. Das Verhältnis zwischen diesem besonderen Schutzrechte und dem von den einzelnen Staaten über die geistlichen Personen, welche ihre Untertanen sind, und über die ihren Untertanen gehörigen frommen Anstalten in Anspruch genommenen Schutzrecht (für das die unklaren und strittigen Bestimmungen des Artikels 62 des Berliner Vertrages von 1878 in Betracht kommen), gestaltete sich in mehrfacher Praxis anscheinend etwa folgendermaßen: Die seither errichteten frommen Anstalten fallen nicht mehr unter das besondere Schutzrecht, sondern derjenige Staat ist schutzberechtigt, dessen Untertanen sie gehören, und auch sonst kann bezüglich der geistlichen Personen, abgesehen von dem Falle, wo bloß ihre geistliche Eigenschaft in Frage stünde, das Schutzrecht des Heimatstaates zumindest neben dem besonderen Schutzrecht ausgeübt werden. De jure erstreckte sich das besondere französische Schutzrecht nur auf die abendländischen geistlichen Personen und Anstalten, allenfalls, mindestens in gewissem Umfange, auch auf die einheimischen Lateiner. Aber tatsächlich machte Frankreich in wichtigeren Fällen auch ein Schutzrecht über die mit Rom unierten orientalischen Kirchen geltend und wußte es oft, auch gerade in den letzten Zeiten, durchzusetzen, so in Syrien über die Maroniten, denen angeblich schon Ludwig der Heilige seinen Schutz zugesagt hat, und über andere dortige kirchliche Gemeinschaften. Auf dieses Schutzrecht über die einheimische Bevölkerung wird aus politischen Gründen, speziell auch bezüglich Syriens, besonderes Gewicht gelegt.

Frankreich behandelte überhaupt Syrien als ein ihm zukommendes Einflußgebiet. Man sprach von seinen Jahrhunderte alten Bemühungen und Beziehungen, schon von den Kreuzzügen her. Seine ökonomische Tätigkeit und seine Kultur wirkten auf das Land in hohem Maße ein. Es besaß dort nach einer Angabe gegen 400 Unterrichts- und Erziehungsanstalten

mit 45.000 Schülern.⁵⁾ Erst 1913 wurde in Beirut, wo namentlich schon eine medizinische Fakultät bestand, eine juristische und eine höhere technische Schule errichtet. „Französisch sind,“ so schreibt ein franzosenfreundlicher Syrer,⁶⁾ „die Tabakregie, französisch die Verwaltung der Leuchttürme, französisch der Hafen von Beirut, französisch . . . alle Eisenbahnen Syriens . . . und wenn man das Land nach allen Richtungen durchreist, so hört man überall unsere Kinder das Französische zugleich mit der Sprache unserer Väter buchstabieren.“ So wurde denn Syrien als ein nationales Erbe Frankreichs betrachtet, das von ihm unter allen Umständen festzuhalten sei. 1912 gab die britische Regierung Frankreich gegenüber ihr Desinteressement kund.⁷⁾

Solche Formen materieller Einwirkung können eine dritte schwere Gefahr für das Reich bilden, insbesondere wenn die „wirtschaftliche Durchdringung“ mit so weitgehender Beeinträchtigung der Handlungsfreiheit des Staates und politischen Nebenabsichten erfolgt, wie dies teilweise von seiten derjenigen Nationen, denen die Türkei sich jetzt entgegengestellt hat, in den letzten Jahren geschah. An sich ist die ökonomische Befruchtung der asiatischen Türkei durch das Ausland gewiß notwendig. Es handelte sich bekanntlich in erster Linie um Eisenbahnkonzessionen, die Engländer, Franzosen, Deutsche, Russen, Italiener erwarben oder in Anspruch nahmen, im Anschluß daran um Berechtigungen zu anderen Unternehmen, Bergwerksbetrieb, Ausnützung von Gewässern usw., ferner um sonstige konzessionierte und andere Betriebe der Ausländer. Gerade die Türkei ist auch aus politischen Gründen besonders darauf angewiesen, ihr Land zu heben und sorgfältig zu organisieren. Für die wirtschaftlichen Anlagen, die direkt und indirekt diesem Ziele dienen, sind ihr ausländisches Kapital und ausländischer Unternehmungsgeist unentbehrlich. Sie stand aber den ausländischen privaten Unternehmern nicht so unabhängig gegenüber wie sonst ein Staat. Sie stand vor allem bei der Konzessionierung von Unterneh-

mungen unter einem besonderen Drucke, den die fremden Staaten zugunsten ihrer Angehörigen und gegen die Angehörigen anderer übten. Die Erteilung von Konzessionen wurde zum Gegenstand internationaler Vereinbarungen. Es ist an sich nichts Auffallendes, daß ein auswärtiger Staat sich bemüht, seinen Angehörigen solche Vorteile zu erschaffen. Aber gegen die Türkei galt ein eigentümlicher Druck. So wurden die politischen Verhältnisse und Ansprüche als Pressionsmittel benützt. Rußland erzwang sich z. B. 1899 ein Vorzugsrecht zugunsten seiner Angehörigen auf den Bau von Eisenbahnen in dem an das Schwarze Meer angrenzenden Gebiete durch Geltendmachung des Anspruches auf Kriegssentschädigung aus dem Orientkriege, mit deren Entrichtung die Türkei in gewissem Maße in Verzug war. Italien übte eine Pression mittels der Frage der im Frieden von Lausanne versprochenen Rückgabe der besetzten türkischen Inseln. Weitere besondere Mittel des Druckes gewährten die bestehenden völkerrechtlichen Rechte, die die Türkei in der Verfügung über ihre Einnahmsquellen beschränken, so die Bindung der Zölle durch die Kapitulationen, derenthalben die Zustimmung der Mächte zu ihrer Erhöhung notwendig ist. Die Konkurrenz mehrerer fremder Staaten hat sodann einen speziell störenden Charakter, aber noch bedenklicher ist es möglicherweise, wenn, wie das wieder geschah, die Fremden sich untereinander einigen und Interessengebiete abgrenzen; der Druck kann umso unausweichlicher werden. Sowie die Pforte bei der Begründung der Unternehmungen nicht in gewöhnlicher Weise freie Hand hatte, so waren auch die bestehenden Unternehmungen nicht in normalem Maße von ihr abhängig, sei es wieder wegen gewisser Seiten des Kapitulationsregimes, namentlich der Konsulargerichtsbarkeit, sei es wegen der größeren Häufigkeit der Fälle, in denen diplomatischer Schutz zur Anwendung kam. Infolge des Zusammenwirkens dieser Momente gewann die Einführung auswärtiger Unternehmungen in der Türkei leicht den Charakter einer wirklichen „Durchdringung“ eines Staates durch einen anderen, der fremde Staat entfaltete damit ein in

hohem Maße unabhängiges Leben auf türkischem Gebiete oder dachte es zu entfalten. Wenn nicht, wie von Deutschland, das Prinzip ehrlich aufgestellt war, daß bloß wirtschaftliche Ziele erreicht werden sollen, verband sich mit dieser Durchdringung oft der weiter wirkende Gedanke, daß irgendwie politischer Gebietserwerb vorbereitet werde.

Für die Türkei ist vom Ausgang des gegenwärtigen Krieges Vorteil auch durch Beseitigung verschiedener völkerrechtlicher Hemmungen zu erhoffen. Noch hatten überhaupt ihre widrigen Verhältnisse, die sie energisch zu überwinden suchte, keine Lähmung wesentlicher staatlicher Funktionen herbeigeführt.

Dagegen ist der Verfall der Unabhängigkeit bei den östlicheren Staaten Vorderasiens vorgeschritten oder schon vollendet. Die Gelegenheiten und Gründe, die der Zustand dieser Staaten den benachbarten Großmächten zu Eingriffen bot, wirkten teilweise besonders verhängnisvoll, als dieselben statt wechselseitiger Eifersucht sich einigten.

Im persischen Golf bestand einst ein gewisser Wettstreit zwischen Frankreich und England, der imstande war, wichtige Gebiete dort einigermaßen zu schützen. Insbesondere schien Maskat geschützt durch einen Vertrag von 1862 zwischen beiden Staaten, worin sie sich wechselseitig verpflichteten, die Unabhängigkeit des Sultans zu respektieren. Indessen verschaffte sich England eine vorherrschende Stellung. Mittels eines Vertrages von 1891 verpflichtete sich der Sultan, kein Gebiet abzutreten oder der Okkupation zu überlassen, außer an England. Das Verbot der Verfügung über das Gebiet (das auch gewisse Verträge der Garantie der Integrität ausdrücklich enthalten) wird nach der Fassung der Vereinbarung nicht bloß zugunsten einer einzelnen Macht, Englands, statuiert, sondern auch mit besonderer Schärfe im Verhältnis zu ihr ausgeschlossen.⁸⁾ Es ergab sich wiederholt Streit mit Frankreich. In einem sehr interessanten Schiedsspruche des Haager Schiedshofes von 1905, betreffend gewisse von Frankreich in Maskater Schiffahrtssachen in Anspruch genommene

Rechte, wurde wesentlich der Standpunkt Englands anerkannt. Aber England und Frankreich hatten sich schon in dem vielberufenen Verträge vom 8. April 1904, dem ersten großen Schlage der Einkreisungspolitik, wie man ihn genannt hat, über ihre wichtigsten Kolonialfragen, namentlich über Ägypten und Marokko, geeinigt, und es erhellt, daß auch in Maskat die Rivalität von Frankreich aufgegeben worden ist. Nachrichten verlauteten, daß es in eine gemeinsame Interpretation des Vertrages von 1862 gewilligt hat, und wie England dort schützt und waltet.

Wichtiger als diese englisch-französische Rivalität war die englisch-russische in Persien und Afghanistan. Für England handelte es sich hierbei um die Vorländer von Indien, für Rußland um die Vorländer der gewaltigen Besitzungen, die es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach Süden dringend, in Asien erworben hat, und von denen aus es einen Meeresausgang an den Persischen Golf anstrebte. Dieser Rivalität machte der große Vertrag vom 31. August 1907 zwischen England und Rußland vorläufig ein Ende. Er tat es nach dem Muster jenes englisch-französischen Vertrages von 1904 unter wechselseitigen Kompensationen, wobei auch noch ein zentralasiatisches Konfliktobjekt, Tibet, einbezogen wurde, und auf Kosten der Länder, auf die er sich bezog, indem er jedem Kontrahenten verschiedene Einflußsphären zuwies, wo dieser unbeeinträchtigt von dem anderen seine Ziele verfolgen kann. Auch dieser Vertrag hing bekanntlich mit der allgemeinen Weltpolitik zusammen. Die beiden Mächte, von denen Frankreich Hilfe für die Revanche erwartete, wurden geeinigt. Man erkannte gleich damals, daß der Vertrag einen sehr wichtigen Fortschritt in der Zusammenfassung aller Kräfte gegen Deutschland und für eine aktive Politik gegen Deutschland bedeute, und Fürst Bülow mußte sich darüber mit den Worten hinwegsetzen: „Von Feindschaften anderer untereinander können wir überhaupt nicht leben.“

Eine dem Vertrag sich anschließende englische Erklärung geht darauf, den Persischen Meerbusen allgemein als ein Interessengebiet Englands vorzubehalten. Von den Verhältnissen

dort war schon früher die Rede. Auf Afghanistan bezieht sich sodann ein besonderer Abschnitt des Vertrages selbst. Im Laufe des 19. Jahrhunderts führten vornehmlich innere Streitigkeiten, bei denen die Hilfe Englands angerufen wurde, Gewaltakte gegen die Engländer, die ein Einschreiten Englands nach sich zogen, Subsidien, die dem Emir gewährt wurden, zu einer maßgeblichen Stellung Englands in Afghanistan. Ein Friedensvertrag vom 26. Mai 1879 stellte ein förmliches englisches Protektorat her. Der Emir versprach seine Beziehungen zu fremden Staaten nach dem Rate und den Wünschen Englands einzurichten, nur mit Zustimmung Englands Verträge mit fremden Staaten zu schließen oder Krieg gegen sie zu führen, wogegen ihn England gegen jeden fremden Angriff unterstützen würde. Neue Gewalttätigkeiten und Wirren führen wieder zu gewaltsamem Einschreiten Englands. Das Protektoratsverhältnis wird durch eine Reihe neuer Vereinbarungen bestätigt,⁹⁾ in innere Angelegenheiten soll sich England nicht einmischen, der Emir bezieht bedeutende Subsidien. Dazwischen war auch Rußland bemüht, Einfluß geltend zu machen, besetzte auch zeitweilig afghanisches Gebiet. Immerhin schien schon vor dem Vertrage von 1907 die Frage zugunsten Englands entschieden. Im Vertrage von 1907 erklärt Rußland förmlich, daß sich Afghanistan außerhalb seiner Einflußsphäre befinde, daß es keine Agenten hinschicken und nur durch Vermittlung der englischen Regierung politische Beziehungen mit Afghanistan unterhalten werde. Andererseits verpflichtet sich England ihm gegenüber, daß es seinen Einfluß in Afghanistan bloß in friedlichem Sinne ausüben und keine bedrohlichen Maßnahmen gegen Rußland in Afghanistan ergreifen oder ermutigen werde. Der afghanische Emir erteilte dem Vertrage die ihm vorbehaltene Zustimmung, was natürlich nicht hindert, daß das Verhältnis Englands zu ihm und namentlich auch zu den so gut wie unabhängigen Stämmen an der indischen Grenze voll Gefahren bleibt. Aber die kluge Politik der Engländer wird durch das Sprichwort charakterisiert, das von ihr umgeht:

„Die Geduld der britischen Regierung ist so lang wie ein Sommertag, aber ihr Arm ist so lang wie eine Winternacht.“¹⁰⁾ Zu Beginn des gegenwärtigen Krieges traten Nachrichten von afghanischen Bewegungen auf, die gewiß mit großer Vorsicht aufzunehmen waren.

In Afghanistan bildete der russisch-englische Vertrag einen Abschluß, in Persien kündigte er, sich mit anderen Umständen verbindend, das Herabsinken in die Abhängigkeit in bestimmter Weise an. Bis in die neueste Zeit hatte sich, trotzdem England und besonders Rußland wiederholt auf die Entschließungen in Persien maßgeblich einwirkten, der Staat wesentlich unabhängig gehalten. Doch wurde namentlich das wirtschaftliche Gewicht, das die beiden Mächte erlangten, gefährlich. Kabel- und Telegraphenlinien kamen in englischen Besitz, eine englische Kaiserliche persische Bank, die 1889 gegründet wurde, machte Darlehen, wofür gewisse Staatseinkünfte als Sicherheit bestellt wurden. Dann gewann Rußland, im ganzen später als England, mächtigen wirtschaftlichen Einfluß. Eine russische Eskompte- und Darlehensbank für Persien wird 1897 gegründet. Darlehen folgen und gleichfalls werden Staatseinkünfte als Sicherheit bestellt. Die Bank erhält ein Privileg auf Konzessionen für Eisenbahnen auf persischem Gebiet. Russische militärische Instrukteure werden für die persischen Truppen bestellt, die ehemals österreichisch-ungarische ohne politische Nebenabsichten vorwärts gebracht hatten. Mit dem 20. Jahrhunderte traten ungefähr gleichzeitig verschiedene widrige Verhältnisse für Persien ein: Innere Bewegungen, die zunächst 1906 die Gewährung einer Konstitution abnötigten und sich in mehreren Landesteilen fortsetzten, ein Konflikt mit der Türkei, der mit kurdischen Gewalttätigkeiten und internationaler Haftung zusammenhing, und der Abschluß jenes englisch-russischen Vertrages von 1907.

In dem Persien betreffenden Teil des Vertrages wird das Land in drei Zonen geteilt. Die nördliche, weit größere, die auch Teheran einschließt, bildet die russische Einflußsphäre, die südöstliche kleinere und weniger wertvolle, aber für Groß-

britannien besonders wichtige, die englische Einflußsphäre. Jede der beiden Mächte verpflichtet sich, in der Einflußsphäre der anderen keine „Konzessionen politischer oder kommerzieller Natur — wie Konzessionen für Eisenbahnen, Banken, Telegraphen, Straßen, Transport, Versicherung usw.“ — für sich oder für ihre Untertanen oder die Untertanen dritter Mächte anzustreben und den vom anderen Kontrahenten unterstützten Bestrebungen sich nicht zu widersetzen. Die mittlere Zone bleibt gleichsam neutral, keiner der beiden Staaten wird sich dort der Erteilung von Konzessionen an Untertanen des andern Teiles widersetzen. Der Vertrag rief in Persien lebhafteste Proteste hervor. Zwar betreffen die angeführten Bestimmungen nur eine Abgrenzung zwischen England und Rußland und sind nicht direkt auf Rechtswidrigkeit gerichtet. Man sagt ja nicht ausdrücklich, daß die fraglichen Konzessionen mit rechtswidrigen Mitteln gegen Persien durchgesetzt werden sollen. Voraussichtlich aber mußte, schon bei Konzessionen kommerzieller Natur, der verabredete gänzliche oder teilweise Ausschluß der Konkurrenz mindestens zu einem verstärkten Drucke auf Persien führen. Es war auch, da sogar unter den Kontrahenten die Konkurrenz ausgeschlossen wurde, eine (allerdings auch in anderen Fällen vorkommende) Unwahrheit, wenn sie in der Einleitung zu den Vereinbarungen erklärten, daß sie aufrichtig den permanenten Bestand gleicher Vorteile für den Handel und die Industrie aller andern Nationen wünschten.¹¹⁾ Überdies fassen England und Rußland, in nicht ganz klarer Weise, auch Konzessionen „politischer“ Natur in den betreffenden Einflußsphären (offenbar nicht in der neutralen Zone) ins Auge, was schwer ohne die Absicht einer eventuellen Vergewaltigung Persiens zu denken ist. Wenn die Einleitung motivierend bemerkt, daß die Mächte die Erhaltung der Ordnung im Lande und seine friedliche Entwicklung wünschen, und daß sie in gewissen Gebieten ein besonderes Interesse an der Erhaltung von Frieden und Ordnung haben, so ist dies verfänglich genug und kann gegenüber einem Lande wie Persien leicht der Aus-

gangspunkt eines Einschreitens werden; und die Erklärung ebenda, daß sie sich wechselseitig verpflichtet hätten, die „Integrität und Unabhängigkeit“ Persiens zu respektieren, kann bekanntlich, nach manchen Erfahrungen, in diesen Verhältnissen kolonialer Expansion auch einen unangenehmen Beigeschmack haben.¹²⁾ Gerade gemeinsame Erklärungen dieser Art haben öfters, wenn nicht eine ganz unwahre, so doch eine materiell leere Redensart gebildet.

Die Dinge in Persien gestalteten sich so, wie es entgegengesetzten Aspirationen der beiden Mächte günstig war. Die Konstitution wurde nicht eingehalten. Schwere Konflikte zwischen Schah und Parlament, Unordnung und förmlicher Bürgerkrieg gaben Anlaß zur Erhebung rechtmäßiger und unrechtmäßiger internationaler Ansprüche und weiters zum Abschluß drückender Vereinbarungen. Verfolgte Konstitutionalisten retteten sich in die englische Gesandtschaft und der Schah muß demütig um Entschuldigung dafür bitten, daß die Gesandtschaft mit Truppen umstellt wurde, um sich ihrer bei eventuellem Herauskommen zu bemächtigen. Die persischen Behörden konnten ihre Autorität im Lande nicht aufrecht erhalten und das Land hat immer wieder für Angriffe zu büßen, welche Individuen gegen Personen und Interessen der beiden Staaten vornahmen. Beide drohen mit ernstern Maßnahmen, mit Entsendung von Truppen und entsenden sie wirklich, zum Schutze ihrer Angehörigen, ihrer Anstalten usw., etwa auch aus Gründen der Humanität. So eine Drohung Rußlands im April 1909, für den Fall, als die persische Regierung nicht die Zufuhr von Lebensmitteln in das revolutionierte Täbris sichere, Truppen dorthin zu dirigieren und ihre wirkliche Entsendung, so die Entsendung russischer Truppen im Juli bis nach Kazwin, so das Heranziehen englischer Soldaten im selben Jahre und später. Ende 1911 wurde die Entlassung eines von Rußland angefeindeten Amerikaners, der die persischen Finanzen gut zu verwalten suchte, auf Grund der angeblichen Verletzung russischen Schutzrechtes und daran sich knüpfender weiterer Beschwerden verlangt. Drohungen und

die Vermehrung der russischen Truppen, die sich im Norden Persiens befanden und wieder bis nach Kazwin vorgeschoben wurden, dienten zur Durchsetzung der Forderungen. Rußland stellte dabei das fernere Begehren, daß die persische Regierung sich verpflichte, keine Fremden ohne Zustimmung der beiden Gesandtschaften anzustellen, und ein Arrangement in ähnlichem Sinne kann tatsächlich zustande. Als bald aber tauchten andere Forderungen auf, die in Zusammenhang mit dem dringenden Geldbedürfnis der persischen Regierung gestellt wurden. Die Finanzlage Persiens bildete eine ebenso schwierige als wichtige Frage. Es drehte sich, wie sich einmal Grey selbst ausdrückte, um folgenden Zirkel: Ohne Geld konnte die Ordnung in Persien nicht hergestellt und Steuereinhebung nicht durchgeführt werden und die Kapitalisten wollten kein Geld hergeben ohne Sicherheit, daß die Steuern eingehoben werden.¹³⁾ Die Note der Gesandten Englands und Rußlands vom 18. Feber 1912 und die Antwortnote der persischen Regierung vom 20. März behandelten nun eine gewisse finanzielle Beihilfe. Namentlich aber fügte sich die persische Regierung wieder in der Hauptsache den an sie gestellten schwerwiegenden politischen Zumutungen. So wurde den beiden Staaten eine Ingerenz betreffs der Organisation einer regulären Armee eingeräumt, und vor allem erklärte die persische Regierung, daß sie sich angelegen sein lassen werde, „ihre Politik den Prinzipien der (englisch-russischen) Konvention von 1907 anzupassen“. Das war nun gewiß sehr unbestimmt. Es ist namentlich auch sehr unbestimmt, was unter den „Prinzipien“ des englisch-russischen Vertrages einschließlich der oben erörterten Einleitung zu verstehen sei. Aber so wenig bei strenger Auslegung aus der persischen Beitrittserklärung gefolgert werden kann, so sehr gibt sie den starken Nachbarn eine bequeme Handhabe zur Einmischung. Wir finden weitere Einmischungen der Mächte in persische Angelegenheiten und anscheinend auch eine für Protektorate charakteristische Wirkung nach außen. An den Verhandlungen und Vereinbarungen über die Bestimmung der Grenze zwischen Persien und der Türkei im

Jahre 1913 nahmen auch ein englischer und ein russischer Vertreter teil. Seither äußert der gegenwärtige Krieg starke Wirkungen von schwer zu beurteilender Tragweite in Persien, obwohl es seinen Entschluß erklärt hat, neutral zu bleiben.

Die in den letzten Jahrzehnten zu besonderer Ausbreitung gelangte Bewegung, die sich auf Unterwerfung der Völker fremder Kultur unter die europäische Menschheit richtet, hat große Erfolge gehabt. Daß diese Entwicklung nicht absolut notwendig ist, zeigt ein Blick auf die Lage der Dinge in Ostasien. Andererseits mag es gestattet sein, dort, wo die Unterwerfung gelungen ist oder gelingt, die Zeit der Fremdherrschaft als eine Lehrzeit für die betroffenen Völker anzusehen, als eine Lehrzeit in allen Beziehungen der Kultur und namentlich auch in der Weise, daß sie sich an die sittliche Unterordnung und den sittlichen Machtgebrauch gewöhnen, die ihnen aufs neue und in höherem Maße die Befähigung zu selbständiger Staatlichkeit verleihen würden. Vom allgemein menschlichen Standpunkte aus müßte eine solche Renaissance mit Genugtuung begrüßt werden.¹⁴⁾

ANMERKUNGEN.

¹⁾ Einen für diese Frage besonders brauchbaren Präzedenzfall bietet der Streit zwischen den Vereinigten Staaten und England über die Aufhebung der in Artikel 3 des Friedensvertrages von 1783 von England eingeräumten, auf die Fischerei an den nordatlantischen Küsten bezüglichen Rechte durch den Krieg von 1812. In dem Frieden von Gent 1814 wurden diese Bestimmungen nicht wieder erneuert und England behauptete ihr definitives Erlöschen. Eine Konvention von 1818 enthält sodann neue Bestimmungen unter Verzichtleistung der Vereinigten Staaten auf alle sonstigen Ansprüche; s. Moore, *A Digest of international law*, I, 770ff., *American Journal of international law* 1907, 144ff., hiezu das Haager Schiedsurteil von 1910 in der *Zeitschr. für Völkerrecht* 1911, 107.

²⁾ Man mag sich daran erinnern, daß diese Methode, die eine so große Rolle gegenüber China spielte, schon bei Tunis verwendet worden ist. Frankreich vertrat die Unabhängigkeit von Tunis gegenüber der Türkei. Vgl. den Artikel von Engelhardt, *Situation de la Tunisie au point de*

vue international in der Rev. d. droit international 1881. La Tunisie, sagt der französische Schriftsteller zur Zeit der Begründung des französischen Protektorats, am Schlusse S. 340f., était déjà traitée par l'Europe en Etat indépendant à l'époque où ses corsaires infestaient les parages méditerranéens; elle peut prétendre plus légitimement que jamais à cette égalité relative, depuis que ses mœurs se sont adoucies, depuis surtout que ses institutions tendent à se consolider sous les auspices d'un gouvernement de moins en moins réfractaire à la civilisation. — Zum Formalismus ist diese Methode entwickelt in den Vorgängen des Friedens von Lausanne, wo, um eine regelrechte Zession von Tripolis und der Cyrenaica zu ersparen, der Sultan dem Lande die volle «Autonomie» gewährt, d. i. nach den Zusammenhängen auf die staatliche Herrschaft verzichtet und nun Italien in die wirkliche, vordem nur vorbereitete staatliche Herrschaft eintritt.

³⁾ Juristisch war die den Großmächten vorbehalten Entscheidung kein Schiedsspruch im strengen Sinne, ihr Ermessen sollte ein Rechtsverhältnis neu gestalten. Es war arbitratio (nach dem vollen Inhalt des Begriffes) und nicht arbitrium. Aber auch die arbitratio hat im Völkerrecht schlechthin bindende Kraft. Vgl. den Entwurf eines Reglements für internationale Schiedsgerichte von Goldschmidt in der Rev. de dr. int. 1874, 425 ff., dann Lammasch, Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit, 61 f.

⁴⁾ S. etwa den deutschen Geschichtskalender 1915, I. 822 ff.

⁵⁾ S. Questions diplomatiques et coloniales, XXXVII, 495. Die von Joséf Attala eb. XXXVI, 469 ff. mitgeteilte Statistik der unter verschiedenen ausländischen Einflüssen stehenden Schulen ergibt für Frankreich noch größere Zahlen. Über die umfassenden russischen Schulgründungen in Syrien seit einiger Zeit s. auch Müllinen, Die lateinische Kirche im türkischen Reich (1905) 12, über die Widerstandsversuche der Pforte gegen auswärtige Gründung von Schulen und ihre Bekämpfung eb. 60f. Vgl. überhaupt Grothe, Zivilisatorische und humanitäre Arbeit der einzelnen Nationen in Vorderasien im Jahrb. d. Münchner Orientalischen Gesellschaft, VIII, 71 ff.; Köhler, Der neue Dreibund 103 ff.

⁶⁾ Josef Attala, Les solutions de la question syrienne, Qu. dipl., XXXVI, 468.

⁷⁾ Sie erklärte, daß sie «n'avait en ces régions ni intention d'agir ni dessein, ni aspirations politiques». Exposé Doumergues vom 14. Dezember 1913, Archives diplomatiques, CXXX, 1914, 164.

⁸⁾ Andere Vereinbarungen laufen auf dasselbe hinaus, ohne diese, politisch charakteristische Schärfe. So verpflichtete Art. 9 der Konvention von Lhasa von 1904 zwischen England und Tibet die tibetanische Regierung, keinen Teil tibetanischen Gebiets «einer fremden Macht» abzutreten «ohne vorgängige Zustimmung der britischen Re-

gierung». Aber selbstverständlich mochte England sich von diesem Verbot immer dispensieren (s. hiezu allerdings sodann Art. 2 der englisch-chinesischen Konvention von 1906 über Tibet). Ganz so verhält es sich mit der bekannten Erklärung Chinas an England von 1898, worin es die Abtretung von Territorium in der Yangtse-Region «an eine andere Macht» ausschließt.

⁹⁾ Charakteristisch die Fassung der Erklärung des Emirs Abdurrahman vom 22. Juni 1880 bei Martens, N. R. G., 2^{me} s., XXXIV, 642. Er bemerkt betuernd: «wie könne er, wenn er die Freundschaft einer großen Regierung wie die britische habe, ohne ihren Rat und ihre Konsultierung mit einer anderen Macht Verkehr unterhalten?»

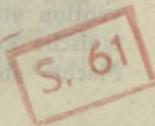
¹⁰⁾ Questions diplomatiques et coloniales, XXV, 776 (H. Marchand). Vgl. Jäger, Persien und die persische Frage 157 ff.

¹¹⁾ Vgl. dazu das deutsch-russische Abkommen vom 19. August 1911 bei Martens, N. R. G., 3^{me} s., III, 5, 673.

¹²⁾ There are many ways of veiling the creation of a protectorate, and the statement that the Powers will have absolute respect for the independence and integrity of the country they are protecting, is not the least usual: Bentwich über die persischen Wirren im Jahrbuch des Völkerrechts von Niemeyer und Strupp, I, 844.

¹³⁾ S. Bentwich im Jahrb. d. Völkerr., II, 667. «Das politische Recht, das dem Volke am begehrenswertesten erschien und von dem es weitgehenden Gebrauch machte, war die Steuerverweigerung»: Plehn, Die Krisis im nahen und mittleren Orient, Zeitschr. f. Politik 1908—1909, 623.

¹⁴⁾ Die Absicht bloßer Erziehung zu dereinstiger Freiheit ist in großartigster Weise von den Nordamerikanern auf den Philippinen verkündigt worden, und ihre Verwaltung hat ein sehr ernstes Streben nach entsprechender Verbesserung der Verhältnisse erkennen lassen, wenn auch das schöne Programm als solches vielleicht aufgegeben ist; s. Coolidge, Die vereinigten Staaten als Weltmacht (Übers. v. Lichtenstein) 152 ff., Mackay, Die Kolonialpolitik der Vereinigten Staaten auf den Philippinen, Zeitschr. f. Politik 1910—1911, 569 ff. Eine Nachricht der letzten Tage (Mai 1916) besagt, daß das amerikanische Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf, wonach die Philippinen eine autonome Verwaltung und nach zwei, spätestens vier Jahren die Unabhängigkeit erhalten sollten, verworfen hat.



S - 96

2-38

Biblioteka Politechniki Krakowskiej



100000298949